

# **Slowenien**

## **Ein Grenzland mit Vorbildfunktion**

**Dissertation**  
zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der  
**Philosophie an der Fakultät für Geowissenschaften der**  
**Ruhr-Universität Bochum**

vorgelegt von

Dipl.-Geogr. Andreas Veres

angefertigt unter der Betreuung von

Prof. Dr. Klaus Kost

Prof. Dr. Lienhard Lötscher

Essen, im Februar 2007

**Erklärung gemäß § 8, Abs. 3 der Promotionsordnung der Fakultät für Geowissenschaften der Ruhr-Universität Bochum**

Hiermit erkläre ich, dass ich die Arbeit selbständig und ohne unerlaubte Hilfen ausgeführt und verfasst habe und, dass die Arbeit in dieser oder ähnlicher Form noch bei keiner Fakultät oder einer anderen Hochschule eingereicht wurde.

---

Ort, Datum

Unterschrift

*Meiner Frau Rike*

## Danksagung

Promovieren kann ein ausgesprochen einsames Erlebnis sein. Dass es für mich nicht der Fall war, liegt vor allem an der Unterstützung, die ich von den unterschiedlichsten Seiten erfahren habe. Ohne die Unterstützung Vieler wäre diese Arbeit nicht nur um ein Vielfaches einsamer, sondern in dieser Form auch kaum möglich gewesen. Daher möchte ich zu Beginn einen Dank aussprechen an:

Alle Gesprächspartner, die mir in überwiegend herzlicher und kollegialer Atmosphäre die für diese Arbeit notwendige thematische Innensicht ermöglicht haben.

Herrn Prof. Dr. Lienhard Lötscher, meinem Zweitgutachter, der zur richtigen Zeit interessante Ideen zur Struktur der Arbeit hatte.

Herrn Prof. Dr. Klaus Kost, meinem Erstgutachter, Chef und Mentor, der in freundschaftlicher Art und Weise konstruktive Kritik übte und mir mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln stets unterstützend zur Seite stand. Sein Einsatz und seine Ermutigungen über die fachliche Ebene hinaus ermöglichten erst die Erstellung dieser Arbeit.

Alle meine Freunde, die mir in den insgesamt drei Jahren immer wieder Mut zugesprochen und mich auf andere Gedanken gebracht haben, wenn es nötig war. In schweren Stunden haben sie mir immer ihre helfende Hand angeboten, so dass ich mit frischem und neuem Mut die jeweils nächste Etappe in Angriff nehmen konnte. Dabei möchte ich Britta und Alexander besonders danken, da sie, ebenfalls promovierend, mich am besten verstehen und meine Sorgen am besten nachvollziehen konnten.

Meinen „Ghostwriter“ Jean-Luc, der mir von der Konzeption bis zur Fertigstellung der Arbeit immer wieder mit Rat und Tat zur Seite stand und dafür unzählige Stunden und Tage opferte. Seine detaillierten und konstruktiv-kritischen Änderungs- und Verbesserungsvorschläge habe ich stets dankbar angenommen.

Menno, der sich anbot, meine Karten anzufertigen, ohne zu wissen, dass es letzten Endes 32 an der Zahl werden würden.

Meine Schwiegerma Ulla, mit deren Hilfe erst diese Arbeit morphosyntaktisch korrekt und in adäquater Form vorgelegt werden konnte.

Meinen Bruder Simon und meine Schwägerin Nina, die jederzeit für mich da waren, wenn ich sie gebraucht habe, sowie meine Eltern, die mir das Studium ermöglicht und mich immer bestärkt und unterstützt haben.

Und last not least meine Frau Rike, die mich in unermüdlicher Art und Weise auf meinem Promotionsweg begleitet, unterstützt, mich auf andere Gedanken gebracht und mir gezeigt hat, wer in meinem Leben die oberste Priorität hat.

Essen, im Februar 2007

# Slowenien

## Ein Grenzland mit Vorbildfunktion



## Vorwort

Die EU-Erweiterung ist vollzogen, „und damit gehören zur EU jetzt, tja, 25 oder 34 oder wie viele Länder? Eine kurze Umfrage in der Familie ergibt, zur EU gehören möglicherweise: Deutschland, Frankreich, England, Italien, Spanien, Kanada, Hessen, München und Berlin. Oder aber: Deutschland, Frankreich, Schweiz, Sylt, Oberstedten, die Dittmeyers und Oma Kelkheim. Wir müssen diese Angaben noch einmal sorgfältig überprüfen, aber wir befürchten, es gibt einfach zu viel Länder in der EU. Doch welche Mitgliederzahl wäre ideal? Zwei? So wie Simon & Garfunkel, Ernie und Bert oder Daimler-Chrysler? Das gibt nur Streit und ist nicht abwechslungsreich genug. Drei sind aber auch nicht viel besser, lesen Sie selbst: Emerson, Lake & Palmer, Ursula Engelen-Kiefer oder Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Fünf sind eindeutig zu viel, da merkt man sich schon keine einzelnen Namen mehr, man denke an Fünf Wirtschaftsweisen, Fünf Freunde oder Jackson Five. Ideal erscheinen uns vier: John, Paul, George und Ringo, das ist eine gottgewollte Ordnung, Namen, die man nie vergisst und die untrennbar zusammengehören. Entscheiden wir uns also für vier: Deutschland, Frankreich, Skandinavien und Südosteuropa“ (DIE WELT 15.04.2004).

## Inhalt

Vorwort.....	I
Inhalt.....	II
Abkürzungsverzeichnis.....	VII
Abbildungsverzeichnis.....	XI
Karten - und Fotoverzeichnis.....	XII
Tabellenverzeichnis.....	XIV
<b>1 Einführung.....</b>	<b>2</b>
1.1 Einleitung und Problemaufriss.....	2
1.2 Inhalt und Aufbau der Untersuchung.....	6
1.3 Empirisches Forschungskonzept.....	9
1.3.1 Methoden und Verfahren.....	9
1.3.2 Zur Auswertung der empirischen Ergebnisse.....	12
1.3.3 Thesenbildung und Präzisierung des Untersuchungsziels.....	17
<b>2 Grenzregionen im wissenschaftlichen und politischen Kontext.....</b>	<b>26</b>
2.1 Verständnis von Geopolitik in der Gegenwart - Ein Ende des Schweigens?....	27
2.1.1 Geschichte als Verantwortung.....	28
2.1.2 Critical Geopolitics: Sackgasse oder Innovation?.....	32
2.1.3 Geopolitik im Rahmen einer sich veränderten Rolle Deutschlands in der Welt.....	35
2.1.4 Zusammenfassung und Fazit.....	39
2.1.5 Ausblick: Geopolitik im Jahre 2026.....	40
2.2 Grenzraumforschung - Die Überwindung des Trennenden.....	41
2.2.1 Grenzen in der Politischen Geographie.....	43
2.2.2 Staatsgrenzen als klassisches Forschungsfeld der Politischen Geographie.....	45
2.2.3 Grenzraumforschung in der Geographie.....	50
2.2.4 Grenzraumforschung in der Geographie vor 1989.....	52
2.2.5 Die Ereignisse des Jahres 1989 - Auslöser einer Wende in der geographischen Grenzraumforschung.....	54
2.2.6 Grenzraumforschung in Slowenien.....	57
2.2.7 Die Einbettung von Grenzen in ein hierarchisches System.....	59
2.2.7.1 Grenzen auf regionaler Ebene.....	59

---

2.2.7.2	Grenzen auf nationaler Ebene.....	61
2.2.8	<b>„Grenzenlose Welt“ – Bloße Rhetorik oder das Verschwinden von Grenzen in einer globalisierten Welt? .....</b>	<b>62</b>
2.2.9	<b>„Grenzregionen“ – Eine (neue) Perspektive der Grenzraumforschung.....</b>	<b>66</b>
2.2.10	<b>Zusammenfassung und Fazit.....</b>	<b>69</b>
2.3	<b>Mitteleuropa, Südosteuropa, der Balkan - Eine diffuse Begriffswahl.....</b>	<b>70</b>
2.3.1	<b>Mitteleuropa.....</b>	<b>71</b>
2.3.2	<b>Zur geographischen Verortung des Balkans.....</b>	<b>75</b>
2.3.3	<b>Die Grenzen Europas.....</b>	<b>79</b>
2.4	<b>Strukturpolitische Instrumente der EU zur Stärkung von Grenzregionen.....</b>	<b>87</b>
2.5	<b>Europa der Regionen.....</b>	<b>89</b>
2.6	<b>Struktur- und Kohäsionsfonds: Drei Ziele – Eine Idee.....</b>	<b>91</b>
2.6.1	<b>Ziel 1.....</b>	<b>93</b>
2.6.2	<b>Ziel 2.....</b>	<b>94</b>
2.6.3	<b>Ziel 3.....</b>	<b>94</b>
2.7	<b>Grenzregionen als Kooperationsräume.....</b>	<b>95</b>
2.7.1	<b>EUREGIOs.....</b>	<b>96</b>
2.7.2	<b>AGEG – Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen.....</b>	<b>97</b>
2.7.3	<b>Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG.....</b>	<b>98</b>
2.7.4	<b>Das Vor-Beitrittsinstrumentarium PHARE (PHARE CBC).....</b>	<b>100</b>
2.7.5	<b>Die Programmperiode 2007-2013.....</b>	<b>102</b>
2.8	<b>Fazit und Thesen.....</b>	<b>107</b>
3	<b>Sloweniens Weg von der SFR Jugoslawien bis zum EU-Beitritt – Von der Transformation zur Integration.....</b>	<b>109</b>
3.1	<b>Von der Transformations- zur Integrationsforschung.....</b>	<b>110</b>
3.1.1	<b>Die Begriffe „Transformation“ und „Transition“ .....</b>	<b>113</b>
3.1.2	<b>Die geographische Transformationsforschung.....</b>	<b>116</b>
3.2	<b>Der Zusammenbruch der SFR Jugoslawien und die Etablierung eines neuen Staates.....</b>	<b>118</b>
3.2.1	<b>Sloweniens Position und Rolle innerhalb der SFR Jugoslawien.....</b>	<b>120</b>
3.2.2	<b>Der Zerfall der SFR Jugoslawien.....</b>	<b>123</b>
3.2.3	<b>Komplikationen bei der Etablierung Sloweniens.....</b>	<b>126</b>



3.3 Besonderheiten der slowenischen Transformation(en) und ihre Defizite.....	131
3.3.1 Systemische Transformation: Die Überwindung der sozialistischen Ordnung.....	132
3.3.2 Ökonomische Transformation: Sloweniens Weg zur kapitalistischen Markt- wirtschaft .....	134
3.3.3 Gesellschaftliche Transformation: Alte Seilschaften als Transformationsdefizit....	138
3.3.4 Der Regierungswechsel 2004: Verspäteter Beginn der inneren Transformation? ....	141
3.4 Der lange Weg zum EU-Beitritt .....	142
3.5 Slowenien im Rahmen europäischer Strukturförderprogramme.....	145
3.5.1 Das PHARE- und Ziel 1-Programm.....	146
3.5.2 Das Programm INTERREG IIIA.....	149
3.5.3 Die Programme INTERREG IIIB und IIIC.....	152
3.6 Ungelöste Fragen zwischen Nachbarn: Die Beispiele NE Krško und Ljubljanska Banka.....	156
3.7 Fazit und Thesen.....	159
<b>4 Pomurje und Podravje – Sloweniens vergessene Peripherie oder das     Herz Europas?.....</b>	<b>161</b>
4.1 Die Grenzen Sloweniens im Laufe sich verändernder politischer Rahmen- bedingungen.....	162
4.1.1 Die slowenisch-italienische Grenze: Überwindung der systemischen Unter- schiede.....	165
4.1.2 Die slowenisch-ungarische Grenze: Vom Eisernen Vorhang zur EU-Binnen- grenze.....	169
4.1.3 Die slowenisch-österreichische Grenze: Grenzüberschreitende Kooperation mit Vorbehalten.....	171
4.1.4 Qualitäts- und Funktionswechsel der slowenisch-kroatischen Grenze.....	175
4.1.4.1 Phase 1: Die slowenisch-kroatische Grenze im föderativen Jugoslawien (1945 – 1991).....	175
4.1.4.2 Phase 2: Die slowenisch-kroatische Grenze im souveränen Slowenien (1991 – 2004).....	178
4.1.4.2.1 Offene Fragen im Zuge der Entstehung einer neuen Staatsgrenze.....	181
4.1.4.2.2 Die Grenzregion: „Plötzlich sind wir getrennt“ .....	188
4.1.5 Phase 3: Die slowenisch-kroatische Grenze im Slowenien als Mitglied der EU (seit 01. Mai 2004).....	191
4.1.6 Zusammenfassung und Fazit.....	195

4.2 Pomurje und Podravje als geographischer Bezugsraum.....	198
4.2.1 Die Bevölkerungs- und ethnische Struktur der Beispielregionen.....	202
4.2.2 Die Wirtschaftsstruktur der Beispielregionen.....	208
4.3 Pomurje und Podravje – Defizite und Entwicklungspotenziale im neuen transregionalen Wirtschaftsgefüge.....	213
4.3.1 Gründe für das West-Ost-Entwicklungsgefälle innerhalb Sloweniens.....	213
4.3.2 Potenziale und Zukunftsvorstellungen: Mehr als nur Tourismus.....	221
4.3.3 Der Entwicklungsmotor Graz.....	230
4.3.4 Lagebedingte Verkehrspotenziale.....	233
4.3.5 Einführung der regionalen Dimension.....	237
4.3.6 INTERREG IIIA und die EUREGIO „Steiermark-Nordostslowenien“.....	240
4.3.7 Regionales Entwicklungsprogramm (RRP) 2007-2013.....	247
4.3.8 Zusammenfassung und Fazit.....	249
4.4 Fazit und Thesen.....	252
<b>5 Die europäische Integration des Westlichen Balkans: Sloweniens Rolle als Entwicklungs- und Impulsgeber.....</b>	<b>254</b>
5.1 Kroatien –Die ehemalige Bruderrepublik auf der Schwelle zur EU.....	256
5.1.1 Grundzüge der Entwicklung Kroatiens nach 1991.....	257
5.1.2 Die Verschiebung der Beitrittsverhandlungen – Der Fall Ante Gotovina als Anlass oder Ausflucht.....	262
5.1.3 Der EU-Beitritt Kroatiens und die weitere europäische Integration des Westlichen Balkans – Ein erklärtes politisches Ziel Sloweniens.....	266
5.2 Die programmatischen Aktivitäten Sloweniens im Westlichen Balkan und Südosteuropa – Unbedeutender Teilnehmer oder (akzeptierte) Sonderrolle?.....	270
5.2.1 Programme und Initiativen in Südosteuropa.....	271
5.2.1.1 Bewertende Analyse der programmatischen Aktivitäten Sloweniens.....	278
5.2.2 Gemeinsamkeiten als Grund für einen Sonderstatus Sloweniens?.....	281
5.2.3 Sloweniens Rolle im Blickwinkel der Staaten des Westlichen Balkans.....	283
5.2.4 Wirtschaftliche Verbindungen im Westlichen Balkan.....	284
5.3 Fazit und Thesen.....	292
<b>6 Fazit.....</b>	<b>294</b>
6.1 Großregionen – Ein Modell für die Zukunft?.....	295

6.2 Fazit und Thesen.....	303
6.3 Schlussbetrachtung.....	304
<b>6.3.1 Erörterung der Thesen.....</b>	<b>304</b>
<b>6.3.2 Schlussfolgerungen.....</b>	<b>313</b>
<b>6.3.3 Weiterführende Forschungen.....</b>	<b>317</b>
6.4 Zusammenfassung.....	319
Literaturverzeichnis.....	325
Liste der durchgeführten Interviews.....	361
Anhang.....	363

## Abkürzungsverzeichnis

€	Euro
A	Österreich
AAP	Adria-Alpen-Pannonia
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AdR	Ausschuss der Regionen
AG	Arbeitsgemeinschaft
AGEG	Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen
AGEG	Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen
AII	Adriatic Ionian Initiative
ARR	Agencija Republike Slovenije za Regionalni Razvoj (Slowenische Regionalentwicklungsagentur)
Art.	Artikel
Bd.	Band
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSEC	Black Sea Economic Cooperation
BSP	Bruttosozialprodukt
BTI	Bertelsmann Transformationsindex
bzw.	beziehungsweise
CARDS	Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation
CEC	Central and Eastern European Countries (Mittelosteuropäische Länder - MOEL)
CEE	Central and Eastern Europe
CEFTA	Central European Free Trade Agreement
CEI	Central European Initiative
COM	Commission
d.h.	das heißt
DCP	Danube Cooperation Process
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEMOS	Demokratične Opozicijske Stranke (Demokratische Opposition Sloweniens)
DESLO	Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in Slowenien
DeSus	Demokratična Stranka Upokojencev Slovenije (Demokratische Partei der Rentner Sloweniens)
DRP	Državni razvojni program (Nationales Entwicklungsprogramm)
EAGFL-A	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung
EBS	Europäische Beschäftigungsstrategie
ECU	European Currency Unit

EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
EFTA	European Fair Trade Area
EG	Europäische Gemeinschaft
ESF	Europäischer Sozialfonds
et al.	et alteri (und andere)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EVGZ	Europäischer Verbund für Grenzüberschreitende Zusammenar- beit
Ew.	Einwohner
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende (eine Seite)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDI	Foreign Direct Investment
ff.	folgende (mehrere Seiten)
FIAF	Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei
FR-online	Frankfurter Rundschau online
FYROM	Former Yugoslavian Republic of Macedonia
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GFK	Gemeinschaftliches Förderkonzept
ggf.	gegebenenfalls
H	Ungarn
ha	Hektar
HDZ	Hrvatska demokratska zajednica (Kroatische Demokratische Gemeinschaft)
HR	Kroatien
I	Italien
i.d.R.	in der Regel
inkl.	inklusive
ISPA	Instrument for Structural Policies for Pre-Accession
IWF	Internationaler Währungsfonds
JA	Jugoslawische Armee
Jh.	Jahrhundert
JVA	Jugoslawische Volksarmee
k.u.k.	kaiserlich und königlich
Kap.	Kapitel
km	Kilometer
km <sup>2</sup>	Quadratkilometer
KMU	kleine und mittelständische Unternehmen
KOM	Kommission
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVR	Kommunalverband Ruhr
LB	Ljubljanska Banka

LDS	Liberalna Demokracija Slovenije (Liberaldemokraten)
LEADER+	Liaison entre actions de développement de l'économie rurale (Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft)
m	Meter
MATRIOSCA	Management Tools, effective Relations for new Interregional Organisation aimed at Strengthening the Cooperation among regions in the Adria-Alpe-Pannonia space
MAXqda	Software zur qualitativen Analyse von Textdaten
MG	Ministrstvo za Gospodarstvo (Wirtschaftsministerium)
Mio.	Millionen
MOEL	Mittel- und Osteuropäische Länder
Mrd.	Milliarden
MZZ	Ministrstvo za Zunanje Zadeve (Außenministerium)
n. Chr.	nach Christus
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NDH	Nezavisna Država Hrvatska (Unabhängiger Staat Kroatien)
NEK	Nuklearna Elektrarna Krško
NLB	Nova Ljubljanska Banka
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSI	Nova Slovenija (Partei Neues Slowenien)
NUTS	Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o.ä.	oder ähnliches
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
ÖROK	Österreichische Raumsordnungskonferenz
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PHARE	Poland Hungary Assistance for the Restructuring of the Economies
PHARE CBC	PHARE cross-border cooperation
RGE	Rat der Gemeinden Europas
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
RRP	Regionalni razvojni program (Regionales Entwicklungsprogramm)
RS	Republika Slovenija
RVR	Regionalverband Ruhr
RyP	Royaumont Process
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SAPARD	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development
SDS	Slovenske Demokratske Stranke (Slowenische Demokratische Partei)

SECI	Southeast European Cooperation Initiative
SEE	Southeast Europe
SEECF	Southeast European Cooperation Process
SFR Jugoslawien	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (1963-1992)
SIS	Schengener Informationssystem
SIT	Slowenischer Tolar
SLO	Slowenien
SLS	Slovenska Ljudska Stranka (Slowenischen Volkspartei)
SOPS	Zakon o ratifikaciji sporazuma med Republiko Slovenijo in Republiko Hrvaško o obmejnem prometu in sodelovanju
SP SEE	Stability Pact for South Eastern Europe
SPOC	Stability Pact Initiative Against Organised Crime
št.	številka (Nummer)
St. Pakt	Stabilitätspakt für Südosteuropa
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
Tab.	Tabelle
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
taz	Die Tageszeitung
TEN	Trans-European Transport Network
Tsd.	Tausend
u.a.	unter anderem
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
UDSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UEFA	Union of European Football Associations
UN	United Nations
US	United States
USA	United States of America
v.a.	vor allem
Verf.	Verfassung
vgl.	vergleiche
VRE	Versammlung der Regionen Europas
WT	Working Table
WTO	World Trade Organisation
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZEI	Zentrum für Europäische Integrationsforschung
zit.	zitiert
ZLSD	Združena Lista Socialnih Demokratov (Vereinigte liste der Sozialdemokraten)
ZSSS	Zveza svobodnih sindikatov Slovenije (Verband freier Gewerkschaften Sloweniens)

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Methodenmix für eine Programmwirkungsanalyse.....	10
Abb. 2:	Mehrstufiges Kodierverfahren.....	16
Abb. 3:	Von der Transformations- zur Integrationsforschung.....	113
Abb. 4:	Die vier ausgeprägten Formen des jugoslawischen Sozialismus.....	135
Abb. 5:	Merkmale der ökonomischen Transformation in Slowenien.....	138
Abb. 6:	Die Phasen Sloweniens zum EU-Beitritt.....	145
Abb. 7:	Beziehungen zwischen Nachbarstaaten und Grenzregionen.....	164
Abb. 8:	Entwicklung des Anteils ausgewählter Nichtslowenen 1953-2002 (in Tsd.).....	208
Abb. 9:	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Slowenien 1958-2005 (in Tsd.).....	218
Abb. 10:	Außenhandel Sloweniens mit dem Westlichen Balkan (ohne Albanien) – Exporte 1993-2004 (in Tsd. SIT).....	286
Abb. 11:	Außenhandel Sloweniens – Exporte 2004 (in %)......	286
Abb. 12:	Außenhandel Sloweniens – Importe 2004 (in %)......	287
Abb. 13:	Außenhandel Sloweniens mit dem Westlichen Balkan (ohne Albanien) – Importe 1993-2004 (in Tsd. SIT).....	287
Abb. 14:	Slowenische Direktinvestitionen in den Westlichen Balkan (ohne Albanien) – 1994-2005 (in Mio. EUR).....	289
Abb. 15:	Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren des Westlichen Balkans 2004 (in %)......	290
Abb. 16:	Außenhandel des Westlichen Balkans nach Regionen 2003 (in %)......	291
Abb. 17:	Handel der EU-25 mit dem Westlichen Balkan 2003 (in %)......	291



## Karten – und Fotoverzeichnis

Karte 1:	The Natural Seats of Power.....	31
Karte 2:	Mitteleuropa zu Beginn des 21. Jh.....	74
Karte 3:	Die Balkanhalbinsel unter geographischen Gesichtspunkten.....	77
Karte 4:	Südosteuropa.....	79
Karte 5:	Verschiedene Vorstellungen der Verortung einer Ostgrenze Europas.....	81
Karte 6:	Die EU-27.....	83
Karte 7 & 8:	Das Europa des Europarates und des Europäischen Gewerkschaftsbundes.....	84
Karte 9 & 10:	Das Europa der UEFA und der European Broadcasting Union.....	85
Karte 11:	Regionale Raumstrukturen.....	88
Karte 12:	Die SFR Jugoslawien vor dem Zusammenbruch 1991.....	119
Karte 13:	Ziel 1: Karte der förderfähigen Regionen, und der Regionen die von der Übergangunterstützung profitieren.....	148
Karte 14:	Übersicht über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb INTERREG IIIA.....	151
Karte 15:	INTERREG IIIB-Alpenraum (2006) und IIIC-Zone Ost (vor 2004)..	153
Karte 16:	Anzahl der Programmpartner innerhalb INTERREG IIIC.....	155
Karte 17:	Freies Territorium Triest.....	167
Karte 18:	Der Vertrag von Trianon – Die Folgen.....	170
Karte 19:	Anteil der Slowenen und Kroaten in den jeweiligen benachbarten Grenzgemeinden (1991).....	178
Karte 20:	Offene Fragen an der slowenisch-kroatischen Grenze.....	183
Karte 21:	Grenzlinien in der nördlichen Adria.....	187
Karte 22:	Die statistischen Regionen Pomurje und Podravje innerhalb der heutigen Grenzen Sloweniens.....	199
Karte 23:	Entwicklungsstand der Gemeinden, gemessen am slowenischen Durchschnitt.....	202
Karte 24:	Siedlungs- und demographische Struktur auf Gemeindeebene.....	205
Karte 25:	Der Anteil der ungarischen Volksgruppe entlang der slowenisch-ungarischen Grenze.....	206
Karte 26:	Wirtschaftliche Struktur auf Gemeindeebene.....	211

---

Karte 27:	Hauptverkehrsrouen in Slowenien und ausgewählten Nachbarländern.....	235
Karte 28:	Die neuen Kohäsionsregionen auf NUTS 2-Ebene.....	240
Karte 29:	Das Gebiet der EUREGIO „Steiermark-Nordostslowenien“ .....	245
Karte 30:	Von Serben besetzte Gebiete Kroatiens vor der Militäroperation „Sturm“ .....	259
Karte 31:	MATRIOSCA-AAP-Partnerregionen.....	300
Karte 32:	Die „EU-Zukunftsregion“ vor dem Hintergrund historischer Grenzen.....	302
Titelfoto:	Der Drache – Wahrzeichen von Ljubljana ( <i>Eigene Erhebung 2002</i> )	
Foto 1:	Der Schnellimbiss „Eurobalkan“ in Ljubljana.....	76
Foto 2:	Lokaler Grenzübergang Razkrižje an der Grenze zu Kroatien.....	181
Foto 3:	Blick auf die Bucht von Piran.....	184
Foto 4:	Maisfeld in Pomurje mit Blick auf die Ausläufer der Ostalpen in Podravje.....	200
Foto 5:	Landwirtschaftliche Nutzfläche in Pomurje.....	212
Foto 6:	Störche – Symbol für den Nordosten Sloweniens.....	222
Foto 7:	Weinberg bei Jeruzalem.....	223
Foto 8:	Der Hafen von Koper.....	234
 <b>Anhang:</b>		
Karte a:	Kartenausschnitt Pomurje und Podravje.....	369

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Kohäsionspolitik 2007-2013 (Vorschlag).....	103
Tab. 2:	Kohäsion im Wandel: Von der Kommission vorgeschlagene Ziele und Instrumente.....	106
Tab. 3:	Ausgewählte Angaben über einzelne Republiken der SFR Jugoslawien.....	126
Tab. 4:	Straßengebundene Grenzüberschreitungen von Passagieren.....	193
Tab. 5:	Ausgewählte Indikatoren für Pomurje und Podravje 2004 (in %).....	204
Tab. 6:	Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der Beispielregionen.....	210
Tab. 7:	Die NUTS-Ebenen.....	240
Tab. 8:	Vorgesehene Mittelverteilung für die Kohäsionsregionen Ost und West.....	249
Tab. 9:	Stärken- und Schwächenanalyse der Beispielregionen.....	250
Tab. 10:	Staaten und staatsähnliche Gebilde in Südosteuropa, 1878-2007.....	255
Tab. 11:	Südosteuropäische Staaten und Slowenien im Rahmen aus- gewählter multilateraler Initiativen regionaler Kooperation.....	279
Tab. 12:	Zum Stand der institutionellen Beziehungen zwischen der EU und den Ländern des Westlichen Balkans im Herbst 2006.....	297

### Anhang:

Tab. a:	Ziel 1-Förderung.....	363
Tab. b:	INTERREG IIIA zwischen Slowenien-Österreich.....	363
Tab. c:	INTERREG IIIA zwischen Slowenien-Italien.....	364
Tab. d:	INTERREG IIIA-Nachbarschaftsprogramm zwischen Slowenien- Ungarn-Kroatien.....	364
Tab. e:	INTERREG IIIB-Alpenraum.....	365
Tab. f:	INTERREG IIIC.....	365

# 1 Einführung

## 1.1 Einleitung und Problemaufriss

Am 01.01.2007 löste in Slowenien der Euro den Slowenischen Tolar (SIT) als offizielles Zahlungsmittel ab. Die erfolgreiche Übernahme der europäischen Gemeinschaftswährung stellt den derzeitigen Abschluss des Prozesses der europäischen Integration Sloweniens dar. Erst zwei Jahre nach der historischen EU-Erweiterung mit neun weiteren ost- und mitteleuropäischen Staaten gehört Slowenien als erster dieser zehn nunmehr auch zur Eurozone. Dabei scheint Slowenien von außen betrachtet mit seinen 20.273 km<sup>2</sup> Landesfläche und rund 2 Mio. Einwohnern im Vergleich zu den großen EU-Mitgliedsstaaten eher klein und unbedeutend. Verwechslungen mit der Slowakei oder der kroatischen Region Slawonien sind häufig zu hören und stützen scheinbar die These seiner Bedeutungslosigkeit. Auch die geringe Anzahl an Veröffentlichungen impliziert eine ähnliche Feststellung in der Wissenschaft. So ist Slowenien bislang stärker Gegenstand von Reise- und Touristik- als von wissenschaftlicher Literatur. Vorhandene deutschsprachige Forschungsarbeiten werden in ihrer Ausrichtung und in ihrem Ansatz den umwälzenden politischen Veränderungen in Südosteuropa innerhalb der letzten eineinhalb Dekaden als auch der geopolitisch zentralen Lage und Funktion Sloweniens meist nicht gerecht. Dabei ist seine Lage auf der Nahtstelle zwischen Europäischer Union und den Ländern des Westlichen Balkans – zum einen die Problemregion Europas und zum anderen Zielgebiet zukünftiger EU-Erweiterungen – sowie die daraus folgende inhärente verbindende Komponente bzw. Brückenkopffunktion zweifelsohne allgemein anerkannt. Aus diesem Grunde versucht die vorliegende geopolitische Arbeit diese bestehenden Forschungsdefizite aufzugreifen und bietet einen Ansatz, der einen Beitrag zum allgemeinen Bedeutungszuwachs Sloweniens leisten soll. Letztlich zollt die Untersuchung der tatsächlichen (geo-)politischen Bedeutung des geographisch kleinen Sloweniens Rechnung. Ebenfalls soll ein Erkenntnisgewinn in der ihr fachlich zugrunde liegenden Geopolitik als auch Grenzraumforschung erfolgen. Als zusätzliche Motivation für diese Untersuchung spielt auch die gewollte Beschäftigung mit dem

Herkunftsland der Eltern des Autors und somit auch das Zurückgreifen auf implizites Wissen sowie vor allem auf umfassende Kenntnisse der slowenischen Sprache und Kultur eine große Rolle.

Der Bearbeitungszeitraum der vorliegenden Arbeit war gekennzeichnet durch zentrale politische Ereignisse in Slowenien. So konnte Slowenien innerhalb der ersten Themenfindungsphase Ende 2001 u.a. auf zehn Jahre Unabhängigkeit zurückblicken, in denen der wirtschaftliche und politische „turn-around“ von einer sozialistischen Teilrepublik der SFR Jugoslawien zu einem marktwirtschaftlich orientierten demokratischen Staat vollzogen wurde. Des Weiteren hoffte es als EU-Beitrittskandidat auf einen baldigen Beitritt, ohne jedoch das genaue Beitrittsdatum zu diesem Zeitpunkt schon vorliegen zu haben. Ende 2003 zeichnete sich der 01. Mai 2004 als Beitrittsdatum ab und Slowenien erreichte mit der Integration in die EU sein prioritäres politisches Ziel. Keine zwei Jahre später erfolgte am 01.01.2007 mit der Einführung des Euro der Abschluss zur Erlangung der vollständigen europäischen Integration Sloweniens. Zusätzlich wird der Beitritt zum Schengenraum – höchstwahrscheinlich Ende 2007 – von der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2008 gekrönt werden. Gleichzeitig zu diesen zentralen Ereignissen in Slowenien, dem Forschungshauptgegenstand, vollzog sein südlicher Nachbar Kroatien eine entscheidende Wende in Richtung Annäherung an den Westen bzw. europäischer Integration. So stellt der Tod des kroatischen Präsidenten im Dezember 1999 das Ende des autokratischen TUDMAN-Regimes sowie der politischen Isolation Kroatiens dar. Der Politikwechsel im Rahmen der Parlamentswahlen im Januar 2000 markiert schließlich den Anfang von Kroatiens Weg zum EU-Beitritt. Die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen im Herbst 2005 kann als erster Meilenstein auf diesem Weg angesehen werden. Somit kann zusammenfassend festgehalten werden, dass seit der Jahrtausendwende eine Phase zentraler (politischer) Ereignisse in den beiden ehemaligen Teilrepubliken der SFR Jugoslawien zu identifizieren ist, welche gleichzeitig durch eine allgemeine Beschleunigung der Ereignisse gekennzeichnet wird.

Folgender Kontext stellt sich als zentral für die Arbeit dar. Slowenien konnte sich 1991 relativ problemlos von der SFR Jugoslawien trennen und erlangte erstmals in seiner Geschichte staatliche Souveränität. Die notwendige wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Transformation stand von Beginn an unter dem Ziel eines schnellstmöglichen Beitritts zur EU. In der Phase des Zusammenbrechens des primären Absatzmarktes Jugoslawien half Slowenien u.a. seine geographische Nähe zum Westen als auch die wirtschaftlichen und politischen Kontakte, die Slowenien bereits als Teilrepublik der SFR Jugoslawien aufgebaut hat. Der politische und wirtschaftliche „turn-around“ konnte somit vergleichsweise schnell erfolgen. Sowohl internationale als auch nationale Experten (vgl. u.a. INTERVIEWS; MRAK ET AL. 2004) sehen jedoch weiterhin Transformationsdefizite, die sich beispielsweise in der Privatisierungsstrategie, aber vor allem im Rahmen der sogenannten inneren Transformation, deren Beginn erst mit dem Regierungs- und Politikwechsel 2004 gesehen wird, widerspiegeln. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die europäischen Finanzhilfen, vor allem Strukturförderprogramme, mit ihrem integrativen und konditionierenden Moment, gelegt. Vor diesem Hintergrund lässt sich der Transformationsprozess Sloweniens seit Mitte der 1990er Jahre folgerichtig auch vielmehr als Integrationsprozess bezeichnen.

Im Spannungsfeld der Entstehung neuer souveräner Staaten und den daraus resultierenden Auswirkungen nicht nur auf Grenzlinien, sondern auch auf Grenzregionen – einer Förderkategorie der EU – ist, unter Einbeziehung aller Grenzregime, die Untersuchung des Qualitäts- und Funktionswandels der slowenisch-kroatischen Grenze unter besonderer Berücksichtigung der statistischen (Grenz) Regionen Pomurje und Podravje, lokalisiert. Pomurje und Podravje weisen aufgrund u.a. historischer und (wirtschafts-)politischer Gründe deutliche Entwicklungsdefizite auf. Dabei scheinen die Implikationen der Bedeutungswechsel der Grenze in den vergangenen rund zwei Dekaden den beiden Regionen insbesondere zuge-setzt zu haben. Es wird u.a. der Frage nachgegangen, inwiefern die jahrzehntelang vernachlässigten Regionen Podravje und vor allem Pomurje, welches sowohl an Österreich als auch an Ungarn und Kroatien grenzt, seinen derzeitigen peripheren

Status innerhalb Sloweniens beibehält. Oder können sie vor dem Hintergrund der bedeutenden politischen Veränderungen seit 1991 u.a. mit Hilfe von europäischen Strukturförderprogrammen, politischen Entwicklungszielen sowie innovativer Eigeninitiative das Potenzial für eine positive Entwicklung und die Chance zur Etablierung als „Herz Europas“<sup>1</sup> nutzen.

Ein weiterer Aspekt bildet die Analyse der nationalen Maßstabsebene. Dies ist vor allem der Spezifität geschuldet, dass Slowenien, aufgrund seiner geringen geographischen Größe, insgesamt ebenfalls als Grenzregion definiert werden kann. Dieser Besonderheit folgend, lässt sich die slowenisch-kroatische Grenze in einer erweiterten Sichtweise nicht nur Abgrenzungslinie zwischen zwei Nachbarstaaten, sondern auch als Nahtstelle zwischen der EU und dem Westlichen Balkan identifizieren. Dieses Faktum lässt Slowenien eine entscheidende Position und verbindende Rolle anheim kommen. Doch gerade das verbindende Moment hat Slowenien Anfang der 1990er Jahre in einer Phase der totalen Distanzierung vom Balkan sowie gleichzeitiger europäischen Orientierung negiert und erkennt erst seit wenigen Jahren in der gemeinsamen Vergangenheit und der Kenntnis der Sprache als auch der Kultur seine eigenen kompetitiven Vorteile. Die Vorteile zunehmend wahrnehmend und politisch ausfüllend zeigt sich ein Wandel in der eigenen Wahrnehmung Sloweniens, der von einer Steigerung des nationalen Selbstbewusstsein und der aktiven Übernahme von Verantwortung innerhalb von Initiativen und Programmen für Südosteuropa sowie einer zunehmenden Integration in nationalstaatsgrenzenübergreifende regionale Einheiten charakterisiert ist. Dabei zeigt die Ausdehnung des transnationalen regionalen Zusammenschlusses „EU-Zukunftsregion“ eine überraschende Korrespondenz mit Grenzlinien, die auf der Balkanhalbinsel bis 1918 zu finden waren. Das führt zu der These der Kontinuität historischer Grenzen, die, auf ein gemeinsames historisches und kulturelles Erbe aufbauend, ein stabiles Gleichgewicht anstreben. Die transnationale „EU-Zukunftsregion“ weicht den derzeitigen in europäischer Hinsicht absoluten trennenden Status der slowenisch-kroatischen Grenze mit der expliziten Inklusion Kroa-

---

<sup>1</sup>Ein Regierungsmitglied berichtete, dass bei einem Besuch in Pomurje Ende 1990 ein Botschafter der EU-Kommission die Region, aufgrund ihrer relativen Nähe von ca. 3 Stunden nach Wien, Budapest, Zagreb und Ljubljana, früher oder später das „Herz Europas“ werde.

tiens auf und zeigt deutlich, dass ein letztendlich stabiler Zustand in dieser Großregion noch nicht erreicht ist.

## 1.2 Inhalt und Aufbau der Untersuchung

Der Inhalt und Aufbau der Arbeit präsentiert sich in acht Gliederungspunkten. Das **erste Kapitel (Einführung)** dient vor dem Hintergrund einer methodischen Fundierung der Präzisierung des Untersuchungsziels und der Bildung forschungsleitender Thesen. Dabei wird in die Problematik des Forschungsvorhabens eingeführt und werden die Grenzen der Arbeit aufgezeigt.

Im **zweiten Kapitel (Grenzregionen im wissenschaftlichen und politischen Kontext)** erfolgt in einem dualistischen Ansatz die Einordnung der Grenzregionen in den wissenschaftlichen und in den politischen Kontext. Dabei wird einleitend der Frage nach dem Verständnis der Geopolitik als angewandter Zweig der Politischen Geographie in der Gegenwart nachgegangen. Neben dem Spannen eines Bogens von den Anfängen bis zu aktuellen Forschungsschwerpunkten im internationalen Kontext wird die Renaissance der Geopolitik in Deutschland und damit parallel einhergehend die ihr innewohnende historische Verantwortung beleuchtet. Des weiteren bildet die Darstellung der Grenzraumforschung, eingebettet in die klassische Politische Geographie, die Basis für die empirische Untersuchung der Beispielregionen in Kapitel vier. Verstärkt durch den Zusammenbruch des Ostblocks und der Entstehung neuer bzw. der Renaissance alter Nationalstaaten nimmt die Bedeutung der Erforschung von Grenzräumen und Grenzregionen seit Beginn der 1990er Jahre erneut zu und die Grenzraumforschung entdeckt, neben der klassischen Analyse von Grenzlinien, die Untersuchung sozioökonomischer Auswirkungen auf die Grenzregionen als zusätzlichen Forschungsgegenstand für sich. Die Erarbeitung eines Vorschlages zur Klärung der semantischen Konfusion hinsichtlich der Begriffe Mitteleuropa, Südosteuropa und Balkan, sowie der Versuch einer Antwort auf die Frage nach den Grenzen Europas bildet den Übergang zur Einordnung der Grenzregionen in den politischen Kontext. Diesen politischen Kontext symbolisieren die strukturpolitischen Instrumente der Europäischen Uni-



on. Nach einer Einführung in das Regionalisierungskonzept der EU werden Grenzregionen als Kooperationsräume identifiziert, die eine spezifische Förderung durch die EU erfahren. In einem Überblick werden die bestehenden EU-Programme und Instrumente zur Stärkung von Grenzregionen dargestellt. Diese Darstellung bildet einen zentralen Pfeiler der Brücke, die in dieser Untersuchung die transnationale mit der regional-lokalen Maßstabsebene verbindet.

**Kapitel drei (Sloweniens Weg von der SFR Jugoslawien bis zum EU-Beitritt - Von der Transformation zur Integration)** dient der Einbettung des Forschungsgegenstandes in den historischen Kontext. Neben einem kurzen Überblick über den Stand der Transformations- bis hin zur Integrationsforschung werden anhand der wirtschaftsstrukturellen und politischen Entwicklungen in den Jahren seit der Unabhängigkeit Sloweniens die Besonderheiten und Herausforderungen deutlich gemacht, die es auf dem Weg von einer sozialistischen Teilrepublik der SFR Jugoslawien zu einem marktwirtschaftlich orientierten Mitglied der EU vollzogen hat. Dabei wird jedoch auch die Besonderheit der Rolle Sloweniens in der SFR Jugoslawien analysierend mit einbezogen. Explizites Gewicht liegt diesbezüglich auf der Untersuchung der systemischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und inneren Transformationsprozesse, um noch bestehende Defizite vor dem Hintergrund des erfolgten Umbaus relativierend zu identifizieren. In diesem Zusammenhang stellt der Grad der Ablösung „alter“ Eliten eine zentrale Frage dar. Der anschließenden Analyse des langen Weges Sloweniens bis zum EU-Beitritt folgt, unter Aufgreifen der in Kapitel zwei diskutierten Rahmenvorgaben, die Darstellung Sloweniens im Rahmen europäischer Strukturförderprogramme. Abschließend werden zwei bislang ungelöste außenpolitische Themen zwischen Slowenien und Kroatien thematisiert und ein kurzes Fazit rundet dieses für das gesamte Forschungsvorhaben rahmenbildende Kapitel ab.

Im empirischen **Kapitel vier (Pomurje und Podravje - Sloweniens vergessene Peripherie oder das Herz Europas?)** werden einleitend die Prozesse sowie die Qualitäts- und Funktionswechsel der Grenzen Sloweniens zu seinen Nachbarn Italien, Österreich und Ungarn analysierend untersucht. Dabei stehen die höchst dif-

ferenten Entwicklungen und Implikationen auf die jeweilige angrenzende Region im Vordergrund der Darstellung. Insgesamt bildet diese Darstellung die Basis für die fokussierte Untersuchung der Qualitäts- und Funktionswechsel der slowenisch-kroatischen Grenze im Verlauf der letzten Dekaden. Dabei wird der eigentlichen Grenzlinie nur eine relative Bedeutung beigemessen. Vielmehr stehen die politischen und sozioökonomischen Auswirkungen der Qualitäts- und Funktionswechsel auf die Grenzregion, in Teilaspekten aber auch auf den Gesamtstaat, im Zentrum des Forschungsinteresses. Darauf aufbauend werden abschließend, vor dem Hintergrund der Spezifitäten der Beispielregionen, ihre Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt und kritisch diskutiert, die über die nationalstaatlichen Grenzen hinausreichen und deutlich mehr als lediglich den Tourismus umfassen.

Das **fünfte Kapitel (Die europäische Integration des Westlichen Balkans: Sloweniens Rolle als Entwicklungs- und Impulsgeber)** löst sich explizit von der regional-lokalen Maßstabebene und führt, nach einer Darstellung der Entwicklung Kroatiens in Grundzügen, sowie der spezifischen Situation um den Fall Ante Gotovina, den EU-Beitritt Kroatiens und die weitere europäische Integration des Westlichen Balkans als prioritäres politisches Ziel Sloweniens auf. Die anschließende bewertende Beschreibung der programmatischen Aktivität und Rolle Sloweniens in dieser Region endet mit der Darstellung der ökonomischen Verbindungen im Westlichen Balkan.

**Kapitel sechs (Fazit)** greift einleitend die zwei Bausteine der Grenzraumforschung bzw. der Erforschung von Grenzräumen und Grenzregionen auf und fokussiert diese auf die Frage nach Großregionen als ein Modell für die Zukunft. Der antizipierenden Analyse möglicher Entwicklungsszenarien für den Westlichen Balkan als eine Großregion folgt die kurze Darstellung der Großregion „EU-Zukunftsregion Adria-Alpen-Pannonia“. Anschließend wird in der Diskussion der Kontinuität historischer Grenzen eine Verbindung zwischen historischen und heutigen Großregionen hergestellt und die Frage nach dem Modellcharakter von Großregionen versucht zu beantworten. In der abschließenden Schlussbetrachtung

werden die Ergebnisse der Untersuchung zusammengeführt, diskutiert und vor dem Hintergrund der im Kapitel zwei dargestellten Sachverhalte als auch der aufgestellten Thesen reflektiert. Ein Ausblick auf offene Forschungsfragen und eine Zusammenfassung der Arbeit bilden den Abschluss der Untersuchung.

### **1.3 Empirisches Forschungskonzept**

„Methodologie ist die Lehre von den Verfahren, die zur Forschung und Beweisführung in den verschiedenen Wissenschaften angewendet werden. Der Zweck der Methodologie liegt dabei nicht nur in der Klärung und Beschreibung, sondern auch in der Begründung der Verfahren“ (HÜGLI & LÜBCKE 1995: 23). Vor diesem Hintergrund wird im folgenden unter Methodologie die grundsätzliche wissenschaftliche Herangehensweise verstanden und unter Methoden die einzelnen Instrumente, die in der Methodologie eingebettet sind (vgl. KASSNER & WASSERMANN 2002.).

#### **1.3.1 Methoden und Verfahren**

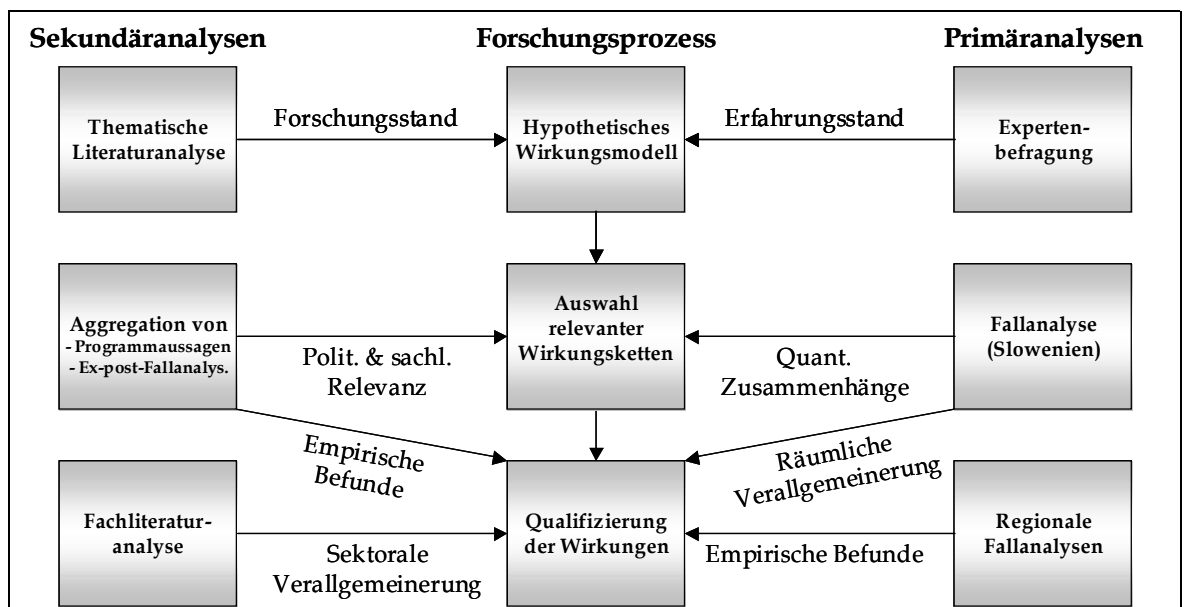
Grundsätzlich lässt sich nach LAMNEK (1995: 332) eine dreiteilige Klassifizierung empirischer Untersuchung nach ihren Zielsetzungen vornehmen:

- ◆ Explorative Untersuchungen dienen der Bildung von Theorien und Hypothesen.
- ◆ Explorative Untersuchungen dienen der Prüfung von Theorien und Hypothesen.
- ◆ Deskriptive Untersuchungen dienen der Beschreibung von Populationen.

Dieser Klassifizierung nach ist die vorliegende Arbeit ein Hybrid zwischen explorativer und explantativer Untersuchung. Denn neben der Prüfung von Theorien und im Vorfeld aufgestellter Hypothesen, dient der Erkenntnisgewinn zur Bildung neuer Thesen. Einer ähnlichen hybriden Funktion kommt ebenfalls dem zugrundeliegenden Forschungsansatz zu, d.h. die Arbeit fußt im Spannungsfeld zwischen einem quantitativem und qualitativem Ansatz. Abgrenzend bzw. diffe-

renzierend zum klassischen qualitativen Ansatz, der „überwiegend auf Messungen verzichtet und stattdessen mit Interpretationen von verbalem Material operiert“ (LAMNEK 1995: 271), wird hier ein „Methodenmix“ (WOLLMANN & HELLSTERN 1978: 96), also eine Verbindung qualitativen und quantitativen Vorgehens, gewählt. Durch diese Methodenkombination soll sowohl die geforderte sachliche sowie orts- und regionalspezifische Differenzierung des Wirkungszusammenhangs als auch eine Verallgemeinerungsfähigkeit der Untersuchungsergebnisse erzielt werden (vgl. LUTTER 1980). Abbildung 1 bildet diesen Methodenmix übersichtsartig ab.

Abb. 1: Methodenmix für eine Programmwirkungsanalyse



Quelle: Eigene Darstellung nach LUTTER 1980.

Die vorliegende empirische Untersuchung folgt dabei der Logik einer bewussten Fallauswahl, die auf Grundlage theoretischer Vorüberlegungen auf einem grundsätzlich deduktiv ausgerichteten Verständnis wissenschaftlichen Vorgehens basieren (vgl. u.a. FRIEDRICHS 1985, 1990). Diese Logik spiegelt sich auch im konventionellen Aufbau wissenschaftlicher Forschungsarbeiten wider, deren empirische Teile ein strukturiertes Abarbeiten aufeinander aufbauender und eingangs theoretisch fundierter Untersuchungsschritte darstellen (vgl. SCHNELL, HILL & ESSER 1995). Die Form der Darstellung dokumentiert damit idealtypischerweise auch die zeitliche Abfolge der einzelnen Arbeitsschritte. Dabei ist die Auswahl des Einzelfalls

„Nordosten Slowenien“ Teil eines zunächst wenig wissenschaftlich strukturierten Forschungsprozesses. Empirische Forschung und das Erarbeiten und Verfeinern einer stimmigen Untersuchungskonzeption sind vielmehr in einem ständigen und sich gegenseitig beeinflussenden Wechsel geschehen.

Eine erste themengenerierende Phase wurde im Rahmen eines Praktikums beim Dachverband der slowenischen Gewerkschaften (ZSSS) im Sommer 2002 in Ljubljana absolviert. Ergebnis dieser thematischen Beschäftigung mit dem Untersuchungsgegenstand war eine vergleichende Studie zur Europäischen Beschäftigungsstrategie (vgl. VERES 2002). Diese Phase war vor allem durch den zugespitzten Konflikt in der Frage nach der Grenzziehung zwischen Slowenien und Kroatien in der Bucht von Piran und der damit einhergehenden Frage nach dem Zugang Sloweniens zu internationalen Gewässern gekennzeichnet (vgl. Kap. 4.1.4.2.1). Die an diesen Aufenthalt anschließende Konkretisierung des Forschungskonzeptes fußte auf den zuvor in Slowenien gemachten Erfahrungen und diesbezüglichen ausführlichen Literaturrecherchen. Ziel dieser Phase war die Ausarbeitung eines Gliederungsentwurfs mit zentralen Untersuchungsfragen und Hypothesen. Der nun folgenden thematischen Fundierung und Spezifizierung der Arbeit schloss sich die Ausarbeitung eines dreisprachigen Interviewleitfadens an, der in insgesamt drei Phasen der empirischen Feldforschung Eingang fand. Grundsätzlich ist es typisch für induktiv und qualitativ ausgerichtete Forschungsarbeiten, dass sie ein ständiges Reflektieren von Konzeption und theoretischer Basis verlangen. Die dadurch erfolgten Veränderungen der Konzeption beeinflussen dann wieder die nächsten empirischen Schritte (vgl. FLICK 1995), was sich u.a. in Modifikationen des Interviewleitfadens widerspiegelt. Im Frühjahr 2005 wurden ausgewählte Experten innerhalb Deutschlands interviewt, die zumindest geographisch den Blick von Außen auf den Untersuchungsgegenstand ermöglichten. Im April und Mai 2005 schloss sich die erste Interviewphase mit einem leicht modifizierten, d.h. erweiterten Leitfaden in Slowenien an, die eine Mischung aus Innenansicht hinsichtlich der Nationalebene, aber auch weiterhin eine Außenansicht bezüglich der Beispielregionen Pomurje und Podravje abbildete. Im Gegensatz zum Aufenthalt im Som-

mer 2002 zeigte sich nun die politische Situation in Slowenien völlig verändert. Der medial zugespitzte Grenzkonflikt in der Bucht von Piran war bis dato zwar nicht gelöst, aber zumindest entschärft und mit der Übertragung dieser Frage an die gemischte diplomatische Kommission zur Feststellung und Kennzeichnung der slowenisch-kroatischen Grenze auf eine pragmatische Handlungsebene transferiert. Zusätzlich feierte Slowenien nach seinem ersten Regierungswechsel Ende 2004 den ersten Jahrestag seines EU-Beitritts. Das große politische Ziel Sloweniens seit seiner Unabhängigkeit war somit erreicht und das Land in Europa angekommen. Während der dritten Interviewphase im Sommer 2005 wurden Expertengespräche in den Beispielregionen geführt, um die für die vorliegende Arbeit notwendige Innenansicht abzubilden und zu analysieren. Diese maßstäblich zuspitzende Herangehensweise im Rahmen der empirischen Feldforschung orientierte sich an der inhaltlichen Gliederung der Untersuchung.

### **1.3.2 Zur Auswertung der empirischen Ergebnisse**

Die Frage nach dem adäquaten Erhebungsverfahren kennzeichnete den Prozess der Forschungskonzeption. Im Endeffekt gibt es bei der Wahl der Interviewverfahren keinen Königsweg, der sich abstrakt aus methodologischen Vorüberlegungen ableiten lässt, sondern lediglich ein angemessenes Kriterium: „Das der Gegenstandsadäquanz!“ (TRINCZEK 2002: 221) Unter dieser Prämisse und im Kontext der Untersuchung empfahl sich einzig das Experteninterview als adäquate Herangehensweise. Dabei wurde jedoch rasch deutlich, dass damit ein methodisch „wenig beackertes Terrain“ betreten wird und der „weiten Verbreitung (...) ein deutlicher Mangel an methodischer Reflexion gegenüber“<sup>2</sup> steht (MEUSER & NAGEL 2002: 71f.). Im Grunde ist das Experteninterview<sup>3</sup> lediglich durch Verweis auf die Quali-

---

<sup>2</sup>Auf eine weitergehende qualitative Methodendiskussion wird im Rahmen dieser Arbeit verzichtet und auf den detaillierten Beitrag von MEUSER & NAGEL (2002) verwiesen.

<sup>3</sup>Nach SCHEUCH (1967: 165f.) sind Experteninterviews all jene Interviews, die nicht standardisiert und quantitativ auswertbar sind („Tiefeninterviews“), die charakteristischerweise an einen Leitfaden gebunden sind. Leitfaden-Gespräche sind nach SCHEUCH kein Beweisinstrument. Sie haben aufgrund ihrer sehr begrenzten Reliabilität lediglich eine „ergänzende Funktion“ (1967: 166), dienen also der Felderschließung, der Vertiefung vorwissenschaftlichen Wissens, zur Hypothesengenerierung. (BOGNER 2002: 18f.) Weitere Definitionen finden sich bei KASSNER & WASSERMANN 2002 :102f. und PFADENHAUER 2002: 175f.

tät des Interviewpartners als ‚Experte‘ spezifiziert – und damit (streng genommen) kein besonderes Erhebungsverfahren, denn solche Experten können auf die unterschiedlichste Art und Weise befragt werden. „Dennoch herrscht ein ‚stillschweigender Konsens‘ unter den empirisch Forschenden darüber, dass unter einem Experteninterview ein ‚Leitfadeninterview‘ zu verstehen ist“ (TRINCZEK 2002: 209f.) und es stichhaltige Gründe für dessen Wahl gibt.<sup>4</sup>

Diese Arbeit beruft sich auf das systematische Experteninterview: Es ist auf die Teilhabe an exklusivem Expertenwissen<sup>5</sup> orientiert. Diese Form des Experteninterviews zielt auf systematische und lückenlose Informationsgewinnung. Der Experte klärt auf über „objektive“ Tatbestände, erläutert seine Sicht der Dinge zu einem bestimmten Themenausschnitt. Der Experte wird in erster Linie als „Ratgeber“ gesehen, als jemand, der über ein bestimmtes, dem Forscher nicht oder nur schwer zugängliches Fachwissen verfügt (BOGNER 2002: 37). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Experteninterview im Sinne MEUSER und NAGEL eher ein Forschungsanliegen denn eine Methode darstellt, welches sich auf die Orientierungen und Deutungsmuster einer als in ihren Handlungsmöglichkeiten privilegiert modellierten Personengruppe bezieht (KASSNER & WASSERMANN 2002: 108).

Bei der Auswahl der befragten Experten wurde nicht auf quantitative, sozio-metrische Netzwerkanalysen zurückgegriffen, sondern hauptsächlich eine direkte Auswahl im Sinne der Forschungsfrage relevanter Personen getroffen. Zusätzlich wurden die Interviewpartner befragt, welche weiteren Akteure sie benennen konnten („Schneeballprinzip“) (VON PRITTWITZ 1994: 205). So ist ein Set von insgesamt 23 Experten entstanden (vgl. Liste der Interviewpartner), mit denen leitfadenorientierte Interviews durchgeführt wurden, die in der Regel zwischen 60 und 150 Minuten in Anspruch nahmen. Dem Forschungsobjekt war die Vorberei-

---

<sup>4</sup>BOGNER und MENZ führen 2002 (7ff.) einige zentrale Gründe zur Wahl von Experteninterviews auf. Diese lassen sich vor dem Hintergrund dieser Arbeit wie folgt ergänzen: So lässt sich zusätzlich noch eine erhöhte Motivation und Bereitschaft der Befragten erkennen, die darin begründet liegt, dass diese sich „geschmeichelt“ fühlen, dass außerhalb Sloweniens wissenschaftliches Interesse an dem Land besteht.

<sup>5</sup>Nach MEUSER und NAGEL gelten „diejenigen Personen als ‚Experten‘, die über privilegierte Informationszugänge verfügen und – darüber hinaus – für den Entwurf, die Implementierung und/oder die Kontrolle von Problemlösungen verantwortlich (zu machen) sind“ (PFADENHAUER 2002: 117).

tung der Interviewleitfäden in drei Sprachen geschuldet: Deutsch, Englisch und Slowenisch. Nach der empirischen Datenerhebung wurde die Auswertung der Interviews in Anlehnung an MEUSER und NAGEL (2002) durchgeführt. Diese schlagen eine „interpretative Auswertungsstrategie“ in mehreren Phasen vor (vgl. auch Abb. 2), die letztlich zum Ziel hat, „im Vergleich mit den anderen ExpertInnen-Texten das Überindividuell-Gemeinsame herauszuarbeiten, Aussagen über Repräsentatives, über gemeinsam geteilte Wissensbestände, Relevanzstrukturen, Wirklichkeitskonstruktionen, Interpretationen und Deutungsmuster zu treffen“ (2002: 80).

### **Phase 1: Transkription**

Diese erste Phase ist eher eine technische, die allerdings notwendige Voraussetzungen für die weiteren Analyseschritte ist. Entgegen MEUSER und NAGEL wurden für diese Arbeit sämtliche Interviews wortgetreu transkribiert. Auf aufwendige Notationssysteme, wie sie bei narrativen Interviews oder konversationsanalytischen Auswertungen unvermeidlich sind, wurde jedoch verzichtet und Pausen, Stimmlagen sowie sonstige nonverbale und parasprachliche Elemente somit nicht zum Gegenstand der Interpretation gemacht.

### **Phase 2: Paraphrase**

In dieser Phase wurde mit der Analyse der einzelnen Interviews begonnen, wobei auf eine explikative Analyse im strengen Sinne weitgehend verzichtet wurde (vgl. LAMNEK 1995). Die Entscheidung, welche Teile eines Interviews transkribiert und welche paraphrasiert werden, erfolgte in Hinblick auf die leitenden Forschungsfragen. Ziel der Paraphrase war die Konzentration des Materials. Dabei wurde streng chronologisch und nicht-selektiv vorgegangen, denn nicht „Redundanz ist das Problem des Paraphrasierens, sondern Reduktion von Komplexität“ (MEUSER & NAGEL 2002: 84).

### **Phase 3: Überschriften**

Diese Phase bestand aus einer weiteren Verdichtung des Materials, indem die paraphrasierten Passagen mit Überschriften versehen wurden. Dabei wurde text-



nah vorgegangen, d.h. die Terminologie der Interviewten aufgegriffen. Als hilfreich erwies sich in dieser und den folgenden Phasen die Benutzung von MAXqda, einem Standardprogramm zur Analyse qualitativer Daten. Die Überschriften konnten innerhalb dieses Programmes als Memos an den zuvor eingegeben transkribierten Text angefügt werden.

#### **Phase 4: Kontrollphase**

LAMNEK (1995: 108f.) merkt an, dass diese Phase empfehlenswert sei, „da die Auswertung der Interviewprotokolle als reduktive angelegt war, also das Material laufend verringert wurde, [und somit] (...) Fehlinterpretationen nicht auszuschließen“ sind.

#### **Phase 5: Thematischer Vergleich**

Von hier an ging die Auswertung über die einzelne Texteinheit bzw. über das einzelne Interview hinaus. Die Logik des Vorgehens entsprach der bei der Bildung von Überschriften, jetzt aber wurde nach thematisch vergleichbaren Textpassagen aus verschiedenen Interviews „gefahndet“ (MATTHES-NAGEL 1986: 37). Diese Fahndung wurde innerhalb MAXqda durch die Erstellung eines strukturierenden Codesystems wesentlich vereinfacht. Dabei korrespondierten die selbstdefinierten Codes mit den Fragen des Interviewleitfadens.

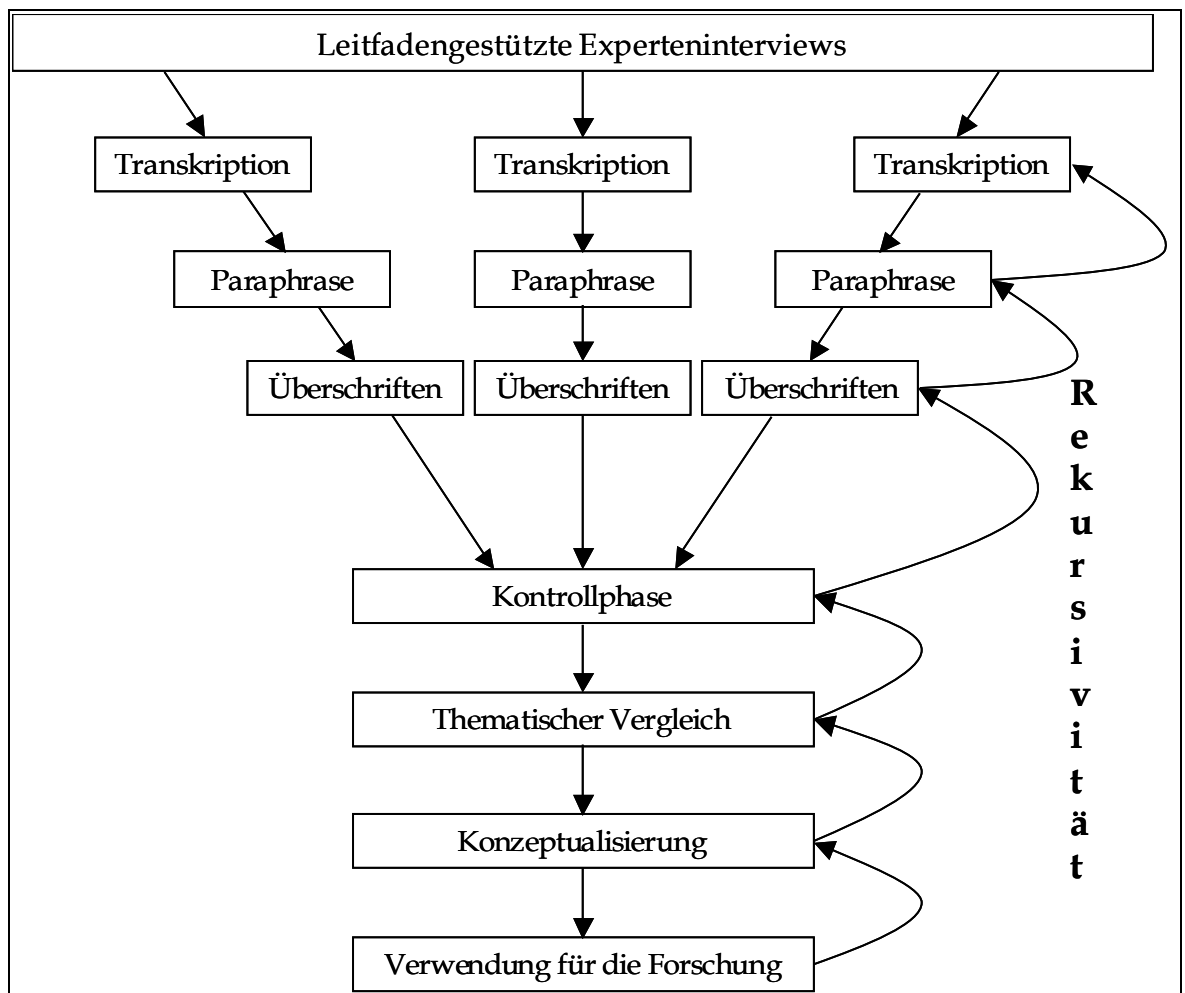
#### **Phase 6: Konzeptionalisierung**

Erst in dieser Phase erfolgte eine Ablösung von den Interviewprotokollen und auch von der Terminologie der Interviewten. Dem definierten Codesystem entsprechend wurden Kategorien gebildet, was „einerseits ein Subsumieren von Teilen unter einen allgemeine Geltung beanspruchenden Begriff [implizierte], andererseits ein Rekonstruieren dieses allgemeinen, für den vorgefundenen Wirklichkeitsausschnitt gemeinsam geltenden Begriffs“ (MEUSER & NAGEL 2002: 88).

## Phase 7: Verwendung für die Forschung

Die somit empirisch generalisierten Einzelinterviews konnten nunmehr für das weitere Forschungsvorhaben verwendet werden bzw. Eingang in die Arbeit finden, wobei von der Möglichkeit des Zitierens im jeweiligen Kontext aussagekräftiger Interviewauszüge explizit Gebrauch gemacht wurde. Dabei wurde auf die notwendige Anonymisierung der Zitierten geachtet, ohne jedoch auf die, für ein umfassendes Verständnis, notwendige fachliche bzw. professionelle Zuordnung der jeweiligen Personen zu verzichten. Mit dieser abgestuften Vorgehensweise bewegt sich diese Arbeit nunmehr im allgemeinen Forschungskonsens.

Abb. 2: Mehrstufiges Kodierverfahren



Quelle: Eigene Darstellung nach MEUSER & NAGEL 2002.

### 1.3.3 Thesenbildung und Präzisierung des Untersuchungsziels

#### These 1

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des kommunistischen Systems bildet den Kontext und den großen Rahmen innerhalb dessen die Loslösung Sloweniens von der SFR Jugoslawien zu sehen ist. Dieser Zusammenbruch war ein komplexer und verzweigter Prozess, der nicht nur die Sowjetunion und die ehemaligen europäischen Ostblockstaaten betraf, sondern auch Staaten, die zwar nicht direkt unter der sowjetischen Hegemonialmacht standen, die sich aber auf die gemeinsame Tradition des Sozialismus berufen konnten, tangierte. Zu diesen Staaten gehörte auch die SFR Jugoslawien. Aus geopolitischer Perspektive hatte dies nicht nur Folgen hinsichtlich der Infragestellung bisheriger politischer Abhängigkeiten, wie beispielsweise die Auflösung der RWG und des Warschauer Paktes, sondern auch hinsichtlich der Entstehung einer neuen Geographie der Staaten. Zwei Prozesse sind in diesem Zusammenhang entscheidend: Zum einen der Zerfall und zum anderen die Neuordnung von Staaten.

Der erste Prozess umfasst Staaten, die gänzlich aufgelöst wurden, indem sie mit einem anderen Staat vereinigt wurden bzw. diesem Staat beigetreten sind. Die DDR bildet hier ein gutes Beispiel. Innerhalb des zweiten Prozesses sind Staaten angesiedelt, die aus dem Zerfall bestehender staatlicher Strukturen hervorgegangen sind. Eine Folge des Zusammenbruchs des „Ostblocks“ war eine Renaissance des Nationalismus, gepaart mit einer grundsätzlichen Infragestellung des Föderalismus. Bei der Auflösung der föderalen Sowjetunion erlangten die ehemaligen europäischen Sowjetrepubliken ihre Unabhängigkeit und konnten dabei jedoch teilweise auf Traditionen nationaler Selbständigkeit zurückgreifen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Baltischen Republiken, die Ukraine, Belarus und Moldawien. Die Spaltung der Tschechoslowakei, die erst Ende 1992 erfolgte, und der Zerfall der SFR Jugoslawien unterscheiden sich von der vorherigen Gruppe nicht nur in der Tatsache, dass sie keine sowjetische Teilrepublik waren, sondern vor allem darin, dass ihr Zerfall nicht nur durch den Zusammenbruch des Kommunis-

mus bedingt wurde. Im Gegensatz zu den Staaten, die aus der Auflösung der Sowjetunion entstanden sind, konnten diese auf mehr oder weniger ausgeprägte und konfliktbeladene präkommunistische föderale Organisationsformen zurückblicken.

Auf die SFR Jugoslawien fokussiert bestand nun das Problem einer Neuordnung des Westlichen Balkans. Mit dem Zerfall der jugoslawischen Föderation war die mögliche Option einer Weiterführung des Staates in seiner bisherigen – oder einer veränderten – Form ad acta gelegt. Dabei prägten sich vier Formen der Neuordnung heraus:

1. Umwandlung von Teilrepubliken in selbständige Staaten und Weiterbestand innerhalb ihrer bisherigen Grenzen (Slowenien, Kroatien und FYROM).
2. Zerfall der ehemaligen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina in drei voneinander relativ unabhängige Verwaltungseinheiten (die kroatische Gemeinschaft Herceg-Bosna, die Republika Srpska und der Brčko-Distrikt).
3. Zusammenschluss der beiden Teilrepubliken Serbien und Montenegro 1992 zur Bundesrepublik Jugoslawien (Savezna Republika Jugoslavija), auch Rest-Jugoslawien genannt. Diese wurde jedoch am 4. Februar 2003 in den Staatenbund Serbien und Montenegro (Srbija i Črna Gora) umgewandelt. Am 21. Mai 2006 fand ein Referendum über die staatliche Unabhängigkeit Montenegros statt, welches am 3. Juni desselben Jahres in der Unabhängigkeitserklärung des montenegrinischen Parlamentes mündete.
4. Infragestellung des Bestandes der Republik Serbien entlang der inneren Grenzen von vor 1989: Das Kosovo als autonomes Territorium unter internationaler Verwaltung und die Vojvodina als autonome Provinz der Republik Serbiens.

Innerhalb dieses Kontextes ist die Loslösung der Teilrepublik Slowenien von der SFR Jugoslawien einzuordnen. 1991 erlangt Slowenien erstmals in seiner Ge-

schichte politische Souveränität. Die Loslösung von der SFR Jugoslawien gestaltete sich für Slowenien, im Gegensatz zu seinem Nachbarn Kroatien, weniger blutig und problematisch – dem „Zehn-Tage-Krieg“ fallen insgesamt 62 Menschen zum Opfer (vgl. FR-ONLINE 26.03.2004). Die Trennung vom Balkanstaat Jugoslawien kennzeichnet den Beginn der Suche nach der eigenen geographischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Identität bzw. Zugehörigkeit. Die europäische Ausrichtung Sloweniens zeugt auch von der Selbstsicht zu Mitteleuropa zu gehören. Letzten Endes sieht die Mehrheit der Slowenen ihre eigene Identität auf den einfachen Nenner gebracht: „Weg vom Balkan“ (vgl. NZZ 29.03.2004). Auch die politischen Ziele Sloweniens spiegeln diese Ansicht wider: Distanzierung bzw. endgültige Loslösung vom Krisenherd Balkan, Mitgliedschaft in der EU und Übernahme einer neuen politischen Rolle als Vermittler im Westlichen Balkan (vgl. MZZ 2000). Slowenien selbst begründet diese Rolle wie folgt: „Slovenia knows and understands the situation in Western Balkans. We share a common past with this region, had the same legal system... and we face smaller cultural and language barriers“ (Slovenia's EU minister CVIKL: DNEVNIK 18.9.04). Vor diesem Hintergrund erwartet die Internationale Gemeinschaft, genauer die Staaten der westlichen Hemisphäre, von Slowenien, dass es seine Rolle in der Stabilisierung der Konfliktregion Balkan sieht und wahrnimmt. JAVIER SOLANA bringt es 2004 bei einem Besuch in Slowenien auf den Punkt: „Slowenien muss den Ländern des Balkans den Weg nach Europa zeigen“ (DNEVNIK 28.9.2004). Auch US-Präsident BUSH sprach schon 2001 während des Gipfeltreffens mit Präsident PUTIN in Slowenien von einer erfolgreichen Geschichte in Sachen Demokratie und Wirtschaft, welches als gutes Beispiel für andere ehemalige jugoslawische Teilrepubliken dienen kann (vgl. BUFON 2003). Im Endeffekt bedeutet die aktive Teilnahme an der Stabilisierung des Balkans Frieden in Sloweniens naher Nachbarschaft und positiven Einfluss auf die zukünftige Entwicklung Sloweniens als auch auf das alltägliche Leben der Slowenen. Der Frage, worin letztlich diese von der internationalen Staatengemeinschaft und von Slowenien selbst definierte Rolle begründet liegt, wird diese Arbeit nachgehen und sieht den Schwerpunkt zur Beantwortung in der Analyse der Entwicklung Sloweniens von einer sozialistischen Teilrepublik der SFR Jugoslawiens am

Rande Europas zu einem demokratischen Mitglied der EU. Die zu untersuchende These lautet somit:

- Sloweniens spezifische Rolle innerhalb der SFR Jugoslawien, die geographische Nähe zu Westeuropa und die damit verbundene teilweise Permeabilität der Staatsgrenze legen den Grundstein für die relativ problemlose Trennung von der Föderation, die umfassende politische, ökonomische und gesellschaftliche Transformation innerhalb weniger Jahre, sowie für die rasche Aufnahme in die internationale Staatengemeinschaft und abschließend in die EU. Darin begründet liegt Sloweniens Rolle als Mittler zwischen der EU und dem Westlichen Balkan.

## **These 2**

Mit der Entstehung neuer Staaten im Rahmen der Neuordnung Ost- und Südosteuropas ist auch die Frage neuer Grenzen sowie neuer Grenzregionen entstanden. Auf dem Gebiet der SFR Jugoslawien entstand in diesem Zusammenhang ein besonders komplexes Problemgeflecht, vor allem Grenzen zwischen ehemaligen Teilrepubliken, aber auch Grenzen innerhalb ehemaliger Teilrepubliken. So lassen sich folgende Differenzierungen vornehmen:

1. Grenzen zwischen den neuen selbständigen Republiken und anderen souveränen Staaten, die bereits vor 1989 bestanden
  - ◆ Mit westlichen Staaten (FYROM - Griechenland)
  - ◆ Mit früheren sozialistischen Staaten (Serbien - Rumänien, Serbien - Bulgarien)
2. Grenzen zwischen den neuen selbständigen, ehemaligen Teilrepubliken:
  - ◆ Als stabil zu betrachten (Slowenien - Kroatien)
  - ◆ Als einigermaßen stabil zu betrachten (Kroatien - Serbien, Kroatien - Bosnien-Herzegowina)

3. Grenzen zwischen souveränen Staaten und instabilen staatlichen Gebilden (Albanien – Republika Srpska, Albanien / Serbien – Kosovo)
4. Grenzen innerhalb neuer föderativer Konstrukte (Bosnien-Herzegowina)

Grundsätzlich stellen die unterschiedlichen Konfigurationen neue Anforderungen an alle neuen Staaten bzw. staatlichen Gebilde. So sind vorrangig Fragen des Qualitäts- und Funktionswandel der Grenzen, der Veränderung von Grenzregimen, des Aufbaus neuer grenzüberschreitender Beziehungen, der Durchlässigkeit von Grenzen und/oder der Etablierung neuer Grenzregime zu beantworten.

Diesen Fragen hatte sich auch Slowenien zu stellen, dabei stellte sich Sloweniens Grenzlage innerhalb der SFR Jugoslawien am Rande Westeuropas schon innerhalb der Föderation, aber vor allem nach der Unabhängigkeit als Standortvorteil heraus. Nutznießer waren vor allem die Regionen an der italienischen und österreichischen Grenze. Demgegenüber heben sich die untersuchten Beispielregionen Pomurje und Podravje (vgl. Karte a im Anhang) im Nordosten Sloweniens in ihrem Entwicklungsstand von den restlichen Regionen ab. Sie bilden territorial einen Appendix am sonst so kompakten Korpus Sloweniens, was u.a. in der Tatsache begründet liegt, dass der östliche Teil Pomurjes bis 1918 innerhalb der k.u.k.-Monarchie zum ungarischen Krongebiet gehörte. Zwei unterschiedliche Kulturen haben dieses Gebiet, u.a. in Fragen des Erbrechts (vgl. KLEMENČIČ 1996), bis heute nachhaltig geprägt. Auf Grund der naturräumlichen Zugehörigkeit zur subpannischen Tiefebene, deren Tiefebenecharakter sich Richtung Süden nach Kroatien und Richtung Osten nach Ungarn manifestiert, und der damit verbundenen Fruchtbarkeit der Böden wurden große Teile der beiden Regionen, als auch die angrenzenden kroatischen Regionen, als Kornkammer Jugoslawiens bezeichnet (vgl. BÜSCHENFELD 1981). Die Bedeutung sowohl als nationaler Agrarraum als auch die periphere Lage am Eisernen Vorhang beschnitt die Regionen fast jeglicher Entwicklungs- und Wachstumspotenziale. Die industrielle Entwicklung vollzog sich hauptsächlich im Westen Sloweniens und koppelte den Nordosten mit seinen punktuellen Industrieansiedlungen wirtschaftlich ab. Einhergehend mit einer ver-

gleichsweise hohen Fertilität verstärkte diese Entwicklung die Migrationsbewegungen ins Ausland oder in den Westen Sloweniens. Gegenüber dem slowenischen Durchschnitt sind bis heute in den Beispielregionen rund 90 % der Gemeinden wirtschaftlich stark unterentwickelt (vgl. NARED 2002). Ein weiterer Faktor für den Peripheriestatus von Pomurje und Podravje liegt in ihrer expliziten Grenzlage begründet, wobei Pomurje neben Österreich und Ungarn mit Kroatien nunmehr an insgesamt drei Nachbarstaaten grenzt. Diese Grenzen haben in den letzten Dekaden umfassende Qualitäts- und Funktionswechsel erfahren, die z.T. gravierende Auswirkungen auf die Grenzbevölkerung nach sich zogen. So wechselte beispielsweise die slowenisch-ungarische Grenze nach dem Zweiten Weltkrieg vom völlig abgeschotteten Eisernen Vorhang, über eine Grenze zwischen zwei souveränen Staaten hin zur EU-Binnengrenze. Einen ausgeprägteren Wandel erfuhr die slowenisch-kroatische Grenze in ihrer Bedeutung von einer administrativen Grenze zwischen zwei Teilrepubliken innerhalb der SFR Jugoslawien, über eine Grenze zwischen souveränen Staaten zur EU-Außen- und, voraussichtlich bis Ende 2007, zur Schengenraum-Grenze. Auswirkungen dieses Qualitäts- und Funktionswandels spiegeln sich u.a. in Diskrepanzen über den exakten Grenzverlauf, vor allem in dem für Slowenien wirtschaftlich so bedeutenden Zugang zu internationalen Gewässern, aber auch in Fragen über die Rückgabe von Geldeinlagen kroatischer Staatsbürger in der Ljubljanska Banka oder die gemeinsame Verwaltung des Kernkraftwerkes Krško wider. Dieses Erbe der gemeinsamen Vergangenheit in der Föderation ist bis heute ungelöst. Dabei steht der nächste Qualitäts- und Funktionswechsel der slowenisch-kroatischen Grenze noch bevor, wenn Kroatien voraussichtlich bis 2010 ebenfalls der EU beitrifft und diese Linie dann zur EU-Binnengrenze wird.

Vor der spezifischen Situation der Regionen Pomurje und Podravje und im Tenor der dominanten Themen der deutschsprachigen Grenzraumforschung als auch vor dem Hintergrund slowenischer Studien, analysiert die Arbeit die Implikationen der Qualitäts- und Funktionswandel der slowenisch-kroatischen Grenze auf die beiden Beispielregionen. Zentral im Zusammenhang der Auswirkungen ist



die Frage nach der tatsächlich trennenden Wirkung auf der Realitätsebene gegenüber der subjektiven auf diskursiver Ebene. Die österreichische und ungarische Grenze miteinbeziehend gilt es die Frage zu beantworten, inwiefern der Nordosten Sloweniens, nach Aussage eines Botschafters der EU-Kommission geographisch das „Herz Europas“ ist. Vor diesem Hintergrund bilden neben der traditionell starken Tourismusbranche der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, wie beispielsweise des transeuropäischen Verkehrskorridors V, oder grenzüberschreitende Kooperationen im Rahmen von europäischen Strukturförderprogrammen, Beispiele für die Hoffnung auf Entwicklung und Wachstum in den Beispielregionen. Auf eine These verdichtet lässt sich formulieren:

- Die Qualitäts- und Funktionswechsel der Grenzen Sloweniens im Laufe sich verändernder politischer Rahmenbedingungen generieren positive Entwicklungspotenziale für die bis dato geographisch und ökonomisch von der gesamtstaatlichen Entwicklung abgekoppelten Regionen Pomurje und Podravje, wobei die offiziell trennende Wirkung der slowenisch-kroatischen Grenze in vielen Bereichen pragmatisch umgangen wird.

### **These 3**

Der Zerfall der SFR Jugoslawien und die daraus resultierende Entstehung der neuen souveränen Staaten impliziert für diese Staaten die Notwendigkeit eine Außenpolitik aufzubauen, sich neu zu positionieren sowie neue politische, ökonomische und kulturelle Kooperationen einzugehen. Dabei spielt der Aufbau einer neuen Identität eine zentrale Rolle. Letztlich ist eine Etablierung neuer geopolitischer Bindungen zu identifizieren.

Für Slowenien stellt dabei seine Lage ein Spezifikum dar. So liegt es auf einer geopolitischen Naht- bzw. Kontaktstelle zwischen der Europäischen Union und dem Westlichen Balkan. Seit seiner Unabhängigkeit 1991 wird in der Wissenschaft, aber auch in der Politik und den Medien auf die geopolitisch strategische Bedeutung dieser Lage hingewiesen. Sei es politisch, ökonomisch oder gesell-

schaftlich, Slowenien bildet einen „Brückenkopf zum Balkan“ (vgl. u.a. DIE WELT 29.03.2004, TAZ 28.03.2002, BUNDESARBEITSBLATT 9/2002). Das plötzliche Abbrechen jeglicher Kontakte zu den ehemaligen Bruderstaaten nach der Unabhängigkeit bedeutete wirtschaftlich die Aufgabe eines Marktes, der rund 70 % des gesamten Warenexportes umfasste. Zwei Jahre nach der slowenischen Unabhängigkeit war dieser Exportanteil, im Zuge der politischen Neuorientierung Sloweniens, von den EU-Länder kompensiert worden (vgl. FR-ONLINE 30.09.2003). Die sukzessive Aufnahme Sloweniens in die Organisationen der internationalen Staatengemeinschaft in den 1990er Jahren stabilisierten den jungen Staat und die slowenische Wirtschaft. So wurde schließlich wieder Potenzial in der Aufnahme alter Handelsbeziehungen zu den Staaten des Westlichen Balkans gesehen. Entscheidend für den zunehmenden Wiedereintritt slowenischer Unternehmen, vor allem in den Westlichen Balkan, waren die geographische Nähe des Marktes, gute Kenntnisse des Geschäftsumfeldes, Sprach- und Kulturkenntnisse, zahlreiche persönliche und geschäftliche Kontakte aus dem ehemaligen Jugoslawien, sowie wirtschaftliche Kompatibilität und Wettbewerbsfähigkeit (vgl. MZZ 2003). Bis 2002 ist der Anteil des Exports in die Staaten des Westlichen Balkans wieder auf rund 18 % gestiegen, worunter allein auf Kroatien fast die Hälfte entfiel (vgl. MG 2004). Neben den sich wieder aufbauenden wirtschaftlichen Beziehungen kommen jedoch auch den politischen Aktivitäten Sloweniens eine strategische Bedeutung zu. Schon seit 1978 wirkt Slowenien in der Arbeitsgemeinschaft (AG) Alpen-Adria mit und engagiert sich seit 1991 in weiteren regionalen und überregionalen Programmen und Initiativen. Slowenien sieht sich innerhalb dieser Initiativen auch als eine Art „Übersetzer“ der Situation auf dem Balkan, anerkennend, dass jegliche Aktivität in dieser Region für Slowenien nicht nur notwendig, sondern auch förderlich ist (vgl. MZZ 2000).

Der Überblick über die Aktivitäten Sloweniens in Südosteuropa bzw. im Westlichen Balkan zeigt deutlich die Verflechtung und Vermischung von Maßstabsebenen. Neben nationalen Initiativen (Mesoebene), spielen regionale Programme (Mikroebene), gefördert von transnationalen, europäischen Förderinstru-

menten (Makroebene) im Beziehungsgeflecht EU – Slowenien – Westlicher Balkan, eine zentrale entwicklungs- und strukturpolitische Rolle. Als ebenfalls zentral zu erachten ist in diesem Zusammenhang die zunehmende freiwillige Integration in transnationale Großregionen, die ein mögliches Modell für die Zukunft darstellen. Die sich daraus ergebene und zu bearbeitende entscheidende Frage muss daher wie folgt lauten: Wie manifestiert sich Sloweniens Mittlerfunktion – und wird dies auch von den Ländern des Westlichen Balkans, allen voran von Kroatien, ebenso gesehen – in der Maßstabsebenen übergreifenden Programmlandschaft dieser Region und worin liegen Sloweniens Potenziale zur Heranführung und Eingliederung der Länder des Westlichen Balkans in die EU im Rahmen seiner Aktivitäten begründet? Vor diesem Hintergrund wird in der Arbeit der folgenden These nachgegangen:

- Für Slowenien ergibt sich aus seiner doppelten Identität als ehemalige Teilrepublik der SFR Jugoslawien und Mitglied der EU die Möglichkeit, im Rahmen von Programmen und Initiativen sowie mit wiedererstarrenden Handelsbeziehungen auf der lokal-regionalen Mikroebene, der regional-nationalen Meso- als auch auf der transnationalen Makroebene, eine vermittelnde und stabilisierende Rolle im Westlichen Balkans zu übernehmen.

## 2 Grenzregionen im wissenschaftlichen und politischen Kontext

„Während in anderen Ländern eine Politik, die sich ‚räumlicher‘ Lagen, klimatischer Bedingungen oder topografischer Gegebenheiten vergewissert, den Einfluss von Geographie, Ökonomie und Bevölkerungswachstum auf die Politik untersucht und daraus Schlüsse für politisches Handeln ableitet, Bestandteil politischer, ökonomischer und militärischer Planung ist, ist sie hier zu Lande durch den Hitlerfaschismus in Verruf gekommen. Seitdem dieser den Raum zum ‚Lebensraum‘ umgedeutet hat, den ein ‚Volk ohne Raum‘ im Osten zu finden hoffte, ist die Kategorie des ‚Raums‘<sup>6</sup> in Zentraleuropa ‚belastet‘, vergiftet und vermint; für den zeitgenössischen Diskurs und in der öffentlichen Diskussion zumindest, wenn auch nicht unter heimischen Militärstrategen oder in den Chefetagen transnational agierender Konzerne“ (MARESCH 2005: 5f.).

Vor dem Hintergrund dieses aussagekräftigen Zitates erfolgt im weiteren die theoretische Rahmenbildung für die gesamte Arbeit. So wird eingangs im Rahmen des wissenschaftlichen Kontexts „Das Verständnis von Geopolitik“ unter der Leitfrage „Ein Ende des Schweigens?“ diskutiert und die zentralen aktuellen Forschungsfelder aufgezeigt. Daran anschließend erfolgt die darstellende Analyse der geographischen Grenzraumforschung als brückenschlagende und bestehende Trennungen überwindende Forschung. Diese Analyse steht unter der zentralen Hypothese: „Die Überwindung des Trennenden“. In diesem Zusammenhang zeigen sich die Grenzregionen als eine (neue) Perspektive innerhalb der Grenzraumforschung. Den diskutierten Forschungsansätzen ist eine explizite Distanzierung zu nationalsozialistischen, neofaschistischen und geodeterministischen Erklärungsansätzen und Deutungsmodellen zu eigen. Nach einem anschließenden Vorschlag zur Klärung der diffusen Begriffswahl zwischen „Mitteleuropa“, „Südosteuropa“ und dem „Balkan“ wird auf einer Metaebene der Frage nach den Grenzen Europas nachgegangen. Diese stellt den Übergang zu den Grenzregionen im politischen Kontext dar, was seinen Ausdruck in der darstellenden Analyse der struk-

---

<sup>6</sup>Zur Wiederentdeckung des Raums bzw. zur „raumbewussten Historiografie“, den Diskursen vom „Ende der Geschichte“ und vom „Verschwinden des Raums“ entgegengesetzt vgl. SCHLÖGEL 2003.

turpolitischen Instrumente der EU zur Stärkung von Grenzregionen findet. Hinsichtlich europäischer Regionen ist in den letzten Dekaden ein grundsätzlicher Bedeutungswandel bzw. -zuwachs zu konstatieren. Diesem Bedeutungswandel wird im Rahmen des Konzeptes „Europa der Regionen“ nachgegangen, wobei sich die Grenzregionen als spezifische Regionen nahtlos darin einfügen. Das Konzept zielt darauf ab, Veränderungen in Gang zu setzen oder zu unterstützen, durch welche nationale und nationalstaatliche Komponenten im Zusammenleben dieses Kontinents, unabhängig seiner tatsächlichen Grenzen,<sup>7</sup> umgangen werden sollen. Dabei bedürfen explizit die Grenzregionen, die auch im europäischen Verständnis eher eine Brücken- und Schnittstellen- als eine Barrierefunktion inne haben, als oftmals vergessene innerstaatliche Periphergebiete einer verstärkten Beachtung und Unterstützung. Diesem Rechnung tragend werden die zentralen strukturpolitischen Instrumente der EU zur Stärkung gerade von Grenzregionen beschrieben und diskutiert. Zusätzlich zur Darstellung und Diskussion interregionaler und transnationaler Programme widmet sich das abschließende Teilkapitel dem zunehmenden Bedeutungswandel der Grenzregionen hin zu Kooperationsräumen.

## **2.1 Verständnis von Geopolitik in der Gegenwart - Ein Ende des Schweigens?<sup>8</sup>**

Spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und ihren Auswirkungen (u.a. die Kriege in Afghanistan und im Irak) ist die Geopolitik in aller Munde und erfährt in ihrer begrifflichen Verwendung eine inflationäre Steigerungsrate. Fast tagtäglich vernimmt man den Terminus in den Medien. Dabei schwingt dem nur eine diffuse Vorstellung über die genaue Bedeutung des Begriffs mit. Doch, vor dem Hintergrund ihrer disziplin-historischen Verstrickungen im Dritten Reich, schweigt die deutsche Geographie lange Zeit. Eine aktive demokratische Verankerung einer „anderen“ Geopolitik erfolgt nur marginal und ohne echte Wirkungen in Wissenschaft und Gesellschaft. Im nichtdeutschen Sprach-

---

<sup>7</sup>Vgl. dazu auch JORDAN 1995: 44ff.

<sup>8</sup>Der vorliegende Text wurde in abgeänderter Form im STANDORT - Zeitschrift für Angewandte Geographie im März 2005 veröffentlicht.

raum hingegen spielen „geopolitics“ seit Jahren wieder eine aktive Rolle in global-politischen Handlungsfeldern. Eine Renaissance der Geopolitik, des angewandten Zweiges der Politischen Geographie, in Deutschland scheint demgegenüber erst in Ansätzen erkennbar zu sein. Insbesondere in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, dazu gehören auch Themen der Entwicklungszusammenarbeit, werden in Deutschland seitens Politischer Geographie und Geopolitik fast keine Antworten gegeben. Dabei stellt die Geopolitik mit ihrem expliziten Raumbezug eine notwendige Bereicherung im Kanon global-politisch agierender Wissenschaften dar. Im folgenden soll ein kurzer Einblick in die disziplin-historischen Entwicklungslinien, unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Forschungsperspektiven „Critical Geopolitics“ und „Geographische Konfliktforschung“ gegeben, sowie die Potenziale gerade der deutschen Geopolitik vor dem Hintergrund der global-politischen Veränderungen und Umbrüche der letzten 15 Jahre aufgezeigt werden.

### 2.1.1 Geschichte als Verantwortung

Sowohl die Politische Geographie<sup>9</sup>, die 1897 in FRIEDRICH RATZELS richtungweisendem Werk „Politische Geographie“ erstmals umfassend beschrieben wurde, als auch die Geopolitik<sup>10</sup>, die 1899 vom schwedischen Politikwissenschaftler RUDOLF KJELLÉN eingeführt wird, sind im diskursiven Dreieck zwischen Raum, Macht und Gesellschaft angesiedelt. Dennoch stehen sie sich in dichotomer Form gegenüber. An der Person KARL HAUSHOFERS, der KJELLÉNS Konzept von Geopolitik aufgriff und in RATZEL seinen Lehrvater sah, sowie HAUSHOFERS Rolle im Nationalsozialismus begründet sich dieser Diskurs. Seine „Lebensraum“-Ansätze und ihre Instrumentalisierung in der „Blut- und Bodenideologie“ des Dritten Reiches<sup>11</sup> trugen zur Stigmatisierung der deutschen Geopolitik bei. Auch die Politische Geographie wurde,

---

<sup>9</sup>„Die Politische Geographie untersucht die räumliche Situation von Staaten und ihren politischen und administrativen Untergliederungen, die auf die Kulturlandschaft einwirkenden und sie prägenden politischen Kräfte und ihre Auswirkungen – insbesondere die raumwirksame Tätigkeit des Staates –, sowie allgemein die Wechselbeziehungen zwischen politischem System, politischer Raumgliederung, politischen Handeln sozialer Gruppen und der Kulturlandschaftsentwicklung“ (WÖRTERBUCH ALLGEMEINE GEOGRAPHIE 1997: 638).

<sup>10</sup>Die klassische Geopolitik ist eine „stark naturdeterministisch beeinflusste Lehre vom Staat als räumlichen Organismus im Lebensraum eines Volkes mit dem Anspruch, den Politikern Richtlinien für raumrelevantes Handeln aus der Kenntnis angeblicher geographischer Gesetzmäßigkeiten heraus geben zu können“ (WÖRTERBUCH ALLGEMEINE GEOGRAPHIE 1997: 263f.).

aufgrund ihrer engen Verquickung mit der Geopolitik, nach dem Zweiten Weltkrieg als „heißes“ Eisen angesehen, welches man als karrierebewusster Nachwuchsgeograph besser nicht anfasste. Auseinandersetzungen mit der unbequemen Vergangenheit galten innerhalb der Politischen Geographie als tabuisiertes Forschungsfeld. Die Trennung zwischen Politischer Geographie und Geopolitik bedeutete die Dichotomisierung in eine moralisch rechtschaffende, vermeintlich saubere, d.h. objektive Politische Geographie und eine moralisch verwerfliche, als pseudowissenschaftliche und nationalistisch gebrandmarkte Geopolitik.

Spätestens seit den 1970er Jahren kam es vor allem im angloamerikanischen Sprachraum wieder in Mode den Begriff „geopolitics“ in Verbindung mit der Analyse der Politik von Großmächten zu nutzen. Eine der zentralen Figuren war HENRY KISSINGER, der wie die „klassischen“ Geopolitiker bis 1945 keine Unterscheidung zwischen Wissenschaftler und Politiker sah, sondern seine Analysen direkt selber aktiv beispielsweise als US-Außenminister anwendete.

Im deutschsprachigen Raum schwieg man zu diesem Zeitpunkt zum Thema Geopolitik weiter beharrlich und befasste sich, wenn überhaupt, weiterhin nur mit ihrem disziplin-historischen Hintergrund (vgl. SCHÖLLER 1957). Als Folge entfachten wiederum Wissenschaftler aus dem angloamerikanischen Sprachraum im Rahmen der „Critical Geopolitics“ eine Revitalisierung des Interesses in globaler Geopolitik. Die Etablierung der Begriffe „geopolitics“ und „géopolitique“ als anerkannte Termini von Geographen und Politikwissenschaftlern im nichtdeutschen Sprachraum mehrten die Überzeugung deutscher Wissenschaftler, damit auch die Begriffe „Geopolitik“ und „geopolitisch“ zu akzeptieren. Die seit Ende der 1980er Jahre wahrnehmbare Zunahme an deutschsprachigen Arbeiten zur Geopolitik können jedoch den immer noch vorherrschenden verkrampften Umgang mit dem

---

<sup>11</sup>„Während der Zeit von HITLERS Gefangenschaft auf der Festung Landsberg besuchte der General HAUSHOFER den Gefangenen jeden Mittwoch Nachmittag auf der Festung, überbrachte ihm eine große Zahl politischer Werke und führte ihn in diejenige Art deutscher Außenpolitik oder besser gesagt: deutscher Politik zur Eroberung der Welt ein, die dann die Grundlage für alle außenpolitischen Aktionen HITLERS geworden ist. Es ist also ganz falsch, HITLERS große Unternehmung als den Dilettantenstreich eines Abenteurers zu betrachten. Hinter jener Unternehmung stand die ganze wissenschaftliche Welterkenntnis des General HAUSHOFER, und hinter HAUSHOFER stand die ganze pangermanische Literatur der letzten Jahrzehnte und die ganze pangermanische Mannschaft der deutschen politischen Eliten“ (FOERSTER 1953, zit. nach HIPLER 1996: 219).

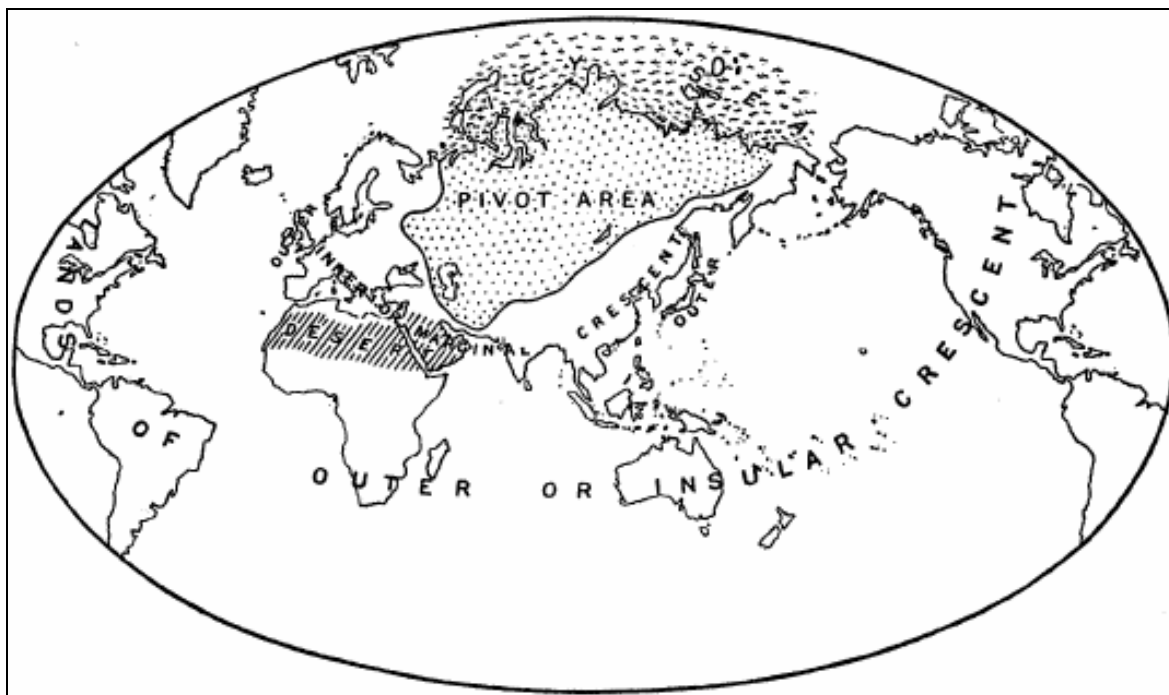
Begriff als auch mit der Disziplin nicht verwechseln. WOLKERSDORFER konstatierte dabei in seiner Dissertation 2001 zu Recht – und wie KOST (1988) gezeigt hat, galt dies schon für das Verhältnis von Geopolitik und Politischer Geographie bis 1945 – dass die Politische Geographie und die Geopolitik zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.

### **Exkurs: Wichtige geopolitischen Schulen außerhalb Deutschlands**

Zur gleichen Zeit wie KJELLÉN entwickelte der Brite MACKINDER vor dem Hintergrund des Antagonismus zwischen Meer und Land, zwischen Kontinentalreich und Seemacht seine „Heartland-Theorie“, die er 1904 vor der Royal Geographical Society vorstellte. Er „beschreibt das Drama der ‚internationalen Politik‘ als einen Konflikt in drei Akten (prä-kolumbianisch, kolumbianisch und post-kolumbianisch), der zwischen den ewigen Protagonisten Ost und West, Römern und Griechen, Europa und Asien, Land- und Seemächte ausgetragen wird, wobei jeder Akt durch technologische Innovationen im Bereich des Transportes seinen eigenen Charakter erhält“ (Ó TUATHAIL 2001: 12). Zu den bekanntesten Karten der geopolitischen Tradition gehört zweifelsohne MACKINDERS kartographische Darstellung von „The Natural Seats of Power“ (vgl. Karte 1). Die Heartland-Theorie beeinflusste die Politische Geographie nachhaltig und spätestens seit den Ereignissen im Kosovo in den 1990er Jahren erlebt MACKINDERS geopolitische Grundmetapher vom ‚ewigen‘ Kampf der Seereiche (die NATO unter der Führung der USA) gegen die Landreiche (das sogenannte Restjugoslawien unter serbischer Führung) eine Renaissance. Die klassischen Elemente von MACKINDERS Geopolitik werden immer noch als wichtig erachtet, beispielsweise das traditionelle Thema der maritimen Supermächte (vgl. u.a. MODELSKI & THOMPSON 1988; GRAY 1988; GIRARDET 1989; GALLOIS 1990; CHALIAND 1990; COUTAU-BÉGARIE 1985a, 1995), die Kontrolle bestimmter Meere und Inseln (vgl. u.a. COUTAU-BÉGARIE 1985b, 1987, 1993; BESNAULT 1992; CORDONNIER 1995; VIGARIÉ 1995; CATLEY & KELIAT 1997; SIMPSON-ANDERSON 1997), die strategische Relevanz spezifischer Regionen (vgl. u.a. HAFEZANIA 1994 von Kashmir; vgl. DELAVALD 1993 von Asien; vgl. MARTEL 1991 vom Libanon) oder die Bedeutung geopolitischer Einblicke für staatliche Sicherheitspolitiken (vgl. BRILL 1994).



Karte 1: The Natural Seats of Power



Quelle: MACKINDER 1951: 42.

Ebenfalls um die Jahrhundertwende des vergangenen Jahrhunderts wurde die amerikanische Schule, die sogenannte „Berkeley School“ von ALFRED MAHAN und NICHOLAS SPYKMAN begründet. MAHAN und SPYKMAN interessierten sich für die Beziehungen zwischen dem technologischen Fortschritt der Zivilisationen und die räumliche Dominanz der Regierungen. Stark durch die englische Schule beeinflusst basierte ihre Arbeit auf dem Ansatz der maritimen Mächte und die Politik der Eindämmung erst von Deutschland und dann von Russland, im Rahmen einer Allianz mit Großbritannien. Eindrucksvoll zurückgemeldet hat sich die amerikanische Geopolitik vor allem mit den bis heute sehr kontrovers diskutierten Thesen HUNTINGTONS in seinem 1993 erschienen Werk „The Clash of Civilizations?“<sup>12</sup> Dem gegenüber schien die Geopolitik „à la française“ um de Jahrhundertwende nicht existent, was jedoch beispielsweise PAUL VIDAL DE LA BLANCHE, JACQUES ANCEL oder ANDRÉ CHÉRADAME widerlegen. Charakteristisch war jedoch ihre Nähe zur deutschen Geopolitik und ihrer deterministischen Legitimation. Als bedeutendste Ver-

<sup>12</sup>Zu kritischen Stellungnahmen vgl. u.a. KREUTZMANN 1997, MÜLLER 1998, KREUTZMANN & REUBER 2002, REUBER & WOLKERSDORFER 2002, DIE ZEIT 09.02.2006, DIE WELT 10.03.2006.

treter der neueren französischen Geopolitik sind wohl YVES LACOSTE (u.a. 1976, 1993, 2006) und MICHEL FOUCHER (u.a. 1988) anzuführen.

Allerdings scheint es, als ob die englische, amerikanische und französische Schule nicht weit voneinander entfernt sind. Und in der Tat zeichnet sich jede der drei nationalen Schulen für eine dynamische und aktive Geopolitik verantwortlich, die in ihren extremen Ausrichtungen den Staat als einen Organismus wahrnimmt, der leben oder Angesichts des Wettbewerbs zwischen den Staaten überleben muss.

### **2.1.2 Critical Geopolitics: Sackgasse oder Innovation?**

Das Konzept der Critical Geopolitics bildete sich in der Mitte der 1990er Jahre im angloamerikanischen Sprachraum heraus (vgl. u.a. Ó TUATHAIL 1996, 2000, Ó TUATHAIL & DALBY 1998, DODDS & SIDAWAY 1994, LOSSAU 2000, 2001, WOLKERSDORFER 2001). Es legt den Schwerpunkt der Betrachtung auf die kritische Analyse und Dekonstruktion geopolitischer Leit- bzw. Weltbilder und Diskurse (vgl. Ó TUATHAIL 2001). Diese gilt es zu enttarnen, sie zu dekonstruieren. Dabei fühlen sich die Critical Geopolitics einem konstruktivistischen Weltbild verpflichtet bzw. untersuchen „das Verhältnis von Macht und Raum in der Geopolitik auf einer konstruktivistischen Grundlage“ (REUBER & WOLKERSDORFER 2003: 51; vgl. auch REUBER 2005). Auf dieser Basis fußt die Entlarvung sprachlicher Konstruktionen und kartographischer Repräsentationen. Im Zeitalter des globalen TV's spielt die sprach- und bildgewaltige mediale Inszenierung eine zentrale Rolle beim Transport von geopolitischen Anschauungen und Meinungen. In bis dato unbekanntem Umfang wurde beispielsweise der Golfkrieg 1991, aber auch der Krieg im Kosovo 1999 mit deutscher Beteiligung, live in die Wohnzimmer getragen. Diese von den US-Streitkräften freigegebenen Bilder gaukelten der Öffentlichkeit eine saubere Konfliktlösung vor. Aus 5.000 Metern Höhe wurde das menschliche Grauen von Flugzeugbombardements auf eine erfolgreiche, gezielte Zerstörung militärisch-strategischer Ziele reduziert. Die moderne Waffentechnik suggerierte, dass sie Zivilisten verschone und allenfalls die „Schuldigen“ treffe. Von den Raketen bis kurz vor dem Ein-

schlag gesendete Videobilder belegten die Taktik und Technik der angeblich „chirurgischen Schläge“. Wacklig-unscharfe Nachtaufnahmen vermittelten den Eindruck, es handle sich eher um ein Computerspiel denn um einen realen Krieg. Das Inferno, die menschlichen Opfer, blieben ausgeblendet. Parallel mit der sprachlichen Maskierung von Opfern innerhalb der Worthülse „Kollateralschäden“, wird somit die Notwendigkeit einer demaskierenden und enttarnenden Geopolitik offensichtlich.

Doch steht die berechtigte Frage im Raum, ob der Ansatz der Critical Geopolitics, geopolitische Sprachspiele und Karten zwar zu dekonstruieren, aber nicht, „um am Ende wissenschaftlich ‚bessere‘ oder gar ‚richtige‘ geopolitische Regionalisierungen abzuleiten, sondern vielmehr, um solche Konstruktionen als ‚Machtdiskurse‘ zu enttarnen“ (REUBER 2002: 6), nicht zu kurz greift. So spiegelt das Konzept der Critical Geopolitics vielmehr auf der einen Seite einen innovativen Ansatz wider, der innerhalb der Neukonfiguration der globalen Geopolitik in den 1980er und 1990er Jahren ein adäquates Instrument zum „Blick hinter die Kulissen“ geopolitischen Handelns erlaubt, jedoch auf der anderen Seite den eingeschlagenen Weg nicht konsequent zu Ende geht. Denn letztendlich werden nach dem Entlarven und Offenlegen der sprachlichen und kartographischen Konstruktionen keinerlei Lösungsmöglichkeiten und Handlungsempfehlungen im Sinne einer angewandten Politikberatung und politischen Bildung aufgezeigt.

Eine weitere Forschungsperspektive, die sich als Variante innerhalb der Critical Geopolitics entwickelt hat, ist die Geographische Konfliktforschung. Sie sieht sich als „handlungsorientierte Perspektive der Politischen Geographie und konzentriert sich auf die Handlungen von Akteuren im Kontext von Auseinandersetzungen um ‚Macht und Raum‘ in den sich neu formierenden, lokal-globalen Konfliktfeldern des 21. Jh., die oft mit einer starken regionalen Spezifik versehen sind“ (REUBER 2002: 6). Handlungsorientiert wird in diesem Zusammenhang jedoch so verstanden, dass die Motive der Handlungen zwar „enttarnt“, aber wie bei den Critical Geopolitics keinerlei Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden. Kernthemen der Geographischen Konfliktforschung sind:

- ◆ die Neuverhandlung des „öffentlichen Raumes“ im Zuge veränderter Konsum und Freizeitwelten,
- ◆ die Diskurse und Auseinandersetzungen um die räumliche Ausgrenzung von Randgruppen der Gesellschaft und
- ◆ die Auseinandersetzungen um ökologische Ressourcen.

„Ihr Kernanliegen ist es, die Ziele und Handlungen der Akteure in raumbezogenen Konflikten zu rekonstruieren und die in ihrer Abhängigkeit von den sozialen, politischen und räumlichen Rahmenbedingungen zu verstehen“ (REUBER 2002: 7). Gegenüber einer nur dekonstruktivistischen Critical Geopolitics bietet diese den zweifelhaften Vorteil, raumbezogene politische Konflikte in einer Form und Begrifflichkeit darzustellen, wie sie von Politik und Medien tagtäglich genutzt werden, was somit einen Transfer in Politikberatung und Politische Bildung ermöglichen könnte. Zweifelhaft jedoch insofern, dass dieser Ansatz nichtsdestotrotz auf der analytischen Ebene stehen bleibt, während angewandte Wissenschaften auch Empfehlungen und Lösungsoptionen aufzeigen sollten. Die Geographische Konfliktforschung müsste Wege finden, den politischen Akteuren Lösungsmöglichkeiten und Handlungsempfehlungen aufzuzeigen, wenn sie sich von dem einengenden Ballast eines torsoartigen Neomarxismus lösen würde. So geraten beide Teilströmungen der Critical Geopolitics in den Geruch, den einen ideologischen Grundparameter einer eher geodeterministischen Geopolitik durch die „enttarnende“ Geopolitik eines neomarxistischen Dekonstruktivismus ohne echte Handlungsempfehlung, auszutauschen. Der Geographie, insbesondere der Politischen Geographie wird somit ein Bärendienst erbracht, der keine reale Innovationsperspektive eröffnet. Im Endeffekt werden nur die Richtungen von unterschiedlichen Sackgassen gewechselt.

Weiterhin stellt die so interpretierte Geographische Konfliktforschung kein optimales anwendungsorientiertes Instrument dar, da sie ihren Fokus stärker auf die Mikroebene richtet, und somit für die globalen wie großmaßstäblichen geopo-

litischen Fragestellungen oftmals inadäquat erscheint. Ein realer Zusatznutzen geographischer Außenpolitikanalyse und -beratung wird nicht erzielt.

Demgegenüber erscheint der von STADELBAUER mehrfach entwickelte und anhand diverser Forschungsprojekte insbesondere in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion angewandte Ansatz einer Geopolitik tragfähiger zu sein, der sich eher aus den Überlegungen eines kritischen Rationalismus ableiten lässt (u.a. 1993, 1994, 1995a, b). „Geopolitik wird somit definiert als angewandte Politische Geographie, die das Ziel der Politikberatung zum Zwecke der Konfliktvermeidung globalen wie regionalen Ausmaßes verfolgt“ (KOST 2000: 172).

Demnach wird die Diskussion in Deutschland um die Aktivierung der Geopolitik von drei divergierenden Ansätzen geprägt, deren Verschiedenartigkeit nicht größer sein kann:

- ◆ Eine klassische und häufig geodeterministische Geopolitik mit gewollten wie ungewollten Bezügen zu rechtskonservativen, manchmal sogar rechtsradikalen Kreisen (vgl. WEBER 1996)
- ◆ Eine neomarxistische Variante der Geopolitik als Enttarnungswissenschaft, der nachgesagt wird, sie sei implizit immer „links“ (vgl. REUBER 2001) sowie
- ◆ Einer eher dem kritischen Rationalismus zugewandten Linie geopolitischer Analysen, die einen pragmatischen wie angewandten Beitrag zur Konfliktvermeidung leisten will ([www.geographie.de/geopolitischeanalysen](http://www.geographie.de/geopolitischeanalysen) 13.10.2004.)

### **2.1.3 Geopolitik im Rahmen einer sich veränderten Rolle Deutschlands in der Welt**

Deutschlands traditionelle Nachkriegsrolle als passiver Verbündeter innerhalb des NATO-Bündnisses hat sich parallel mit den beträchtlichen Veränderungen in der Welt seit 1989 – Zusammenbruch von Sowjetunion und Ostblock, deutsche Wiedervereinigung, Problematik von Vertiefung und Erweiterung der EU und der „Kampf gegen den Terror“, aber auch die Diskussionen um den Bau einer

russisch-deutschen Gaspipeline – zunehmend gewandelt. Paradoxerweise war es die Rot-Grüne-Bundesregierung, die erstmals dem Einsatz deutscher Soldaten außerhalb der Bündnisgrenze im Rahmen des Kosovo-Krieges 1998/1999 grünes Licht gab. Der politische Grundsatz, dass vom deutschen Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, wurde mit dem Kosovo-Einsatz zur Makulatur, so die Ansicht vieler quer durch alle Bevölkerungsschichten. Bis heute wird um die Verfassungskonformität dieses Einsatzes gestritten. Anfang 2002, unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September 2001, entsandte dieselbe Regierung Soldaten der Bundeswehr nach Afghanistan. Dem berühmt gewordenen Auftritt von Verteidigungsminister STRUCK im Bundestag – mit seiner nicht unumstrittenen Aussage: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ – im Vorfeld der Entsendung deutscher Soldaten in eine Region, die außerhalb der ursprünglichen NATO-Handlungsregion liegt, lässt sich deutlich ein Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung Deutschlands in der Welt entnehmen. Dabei ist Afghanistan im geopolitischen Kontext kein willkürlicher Staat, definierte doch schon MACKINDER 1904 Zentralasien als „pivot of history“, als geopolitischen Dreh- und Angelpunkt welt-historischen Geschehens. Weitere deutliche Indizien für einen Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung Deutschlands sind beispielsweise die deutschen Vermittlungsversuche im Nahen Osten als auch die selbstbewusste Debatte, um einen ständigen Sitz Deutschlands im UNO-Sicherheitsrat. „Es ist wichtig, unsere Öffentlichkeit auf die neue Rolle Deutschlands hinzuweisen“, so Ex-Kanzler SCHRÖDER bei einem Gespräch mit der Frankfurter Rundschau (25.10.2004: 2). Mit anderen Worten: Sie existiert bereits, diese neue Rolle. Es ist die Rolle des größten Staates in Europa als Mittelmacht so die Fremdsicht, die zunehmend zur Selbstsicht wird, wobei nach Aussage eines früheren UN-Blauhelmkommandeurs es gerade „die Mittelmächte [sind], die die Welt retten müssen“ (FR 25.10.2004). So anachronistisch das Heranziehen der Begrifflichkeiten Mittelmacht oder Großmacht auch klingen mag, stellt es doch ein politisches Faktum in der geopolitischen Diskus-

sion dar.<sup>13</sup> So formuliert FREUDENSTEIN (1997: 62) diesbezüglich: „Von Warschau aus gesehen, ist Deutschland nicht europäische Großmacht, sondern europäische Supermacht – so wenig das dem Gemütszustand der Deutschen selbst entsprechen mag.“ Es stellen sich die daraus erwachsenden spannenden Fragen, inwiefern sich die deutsche Regierung im Zuge der neuen empfundenen Bedeutung ihrer Ziele überhaupt bewusst ist und wie sich eine angewandte Geopolitik in diesem Themenfeld einbringen kann. Es muss eine strategische Weitsicht an den Tag gelegt werden. Ein Forum sich global-politisch zu profilieren bietet die EU-Ratspräsidentschaft, die Deutschland am 01. Januar 2007 für sechs Monate übernommen hat. Und doch unterliegt alles der übergeordneten Frage: Wozu braucht Deutschland zu Beginn des 21. Jh. noch Geopolitik? HANS-ULRICH SEIDT (STANDORT 2006: 105), seit 2006 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Afghanistan, bietet zwei Antworten an: „Erstens bleibt Geopolitik eine unverzichtbare Methode politischen Denkens, die das immer schneller werdende Wechselspiel der drei strategischen Faktoren Raum, Zeit und Kräfte in einer dynamischen Synthese lagegerecht zu erfassen vermag. Und zweitens bietet Geopolitik eine konzeptionelle Grundlage für pragmatisches, ideologisch resistentes Handeln, das interessen- und wirkungsorientiert die Instrumente staatlichen Handelns raumbezogen bündelt“.

Es ist somit zu konstatieren, dass eine Geopolitik modernen Typs auf die Handlungsebene politischgeographischer Forschungen und deren Praxisanwendung führt. „Geopolitik wird dem Zweck der Konfliktvermeidung globalen wie regionalen Ausmaßes unterworfen“ (STADLBAUER 1995, zit. nach KOST 1997: 144), um auch dem Anspruch einer angewandten Wissenschaft in gesellschaftlicher, demokratischer Verantwortung zu genügen. Gerade der Anwendungsbezug sollte verstärkt aufgegriffen werden, um in einer theoretisch-methodischen Diskussion Transparenz und Operabilität mit einer Minimierung der ideologischen Implika-

---

<sup>13</sup>Es ist eine zunehmend selbstverständliche und unreflektierte Verwendung der alten geodeterministischen Metapher Mittelmacht bzw. Mittellage bei deutschen Politikern zu konstatieren, wie z.B. im Grundsatzpapier der CDU (1995), verfasst von SCHÄUBLE und LAMERS, beim europapolitischen Sprecher der CDU PETER HINTZE (2002) oder beim damaligen Außenminister JOSCHKA FISCHER (2000) (REUBER 2006: 27f.). Dabei haben Autoren, wie z.B. HANS-DIETRICH SCHULTZ immer wieder auf die semantische Verknüpfung dieses Begriffes mit der Geopolitik des Dritten Reichs haben hingewiesen.

tionen zu schaffen. D.h. jedoch nicht, dass ein weniger an Ideologie auch ein weniger an Engagement bedeuten muss. Im Gegenteil wird gerade die harte Leitlinie einer zwingenden Demokratieverankerung einer jeden Angewandten Wissenschaft – es sei nur an entsprechende Debatten beispielsweise in der Medizin erinnert – dazu führen, dass ein Rückfall einer wie auch immer gearteten mehr oder weniger ausgeprägten Instrumentalisierung vermieden wird. Dabei stehen im Fokus der aktuellen Untersuchungen neben der disziplin-historischen Rekonstruktion der ideologischen Verstrickung von Politischer Geographie und Geopolitik

1. Konflikte um ökologische Ressourcen (inkl. Politische Ökologie),
2. Konflikte um territoriale Kontrolle und Grenzen,
3. Konflikte um raumbezogene Identität,
4. Die symbolische Repräsentation politischer Macht,
5. Globalisierung und neue internationale Beziehungen sowie
6. Regionale Konflikte und neue soziale Bewegungen.

Es geht hierbei jedoch nicht um die Doppelung der Erkenntnisse der Nachbardisziplinen. Vielmehr interessieren die Politische Geographie die Handlungen der politischen Akteure unter bestimmten räumlichen Bedingungen und Auswirkungen. Dazu werden auch Analysen der Naturressourcen gehören müssen. Dabei muss die Geopolitik, als angewandter Teil der Politischen Geographie, noch einen Schritt weiter gehen und im Sinne einer angewandten Politikwissenschaft den politischen Akteuren adäquate, beratende Unterstützung zukommen lassen. Die explizite Analyse des Beziehungsgeflechts „Raum und Macht“ bilden das Alleinstellungsmerkmal geopolitischen Denkens gegenüber den Nachbardisziplinen. Diesen Vorteil gilt es in die Politikberatung und Mediation einzubringen. Dabei gilt es jedoch den Faktor „Raum“ in durchdachter und angemessener Weise zu berücksichtigen, ohne ihn überzubewerten, denn gerade die „Überbetonung, ja sogar Verabsolutierung des Raumfaktors war im 20. Jh. kennzeichnend für den verhee-



rendsten Abschnitt deutscher Geschichte“ (SEIDT 2006: 105) Eine Verstärkung und der weitere Ausbau der Politischen Geographie und Geopolitik trägt dazu bei, dass Geographen sich auch zu Fragen, die für die Sicherung und Erneuerung demokratisch verfasster Gesellschaftsordnungen überlebenswichtig sind, zu Wort melden.

Ein weiteres Schweigen oder gar die weitere Tabuisierung der Geopolitik würde bedeuten, diese dem rechtspolitischen Spektrum, den „Ewiggestrigen“, zu überlassen. Der Hinweis auf die Disziplingeschichte bis 1945 gilt nicht länger als Argument für ein selbstgewähltes Schattendasein. Vielmehr bedeutet gerade eine aktive Ausrichtung der Geopolitik auf Fragestellungen regionaler wie globaler Konfliktvermeidung die Erzeugung von Hindernissen gegenüber einer Renaissance von geopolitischen Weltordnungen, die im machstaatlichen Kalkül und Egoismus verstrickt bleiben. Demnach bietet sich die Chance den Begriff Geopolitik mit neuem Inhalt im Rahmen geographiewissenschaftlicher Analysen und Studien wiedereinzuführen und zu etablieren.

#### **2.1.4 Zusammenfassung und Fazit**

Es wird deutlich, dass durch den Zusammenbruch des systemischen Gegensatzes zwischen Ost und West die Probleme und Konflikte nicht geringer geworden sind. Sie haben sich vielmehr nur verschoben. Die in den letzten Jahren zugenommene „asymmetrische Kriegsführung“ terroristischer Gruppierungen, die zunehmend opferreiche, symbolkräftige, sogenannte „weiche“ Ziele für ihre Anschläge, den militärisch-strategischen Zielen den Vorzug geben, als auch die räumliche Diversifiziertheit der Gruppierungen ist nur ein Beispiel für die neuen Herausforderungen global-politischen Handelns. In diesem veränderten global-politischen Kontext bietet die Geopolitik ein adäquates Instrumentarium zur Konfliktvermeidung bzw. -minimierung. Es ist gerade die Analyse des Raumbezuges, die die Geopolitik als gleichberechtigt und notwendig im Kanon der politischen Wissenschaften stehen lässt. Die deutschen Geographen überlassen jedoch, aufgrund der Geschichte dieser Disziplin, bis dato fast gänzlich das Feld den nicht-

deutschen „geopolitics“. Es ist somit an der Zeit, die Geschichte kritisch-reflektiv wie weiterführend hinzunehmen und gerade durch ein aktives und offensives Einbringen der fachlichen Möglichkeiten in die politische Öffentlichkeit, vor dem Hintergrund einer klaren Definition des Begriffes Geopolitik, die Rückkehr in alte Theoriekonzepte und Denkstrukturen unmöglich zu machen oder zumindest zu erschweren. Der Geopolitik, die über weite Teile des 20. Jh. vorherrschte, muss nun eine neue Geopolitik des 21. Jh. entgegengesetzt werden, die verantwortlich mit ihrer disziplin-historischen Vergangenheit umgeht, sich jedoch nicht hinter ihr versteckt, und somit ihre Potentiale brachfallen lässt. Letzten Endes muss die Geographie mit einer angewandten Geopolitik wieder eine hörbare Stimme im Chor der Disziplinen mit global-politischen Bezügen werden.

### **2.1.5 Ausblick: Geopolitik im Jahre 2026**

Eine diskursträchtige, aber durchaus interessante Prognose wagt MARK LEONARD (2006), indem er fragt, wie die Welt in 20 Jahren aussehen würde, wenn die Geopolitik die heute erkennbare Richtung fortsetzt. Er sieht die gegenwärtigen Entwicklungen auf eine mindestens vierpolige Weltordnung hinauslaufen, die von zwei Trennlinien durchzogen sein wird: zwischen Demokratien und Autokratien sowie zwischen Ländern, die ein Gleichgewicht der Mächte anstreben und Ländern, welche die Geopolitik rund um internationale Institutionen und das Völkerrecht organisieren wollen.

Die vier dominierenden Machtpole identifiziert er in Amerika, Europa sowie Russland/China und die „Religiosphäre“. Dabei sieht er die amerikanische Welt weiterhin als wichtigsten Machtpol, vor allem, wenn es ihr gelingt, Indien einzubeziehen. Eine weitere Erosion der heutigen Sympathien verbündeter Staaten gegenüber Amerika könnte jedoch eine Schattenseite dieser Dominanz darstellen. Der zweite Machtpol stellt eine erweiterte Eurosphäre dar, die auch Norwegen, die Schweiz, die Türkei, die Ukraine, den Balkan, Moldawien, Weißrussland und Georgien umfasst. Diese wird mit den Vereinigten Staaten durch den Glauben an die Demokratie verbunden – und zugleich durch seinen Multilateralismus von

den USA entfremdet sein. 70 weitere Staaten aus dem frühern sowjetischen Machtbereich, dem Nahen Osten und Afrika werden dieses Kerneuropa in einem weiten Gürtel umschließen und wirtschaftlich von der Eurosphäre abhängig sein. Letzten Endes werden diese Staaten auch sukzessive europäisiert werden. Dem gegenüber wird die Eurosphäre vom Osten her, von Russland und China, misstrauisch betrachtet, die durch ihre autokratischen Regime zusammengeschweißt werden. Das Diffundieren europäischer Werte im Zuge der Ausdehnung der Eurosphäre versucht Russland zu unterbinden und zusammen mit China, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan wird es die Shanghai-Organisation in eine Anti-G7 repressiver Staaten umwandeln. Als vierten Pol betrachtet LEONARD schließlich die „Religiosphäre“, die seiner Definition nach weder Demokratie noch Rechtsstaatlichkeit kennt. In diesem Zusammenhang wird das säkulare Europa bis 2026 von einer globalen Renaissance des Glaubens in Bedrängnis gebracht worden sein. Dabei sieht er die muslimische Welt an vorderster Front liegen. Trotz der vier Machtpole werden nicht alle Staaten notwendigerweise Teil einer Einflussosphäre sein, was jedoch zu einem globalen Wettbewerb um die Einbindung der „Blockfreien“ führt, wie er schon während des Kalten Krieges – beispielsweise auch mit Jugoslawien – stattgefunden hat.

Im Endeffekt werden die vier von LEONARD beschriebenen Machtblöcke durch ein gemeinsames Wirtschaftssystem miteinander verbunden sein, was kaum Grundlage für einen offenen Krieg größeren Ausmaßes sein dürfte. Vielmehr stuft er, vor dem Hintergrund des regen Handels zwischen den Blöcken und den Investitionen untereinander, das neue Gleichgewicht „weicher“ Macht als relativ stabil ein.

## **2.2 Grenzraumforschung - Die Überwindung des Trennenden**

Bei der Untersuchung von Grenzen ist eine fundierte Definition der zu verwendenden Begrifflichkeiten unabdingbar. Zu diffus werden in der Literatur die Begriffe Grenze, Grenzlinie, Grenzsäum, Grenzraum, Grenzzone, Grenzgemeinde, Grenzregion, Grenzgebiet etc. verwendet. Grundsätzlich ist dabei in geographi-

sche und administrative Raumeinheiten zu unterscheiden. Zusätzlich fungiert die Maßstabsebene, d.h. die Distanz zur Grenzlinie als Indikator. So wird in der Forschung klassischerweise zwischen der Grenzlinie, dem Grenzsaum und der Grenzzone unterschieden (vgl. u.a BOESLER 1983; MENNEL 1999). Dabei ist in Anlehnung an BOESLER (1985: 54)

1. die Grenzlinie bzw. Grenze als rechtliche und technische Trennlinie oder wie es das Wörterbuch Allgemeine Geographie (1998: 287) formuliert, als „Trennlinie zwischen verschiedenen Gebieten“,
2. der Grenzsaum bzw. Grenzraum, als der durch Distanz zur Grenzlinie und Topographie definierte grenzliniennahe Bereich und
3. die Grenzzone, der funktionsräumlich unter den „Gesichtspunkten Kern-Peripherie definierte Grenzstandort“ anzusehen.

Diese geographische Klassifizierung kennzeichnet die Abnahme direkter Auswirkungen der Grenzlinie in Korrespondenz mit einer jeweils mehr oder weniger exakt definierten Distanz zur Grenze. Die Definition von Abständen hingegen wirkt direkt in die Erklärung der administrativen Raumeinheiten ein. So werden klassischerweise Gemeinden bis zu einer Distanz von 25 km zur Grenze als Grenzgemeinden bezeichnet. Auf Slowenien bezogen, wären somit mehr als 60 % aller Gemeinden Grenzgemeinden. Selbst bei einer Verringerung des Bemessungsabstandes auf 10 km, läge deren Anteil noch bei rund 50 % (vgl. BUFON 2004). Wechselt man zudem noch die Maßstabsebene von der Gemeinde- hin zur regionalen Ebene, so sind in dem kleinen Slowenien von den zwölf statistischen Regionen zehn als Grenzregionen zu bezeichnen, da sie unmittelbar an einer Grenze lokalisiert sind. Angelehnt an die nationalen administrativen Einheiten definiert die EU-KOMMISSION (COM(2001) 437 final): "(...) border regions as regions at the NUTS II level bordering (by land or sea) candidate countries currently negotiating accession which contain cross-border programmes under INTERREG III A in the period 2000-2006; this also includes regions enclosed by such regions (...)". Da es in Slo-

wenien bislang keine ausgewiesene NUTS-II-Ebene<sup>14</sup> gibt, bilden die statistischen Regionen auf NUTS 3-Ebene den entsprechenden Bezugsrahmen. Somit sind die Grenzregionen im europäischen Kontext mit den eingangs definierten Grenzregionen gleichzusetzen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im folgenden unter Grenzregion bzw. Grenzgebiet die an der Grenze lokalisierten statistischen Regionen verstanden werden sollen.

Vor dem Hintergrund, dass zehn der zwölf statistischen Regionen Grenzregionen sind und somit de facto fast 90 %<sup>15</sup> der Gesamtfläche von Slowenien umfassen, ist es nicht nur sinnvoll, sondern zwingend geboten Slowenien per se als Grenzregion zu betrachten und analysierend in die Untersuchung einzubeziehen.

### **2.2.1 Grenzen in der Politischen Geographie**

Die Erforschung von Grenzen ist keine neue Disziplin in der Politischen Geographie. Dabei haben jedoch die Forschungen über die politische und historische Geographie von Grenzen in der Vorkriegszeit nur wenig mit den aktuellen Fragestellungen in diesem Themenfeld gemeinsam. Klassischerweise werden Grenzen definiert als „eine Trennlinie zwischen verschiedenen Gebieten“ (Wörterbuch Allgemeine Geographie 1997: 287). Für die Geographie besonders wichtig sind Staatsgrenzen, die oft durch Grenzzeichen, Zäune, Befestigungen usw. physiognomisch sichtbar gemacht werden, Verwaltungsgrenzen zwischen den Zuständigkeitsbereichen zweier Behörden, Grundstücksgrenzen zwischen zwei Parzellen, aber auch nicht amtlich festgelegte Grenzen zwischen nicht

---

<sup>14</sup>Der EU entsprechend bezeichnet NUTS eine hierarchische Systematik zur eindeutigen Identifizierung und Klassifizierung der räumlichen Bezugseinheiten der Amtlichen Statistik in den Mitgliedsländern der EU. Sie lehnt sich eng an die Verwaltungsgliederung der einzelnen Länder an. In der Regel entspricht eine NUTS-Ebene einer Verwaltungsebene oder einer räumlichen Aggregation von Verwaltungseinheiten. Eine vergleichbare Systematik gibt es auch in den EFTA- und CEC-Ländern. Diese Systematik wurde 1980 durch das Europäische Amt für Statistik in Luxemburg entwickelt, um regionale Raumeinheiten innerhalb Europas auch international statistisch vergleichen zu können. NUTS-Regionen sind die Grundlage für die quantitative Beurteilung von Regionen durch die EU. Im Rahmen der Regionalpolitik werden Fördermittel konkreten NUTS-Regionen (v.a. NUTS-3) zugewiesen ([http://ec.europa.eu/comm/eurostat/ramon/nuts/home\\_regions\\_de.html](http://ec.europa.eu/comm/eurostat/ramon/nuts/home_regions_de.html) 23.11.2006).

<sup>15</sup>Der nördliche Teil von Osrednje Slovenska fällt aufgrund seiner unmittelbaren Nähe zur österreichischen Grenze ebenfalls unter die Förderung für Grenzgebiete innerhalb INTERREG IIIA.

administrativen Gebietseinheiten. MENNEL<sup>16</sup> formuliert es 1999 prägnant wie folgt: „Grenzen und Grenzsäume sind Linien bzw. Zonen, die Gebiete unter verschiedener politischer Herrschaft trennen.“ Doch schon vor MENNEL wurde explizit darauf hingewiesen, dass politische Grenzen immer „expressions of geo-power“ (Ó TUATHAIL 1996) sind, sowie Ausdruck von Machtverhältnissen, indem sie „part of the discursive landscape of social power (and) control“ (NEWMAN & PAASI 1998: 196) sind.

Grundsätzlich ist eine Unterscheidung in natürliche (z.B. Gebirgs- und Flussverläufe) und artifizielle Grenzen vorzunehmen, wobei das prägende Merkmal aller Grenzen das „bilaterale Trennen“ (MENNEL 1999: 24) ist, seien sie nun „natur-“ oder „von-Menschen-gesetzt“. Neben der Betrachtung von Staatsgrenzen (im Sinne von Außengrenzen) lassen sich auch eine große Zahl verschiedener Binnengrenzen typologisieren. Binnengrenzen sind Grenzen innerhalb einer räumlichen Einheit. Nach BOESLER (1983) lassen sich bei Binnengrenzen beispielsweise Grenzen föderalistischer Systeme, Verwaltungsgrenzen, Grenzen der Verbreitung von ethnischen, nationalen oder religiösen Gruppen, operative Grenzen für die sektorale oder regionale Staatstätigkeit, Grenzen staatlichen Grundeigentums oder Grenzen der Wirkungsbereiche öffentlich-rechtlicher Körperschaften unterscheiden. Im Rahmen der Herausbildung des Europäischen Binnenmarktes und der Europäischen Union oder des „Schengenraumes“ werden unter Binnengrenzen die aneinanderstoßenden Staatsgrenzen (Außengrenzen) der in diesen Staatenverbänden teilnehmenden Staaten verstanden.

---

<sup>16</sup>Explizit wird sich hier von einer möglichen „Zuneigung [MENNELS] zu Nazi-Geographen“ distanziert (<http://ua.x-berg.de/pdf/UA72.pdf> 30.01.2007).

## 2.2.2 Staatsgrenzen als klassisches Forschungsfeld der Politischen Geographie

Die Herausbildung der Nationalstaaten<sup>17</sup> nach heutigem Muster erfolgte zwar schon im Zuge des Westfälischen Friedens 1648, jedoch die Abgrenzung eines definierten Staatsterritoriums von dem eines Nachbarstaates durch eine genau festgelegte Grenzlinie ist ein Verfahren der Moderne. Die stärkere Berücksichtigung der Grenzlinien und ihre wachsende Bedeutung für die Politik eines Staates hing zweifelsohne mit der Verbesserung der Kartentechnik zusammen. Erst die zuverlässigen Karten des 18. Jh. ermöglichten es den territorialstaatlichen Regierungsorganen sich einen expliziten Eindruck ihres Verlaufs zu machen und in Grenzen zu denken (BOESLER 1983: 53f.). Diese Vorstellung ihrer linearen Form ist jedoch heute unzureichend, da damit lediglich ihre gedachte Erscheinung auf der Erdoberfläche beschrieben wird und nicht ihre Fortsetzung nach oben und unten (ANTE 1981: 105). Doch nach wie vor erfolgt die Ausweisung von Grenzen einem dreistufigen Verfahren:

1. Zunächst erfolgt ein grober Zuschnitt, der sich an geographischen Strukturmerkmalen wie Berge oder Flüsse, später auch am Gradnetz orientiert. Die Phase der *Allokation*.
2. Die *Delimitation* ist die Phase der Feineinstellung, der genauen Festlegung des Grenzverlaufs.
3. Bei der Phase der *Demarkation* wird die Grenze durch Pfosten, Schneisen, Zäune oder Mauern gekennzeichnet. (MENNEL 1999: 24)

Das Charakteristische an Grenzen ist die Separation. Grenzen ermöglichen positive und negative Identifikationen. Sie trennen das Innen vom Außen, das Eigene vom Anderen, die Identität von der Andersartigkeit, die Sicherheit von der Gefahr, die Gemeinschaft von der Anarchie, die Heimat von der weiten Welt usw.

---

<sup>17</sup>Obwohl BENEDICT ANDERSON die Nationen aufgrund ihres Konstruktionscharakters treffend als „Imagined communities“ (1983) bezeichnet, ist „die nationalstaatliche Ordnung ein solch persistentes Erfolgsmodell geworden, dass sie die politische und wirtschaftliche Organisation der Gesellschaft in vielen Bereichen als eine Art ‚quasi-realistisches‘ System bestimmt“ (REUBER 2006: 25)

(vgl. auch REUBER 2006 & STRÜVER 2005). Somit sind sie keineswegs nur als sterile Linien, die auf Karten oder durch Wälder gezeichnet wurden, zu betrachten, sondern vielmehr als in der gesamten Gesellschaft lokalisiert und deren Bedeutung immer kontextuell und historisch bedingt ist. PAASI drückt es 2001 zutreffend aus: „Most [boundaries] are emotionally loaded with bloody memories and thoughts of moments of glory that have been achieved or have been left behind.“ Sie sind auch keineswegs nur statische, unveränderbare Phänomene der politischen Landschaft, sondern besitzen eine eigene Dynamik, kreieren neue Realitäten und beeinflussen das Leben der Menschen und Gruppen, die in der Nähe von Grenzen leben oder diese im Alltag überschreiten müssen.

Nach BOESLER (1983: 54) untersucht die Politische Geographie Grenzen in drei unterschiedlichen Maßstäben: Erstens die „Grenzlinie [Grenze] als rechtliche und technische Trennlinie“, zweitens den „Grenzsaum [-raum], als den durch Distanz zur Grenzlinie und Topographie definierten grenzliniennahen Bereich“ und drittens die „Grenzzone, den funktionsräumlich unter den Gesichtspunkten Kern-Peripherie definierten Grenzstandort“. Das Erkenntnisziel der Politischen Geographie bei der Betrachtung von Grenzen formuliert PRESCOTT (1975: 71) folgendermaßen: „Zwei Aspekte der Untersuchungen von Grenzen und Grenzsäumen sind von Interesse für den Geographen: zunächst sind Lage und Beschaffenheit jeder Grenze und jedes Grenzsaumes Ergebnis der Interaktion zahlreicher Faktoren, von denen einige geographischer Natur sind. (...) Zum Zweiten können jede Grenze und jeder Grenzsaum (...) den Raum, dessen Teile sie sind, sowie Entwicklung und politisches Handeln der durch sie getrennten Staaten beeinflussen.“ Die Grenze wird nicht nur in ihrer Wirkung nach außen betrachtet, sondern auch unter dem Gesichtspunkt, dass sie gewissermaßen von innen her der jeweiligen Staatsgewalt und der Staatstätigkeit eine räumliche Geltungsgrenze setzt.<sup>18</sup> Somit zeigt die Grenze die „Reichweite der zentripetalen und zentrifugalen Kräfte eines politischen Systems“ an (BOESLER 1983: 54). Die Wirkung der Grenze zeigt sich darin, dass sie nach innen eigene Zuständigkeiten über Personen und Sachen zuordnet

---

<sup>18</sup>Für MINGHI (1963) bilden politische Grenzen den räumlichen Ausdruck des Geltungsbereichs der Rechtsprechung und des Machtsystems.



und nach außen fremde Zuständigkeiten fernhält. In diesem Zusammenhang kann nach gesetzlichen, fiskalischen, ökonomischen und Kontrollfunktionen, die mit politischen Grenzen verknüpft werden können, unterschieden werden (ANTE 1981). SCHWIND (1972: 109) weist auf die trennenden und zugleich verbindenden Funktionen von Grenzen hin: „(...) deshalb beginnt mit der Setzung der Grenze zugleich das Bemühen, sie zu überwinden. Wo immer man versucht, die eine Funktion gegenüber der anderen auszuschalten, verliert die Grenze ihren dialektischen Sinn. In dem einen Fall wird sie zur Sperrmauer, in dem anderen Fall, weil überflüssig geworden, hebt sie sich auf.“

Nach ASCHAUER (1996: 55) kann eine Staatsgrenze unter zwei Aspekten betrachtet werden: Erstens als „mehr oder weniger durchlässige Trennlinie zwischen zwei Staaten“, womit die grenzüberschreitenden Beziehungen beleuchtet werden, und zweitens als „äußere Begrenzung eines Staates“, wobei damit der Wirkungsbereich der gesamtstaatlichen Gegebenheiten in den Fokus der Betrachtung rückt. Dabei kann das Muster grenzbezogenen Verhaltens in verschiedensten Bereichen als Effekt der internen politischen und sozioökonomischen Gegebenheiten eines Staates, in Relation zu denjenigen der Nachbarländer einerseits und seiner spezifischen Abgrenzung nach außen andererseits, modellhaft betrachtet werden.

Eine Typologie der Außengrenzen kann nach sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten erfolgen. Für ANTE (1981: 109f.) ist es zweckmäßig und notwendig zwischen den englischen Termini „frontier“ und „boundary“, für die die deutsche Sprache nur den einen Begriff „Grenze“ kennt, zu unterscheiden. „Boundary“ markiert nach außen eine „Linie“, die ein politisches System von anderen trennt, also zusammenfasst, insofern „nach innen orientiert“ ist und die Reichweite der „zentripetalen Kräfte“ eines politischen Systems anzeigt. Demgegenüber schlägt er vor, „frontier“ als „Siedlungsgrenzraum“ oder als eine „Entwicklungs- und Kampfzone“ zu interpretieren, was jedoch nicht immer eindeutig möglich ist. Zusätzlich bezeichnet dieser Begriff im Amerikanischen eine Geisteshaltung. So wurde bei der Besiedlung des amerikanischen Westens vom „frontier spirit of the pionieers“ gesprochen. Dieser Geist wurde bei den ersten amerikanischen Welt-

raumflügen erneut heraufbeschworen, wobei die Raumfahrt als eine neue „frontier“ mit den entsprechenden Erweiterungen des (eigenen) Handlungsspielraumes und den dazugehörigen Herausforderungen angesehen wurde. Vor diesem Hintergrund ist auch der Name der Raumfähre „Challenger“ (Herausforderer) zu verstehen.

Gegenüber ANTE formuliert SCHWIND (1972: 115) folgende Grenztypisierung: Erstens Zusammenwachsgrenzen (strukturgerechte Grenzen), die sich in absolute und zellulare Zusammenwachsgrenzen und Begegnungsgrenzen unterteilen lassen, zweitens Aufteilungsgrenzen (geometrische Grenzen), die als absolute oder ordnende Aufteilungsgrenzen auftreten und drittens Trennungsgrenzen (strukturwidrige Grenzen), die als absolute oder zellulare Trennungsgrenzen und Zerreißungsgrenzen wirken.<sup>19</sup> Auch für NEWMAN (2003) stellen „boundary“ oder „border“ eine „line, demarcated and implemented by a government“ dar und „frontier“ eine „area or region in close proximity to the line and within which development patterns are clearly influenced by its proximity to the boundary“.

Eine Grenze kann nur schwerlich aus ihren formalen Elementen heraus erklärt werden, sondern ist wesentlich von den politischen Systemen abhängig, zwischen denen sie gelegen ist. „Entscheidend ist, welche allgemeine Funktion einer Grenze (Kontakt, Barriere) v.a. von den benachbarten Systemen zugewiesen wird. Sie nämlich setzt Standortkräfte frei. Indem die Grenze damit als Standortfaktor interpretiert wird, weitet sich die Grenz Betrachtung auf den benachbarten Raum aus“ (ANTE 1981: 116).<sup>20</sup> Eine generelle Unterteilung nach trennender und kommunikativer

---

<sup>19</sup>Vgl. hierzu auch ANTE (1981: 120f.), der bezüglich der Grenztypisierung von SCHWIND vorschlägt, ‚Zusammenwachsgrenzen‘ mit „frontier“ und „Trennungsgrenzen“ mit „boundaries“ nach ihrer inhaltlichen Bedeutung zu parallelisieren.

<sup>20</sup>Die Außengrenze eines politischen Systems als Standort wirtschaftlicher Betätigung stellt für BOESLER (1983: 68) eine spezielle Form des Verhältnisses von Kern und Peripherie in einer Volkswirtschaft dar. Es handelt sich um das Gefälle zwischen Verdichtungsräumen mit ihrer wirtschaftlichen Vorrangstellung einerseits, und politisch und ökonomisch benachteiligter Peripherie andererseits. Die Politische Geographie hat auch große Tradition bei der Untersuchung des Stils der Flächennutzung und der Ausprägung der Kulturlandschaft in den Teilen eines Staates, die Grenzlandschaften, ‚le voisinage‘ oder ‚border landscape‘ genannt werden (BOESLER:1983: 69). Nach PRESCOTT (1978: 192ff.) wurden dabei v.a. die Grenze als ein direktes Element der Kulturlandschaft, die Flächennutzungsunterschiede und die Unterschiede im Stil der Kulturlandschaft auf beiden Seiten einer Grenze, der Einfluss der Grenzlandschaft auf das Verhalten ihrer Bewohner und die Auswirkungen der Situation einer Grenzlandschaft auf die Politik des Staates untersucht.

ver bzw. verbindender Funktion ist zu ungenau. Diverse Verfeinerungen nach „qualitativen Filter- und quantitativen Abschirmwirkungen“ oder „absorbierenden“, „reflektierenden“ und „durchlässigen“ Grenzen wurden nach ANTE (1981: 115f.) versucht, gestalteten sich jedoch als schwierig. Grenzen können zeitgleich sehr verschiedene Funktionen zugewiesen werden, wie z.B. generelle oder selektive Abgrenzung bezüglich Immigration, unterschiedliche Qualität und Quantität von Warenaustauschbeziehungen oder Beeinflussung der Kommunikation durch das Vorhandensein von Grenzen. „Funktionswandlungen von Grenzen machen besonders deutlich, dass diese nicht ‚als solche‘, sondern in Abhängigkeit des politischen Systems und seiner äußeren Beziehungen wirken“ (ANTE 1981: 117), was sich im weiteren Verlauf der Arbeit anschaulich an den Grenzen Sloweniens nachvollziehen lässt.

Die wichtigsten ökonomischen und sozialen Trennwirkungen der Grenzen bezüglich der aufeinander treffenden politischen Systeme lassen sich nach BOESLER (1983: 64f.) wie folgt zusammenfassen:

1. „Die Grenze ist Grenze der Verwaltungszuständigkeit und damit die Grenze der Einzugsbereiche öffentlicher und halböffentlicher Institutionen, sie ist Steuer- und sehr häufig Zollgrenze. Dadurch wird der grenzüberschreitende Warenverkehr, auch im Rahmen zentralörtlicher Versorgungsbeziehungen, eingeschränkt.
2. Die Grenze wirkt durch wechselnde Währungsparitäten zwischen den benachbarten Staaten, unterschiedliche Inflationsraten und Unterschiede im Einzelhandelspreisniveau trennend auf die Wirtschaftsräume.
3. Die Grenze vergrößert durch die Begrenzung der Anzahl der Übergänge, durch Wartezeiten und Grenzformalitäten den Zeit-Kosten-Mühe-Aufwand beim Aufsuchen zentraler Orte des Nachbarstaates.
4. Die Grenze ist eine psychologische Barriere, beispielsweise wenn es sich zugleich um eine Sprachgrenze handelt. Aus diesen Gründen sind grenzüber-

schreitende Zentrenbeziehungen als Indikator für die Durchlässigkeit einer Grenze im regionalen Rahmen in der letzten Zeit sehr häufig Gegenstand empirischer Untersuchungen gewesen.“<sup>21</sup>

### 2.2.3 Grenzraumforschung in der Geographie

Die Grenzraumforschung ist ein traditioneller Forschungsgegenstand der Geographie, sie findet sich sowohl in der physischen Geographie als auch in der Humangeographie (vgl. KOWALKE 1996).<sup>22</sup> Explizit wird sich im Rahmen dieser Arbeit von der in den 1920er Jahren entwickelten Grenzraumforschung distanziert. Da Lage und Beschaffenheit jeder Staatsgrenze das Ergebnis der Interaktion verschiedener Faktoren ist, und die Grenze wiederum die Entwicklung und das politische Handeln der durch sie getrennten Staaten beeinflusst, stellt BOESLER (1983: 61) zurecht fest, dass eine Grenze so gut oder so schlecht ist, wie das Verhalten der an ihr interessierten politischen Systeme. PRESCOTT (1975: 78) verlangt eine „verhaltensorientierte Analyse von Grenzen“ innerhalb der Politischen Geographie, wobei die spezifische Aufgabe im Rahmen einer solchen Analyse darin besteht, die raumbezogenen Ziele und Motive dieses Verhaltens zu ermitteln sowie die räumlichen Auswirkungen festzustellen.<sup>23</sup> Für BODE (1995: 17) sind dabei drei Untersuchungsaspekte von zentraler Bedeutung: „Erstens die Feststellung und Bewertung der raumrelevanten Ziele und Motive sowohl der Regierungen als auch der Grenzbevölkerung, zweitens die Bestimmung des Einflusses geographischer Faktoren auf die Entscheidungen und Ergebnisse der konkreten Maßnahmen und drittens die Analyse der geographischen Auswirkungen des staatlichen Verhaltens der Regierungen und des Verhaltens der Grenzbevölkerung.“<sup>24</sup>

---

<sup>21</sup>Zu den diesbezüglichen Untersuchungen vgl. BOESLER (1983: 64f.).

<sup>22</sup>Aufgrund der Themenstellung und dem verfolgten Ziel dieser Arbeit, wird hier auf eine Betrachtung geographischer Grenzraumforschung innerhalb der physischen Geographie verzichtet.

<sup>23</sup>Zu den zu berücksichtigenden Faktoren bei einer solchen Analyse vgl. BOESLER (1983: 62f.).

<sup>24</sup>Neben der auf das Verhalten der beteiligten Akteure ausgerichteten Betrachtungsweise spielt laut BOESLER (1983: 63) vermehrt auch die Anwendung des systemanalytischen Ansatzes in der Grenz-forschung eine wichtige Rolle, dabei werden die grenzüberschreitenden Ströme von Bevölkerung, Gütern, Dienstleistungen und Kapital untersucht.

Doch während sich die klassische Politische Geographie bis dato hauptsächlich mit Fragen hinsichtlich Grenzen als politische Trennlinien, Grenzziehungsprobleme und das Entstehen von Konflikten entlang dieser Linien beschäftigte, stellt sie heute – auch in der slowenischen Wissenschaft (vgl. Kap. 2.2.6) – die Untersuchung von Prozessen in Grenzregionen in den Vordergrund (vgl. BUFON 1998). Schon für MINGHI (1963: 389) musste sich innerhalb der Politischen Geographie sowohl mit Untersuchungen im soziologischen als auch im kulturellen und ökonomischen Bereich beschäftigt werden, „denn die räumlichen Verteilungsmuster von sozialem Verhalten können sogar wichtiger als andere Muster sein, wenn man den Einfluss einer Grenze und ihre Lebensfähigkeit als nationale Trennungslinie bestimmen will“. Letztlich stellt es die Erweiterung des Blickes auf den Forschungsgegenstand Grenze und die Akzeptanz seiner Interdisziplinarität dar. Und doch fallen für FRIEDLEIN und GRIMM (1995: 4) alle Untersuchungen in das „Arbeitsfeld der Geographie, da sich die zu untersuchenden Aspekte im Raum niederschlagen, gleichgültig ob es sich um politische, wirtschaftliche, kulturelle, touristische oder ökologische Aspekte handelt“.

In vielen Betrachtungen und Untersuchungen bildet der unmittelbare Grenzraum eine eigenständige Raumkategorie.<sup>25</sup> Die Strukturen und Entwicklungsprozesse in diesem Gebiet sind wesentlich von der Grenze, und insbesondere von deren spezifischer Art, geprägt. Nach BODES (1995: 17) Auffassung ist es insbesondere Aufgabe der Geographie, sich mit diesen raumrelevanten Prozessen und den daraus resultierenden veränderten Raumstrukturen zu befassen, zumal Staatsgrenzen aufgrund ihrer Raumbedeutsamkeit einen zentralen Forschungsschwerpunkt der Politischen Geographie darstellen. In den dazu angefertigten und publizierten Arbeiten sind die Linienführung von Grenzen, die Grenzräume und die Interak-

---

<sup>25</sup>MINGHI (1991) verweist auf eine Methodologie, die eine vergleichende Untersuchung zweier oder mehr Grenzen und gleichzeitig die Analyse der betreffenden Grenzregion in ihrem zeitlichen Rahmen ermöglicht. Dieser Ansatz verbindet, nach MINGHI, beide Sichtweisen auf Grenzen: auf der einen Seite die klassisch politisch-geographische, Grenzen als Linien, die den Rand von nationalen Territorien markieren und auf der anderen Seite Grenzen als Nahtstelle entlang des Randes nationaler Einheiten. Weiterhin schlägt er ein Konzept zur Grenzregion vor: „the boundary creates its own distinctive region, making an element of division also the vehicle for regional definition“ (MINGHI 1991: 15).

tionen in den Grenzräumen, sowie die Auswirkungen auf die beteiligten (National-)Staaten Gegenstand der wissenschaftlichen Analysen.<sup>26</sup>

Für BÜRKNER (1996: 5) stellt sich für die geographische Grenzraumforschung bezüglich der Kategorie „Raum“ (in diesem Fall: „Grenzraum“ oder „Grenzregion“) allerdings die methodologische Gretchenfrage, inwieweit diese Kategorie einen originären Untersuchungsgegenstand darstellt, oder vielmehr hinter der Untersuchung sozialer und ökonomischer Prozesse zurücktritt, und allenfalls zur Exemplifizierung allgemeiner gesellschaftlicher Umgestaltungsprozesse herangezogen werden sollte. Bei der Betrachtung der Kategorie „Raum“ als originärer Untersuchungsgegenstand werden die Schwächen der raumbezogenen Basisperspektive sichtbar. Die räumliche Kategorie „Grenzland“ wird als eine Art Container für beliebige, häufig vom Binnenland abweichende individuelle Verhaltensweisen und Merkmale konzipiert, wobei „Grenzräume“ als per se „interessante Räume“ begriffen werden.

#### **2.2.4 Grenzraumforschung in der Geographie vor 1989**

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges entwickelten sich innerhalb der Grenzraumforschung zwei unterschiedliche Tendenzen: Auf der einen Seite das umfassende und gerade in Militär- und Diplomatenkreisen etablierte sogenannte HOLDICH-Konzept über die „Verteidigungsfunktion von Grenzen“, entsprechend dem jene die besten Grenzen sind, die auf Grund ihrer orographischen Gegebenheiten wenig Gelegenheit zu grenzüberschreitenden Beziehungen und somit für das Entstehen von Konflikten zwischen Nachbarn, bieten (vgl. HOLDICH 1916). Auf der anderen Seite stehen die Fürsprecher einer breiteren Theorie der Assimilationsgrenzen, die ein eher hydrographisches Grenzkonzept empfehlen. Flüsse können zwar Nachbarstaaten politisch trennen, aber sie haben eine verbindende Funktion in ökonomischer und kultureller Hinsicht (vgl. LYDE 1915). Gemein war beiden Konzepten ihr explizites Interesse an politischen Grenzen (vgl. PRESCOTT 1978). Explizit wird sich im Rahmen dieser Arbeit jedoch von der Grenzraumfor-

---

<sup>26</sup>Ein Überblick über die dazu vorhandenen Arbeiten und die dabei zugrundeliegenden Schwerpunktbetrachtungen findet sich bei BODE (1995: 17).

schung distanziert, die die bevölkerungspolitisch und rassistisch ausgerichtete „Ostforschung“, die den Vernichtungsfeldzug in Ost- und Südosteuropa während des Zweiten Weltkrieges vorzubereiten half, unterstützte (vgl. u.a. RÖSSLER 1990). So konnten in deren Namen beispielsweise Vertreter der deutschen „Volksgeschichte“ mit ihren sprachhistorischen Forschungen, etwa zur deutsch-französischen Sprachgrenze, nahezu problemlos zur Legitimierung nationalsozialistischer Expansionsbestrebungen herangezogen werden.

Bis zum Ende der Zweiten Weltkriegsdekade entwickelte die Politische Geographie, von angloamerikanischen Geographen initiiert, neue Konzepte und Methodologien im Bereich der Grenzraumforschung. Sie wurde als „Wissenschaft räumlicher Strukturen und Interaktionen zwischen politischen Prozessen und Systemen“ und ihr Untersuchungsgegenstand als „die räumliche Analyse politischer Phänomene“, definiert (KASPERSON & MINGHI 1969: 17).

In der deutschsprachigen Grenzraumforschung lassen sich nach BÜRKNER (1996: 2f.) in den Dekaden vor der politischen Wende 1989 vornehmlich drei dominante Themen feststellen:

1. Grenzregionen als periphere Gebiete, wobei hier v.a. die strukturellen Probleme und Benachteiligungen der Grenzregionen in ihrer Eigenschaft als sowohl in räumlicher als auch in ökonomischer Hinsicht periphere Regionen untersucht wurden.
2. Grenzüberschreitende Beziehungen, wobei hierunter so heterogene Phänomene wie Pendlerbeziehungen in den Bereichen der Arbeits- und Einkaufsmobilität, Unternehmenskooperationen oder auch Formen der politischen Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Basis zusammengefasst werden.<sup>27</sup>

---

<sup>27</sup>Diesbezügliche Forschungsarbeiten wurden nach BÜRKNER (1996:2 ) hauptsächlich in den 1970er und 1980er Jahren im Zusammenhang mit relativ durchlässigen Grenzen in West- und Südeuropa durchgeführt. Darüber hinaus gewann dieses Thema mit der Entwicklung von grenzüberschreitenden Planungsregionen zusätzliche Aktualität, die sich in einer Reihe von empirischen Untersuchungen niederschlug.

### 3. Der Einfluss von Grenzen auf das Verhalten von Bewohnern der Grenzregionen.<sup>28</sup>

Nach BÜRKNER (1996: 3) ist die theoretische Grundlage der ‚älteren‘ Grenzfor- schung, der 1970er und 1980er Jahre i.d.R. schwach entwickelt oder fehlt oft gänz- lich. „Neben vagen Bezugsrahmen auf Begriffe und Theoreme der Raumord- nungspolitikforschung (...) herrschen heuristische Konzepte vor, die eher als Strukturierungshilfe für die Beschreibung der Auswirkungen von Grenzen auf verschiedene politische, ökonomische und soziale Bereiche denn als Ansatzpunkt für theoretisch fundierte Erklärungen verwendet werden“ (BÜRKNER 1996: 3). Die Defizite bei der theoretischen Bestimmung der sozioökonomischen Folgen von Grenzöffnungen für die Grenzregionen lassen sich für BÜRKNER (1996: 4) wie folgt zusammenfassen: Die sozialen und ökonomischen Entwicklungsunterschiede so- wie die unterschiedlichen entwicklungspolitischen Rollen der Regionen beider- seits der Grenze werden zwar als Erklärungsansätze genannt, sie werden jedoch nicht ausreichend theoretisch untermauert. Es wird häufig aus der Feststellung von grenzüberschreitenden Disparitäten lediglich auf die Wirksamkeit von Gravi- tationskräften geschlossen, die in jeweils unterschiedlichen Attraktivitäten der ei- nen Region für die Akteure der anderen Region zum Ausdruck kommen. Intra- nationale Disparitäten und ihre Auswirkungen auf die Strukturen der beteiligten Re- gionen werden nur mangelhaft berücksichtigt.

#### **2.2.5 Die Ereignisse des Jahres 1989 – Auslöser einer Wende in der geogra- phischen Grenzraumforschung**

Das Jahr 1989 stellt für die geographische Grenzraumforschung einen zentra- len Wendepunkt dar. Durch den Zusammenbruch des Warschauer Paktes hat sich die politische Raumgliederung in Europa erheblich verändert. Es haben sich viele neue Territorialstaaten konstituiert und damit viele neue Grenzregionen herausge- bildet. Im Gegensatz dazu wurde durch die Wiedervereinigung Deutschlands die

---

<sup>28</sup>Die Betrachtung des Individualverhaltens, insbesondere des Verhaltens von herausragenden Ak- teuren und Entscheidungsträgern, stellt für BÜRKNER (1996: 2f.) einen nicht zu vernachlässigenden Ansatzpunkt dar, was besonders für die Erklärung von sozioökonomischen grenzüberschreitenden Austauschprozessen von Bedeutung ist. Der individuelle Verhaltensaspekt wurde im Gegensatz zur Veränderung von Strukturbedingungen in Grenzregionen häufig nur indirekt thematisiert.



ehemals bestbewachteste Grenze der Welt abgeschafft. Zusätzlich bildeten sich quasistaatliche Entitäten innerhalb nationalstaatlicher Strukturen, wie beispielsweise die Republik Srpska innerhalb von Bosnien-Herzegowina. Des Weiteren werden im Zuge der europäischen Integration und der Umsetzung der Abkommen von Schengen die Grenzen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten immer weiter abgebaut (BODE 1995: 16). Die Grenzen und Grenzregionen in Ost- und Südosteuropa haben durch die Entwicklungen und Veränderungen in den vergangenen rund fünfzehn Jahre einen tiefgreifenden und nachhaltigen Wandel erfahren, dessen raumstrukturelle Auswirkungen unverkennbar sind, besonders bei Berücksichtigung der historisch kurzen Zeitspanne in denen diese Veränderungen stattgefunden haben (GRIMM 1995: 11). Wo zuvor fast völlig geschlossene Grenzen das westliche vom östlichen Europa trennten, wo Warenaustausch und Personenverkehr allenfalls im nationalen, nicht aber im regionalen Interesse möglich waren, öffneten sich die Grenzen für neue und vielfältige Austauschbeziehungen, wobei die Grenzräume somit an Bedeutung gewannen (KOWALKE 1996: 77).<sup>29</sup> Besondere Probleme entstanden dabei allerdings durch das hohe ökonomische Entwicklungsgefälle.

Grenzen bzw. Grenzräume und Grenzregionen erhielten neue Funktionen und somit die geographische Grenzraumforschung neue Aufgaben und Forschungsgebiete, wobei nach KOWALKE (1996: 78) für die Geographie besonders die Bildung bzw. Herausbildung grenzüberschreitender Regionen (vgl. Kap. 2.4, 4.3.6 und 6.1) und die Veränderungen der Raumstrukturen im Mittelpunkt stehen. Nach NEWMAN (2003: 124) hat die geographische Grenzraumforschung auf die umwälzenden Veränderungen mit einer erheblichen Ausweitung ihrer Aktivitäten reagiert. Es ist eine deutliche Zunahme an relevanter Literatur zu konstatieren (vgl. u.a. BLAKE 2000; KOLOSSOV & O'LOUGHLIN 1998; NEWMAN 1999; NEWMAN & PAASI 1998; PAASI 1996; THOMAS 1999; WATERMAN 1994). Es haben sich innerhalb der Re-

---

<sup>29</sup>Neubewertungen für die europäische Zusammenarbeit bei der Raumentwicklung, die den Ansatz verfolgen, alle Bereiche aus Politik, Wirtschaft und Kultur mit einzubeziehen und v.a. auch die Situation und Aufgabenschwerpunkte aus Sicht der Raumplanung an den alten und neuen Grenzen der EU zu berücksichtigen, wurden von der EUROPÄISCHEN KOMMISSION in den Berichten „Europa 2000“ und „Europa 2000+“ vorgelegt.

naissance und dem zunehmenden Interesse an Grenzraumforschung zwei sich gegenseitig beeinflussende Themenbereiche entwickelt: Auf der einen Seite ein neu erwachtes Interesse an der Grenzlinie an sich, ihre Verschiebungen, Auflösungen und Redemarkationen zwischen Staaten und auf der anderen Seite ein wachsendes Interesse an der Natur von Abgrenzungen sowie deren mannigfaltigen Auswirkungen räumlicher wie sozialer Art auf die Menschen, die in Grenznähe leben. Es sind gerade kulturelle Aspekte, die eine enorme Bedeutung in Bezug auf die Identifikation lokaler bzw. regionaler Gruppen haben. Nach GEBHARDT, REUBER & WOLKERSDORFER (2003: 1) ist die Kultur „auf dem Weg, noch stärker als bisher zum Motor der sozialen und politischen Differenzierung unserer Welt zu werden, im Krieg wie im Frieden und auf allen Ebenen der Gesellschaft“ (vgl. auch REUBER 2006)<sup>30</sup>. Auch für BUFON (1996) ist es verständlich, dass in der aktuellen Forschung eine stärkere Hinwendung zu kulturgeographischen Interpretationen physischer Umwelt, Territorialität und zu Prozessen, die die ethnischen, linguistischen oder regionalen Identifikationen der grenznahen Populationen zum Thema haben, zu verzeichnen ist. Ebenso schlug JOHN HOUSE vor, Grenzräume nicht allein unter der Fixierung auf sichtbare Funktionen zu untersuchen, sondern sie vielmehr als Produkt eines Sets von kulturellen, ökonomischen und politischen Interaktionen und Prozesse, die im Raum auftreten, zu betrachten (HOUSE, zit. nach MINGHI & RUMLEY 1991: 4). Ein konzeptioneller Rahmen zur Untersuchung von Grenzphänomenen hat daher nach NEWMAN (2003) drei Dimensionen einzubeziehen:

1. Die Hierarchie der Grenzen ist unter Beachtung der unterschiedlichen Typen und Arten von territorialen Grenzen, wie nationale und lokale Grenzen sowie Landes- und Gemeindegrenzen, anzuerkennen und ist als Teil einer umfassenden Theorie zu untersuchen, die zwar in ihrer Spezifität und Intensität des Demarkationsprozesses und/oder den sozialräumlichen Folgen variieren kann, jedoch die inhärenten Gemeinsamkeiten des Abgrenzungsprozesses beinhaltet.

---

<sup>30</sup>Für kritische Anmerkungen und Reaktionen vgl. u.a. EHLERS 2005.

2. Für Geographen ist es zentral zu beachten, dass zwar ihre Vorstellung von Grenzen in der Organisation und Teilung von Territorien wurzelt, soziale und andere nichträumliche Grenzen jedoch eine gleichwertige Stellung in diesem Prozess haben.
3. Bezugnehmend auf den vorherigen Punkt müssen Grenzkonzepte als multidisziplinäres Phänomen verstanden werden (NEWMAN 2003: 134).

### **2.2.6 Grenzraumforschung in Slowenien**

Die slowenische geographische Wissenschaft untersuchte im Rahmen der regionalen Forschungen seit den 1970er Jahren überwiegend die Grenzgebiete Sloweniens zu Österreich, Italien und Ungarn, meist unter dem Gesichtspunkt der Problematik der ethnischen Minderheiten (vgl. u.a. PLUT 1970; KLEMENČIČ & JERŠIČ 1972; KLEMENČIČ 1991; DELA 7 1990). Mit der Unabhängigkeit Sloweniens und der Etablierung der neuen Grenze zu Kroatien wurden neue Dimensionen und Themen in die traditionelle Grenzraumforschung eingeführt. Die traditionellen Grenzraumuntersuchungen zu Italien und Österreich erfuhren einen neuen Schub vor dem Hintergrund der veränderten (geo-)politischen Rahmenbedingungen in Slowenien nach 1991, die ebenfalls Gegenstand zahlreicher Untersuchungen waren. So sind in diesem Zusammenhang vor allem die Geographen MILAN BUFON (u.a. 1993, 1994, 1998a-c, 1999, 2000, 2001a-c, 2003), ANTON GOSAR (1993, 1996a, 2001) sowie der Kroate MLADEN KLEMENČIČ (1993, 1995, 2000) zu nennen. Neu waren jedoch Untersuchungen über Auswirkungen von Grenzen unter sozioökonomischen (KLEMENČIČ 1993), gesellschaftsgeographischen (OLAS & KERT 1993) oder transportgeographischen (ČERNE & PELC 1993) Gesichtspunkten. Weiterhin forschungsrelevant blieben demografische Analysen inklusive der Untersuchung von Minderheiten, wobei die neue Staatsgrenze nunmehr ein Schwerpunkt der Untersuchungen wurde (vgl. u.a. BELEC 1993; HORVAT 1993; ZUPANČIČ & REPOLUSK 1993). Als wichtigstes Novum in der slowenischen Grenzraumforschung sind jedoch die Analysen zur slowenisch-kroatischen Grenze und ihre Auswirkungen auf die Bewohner an dieser Grenze aufzuführen (vgl. u.a. PAK 1993, 2001; GOSAR & KLEMENČIČ

1994; BARBIČ 1995, 1998, 2004; KNEŽEVIČ HOČEVAR 1999; KRŽIŠNIK-BUKIČ 1999; ŠPES 2001; BREČKO-GRUBAR 2001; KREVS 2001; BUFON 2001c, 2002, 2004; PAVLAKOVICH-KOCHI & STIPERSKI 2004).

Insbesondere fällt jedoch auf, dass sowohl auf slowenischer Seite als auch vor allem auf kroatischer Seite neben dem gleichen Wirtschaftssystem, dem gemeinsamen Markt und einer stark zentralistischen Regierung, ökonomische Entscheidungen und Praktiken in der SFR Jugoslawien sehr stark durch die vorhandenen administrativen Republikgrenzen beeinflusst wurden. Diese künstliche Trennung zeigte sich ebenfalls in geographischen Veröffentlichungen bis 1991. So war beispielsweise in einem Buch zur Geographie Jugoslawiens für weiterführende Schulen, welches von den führenden Geographen ROGIĆ und ŽULČ (1972) verfasst wurde, der Nordwesten Kroatiens durch die Grenze klar von Slowenien abgegrenzt. Eine der wenigen Referenzen zur hypothetischen Einflusszone von Zagreb, die die kroatisch-slowenische Grenze überschreitet, findet sich bei ŽULJIĆ (1965) und bei JELEN (1970). Obwohl der Einfluss von jenseits der slowenischen Grenze offensichtlich war, wurde dieser selten oder nie explizit erwähnt. Dies zeigte sich in den 1980er Jahren als dominante Praxis in Veröffentlichungen kroatischer Geographen. So untersuchte VREŠK (1984a) die täglichen Pendlerströme Richtung Zagreb, und obwohl vermutlich eine große Anzahl aus Slowenien pendelten, so endet seine Karte abrupt an der kroatisch-slowenischen Grenze. Die gleiche Praxis verwandte er bei der Darstellung der Metropolitanregion Zagreb (1984b). Ähnlich suggerierten die Raummuster des ÖPNV-Systems in der Region Zagreb, untersucht von SIĆ (1984), das Vorhandensein einer Grenze. 1982 beklagt sich ROGIĆ, dass niemand von der Pionierarbeit des slowenischen Geographen ANTON MELIK inspiriert wurde, der als erster Jugoslawien als geographische Einheit ohne interne Grenzen betrachtete.

## **2.2.7 Die Einbettung von Grenzen in ein hierarchisches System**

Traditionell war die Grenzforschung in der Politischen Geographie mit der Untersuchung internationaler Grenzen, sprich den Linien, die Staatsterritorien trennen, verbunden. Die Erforschung administrativer und Gemeindegrenzen wurde generell als ein separates Forschungsfeld angesehen, vor allem vor dem Hintergrund, weil diese Linien die räumliche Ausdehnung von Souveränität nicht begrenzen. Diese Grenzen sogenannten „geringeren Status“ beinhalten keinerlei Restriktionen hinsichtlich der Bewegungsfreiheit von Menschen oder Gütern. Des Weiteren sind sie kaum wahrnehm- und sichtbar und die meisten Menschen sind sich nicht bewusst, dass sie vielleicht täglich beispielsweise Gemeindegrenzen überschreiten. Diesem traditionellen Forschungsansatz steht jedoch die Erkenntnis gegenüber, dass bei der Untersuchung von Grenzen unterschiedlicher Hierarchieebenen der Demarkationsprozesse und die sozialen Folgen zwar variieren können, aber inhärente Gemeinsamkeiten der Abgrenzung anzuerkennen sind (vgl. NEWMAN 2003).

### **2.2.7.1 Grenzen auf regionaler Ebene**

Als zentrales Moment der Grenzraumforschung sind regionale Abgrenzungen innerhalb eines Nationalstaates anzusehen, da ihre Existenz und genaue Lokalisation oftmals schwierig darzustellen bzw. zu vermitteln ist. Hier muss klar zwischen juristischen und territorialen Grenzen unterschieden werden. Gerade in der föderal strukturierten Bundesrepublik bilden Bundeslandgrenzen, die mit der europäischen NUTS-3-Klassifikation korrespondieren, in Teilbereichen ein enormes Hindernis. Sie haben keinerlei Barrierewirkung in Punkto Bewegungsfreiheit von Menschen und Gütern. Problematisch wird die Situation jedoch hinsichtlich der länderübergreifenden Anerkennung beispielsweise von Schulabschlüssen oder Ausbildungsgängen. Die Diskussion über ein deutliches Nord-Süd-Bildungsgefälle in Deutschland ist nicht zuletzt seit der Pisastudie ein Thema. Die Auswirkungen bekommen all diejenigen zu spüren, die mit einem beispielsweise nordrhein-westfälischem Schulabschluss versuchen an einer bayrischen Universität zu stu-

dieren. Uneinheitliche landeseigene Regelungen stehen einer bundesweiten Komparabilität oftmals diametral entgegen und schaffen substaatliche Grenzen.

Als Beispiel für juristische Grenzen sind hier Grenzen von Regierungsbezirken, Landschaftsverbänden, Verkehrsverbänden o.ä. zu nennen. Ein diffizileres Beispiel ist in NRW die Debatte über ein verwaltungsrechtlich geeintes Ruhrgebiet, dessen Einheit vor der gemeinsamen Historie der Stahl- und Kohleindustrie begründet und in einer einheitlichen Siedlungsstruktur visuell manifestiert ist. Bislang teilen sich drei Regierungsbezirke die Verwaltung des Ruhrgebietes, was zu schwer nachvollziehbaren Situationen führt, dass die Nachbarstädte Essen und Bochum zum einen zum Zuständigkeitsbereich von Düsseldorf und zum anderen von Arnsberg gehören, ohne jedoch in der Siedlungsstruktur eine Stadtgrenze erkennen zu lassen. Doch neben den Befindlichkeiten der Regierungsbezirke und Stadtverwaltungen an Planungshoheiten festzuhalten, stellt sich die pragmatische Frage nach der räumlichen Ausdehnung des Ruhrgebietes. Es gibt keine definierten Grenzen, die in der Diskussion um Eigenständigkeit herangezogen werden könnten. In der Regel werden die Grenzen des Regionalverbandes Ruhrgebiet (RVR), dem ehemaligen Kommunalverband (KVR), als verbindlich angesehen. Dennoch können auch besondere geographisch Lagen im Rahmen wirtschafts- und ordnungspolitischer Diskussionen über das Ruhrgebiet zur Wahrung gesonderter Interessen instrumentalisiert werden. Niemand käme auf die Idee Duisburg oder Dortmund nicht zum Ruhrgebiet zählen zu wollen. Doch fragt man linksrheinische Duisburger, so sieht sich die Mehrheit eher dem Niederrhein zugehörig. Auch der Duisburger Oberbürgermeister sieht sich eher mit der Rheinschiene verbunden und strebt eine engere Zusammenarbeit mit Düsseldorf an. Ähnliche differierende Ansichten gelten für die ländlicheren Gegenden im östlichen Dortmund, in denen ein stärkerer Bezug zu Ostwestfalen gesehen wird.

### 2.2.7.2 Grenzen auf nationaler Ebene

Viele interne als auch externe Faktoren ließen seit Ende des 20. Jh. die Grenzen von Nationalstaaten zunehmend erodieren. Die Wurzeln dieser Grenzen liegen in den westeuropäischen Spezifitäten im 19. Jh., die die Bildung einer einzelnen, homogenen Nation, vereinigt durch eine gemeinsame Sprache und Kultur, einer ausgeprägten Ökonomie als auch eines spezifischen Rechtssystems innerhalb genau festgelegter, gesicherter Grenzen, bedingte. Dieses System ist in der heutigen multi-ethnischen und -kulturellen Welt mit z.T. extremen ökonomischen Differenzen so nicht mehr lebensfähig. In vielen Fällen sind nationale und ethnische Identität nicht gleichzusetzen. KOLOSOV und O'LOUGHLIN (1998: 264) schlagen vor diesem Hintergrund die Verwendung des Begriffs „politische Identität“ vor, der ihrer Ansicht nach die Realitäten in vielen Staaten besser charakterisiert. In Staaten, wie der Sowjetunion, Jugoslawien, der Tschechoslowakei oder auch Belgien und Spanien erwies sich die nationale Identität gegenüber der politischen jedoch als stärker und sprengte teilweise das Staatsgefüge mit Separation und der Bildung eines eigenen Staates. In Belgien und Spanien hingegen wird versucht mit Hilfe von Zugeständnissen hinsichtlich regionaler Sprachen und einer gewissen Autonomie, das Staatsgefüge aufrecht zu erhalten. Es ist festzustellen, dass die zunehmende Stärkung supranationaler Organisationen in Brüssel und die gleichzeitige Herausbildung eines sogenannten „Europa der Regionen“, wo alte ethnische und regionale Identitäten in eine Politik der Dezentralisation und Regionalisierung eingebunden werden kann, nationale Grenzen in Relation zu „supranationalen“ oder regionalen schwächen bzw. die Natur des Systems der Grenzen verändern. Es wird hier mehr als deutlich, dass sich Grenzen im Fluss befinden.

Letztlich ist allen Grenzen die „Selektivität der räumlichen Wahrnehmung“ (REUBER 1999: 30) als entscheidende Rolle im z.T. machtpolitischen Umgang mit Grenzen, gemeinsam. Räumliche Strukturen sind nicht sicher und nicht objektiv. Für jeden Menschen stellt sich die Welt und vor allem der Raum, in dem er lebt, anders dar. In Abhängigkeit von Kategorien wie Veranlagung, Biographie, Sozialisation, soziale Rolle etc. entscheidet sich, was „verschiedene Akteure von ihrer

Umwelt bereit sind wahrzunehmen oder was sie nicht sehen [wollen]“ (REUBER 1999: 30). Dies bildet die Grundlage raumbezogenen Handelns und beinhaltet eine sehr viel differenziertere Einschätzung und Bewertung räumlicher Strukturen als subjektive Mental Maps manchmal suggerieren. Es ist somit für die Untersuchung raumbezogener Prozesse unabdingbar, den traditionellen Blick auf den objektiven Raum anzupassen und auf den „gelebten Raum‘ (...), der im Gegensatz zum ‚mathematischen Raum‘ eine subjektive und situative Ausdehnung (...) und eine sinnhafte Bedeutung hat, subjektiv bewertet und erst durch die untrennbare Einheit mit den dort handelnden Menschen sozial wirksam wird“ (BOLLNOW 1963, zit. nach DANGSCHAT 1996: 105), zu richten.

### **2.2.8 „Grenzenlose Welt“ – Bloße Rhetorik oder das Verschwinden von Grenzen in einer globalisierten Welt?**

Es gibt nicht wenige Forscher, die einen steten Bedeutungsverlust der Nationalstaaten und Grenzen konstatieren und ihr Verschwinden in einer zukünftigen ökonomisch globalisierten<sup>31</sup> Welt erwarten (vgl. u.a. KEATING & O’LOUGHLIN 1997). Eine andere Gruppe sieht den Nationalstaat als sogenannten „Power-Container“<sup>32</sup> (vgl. u.a. GIDDENS 1981; Agnew & CORBRIDGE 1995; TAYLOR 1993; WOLKERSDORFER 2001), dem exklusiven Träger legitimer politischer Herrschaft innerhalb eines definierten Territoriums in einer „quasi anarchischen“ Umwelt. Der Fokus liegt in der integralen, absoluten Rolle von Territorialität eingebunden in Staatsgrenzen (SACK 1986). Wohingegen eine dritte Forschergruppe den Staat als Realisation eines Menschenrechtes sieht, die Selbstbestimmung von ethnisch-politischen Gemeinschaften (vgl. u.a. KAISER 1998). Diese Gruppe sieht die Morphologie und Funktion von Staatsgrenzen in Abhängigkeit von den ethnischen und politischen Identitäten der Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze.

---

<sup>31</sup>Globalisation ist hier zu verstehen als die Internationalisierung von Produktion, Finanzmärkten und Staatsfunktionen, die Veränderung der internationalen Arbeitsteilung, Migration von ärmeren zu reicheren Ländern oder der Fortschritt in der Kommunikations- und Informationstechnologie.

<sup>32</sup>Dieser Begriff ist der soziologischen Container-Theorie der Gesellschaft entlehnt. Der Nationalstaat wird dabei unter Bezugnahme auf seine monopolisierte Autorität, Macht und physische Gewalt als ein Container für Gesellschaft, Territorium (staatliche Beherrschung des Raums) und Politik konzeptualisiert. Durch diese Betrachtungsweise werden Staat und Gesellschaft zu voneinander abgrenzbaren Einheiten (vgl. u.a. AGNEW & CORBRIDGE 1995; BECK 1997; TAYLOR 1994).



Die globale Ökonomie hängt und wird in Zukunft noch weniger von Staatsgrenzen abhängen. Der Globalisierungsprozess kreiert neue Identitäten, insbesondere in Europa, wo der ökonomische Integrationsprozess weit fortgeschritten ist und sich, im Rahmen der Europäischen Union, eine neue makroregionale Identität herausbildet. Zunehmende grenzüberschreitende Kooperationen und neue Formen von Regionalisierung führen in eine Situation, in der „entfremdete Grenzregionen“ zu „voneinander abhängigen“ werden und sich eventuell zu einer Region umformen (vgl. MARTÍNEZ 1992). Im Rahmen des Beitritts der zehn Kandidaten zur EU wurde oft von Entgrenzung sowie von einem Bedeutungsverlust der Grenzen gesprochen. Entgrenzung verweist dabei auf die „offenen Grenzen“ zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, auf ihre Defunktionalisierung durch die Abschaffung von Zoll- und Passkontrollen und die damit einhergehende „Bewegungsfreiheit“ für EU-Bürger. Dabei wird allerdings oft vernachlässigt, dass Grenzen in den Köpfen der Menschen als imaginäre Grenzen weiter bestehen bleiben. Ein gutes Beispiel stellt in diesem Zusammenhang die „Mauer in den Köpfen“ nach der deutschen Wiedervereinigung dar. Auch jetzt sind die EU-Binnengrenzen lange nicht für alle Menschen offen, sondern nur für EU-Bürger. Das Europa ohne Grenzen ist in Verbindung mit dem Schengener Abkommen und der europäischen Asylpolitik für viele auch eine „Festung Europa“, deren Außengrenzen intensiv kontrolliert werden. Die Öffnung von Grenzen innerhalb der EU hat zudem immer auch die Schließung von Grenzen mit sich gebracht. Es ist bei jeder Erweiterungsrunde der EU eine Verschiebung der Außengrenzen zu konstatieren, die neue Barrieren entstehen lässt. Des weiteren lässt die Entstehung neuer Staaten und somit auch Grenzen in den letzten fünfzehn Jahren, als auch die Identifikation und Verbundenheit einer überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung mit einer Nation sowie der Kampf vieler Ethnien um einen eigenen Staat, an die endgültige Auflösung von Grenzen schwerlich glauben (vgl. PAASI 2001).

Zusammenfassend lässt sich die Frage, ob sich Staatsgrenzen wirklich auflösen nur mit einem klaren Nein beantworten. Die sogenannte „grenzenlose Welt“ ist begrenzt auf Staaten mit gleichen Charakteristika (z.B. christlich-orthodoxe

westlich orientierte Welt vs. muslimischen Kulturkreis). Die Diskussion in Europa um den Beitritt der Türkei zur EU ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Ebenso sorgt der Themenkomplex über die Frage, wo „Osteuropa“ beginnt und „Mitteleuropa“ endet (vgl. Kap. 2.3) für eine Spaltung der Staaten des ehemals kommunistischen Mittelosteuropas<sup>33</sup>. Schließlich wird es Grenzen immer geben. Ohne Grenzen kann man nicht von Identitäten sprechen. Identitäten implizieren notwendigerweise Grenzen. Es wird immer ein „WIR“ und ein „NICHT WIR“ geben. Dabei sind Grenzen weder grundsätzlich böse oder schlecht, noch überflüssig oder ausschließlich lästiges Übel. Vielmehr stellen sie eine Notwendigkeit menschlicher Existenz dar. Sie werden gebraucht, um sich definieren und agieren zu können, und letztlich auch, um sie wieder in Frage zu stellen, neu zu definieren und zu überschreiten. Schließlich sind Grenzen auch Berührungspunkte: Sie laden zur Überschreitung und zur Kontaktaufnahme ein.

### **Exkurs: Grenzenloser virtueller Raum?**

Das Internet ist aus unserer heutigen vernetzten Welt nicht mehr weg zu denken. Dabei liegen die Anfänge des Internet schon in den 60er Jahren des vorherigen Jahrhunderts. Am 29. Oktober 1969 gelang es zum ersten Mal, eine Nachricht zwischen zwei meilenweit voneinander entfernten Rechnern zu übertragen. Die Meldung hatte fünf Buchstaben und lautete „Hello“. Das Problem bestand jedoch darin, dass noch keine einheitliche „Sprache“ entwickelt war, die das Kommunizieren in der heutigen Form gestattete. Den Durchbruch erlangte das Internet erst mit der Entwicklung des World Wide Web (www). Für den weltweiten Informationsverbund fiel am 30. April 1993 der offizielle Startschuss. Vorher konnten Internet-User über das Netz nur E-Mails austauschen und Daten kopieren ([www.wdr.de/themen/computer/internet/webwird10/index.jhtml](http://www.wdr.de/themen/computer/internet/webwird10/index.jhtml) 03.01.2003).

Mit Hilfe des Internet spielt Lokalität keine Rolle mehr, so die gängige Meinung. Geographische Grenzen werden virtuell überschritten, geographischer

---

<sup>33</sup>Über die Zugehörigkeit zu Mitteleuropa und die daraus folgende Abgrenzung von Osteuropa vergleiche u.a. die innenpolitische Debatte in der Ukraine (KOLOSSOV & O'LOUGHLIN 1998: 267ff.) bzw. Kapitel 2.3.1.

Raumbezug ist de facto bedeutungslos und der weltweite Zugriff auf Daten ist möglich. Es dient als Instrument zur Vernetzung der Welt. FLORIAN RÖTZER formuliert es 2003 überspitzt, aber durchaus treffend, wenn er sagt: „Es ist spannend, wenn man daran denkt, dass der kleinste Raum jetzt zu einem Gateway in die riesige virtuelle Welt werden kann“ ([www.telepolis.de/deutsch/inhalte/te/14747/1.html](http://www.telepolis.de/deutsch/inhalte/te/14747/1.html) 14.02.2003). Somit leben wir im grenzenlosen virtuellen Raum. Vor dem Bildschirm sind alle User nicht nur gleich, sie leben auch alle, so die gängige Vorstellung, gleichweit voneinander entfernt, nämlich einen Mausklick weit. Unter der Perspektive des Klickens, Linkens und Verbindens spielen Entfernungen und Standorte, Lokalitäten und kulturelle Besonderheiten keine Rolle mehr. Die Realität sieht jedoch anders aus. Die virtuelle Welt des Internet hat eine stärkere Trennwirkung als die meisten politischen Grenzen auf der Welt. So beginnt das Trennende schon bei Homepages, die durch Code-Worte, besondere Zugangsberechtigungen oder nur gegen Bezahlung usw. zugänglich sind. Dieser Abgrenzung des einzelnen steht die Abgrenzung ganzer Gesellschaften gegenüber, die in einer zunehmenden Entkoppelung zwischen User und Nicht-User zu konstatieren ist, die z.T. politisch motiviert ist. So berichtet „Reporter ohne Grenzen“, dass Länder wie Kuba, Myanmar und Nordkorea nur wenigen Menschen überhaupt einen Zugang zum Internet gewähren. Anderswo gilt das Internet als wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und ist weit verbreitet. Daher entwickeln zum Beispiel China und Vietnam immer ausgefeiltere Methoden, um unliebsame Informationen aus dem Netz zu filtern. Die Regierungen in Saudi-Arabien, im Iran, in Tunesien und in Turkmenistan blockieren ebenfalls den Zugang zu vielen Internetseiten, darunter zu unabhängigen Zeitschriften, zu Seiten über Menschenrechte, über verbotene Religionen oder mit pornografischem Inhalt (vgl. [www.reporter-ohne-grenzen.de/publikationen/internet-bericht.html](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/publikationen/internet-bericht.html) 13.11.2006.). Eine dritte Ebene des Trennenden lässt sich als digitaler Graben bezeichnen. Er trennt die Bevölkerung in zwei ungleiche Teile: in den Teil, der online ist und den Teil, der über keinen Zugang verfügt. Der typische Internet-User ist zwischen 15 und 50 Jahre alt – die Altersgrenze verschiebt sich jedoch zunehmend nach oben –, lebt in einem entwickelten Land und besitzt die technischen Voraussetzungen für den

Zugang. Der Rest der Bevölkerung bleibt draußen vor. Schlussendlich ist die Frage nach dem grenzenlosen virtuellen Raum eindeutig zu beantworten, denn die zunehmende Raumvergessenheit zeigt deutlich, dass es blauäugig und theoretisch fahrlässig wäre, „die Evolution globaler Netzwerke, die Durchlässigkeit von Systemgrenzen und die Emergenz von Weltgesellschaft mit dem Bedeutungswund von Räumen, Geographien und kulturellen Grenzen gleichzusetzen“ (MARESCH 2005: 6f.).

### **2.2.9 „Grenzregionen“ – Eine (neue) Perspektive der Grenzraumforschung**

Traditionell wurden Grenzregionen als Defizit-Gebiete (vgl. GROSS & SCHMITTEGNER 1994) identifiziert. In der regionalpolitischen Strukturdebatte wurden strukturelle Defizite von Grenzregionen auf das fehlende Hinterland, die eingeschränkte Möglichkeit der Akquisition von Arbeitskräften, den mangelnden Zugang zu Rohstoffen, die monostrukturelle Besiedlung und durch eine unzureichende Infrastruktur zurückgeführt (vgl. WITTENBROCK 1993); die asymmetrische regionale Entwicklung verfestigte zudem die periphere Lage der Grenzregionen im Vergleich zur gesamtstaatlichen Entwicklung. Die zögerliche Industrieansiedlung wurde als Indiz für die politischen und militärischen Vorbehalte der staatlichen Zentren gegenüber den Grenzregionen interpretiert. Grenzregionen galten als Problemzonen und politische Stiefkinder nationalstaatlicher Prioritäten. Bezogen auf die internationalen Beziehungen wurden Grenzregionen vor allem mit gewaltsamen Konflikten in Verbindung gebracht: „Distance from the center of the power and the vast circumference of the realm make the peripheries increasingly difficult to integrate economically and politically and to defend against hostile outsiders“ (BROWN 1992: 22). Die Existenz von Grenzregionen und Grenzbewohnern wurde – wie ein Zitat aus dem frühen 20. Jh. zeigt – als ein den Staat bedrohendes nationales Souveränitäts- und Sicherheitsproblem wahrgenommen: „Frontiers are, indeed, the razor’s edge on which hangs suspended the modern issues of peace, war, or life and death of nations“ (LORD CURZON 1907, zit. nach ASIWAJU 1990: 19). Die Bedrohung der staatlichen Ordnung, so wurde interpretiert, resultiere aus Mangel an vaterländischer Treue und Loyalität, die aus dem Gefühl der perma-

nenten Missachtung geboren sei: „The patriotic loyalty of borderlands can never be taken for granted“ (FRIEDMAN 1996: 4). Aus diesen Überlegungen wurde die These abgeleitet, dass der innere Zusammenhalt und die Solidarität von Grenzbewohnern stärker ausgeprägt sei als dies für die Bindung der Grenzräume an ihre jeweiligen Zentren der Fall sei.

Dieses traditionelle Verständnis von der Bedeutung der Grenzregionen und ihrer Bewohner hat sich deutlich verändert. Eine große Anzahl von neueren Untersuchungen arbeitet inzwischen das verbindende Element von Grenzregionen und subnationalen Kontakten heraus: „In an era of international peace and cooperation, the issues of significance in a borderland are no longer drawn on national lines but more on local and regional interest across the boundary“ (MINGHI 1991: 28). Damit treten lokale und regionale Akteure sowie Politikfelder als integrative Momente der transnationalen Beziehungen verstärkt in den Mittelpunkt der Diskussion. Diese Entwicklung wird durch zahlreiche Studien der EU gefördert und begleitet, die sich mit administrativen Verfahrensregeln und Abläufen in den Grenzregionen selbst beschäftigen. Die zunehmende Bedeutung der Grenzregionen in der Außenwahrnehmung korrespondiert mit dem wachsenden Selbstbewusstsein der Bewohner, ihre Ziele und Interessen selbstbestimmt wahrzunehmen. Innerhalb der EU bezeichnen sich Grenzregionen selbst inzwischen als wirtschaftliche Ballungszentren (vgl. BRINER 1986).

Dabei hat die Beschränkung auf regionale Fragestellungen zur Folge, dass häufig nach wie vor existierende Abhängigkeitsverhältnisse ausgeklammert oder sogar ignoriert werden. Die aus der Globalisierung resultierenden staatlichen Steuerungsverluste führten zu einer politischen Stärkung der Regionen: Economic changes „are providing regions with the means to redefine international relations in their own best interest“ (JOENNIEMI 1996: 53). Als eigenständige Akteure innerhalb der internationalen Beziehungen seien sie langfristig in der Lage, Politikentscheidungen, die sich gegen ihre Eigeninteressen richten, zu verhindern (vgl. MINGHI 1991). Vor diesem Hintergrund ist das Postulat eines „Europas der Regionen“ ebenfalls als Stärkung der Handlungsfähigkeit u.a. der Grenzregionen bei

gleichzeitiger Schwächung der Nationalstaaten zu verstehen. Dieses Postulat bringt jedoch Konfliktpotenzial zwischen Zentrum und Peripherie mit sich – trotz einer quantitativen und qualitativen Zunahme dezentraler grenzüberschreitender Kooperationen: „A common phenomenon in cross-border negotiations is that the main dispute is not across the national border but between the different governments on one side of the border“ (BLATTER 1997: 162). Es werden die bestehenden Abhängigkeiten lokaler und regionaler Akteure von nationalstaatlichen Entscheidungen und den einschränkenden Funktionen von Staatsgrenzen vernachlässigt: „None of the above developments has reduced the significance of sovereign statehood as the fundamental way in which the world is politically organized“ (JACKSON & JAMES 1993: 6). Politisch-administrative Hierarchien gelten weiterhin als Haupthindernis für die Formalisierung grenzüberschreitender Kooperation: „The major obstacle for establishing cross-border relations is in fact due to the traditional rules of state sovereignty embodied in international law principles, which considerably impede direct cooperation between regional and/or local authorities on either side of the border“ (ERCMANN 1987: 23).

Unter typologischen Gesichtspunkten lassen sich Grenzregionen in Europa in drei Gruppen untergliedern: westeuropäische, mitteleuropäische und osteuropäische. Zur ersten Gruppe der westeuropäischen Grenzregionen gehören die sogenannten „alten“ Grenzen in Westeuropa, bei denen schon in den 60er und 70er Jahren des 20. Jh. relative grenzüberschreitende Kooperationen zu konstatieren waren. Auch erste grenzüberschreitenden Regionen haben sich auf institutioneller Ebene herausgebildet. BUFON (1998: 15) bezeichnet diese Grenzregionen als „regija regij“, „Region der Regionen“. Zur zweiten Gruppe gehören die mitteleuropäischen Grenzregionen, die im letzten Jahrhundert dadurch gekennzeichnet waren, dass auf Grund von zwei Weltkriegen historisch homogene Regionen in mehrere politische Einheiten unterteilt wurden. Diese Regionen nennt BUFON „regije v regijah“, „Regionen in den Regionen“. Die Gruppe der osteuropäischen Grenzregionen sind gekennzeichnet durch einen geringeren Entwicklungsgrad, der u.a. auf die Isolierung innerhalb der kommunistischen Regime nach dem Zweiten Welt-

krieg zurückzuführen ist und „regije v rekonstrukciji“, „Regionen im Aufbau“ genannt werden können.

Neben der Typologisierung der Grenzregionen in Europa identifiziert BUFON (1998: 10f.) in der Forschung über europäische Grenzregionen das Etablieren dreier parallel verlaufender, aber sich gleichzeitig auch gegenseitig bedingender Bereiche:

- ◆ Eine kritische Bewertung der Quellen und Literatur über das „Grenzphänomen“ und eine Untersuchung der Verhältnisse zwischen politischen Grenzen und administrativen, ethno-kulturellen sowie anderen physischen Trennlinien, zusammen mit Forschungen über Konsequenzen jeglicher Grenzveränderungen im Rahmen der ökonomischen, sozialen und kulturellen Struktur der Grenzregion und ihrer grenzüberschreitende Beziehung;
- ◆ Eine regionale Analyse ausgewählter sozioökonomischer und räumlicher Elemente und ihre Veränderungen sowie Auswirkungen auf die politische Grenze als auch eine Einschätzung des Grades der Integration oder der strukturellen Unterschiede auf beiden Seiten der Grenze;
- ◆ Eine Analyse der lokalen grenzüberschreitenden Beziehungen, ihrer Intensität, Struktur und ihrer räumlichen Ausdehnung sowie die Auswertung der Grenzlage der Bevölkerung als auch eine Einschätzung des erzielten Grades der sozialen und kulturellen Integration in der Grenzregion.

### **2.2.10 Zusammenfassung und Fazit**

Die Grenzraumforschung als Teil der Politischen Geographie beschäftigt sich von jeher mit Grenzen, Grenzregimen und Grenzregionen, wobei diese Disziplin ihre unrühmlichste Phase in ihrer Verquickung mit der „Blut-und-Boden-Ideologie“ von Nazideutschland hatte. Die anschließende Abkehr von der Instrumentalisierung der Grenzraumforschung ebnete den Weg für Untersuchungen über Implikationen von Grenzen auf Grenzräume und Grenzregionen. Mit der politischen Wende 1989/90 erfolgte auch in der Grenz-

raumforschung eine Wende: Es entstanden neue Grenzen im Zuge sich neu etablierender Staaten in Mittel- und Südosteuropa. Grenzen erhielten neue Funktionen und somit die Grenzraumforschung neue Aufgaben und Forschungsgebiete, wobei für die Geographie insbesondere die Bildung bzw. Herausbildung grenzüberschreitender Regionen und die Veränderungen der Raumstrukturen in den Mittelpunkt rückten. Zeitlich parallel erfuhr auch die slowenische Grenzraumforschung eine Wende, die sich u.a. in der erstmaligen Beschäftigung mit der als Staatsgrenze neuetablierten slowenisch-kroatischen Grenze widerspiegelte. Es kann festgehalten werden, dass Grenzen – entgegen der Meinung, sie würden vor allem im Zuge der europäischen Integration zusehends obsolet und verschwinden – ihre notwendige Daseinsberechtigung als Identifikations- und Bezugseinheit behalten. Schließlich beeinflussen Grenzen weiterhin das Leben der Menschen.

### **2.3 Mitteleuropa, Südosteuropa, der Balkan - Eine diffuse Begriffswahl**

„Für die Serben beginnt er [*Anm. des Autors: der Balkan*] da unten, im Kosovo oder in Bosnien, und sie verteidigen die christliche Zivilisation gegen diesen Anderen Europas; für die Kroaten beginnt er im orthodoxen, despotischen und byzantinischen Serbien, gegen das Kroatien seine Werte verteidigt; für Slowenen beginnt er in Kroatien, und wir, die Slowenen, sind der letzte Außenposten eines friedlichen Mitteleuropas; für manche Italiener und Österreicher fängt er in Slowenien an, wo die Herrschaft der slawischen Horden beginnt; für manche Deutschen ist es gar Österreich, das schon von der balkanischen Korruption und Unfähigkeit bestimmt wird; für manche Norddeutschen ist auch das katholisch-bäuerliche Bayern nicht frei von balkanischem Flair, manch arrogante Franzosen assoziieren mit Deutschland eine östliche balkanische Wildheit, und alles reicht bis hin zum Extremfall einiger konservativer, gegen die Europäische Union eingestellter Engländer, für die es gleich ganz Kontinentaleuropa ist, das heute eine Art balkanisch-türkisches Großreich darstellt“ (ZIZEK 1999, zit. nach BECK-GERNSHAIM 1999: 30).



Dieses Zitat macht eines deutlich: Der Balkan ist ein Begriff, der je nach geographischer Distanz und Zielsetzung eine höchst differente Region beschreibt und umfasst. Ähnlich diffus werden die Begriffe Mitteleuropa oder Südosteuropa benutzt. Im folgenden werden für die vorliegende Untersuchung, unter Berücksichtigung der verschiedenen Definitions- und Diskussionsansätze, klare begriffliche Abgrenzungen entwickelt.

### 2.3.1 Mitteleuropa

Die Begriffe Mittel- und Zentraleuropa werden in dieser Untersuchung gleichgesetzt. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass der Begriff Zentraleuropa im Deutschen hauptsächlich aufgrund der Übersetzung des im anglophonen Sprachraum benutzten Wortes „Central Europe“, genutzt wird. Dabei ist es grundsätzlich schwierig eine allgemein akzeptierte Untergliederung des europäischen Kontinents vorzunehmen. Denn welche Teile Europas gehören genau dazu, wenn von Ost- und Westeuropa, von Süd- und Nordeuropa oder von Zentral- und Mitteleuropa gesprochen wird? Und welche Länder subsumieren sich unter dem Begriff Ostmitteleuropa<sup>34</sup> und Südosteuropa? In der zweiten Hälfte des 20. Jh. spielten die oben aufgeführten begrifflichen Ausdifferenzierungen noch keine Rolle. Da gab es nur den westlichen und den östlichen Teil Europas, die beide durch den Eisernen Vorhang getrennt waren. Erst mit dessen Wegfall wurde die genaue Verortung Mitteleuropas erneut zunehmend interessant. Eine erste lexikalische Annäherung hat zum Ergebnis, dass folgende Staaten zu Mitteleuropa gehören: Niederlande, Belgien, Luxemburg, Deutschland, Polen, Schweiz, Österreich, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Slowenien, die nördlichen Randlandschaften Italiens sowie die nordöstlichen Randgebiete Frankreichs (vgl. Karte 2). Doch schon innerhalb dieser Aufzählung wird die Einschränkung vorgenommen, dass „verschiedentlich die Niederlande, Belgien und Luxemburg nicht zu Mitteleuropa gerechnet“ (MEYERS TASCHENLEXIKON 1990: 309) werden. Es wird deutlich, dass es unterschiedliche Abgrenzungsmöglichkeiten geben muss, die zu unterschiedlichen Zugehörigkeitsgruppen führen. So ist festzuhalten, dass der Begriff Mitteleuropa

---

<sup>34</sup>Auf diese Thematik wird hier nicht weiter eingegangen. Für weitere Informationen vgl. u.a. HALECKI 1952, 1957; LEMBERG 1997, 2000, HASLINGER 1999.

grundsätzlich u.a. naturräumlich, (geo-)politisch oder kulturhistorisch definiert werden kann. Wichtig ist die Feststellung, dass die Auffassung des Begriffes Mitteleuropa auch dem geschichtlichen und politischen Wandel unterliegt. Die geopolitische Diskussion um den Mitteleuropabegriff war bis 1945 zumeist Diener politisch expansiver Vorstellungen (vgl. dazu u.a. MOMMSEN 1995), was beispielsweise in Deutschland nach 1945 zu seiner Tabuisierung führte. So verwendete ZEUNE (1808) den Begriff Mitteleuropa erstmals bei seinem Versuch, die Erde in „natürliche Länder“ zu gliedern und einen zonalen Streifen zwischen Nord- und Südeuropa als „Mitteleuropa“ bezeichnete (zit. nach LE RIDER 1994: 7). Aus der Geisteshaltung von der Mittellage Deutschlands abgeleitet – von einer Mittellage und Mittelmacht Deutschlands wird auch heute wieder gesprochen (vgl. Kap. 2.1.3), jedoch demokratisch verankert und mit differenter Zielsetzung – entwickelte sich eine deutschzentrierte Sichtweise Mitteleuropas. Erst mit der Schlacht bei Königgrätz und die daraus resultierende kleindeutsche Lösung änderte sich diese Geisteshaltung und mündete in einem verkleinerten Mitteleuropa der Länder mit „deutscher Gesittung“ nach WAGNER (1883) und KIRCHHOFF (1894). Gegenüber KIRCHHOFF, der die k.u.k.-Monarchie in zwei Hälften teilte, entwickelten Geographen des Habsburgerreiches konsequenterweise eine Mitteleuropavariante, die Österreich-Ungarn als Einheit darstellte. Dieses Mitteleuropa u.a. nach PARTSCH (1903) umfasste zusätzlich die gesamte ungarische Reichshälfte, Galizien und die Bukowina sowie die südosteuropäischen Länder Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Montenegro, Rumänien und Serbien. 1915 wurde vom Berliner Reichstagsabgeordneten NAUMANN mit seinem Buch „Mitteleuropa“ die Diskussion erneut angefacht, der in seinem Werk rein wirtschaftlich und machtpolitisch argumentierte, wobei ihm ein Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auf föderalistischer Ebene vorschwebte, dem weitere Staaten beitreten könnten (vgl. PETER & FLECK 1996). In der daraufhin einsetzenden Flut an Veröffentlichungen zeichnete sich PENCK (1915) mit seiner Idee eines „Zwischeneuropas“ aus (zit. nach RUPPERT 1996). Diesem „Zwischeneuropa“ lag eine meridionale Gliederung Europas zugrunde (Vorder-, Zwischen- und Hintereuropa). Als Ziel schwebte PENCK ein Staatenbund zwischen Skandinavien und der südost-europäischen Halbinsel vor. Eine der bedeutendsten

geographischen Abhandlungen zum Thema Mitteleuropa stammt jedoch von HASSINGER (1917). Bei seiner „europäischen Naturgebietsgliederung“ (1917: 478) orientierte er sich an physiogeographischen Phänomenen. Sein Mitteleuropa ist somit jener Raum „der inneren Linien zwischen den Meeren und zwischen dem großen Rumpf des Ostens und den Inseln und Halbinseln der Westens“ (1917: 479), der durch den bereits von PARTSCH (1905: 4) geschilderten „Dreiklang Alpen - Mittelgebirge - Tiefland“ sowie durch die „Verzahnung der Einflüsse aus Ost und West bezüglich Klima, Bodenbildung, Vegetation und Völkerverteilung“ (1917: 481) charakterisiert wurde. So war es in der Zwischenkriegszeit auch HASSINGER, der auf den Dualismus Mitteleuropas hinwies. Er unterschied erstmals zwischen dem „nordwestlichen, deutschen Mitteleuropa“ und einem „nur mehr teilweise deutschen Donau-Mitteleuropa“ (1925: 32). Neben naturräumlichen Faktoren nannte er vor allem „völkische und politische Gründe“ (1925: 32-33, 1937: 6-7), die dieser räumlichen Differenzierung zugrunde liegen. Diese nicht-deutsch orientierte Mitteleuropadiskussion lebte in den 1980er Jahren in den kommunistischen Staaten Mitteleuropas erneut auf. Neben SEBESTYEN (1990: 37), WOYCICKY (1990: 33) oder PELINKA (1990: 133) weist vor allem KUNDERA darauf hin, dass Mitteleuropa „eine unbestimmte Zone kleiner Nationen zwischen Rußland und Deutschland ist“ (1986: 141).<sup>35</sup>

Im Gegensatz zu KUNDERA werden jedoch im Allgemeinen Deutschland, die Schweiz, Liechtenstein, Österreich, die Tschechische Republik, die Slowakei sowie Ungarn und Polen zu Mitteleuropa gezählt (vgl. Karte 2, dunkle Flächen<sup>36</sup>). Slowenische Geographen (vgl. BRINTOVEC ET AL.) zählen 1994 in dem Werk „Geografija Evrope“ Slowenien<sup>37</sup> mit dazu und grenzen das Nachbarland Kroatien explizit aus. Letzten Endes bilden sich in einer geopolitischen Betrachtungsweise eine Gruppe von Staaten heraus, die den Kern Mitteleuropas – nicht zu verwechseln mit dem Begriff Kerneuropa – bilden. Vor diesem Hintergrund gehören für die

---

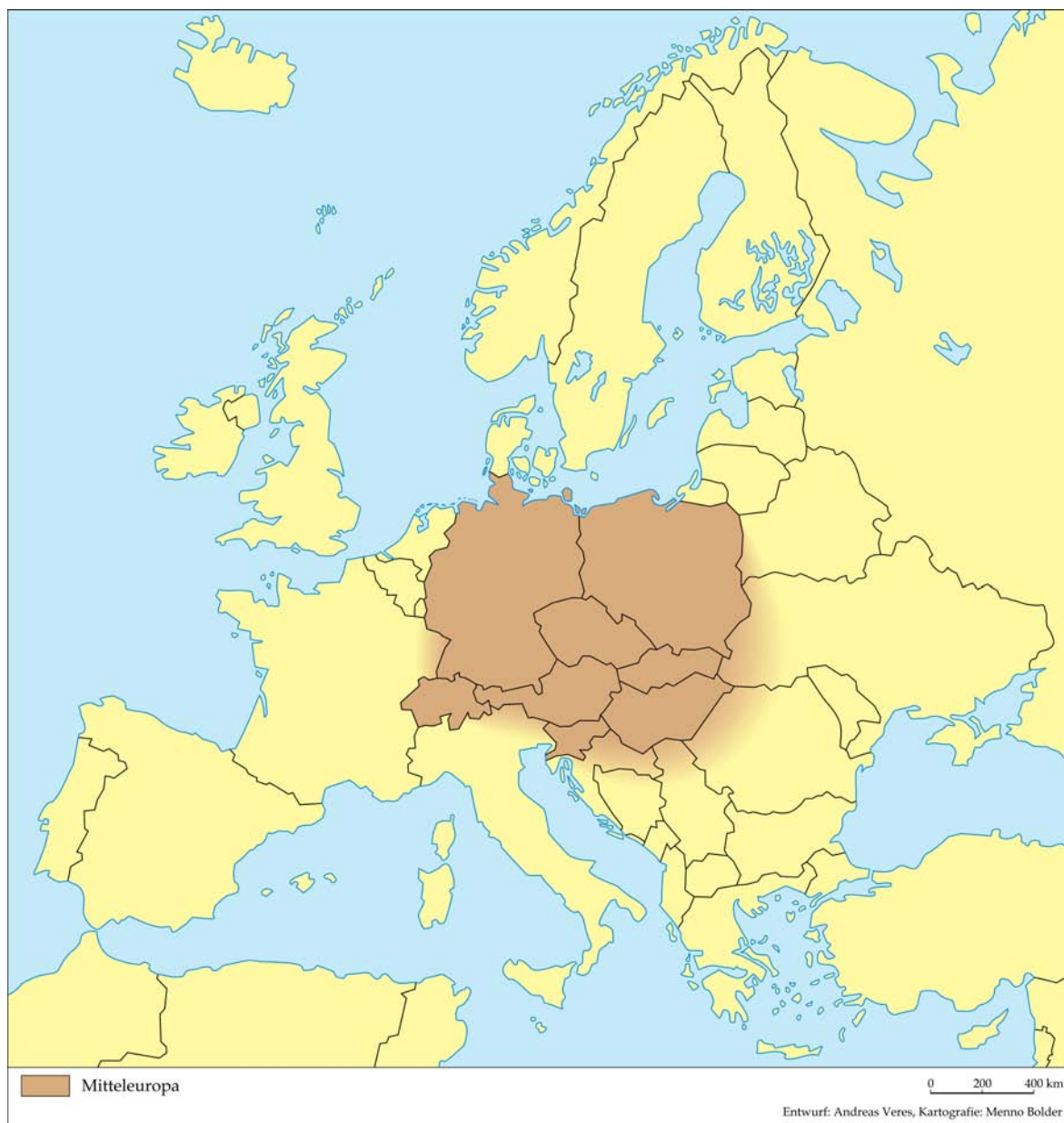
<sup>35</sup>Zur Ausgrenzung Deutschlands aus Mitteleuropa vgl. BRIX (1990: 79ff.)

<sup>36</sup>Die Länder innerhalb der hellen Flächen am östlichen Rand werden von GOSAR 2001 als „Shatter Belt“ bezeichnet.

<sup>37</sup>„Slowenien war immer Teil Mitteleuropas und sein jugoslawisches Intermezzo nachträglich gesehen wohl ein Fehler.“ (NZZ 25.07.2003)

vorliegende Arbeit somit Deutschland, die Schweiz, Liechtenstein, Österreich, Slowenien, Ungarn, die Slowakei, die Tschechische Republik und Polen zu Mitteleuropa.

Karte 2: Mitteleuropa zu Beginn des 21. Jh.



Der Begriff „Mittel- und Osteuropäische Länder (MOEL)“ hat sich im Zuge der letzten EU-Erweiterung aus der Übersetzung des englischen „Central and Eastern Europe (CEE)“ etabliert und ist ähnlich unscharf definiert wie der Begriff Mitteleuropa. Im engeren Sinne gehören zu den MOEL/CEE die Baltischen Republiken, die Visegrad-Staaten sowie Slowenien. Kroatien, Bulgarien und Rumänien

werden in der Regel ebenfalls hinzugezählt, jedoch in dieser Arbeit explizit ausklammert, um eine trennscharfe Abgrenzung zu Südosteuropa und dem Balkan zu ermöglichen.

### 2.3.2 Zur geographischen Verortung des Balkans

Nach MARIA TODOROVA (1999: 30.) sei die früheste Erwähnung des Namens Balkans, der aus osmanischer Zeit stammt und „Gebirge“ bedeutet, im 15. Jh. beim italienischen Schriftsteller PHILIPPUS CHALIMACHUS (1437-1496) zu finden. Der Name Balkan und Haemus waren bis ins 19. Jh. Bezeichnungen für ein und dasselbe Gebirge, ein Gebirge, das sich etwa 600 km lang parallel zur Donau bis fast ans Schwarze Meer erstreckt. 1808 gibt AUGUST ZEUNE (zit. nach PENKA ANGELOVA, [www.inst.at/berge/perspektiven](http://www.inst.at/berge/perspektiven) 14.07.2003) der ganzen Halbinsel in Analogie zum Apennin und zur Pyrenäenhalbinsel den Namen Balkanhalbinsel. Mit der allmählichen Etablierung des Namens Balkans macht diese Bezeichnung „Karriere“, und der harmlose geographische Begriff transformiert sich in eine „der mächtigsten weitverbreitetsten und eine grobe Beleidigung beinhaltende Bezeichnungen in den Welten der Geschichte, der internationalen Beziehungen, der Politikwissenschaft, und heute sogar im Bereich der Kultur“ (TODOROVA 1999: 30.). So meint beispielsweise das Verb „to balkanize“ im Englischen die Aufteilung einer Region in kleine antagonistische Staaten. Der Versuch, die Balkanhalbinsel geographisch zu fassen (vgl. Karte 3), endet in der Feststellung, dass folgende Staaten teilweise oder komplett auf ihr liegen: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien (alle Gebiete südlich der Save), FYROM, Montenegro, Rumänien (Norddobrudscha), Serbien und Griechenland (nur Festland). Auch der europäische Teil der Türkei (Ost-Thrakien), sowie - wenn man den Karst als Nordwestgrenze ansieht - auch Teile Sloweniens und Italiens (Provinz Triest) gehören somit geographisch zum Balkan. Doch der relativ klaren geographischen steht die diskursive politische Einteilung gegenüber. Der Begriff Balkan wird in Westeuropa oft im Hinblick auf Konnotationen wie „Konfliktträchtigkeit“, „Zersplitterung“ („Kleinstaaterei“), „Emotionalität“ und „Rückständigkeit“ abwertend gebraucht. Diese Außensicht machte sich beispielsweise Slowenien zu eigen, um sich nach seiner Unabhängig-

keit 1991 von der nach eigener Ansicht imageschädigenden Zugehörigkeit zum Balkan zu befreien. Die Distanzierung vom „Pulverfass Europas“ bedeutete für Slowenien die eigene Lokalisierung in Mitteleuropa. Dabei entstehen jedoch kuriose Worthybride, wie beispielsweise „Eurobalkan“ (vgl. Foto 1). Ebenso wie Slowenien versucht auch Kroatien seit seiner Unabhängigkeit sein Balkanimago loszuwerden und sich europäisch zu definieren.<sup>38</sup>

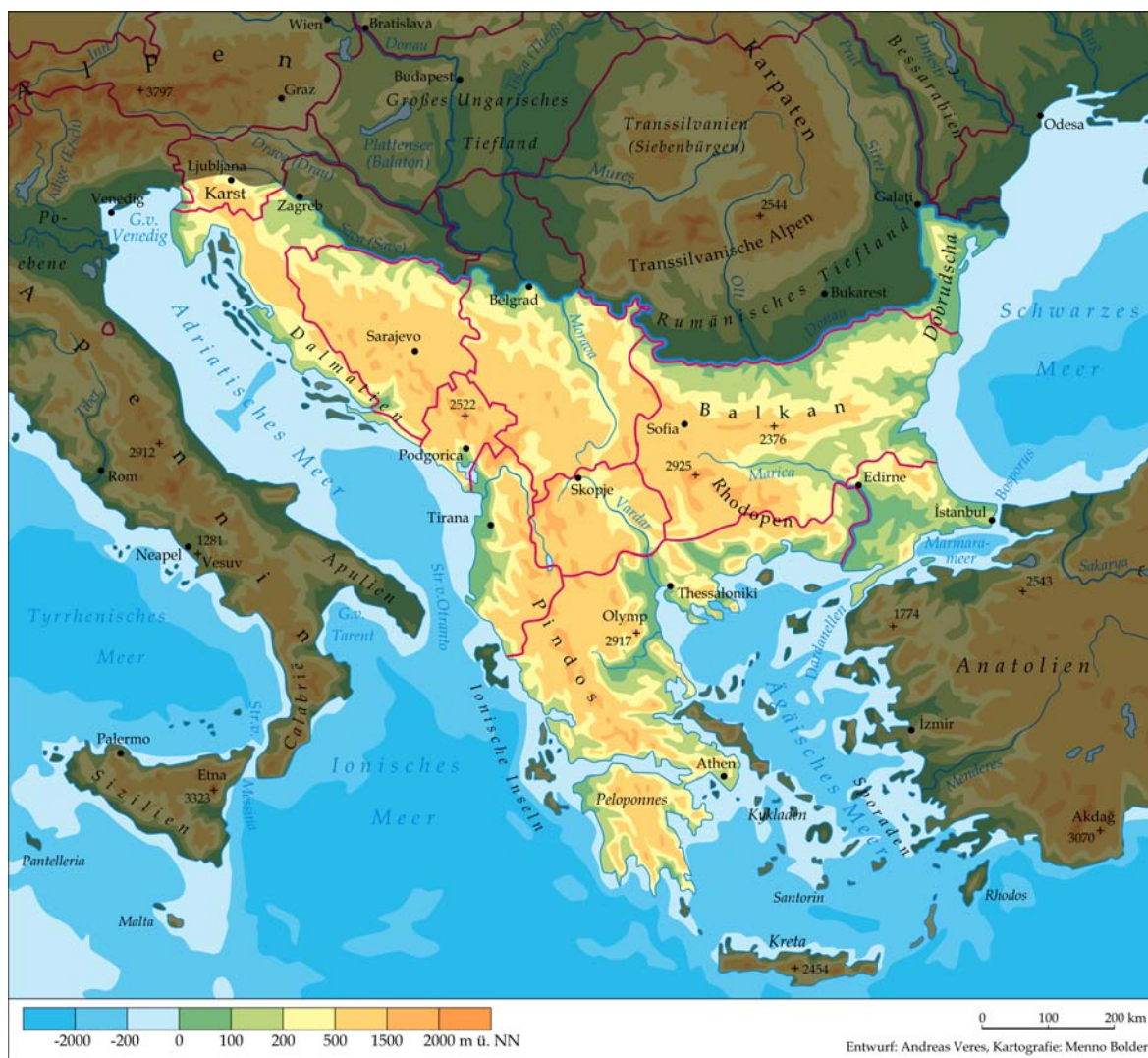
Foto 1: Der Schnellimbiss „Eurobalkan“ in Ljubljana



Quelle: Eigene Erhebung 2005.

<sup>38</sup>Die kroatische Autorin SLAVENKA DRAKULIĆ (1997: 20f.) beobachtet diesbezüglich trefflich: „Als Kroatien 1991 die Unabhängigkeit erwarb und sich so stark wie möglich vom nichteuropäischen Teil des ehemaligen Jugoslawiens, vor allem von seinem Feind Serbien, abgrenzen wollte, erhielt das schönste Kino in Zagreb den Namen „Europa“. Vorher hieß es jahrelang „Balkan“. Plötzlich sah man in dem alten Namen ein Symbol der Vergangenheit, des Primitiven, des Krieges, etwas Nichteuropäisches. Der neue Name ist mit positiven Werten schwer beladen. (...) Er umfasst christliche Toleranz, zivilisiertes Benehmen und bürgerliche Werte. ‚Europa‘ umfasst also, wonach die Menschen streben, nicht, was sie wirklich sind – als ob wir uns mit dem veränderten Namen eines Kinos wie durch einen Zauber vom Balkan lösen und nach ‚Europa‘ gelangen könnten, was immer das bedeuten mag.“ Europa fungiert dabei als nicht erreichtes Ziel oder wie KJOSEV es ausdrückt: „Das Ideale ist das Nicht-Hier, ein fernes Anderswo“ (KJOSEV 1999, zit. nach REDEFENNING 2002: 15).

Karte 3: Die Balkanhalbinsel unter geographischen Gesichtspunkten



Vor dem Hintergrund des belasteten Begriffs Balkan gibt es auf europäischer Ebene einige Kunstworte, die einerseits versuchen die Gemeinsamkeiten dieser Region zu fassen und andererseits die negativen Assoziationen vermeiden sollen. Einer dieser Begriffe ist „Westlicher oder Westbalkan“. Damit werden Albanien und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, jedoch ohne Slowenien, bezeichnet. Gegenüber der geographischen Klassifizierung (vgl. Karte 3) wird Slowenien außen vorgelassen. Ein weiterer Begriff ist „Balkan-4“ oder in einer um Kroatien erweiterten Variante „Balkan-5“, der sich oft in den Dokumenten der Europäischen Kommission und der Weltbank wiederfindet (vgl. LENDVAI 2005). Im Europäischen Parlament hingegen hat sich die relativ neutrale Bezeichnung „Südosteuropa“ durchgesetzt. Dieser Begriff bezieht neben den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

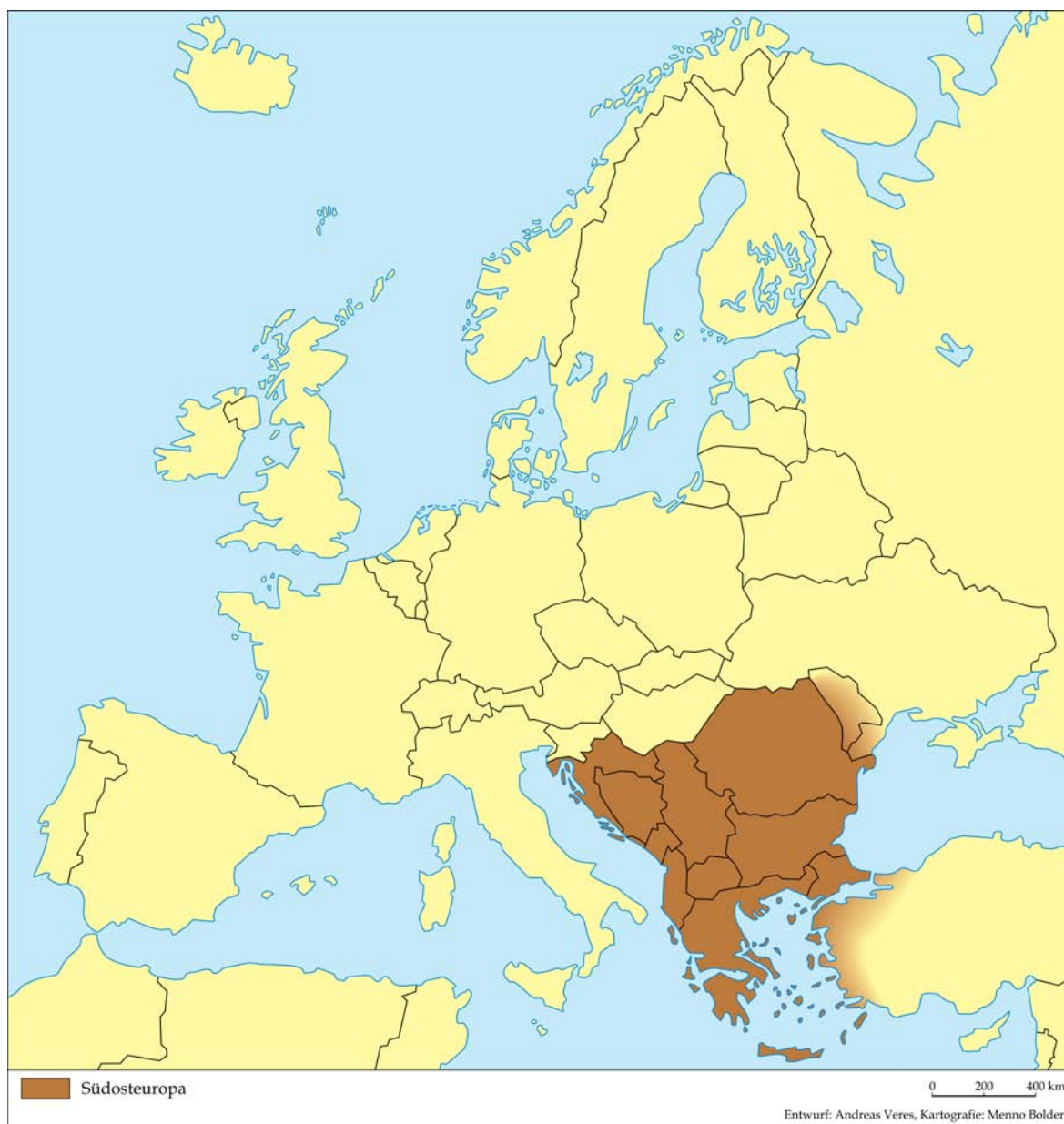
ebenso Bulgarien und Rumänien ein und bekommt durch den EU-Beitritt letzterer für die post-jugoslawischen Staaten eine positive Bedeutung (vgl. BOJKOV 2004). Im Rahmen der Arbeit wird der Begriff „Westlicher Balkan“ verwendet, der die Staaten Kroatien, Bosnien-Herzegowina, FYROM, Serbien, Montenegro und Albanien umfasst.

Deutlich wird auch in dieser diffusen Begriffswahl die zeitliche Komponente, die Zugehörigkeiten verändern lässt. So spricht MENNEL 1999 Slowenien wie selbstverständlich Südosteuropa zu, wobei er die Begriffe Südosteuropa und Balkan synonym verwendet. Damit ist er im Einklang „mit den Erdkunde-Schulbüchern, die es [Slowenien ebenfalls] an Südosteuropa verweisen“ (SCHULTZ 2004: 17) Wie oben beschrieben hat sich im Zuge der EU-Erweiterung diese Zugehörigkeit deutlich gewandelt. So zählen Slowenien und Ungarn heute zu Mittel- und nicht mehr zu Südosteuropa. Zu Südosteuropa im engeren geographischen und politischen Sinne gehören demnach Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, FYROM, Montenegro, Rumänien, Serbien und die Türkei (nur Ost-Thrakien) (vgl. Karte 4), was somit nicht dem Balkan gleichzusetzen ist.

Grundsätzlich können die Länder des Balkans als Bindeglied zwischen Mitteleuropa und Kleinasien bezeichnet werden. Ihre allmähliche Annäherung an die EU, zeigt eines ganz deutlich: Trotz aller Widrigkeiten gehört der Balkan zu Europa. Das Ziel der Balkanländer ist die europäische Integration. Sie haben keine andere Verankerungsmöglichkeit. WAGNER erläutert diese Tatsache 2003 (NZZ 25.07.2003) wie folgt: „Wenn sie sich im Mittelalter als Teil der Christenheit verstanden haben, so berufen sie sich heute auf den Mythos Europa. Auch wenn sie nur Protektorat sind, wie Kosovo. Die EU aber erscheint ihnen als das neue Imperium.“ Dabei ist für ihn der Hauptgrund, den Balkan in das europäische Modell zu integrieren, geopolitischer Natur. Seiner Ansicht nach wird dadurch „der Limes zum Bosphorus vorgeschoben und, angesichts der islamistischen Attacken auf unsere säkulare Gesellschaft, eine sinnvolle europäische Begrenzung erreicht“. Diese Aussage korrespondiert mit dem folgenden Kapitel, wo die zentrale Frage nach den Grenzen Europas im Fokus steht.



Karte 4: Südosteuropa



### 2.3.3 Die Grenzen Europas

Wo endet Europa? So einfach die Frage, so schwierig ist ihre Beantwortung. Der Frage wohnen die unterschiedlichsten Bedeutungsmuster inne, die wissenschaftlich z.T. nur schwer zu fassen sind. So fußt schon die Entstehung auf der griechischen Mythologie, nach der sich der verliebte Zeus in die phönizische Prinzessin Europa verliebte und diese in Gestalt eines Stieres<sup>39</sup> über das Meer nach Kreta entführte. Doch die Mythologie klärt höchstens die Frage nach der Entste-

<sup>39</sup>Diese alte Sage hat ihren aktuellen Bezug in der Darstellung auf der griechischen 2-Euro-Münze.

hung des Namens<sup>40</sup>, schweigt sich jedoch über eine genauere Abgrenzung Europas hingegen aus. Schenkt man den Antworten der Politiker und des politischen Feuilletons Glauben, so ist Europa geographisch eindeutig abgrenzbar und die „finalité d'europe“ ist dann erreicht, wenn all das, was Europa darstellt, vereint ist. BUSEK formuliert auf der Homepage des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa diesbezüglich: „Die Herausforderung besteht heute darin, die politische Geographie Europas der natürlichen Geographie anzugleichen.“ Doch wo liegen die geographischen Grenzen Europas? Weitgehend unstrittig ist dabei, dass der Atlantik, das Mittelmeer, die Ägäis<sup>41</sup>, der Bosphorus und die Dardanellen sowie das Schwarze Meer die geographischen Grenzen Europas bilden. Richtung Osten ist die geographische Abgrenzung jedoch völlig unklar (vgl. SCHULTZ 2004: 5f. & 10). Karte 5 zeigt eines deutlich: Europas östliche Grenze hat sich in den letzten Jahrhunderten oftmals verschoben. Letztlich hat sich die vom schwedischen Geographen STRAHLENBERG 1730 vorgeschlagene Ostgrenze weitgehend etabliert. Diese sieht den Ural als geographische Grenzlinie, obwohl geophysikalisch oder plattentektonisch gesehen Europa nichts anderes als eine asiatische Halbinsel ist. Es wird deutlich, dass auch dann, „wenn sich die Grenzen, die zur Definition benützt werden, an der Natur orientieren, sind sie immer künstlich gezogen, aus Verabredung und Kampf hervorgegangen, auf Konvention und Gewalt gegründet.“ (GAUSS 2000: 58). Oder, im Gegensatz zu den anderen Grenzen gilt die Ostgrenze Europas als „willkürlich“ (TERRA 1991: 6) bzw. „von Menschen festgelegt“ (MUR/B7 1991:8).

---

<sup>40</sup>Dabei wird dieser Mythos beispielsweise von GIRADET (2001: 105f.) per se als falsch angesehen: Er habe „nicht das Geringste [mit dem Namen des Kontinents] zu tun“.

<sup>41</sup>Die europäisch-asiatische Grenze in der Ägäis wird heute üblicherweise mit der griechisch-türkischen Staatsgrenze gleichgesetzt, die aber aus dem 20. Jahrhundert stammt. Davor orientierte sich die geographische Grenzziehung Europas an der Mittellinie der Ägäis, und einige griechische Inseln vor der Küste Kleinasiens zählten dementsprechend zu Asien. Das französische Institut Géographique National beruft sich immer noch auf diese Grenzziehung (vgl. HUMMEL 2003).

Karte 5: Verschiedene Vorstellungen der Verortung einer Ostgrenze Europas



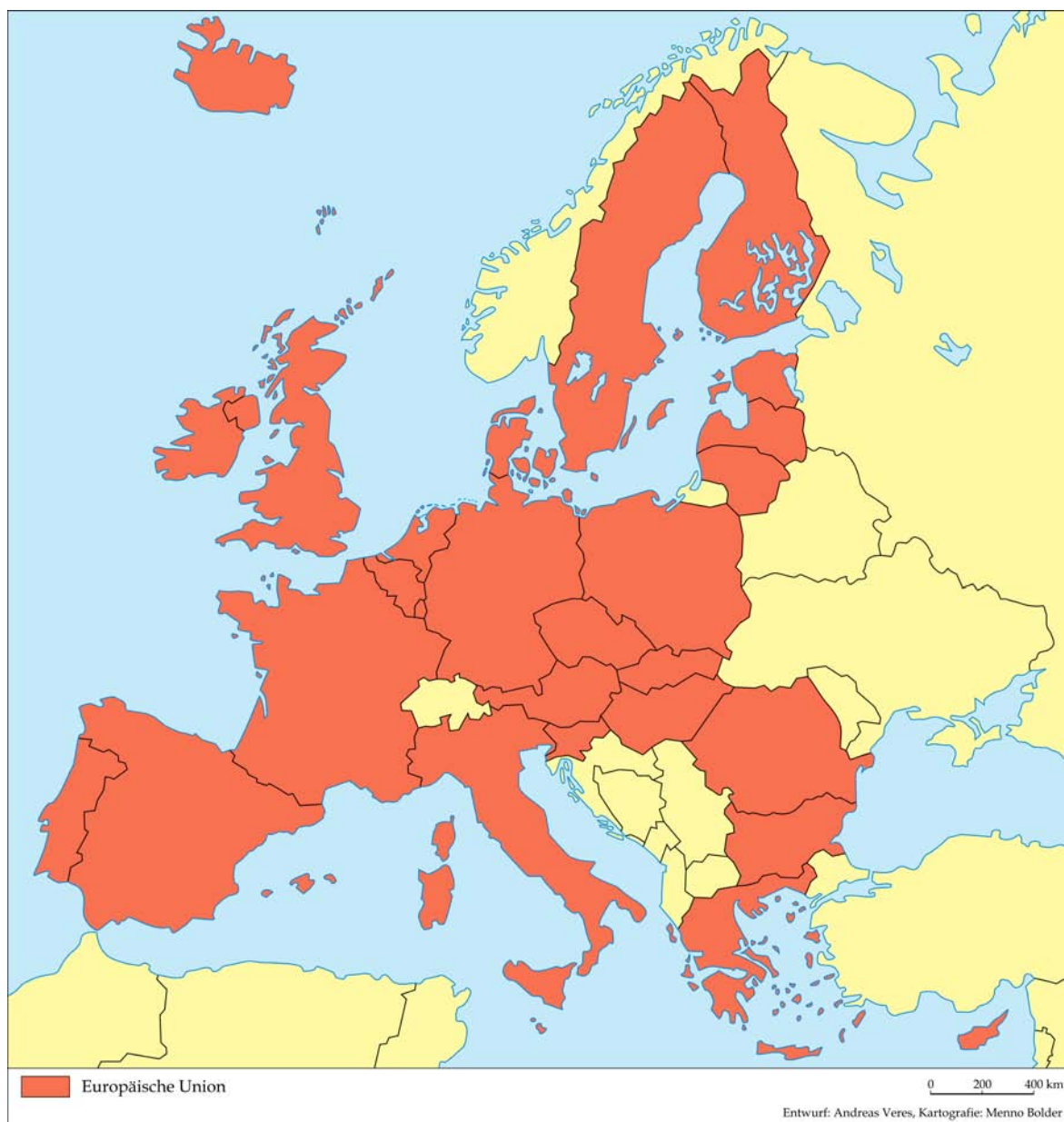
In den 1960er Jahren berief der Europarat geographische Konferenzen ein, die eine allgemein anerkannte Definition Europas finden sollten. Das Fazit der Geographen war, dass Europa nicht nach „natürlichen“, d.h. physisch-geographischen Gegebenheiten, sondern ausschließlich nach humangeographischen Kriterien wie Besiedlung, Geschichte, Wirtschaft, Kultur und Politik als Kontinent abgegrenzt werden könne (vgl. KREMER 2003). Der Versuch vor dem Hintergrund dieser Empfehlung Europa bzw. die EU nach beispielsweise kulturell-religiösen Gesichtspunkten oder als Wertegemeinschaft zu definieren stellt sich jedoch als unzureichend heraus. So kommt es bei der Frage, ob Religion als Grenzkriterium in Frage kommt, grundsätzlich darauf an, ob man Europa als christliches Abendland oder als von der Säkularisierung geprägten Kontinent ansieht. Zusätzlich stellt sich dabei die Frage nach der Integration islamisch geprägter Staaten wie die Türkei. Hinsichtlich der Definition der EU als Wertegemeinschaft auf der gemeinsamen

Grundlage von Menschenwürde, Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft, wären zudem z.B. Kanada und Neuseeland potentielle Mitgliedsländer. Eine eindeutige Abgrenzung ist unter diesen Gesichtspunkten problematisch. Die Frage nach einer Abgrenzung hinsichtlich der kulturellen Identität bzw. den kulturellen Grenzen der EU außer Acht lassend<sup>42</sup>, ist man nunmehr versucht, Erklärungen zur territorialen Abgrenzung bei der EU zu suchen. Diese Suche bleibt jedoch erfolglos, da die EU bislang nicht deklariert hat, was Europa ist und wo es endet. So definieren die Kopenhagener Kriterien 1993 die EU nicht aus einer territorialen Perspektive heraus, sondern aus einer politisch-ökonomischen. Ergebnis dieser Perspektive ist die derzeitige EU-27 mit rund 484 Mio. Einwohnern (vgl. Karte 6). Doch manche Politiker sehen dies anders. Nicht nur über die Kopenhagener Kriterien, „auch über Geografie (...) und über Grenzen“ müsse geredet werden, forderte 2004 beispielsweise die baden-württembergische Kultusministerin ANNETTE SCHAVAN. Die Vorstellung, „dass Europa an Staaten wie Irak, Iran und Syrien angrenzen soll“, sei „abwegig“ (zit. nach SCHULTZ 2004: 1). Vor diesem Hintergrund ist dann auch ANGELA MERKELS Aussage im Fernsehduell mit dem damaligen Kanzler SCHRÖDER im Vorfeld der Bundestagswahlen 2005 zu verstehen: „Die Menschen müssen wissen, wo die Grenzen Europas sind“ (zit. nach REUBER 2006: 24).

---

<sup>42</sup>Vgl. dazu u.a. THEISEN 2006.

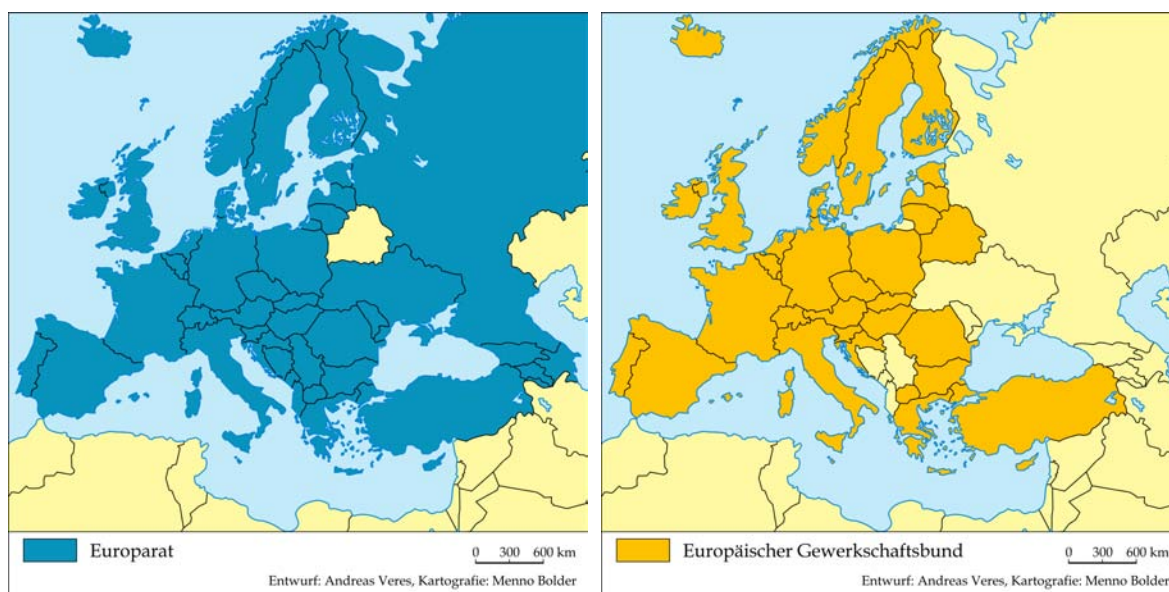
Karte 6: Die EU-27



Zieht man jedoch das „Europa“ anderer europäischer bzw. weite Teile Europas umfassende Vereinigungen zur Betrachtung heran, dann ergeben sich u.a. nach dem historischen und politischen Kontext der Entstehung einer Organisation als auch nach der Art und Funktion dieser Organisation die unterschiedlichsten Ausdehnungen:

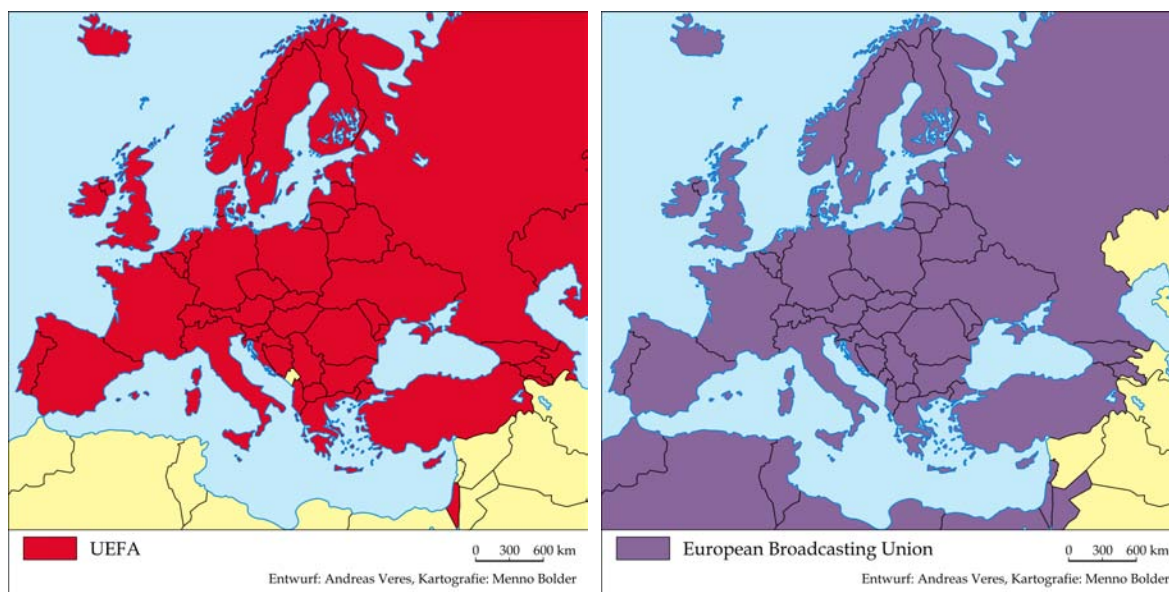
1. Der Europarat wurde 1949 gegründet und umfasst rund 787 Mio. Bürger auf einer Gesamtfläche von 23 Mio. km<sup>2</sup>.
2. Der Europäische Gewerkschaftsbund wurde 1973 gegründet und zählt 74 nationale Gewerkschaften aus 34 europäischen Staaten zu seinen Mitgliedern.

Karte 7 & 8: Das Europa des Europarates und des Europäischen Gewerkschaftsbundes



3. 1954 wurde in Basel die UEFA gegründet, die heute 49 Staaten zu ihren Mitgliedern zählt. Dabei ist Russland genauso UEFA-Mitglied wie Aserbaidschan, Kasachstan oder Israel. Insgesamt umfasst die UEFA damit 817 Mio. Menschen.
4. Jährlich findet ein europaweit übertragenes Schlagerfestival der European Broadcasting Union statt: Der „Grand Prix d’Eurovision“, heute „Eurovision Songcontest“. Das Europa der europäischen Rundfunk- und Fernsehanstalten umfasst 921 Mio. Menschen und rund 30 Mio. km<sup>2</sup>, was in etwa der Fläche Afrikas entspricht.

Karte 9 &amp; 10: Das Europa der UEFA und der European Broadcasting Union



Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Frage nach den Grenzen Europas und somit auch nach den Grenzen der EU keine eindeutige Antwort kennt. ADOLF MUSCHG (2005: 15) formuliert diesbezüglich: „Die zeitlichen Grenzen, in denen wir Europa definieren, sind willkürlich, und wenn wir erst zum Problem seiner räumlichen Grenzen kommen, verliert das Wort 'Willkür' auch noch jede formale Unschuld.“ Unterschiedliche Herangehensweisen, Blickwinkel, aber auch Zielsetzungen generieren völlig differente Abgrenzungsbilder. Abschließend lassen sich jedoch folgende Schlussfolgerungen festhalten:

- ♦ Die Frage nach den Außengrenzen Europas ist keineswegs anachronistisch oder sekundär, sondern höchst aktuell und relevant. So markieren die Grenzen Europas keine starren und fixen, sondern vielmehr historisch gewachsene und somit veränderbare Konstrukte. Nach der großen und historischen Erweiterung 2004 und der Aufnahme von Rumänien und Bulgarien 2007, steht die Frage nach der europäischen Integration der Balkanstaaten, aber auch der weitere Umgang der EU mit der Ukraine, Weißrussland sowie Russland im Raum. Im Erfolgsfall dürfte die Anwendung der gleichen Strategie auf die Beziehungen der EU zu den Ländern an der Südküste des Mittelmeers dann auch kein Tabu mehr sein.

- ◆ Ein demokratisches und friedliches Europa darf sich nicht auf vermeintlich natürliche geographische Grenzen oder auf vermeintlich objektive Sachzwänge beziehen, sondern braucht klar definierte Grenzen. Das definitivische Vakuum der EU muss gefüllt werden, damit sowohl nach innen als auch nach außen Klarheit über die Ziele der EU erreicht werden kann. Es hat sich in jüngster Vergangenheit gezeigt, dass eindeutige Beitrittsperspektiven ein regulativer Entwicklungsmotor für beitrittswillige Staaten darstellt.
- ◆ Gerade die deutsche Geographie darf nicht angesichts der historisch belasteten Geopolitik Fragen der politischen Geographie meiden, sondern sollte sie zum Zwecke einer friedlichen und demokratischen Entwicklung Europas behandeln.



## 2.4 Strukturpolitische Instrumente der EU zur Stärkung von Grenzregionen

Nach der Darstellung des wissenschaftlichen, ist im Rahmen des politischen Kontextes grundsätzlich anzumerken, dass der vordergründig definitorisch klar abgrenzbare Begriff Region einem ähnlich inflationären Gebrauch und einer ähnlich diffusen Vorstellung unterliegt, wie der Begriff Geopolitik (vgl. Kap. 2.1). Je nach Sichtweise und Ziel beinhaltet er die unterschiedlichsten Implikationen. So beschreibt beispielsweise WEIDENFELD 2002 die Region als Kulturraum, Wirtschafts-, Sozial- oder Verwaltungsraum, wobei letzterer meist als eine staatliche Verwaltungseinheit verstanden wird. Demgegenüber definierten GROSS & SCHMITT-EGNER (1994: 11) die Region noch als „subnationale Einheit, die sowohl regionale als auch lokale Gebietskörperschaften mit einschließt“. Wenige Jahre später sehen sie in einer verfeinerten Definition die Region als „eine räumliche Teileinheit mittlerer Größenordnung und intermediären Charakters, deren materielles Substrat das Territorium bildet“ (2000: 514). Das Europa-Lexikon<sup>43</sup> hingegen versteht unter „Regionen“ allgemein die einzelnen Territorien in den EU-Staaten, deren Bevölkerung ethnische, kulturelle und sprachliche Gemeinsamkeiten aufweisen. Demnach sind beispielsweise Bayern in Deutschland, die Bretagne in Frankreich oder Wales in Großbritannien Regionen im klassischen Sinne.

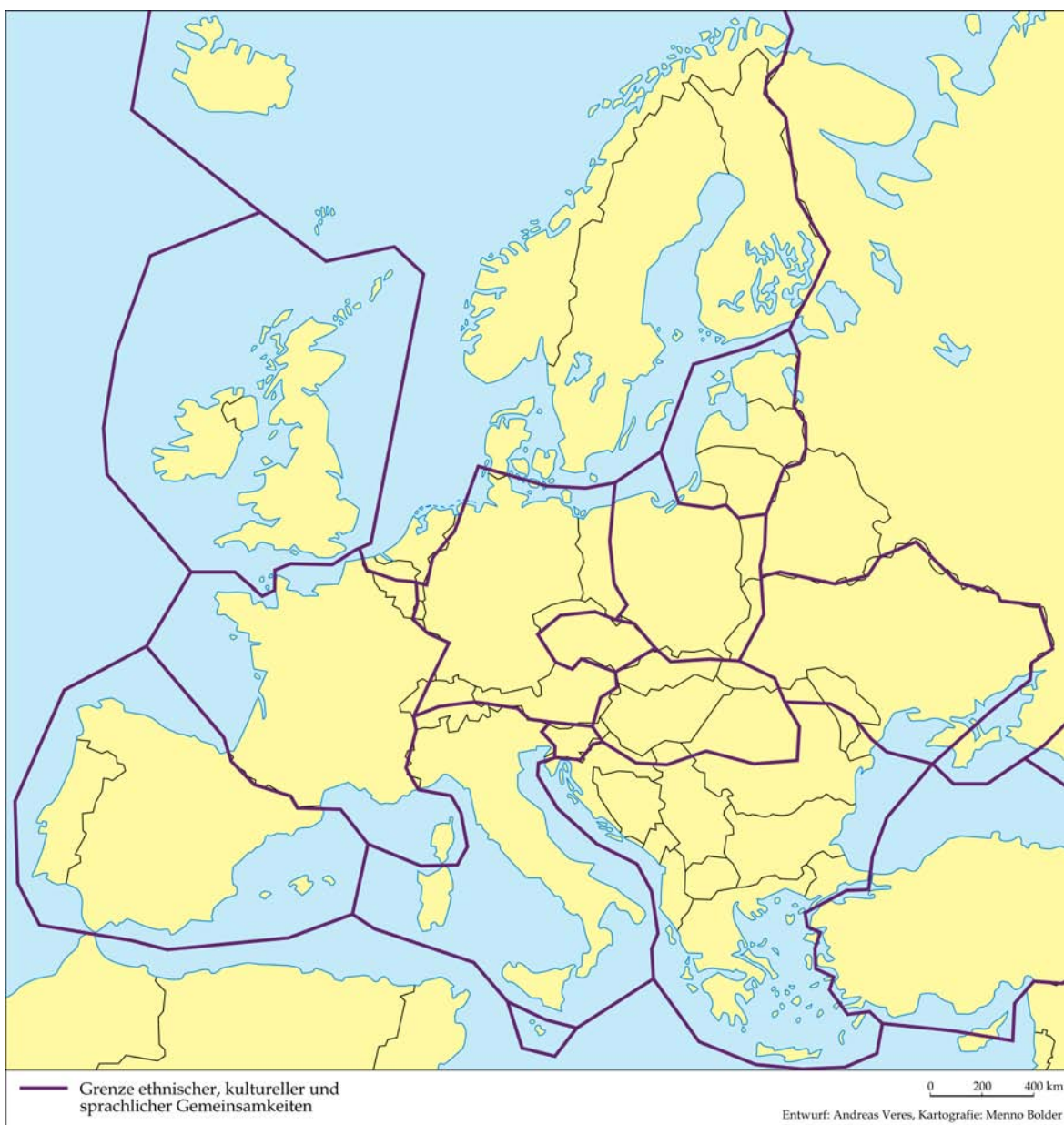
Betrachtet man Regionen in ihren obigen Definitionen jedoch losgelöst von ihren staatlichen Territorien und Grenzen, so entstehen klare Zusammengehörigkeiten jenseits staatlicher Raumstrukturen (vgl. Karte 11). Die mehrsprachige Schweiz würde demnach auf Grund ihrer sprachlichen Unterschiede in Frankreich, Italien und Deutschland aufgehen (Rätoromanisch, die vierte offizielle Landessprache der Schweiz, ist keiner der drei regionalen Raumstrukturen zuzuordnen). Deutlich erkennt man in der Karte den Zusammenschluss hispanischer, frankophoner, angelsächsischer, skandinavischer oder germanischer Bevölkerungsgruppen zu von Nationalstaatsgrenzen losgelösten Gebilden (TOTH & ZOLTAN 2004: 298ff). Selbst in dem geographisch kleinen Slowenien würde der äußerste Osten (Prekmurje), sei-

---

<sup>43</sup>[www.bundesregierung.de/Politikthemen/Europaeische-Union,9011/Europa-Lexikon.htm?link.hit=531889&link.upper.Case=E.27.06.2005](http://www.bundesregierung.de/Politikthemen/Europaeische-Union,9011/Europa-Lexikon.htm?link.hit=531889&link.upper.Case=E.27.06.2005).

ner Historie entsprechend, der ungarischen Bevölkerungsgruppe zugeordnet werden.

Karte 11: Regionale Raumstrukturen



## 2.5 Europa der Regionen

Zwei Begriffe, die geographisch betrachtet einerseits die Größe eines gesamten Kontinents und andererseits die Überschaubarkeit eines Raumes darstellen, werden mit einem einfachen „der“ zusammengeführt und bilden ein politisches Programm, welches in den letzten Jahren eine zunehmende politische Entwicklung in der EU kennzeichnet. Ziel ist es, dem „Brüsseler Zentralismus“, der von vielen EU-Bürgern als einer der Hauptgründe für ihre Absage gegenüber der Europäischen Verfassung angeführt wird, ein eigenes Gewicht entgegenzusetzen. Ein bürgernahes „Europa von unten“ soll die Identifikation mit diesem abstrakt wirkenden politischen Gebilde erhöhen. Die Regionen in den EU-Mitgliedsländern sollen im Rahmen des Konzeptes „Europa der Regionen“ gefördert und in ihrer regionalen Eigenständigkeit unterstützt werden. Dabei verspricht man sich von diesem föderalistischen Konzept eine effizientere regionale Verwaltung mit mehr Sachkompetenz und Bürgernähe, eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Infrastrukturen der Regionen sowie die Verwirklichung der Grundsätze der Subsidiarität. Dabei zeigt sich in einer Rückschau, dass die europäischen Regionen sowohl regionalpolitisch als auch regionalistisch von der Nachkriegszeit bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zunehmend an Bedeutung gewinnen konnten. So war in den 1950er Jahren in den Verträgen zur Montanunion zwar kein regionales Prinzip explizit formuliert worden, und doch akkreditierte sich 1950 beim Europarat der „Rat der Gemeinden Europas“ (RGE). Die ab 1957 unter dem Titel „Europakonferenz der Lokalverwaltungen“ tagende Einrichtung kann als erste und lange Zeit einzige offizielle Vertretung subnationaler Einheiten auf europäischer Ebene bezeichnet werden (vgl. SCHULZ 1993). Ende der 1950er Jahre setzte eine, durch den französischen Ministerpräsidenten de Gaulle personifizierte „Renationalisierung der Politik“ ein, die durch sein „Europa der Vaterländer“-Konzept verwirklicht werden sollte (SCHULZ 1993: 186). Dieses Konzept wirkte in Form von Sozialbewegungen nachhaltig als Anstoß für die Remobilisierung regionalistischer Kräfte. Bis zum Beginn der 1970er Jahre lässt sich konstatieren, dass staatliche Subeinheiten als politische Akteure nicht die Regionen, sondern vornehmlich zum Beispiel im

„Rat der Gemeinden und Regionen Europas“ (RGRE) und den ersten EUREGIOs organisierte Kommunen waren (vgl. SCHMITT-EGNER 2000). Mit der Entstehung beispielsweise der „Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen“ (AGEG) offenbarten sich jedoch auch die ersten Anzeichen eines sogenannten transnationalen Regionalismus. Innerhalb der Europäischen Kommission zeigten sich regionalpolitische Ansätze mit einer kohärenten Regionalpolitik durch die Generaldirektion 16 und einem beim Europäischen Parlament eingerichteten regionalpolitischen Ausschusses. Der weitere Bedeutungszuwachs in den 1980er Jahren lässt sich wie folgt beschreiben: „Die Regionen vollzogen in dieser Phase [*Anm. des Autors: den 1980er Jahren*] einen deutlichen Wandel vom ‚Objekt der europäischen Politik‘ zu engagierten Akteuren mit Anspruch auf Mitsprache in Europaangelegenheiten“ (WEIDENFELD 2002: 136). Ein Ergebnis dieses Wandels war 1985 die Gründung der „Versammlung der Regionen Europas“ (VRE). Die VRE umfasst 250 Regionen aus 30 Ländern und 12 interregionale Organisationen. Zu ihren Aufgaben zählen:

- ◆ „Förderung der regionalen Demokratie und der Subsidiarität, in der Stärkung der politischen Rolle der Regionen Europas,
- ◆ Unterstützung der Regionen bei der Erweiterung Europas und bei der Globalisierung und
- ◆ Entwicklung der interregionalen Zusammenarbeit und der Dienstleistungen für die Bürger.“ ([www.a-e-r.org/de/home](http://www.a-e-r.org/de/home) 27.06.2005)

Schlussendlich steuerten die Regionen mit ihrer dann Anfang der 1990er Jahre im Vertrag von Maastricht umgesetzten Forderung nach einem „Ausschuss der Regionen“ (AdR) entgegen. Damit hat sich das Europa der Regionen institutionalisiert und „als gemeinsame europäische Regionalbewegung verändert“ (DAMMEYER 1997: 76). Dieser mit dem Unionsvertrag geschaffene Ausschuss ist eine „politische Versammlung, die die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im institutionellen Gefüge der Europäischen Union vertritt“, dem derzeit 317 Vertreter der jeweiligen Gebietskörperschaften aus allen EU-Staaten angehören. Der AdR

hat eine beratende Funktion, muss jedoch im Rahmen von Entscheidungen in der Regionalpolitik, in der Bildung, zur Förderung der Kultur oder zur Einrichtung transeuropäischer Netze im Infrastrukturbereich gehört werden ([www.cor.eu.int/de/presentation/role.htm](http://www.cor.eu.int/de/presentation/role.htm) 27.06.2005). Das europäische Subsidiaritätsprinzip wird auch in den Vorschlägen im Vertrag für eine Verfassung für Europa deutlich und sogar präzisiert: „Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind“ ([http://europa.eu.int/constitution/de/ptoc4\\_de.htm#a15](http://europa.eu.int/constitution/de/ptoc4_de.htm#a15) 27.06.2005). Unter den angesprochenen Maßnahmen, die auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, fallen beispielsweise Maßnahmen, die unter die EU-Strukturpolitik fallen. Diese steht nun im Folgenden im Fokus der Betrachtungen.

## **2.6 Struktur- und Kohäsionsfonds: Drei Ziele - Eine Idee**

Struktur- und Kohäsionsfonds sind Instrumente der gemeinschaftlichen Strukturpolitik, deren Ziel es ist, die zwischen den Regionen und Mitgliedstaaten der Union bestehenden Unterschiede im Entwicklungsniveau zu verringern und dadurch den sozialen Zusammenhalt zu stärken (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Glossar 2000: 61f.). Für die Erreichung dieses Ziels stellt die EU den strukturpolitischen Instrumenten beträchtliche Haushaltsmittel zur Verfügung. Sie stellen mit über 30 %, nach den Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik, die zweitgrößte Position im EU-Haushalt dar. Dabei werden jedoch im Rahmen des Strukturfonds keine Einzelprojekte gefördert, sondern mehrjährige Entwicklungsprogramme. Die von den einzelnen Mitgliedsstaaten zu erstellenden Entwicklungspläne werden bei der Kommission eingereicht und in Form von sogenannten Gemeinschaftlichen Förderkonzepten (GFK) beschlossen. Zu den Strukturfonds im engeren Sinne werden folgende Finanzierungsinstrumente gezählt:

- ◆ EFRE (Europäische Regionalfonds); finanziert Infrastrukturen, Anlageinvestitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, lokale Entwicklungsprojekte und Hilfen für KMU.
- ◆ ESF (Europäischer Sozialfonds), welcher bereits im Gründungsvertrag vorgesehen war, fördert die berufliche Eingliederung von Arbeitslosen und benachteiligten Gruppen, vor allem durch die Finanzierung von Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen.
- ◆ EAGFL-A (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung); dieser finanziert Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung und Hilfen für Landwirte insbesondere in Regionen, die einen Entwicklungsrückstand aufzuholen haben. Die Abteilung „Garantie“ des EAGFL unterstützt die ländliche Entwicklung im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik in anderen Teilen der Union.
- ◆ FIAF (Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei), wurde 1993 eingeführt und soll helfen, die Strukturen in diesem Sektor anzupassen und zu modernisieren. ([http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/funds/prod/sf\\_de.htm](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/funds/prod/sf_de.htm) 06.04.2005)

Erstmals wurden 1988 die Ziele der EU-Strukturpolitik formuliert und für die 1994 folgende 6-Jahresperiode erweitert. Im Rahmen der Agenda 2000 reformierte die Kommission die Strukturpolitik, um die Effizienz der Gemeinschaftsinterventionen zu erhöhen und reduzierte für die Periode 2000-2006 die vorhandenen Ziele 1-6 auf drei, was eine verstärkte Konzentration und vereinfachte Verwaltung der Finanzhilfen ermöglichte. Alle Strukturfondsförderungen sind in Form von Zielgebietsprogrammen eindeutig einem dieser drei Ziel zugeordnet. 94 % der Strukturfondsgelder werden für die drei „vorrangigen Ziele“ vergeben. Dem gegenüber stehen rund 5 % der Strukturfondsgelder den Gemeinschaftsinitiativen zur Verfügung, die eine Vielfalt von Aktionen mit lediglich inhaltlicher Schwerpunktsetzung beinhalten. Neben INTERREG III (vgl. Kapitel 2.7.3) sind dies:

- ◆ LEADER+: Entwicklung des ländlichen Raumes durch integrierte Entwicklungs- und Kooperationsprogramme lokaler Aktionsgruppen
- ◆ EQUAL: Förderung neuer Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten am Arbeitsmarkt
- ◆ URBAN II: wirtschaftliche und soziale Wiederbelebung krisenbetroffener Städte und Stadtviertel (<http://oerok.gv.at> 28.06.2005)

### 2.6.1 Ziel 1

Das Ziel 1 der Strukturfonds (Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand) ist die wichtigste Priorität der Kohäsionspolitik der EU. Gemäß dem Vertrag handelt die EU, um „eine harmonische Entwicklung (...) zu fördern“ und setzt sich insbesondere zum Ziel, „die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen (...) zu verringern“. Daher werden mehr als zwei Drittel der Mittel der Strukturfonds (über 135 Mrd. EUR) zur Beseitigung des Rückstands der am wenigsten begünstigten Regionen, der sogenannten „Ziel 1-Regionen“, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) unter 75 % des Gemeinschaftsdurchschnittes liegt, verwendet.

In all diesen Regionen sind zahlreiche Wirtschaftsindikatoren defizitär:

- ◆ geringes Investitionsniveau
- ◆ überdurchschnittliche Arbeitslosenquote
- ◆ Mangel an Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen
- ◆ schwache Ausstattung mit Basisinfrastrukturen

Für den Zeitraum 2000-2006 erhalten rund fünfzig Regionen, die rund 22 % der europäischen Bevölkerung umfassen, eine Förderung. Die Strukturfonds werden der Förderung der Wirtschaftstätigkeiten dieser Regionen dienen, indem sie durch Anpassung und Anhebung des Bildungsniveaus der Humanressourcen und Begünstigung von Investitionen in die Wirtschaft mit der ihnen noch fehlenden

Grundausrüstung versorgen. ([http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/objective1/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/objective1/index_de.htm) 27.06.2005)

### **2.6.2 Ziel 2**

Ziel 2 der Strukturfonds (Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen) zielt darauf ab, Gebiete mit Strukturproblemen wiederzubeleben. Es betrifft industrielle, ländliche, städtische oder von der Fischerei abhängige Gebiete. Diese Gebiete befinden sich in Regionen, deren Entwicklungsniveau über dem gemeinschaftlichen Durchschnitt liegt. Allerdings zeichnen sie sich durch verschiedene soziökonomische Probleme aus, die zu hohen Arbeitslosenzahlen geführt haben. Zu diesen Schwierigkeiten zählen:

- ◆ Strukturwandel in der Industrie und im Dienstleistungssektor
- ◆ Rückgang der traditionellen Aktivitäten in den ländlichen Gebieten
- ◆ Krisensituation in den Städten
- ◆ Schwierigkeiten im Fischereisektor ([http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/objective2/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/objective2/index_de.htm) 27.06.2005)

### **2.6.3 Ziel 3**

Das Ziel 3 (Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme in den nicht unter Ziel 1 fallenden Regionen) umfasst die Ziele 3 und 4 des Planungszeitraums 1994-1999. Es wird im gesamten Gemeinschaftsgebiet mit Ausnahme der Ziel-1-Regionen umgesetzt. Ziel 3 dient als Bezugsrahmen für alle auf nationaler Ebene zugunsten der Humanressourcen durchgeführten Aktionen. Es trägt dem Beschäftigungstitel des Vertrages von Amsterdam und der neuen europäischen Beschäftigungsstrategie Rechnung. Die Verordnungen berücksichtigen alle Politiken, Verfahren und Bedürfnisse der Mitgliedstaaten auf der Grundlage ihrer nationalen Beschäfti-



gungspläne. Für den Zeitraum 2000-2006 umfasst Ziel 3 somit ein breites Spektrum von Maßnahmen mit folgenden Zielsetzungen:

- ◆ Förderung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- ◆ Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung der von sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen
- ◆ Förderung der Beschäftigungsfähigkeit mit Hilfe der Aus- und Weiterbildungssysteme
- ◆ Förderung von Maßnahmen zur Vorwegnahme und Erleichterung der Anpassung an wirtschaftliche und soziale Veränderungen
- ◆ Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen ([http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/funds/obj3\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/funds/obj3_de.htm) 27.06.2005)

## **2.7 Grenzregionen als Kooperationsräume**

In der obigen Diskussion wurde festgestellt, dass Grenzen grundsätzlich ein trennendes Moment besitzen und es ist schwer vorstellbar an Grenzen Kooperationsräume zu identifizieren. Und doch zeigt gerade Karte 12, dass die Festlegung politischer Grenzen bei der Gründung der Nationalstaaten oftmals ethnisch, sprachlich und kulturell homogene Bevölkerungsgruppen voneinander trennte. Grenzüberschreitende Kontakte ließen sich damit zum Teil zwar reglementieren, aber selten verhindern. So sieht beispielsweise SCARTEZZINI (1998: 262) eine Grenzregion als „a shifting terrain on which both the feeling of belonging to a local (region) and a cosmopolitan (Europe) reality, and a fluid perception of different cultural and national groups, can be developed more easily than within the national state“. Über Jahre entwickeln und etablieren sich grenzüberschreitende, alltägliche Kooperationen. Darunter fallen u.a. Arbeiten, Einkaufs- und Freizeitaktivitäten im Nachbarland, aber auch kulturelle Verbindungen. Spätestens im Zuge der europäischen Integration wurde die Bedeutung der lokalen Kooperationen in Grenzre-

gionen, vor allem an der Außengrenze der EU, und ihr Potenzial erkannt. Die von den Nationalstaaten in der Regel vernachlässigten Grenzregionen wurden nicht mehr als „trennende Barrieren“, sondern vielmehr als „einigende Brücken“ (SCARTEZZINI 1998: 261) angesehen und erlangten eine Schlüsselposition im Rahmen der EU-Erweiterung(en). Sie wurden als zu unterstützende Kooperationsräume identifiziert und im Laufe der Jahre sind verschiedene strukturpolitische Instrumente zur Stärkung der Grenzregionen eingerichtet und mit zum Teil hohen Fördertöpfen ausgestattet worden.

### 2.7.1 EUREGIONS<sup>44</sup>

Die EU hat eine lange Tradition der grenzüberschreitenden Kooperationen. Diese Kooperationen wurden intensiviert und zunehmend institutionalisiert, was 1958 die Einrichtung der ersten EUREGIO zwischen Deutschland und den Niederlanden ermöglichte. Das eigentliche Ziel der Einrichtung dieser EUREGIO war der Wunsch gemeinsam Lösungen für technische Probleme zu finden. Grenzüberschreitende soziale, kulturelle, ökonomische und infrastrukturelle Fragen bildeten den Kern dieser Kooperation ([www.euregio.de](http://www.euregio.de) 28.06.2005), die als Vorbild für alle weiteren EUREGIONS gilt. Grundsätzlich sind alle EUREGIONS sowohl als institutionell und auch räumlich definierter Handlungsrahmen anzusehen. Auf Grund der unterschiedlichen administrativen Strukturen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und ihrer jeweiligen Nachbarstaaten gibt es kein allgemeingültiges Organisationschema. In den meisten Fällen werden auf beiden Seiten der Grenze Interessensverbände gegründet, deren Mitglieder die lokalen Kommunen repräsentieren. Repräsentanten aus den jeweiligen Interessensverbänden bilden den EUREGIO-Rat, der ein beratendes und koordinierendes Organ hinsichtlich grundlegender Fragen der regionalen grenzüberschreitenden Koordination darstellt. Den Vorsitz des EUREGIO-Rates übernimmt entweder ein von, den beiderseits der Grenze beteiligten Parteien, einvernehmlich bestimmter Geschäftsführer oder jeweils ein Geschäftsführer von beiden Seiten der Grenze. Schließlich haben vom Rat bestimmte Exper-

---

<sup>44</sup>Auch Europaregionen oder Euroregionen genannt.

tenteams die Aufgabe die Prioritätenlisten für die EUREGIO-Region zu erstellen (ÖROK 1999: 271; LIBERDA 1996: 37).

### **2.7.2 AGEK - Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen**

Neben der Einführung und Etablierung von EUREGIOs sei hier noch die AGEK genannt. 1965 wurden während der „Internationalen Regio-Planertagung“ in Basel erste Ideen zur Gründung einer Europäischen Arbeitsgemeinschaft, einer „Gewerkschaft für Grenzregionen“, entwickelt. Aus diesen Ideen entstand aus insgesamt 10 Grenzregionen im Juni 1971 die „Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen“, kurz AGEK ([www.aebr.net](http://www.aebr.net) 28.06.2005). Seit 1979 entsendet die Arbeitsgemeinschaft einen offiziellen Beobachter in den Europarat ([http://ue.eu.int/cms3\\_fo/showPage.ASP?lang=en](http://ue.eu.int/cms3_fo/showPage.ASP?lang=en) 28.06.2005) und unterstützt ihn in seinen Bemühungen grenzüberschreitende Kooperationen zu verbessern. Des Weiteren bietet sie neben Expertenanalysen auch organisatorische Unterstützung an. Eine Expertenberatergruppe wurde gegründet, um das Auflegen eines grenzüberschreitenden Programms für strategische ökonomische Entwicklungen, unter Berücksichtigung methodologisch nachhaltiger Prinzipien, zu unterstützen. Die AGEK beschäftigt sich mit den Problemen der europäischen Grenzregionen und hat 1981 zusammen mit dem Europäischen Parlament die „Europäische Charta der Grenz- und grenzüberschreitenden Regionen“ erarbeitet. Zwei Jahre später, Ende 1983, beteiligte sich die AGEK an der Vorbereitung des ersten „regionalen grenzüberschreitenden Entwicklungsprogramms“, dessen Ziel es war, grenzüberschreitende Aktivitäten zu unterstützen und Grenzregionen bzw. grenzüberschreitende Regionen in der Identifikation ihrer Probleme, Potenziale, Aufgaben und Projektinteressen in Zusammenhang mit nationalen oder internationalen Autoritäten zu begleiten ([www.aebr.net](http://www.aebr.net) 28.06.2005). Ein weiterer wichtiger Schritt im Rahmen der unterstützenden Tätigkeit der AGEK war das Beisteuern ihrer regionalen Expertise bei der Gestaltung der europäischen Gemeinschaftsinitiative INTERREG.

### 2.7.3 Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG

Am 25. Juli 1990 beschloss die Kommission der Europäischen Gemeinschaft<sup>45</sup> eine Gemeinschaftsinitiative für Grenzgebiete mit der Zielsetzung einzuleiten, einerseits die Integration der Binnengrenzgebiete zu beschleunigen und andererseits die Isolierung der Gebiete an den Außengrenzen der Gemeinschaft zu mindern. Mit diesem Beschluss ist eine der wohl erfolgreichsten und finanziell am besten ausgestatteten Gemeinschaftsinitiativen, INTERREG<sup>46</sup>, ins Leben gerufen worden.

Nach der erfolgreichen ersten Programmphase von INTERREG (1990-1993) und der beträchtlich zugenommenen Bedeutung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an den Außengrenzen, insbesondere an den Ostgrenzen der EU leitete die Kommission mit INTERREG II<sup>47</sup> am 15. Juni 1994 die zweite Generation dieser Gemeinschaftsinitiative ein. Förderfähig im Sinne der durch diese Initiative unterstützten Programme für grenzüberschreitende Zusammenarbeit waren alle Gebiete entlang der Binnen- und Außengrenzen der EG, sowie einige Seegebiete, welche auf der NUTS-3-Ebene abgegrenzt waren.

Nach insgesamt zehn Jahren INTERREG wurde am 11. Mai 2000 die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III für grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit symbolisch aus der Taufe gehoben, welche nunmehr vollständig aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) finanziert wird. Die Aufgabe dieser Initiative ist es, eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung in der gesamten EU zu fördern. Das Ziel von INTERREG III, welches zugleich von zahlreichen strukturpolitischen Interventionen gemeinsam verfolgt wird, ist die „Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU“ (DAMAN 2000: 12). Um dieses Ziel zu erreichen wurde das

---

<sup>45</sup>Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19.12.1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in Bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ABl L 347/15 vom 31.12.1988.

<sup>46</sup>Zu den Zielen von INTERREG I vgl. u.a. AGIL 1994: 175 ff.

<sup>47</sup>Zu den Zielen von INTERREG II vgl. u.a. [http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/interreg3/inte2/inte2.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/interreg3/inte2/inte2.htm) 30.06.2005.

Budget von INTERREG III gegenüber INTERREG II um 1,3 Mrd. auf insgesamt 4,9 Mrd. Euro für die Phase 2000-2006 aufgestockt, dabei übernimmt INTERREG III die von seinem Vorgänger begonnene grenzübergreifende und transnationale Aktion und erstreckt sie auf interregionale Zusammenarbeit. Die interregionale Zusammenarbeit bildet hierbei eine neue Dimension und steht im Zusammenhang mit der letzten EU-Erweiterung und des steigenden Bedarfes an Dezentralisierung. Grundsätzlich ist INTERREG III wiederum in drei große Ausrichtungen gegliedert, die sich wie folgt zusammensetzen (vgl. [http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/interreg3/abc\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/interreg3/abc_de.htm) 30.06.2005):

- ◆ Ausrichtung A: grenzübergreifende Zusammenarbeit  
Die grenzübergreifende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete soll anhand der Umsetzung gemeinsamer Entwicklungsstrategien das Entstehen grenzübergreifender wirtschaftlicher und sozialer „Pole“ fördern. Auf diese Ausrichtung entfallen 67 % des Gesamtbudgets.
- ◆ Ausrichtung B: transnationale Zusammenarbeit  
Die transnationale Zusammenarbeit zwischen nationalen, regionalen und lokalen Behörden dient der Förderung eines hohen Maßes an räumlicher Integration innerhalb der Union anhand großräumiger Zusammenschlüsse europäischer Regionen. Auf diese Ausrichtung entfallen 27 % des Gesamtbudgets.
- ◆ Ausrichtung C: interregionale Zusammenarbeit  
Die interregionale Zusammenarbeit zielt darauf ab, die Politiken und Instrumente für Regionalentwicklung durch einen umfangreichen Informations- und Erfahrungsaustausch (Vernetzung) effizienter zu gestalten. Auf diese Ausrichtung entfallen 6 % des Gesamtbudgets. ([http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/interreg3/abc/abc\\_de.htm](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/interreg3/abc/abc_de.htm) 18.5.2006)

#### 2.7.4 Das Vor-Beitrittsinstrumentarium PHARE (PHARE CBC)

Neben INTERREG, dem Programm für die EU-Mitgliedstaaten gehört PHARE (Poland Hungary Assistance for the Restructuring of the Economies) mit ISPA (Instrument for Structural Policies for Pre-Accession) und SAPARD (Special accession programme for agriculture and rural development) zu den drei von der EU finanzierten Vor-Beitrittsinstrumentarien, zur Unterstützung der mittelosteuropäischen Bewerberländer in ihren Vorbereitungen zum EU-Beitritt. Anfangs noch ohne Erweiterungsabsicht unterstützte die EU den Transformationsprozess in diesen Ländern von 1989 an. Zu Beginn waren nur Polen und Ungarn beteiligt, was jedoch bald auf alle Länder Mittelosteuropas ausgeweitet wurde. Die jährliche Unterstützung stieg von 475 Mio. EUR (1990) auf 1,6 Mrd. EUR (2000) und diente anfänglich der Beratung. Später wurden auch Investitionen finanziert und der Fokus immer stärker auf die Beitrittsvorbereitungen gelegt (vgl. DAUDERSTÄDT 2004).

Einen speziellen PHARE-Programmtyp stellt die grenzüberschreitende Kooperation (cross-border cooperation) dar. PHARE-CBC wurde 1994 eingeführt, um Grenzregionen in den Bewerberländern bei der Überwindung ihrer spezifischen Probleme bzw. sie bei der Integration mit der EU, den anderen Ländern Mittelosteuropas und ihren eigenen Volkswirtschaften zu unterstützen. Das langfristige Ziel bestand darin "to accelerate the economic convergence of applicant countries with the European Union in a balanced manner that prevents the emergence of peripheral economic zones, and to prepare candidate countries for future participation in the INTERREG programme" (<http://ec.europa.eu/comm/enlargement/pas/phare/programmes/index.htm> 18.05.2006). Bis 2003 konzentrierte sich PHARE-CBC auf die Förderung der Kooperation zwischen Grenzregionen Mittelosteuropas und den angrenzenden Regionen der EU sowie Grenzregionen zwischen den jeweiligen Bewerberländern. Nach der Aufnahme der zehn neuen EU-Länder, darunter acht PHARE-Länder, wurde die Liste der Länder wie folgt erweitert: die bulgarische Grenzregion zur Türkei, die bulgarischen und ru-

mänischen Regionen jeweils an die TACIS und CARDS-Länder<sup>48</sup> (Ukraine, Moldawien, Serbien und Montenegro, sowie FYROM) angrenzend. Zwischen 2000 und 2003 umfasste das Budget des PHARE-CBC-Programmes 163 Mio. EUR, was etwa 10 % des jährlichen PHARE-Gesamtbudgets entspricht. Zusätzlich machte die Kommission 2003 den Weg frei für die Gemeinsamen Nachbarschaftsprogramme (PHARE-CBC Joint Neighborhood Programme), um die grenzüberschreitende Kooperation zwischen einer erweiterten EU und den Nicht-Kandidatenländern zu steigern (<http://ec.europa.eu/comm/enlargement/pas/phare/programmes/index.htm> 18.05.2006). Die Hauptziele von PHARE-CBC sind:

- ◆ förderfähige mitteleuropäische Grenzregionen bei der Überwindung spezifischer Entwicklungsprobleme, die von ihrer relativen Isolation innerhalb der nationalen Wirtschaft herrühren, unter Berücksichtigung der Interessen der lokalen Bevölkerung als auch der Umweltbedingungen, zu helfen,
- ◆ den Aufbau und die Entwicklung von Kooperationsnetzwerken auf beiden Seiten der Grenze, sowie Verbindungen zwischen diesen Netzwerken und der Europäischen Union zu unterstützen,
- ◆ große Disparitäten hinsichtlich des Lebensstandards und des Wachstums an der Außengrenze der EU zu überwinden,
- ◆ den Transformationsprozess zu beschleunigen und die Länder an die EU heranzuführen,
- ◆ die vom Stabilitätspakt geforderte „bon voisinage“ zu realisieren sowie
- ◆ einen Fokus auf Vor-Beitrittsstrategien zu legen. (<http://europa.eu.int/comm/phare/programmetypes/crossborder/crossborder.htm> 10.11.1999)

---

<sup>48</sup>Zum TACIS-Programm (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States) gehören Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Mongolei und zum CARDS-Programm (Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation) die Länder des Westlichen Balkans.

### 2.7.5 Die Programmperiode 2007-2013

2006 läuft die aktuelle Programmperiode aus und schon seit 2004 laufen die Vorbereitungen für die Periode 2007-2013. Mitte Juli 2004 wurden von der Europäischen Kommission Verordnungsvorschläge für eine umfassende Reform der Kohäsionspolitik erarbeitet. Mit insgesamt etwa einem Drittel des Haushaltes der Union (336,1 Mrd. EUR) sollen sich die Strukturmaßnahmen:

- ◆ „gezielter auf die strategischen Schwerpunkte der EU ausrichten (z.B. Verpflichtungen von Lissabon und Göteborg im Hinblick auf eine wettbewerbsfähige und nachhaltige „wissensbasierte Wirtschaft“, Europäische Beschäftigungsstrategie);
- ◆ stärker auf die am stärksten benachteiligten Regionen konzentrieren und dabei der Entwicklung in der übrigen Union vorgreifen, sowie
- ◆ stärker dezentralisiert und auf vereinfachte, transparentere und effizientere Weise umsetzen“ (KOM(2004): 1).



Tab. 1: Kohäsionspolitik 2007-2013 (Vorschlag)

<b>Kohäsionspolitik 2007-2013 (336,1 Mrd. EUR)</b>			
<b>Programme und Instrumente</b>	<b>Förderfähigkeit</b>	<b>Schwerpunkte</b>	<b>Mittelausstattung</b>
<b>Ziel „Konvergenz“</b> Einschl. des Sonderprogramms für Regionen in äußerster Randlage			<b>78,5 % (264 Mrd. €)</b>
<b>Regionale und nationale Programme</b>	Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP < 75 % des Durchschnitts der EU-25	- Innovation - Umwelt/Risiko-prävention	67,34 % = 177,8 Mrd. €
<b>EFRE ESF</b>	Statistischer Effekt: Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP < 75 % des Durchschnitts der EU-15 und > 75 % der EU-25	- Zugänglichkeit - Infrastrukturen - Humankapital - Verwaltungskapazität	8,38 % = 22,14 Mrd. €
<b>Kohäsionsfonds</b>	Mitgliedstaaten mit einem BSP/Kopf < 90 % des europäischen Durchschnitts	- Verkehr (TEN) - nachhaltiger Verkehr - Umwelt - erneuerbare Energien	23,86 % = 62,99 Mrd. €
<b>Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“</b>			<b>17,2 % (57,9 Mrd. €)</b>
<b>Regionale Programme (EFRE) und nationale Programme (ESF)</b>	Die Mitgliedstaaten schlagen eine Liste der Regionen (NUTS) vor.	- Innovation - Umwelt/Risiko-prävention	83,44 % = 48,31 Mrd. €
	„Phasing-In“-Regionen unter Ziel 1 zwischen 2000 und 2006, die nicht unter das Ziel „Konvergenz“ fallen	- Zugänglichkeit - Europäische Beschäftigungsstrategie	16,56 % = 9,58 Mrd. €
<b>Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“</b>			<b>3,94 % (13,2 Mrd. €)</b>
<b>Grenzüberschreitende und transnationale Programme und Netze (EFRE)</b>	Grenzregionen und Räume der transnationalen Zusammenarbeit	- Innovation - Umwelt/Risiko-prävention - Zugänglichkeit - Kultur, Bildung	35,61 % grenzüberschreitend 12,12 % ENI 47,73 % transnational 4,54 % Netze

Quelle: Eigene Darstellung nach KOM(2004): 4, 2006.

Die derzeitigen neun Ziele mit ihren sechs Instrumenten sollen demnach eine Vereinfachung erfahren und auf insgesamt drei Ziele mit drei Instrumenten zusammengeführt werden (vgl. Tab. 2):

**Ziel „Konvergenz“** (EFRE, ESF und Kohäsionsfonds)

Der KOMMISSION (2004: 2) entsprechend soll dieses Ziel „die wirtschaftliche Konvergenz der Regionen mit dem größtmöglichen Entwicklungsrückstand beschleunigen, und zwar durch eine Verbesserung der Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung mit Hilfe von Investitionen in Kapital und Humanressourcen, durch Förderung von Innovation und der Wissensgesellschaft, durch eine bessere Anpassungsfähigkeit an den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft, den Schutz der Umwelt sowie durch eine effiziente Verwaltung“. Zur Erreichung dieses Zieles werden für die Programmperiode 264 Mrd. EUR, das entspricht 78,5 % des Gesamtpaketes anstatt der derzeitigen 75 %, zur Verfügung gestellt.

**Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“** (EFRE und ESF)

Dieses Ziel soll die derzeitigen Ziele 2 und 3 ersetzen und schlägt für alle Regionen der EU, die nicht unter das Ziel „Konvergenz“ fallen, einen doppelten Ansatz vor. So gilt es einerseits, „anhand von regionalen Entwicklungsprogrammen (EFRE) die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen zu stärken (...), und andererseits wird mit Hilfe nationaler oder regionaler Programme, die vom ESF gefördert werden, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer und der Unternehmen sowie die Entwicklung von integrativen Arbeitsmärkten auf der Grundlage der Europäischen Beschäftigungsstrategie unterstützt“ (KOM(2004): 3f.). Mit 57,9 Mrd. EUR ausgestattet umfasst dieses Ziel 17,2 %.

**Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“** (EFRE)

Dieses Ziel, das sich auf die Erfahrungen mit INTERREG stützt, aber auch URBAN, EQUAL und LEADER+ ersetzen soll, „soll die Kooperation auf drei Ebenen vertiefen: in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch gemeinsame Programme, in der Zusammenarbeit in transnationalen Räumen sowie im Rahmen

von Netzwerken und des Erfahrungsaustausches in der gesamten Union. So wird das Ziel „Zusammenarbeit“ eine ausgewogene, harmonische und nachhaltige Entwicklung des europäischen Raums fördern“ (KOM(2004): 3). Auf dieses Ziel entfallen insgesamt 13,2 Mrd. EUR, das entspricht einem Anteil an dem gesamten Finanzvolumen von 3,94 %.

Zusätzlich zu den aufgeführten Verordnungsvorschlägen für eine umfassende Reform der Kohäsionspolitik hat die Europäische Kommission ebenfalls Vorschläge für neue Verordnungen vorgeschlagen, die hier nur der Vollständigkeit halber aufgeführt werden, auf die jedoch nicht im Einzelnen eingegangen wird:

- ◆ Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds (KOM(2004)492 endgültig)
- ◆ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (KOM(2004) 495 endgültig)
- ◆ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Sozialfonds (KOM(2004) 493 endgültig)
- ◆ Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Errichtung des Kohäsionsfonds (KOM(2004) 494 endgültig)
- ◆ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Schaffung eines Europäischen Verbunds für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (EVGZ) (KOM(2004) 496 endgültig)<sup>49</sup>

---

<sup>49</sup>Laut Vorschlag der Kommission soll der EVGZ zum Ziel haben, „die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften zu erleichtern und zu fördern, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken“ (Art. 1, Abs. 3). „Der EVGZ kann sich aus Mitgliedstaaten und/oder regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften und/oder anderen lokalen öffentlichen Organismen zusammensetzen, (...)“ (Art. 2, Abs. 1) (KOM(2004) 496 endgültig).

Tab. 2: Kohäsion im Wandel: Von der Kommission vorgeschlagene Ziele und Instrumente

2000 - 2006		2007 - 2013	
Ziele	Finanzinstrument	Ziele	Finanzinstrument
<b>Kohäsionsfonds</b>	Kohäsionsfonds	<b>Konvergenz</b>	EFRE ESF Kohäsionsfonds
<b>Ziel 1</b>	EFRE ESF EAGFL, Garantie und Ausrichtung FIAF		
<b>Ziel 2</b>	EFRE ESF		
<b>Ziel 3</b>	ESF	<b>Regionale Wettbewerbsfähigkeit &amp; Beschäftigung</b> - reg. Ebene - nat. Ebene (EBS)	EFRE ESF
<b>INTERREG</b>	EFRE	<b>Europäische territoriale Zusammenarbeit</b>	EFRE
<b>URBAN</b>	EFRE		
<b>EQUAL</b>	ESF		
<b>LEADER+</b>	EAGFL, Ausrichtung		
<b>Entwicklung des ländlichen Raums und Umstrukturierung des Fischereisektors außerhalb Ziel 1</b>	EAGFK, Garantie  FIAF		
<b>9 Ziele</b>	<b>6 Instrumente</b>	<b>3 Ziele</b>	<b>3 Instrumente</b>

Quelle: Eigene Darstellung nach KOM(2004): 8, 2006.

Für Slowenien bedeutet die Programmperiode 2007-2013 die erste, an der es von Beginn an teilnimmt. Für diese Periode wurden im Nationalen Entwicklungsprogramm zwei klare Ziele definiert, die mit Hilfe der europäischen Strukturformittel bis 2013 erreicht werden sollen:

1. Steigerung des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltkapitals und
2. Steigerung der Wirksamkeit im Sinne einer konkurrenzfähigen Wirtschaft, der Lebensqualität und einer nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen (DRP 2006: 52).

Für diese Ziele sollen nach bisherigem Stand im Rahmen der, u.a. vom europäischen Kohäsionsfonds, Fonds für Regionalentwicklung und Sozialfonds geförderten Programme bis 2013 insgesamt 4.551 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden. Mit einem notwendigen Eigenanteil Sloweniens von 907,1 Mio. EUR wäre die neue Programmperiode insgesamt mit 5.457,6 Mio. EUR ausgestattet (vgl. [www.svlr.gov.si/si/delovna\\_podrocja/drzavni\\_razvojni\\_program](http://www.svlr.gov.si/si/delovna_podrocja/drzavni_razvojni_program) 29.11..2006).

## **2.8 Fazit und Thesen**

Abschließend lässt sich im Rahmen des dualen Ansatzes dieses Kapitels, der Einordnung der Grenzregionen in den wissenschaftlichen und politischen Kontext, folgendes festhalten: Sowohl die deutsche Geopolitik als auch die geographische Grenzraumforschung tragen schwer an der Hypothek ihrer Verstrickungen mit der Nazi-Ideologie im Dritten Reich. Im Gegensatz zur Geopolitik konnte sich die Grenzraumforschung jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichsweise rasch innerhalb der Raumwissenschaften wieder etablieren. Für beide Disziplinen stellt der Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung einen zentralen Wendepunkt dar. Neue Aufgaben und Forschungsfelder sind im Zuge der Neuordnung der Welt entstanden. Dabei zeigen sich in zeitlicher Verzögerung vor allem bei der Geopolitik ihre zentralen Kompetenzen hinsichtlich ihrer krisen- und konfliktminimierenden Handlungsansätze, die in zunehmend entpolarisierten und terroristisch motivierten Konflikten ein nutzbares Instrumentarium bilden. Es zeigt sich, dass der zunehmenden Entgrenzung von Konflikten, auf die die Geopolitik adäquate Antworten geben kann, und der zunehmenden Grenzenlosigkeit von Personen- und Warenverkehr innerhalb der EU eine Intensivierung der Grenzraumforschung und somit der Erforschung von Grenzregionen gegenübersteht. Dabei hat sich jedoch der Blickwinkel fundamental verändert, denn Grenzen werden nun-

mehr als Kontakt- und Berührungspunkte identifiziert und die daran angrenzenden Regionen sind als eigenständige Akteure auf europäischer Ebene etabliert. Es wird deutlich, dass ein über Dekaden stattgefundener Bedeutungswandel bzw. -zuwachs der europäischen Regionen stattgefunden hat. Dieser liegt dem heutigen Konzept vom „Europa der Regionen“ zugrunde. Dabei ruht der Fokus, zumindest von Seiten der EU, auf den Grenzregionen, als Regionen mit speziellen Problemen. Diese sollen mit Hilfe von Programmen bei der grenzüberschreitenden Kooperation unterstützt werden. Innerhalb dieser Programme bildet INTERREG das finanzstärkste strukturpolitische Instrument, mit dessen Hilfe sich die EU dem erklärten Ziel der Verminderung von innereuropäischen Disparitäten verschreibt. Mit der Erweiterung der EU 2004 um zehn neue Mitglieder haben sich diese Disparitäten noch verstärkt. Die strukturpolitischen Instrumente der EU haben vor diesem Hintergrund einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren. Gleichzeitig sind die Finanzmittel innerhalb der Programme erhöht worden und werden für die Programmperiode 2007-2013 weiter erhöht. Es gilt die peripheren Grenzregionen als Kooperationsräume verstehend zu unterstützen und die innereuropäischen Disparitäten zu verringern, um letzten Endes die EU zu stabilisieren. Somit kommt den europäischen Grenzregionen eine zentrale Rolle zu.

### **3 Sloweniens Weg von der SFR Jugoslawien bis zum EU-Beitritt – Von der Transformation zur Integration**

Kapitel 2 hat u.a. deutlich gemacht, welche Konzepte und Instrumente der EU zur Verfügung stehen, um interregionale Disparitäten zu vermindern. Der zentrale Fokus liegt dabei auf den Grenzregionen, die oftmals innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten als Peripheriegebiete vernachlässigt werden. Dabei müssen die Grenzregionen bzw. die jeweiligen Nationalstaaten definierte Bedingungen erfüllen, um an finanzieller Unterstützung beispielsweise innerhalb der INTERREG-Programmatik partizipieren zu können. Es wird somit deutlich, dass die EU über regulierende Instrumente verfügt. Und doch bilden ihr stärkstes Regulativ nicht die strukturpolitischen Instrumente, sondern vielmehr, basierend auf dem Wunsch vieler Staaten der EU beizutreten, die Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes, des *Acquis Communautaire*. Im folgenden wird in zunehmend fokussierten Maßstabebenen der Weg der nationalen Grenzregion Sloweniens (vgl. Kap. 2.2) von der SFR Jugoslawien bis zum EU-Beitritt skizziert. Die EU spielt für Sloweniens Entwicklung eine entscheidende Rolle, da der baldige Beitritt zur EU nach der Unabhängigkeit Sloweniens zum prioritären politischen Ziel avancierte. Diesem Ziel war der Umbau des gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems untergeordnet. Die Wissenschaft konnte diesen Umbau bzw. Transformationsprozess wie im Zeitraffer beobachten. Die starke Beschleunigung von Veränderungsprozessen, die Ende der 1980er Jahre begannen, ist ein Charakteristikum Sloweniens. Dabei zeigt sich nach der Unabhängigkeit die rasche Wandlung von Transformations- hin zu Integrationsprozessen. Beginnend mit einem kurzen, auf die allgemeine Fragestellung ausgerichteten theoretischen Überblick über die Transformations-, Integrations-, Europäisierungs- und Konditionalisierungsforschung, wechselt der Blickwinkel zur überblickartigen Darstellung der Rahmenbedingungen und treibenden Ereignisse, die zur Loslösung Sloweniens von der SFR Jugoslawien geführt haben, sowie zum Aufzeigen kritischer Faktoren im Zuge der Etablierung Sloweniens als neuer, souveräner Staat. Deutlich mehr Raum nehmen anschließend die Teilprozesse innerhalb des gesamten Veränderungsprozesses ein, wobei vor allem noch bestehende Defizite den Dreh-

und Angelpunkt bilden. Aufbauend auf die Analyse der slowenischen Transformationen bildet die Beschreibung des langen Weges bis zum EU-Beitritt inhaltlich den Rahmen für integrative Prozesse. Die anschließende Thematisierung Sloweniens im Rahmen europäischer Strukturförderprogramme stellt anhand konkreter Projekte die direkte Verbindung zur theoretischen Darstellung der Programme in Kapitel 2 her. Das Kapitel endet nach der kurzen Beschreibung zweier bislang ungelöster außenpolitischer Themen zwischen Slowenien und Kroatien in einem Fazit und der Generierung von Thesen.

### 3.1 Von der Transformations- zur Integrationsforschung

Die Transformationsforschung charakterisiert ein Theorienpluralismus<sup>50</sup>, der sich darin manifestiert, dass sie sich bis heute durch „das Fehlen eines geschlossenen theoretischen Rahmens“ auszeichnet (FASSMANN 1997: 30; vgl. auch VON BEYME 1995 & FRANTZ 2000). Innerhalb dieses Pluralismus<sup>51</sup> wird die Transformationsforschung jedoch von der sozialwissenschaftlichen Modernisierungstheorie<sup>52</sup> in der Tradition von PARSONS und der wirtschaftswissenschaftlichen Neoklassiktheorie (vgl. PFAFFENBACH 2002) dominiert. Die Modernisierungstheorie, von WOLFGANG ZAPF in Anlehnung an JÜRGEN HABERMAS um das Konzept der „nachholenden Modernisierung“ erweitert<sup>53</sup>, „ermöglichte den Zugang zu theoretischen Erklärungen und Deutungen des Systemwechsels, der Transformation in Ostdeutschland und den mittelosteuropäischen Staaten, besonders auf makrosozialer Ebene“ (REISSIG 1997: 57). Von Anfang an sahen die Kritiker in der eher deterministisch orientierten Mo-

---

<sup>50</sup>Vgl. MERKEL 1999. SANDSCHNEIDER (1995: 85ff.) unterscheidet zwischen insgesamt acht Theorien, deren Zahl bei Einbeziehung der Wirtschaftswissenschaften noch erweiterbar ist.

<sup>51</sup>Schon 1990/91 forderten mehrere Wissenschaftler eine neue, einheitliche Transformationstheorie (vgl. u.a. LAUERMANN 1996; KOLLMORGEN 1996).

<sup>52</sup>Modernisierung kann als ein revolutionärer, irreversibler und fortschrittlicher Prozess mit globalen Auswirkungen bezeichnet werden (vgl. u.a. PARSONS 1979: 55ff; ZAPF 1995: 186ff.; ZAPF 1991: 34; BERGER 1996), wobei insbesondere die Annahmen der Unumkehrbarkeit und Fortschrittlichkeit die Kritiker auf den Plan rief. Zur Modernisierungstheorie vgl. REISSIG 1994; ZAPF 1995; MÜLLER 1995.

<sup>53</sup>„Transformation und Transition sind Modernisierungsprozesse, die sich von den offenen Modernisierungsprozessen evolutionärer Innovation dadurch auszeichnen, dass das Ziel bekannt ist: die Übernahme, Errichtung, Inkorporation von modernen demokratischen, marktwirtschaftlichen, rechtstaatlichen Institutionen. (...) In den Transitionsgesellschaften [ist es] durchaus klar, welche (...) Missstände abgestellt und welche (...) Maßnahmen ergriffen werden müssen, um mittelfristig westliche Standards zu erreichen. Insofern ist T. und Transition ‚nachholende Modernisierung‘“ (ZAPF 1994: 138).



dernisierungstheorie ein entscheidendes Defizit, denn der Theorie zu Folge seien die Entwicklungen, die in den westlichen Ländern abgelaufen sind, wiederholbar und auch auf Entwicklungsländer übertragbar (vgl. PFAFFENBACH 2002). Auf diese Kritik aufbauend entwickelten sich akteursorientierte Ansätze politischen Wandels, die in eher deskriptiver Form das strategische Handeln der an den Prozessen beteiligten Akteure in den Mittelpunkt stellen (vgl. BOS 1994). Die verschiedenen Akteure können sein: Parteien, Gewerkschaften, Berufs- und Sozialverbände, Gebietskörperschaften usw. Kritisch wurde jedoch eingewandt, dass „diesen [Ansätzen] die Vorstellung zugrunde liege, dass die politischen Akteure in unbegrenzter Meinungs- und Handlungsfreiheit die politischen Prozesse bestimmen könnten“<sup>54</sup> (HUSZÁK 2005: 61).

Auf der Grundlage der Transformationsforschung, die sich auf den eigentlichen Systemübergang konzentriert, entwickelte sich die Integrationsforschung (vgl. Abb. 3). Da stehen die Wirkungen der EU auf Aufbau und Entwicklung europäischer Institutionen und Politiken im Fokus der Untersuchungen (vgl. KUTTER 2003). Die Integrationsforscher betrachten die Problematik im Gesamtsystem der Integration und sehen diese innerhalb eines Mehrebenensystems, das „als Interaktionsraum die Verknüpfung von sonst getrennt behandelten Handlungsebenen ermöglicht“ (HUSZÁK 2005: 65). Dabei liegen laut IMIG und TARROW (2003) die Schwachstellen des Modells in der Betrachtung von Transaktionen zwischen Eliten lediglich innerhalb politischer Netzwerke. Es lässt somit keinen Raum für die Erforschung eines möglichen Einflusses anderer Gruppierungen auf das europäische System. Eine Weiterentwicklung bzw. einen neuen Ansatz dieses Mehrebenensystems bildet die Europäisierungsforschung<sup>55</sup>, die in einer „Top-down-Sichtweise die Auswirkungen der EU-Integration in den Mitgliedstaaten“ (HUSZÁK 2005: 67) untersucht. Die Europäisierungsforscher legen ihren Untersuchungen die These zugrunde, dass die EU unterschiedliche Effekte in den Mitgliedsstaaten her-

---

<sup>54</sup>HUSZÁK (2005: 61ff.) identifiziert in ihrer Arbeit im Rahmen der Transformationsforschung zusätzlich noch die institutionalistischen Ansätze. Diese befassen sich „mit der Veränderung des institutionellen Gefüges durch Anpassungsprozesse unterschiedlichster Art und Geschwindigkeit“ Sie umfassen damit auch die Institutionsbildung.

<sup>55</sup>Zu den verschiedenen Strömungen im Rahmen der Europäisierungsforschung vgl. EISING 2003.

vorrufen kann und dass ihre Wirkung stark kontextgebunden ist. So lässt sich im Bereich der Regionalpolitik feststellen, dass durch die Europäisierung den Regionen in zuvor zentralistisch ausgerichteten Staaten prinzipiell neue Handlungschancen gegenüber dem Zentralstaat eröffnet, in föderalen Staaten hingegen Einbußen gegenüber dem Bundesstaat bedeutet. Den dritten Ansatz bildet die Konditionalisierungsforschung (vgl. u.a. DIERINGER 2003), die sich der konditionalisierten Vorgehensweise (vgl. u.a. BÖRZEL & RISSE 2000; HUGHES ET AL. 2004) der EU widmet. Es zeigt sich, dass die Integration in die EU zum zentralen politischen Entwicklungsrahmen aller beitrittswilligen Staaten geworden ist und der Integrationsprozess somit eine entscheidende Variable für die weitere Entwicklung der politischen und institutionellen Strukturen in Europa darstellt. Im Rahmen der Konditionalisierungsforschung wird der EU ein aktivierendes und strukturierendes Moment zugesprochen. Dieses Moment äußert sich in der direkten Einflussnahme der EU im Integrationsprozess als „Ordnungsfaktor“<sup>56</sup>, d.h. über die Gewährung von strukturpolitischen Finanzhilfen, die an die Erfüllung definierter politischer und wirtschaftlicher Bedingungen geknüpft sind.

---

<sup>56</sup>VGL. WESSELS 2000.

Abb. 3: Von der Transformations- zur Integrationsforschung



Quelle: Eigene Darstellung nach HUSZÁK 2005.

### 3.1.1 Die Begriffe „Transformation“ und „Transition“

Die Begriffe „Transformation“ und „Transition“ werden in der Fachliteratur häufig synonym verwendet.<sup>57</sup> Der schon oben angesprochene Theorienpluralismus der Transformationsforschung generiert zudem noch weitere komplexe Definitionen. Dabei greifen die unterschiedlichen Disziplinen auf verschiedene Definitionen zurück, die von der wirtschaftswissenschaftlichen Sicht, eines „Übergang[es] von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft“, bis hin zur politikwissenschaftlichen Sicht, eines „Wechsel[s] im politischen System“, reichen (BOXBERGER 1997: 17).

Bezugnehmend auf die etymologischen Wurzeln, der aus dem lateinischen stammenden Begriffe „Transformation“ und „Transition“<sup>58</sup> unterscheidet FASSMANN (1997: 30) zwischen einem eher passivischen Hinübergleiten der ‚Transition‘, die

<sup>57</sup>Vgl. u.a. KÖNIG 2002; KUŠIĆ 2002 und MÜLLER 2001.

<sup>58</sup>MEYERS großes Taschenlexikon 1990; vgl. auch KOLLMORGEN 1994; HILLMANN 1994 und REISSIG 1994.

„passiert und keiner besonderen aktiven Tätigkeit der politischen und sozialen Akteure bedarf“, und dem aktivischen Moment der „Transformation“, wobei er dabei explizit „das aktive Moment der Umgestaltung und die politische Handlungsfähigkeit der ehemals kommunistischen Staaten“ betont. Über diese eindeutige Begriffsbestimmung hinaus schlägt FASSMANN (1997: 31) in seiner Arbeit eine grob typisierende und relativ vage Phaseneinteilung des Transformationsprozesses vor. Er charakterisiert seine drei Phasen als „Ausgangssituation“, „intermediäre Phase“ sowie als „Endzustand“. MERKEL (2005: 131f.) hingegen identifiziert zusätzlich noch die „Phase der Institutionalisierung der Demokratie“, die für ihn mit dem Inkrafttreten der Verfassung endet. Eine Aufteilung des Transformationsprozesses in sogar fünf Phasen findet man bei HÖHMANN (1997). Grundsätzlich ist jedoch zu allen drei Phasenmodellen zu bemerken, dass sie im Transformationsprozess einen Endzustand identifizieren, was jedoch in Frage zu stellen ist. So zeigt sich die Vorstellung der Definition eines Zeitpunktes X, an dem die Transformation beendet und der Endzustand erreicht sein soll, als schwer nachvollziehbar. Vor allem, da Transformation statt aus einem einzigen, homogenen Prozess, vielmehr aus mehrschichtigen Teilprozessen besteht. Diese Teilprozesse laufen auf unterschiedlichen Ebenen ab und sind durch unterschiedliche Geschwindigkeiten und Umsetzungstiefen charakterisiert. In diesem Zusammenhang sei nur auf die unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei der Umsetzung der einzelnen Kapitel der Beitrittsverhandlungen hingewiesen. So zeigen sich nach STADELBAUER (2000) die Teilprozesse der Transformation vor allem auf der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ebene.<sup>59</sup>

Die wirtschaftliche Ebene bezeichnet für STADELBAUER den „bewusste[n] [*Anm. d. Autors: womit er wie FASSMANN das aktivische Moment in der Transformation betont*] und von oben her initiierte[n] Übergang eines wirtschaftlichen Systems von einem Ordnungsrahmen in einen anderen“. In der Regel geschieht dies von einer Staats- und Plan- zu einer Marktwirtschaft. Auf der politischen Ebene gilt die Schaffung eines demokratisch und rechtsstaatlich orientierten Gesellschaftssystems, wobei

---

<sup>59</sup>CVIJANOVIĆ (2001: 9) unterscheidet vier Ebenen, wobei er die soziale Ebene durch die Rechts- und Verhaltensebene ersetzt bzw. erweitert.

über die damit „wachsende Liberalisierung (...) zugleich ein Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Dimension gegeben“ ist (STADELBAUER 2000). Der Grad erreichter Demokratisierung und das Maß gewährter Liberalisierung kann als Maßstab für eine Gruppierung der Transformationsstaaten herangezogen werden, wie es der Bertelsmann Transformationsindex (BTI) darstellt. Mit der expliziten Ausweisung einer sozialen Ebene erweitert sich der Begriffsumfang insbesondere um die Folgen der Transformation, die die von den Prozessen betroffene Bevölkerung als Untersuchungsgegenstand mit einbezieht. Hierzu gehören „einerseits die Möglichkeiten privatrechtlichen Wirtschaftens und die Wahrnehmung persönlicher Freiheiten, zugleich aber auch die Notwendigkeit eigenverantwortlichen Entscheidens, dessen Spielraum bei wirtschaftlicher Schwächung durch eine größere gesellschaftliche Verwundbarkeit eingeschränkt wird“ (STADELBAUER 2000). Soziale Polarisierung ist dabei zumindest vorübergehend ein wesentlicher Effekt der Transformation. Grundsätzlich sind die aufgeführten Transformationsebenen nicht isoliert zu betrachten, sondern es bestehen Interdependenzen innerhalb und zwischen den Ebenen, wobei dabei die Probleme der Simultanität, Reihenfolge und Dauer auftauchen. OFFE (1994: 57ff.) spricht dabei richtigerweise vom „Dilemma der Gleichzeitigkeit“.

Im Rahmen der Beschreibung der slowenischen Transformation bildet das Drei-Ebenen-Modell nach STADELBAUER die Grundlage, wobei seine politische und soziale Ebene durch die Begriffe „systemisch“ und „gesellschaftlich“ ersetzt werden. Dies bedeutet eine Erweiterung, im Sinne einer Einbeziehung u.a. der Aneignung der Funktionsweise des neuen Systems und der Übernahme der neuen Denkweise. Definitorisch wird im Kontext der Studie Transformation als die prozesshafte Entwicklung von einem sozialistischen, planwirtschaftlichen zu einem demokratischen, marktwirtschaftlichen System westeuropäischer Prägung verstanden, die durch gleichzeitigen und radikalen politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und institutionellen Wandel gekennzeichnet ist, wobei dieser Wandel im Falle Sloweniens durch die erstmalige Bildung und Etablierung eines souveränen Nationalstaates noch erweitert wird.

### 3.1.2 Die geographische Transformationsforschung

Die geographische Transformationsforschung bezeichnet ein nach der politischen Wende 1989/90 entwickeltes Forschungsfeld, deren selbstgestellte Aufgabe die Erfassung, Analyse und ggf. Prognose der „Komplexität des politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und institutionellen Wandels nach dem Zusammenbruch eines politischen Systems in einer raumbezogenen Betrachtungsweise“ ist (MIGGELBRINK 1997: 104). Zusätzlich zu den komplexen Definitionen von Transformation und Transition (vgl. 4.1.1) werden innerhalb der geographischen Forschung die Begriffe „sozialer Wandel“ und „Strukturwandel“ oftmals mit Transformation gleichgesetzt. Dabei bestehen jedoch auch hier beträchtliche inhaltliche Unterschiede. Im Gegensatz zu einem graduellen sozialen Wandel, der kontinuierlichen Veränderung der Sozialstruktur, wohnt der Transformation die schlagartige und radikale Änderung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen inne.<sup>60</sup> Eine ähnliche Diskrepanz ist beim oft verwendeten Synonym „Strukturwandel“ zu identifizieren. Dieser ist in der geographischen Forschung ein seit langem gängiger und zugleich mehrdeutiger Begriff<sup>61</sup>, der jedoch vor allem zur Beschreibung der westeuropäischen Veränderungsprozesse im Rahmen des Überganges von industriegeprägten zu dienstleistungsgeprägten Gesellschaften genutzt wird. Er lässt jedoch die Dauer der Veränderungsprozesse offen und vernachlässigt die politische Dimension des Übergangs vom Plan zum Markt völlig. Gerade diese Vernachlässigung der politischen Dimension wird begrifflich noch weiter getrieben, wenn Transformation „lediglich als zeitlich verschobene Modernisierungsentwicklung, oder als Nachholen einer postfordistischen Etappe“ angesehen wird (FASSMANN 1997: 30f). Somit impliziert jede Darstellung, die die in Ostmitteleuropa abgelaufenen Prozesse nur als „sozialen Wandel“, „Strukturwandel“, „nachholende Modernisierungsprozesse“ oder aber auch „Transition“ etikettiert, eine Normalität, die eine problematische Unterbewertung von Umfang und Intensität der im Zusammenhang ihrer historischen Bedeutung auftretenden Prozesse darstellt.

---

<sup>60</sup>Vgl. u.a. REISSIG 1994; KOLLMORGEN 1994; STREIT 1997; STOJANOV 2001; PFAFFENBACH 2002; WEBER 2002.

<sup>61</sup>Vgl. u.a. KAUFMANN 1967; SCHAFFER 1969.

Die geographische Transformationsforschung zeichnet sich seit Ende der 1990er Jahre durch ihren sehr starken Regionalbezug aus. Dabei wird von vielen Geographen eine „Grand Theory“ der Transformationsforschung abgelehnt (WARDENGA 1999, zit. nach OSMANOVIČ 1999) und die Geographie auf die Entwicklung der Regionalkompetenz verpflichtet (ASCHAUER 1999, zit. nach OSMANOVIČ 1999). Diese Betonung des individuellen Charakters jeder Transformationen ist nach Auffassung ASCHAUERS auf die „in Geographiekreisen endemische Immunsierungsstrategie gegen unliebsame Theorie, ja Theoriearbeit überhaupt“ zurückzuführen. Dabei verstellt die Betonung des individuellen Charakters jedoch den Blick auf die verbindenden Gemeinsamkeiten der Transformationen der 1990er Jahre sowohl hinsichtlich der historischen Gleichzeitigkeit als auch hinsichtlich deren Ursachen und Verläufe. Die Transformationen der 1990er Jahre in Mitteleuropa, Asien und im südlichen Afrika sind, wie es der amerikanische Politikwissenschaftler HUNTINGTON darstellt, als ‚dritte Welle‘ (HUNTINGTON 1991: 5) ein Teil der Transformationen des 20. Jh.<sup>62</sup> Ihr Ausgangspunkt war in allen Fällen ein instabiles Gesellschaftssystem, das durch Reformen nicht mehr funktionsfähig gehalten werden konnte. Somit kommt geographischer Transformationsforschung nach OSMANOVIČ (1999) in einer interdisziplinären Arbeit die Aufgabe zu, „entweder Transformationen vorherzusagen (etwa in China oder Kuba), Sequenzen innerhalb des Transformationsprozesses zu erklären oder aber nach erfolgreicher Transformation [Anm. d. Autors: es gilt jedoch zu klären, wann eine Transformation als erfolgreich angesehen werden kann] neue durch die Transformation ausgelöste Veränderungen darzustellen“. Dabei sind jedoch soziale Rahmenbedingungen der Transformation ebenso wie ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft impliziert. Meist geht es darum, „sich ändernde räumliche Grundmuster zu erfassen, die im weitesten Sinne mit den Begriffen Standortverteilung, Landnutzung und Aktionsraum umschrieben werden“ (STADELBAUER 2000). Diese recht allgemein gehaltene Beschreibung macht die meist erheblichen räumlichen Auswirkungen von Transformationsprozessen nur unzureichend deutlich.

---

<sup>62</sup>HUNTINGTON teilt in seinem Werk „Huntington’s Third Wave“ (1991) die Demokratisierungswellen seit dem 19. Jh. in drei Wellen und zwei autokratische Gegenwellen ein, wobei er die Transformationen zwischen 1974 und 1990 in „seiner“ dritten Welle zusammenfasst.

Innerhalb der wirtschaftsgeographischen Regionalanalyse von Industrie, Dienstleistungen und Landwirtschaft identifiziert STADELBAUER (2000) die größten themenbezogenen Defizite in der fast gänzlich fehlenden detaillierten Regionalanalyse und sagt: „Hier wäre auf einer Mesoebene unterhalb gesamtstaatlicher Betrachtung ein wesentlicher Trumpf geographischer Arbeit einsetzbar, nämlich die räumlich differenzierende Betrachtungsweise, die unterschiedliche Raummuster als Ergebnis differenzierter Einflussgrößen und verschiedener Akteure interpretiert.“ Die vorliegende Arbeit will mit der Analyse der seit Erlangung der Unabhängigkeit stattgefundenen und noch stattfindenden Veränderungsprozesse der Beispielregionen im Nordosten Sloweniens einen Beitrag zur Behebung dieses Forschungsdefizites leisten.

### **3.2 Der Zusammenbruch der SFR Jugoslawien und die Etablierung eines neuen Staates**

In der historischen Rückschau lässt sich die These aufstellen, dass der jugoslawische Verklammerungsversuch kulturell sehr differenter Ethnien schon vor seinem Zerfall zentripetalen Kräften ausgesetzt war, die im Grundsatz lange bekannt waren. Dies wurde von ALTMANN in GNEUSS & GROTHEN (1979: 143) schon vor Jahrzehnten originell, wenn auch nicht ganz zutreffend beschrieben als „ein Land (...) in dem in zwei Schriften geschrieben (lateinisch und kyrillisch) und in drei Sprachen gesprochen wird (serbo-kroatisch, slowenisch und makedonisch), in dem vier Religionen verbreitet sind: die orthodoxe, katholische, islamische und protestantische; in dem fünf Nationen leben: Serben, Kroaten, Slowenen, Mazedonier und Montenegriner – und schließlich als ein Land, das in sechs Republiken [*Anm. d. Autors: vgl. Karte 12*] aufgegliedert ist: Slowenien, Kroatien, Bosnien und die Herzegowina, Montenegro, Serbien und Mazedonien“. Dabei bleibt in dieser Auflistung das „Vergessen“ der Albaner als Ethnie ebenso unberücksichtigt, wie die Tatsache, dass man heute nicht mehr von einer serbo-kroatischen Sprache ausgehen kann, sondern diese vielmehr als zwei nahe verwandte Sprachen einzustufen hat. Im Endeffekt bedeutete dies jedoch nur den Rahmen für die Kräfte, die den Zusammenbruch der SFR Jugoslawien primär auslösten.



Karte 12: Die SFR Jugoslawien vor dem Zusammenbruch 1991



Und doch bildet der Zusammenbruch der SFR Jugoslawien nur eine Facette eines weitaus umfangreicheren Prozesses im Rahmen der größten Umbruchsphase nach dem Zweiten Weltkrieg. So lassen sich in diesem Zusammenhang die beteiligten Staaten nach ihren charakteristischen Umbruchmerkmalen wie folgt typologisieren:

- Typ 1: Auflösung
- Typ 2: Trennung (Tschechoslowakei)
- Typ 3: Reaktivierung ehemaliger Staaten (Baltikum)
- Typ 4: Entstehung neuer Staaten (Kroatien, Bosnien-Herzegowina und FYROM)

Dem Typ 1 sind die SFR Jugoslawien und die UDSSR zuzuordnen, die sich während der letzten Dekadenwende des 20. Jh. auflösten. Die DDR hat sich ebenfalls aufgelöst, bildet jedoch einen Spezialfall, da es kein Staatenbund war und in der BRD aufging. Das klassische Beispiel für einen Staat von Typ 2 bildet die Tschechoslowakei, die sich in die Tschechische und Slowakische Republik getrennt haben. Für den Typ 3, der Reaktivierung ehemaliger Staaten, sind die drei baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland beispielhaft zu nennen, die nach der Auflösung der UDSSR ihre einstmalige Souveränität wiedererlangten. Dem abschließenden Typ 4 sind die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und FYROM zuzuordnen.

### **3.2.1 Sloweniens Position und Rolle innerhalb der SFR Jugoslawien**

Grundsätzlich hatte Slowenien der jugoslawischen Verfassung nach keinerlei Sonderstellung innerhalb der SFR Jugoslawien. Und doch führte es, zusammen mit Kroatien, die politische Deklaration der SFR Jugoslawien von der „Gleichheit und Brüderlichkeit“<sup>63</sup>, die nach dem Willen der Staatsführung ebenso für die Ökonomie Gültigkeit besaß, ad absurdum. Mit dem Übergang in die Phase<sup>64</sup> des sogenannten Selbstverwaltungssozialismus 1950, der maßgeblich von dem slowenischen Ideologen EDVARD KARDELJ (vgl. ZÜRRER 1989) entwickelt wurde, erlebte die SFR Jugoslawien zunächst einen wirtschaftlichen Aufschwung, der bis zum Beginn der 1960er Jahre Wachstumsraten von bis zu 17,3 % generierte (vgl. LOHOFF 1996). Gleichzeitig mit dem wirtschaftlichen Aufschwung zeigten sich jedoch auch die ersten ökonomischen Probleme: Inflation und eine defizitäre Außenhandelsbilanz (vgl. THÖRNER 1999; CONERT 1982). Ebenso stieg die Zahl der im Ausland, hauptsächlich in Westdeutschland, Arbeitssuchenden von 15.000 (1960) auf 300.000 (1965) dramatisch an und fand 1973 mit 860.000 schließlich seinen Höhe-

---

<sup>63</sup>Der folgende jugoslawische Witz illustriert deutlich die Diskrepanz zwischen politischem Wunschdenken und der Realität. „Frage: Genossen, wann ist in Jugoslawien Sozialismus? Antwort: Wenn zum ersten Mal ein Slowene den Wein für den ganzen Tisch bezahlt, wenn Kroaten und Serben Brüder werden, wenn die Bosnier Lesen und Schreiben lernen, wenn sich der erste Montenegriner totgearbeitet hat und wenn der erste Makedonier gefunden wird, der beim Wiederaufbau des erdbebenzerstörten Skopje mitgeholfen hat. Also, niemals.“ (QUELLE: ehem. Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Forschungsschwerpunkt Balkan)

<sup>64</sup>Zur Phasenaufteilung in der SFR Jugoslawien vgl. u.a. WEBER 2002.

punkt (LOHOFF 1996: 87). Dem Druck der zunehmenden Zahl an Beschäftigungssuchenden in der SFR Jugoslawien war somit ein Ventil gegeben. Des Weiteren entwickelten sich die Überweisungen der jugoslawischen Gastarbeiter zur wichtigsten Devisenquelle und trugen entscheidend zum Ausgleich der hochdefizitären Zahlungsbilanz des Landes bei. Die Wirtschaftsreform von 1965, mit der Einführung der sozialistischen Marktwirtschaft, bedeutete de facto einen Teilsieg der entwickelten Republiken Slowenien und Kroatien über die restlichen vier. In der Rückschau lässt sich feststellen, dass die eingeführte sozialistische Marktwirtschaft auf den gleichen Mechanismen und der gleichen inneren Logik wie die Marktwirtschaft westlicher Prägung, nämlich der Verfolgung eigener Interessen beruhte. Schon Mitte der 1960er Jahre war das Nord-Süd-Gefälle zwischen den „reichen“ Republiken im Norden und den „armen“ im Süden kaum zu übersehen.

Doch gerade Slowenien hat in den Anfangsjahren der SFR Jugoslawien von der geographischen Nähe zu den westlichen Absatzmärkten, und vor allem von dem kulturellen, wirtschaftlichen und industriellen Erbe aus der k.u.k.-Monarchie profitiert und etablierte sich als industrieller Produktionsstandort. Infrastruktur, Institutionen und Humanressourcen sind innerhalb der Habsburger Monarchie in Slowenien aufgebaut worden und konnten nach deren Zusammenbruch weiter genutzt werden. So wurde beispielsweise in Maribor, an der Eisenbahnverbindung zwischen Wien und Triest die Eisenbahnindustrie etabliert. Innerhalb der SFR Jugoslawien wurde Maribor zum Nukleus der Stahl- und Maschinenbauindustrie, zu dem u.a. zwei Stahlwerke und der größte Fahrzeughersteller TAM zählten, der nicht nur die Jugoslawische Volksarmee (JVA), sondern auch andere blockfreie Staaten u.a. mit Militärgütern belieferte. Slowenien war somit, im Vergleich zu den anderen Republiken, schon industrialisiert und auch die notwendigen institutionellen Strukturen, wie z.B. Verwaltungen wurden unter der k.u.k.-Herrschaft aufgebaut und konnten von der SFR Jugoslawien genutzt werden. Zusätzlich zu diesen Rahmenbedingungen lassen sich auch die vorhandenen Humanressourcen aufzählen. Die Slowenen waren durchschnittlich besser ausgebildet und galten bzw. gelten auch weiterhin als fleißig, pünktlich und diszipliniert.

Obwohl die Slowenen nur ein Achtel der gesamten jugoslawischen Bevölkerung ausmachten, erwirtschafteten sie fast ein Drittel der Gesamteinnahmen (QUELLE: hohe Vertreterin des diplomatischen Corps). Dabei ist jedoch festzuhalten, dass „die wirtschaftliche Potenz Sloweniens u.a. auch auf montenegrinischem Erz, bosnischer Kohle, serbischen Hilfsarbeitern und den Aufträgen der jugoslawischen Volksarmee beruhten. Diese Tatsache wird in Slowenien bis heute gerne vergessen, wenn auf die hohen Transferleistungen bzw. die Zahlungen in den Entwicklungsfonds hingewiesen wird, die Slowenien an Belgrad zu leisten hatte. Noch heute ist es gängige Meinung in Slowenien, dass man von Belgrad, also von Serbien, ausgenommen wurde und die slowenischen Zahlungen dazu genutzt wurden, Autobahnen für die Bauern in Serbien zu bauen (QUELLE: ehem. Mitarbeiter der SWP, Forschungsschwerpunkt Balkan, im folgenden Balkanexperte).

Die politisch gewollte Akzentuierung der Schwerindustrie in Slowenien konnte jedoch alternative Entwicklungen nicht dämpfen. Als Beispiele seien hier der Haushaltswarenhersteller Gorenje, der Sportartikelhersteller ELAN und der Textilhersteller MURA zu nennen, die nicht nur für den jugoslawischen Markt produzierten, sondern ihre Produkte weltweit exportierten. Slowenien konnte sich mit seiner wirtschaftlichen Potenz eine begrenzte politische Freiheit erkaufen. Es war ein Vorreiter im Modernisierungsprozess und der Liberalisierung des bestehenden jugoslawischen Systems. Eine Modernisierung wurde von den politisch Verantwortlichen beabsichtigt, als sie mit der Verfassung von 1974 die sechs Republiken und zwei autonomen Provinzen zu den eigentlichen Trägern der Souveränität mit weitgehenden Rechten erhoben. Diese sah sogar – unter bestimmten Bedingungen – die Möglichkeit einer Unabhängigkeitserklärung und Ablösung von der Föderation vor. Die neue Stärke der Republiken und Provinzen wurde durch das Konsensprinzip im Parlament verankert. Ziel der Verfassung war die Implementierung eines kreativen Wettbewerbs unter den einzelnen Republiken. „Doch frei nach GOTTFRIED BENN, dass das Gegenteil von Schlecht nicht immer Gut, sondern oft nur gut gemeint ist“ (QUELLE: Balkanexperte), erreichte man mit den Reformen nur eine Verachtfachung der Staats- und Parteibürokratien. Diese Verfassung wird als

Anfang vom Ende der SFR Jugoslawien angesehen, obwohl dies erst zum Ausklang der 1980er Jahre offenkundig wurde.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Slowenien eine besondere Rolle innerhalb der SFR Jugoslawien zugesprochen wird (QUELLE: alle Interviews). Seine geographische Lage, seine mitteleuropäische Vergangenheit, die Beherrschung der Sprachen der Nachbarländer, seine homogene Bevölkerungsstruktur, sowie politische Rahmenbedingungen ermöglichten Slowenien die Etablierung seiner westlichen Orientierung und wirtschaftlichen Potenz im Vergleich zu den anderen Republiken.

### 3.2.2 Der Zerfall der SFR Jugoslawien

Der Tod von JOSIP BROZ TITO am 4. Mai 1980 leitete sichtbar den letzten Akt um die Einheit<sup>65</sup> der SFR Jugoslawiens ein. Mit ihm verlor Jugoslawien seinen mächtigen politischen Begründer und Garanten seiner Einheit. Zwei Faktoren beschleunigten den wirtschaftlichen Zusammenbruch: die Auslandsverschuldung und die Inflation. Zwischen 1971 und 1980 wuchs die Außenverschuldung jahresdurchschnittlich um ca. 23 % und erreichte Anfang der 1980er Jahre eine Höhe von fast 20 Mrd. US-Dollar (CONERT 1982: 108; vgl. auch ZÜRRER 1989: 8ff.). Gleichzeitig stieg die Inflationsrate merklich. Lag sie 1970 noch bei 11 % und 1971 bei 18 %, so überschritt sie 1975 die 25 %-Marke mit steigender Tendenz (LOHOFF 1996: 108). 1980 lag sie bei über 45 %. Der kreditfinanzierte Aufschwung der 1970er Jahre zeigte bereits Anfang der 1980er seine volle Wirkung. 1982 war Jugoslawien nicht mehr imstande, die Mittel für Tilgung und Zinszahlung in Höhe von 4,8 Mrd. US-Dollar aufzubringen, was zum Verlust der Kreditbonität führte (CONERT 1988: 187f.). Die Pro-Kopf-Verschuldung Jugoslawiens betrug 1986 mit 833 US-Dollar deutlich mehr als die von Polen (752 US-Dollar) und von Rumänien (491 US-Dollar) (LOHOFF 1996: 111). Trotz der Anstrengungen der jugoslawischen Stabilisierungspolitik konnte die Inflationsrate nicht reduziert, werden und sie strebte seit Beginn

---

<sup>65</sup>JOSIP BROZ TITO soll die komplizierteste Staatsschöpfung des 20. Jahrhunderts so charakterisiert haben: „Ich regiere ein Land mit zwei Alphabeten, drei Sprachen, vier Religionen und fünf Nationalitäten, die in sechs Republiken leben, von sieben Nachbarn umgeben sind und mit acht Minderheiten auskommen müssen.“ ([www.lpb.bwue.de/aktuell/puu/3\\_97/puu973e.htm](http://www.lpb.bwue.de/aktuell/puu/3_97/puu973e.htm) 13.05.2006)

der 1980er Jahre immer neuen Höhepunkten zu: 1986 überschritt sie die 100 %-Marke und betrug 1987 offiziell 167 % (DJEKOVIC 1988: 177). Parallel zur steigenden Inflationsrate entwickelte sich die Arbeitslosenzahl, die schon Anfang der 1980er Jahre die Millionengrenze überstieg. Die ökonomische Polarisierung (vgl. Tab. 3) der SFR Jugoslawien zeigte sich auch hier, denn während in Slowenien 1987 die Arbeitslosenquote nur 1,9 % betrug, wies der Kosovo mit über 30 % die höchste Arbeitslosenquote des Landes auf (DJEKOVIC 1988: 177). In jenem Jahr standen der Kosovo, Mazedonien und Montenegro vor dem Bankrott, u.a. weil sich die vergleichsweise weiterentwickelten Republiken Slowenien und Kroatien zunehmend weigerten in den gemeinsamen Entwicklungsfond einzubezahlen und ihre Zahlungen 1988 endgültig einstellten. Die Schere zwischen den nördlichen und südlichen Republiken war nunmehr unüberbrückbar geworden: Während das Brutto-sozialprodukt pro Kopf in Slowenien 1947 dreimal höher war als im Kosovo, war es 1980 bereits siebenmal so hoch. 1988 betrug das Pro-Kopf-Einkommen im Kosovo wenig mehr als ein Neuntel des slowenischen, somit entsprach die Bruchlinie zwischen entwickelten und unterentwickelten Regionen ziemlich genau den Grenzen zwischen dem früheren Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich (für weitere ausgewählte Angaben vgl. Tab. 3).

Diese negativen Entwicklungen gipfelten Ende der 1980er Jahre in einer großen Streikwelle<sup>66</sup> und in den Plädoyers der Republiken Slowenien und Kroatien für einen jugoslawischen Staatenbund und einer weitgehenden Weltmarktintegration und Anbindung an die EG (vgl. ANALYSE UND KRITIK 1992). 1989 setzte sich bei der Wahl zum neuen Ministerpräsidenten der Kroatie ANTE MARKOVIČ als Wunschkandidat Sloweniens und Kroatiens durch, der unter dem Namen „Sozialismus neuen Typs“ einen neuen Kurs einschlug. De facto bedeutete dieser Kurswechsel ein strenges marktwirtschaftliches Schockprogramm und den Abschied vom Selbstverwaltungssozialismus. Ab Ende 1989 wurden in allen Bereichen der jugoslawischen Ökonomie Negativrekorde erreicht: Im September 1989 sprengte die Inflationsrate die 1000 %-Grenze und geriet vollends außer Kontrolle (LOHOFF 1996:

---

<sup>66</sup>Im Jahr 1987 erreichten die Streiks mit 196.000 Teilnehmern bei insgesamt 1.262 Streiks einen Höhepunkt (THÖRNER 1999: 98).

125). Das im Dezember, mit Unterstützung des IWF, eingeleitete „Antiinflationprogramm“, ließ die Inflationsrate bis Juni 1990 auf Minus 0,3 % abstürzen (CHOSSUDOVSKY 1999, zit. nach HOFBAUER 1999b: 226), was u.a. zu enormen Exporteinbußen (74 %) vor allem in den nördlichen Republiken führte. Anfang März 1990 standen 2.760 Firmen mit 1,1 Mio. Mitarbeitern in Konkurs (HANDELSBLATT 09.03.1990). Im September 1990 konnten, Schätzungen des IWF und der Weltbank zufolge, 1,9 Mio. der insgesamt 2,7 Mio. jugoslawischen Industriearbeiter als „überflüssige“ Arbeitskräfte eingestuft werden (vgl. THÖRNER 1999: 108). Im Januar 1991 bemächtigte sich MILOŠEVIĆ ohne Absprache mit der jugoslawischen Bundesregierung der Notenbank und ließ für umgerechnet 1,8 Mrd. US-Dollar Dinar drucken, um damit ausstehende Löhne von Staats- und Gemeindebediensteten zu bezahlen (HOFBAUER 1999a: 57). Das war der „Todesstoß“ für den IWF-Sanierungsplan, der gerade auf Geldverknappungspolitik und Lohnkürzungen beruhte. Die Reaktion des IWF war die Rücknahme zugesagter Zahlungen in Höhe von 4 Mrd. US-Dollar und gepaart mit der Verweigerung der Auszahlung eines Stand-by-Kredits von 2,5 Mrd. US-Dollar durch die OECD, Weltbank und EG (LOHOFF 1996: 146), bedeutete spätestens dies den Verlust jeglicher finanzieller Grundlagen der SFR Jugoslawien, womit es de facto nur noch formal existierte.

Tab. 3: Ausgewählte Angaben über einzelne Republiken der SFR Jugoslawien

Ex-Republik	Fläche in km <sup>2</sup>	Beschäftigte auf Tsd. Ew. (1969)	Beschäftigte auf Tsd. Ew. (1979)	Ew. in Mio. (1990)	BIP/Kopf in \$ (1990)	Ind.-Prod. 1991 zu 1990	Bruttoverschuldg. in Mio.*
Bosnien-Herzegowina	51.129	135	191	4,52	1.600	-24,0	1.677
Kroatien	56.538	212	298	4,69	3.400	-28,5	2.994
Mazedonien	25.713	154	222	2,13	1.400	-17,0	761
Slowenien	20.251	308	427	1,95	5.500	-12,4	1.788
<b>Restjugoslawien</b>							
Serbien**	88.361	180	257	9,88	2.200	-18,0	4.869
Kosovo	10.887	81	107	1,98	730	-20,0	726
Vojvodina	21.506	205	273	205	3.250	-14,0	841
Montenegro	13.812	144	205	0,64	1.700	-13,0	597
<b>Altjugoslawien</b>	255.804	183	253	23,81	2.600	-20,0	16.295***

\*Stand September 1990, ohne Aufteilung der nicht direkt zuzuordnenden Schulden auf Bundesebene (3.600 Mio. US-Dollar).

\*\*inklusive Kosovo und Vojvodina

\*\*\*Stand Ende Dezember 1991: 15.630 Mio. US-Dollar, davon rund 3.000 Mio. auf der ehemaligen Bundesebene; 1990 betrug die gesamte Auslandsverschuldung 20.690 Mio. US-Dollar.

Quelle: Eigene Darstellung nach DOMASCHKE & SCHLIEWITZ (1994).

### 3.2.3 Komplikationen bei der Etablierung Sloweniens

In der oben beschriebenen Phase des wirtschaftlichen Totalkollapses wurde es immer offensichtlicher, dass die SFR Jugoslawien vor der politischen Auflösung stand und ein Verbleib in dem zunehmend von Serbien dominierten Staatenbund nicht mehr tragbar war<sup>67</sup>. Der Wunsch Sloweniens nach Unabhängigkeit wurde immer stärker und als eine überlebenswichtige Notwendigkeit empfunden, nachdem die von Slowenien und auch von Kroatien präferierte Umwandlung der SFR

<sup>67</sup>Für weitere, detailliertere Informationen hinsichtlich der politischen, ökonomischen und sozialen Lage in der SFR Jugoslawien, die den Rahmen für Sloweniens Unabhängigkeitsbestrebungen bildete vgl. u.a. MRAK ET AL. 2004.



Jugoslawien von einer Föderation in eine Konföderation (vgl. JANŠA 1994; JUNGE WELT 2004) im jugoslawischen Kongress von einer serbisch dominierten Mehrheit niedergestimmt worden war (TAZ 24.01.1990). Anfänglich war jedoch nicht die Unabhängigkeit das Ziel Sloweniens, sondern vielmehr die Demokratisierung der SFR Jugoslawien. JANEZ DRNOVŠEK (Ex-Präsident des jugoslawischen Präsidiums und Ex-Ministerpräsident Sloweniens, sowie derzeitiger Staatspräsident) äußerte sich 2000 dazu wie folgt: „I brought to the Yugoslav presidency the general feeling of the Slovenian people: the desire for more economic efficiency, democratization and European integration, as well as their fears.“ Nachdem dieses Ziel nicht mehr realisierbar war, traf Slowenien die Entscheidung zur Abspaltung. Die politische Entscheidung zur Eigenstaatlichkeit hatte ihren gewichtigsten Grund im ökonomischen Exodus der SFR Jugoslawien, denn „die ökonomisch am stärksten entwickelte jugoslawische Republik wollte ihr Schicksal nicht länger mit dem Balkan verbinden“ (JUNGE WELT 2004: 37). Folgerichtig fanden im Frühjahr 1990 sowohl in Slowenien als auch in Kroatien die ersten Wahlen mit mehreren Parteien statt. In beiden Republiken gewannen die nationalistisch ausgerichteten Parteien, die sich klar vom jugoslawischen Sozialismus abgrenzten. In Slowenien erzielte das antikommunistische Zweckbündnis „DEMOS“ (Demokratične Opozicijske Stranke) die absolute Mehrheit. Entstanden ist das Bündnis aus dem gemeinsamen Ziel ein parlamentarisches politisches System zu schaffen, „in dem Parteien gleichberechtigt um die Gunst der Wähler werben könnten“ (JANŠA 1994: 36). Am 2. Juli 1990 verabschiedete das slowenische Parlament eine Deklaration, in der die staatliche Souveränität der Republik erklärt wurde, ohne jedoch formell die Unabhängigkeit zu verkünden. Danach sollte Slowenien in Zukunft seine eigene Außen-, Wirtschafts-, Rechts- und Informationspolitik betreiben können (vgl. BREY 1991). Den unbestrittenen Wendepunkt in der slowenischen Politik stellte das Plebiszit im Dezember 1990 dar, das den Wunsch und die Hoffnung der Slowenen nach Souveränität und Unabhängigkeit nunmehr eindeutig bestätigte. Parallel zum zunehmenden Druck der jugoslawischen Bundesregierung und der JVA, die vordergründig mit der Zurückbehaltung der slowenischen Rekrutierungslisten (vgl. JANŠA 1994) die Unabhängigkeit Sloweniens um jeden Preis verhindern wollten,

stellten sich im slowenischen Loslösungsprozess Schwierigkeiten ein. So stellte sich die rechtzeitige Verabschiedung des Grundgesetzes vor der geplanten Erklärung der Unabhängigkeit am 25. Juni 1991 als problematisch dar. Ebenso wurde es am 05. Juni 1991 offensichtlich, „dass es am 26. Juni kein neues slowenisches Geld geben würde“ (JANŠA 1994: 153). Dramatischer gestalteten sich die immer offensichtlicheren Vorbereitungen der JVA, die immer mehr zu einer von Serben dominierten JA wurde, für eine militärische Intervention im Falle der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens. „Am 25. Juni beschloss das Parlament die Verfassungsakte über die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Republik Slowenien, das Verfassungsgesetz zur Durchführung und die zwischen den Parteien abgestimmte Deklaration der Unabhängigkeit“ (JANŠA 1994: 163). Der slowenischen Regierung, allen voran der damalige Verteidigungsminister JANEZ JANŠA<sup>68</sup>, war bewusst, dass im Rahmen der Unabhängigkeit Maßnahmen zur Sicherung der Übernahme der Staatsgrenze, die Aufsicht über den Flugverkehr und den Zolldienst durchgeführt werden müssten. In der Kontrolle des Schlüsseldreiecks „Grenzübergänge-Zoll-Aufsicht über den Luftraum“ lag der Erfolg der Übernahme der tatsächlichen Macht (JANŠA 1994: 161ff.). Vor diesem Hintergrund wurde die JA u.a. von dem Auswechseln der Grenztafeln und Staatsfahnen an den Grenzübergängen schon am Abend des 25. Juni überrascht. Anstelle von SFR Jugoslawien war nun Republik Slowenien zu lesen. Noch in der Nacht zum 26. Juni wurden an der Grenze zu Kroatien, die im Vorfeld mit der kroatischen Führung abgesprochenen acht Grenzkontrollpunkte errichtet. Am 26. Juni um 11:10 Uhr erreichte das slowenische Nachrichtenzentrum als Reaktion ein Telefax von der Bundesregierung, welches die amtliche Kriegserklärung beinhaltete (JANŠA 1994: 164). Die jugoslawische Armeeführung nahm an, dass die vorhandenen Kräfte für das kleine Slowenien

---

<sup>68</sup>JANEZ JANŠA ist einer der wenigen slowenischen Politiker, der als Dissident bzw. Regimekritiker bezeichnet werden kann. Die Zeitschrift Mladina erlangte weltweit Berühmtheit, als sie 1989 geheime Militärdokumente veröffentlichte, aus denen hervorging, dass die Militärpolizei bürgerkriegstauglich gemacht werden sollte. Daraus entwickelte sich eine slowenische Spiegel-Affäre. JANEZ JANŠA, der die Geschichte aufgedeckt hatte, wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Im Frühjahr 1990 wurde er Verteidigungsminister der ersten demokratisch gewählten slowenischen Regierung. Nach der Proklamation der Unabhängigkeit am 25. Juni 1991 wurde der regimekritische Journalist als Organisator des militärischen Widerstands gegen die jugoslawische Bundesarmee im so genannten Zehn-Tage-Krieg populär. Seit den Wahlen Ende 2004 ist JANŠA Ministerpräsident Sloweniens.

ausreichen würden, um die slowenische Territorialverteidigung schnell zu besiegen. Zehn Tage später wurden die Kampfhandlungen eingestellt und die JA war de facto besiegt.<sup>69</sup> So unterschätzt, wiegte der erfolgreiche Widerstand der slowenischen Territorialverteidigung um so schwerer und selbst Admiral BRANKO MAMULA, der einstige Verteidigungsminister Jugoslawiens (zum Zeitpunkt des Krieges in Slowenien hatte VELJKO KADIJEVIČ diese Funktion inne) erklärte später: „Der Krieg in Slowenien hat deutlich gezeigt, wie disqualifiziert die Führung der Streitkräfte und wie schlecht die Operationen geplant waren. Deshalb konnte es auch geschehen, dass vergleichsweise kleine, von Amateuren befehligte Kräfte in diesem Krieg siegten<sup>70</sup>. Aufrichtig gesagt, die Geschehnisse in Slowenien haben mich wirklich überrascht“ (NEDJELJNA DALMACIJA 27.05.1992).

Am 3. Juli versuchte die EG erstmals Frieden herzustellen, was mit der Deklaration von Brioni einige Tage später schließlich auch gelang. Die Einheiten der JA begannen, wie vereinbart, mit dem Abzug aus Slowenien, und schon am 7. Juli setzte die Befriedung des Territoriums ein. Mit der Deklaration von Brioni begann ein festgelegtes dreimonatiges Moratorium. Der im Juli begonnene Rückzug der JA aus Slowenien wurde am 26. Oktober abgeschlossen. „Noch vor diesem Datum kehrte der letzte slowenische Soldat [*Anm. d., Autors: Abschluss des Entföderalisierungsprozesses der jugoslawischen Armee*] aus der JA nach Slowenien zurück. Slowenien führte seine Währung ein. Am 23. Dezember 1991 verabschiedete das Parlament eine neue, moderne, erste selbständige Verfassung. Am 15. Jänner [1992] fiel dann schließlich die Entscheidung über die internationale Anerkennung Sloweniens“ (JANŠA 1994: 7).

Doch der Anerkennungsprozess Sloweniens gestaltete sich im Vorfeld als sehr schwierig, da sowohl die EG als auch die USA lange Zeit die Lösung des Konfliktes innerhalb der politischen Integrität der SFR Jugoslawien favorisierten. So er-

---

<sup>69</sup>In dem Buch „Premiki – Die Entstehung des slowenischen Staates 1988-1992“ von JANEZ JANŠA beschreibt er umfassend die Umstände und Situation Sloweniens, die zur Unabhängigkeit und zum minutiös beschriebenen Verteidigungskrieg, sowie zur internationalen Anerkennung führten.

<sup>70</sup>Insgesamt starben etwa 60 Menschen während dieses Krieges, mehr als 150 wurden verwundet und ca. 2.600 verletzt. Dabei hatte die JA die größten Verluste zu beklagen (DJURIČ & BENGSCHE 1992: 166).

klärte der US-Außenminister BAKER am 21. Juni 1991 auf einer Pressekonferenz in Belgrad: „Wir wollen nicht, dass sich die Geschichte für Jugoslawien wiederholt (...) Wenn sich Slowenien in einigen Tagen unabhängig erklärt, werden wir diese Erklärung nicht anerkennen“ (HOFBAUER 1999a: 58). JANŠA bewertet dies in seinem Buch (1994: 102) wie folgt: „So hat also die stärkste Supermacht der Welt mit ihrer hochgepriesenen demokratischen und freiheitsliebenden Tradition der letzten kommunistischen Armee Europas grünes Licht für die Unterwerfung einer Nation gegeben, die nichts anderes wollte, als mit friedlichen Mitteln die Prinzipien der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zu erfüllen“. Doch schon im Juli distanzierte sich Deutschland von seinen EG-Partnern und Bundeskanzler Kohl betonte in einer kurzen Erklärung, dass er von nun an das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ als entscheidendes Kriterium der deutschen Politik im Jugoslawienkonflikt ansehe. Um eine Spaltung der EG zu verhindern stimmte Außenminister GENSCHER auf der eilig zusammenberufenen EG-Außenministersondersitzung dem Abkommen von Brioni zu, das eine dreimonatige Aussetzung, das sogenannte Moratorium, der Unabhängigkeitserklärungen vorsah (vgl. THÖRNER 1999). In diesen drei Monaten, in denen sich die Lage im jugoslawischen Krieg, der sich seit Juli aus Slowenien nach Kroatien verlagert hat, zunehmend zuspitzte, erhöhte die Bundesregierung den Druck auf ihre EG-Partner, Slowenien und Kroatien anzuerkennen. Am 23. Dezember erfolgte dann, trotz des heftigen Widerspruchs der EG-Partner, vor allem Frankreichs<sup>71</sup>, die Anerkennung durch die Bundesrepublik und am 15. Januar erfolgte schließlich die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens

---

<sup>71</sup>Ein Artikel unter dem Titel „Deutsche Balkanpolitik unter Beschuss“ in der „TAZ“ vom 21. Juni 1993 zeigte deutlich, dass HANS DIETRICH GENSCHER nicht nur List und moralischen Druck ins Spiel brachte, um seine EG-Kollegen zu überzeugen: „Nach Auskunft deutscher Diplomaten erreichte Bonn den Pariser Sinneswandel seinerzeit durch ‚übergroßes Verständnis‘ für die bis heute anhaltende französische Blockade eines GATT-Agrarkompromisses mit den USA. Die US-Regierung hatte damals mehrfach öffentlich die Erwartung geäußert, Kohl werde Mitterand zur Aufgabe dieser Blockade bewegen. (...) Die Bedenken Londons gegen die schnelle Anerkennung überwand KOHL und GENSCHER im Herbst 1991, indem sie dem Wunsch der Regierung MAJOR nach einer Ausnahmeregelung von den Sozialklauseln der Maastrichter Verträge zum Durchbruch verhelfen. Die Maastrichter Verträge wurden am 12. und 13. Dezember abschließend verhandelt – zwei Tage vor dem EG-Beschluss zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Die Zustimmung der vier ärmeren EG-Staaten Griechenland, Spanien, Portugal und Irland erreichte die Bonner Regierung durch Zusagen für erhoffte deutsche Zahlungen an den EG-Ausgleichsfonds. Entsprechende politische Gegengeschäfte gab es im Zusammenhang mit den Maastricht-Verhandlungen auch mit Italien und den Niederlanden“ (TAZ 21.06.1993).

durch die EG. Mit der Aufnahme in die Vereinten Nationen am 22. Mai 1992 wurde der Prozess der internationalen Anerkennung Sloweniens dann abgeschlossen.

So bleibt abschließend die Frage offen, ob die unilaterale Politik Deutschlands die treibende Kraft für die vergleichsweise rasche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens von der EG als souveräne Staaten war. Ebenso offen bleibt die Frage, ob eine spätere Anerkennung den vierjährigen Bürgerkrieg im restlichen Jugoslawien hätte verhindern oder zumindest seine Eskalation vermeiden können, wie von einigen Autoren behauptet (vgl. u.a. GÖBEL 1997). Der dritte offene Punkt bezieht sich auf die Beweggründe KOHLS und vor allem GENSCHERS, warum sie Deutschland diesen Weg haben einschlagen lassen. Zu letzterem äußerte sich ein Interviewpartner im Frühjahr 2005 nicht ohne Sympathie, dass der deutsche Sonderweg der „übersteigerten Hybris eines Mannes geschuldet ist, der maßgeblich an der historischen Wiedervereinigung Deutschlands beteiligt war“.

### **3.3 Besonderheiten der slowenischen Transformation(en) und ihre Defizite**

Im Folgenden werden anhand der differenzierten Betrachtung der systemischen, der ökonomischen und der gesellschaftlichen Transformation die Besonderheiten der slowenischen Prozesse herausgearbeitet und analysiert. Dabei wird jedoch neben den Transformationserfolgen der Fokus auf die Identifikation vorhandener Defizite bzw. Schwächen gelegt, die Slowenien zukünftig in seiner positiven Entwicklung bremsen könnten. Experten und Interviewpartner führen in diesem Zusammenhang u.a. die Stichworte „unzureichende Privatisierung“ und „alte Seilschaften“ auf, die ihrer Meinung nach vor dem Hintergrund der verspäteten inneren Transformation gesehen werden müssen. Die Transformationsprozesse Sloweniens standen von Beginn an unter dem politischen Ziel des EU-Beitrittes. Der lange Weg zum Beitritt bekommt somit in Kapitel 3.4 eine besondere Bedeutung und leitet die Beschreibung Sloweniens im Rahmen europäischer Strukturförderprogramme ein, an denen es partizipieren konnte und noch heute kann. Den thematischen Abschluss dieses Kapitels bildet die Beschreibung zweier ungelöster

Fragen zwischen Nachbarn, die im Zuge der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien aufgetreten sind.

### 3.3.1 Systemische Transformation: Die Überwindung der sozialistischen Ordnung

„Transformation bezieht vom Anspruch her auf der **politischen Ebene** in der Regel die Hinwendung zur Demokratie ein. Über eine damit wachsende Liberalisierung ist zugleich ein Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Dimension gegeben.“ (STADELBAUER 2000)

Die SFR Jugoslawien lässt sich systemisch nur schwerlich mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion vergleichen. Ein Merkmal des Sozialismus jugoslawischer Prägung war beispielsweise die vergleichsweise relative Offenheit gegenüber dem kapitalistischen Westen, die der Bündnisfreiheit des Landes geschuldet war. Innerhalb der SFR Jugoslawien hatte Slowenien zusätzlich u.a. die Vorteile die industrialisierteste und im geopolitischen Kontext, mit seiner geographischen Lage an der Grenze zu Italien und Österreich, die offenste Teilrepublik zu sein. Diese Faktoren bilden den Hintergrund, vor dessen Sloweniens systemische Transformation stattfand.

Die Slowenen, das bestätigte auch ein Großteil der Gesprächspartner, waren traditionell starke Befürworter des Sozialismus, auch wenn sie es heute selber nicht mehr so darstellen würden. Die ersten pluralistischen Tendenzen, eine Grundvoraussetzung für eine politische Modernisierung, zeigten sich Ende der 1970er Jahre im Aufkommen von gesellschaftlichen Subkulturen (z.B. die Punk-Subkultur), die als erste neue soziale Bewegungen charakterisiert werden können. Allgemein spielen soziale Bewegungen eine wichtige Rolle bei Transformationen, denn sie bilden den Nährboden für sozialen Protest und das Aufbegehren gegen die alte Ordnung. Laut FINK-HAFNER (2000: 11ff.) gehörte der soziale Protest zu den drei Hauptformen, die in Slowenien zur politischen Modernisierung geführt haben. Die zweite Hauptform beschreibt sie als Mobilisierung neuer sozialer Gruppen für spezifische politische Ziele, wie beispielsweise von Bauern, Handwerkern,

Privatunternehmern, der Jugend, der Religion oder ideologisch Andersdenkenden, die von dem monolithischen sozialistischen System an den Rand gedrängt wurden. Als dritte Form zur Modernisierung nennt FINK-HAFNER im Falle Sloweniens, Reformen von oben. Diese Modernisierung bildete mit Erlangen der Unabhängigkeit 1991 die Grundlage für ein neues politisches Regierungs- und Gesellschaftssystem. Bereits ein Jahr zuvor ging die sozialistische Einparteiherrschaft mit den ersten freien und pluralistischen Parlamentswahlen zu Ende und das Mehrparteiensystem wurde etabliert. Als Sieger ging die bürgerliche Mehrparteienallianz DEMOS hervor, die Slowenien innerhalb eines Jahres in die staatliche Souveränität führte. Ein Jahr nach der Unabhängigkeit wurde dann die neue slowenische Verfassung angenommen, die Slowenien letztlich auch formal zu einer parlamentarischen Demokratie<sup>72</sup> erklärte.

Das slowenische Parlament besteht aus einer „vollwertigen“ Kammer, der Staatsversammlung und dem Staatsrat als zweite Kammer, die nur die Rolle eines Beratungsorgans einnimmt. Dieses Modell wird in der Wissenschaft mehrheitlich als „unvollständiges Zweikammerparlament“ angesehen (ISMAYR 2004: 645). Der Staatsversammlung (Državni zbor) kommt die Gesetzgebungsgewalt zu und sie umfasst 90 Mitglieder, die für vier Jahre gewählt werden, wobei je ein Abgeordnensitz für die italienische bzw. ungarische Minderheit reserviert ist. Die zweite Kammer, der Državni svet, konstituiert sich aus 40 für fünf Jahre gewählte Abgeordnete, die sich wiederum aus kommunalen Vertretungen, sozialen Verbänden sowie Berufsverbänden rekrutieren. Diese Kammer soll „die strukturelle Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln“ (BUČAR 1998: 138). Zwar hat der Staatsrat im Gesetzgebungsprozess nur eine beratende Funktion, kann jedoch ein suspensives Veto<sup>73</sup> einlegen sowie die Einleitung von parlamentarischen Untersu-

---

<sup>72</sup>MERKEL (1999: 445f.) definiert parlamentarische Regierungssysteme wie folgt: „Das Parlament ist souverän sowohl bei der Wahl oder Abberufung der Regierung als auch in der Gesetzgebung. Das Staatsoberhaupt (direkt oder indirekt gewählter Präsident; Monarch) hat keine autonomen Befugnisse, in die Regierungsbildung einzugreifen oder das Parlament aufzulösen. Es besitzt keine unabhängigen Befugnisse, in den parlamentarischen Gesetzgebungsprozess einzugreifen“.

<sup>73</sup>Gegenüber dem absoluten Veto verliert das suspensive Veto seine Wirkung, wenn dasselbe oder ein neu gewähltes Parlament den ursprünglichen Beschluss, eventuell mit einer qualifizierten Mehrheit, wiederholt, oder nur das Inkrafttreten des Gesetzes verschiebt (<http://de.wikipedia.org/wiki/Veto> 05.10.2004).

chungen verlangen (Art. 97 Verf.<sup>74</sup>), und verfügt somit über eine wichtige Kontrollfunktion im politischen System der Republik Slowenien. Zusätzlich stellt er ein Korrektiv zum Mehrparteiensystem, wie es in der Staatsversammlung zum Tragen kommt, dar.

### **3.3.2 Ökonomische Transformation: Sloweniens Weg zur kapitalistischen Marktwirtschaft**

„Transformation ist ein Begriff auf einer **wirtschaftlichen Ebene**. Bezeichnet wird der bewusste und von oben her initiierte Übergang eines wirtschaftlichen Systems von einem Ordnungsrahmen in einen anderen, in der Regel von einer Zentralverwaltungs- zu einer Marktwirtschaft“ (STADELBAUER 2000).

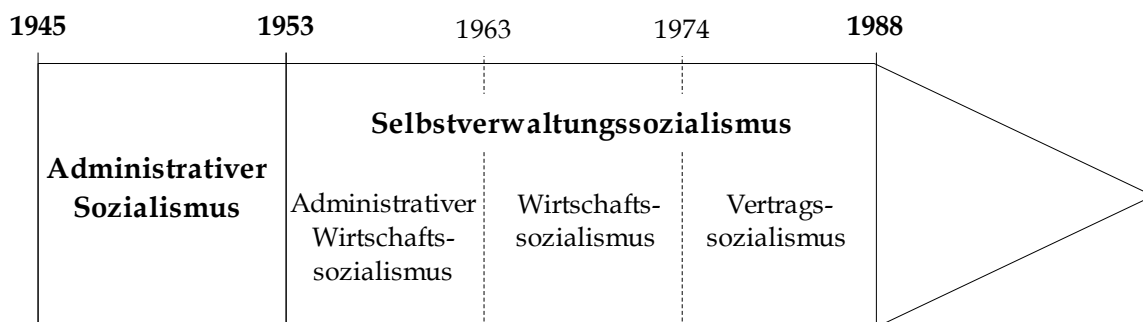
Es gibt drei Ebenen bzw. Merkmale der ökonomischen Transformation Sloweniens: von der slowenischen als Teil der jugoslawischen Wirtschaft zur slowenischen Nationalökonomie, von der sozialistischen Selbstverwaltung zur Marktwirtschaft und von der unabhängigen slowenischen Wirtschaft zur Integration in die EU. Dabei darf jedoch keinesfalls außer Acht gelassen werden, dass der slowenische Transformationsprozess nicht erst mit der Unabhängigkeit einsetzte, sondern es schon seit den 1950er Jahren innerhalb der SFR Jugoslawien ökonomische Reformen gab, die mit einer jeweiligen Neudefinition der politischen Rahmenbedingungen einhergingen. So identifiziert MENCINGER (2004: 68) nach 1945 in der SFR Jugoslawien vier ausgeprägte Formen des Sozialismus, wobei die letzten drei innerhalb des Selbstverwaltungssozialismus anzusiedeln sind (vgl. Abb. 4).

---

<sup>74</sup>Slowenische Verfassung vom 23.12.1993: [www.up-rs.si/eng/vsebina.php?vsebina=ustava\\_in\\_zakoni\\_o\\_pr\\_01](http://www.up-rs.si/eng/vsebina.php?vsebina=ustava_in_zakoni_o_pr_01) 05.10.2004.



Abb. 4: Die vier ausgeprägten Formen des jugoslawischen Sozialismus



Quelle: Eigene Darstellung 2006.

Der Vertragssozialismus, die letzte Sozialismusform vor dem Zusammenbruch der SFR Jugoslawien, wies sowohl den Markt als grundlegende Einheit des Mitteleinsatzes als auch die makroökonomische Politik als Mittel der indirekten Regulierung wirtschaftlicher Aktivitäten zurück. Stattdessen sollten diese durch andere Mechanismen, wie Sozialverträge, Vereinbarung zur Unternehmensselbstverwaltung und Sozialplanungen, ersetzt werden. Das Konzept wurde indes nie umgesetzt. Der Zusammenbruch des Vertragssozialismus und das politische Vakuum nach TITOS Tod 1980, sowie schwierige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, wie die Ölpreissteigerungen, setzten schon Anfang der 1980er Jahre eine Entwicklung in Gang, die letzten Endes in der tiefen ökonomischen, sozialen und politischen Krise der SFR Jugoslawien Ende der 1980er mündete. Erstmals vermochten die politischen Entscheidungsträger das System nicht auf die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen und den Sozialismus, wie in den Dekaden zuvor, neu zu definieren. Mit Hilfe von Reformen wurde versucht die Wirtschaft zu stärken<sup>75</sup>. Den politischen und ideologischen Kollaps des Sozialismus und der Föderation konnten sie jedoch nicht verhindern. Und doch bildeten diese Reformen – Dezentralisierung, Preisliberalisierung, Öffnung nach außen und Eigentumsdiversifikation (d.h. keine vollständige Verstaatlichung von Grundbesitz, sondern die Einführung des agrarischen Maximums von 10 ha Eigenbesitz) – eine wichtige Voraussetzung und Grundlage für die ökonomische Transformation, die in Slowenien nach der Loslösung eingesetzt hat. Dabei sind drei Merkmale kennzeichnend: Zum einen wählte Slowenien einen gradualistischen Ansatz. Zum

<sup>75</sup>Für nähere Informationen vgl. MENCINGER 2004.

zweiten wurde die Transformation von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft begleitet durch die Transformation von einer Regional- in eine Nationalökonomie und zum dritten erbt Slowenien von der SFR Jugoslawien eine einzigartige Unternehmensbesitzerstruktur, die auf der Selbstverwaltung fußt (MRAK ET AL. 2004: xx).

Neben der relativ starken wirtschaftlichen Ausgangsposition Sloweniens gehörte der Verlust des jugoslawischen Marktes und die instabile politische Situation in der ersten Phase der Unabhängigkeit zu den zentralen Gründen, die für die Wahl des weitgehend gradualistischen und gegen den sogenannten „big bang“ Ansatz sprachen (MRAK ET AL 2004: xxii). Dieser verhinderte bzw. milderte die in den anderen sozialistischen Nachfolgestaaten stattgefundenen Schocktherapie und übertriebene Liberalisierung weitgehend ab. Mit dem Ende 1992 verabschiedeten „Ownership Transformation Act“ wurde eine Kombination von Dezentralisierung, Gradualismus und diversifizierter Privatisierungsmethoden sowie die freie Verbreitung von Vouchern gewählt (MENCINGER 2004: 77). Der gradualistische Ansatz wurde auch in der Transformation des Finanzsektors angewandt. Doch obgleich die Sanierung des Bankensektors relativ rasch vollzogen wurde, kam die Privatisierung der staatseigenen Banken sehr spät auf die wirtschaftspolitische Tagesordnung. So hält im Frühjahr 2006 der Staat bei der Nova Ljubljanska Banka (NLB) weiterhin 45 % der Anteile, gefolgt von der KBC, einer belgischen Banken- und Versicherungsgruppe, mit 34 %. Führende Politiker fordern jedoch eine starke Reduzierung des Staatsanteils auf bis zu 25 % (DNEVNIK 16.03.2006), um die begonnene Privatisierung weiterzugehen.<sup>76</sup>

---

<sup>76</sup>Ein Reformkomitee der Regierung hat vorgeschlagen, staatliche Beteiligungen innerhalb von drei Jahren auf einen Anteil von maximal 10 % zu reduzieren. Nur wenn das Unternehmen von herausgehobenem nationalem Interesse ist, soll die öffentliche Hand 26 % halten können. Aber obwohl das im Herbst 2004 neu gewählte Mitte-Rechts-Kabinett unter Premier JANEZ JANŠA bei seinem Amtsantritt Ende 2004 eine forcierte Privatisierung angekündigt hat, erscheint eine Realisierung noch 2006 als nicht sehr wahrscheinlich. Der Grund: Um den Euro 2007 einzuführen, muss Slowenien die Geldmenge kontrollieren und ist daher an hohen Devisenzuflüssen aus dem Ausland nicht sehr interessiert DESLO: [www.dihk.si/downloads/Wirtschaftsstruktur\\_2006\\_RA\\_0506.pdf](http://www.dihk.si/downloads/Wirtschaftsstruktur_2006_RA_0506.pdf) 10.11.2006.

Das zweite Merkmal der slowenischen Transformation neben dem gradualistischen Ansatz ist die parallele Transformation von einer sozialistischen Wirtschaftsform zu einer Marktwirtschaft und von einer Regional- zu einer Nationalökonomie. Die ersten Aufgaben der Regierung nach der Unabhängigkeit bezogen sich somit nicht nur auf die ökonomische Transformation, sondern auch auf die Bildung und den Aufbau von nationalstaatlichen Institutionen, wie beispielsweise einer Zentralbank, eines eigenen Zollsystems, eines weltweiten diplomatischen Netzes unter der Führung eines Außenministeriums usw. Zweifelsohne bedeutete die Einführung einer eigenen Währung, des Slowenischen Tolars (SIT)<sup>77</sup>, im Oktober 1991 die Vervollständigung der Ausstattungsmerkmale eines souveränen Staates und war die Grundvoraussetzung für eine Integration in internationale Organisationen, wie die Weltbank, dem IWF und die Vereinten Nationen.

Das dritte Merkmal bestand in der von der SFR Jugoslawien geerbten Quasi-Marktwirtschaft mit einer relativ unabhängigen Unternehmensbesitzerstruktur. Unter dem sozialistischen Selbstverwaltungssystem der SFR Jugoslawien waren Manager bis zu einem bestimmten Grad verantwortlich für ihre Unternehmen und im Gegensatz zu den Managern in anderen Planwirtschaften gab es sogar einen gewissen Wettbewerb. Neben diesen positiven Effekten des jugoslawischen Erbes führte das Selbstverwaltungssystem, mit einer traditionell starken Rolle unternehmensinterner Eigentümer (Arbeiter, Manager, aber auch Pensionisten) jedoch auch zu massiven Problemen im Rahmen der Privatisierung. Es stellte sich aber heraus, dass diese disperse Eigentümerstruktur ein Hindernis u.a. bei der effizienten Restrukturierung war (MRAK ET AL. 2004: xxiv).

---

<sup>77</sup>Wie schon im Rahmen der Privatisierung, so entschied man sich auch hier gegen den Rat des IWF und führender Experten und setzte die neue Währung einem so genannten „Managed-float-Regime aus, bei dem der Markt im Prinzip die Kurse bestimmt, die Zentralbank jedoch korrigierend interveniert“ (DAUDERSTÄDT 2004: 21).

Abb. 5: Merkmale der ökonomischen Transformation in Slowenien



Quelle: Eigene Darstellung 2006.

### 3.3.3 Gesellschaftliche Transformation: Alte Seilschaften als Transformationsdefizit

„Der Begriffsumfang erweitert sich um eine **soziale Ebene**, die insbesondere Folgen der Transformation für die Bevölkerung anspricht“ (STADELBAUER 2000).

Obwohl kein Zweifel daran besteht, dass die Demokratie in Slowenien fünfzehn Jahre nach der Unabhängigkeit längst Alltag ist, so lassen sich dennoch Bereiche identifizieren in denen der Staat im europäischen Vergleich noch immer großen Einfluss hat. Einer Wirtschaftsexpertin zufolge kann die immer noch enge Verzahnung zwischen Politik und Wirtschaft in Slowenien als ein Transformationsdefizit angesehen werden. Hier spielen besondere Faktoren eine entscheidende Rolle. So ist zum einen das Beharrungsvermögen zu nennen, denn der Systemwechsel ist nicht mit einem Generationswechsel einhergegangen, so dass die gleichen Personen an den Schalthebeln der Macht in Wirtschaft und Politik verbleiben konnten (vgl. u.a. NZZ 03.05.2004). Des weiteren wird damit ein Klima geschaffen, dass ausländische Investoren von möglichen Beteiligungen abhält und somit den notwendigen Privatisierungsprozess bremst. Aus den ersten freien Wahlen in Slowenien, die in einer Phase der wirtschaftlichen Krise und beginnenden Auflösungserscheinungen der SFR Jugoslawien stattfanden, ging das oppositionelle Wahlbündnis DEMOS als klarer Sieger hervor. Das Regierungsbündnis konnte sich jedoch nicht wirksam gegen die Nachfolgeorganisation der Kommunisten

durchsetzen (vgl. ZISEL 1997). Die Konsequenz war 1992 der sogenannte „Wechsel nach dem Wechsel“. Seitdem haben frühere führende Politiker der alten Elite entscheidende und einflussreiche staatspolitische Ämter innehalten können.<sup>78</sup> Erst 2004 erlangte mit JANEZ JANŠA eine Persönlichkeit, die nicht den früheren Machteliten angehörte, das Amt des Ministerpräsidenten. Der ersten slowenischen Regierung gehörte er als Verteidigungsminister an und machte sich während der zehntägigen Verteidigung Sloweniens einen Namen (vgl. Kapitel 3.2.3). Eines zeigen die aufgeführten Personalwechsel bei den beiden wichtigsten Staatsämtern sehr deutlich: die alten Eliten konnten bislang ihre Machtpositionen durch „Ämterhopping“ weitgehend konservieren, was SASCHA PETELIN schon 1997 als ein zentrales Transformationsdefizit angeführt hat. Letztlich liegt einer der zentralen Gründe für diese Kontinuität des politische Personals darin, dass dieses den Übergang Sloweniens selbst beschlossen hat, als andere Alternativen nicht mehr umgesetzt werden konnten. Bis heute finden sich ehemalige, jetzt „demokratisierte“ Kommunisten u.a. im diplomatischen Dienst, in den Ministerien, in der Justiz, in der Armee, in den Gewerkschaften und in den Medien. Hinsichtlich der Medien beschreibt ŽARKO PETAN 2004 die Situation wie folgt: „Hier gibt es keine wirkliche Opposition. Es gibt keine Tageszeitung, die nicht von Ex-Kommunisten regiert werden würde. Die Verantwortlichen der Zeitung „Večer“ sind nicht ganz involviert, da sie Steirer Lokalpatrioten sind [*Anm. d. Autors: der Erscheinungsort ist Maribor in der slowenischen Steiermark*]“ ([www.europa-digital.de/text/laender/slo/nat\\_pol/petan.shtml](http://www.europa-digital.de/text/laender/slo/nat_pol/petan.shtml) 02.11.2004). Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieses Machterhaltes und damit einhergehenden Konservierung von alten Seilschaften sind mannigfaltig, jedoch nicht immer offensichtlich. So sind fast alle Anklagen wegen ideologisch begründeter Justizurteile bislang im Sande verlaufen und vor kein Gericht gekommen. Ebenso ist bis heute noch ein beträchtlicher Teil von den Kommunis-

---

<sup>78</sup>So war der ehemalige Chef der slowenischen Kommunisten, MILAN KUČAN, 10 Jahre lang Staatspräsident von Slowenien und wurde von JANEZ DRNOVŠEK nur abgelöst, weil die Amtszeit auf maximal zwei Legislaturperioden begrenzt ist. DRNOVŠEK hingegen hatte in der Endphase der SRF Jugoslawien die Stellung des gesamtjugoslawischen Staatspräsidenten inne und löste 1992 den ersten slowenischen Ministerpräsidenten, LOJZE PETERLE, im Amt ab. Nach acht Jahren wurde 2000 ANDREJ BAJUK (er gehört der derzeitigen Regierung unter JANEZ JANŠA als Finanzminister an) zum Regierungschef gewählt, der jedoch sein Amt nach wiederum nur zwei Jahren erneut an DRNOVŠEK abgeben musste, der 2002 KUČAN als Staatspräsident beerbte.

ten beschlagnahmter Privatbesitz nicht an die ehemaligen Besitzer zurückgegeben worden. Neben der Problematik alter Seilschaften und ihrer Auswirkungen, die von der EU im Beitrittsprozess angemahnt wurden, hat sich Slowenien in einem anderen Themenfeld als Vorbild etabliert. So gilt sein, im Rahmen der gesellschaftlichen Transformation, neu definierter Umgang mit nationalen Minderheiten als europaweit vorbildlich. Grundsätzlich unterscheidet die slowenische Verfassung deutlich zwischen Volksgruppen<sup>79</sup> und Gemeinschaften. Den Minderheiten- bzw. Staatsgründungsstatus besitzen nur die italienische und ungarische Volksgruppe, was sich in folgenden Rechten manifestiert:

- ◆ „Geographisch/topographisch ausgewiesene zweisprachige Gebiete, in denen die Sprachen der Minderheiten der Sprache der Slowenen gleichgesetzt ist (Benennung der Orte und Institutionen des Staates in zwei Sprachen, Gebrauch der Muttersprache im öffentlichen und alltäglichen Leben, usw.);
- ◆ Keine Restriktionen beim Gebrauch von Symbolen (Flagge, Hymne) der Volksgruppe (...);
- ◆ Völlig freie Gestaltung der Zahl und Inhalte der ethnisch ausgerichteten Medien bzw. der kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Institutionen;
- ◆ Ein Schulsystem in der Sprache der Minderheit (italienisch) bzw. zweisprachig (ungarisch-slowenisch), das den Interessen der Volksgruppe entspricht;
- ◆ Unmittelbare Vertretung der beiden Volksgruppen im Parlament des Landes (unbeachtet der Wahlergebnisse ist seitens der Minderheit je ein Vertreter in die slowenische Staatsversammlung delegiert).“ (GOSAR 1996: 200f.)

---

<sup>79</sup>Vgl. Amtsblatt RS, Nr. 33/91.

### 3.3.4 Der Regierungswechsel 2004: Verspäteter Beginn der inneren Transformation?

Seit 1992 stellte das Mitte-Links-Bündnis aus Liberaldemokraten (LDS), Sozialdemokraten (ZLSD) und die Pensionistenpartei (DeSus), zuletzt unter ANTON ROP, die Regierung. Bei den Wahlen am 03.10.2004 musste das Bündnis deutliche Verluste hinnehmen und seine Regierungsverantwortung erstmals seit der Unabhängigkeit Sloweniens abgeben. Insgesamt kamen die drei Parteien nur auf 37 % der Wählerstimmen ([www.wsws.org/de/2004/okt2004/slow-o16.shtml](http://www.wsws.org/de/2004/okt2004/slow-o16.shtml), 08.05.2006). Als Sieger ging die rechts-konservative Slowenische Demokratische Partei (SDS) unter JANEZ JANŠA aus der Wahl hervor. Die SDS ging ein rechts-konservatives Bündnis mit der Volkspartei (SLS) und der Partei Neues Slowenien (NSI) ein. Diese Regierungskoalition verfügt im Parlament allerdings über keine sichere Mehrheit und ist auf die Unterstützung der Pensionistenpartei DeSus angewiesen, die bereits in der vorigen Regierung vertreten war. Gründe in der Abwahl des Mitte-Links-Bündnisses liegen in der klaren Absage ihrer rigiden Sparpolitik.

Nach dem Regierungswechsel konnte JANŠA seine Regierungsarbeit mit einer großen Unterstützung beginnen. Diese Unterstützung nahm jedoch zunehmend ab. Die Gründe für die Abwahl der Regierung ROP setzen nun auch der Regierung JANŠA zu. Neben dem von vielen als fehlend angesehene grundlegende Politikwechsel ließ auch das 2006 begonnene Reformsparpaket die Zustimmung für die Regierung schwinden. Dabei wurde der Regierungswechsel zu Beginn von vielen als Chance für Slowenien gesehen, endlich den benötigten Generationswechsel vollziehen und die innere Transformation einleiten zu können. Die politische Elite Sloweniens aus der Zeit der SFR Jugoslawien konnte sich, wie oben beschrieben, in die Unabhängigkeit hinüberretten und stellte bis zur Abwahl Ende 2004 die Regierung. Dem raschen Systemwechsel Sloweniens Anfang der 1990er Jahre hinkte die innere Transformation somit hinterher. Die immer gleichen Personen verblieben an den Schalthebeln der Macht in Wirtschaft und Politik und es herrschte nur ein Rotationsprinzip zwischen einzelnen Positionen. Vor diesem Hintergrund wird in dem Regierungswechsel Ende 2004 von allen Gesprächspartnern erstmals

ein politischer Wechsel gesehen, der den Beginn der bisher nicht vollzogenen inneren Transformation darstellt. Es wird auf lang erwartete Impulse gehofft. Eine erste Neuerung ist in der expliziten Unterstützung der CBC-Programme innerhalb der PHARE-Programmatik zu erkennen. Ebenso möchte die Mitte-Rechts-Regierung mehr ausländische Direktinvestitionen (FDIs) generieren, die Macht der Wirtschaftskammer brechen, indem die Pflichtmitgliedschaft durch eine freiwillige ersetzt wird und wie oben erwähnt ein neues Einkommenssteuergesetz einführen (QUELLE: Regierungsmitglieder, Regierungsbüromitarbeiter). Neben diesen Punkten macht sich jedoch auch erste Kritik breit, denn anstatt alte Seilschaften und den Einfluss über Verwaltungsgremien in den strategischen Unternehmen durch Privatisierung abzubauen, werden nur die politischen Köpfe durch neue regierungstreue ausgetauscht (QUELLE: Finanzexpertin, Wirtschaftsexpertin).

Mit großen Hoffnungen gestartet macht sich somit langsam Ernüchterung in der Bevölkerung breit. Der langersehnte politische Wechsel, die notwendige innere Transformation, vollzieht sich nicht in dem Umfang, wie viele es erhofft hatten. Nachdem zwar die ehemalige politische Elite aus der Ära der SFR Jugoslawien abgewählt ist, es aber bislang nur punktuelle Veränderungen stattgefunden haben, setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass wohl erst der langsam eintretende demographische Generationswechsel einen endgültigen Wechsel verspricht.

### **3.4 Der lange Weg zum EU-Beitritt**

Mit der im Vergleich zu Kroatien problemlos erkämpften Unabhängigkeit im Juni 1991 begann für Slowenien der lange Weg zum EU-Beitritt. Zu Beginn standen wirtschaftliche Probleme, die in der Loslösung von der SFR Jugoslawien begründet waren. Viele Unternehmen in Slowenien waren für den jugoslawischen Markt mit rund 23 Mio. Kunden konzipiert, der nun auf den slowenischen mit rund 2 Mio. zusammenbrach. Der „turn-around“ der slowenischen Wirtschaft war im Jahr 1993 jedoch vergleichsweise früh geschafft und es begann eine bis heute ununterbrochene Phase wirtschaftlichen Wachstums (vgl. ENGEL 1999). Dem wirtschaftlichen stand gleichzeitig der politische „turn-around“ auf der Agenda, der



u.a. durch die Einführung und Etablierung einer leistungsorientierten, bürgernahen Verwaltung und einer Justiz, die für Rechtssicherheit sorgt, charakterisiert ist (vgl. ZENKER 2004).

Alle eingeleiteten wirtschaftlichen und politischen Reformen Anfang der 1990er Jahre unterstanden dem erklärten Ziel, Slowenien, unter Beachtung sozialer und ökologischer Belange, zu einen modernen, demokratischen Staat, basierend auf Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Privatbesitz, zu entwickeln (vgl. POTOČNIK & LOMBADERO 2004). Da sich die EU exakt diesen Werten und Standards verschrieben hat, wurde die EU-Mitgliedschaft als Prüfstein für den Abschluss der Transformation herangezogen. Die zentralen strategischen Entscheidungen für den Weg zur EU-Mitgliedschaft wurden 1995 erstmals in der „Strategy for Economic Development of Slovenia“ (vgl. POTOČNIK ET AL. 1995) veröffentlicht. Im Dezember 1997 nahm der Europarat die Empfehlungen der Europäischen Kommission für den Beginn der Beitritts-Verhandlungen mit sechs Staaten, darunter auch Slowenien, entgegen. 1999 begannen dann die Assoziierungsverhandlungen, die Slowenien als erstes Land unter den zehn Kandidaten abschließen konnte. So wurden bis September 2002 insgesamt 28 der 31 Kapitel des Acquis Communautaire<sup>80</sup> bewältigt und Slowenien der Titel des Musterschülers der EU „verliehen“. Ende Februar 2003 schuf Slowenien mit der insgesamt dritten Verfassungsänderung seit seiner Staatsgründung die Voraussetzung für die Übertragung von nationalen Befugnissen auf internationale Organisationen und ebnete somit den Weg für den demokratischen Integrationsprozess ([www.europa-igital.de/text/laender/slo/eu\\_pol/wegzureu.shtml](http://www.europa-igital.de/text/laender/slo/eu_pol/wegzureu.shtml) 09.05.2006). Nach dem erfolgreichen Doppel-Referendum am 23. März 2003 über den EU- und NATO-Beitritt wurden am 16. April 2003 in Athen die EU-Beitrittsverträge und am 26. April 2003 in Brüssel die Assoziierungsprotokolle der NATO-Anwärterstaaten unterschrieben. Mit der Ratifizie-

---

<sup>80</sup>Als Acquis Communautaire (gemeinschaftlicher Besitzstand) bezeichnet man den Gesamtbestand an Rechten und Pflichten, der für die Mitgliedsstaaten der EU verbindlich ist. Er besteht aus dem Primärrecht der Verträge, dem Sekundärrecht, den von den EG-Organen erlassenen Rechtsakten, den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), Erklärungen, Entschließungen und bestimmten Abkommen. Allein für das Gebiet des Sekundärrechts schätzte die Kommission diesen Bestand auf etwa 80.000 Seiten (Stand. Ende 2001). Jährlich wird er um rund 2.500 Rechtsakte ergänzt. In Brüssel ist der Acquis Communautaire in Buchform ausgelegt, die Bände nehmen eine Länge von etwa 12 Metern ein.

zung des Erweiterungsvertrages am 01. Mai 2004 endete für Slowenien der letzte Schritt zur EU-Mitgliedschaft und die Aufnahme wurde noch am selben Tag bei strömendem Regen in Ljubljana gefeiert. Slowenien hat es in weniger als dreizehn Jahren geschafft, sich von einer, in der öffentlichen Wahrnehmung am Rande Europas liegenden Teilrepublik des sozialistischen, blockfreien Jugoslawiens, hin zu einem mitten in Europa angekommenen Vollmitglied der Europäischen Union und des westlichen Militärbündnisses zu wandeln. Zusammenfassend lassen sich die dreizehn Jahre bis zum EU-Beitritt in drei Phasen<sup>81</sup> zusammenfassen (vgl. auch Abb. 6), die zeitlich ineinandergreifend gesehen werden müssen:

1. Die erste Phase beginnt mit der Loslösung von der SFR Jugoslawien und der staatlichen Anerkennung Sloweniens in den Jahren 1990-1992. Diese Phase ist gekennzeichnet durch den systemischen Zusammenbruch, mit all seinen Konsequenzen sowie einer wirtschaftlichen und politischen Neuorientierung Richtung Westen.
2. Die zweite Phase – bis 1997/1998 – kann als Phase intensiver Identitätsfindung im Zuge der „Abgrenzung zum Anderen“ charakterisiert werden. In dieser Phase nimmt das selbstauferlegte Ziel des EU-Beitritts mit der Antragsstellung erste konkrete Formen an, die jedoch einhergehen mit einer konsequenten Distanzierung vom Balkan, den ehemaligen Bundesgenossen. Der eigenen Wahrnehmung nach war die eigene Zeit innerhalb Jugoslawiens nur eine fehlerhafte Episode in dem ansonsten von jeher europaorientierten Slowenien.
3. In der dritten Phase, die sich etwa von 1998 bis 2004 erstreckt, steht die konsequente Umsetzung und Implementierung der Anforderungen für einen zügigen EU-Beitritt im Vordergrund. Slowenien avanciert bei der Umsetzung des Acquis zum Musterschüler der zehn Beitrittskandidaten und ge-

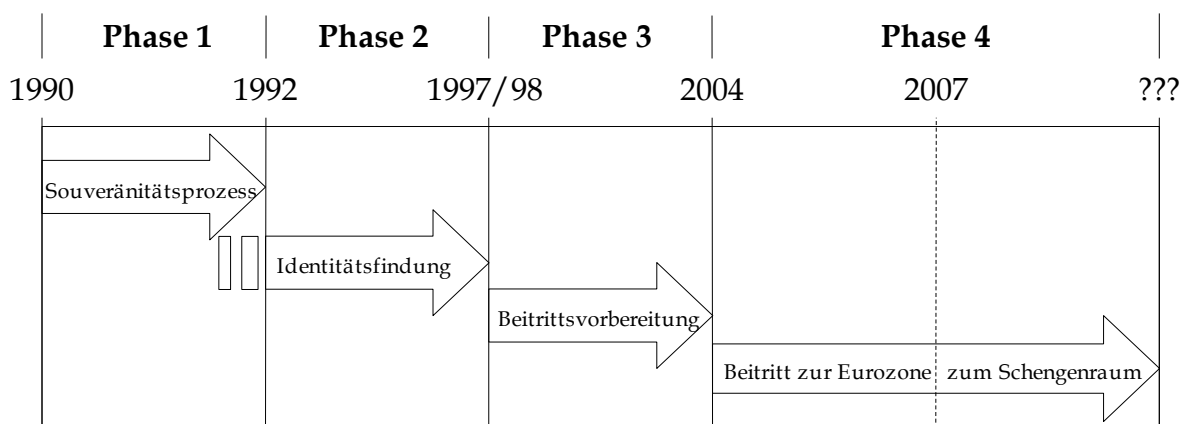
---

<sup>81</sup>Mit einer Zuspitzung der Sichtweise allein auf das Thema Europa, sowie einer gleichzeitigen Ausweitung der Zeitachse, unterscheidet IRENA BRINAR (2002) sechs Phasen der Annäherung Sloweniens an die EG/EU: 1. Die „Bewusstwerdung“ (1957-1970) 2. Die „Wiederannäherung“ (1970 bis in die späten 1980er Jahre) 3. Die „EU-phorie“ (späte 1980er bis frühe 1990er Jahre) 4. Die „EU-Skepsis“ (1993-1996) 5. Die „EU-Nüchternheit“ (1996-1997) 6. Der „EU-Realismus“ (seit 1997).

winnt in der öffentlichen Wahrnehmung ein eigenständiges, vom Balkan losgelöstes, positives Profil. Spätestens mit der Sicherheit für Slowenien, der EU in der ersten Erweiterungsrunde beizutreten, ungefähr seit Anfang 2002, lässt sich auch ein Umdenken in der Außenpolitik Sloweniens erkennen. Die Aufnahme in die EU vor Augen, scheinen die Ängste Sloweniens, als Balkanstaat angesehen zu werden, verschwunden und die einseitige Orientierung auf den Westen weicht einer parallelen Re-Orientierung zum Balkan hin. Slowenien besinnt sich seiner Stärken hinsichtlich seiner Erfahrungen mit den Ländern des Balkans und versucht diese in die EU einzubringen (vgl. Kapitel 5).

Mit dem EU-Beitritt Sloweniens am 01. Mai 2004 lässt sich der Beginn einer vierten Phase festmachen, die sowohl den Beitritt zur europäischen Währungsunion am 01. Januar 2007 als auch zum Schengenraum zum Ziel hat.

Abb. 6: Die Phasen Sloweniens zum EU-Beitritt



Quelle: Eigene Darstellung 2006.

### 3.5 Slowenien im Rahmen europäischer Strukturförderprogramme<sup>82</sup>

Zur Vorbereitung auf seinen EU-Beitritt erhielt Slowenien u.a. im Rahmen von PHARE europäische Zuschüsse. Seit dem Beitritt zur EU im Mai 2004 partizipiert es von den finanziellen Zuwendungen innerhalb der europäischen Strukturförderprogramme. Im Folgenden werden die Zuwendungen an Slowenien innerhalb der wichtigsten Programme vorgestellt und aufgeschlüsselt. Dabei wird chronologisch

<sup>82</sup>Eine explizite Beschreibung und Analyse ausgewählter Programme erfolgt in Kapitel 4.

mit dem Vor-Beitrittsprogramm PHARE begonnen, um über die Partizipation an den diversen Programmen in der Förderperiode 2004-2006 einen kurzen Ausblick auf die neue Periode ab 2007 (bis 2013) aufzuführen.

### **3.5.1 Das PHARE- und Ziel 1-Programm**

Insgesamt zwölf Jahre, von 1992 bis 2004, war Slowenien Empfänger finanzieller Förderungen im Rahmen des PHARE-Programms, welches zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt diente. Bis 2004 hat Slowenien innerhalb dieses Programms Mittelzuweisungen in Höhe von 339 Mio. EUR erhalten, wovon rund 50 % zur Stärkung der institutionellen Kapazitäten in allen Bereichen und auf allen Ebenen eingesetzt wurden. Die finanziellen Zuwendungen unterstützten Projekte zur Infrastruktur, Umwelt, Transport, Energie und Bildung. Zur optimalen Koordinierung und Implementierung der PHARE-Programme sowie der eingesetzten Mittel entstanden in Ljubljana Institutionen, wie der „National Aid Coordinator“, der „National Fund“ und die „Central Financing and Contracting Unit“. Innerhalb der PHARE-Programme stellten die PHARE CBC-Programme, die eigentliche Förderung von Grenzregionen, einen vergleichsweise kleinen Anteil dar. Von den insgesamt 339 Mio. EUR Finanzhilfen sind 47 Mio. explizit für grenzüberschreitende Projekte eingesetzt worden. Die Finanzierung der Projekte durch PHARE endete mit dem Beitritt Sloweniens zur EU am 01. Mai 2004 und findet heute im Rahmen von INTERREG III statt. Neben dem Vor-Beitrittsinstrument PHARE erhielt Slowenien von 1999 an ebenfalls Vor-Beitritts Hilfen im Rahmen der Programme ISPA und SAPARD. ISPA finanziert große Umwelt- und Transportprojekte und endete ebenfalls automatisch mit dem EU-Beitritt Sloweniens. Die sich noch in Ausführung befindlichen ISPA-Projekte werden seit dem Beitritt vom Kohäsionsfonds finanziert. Die SAPARD-Programme wurden zur Unterstützung der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung aufgelegt. Die finanzielle Unterstützung durch ISPA und SAPARD belief sich von 2000 bis 2003 auf insgesamt 449 Mio. EUR. ([www.svez.gov.si/index.php?id=1105&L=1](http://www.svez.gov.si/index.php?id=1105&L=1) 03.06.2006.)

In der Ziel 1-Programmperiode 2004 bis 2006 (vgl. Karte 13) erhält Slowenien ein Budget von insgesamt 334,5 Mio. EUR, wovon 237,5 Mio. EUR<sup>83</sup> aus dem Strukturfonds der EU stammen, das vor allem in den strukturschwachen Regionen in Nordostslowenien eingesetzt wird. Slowenien nutzt die Programmmittel, um mit drei Schwerpunkten – Förderung des produzierenden Sektors und der Wettbewerbsfähigkeit, Entwicklung von Wissen, Humanressourcen und Arbeit sowie Restrukturierung der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Fischerei – eine weitere Annäherung an die EU im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, als auch einen Abbau von Ungleichgewichten innerhalb des Landes zu erreichen ([http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2003SI161DO001](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2003SI161DO001) 17.05.2006).

Trotz signifikanter struktureller Veränderungen und positiven Wachstumstrends hat Sloweniens Wirtschaft weiterhin mit Strukturproblemen zu kämpfen, denen mit Hilfe von Programmen entgegengetreten werden soll. Die unterdurchschnittliche Produktivität im Vergleich zum EU-Durchschnitt, der geringe Anteil innovativer Unternehmen in der Produktion und der Restrukturierungsbedarf des gesamten Produktionssektors, sind nur einige Stichworte in diesem Zusammenhang.

---

<sup>83</sup>Vgl. Anhang, Tab. a.

Karte 13: Ziel 1: Karte der förderfähigen Regionen, und der Regionen die von der Übergangsunterstützung profitieren



### 3.5.2 Das Programm INTERREG IIIA

Im Rahmen des INTERREG IIIA-Programms für das slowenisch-österreichisch Grenzgebiet<sup>84</sup> (vgl. Karte 14) soll grundsätzlich das wirtschaftliche Gefälle beiderseits der Grenze abgebaut werden bzw. eine Annäherung erfahren. Während in Kärnten und vor allem in der Steiermark ein dynamischer Dienstleistungssektor dominiert, hat das slowenische Grenzgebiet vor allem unter dem schwerindustriellen Erbe zu kämpfen. Die Restrukturierung der Industrie hat somit oberste Priorität. In diesem Zusammenhang könnte die Achse Maribor-Graz ein wichtiger Impulsgeber für die grenzüberschreitende Regionalentwicklung werden (vgl. Kap. 4.3.4). Mit einem Gesamtbudget von fast 64 Mio. EUR<sup>85</sup> werden dabei unter dem Ziel der aktiven wirtschaftlichen Entwicklung in den Förderregionen beiderseits der Grenze die Schwerpunkte Förderung der wirtschaftlichen Kooperation, Entwicklung von Humanressourcen und regionale Kooperation und Nachhaltige räumliche Entwicklung in den Fokus genommen ([http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2000CB160PC002&LAN=3](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2000CB160PC002&LAN=3) 17.05.2006.).

Ein zentrales Aufgabengebiet zwischen Slowenien und Italien<sup>86</sup> (vgl. Karte 14) umfasst neben verschiedener Sicherheitsfragen hinsichtlich der slowenisch-italienischen Grenze, wie beispielsweise die illegale Einwanderung, auch die ökonomische Situation, die als sehr heterogen charakterisiert werden kann. In wiederum drei Schwerpunkten (vgl. Slowenien-Österreich) soll mit Hilfe eines Gesamt-

<sup>84</sup>Ausführliche Informationen u.a. in Slovenija–Avstrija. INTERREG IIIA - Program pobude Skupnosti 2000–2006, Končni osnutek, Marec 2004; Österreich-Slowenien. INTERREG IIIA-PHARE CBC – Gemeinsames Programmplanungsdokument 2000-2006, Basierend auf der Entscheidung der Kommission C(2001) 2043 vom 6. August 2001, geändert durch die Entscheidung der Kommission C(2002) 1703 vom 26. Juli 2002; Austria-Slovenia. INTERREG IIIA-PHARE CBC – Joint Programming Document 2000-2006, Preliminary Final Draft, June 2000.

<sup>85</sup>Vgl. Anhang, Tab. b.

<sup>86</sup>Ausführliche Informationen u.a. in Italy-Slovenia. Community Initiative Programme - INTERREG IIIA, 2000–2006, Programming Complement, April 2004; GLAS, M. (2000): PHARE CBC Slovenia – Italy. Cross-Border SME Strategy, University of Ljubljana, Faculty of Economics, Centre for Entrepreneurship Development, Ljubljana; FOUÉRE, E. (2004): PHARE CBC Slovenia / Italy, INTERREG IIIA Slovenia / Italy. Speech by Head of European Commission Delegation in Slovenia, Ambassador ERWAN FOUÉRE, [www.evropska-unija.si/pages/delegacija\\_ek/2004.htm](http://www.evropska-unija.si/pages/delegacija_ek/2004.htm) 25.08.2004.

budgets von 101 Mio. EUR<sup>87</sup>, davon rund die Hälfte aus EU-Strukturfonds, die grenzüberschreitende Kooperation zwischen Slowenien und Italien aktiv unterstützt und gefördert werden ([http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2000CB160PC012](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2000CB160PC012) 17.05.2006.).

Die grenzüberschreitende Kooperation zwischen Slowenien, Ungarn und Kroatien<sup>88</sup> (vgl. Karte 14) kennzeichnet die Förderung innerhalb des INTERREG IIIA-Nachbarschaftsprogramms. Das Ziel, die Entwicklung der drei Grenzregionen zu zukunftsorientierten, ökonomischen und wettbewerbsfähigen Regionen auf europäischen Niveau soll ebenfalls mit den oben genannten Schwerpunkten erreicht werden. Dabei sollen vor allem auch die Lebensbedingungen der Bewohner erhöht und Entwicklungsdefizite, aufgrund der Lage an der Peripherie der jeweiligen Länder als auch der langen Trennung, überwunden werden. Denn die Region erfährt spätestens seit dem EU-Beitritt von Slowenien und Ungarn enorme Veränderungen, die sich u.a. in dem stark zugenommenen Personen- und Waren-grenzverkehr manifestieren. Auf der anderen Seite besteht die akute Gefahr, dass die traditionell guten Verbindungen zu Kroatien, aufgrund der Etablierung einer neuen EU-Außengrenze, erschwert werden. Betrachtet man die Stärken dieser Region, so fallen vordringlich die Potenziale im Tourismus auf, die von der Landschaft und dem unterschiedlichen kulturellen Erbe profitieren können. Aber auch die strategisch günstige Lage am fünften paneuropäischen Verkehrskorridor, in Verbindung mit einem gutem Ausbildungs- und Forschungsniveau, sowie wirtschaftliche Potenziale vor allem im Agrarsektor, sind zwingend zu den Stärken hinzuzuzählen. Demgegenüber stehen aber auch deutliche Entwicklungsdefizite

---

<sup>87</sup>Vgl. Anhang, Tab. c.

<sup>88</sup>Ausführliche Informationen u.a. in CBC Croatia - Project Preparation Facility for cross-border area at Slovenia - Croatia border (grant scheme), SI0305.02 - Version 8 May 2003; INTERREG III A - Community Initiative Program Slovenia/Hungary/Croatia. Programme Complement, Working Document, November 25<sup>th</sup>, 2003; Pobuda Skupnosti INTERREG III A - Sosedski program Slovenija-Madžarska-Hrvaška, Marec 2004; Community Initiative INTERREG IIIA - Slovenia/Hungary/Croatia. Neighbourhood Programme 2004-2006, October 2004; Pobuda Skupnosti INTERREG III A - Sosedski program Slovenija-Madžarska-Hrvaška, Oktober 2004; Community Initiative INTERREG IIIA - Slovenia/Hungary/Croatia. Neighbourhood Programme 2004-2006, Programme Complement, October 2004.



u.a. in wirtschaftlicher Kooperation, Bahninfrastruktur, Tourismusmarketing, die mit Hilfe des Programmes behoben bzw. angeglichen werden sollen. Dafür stehen für die Programmperiode 2004-2006 mehr als 20 Mio. EUR<sup>89</sup> zur Verfügung. ([http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2003CB160PC001](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2003CB160PC001) 17.05.2006.)

Karte 14: Übersicht über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb INTERREG IIIA



<sup>89</sup>Vgl. Anhang, Tab. d.

### 3.5.3 Die Programme INTERREG IIIB und IIIC

Die EU hat den Alpenraum als eigenständiges Fördergebiet ausgewiesen (vgl. Karte 15), da dieser besondere Merkmale aufweist. So ist der gesamte Programmraum durch einen Bedarf an spezifischen integrierten Flächennutzungsmaßnahmen, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen des Fremdenverkehrs, der großen europäischen Verkehrskorridore und der intensiven Verstädterung in einigen Gebieten gekennzeichnet. Der Verstädterung steht ein starker Bevölkerungsrückgang im Kerngebiet des Alpenraumes gegenüber, was wiederum einen Verlust an wirtschaftlicher Attraktivität nach sich zieht. Dabei gehört der Alpenraum wirtschaftlich – bezogen auf das BIP – zu den reichsten Gegenden Europas und „umfasst einige der innovativsten und wettbewerbsstärksten europäischen Regionen und Städte“ ([http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2000RG160PC020](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2000RG160PC020) 17.05.2006.). Vor diesem Hintergrund beteiligt sich die EU im Rahmen von INTERREG IIIB-Alpenraum aktiv an der grenzüberschreitenden Kooperation zwischen Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Slowenien, Liechtenstein und der Schweiz.<sup>90</sup> Mit den insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von mehr als 110 Mio. EUR<sup>91</sup> – davon rund 60 Mio. EUR Mittel der EU – werden die folgenden drei Schwerpunkte gefördert:

1. Förderung des Alpenraums als wettbewerbsfähiger und attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum im Hinblick auf eine polyzentrische räumliche Entwicklung in der EU
2. Entwicklung nachhaltiger Verkehrssysteme mit besonderem Augenmerk auf Effizienz, Intermodalität und besserer Erreichbarkeit
3. Umsichtige Bewirtschaftung von Natur, Landschaften und kulturellem Erbe, Verbesserung der Umwelt und Verhütung von Naturkatastrophen

---

<sup>90</sup>Ausführliche Informationen u.a. in INTERREG III B - Alpine Space Programme. Community Initiative, Final Version, November 2001; INTERREG III B - Alpine Space Programme. Community Initiative, Programm Complement, November 2002.

<sup>91</sup>Vgl. Anhang, Tab. e.

Karte 15: INTERREG IIIB-Alpenraum (2006) und IIIC-Zone Ost (vor 2004)



Einen, gegenüber dem Alpenraum, deutlich weniger kompakten Programmraum deckt innerhalb der INTERREG IIIC-Programmatik die „Zone Ost“ ab.<sup>92</sup> So umfasste diese ursprünglich (bis 2004) lediglich Deutschland, Österreich, Griechenland und Italien (vgl. Karte 15), wobei aber auch schon neben der Koopera-

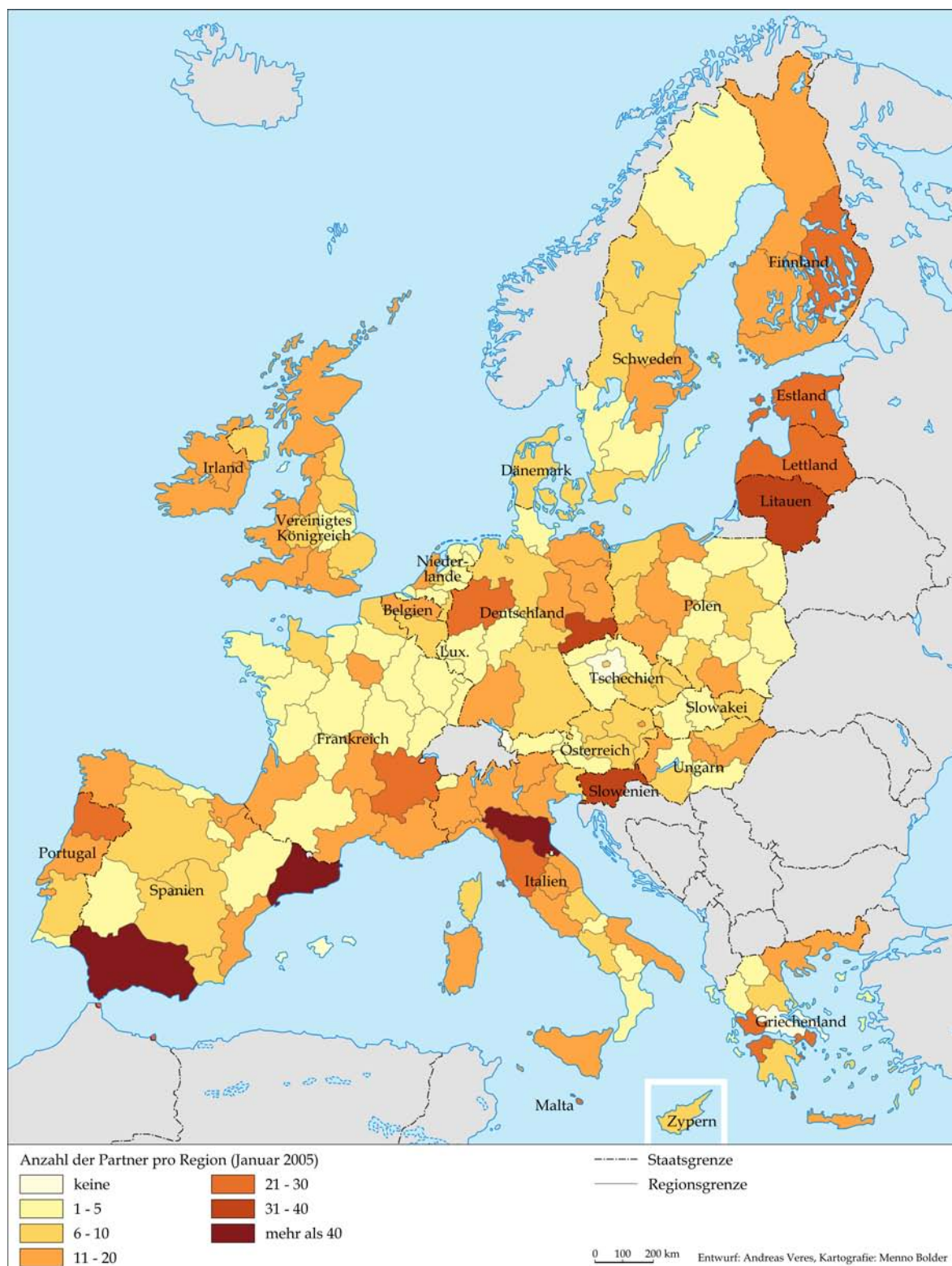
<sup>92</sup>Ausführliche Informationen u.a. in INTERREG IIIC East Programme Complement, Version as of 24<sup>th</sup> September 2002; INTERREG IIIC Zone East. Community Initiative Programme, December 2001.

tion zwischen den genannten Länder auch die Kooperation mit den Beitrittländern gefördert wurde. Nach dem Beitritt wurden diese Länder automatisch der INTERREG IIIC-Förderung zugeordnet und Karte 16 zeigt die europaweit vergleichsweise hohe Zahl an kooperierenden Partnern beispielsweise im Baltikum und in Slowenien. So wurden in Slowenien Anfang 2005 fast 40 Partner gezählt, die im Rahmen des Programmes mit Partnern anderer EU-Staaten kooperierten. Insgesamt stehen von 2000 bis 2006 117 Mio. EUR<sup>93</sup> an Programmmittel zur Verfügung, die vor allem dazu genutzt werden sollen, dass die Politiken und Instrumente der regionalen Entwicklung und des Zusammenhaltes durch Vernetzung wirksamer gestaltet werden. Grundsätzlich wird dabei in drei Projekttypen unterschieden. Innerhalb des ersten Programmtypus sollen regionale Rahmenmaßnahmen einen Erfahrungsaustausch über Methoden und Projekte ermöglichen, um beispielsweise Strategien der nachhaltigen interregionalen Zusammenarbeit zu entwickeln. Des Weiteren sollen individuelle Kooperationsprojekte einen Erfahrungsaustausch über Methoden und Projekte ermöglichen, die jedoch nicht nur den Informationsaustausch zum Ziel haben, sondern vielmehr zu einer tatsächlichen Zusammenarbeit mit einem Mehrwert für die einzelnen Projektpartner führen. Und schließlich sollen innerhalb des dritten Typus verschiedene Regionen innerhalb und außerhalb der EU sich über Methoden der Projektumsetzung und der Regionalentwicklung miteinander zu Netzwerken verbindend.

---

<sup>93</sup>Vgl. Anhang, Tab. f.

Karte 16: Anzahl der Programmpartner innerhalb INTERREG III C



### 3.6 Ungelöste Fragen zwischen Nachbarn: Die Beispiele NE Krško und Ljubljanska Banka

Mit der Loslösung von der SFR Jugoslawien erlangte Slowenien erstmals in seiner wechselvollen Geschichte staatliche Souveränität. Diese neuerworbene Souveränität beinhaltete die Ziehung und Etablierung von Grenzlinien, die z.T. erstmals zwei souveräne Staaten voneinander zu trennen hatten. So beispielsweise die bislang rein administrative Grenze zu Kroatien. Die Beschreibung der Grenzlinie und die daraus resultierenden Probleme bzw. offenen Fragen werden im weiteren Verlauf der Arbeit detailliert beschrieben. An dieser Stelle soll nur auf zwei weitere ungelöste Fragen eingegangen werden, die nur mittelbar durch das Festlegen „neuer“ Grenzlinien als vielmehr durch die Etablierung zweier Nationalstaaten, die ehemals einer Föderation angehörten, generiert wurden. Diese beiden offenen Fragen gehören nach DUŠAN FATUR (Mitglied der gemischten diplomatischen Kommission zur Feststellung und Kennzeichnung der slowenisch-kroatischen Grenze) zu einem Katalog von insgesamt 27 offenen Fragen, jedoch zusammen mit der exakten Definition der Grenzlinie zu den drei Problemfeldern mit der größten medialen Präsenz und politischen Sprengkraft. Die Geschichte des Kernkraftwerkes in Krško, kurz NEK genannt (Nuklearna Elektrarna Krško), begann als Erfolg des sozialistischen Jugoslawiens. Ende der 1970er Jahre in der slowenischen Stadt Krško, ungefähr 17 km von der kroatischen Grenze entfernt, gebaut, sollte es zum größten Energieversorger der Metropolitanregion Zagreb als auch des gesamten Nordwesten Kroatiens werden (PAVLAKOVIC-KOCHI 2004: 99). Nach sieben Jahren Bauzeit, mit 730 Mio. US-Dollar Baukosten ging die Anlage im November 1981 ans Netz (ZÜRRER 1989: 16).

Nach 1991 wurde das jugoslawische Kernkraftwerk zum Politikum. Die Frage der eigentlichen Besitzverhältnisse erregte jahrelang die Gemüter und wurde am 19. Dezember 2001 mit einem Vertrag<sup>94</sup> festgelegt, der die gemeinsame Nutzung durch Slowenien und Kroatien regelt. Dieser Vertrag sollte bis Juli 2002 von den

---

<sup>94</sup>“Treaty between the Government of the Republic of Croatia and the Government of the Republic of Slovenia on the settlement of status and other legal relations with respect to investments, the utilization of and the deconstruction of the Krško Nuclear Power plant” ([www.mvp.hr/MVP.asp?pcpid=1186](http://www.mvp.hr/MVP.asp?pcpid=1186) 12.05.2006)

jeweiligen Parlamenten ratifiziert werden, was in Slowenien jedoch bis Ende 2002 nicht geschehen war. Vielmehr entbrannte ein Streit sowohl über nichtgelieferten Strom an Kroatien als auch über die Lagerung des anfallenden Atommülls zu gleichen Teilen. Im Kanon dieser Streitfragen stellt der Disput mit Österreich<sup>95</sup>, aufgrund seiner generellen nichtnuklearen Politik, nur eine weitere Stimme in diesem dissonanten Chor dar. Eine endgültige Einigung der Streitpunkte steht bislang noch aus, aber „dies sollten mittlerweile Probleme sein, die unter Vertragspartnern zu lösen sind und die als Instrument populistischer Politik und Medienhetze zügig von der Tagesordnung genommen werden können“ (OSCHLIES 06.04.2005).

Im Rahmen des Problemfeldes Ljubljanska Banka (LB) wurden die Beziehungen zwischen Slowenien und Kroatien am 09. März 2006 erneut angeheizt, nachdem das slowenische Außenministerium ein umfangreiches Dokument<sup>96</sup>, welches die slowenische Position hinsichtlich der Verbindlichkeiten der slowenischen LB gegenüber kroatischen Kontoinhabern darlegt, veröffentlicht wurde. In diesem Dokument listet der slowenische Außenminister RUPEL eine Liste von Argumenten auf, die verdeutlichen sollen, warum Kroatien für die Devisenguthaben auf seinem Territorium, wie andere Nachfolgestaaten auch, selber einstehen soll. Abschließend äußert der Minister in dem Dokument, „Slovenia will justifiably make the resolution of this issue a precondition in Croatia's talks on the accession to the EU“. Schon einen Tag später, am 10.03.2006, erfolgte die Antwort des kroatischen Amtskollegen, der diesen Sachverhalt als eine Vereinbarung einer Bank gegenüber ihren Kunden ansieht. Slowenien versuche „to share the burdens of a commercial bank's debt towards its clients among all successors of the former Yugoslavia“, so der Minister (DNEVNIK 09.03.2006). Doch was sind die Hintergründe für diesen Dissens, der zwar bilateral gelöst werden will, für dessen Lösung aber wiederum auch das Stichwort Arbitrage zu hören ist (DNEVNIK 16.11.2005). Aus den Experten-

---

<sup>95</sup> „Wien verlangte die Schließung des Atomkraftwerkes Krško. Es musste sich von einer europäischen Expertise belehren lassen, dass dieses Kraftwerk modernsten westlichen Sicherheitsstandards entspricht. Auch der dann später erhobene Einwand, Krško liege in einer Erdbebenzone, wurde widerlegt“ (JUNGE WELT 12.06.2004).

<sup>96</sup> „Informacija o prevzemu jamstva nekdanje SFRJ za devizne hranilne vloge deponirane pri poslovnih bankah in njihovih podružnicah na območju nekdanje SFRJ“ ([www.mzz.gov.si](http://www.mzz.gov.si) 06.05.2006).

gesprächen lässt sich folgendes Bild hinsichtlich der aufgeführten Problematik extrahieren:

Grundsätzlich geht es um die Frage, ob Slowenien mit seiner LB im Zuge der Unabhängigkeit etwa 60 Mio. US-Dollar aus Kroatien abgezogen hat. Die kroatische Seite wirft der slowenischen vor, dass dieses Geld kroatischer Sparer plötzlich verschwunden war. Die LB war zu der Zeit die größte und wirtschaftlich erfolgreichste Bank in der SFR Jugoslawien und auch in jeder Teilrepublik vertreten. Slowenien hingegen sieht keinerlei Schuld bei sich, denn mit der Unabhängigkeit Kroatiens sei die slowenische LB zu einer kroatischen Entität geworden, und somit seien die Sparguthaben automatisch an Kroatien übergegangen. Viele Stimmen auf slowenischer Seite sehen die ca. 60 Mio. vom damaligen kroatischen Präsidenten TUĐMAN u.a. für Waffenlieferungen missbraucht. Einige ehemalige Mitarbeiter der LB hingegen berichten, dass jugoslawischen Persönlichkeiten ihre Gelder ausgezahlt wurden, somit nur die normalen Sparer die Opfer sind. Letzten Endes ist der konkrete Hergang nicht mehr zu rekonstruieren, wobei viele Gesprächspartner diese Frage als größten Fehler Sloweniens im Zuge seiner Unabhängigkeit einstufen. Ihrer Meinung nach hätte Slowenien Anfang der 1990er Jahre den fehlenden Betrag, ohne Anerkennung der eigenen Schuld, zurückzahlen bzw. im Gegenzug die Bucht von Piran fordern sollen. Diese Chance hat man jedoch nach Meinung eines Balkanexperten u.a. aus „Prinzipienreiterei“ verpasst. Heute versucht man sich jeglicher Schuld zu entledigen, in dem man darauf verweist, dass die LB, zwar noch im Verbund mit der NLB existiert, jedoch keine Aktiva mehr besitzt. Ob diese juristische Finesse jedoch Slowenien vor jeglicher Haftbarmachung schützt, bleibt fraglich. So ist diese Frage auch bis heute nicht endgültig geklärt und wird wohl noch einige Jahre in regelmäßigen Abständen die Medien füllen, Populisten als Munition dienen und ein Heer von Juristen beschäftigen. Ein Zitat des slowenischen Außenministers vom 10.03.2006 als Antwort auf die Reaktionen des kroatischen Amtskollegen zeigt zwei Dinge eindeutig: Zum einen den Glauben Sloweniens, Kroatien u.a. bei der Lösung dieser Problematik mit dem Stichwort EU-Beitritt unter Druck setzen zu können und zum anderen die eigene Posi-



tionierung innerhalb Europas, und somit die Distanzierung gegenüber Kroatien als Teil des Balkans: „Faced with European reality, we become more serious and problems are easier to solve. This may be just the context that brings us to a solution. In the face of the EU, we must behave in a European, not a Balkan manner“.

### 3.7 Fazit und Thesen

„Der slowenische Kulturwissenschaftler ALEŠ DEBELJAK meint, ein politisches System könne man in sechs Tagen ändern, das Wirtschaftssystem in sechs Jahren, aber das Denken zu verändern, würde sechzig Jahre dauern“ (NZZ 03.05.2004).

Diese kritischen Töne unmittelbar nach dem EU-Beitritt Sloweniens konterkarieren den erfolgreichen Weg, den Slowenien seit seiner Unabhängigkeit absolviert hat. Der slowenische Systemwechsel, der neben der politischen und wirtschaftlichen Transformation auch den Aufbau eines eigenen Nationalstaates erforderte, weist hierbei einige wesentliche Merkmale auf:

1. Slowenien hat im Transformationsprozess einen relativ komfortablen Weg beschritten.
2. Die slowenische Gesellschaft musste für diesen Prozess nur einen vergleichsweise niedrigen Preis aufbringen.

Die Gründe dafür liegen vor allem in der ethnisch homogenen Bevölkerung, im hohen ökonomischen Entwicklungsstand und in der langen zivilgesellschaftlichen Tradition. Ein ganz zentrales Element sind zusätzlich auch der Zeitfaktor und die Tatsache, dass in Slowenien der gesellschaftliche und politische Wandel bereits in den 1980er Jahren seinen Anfang nahm. Dabei wurden die Transformationsprozesse dem prioritären politischen Ziel Sloweniens, der EU beizutreten, untergeordnet und bekamen einen zunehmend integrativen Charakter. Seit der Jahrtausendwende kann man in Slowenien somit de facto nicht mehr von Transformationsprozessen sprechen, sondern muss die Veränderungen vielmehr als Integrationsprozesse definieren. Im direkten Vergleich zu westeuropäischen Staaten haben manche ökonomische Prozesse zudem ebenfalls den Charakter von Verände-

rungen im Rahmen eines Strukturwandels, ohne in diesem Zusammenhang jedoch die Dimension des politischen und systemischen Umbaus schmälern zu wollen. Dieser Erfolg der Veränderungsprozesse ist sogar quantifizierbar. Die Bertelsmann Stiftung hat in einer umfangreichen Trend-Analyse (1998-2003) von 116 Staaten deren politische Transformation und Transformation zur Marktwirtschaft untersucht. Beim Ranking des Bertelsmann Transformation Indexes (BTI)<sup>97</sup> zum Stand der Transformation zur marktwirtschaftlichen Demokratie erreichte Slowenien den zweiten Platz ([www.bertelsmann-transformation-index.de](http://www.bertelsmann-transformation-index.de) 30.11.2006). Dennoch zeigen sich innerhalb dieser Erfolgsgeschichte auch differenzierte Sichtweisen und punktuelle Defizite, die u.a. mit mangelnder Privatisierung oder alten Seilschaften tituiert werden können. Im Endeffekt stellen diese Punkte jedoch nur die Symptome eines tiefgreifenderen Phänomens dar: Die Mentalität und Denkweise von Generationen eines Volkes, die von einem sozialistischen System geprägt wurde, kann sich in einer entstehenden Demokratie nicht gleichermaßen schnell öffnen und anpassen, wie die politische und wirtschaftliche Entwicklung im Land voranschreitet. Somit überzeugt das eingangs aufgeführte Zitat von DEBELJAK mit seiner bestechenden Weitsichtigkeit und Wahrheit.

---

<sup>97</sup>Der im Dezember 2005 interviewte DR. FRANZ-LOTHAR ALTMANN ist Mitglied des BTI-Board.

#### **4 Pomurje und Podravje – Sloweniens vergessene Peripherie oder das Herz Europas?**

Eine zentrale Botschaft des vorherigen Kapitels ist die Neuverortung im europäischen Kontext, die Slowenien notwendigerweise vornehmen musste. Der Betrachtung und Analyse auf nationaler Maßstabsebene und die Beschreibung der Entwicklungen Sloweniens seit seiner Unabhängigkeit in Kapitel 3, stehen in Kapitel 4 einleitend die Grenzen Sloweniens im Laufe sich verändernder politischer Rahmenbedingungen im Zentrum der Untersuchung. Deutlich werden ihre jeweiligen Spezifika im Rahmen sich veränderter politischer, systemischer und ökonomischer Rahmenbedingungen herausgearbeitet und als Basis der Falldarstellung der statistischen Regionen Pomurje und Podravje vorangestellt. Dabei kommt der phasenhaften Qualitäts- und Funktionswechsel der slowenisch-kroatischen Grenze unter besonderer Berücksichtigung der Beispielregionen, sowie den jeweiligen Auswirkungen auf den Grenzraum, die Grenzbevölkerung als auch auf die gesamte Grenzregion ein besonderer Stellenwert zu. Die kapitelweise Zuspitzung der betrachteten Maßstabsebenen findet nunmehr in der expliziten Untersuchung der ausgewählten Beispielregionen Pomurje und Podravje ihren Höhepunkt. Dabei waren für deren Auswahl zwei Merkmale von zentraler Bedeutung, die an dieser Stelle nur kurz skizziert werden sollen: Auf der einen Seite ihr, gemessen am landesweiten Durchschnitt, allgemeines Entwicklungsdefizit, aufgrund besonderer historischer, geographischer und ökonomischer Spezifika und auf der anderen Seite die höchst interessante Situation der Region Pomurje, Grenzen mit drei Nachbarstaaten zu besitzen, die in ihrer Entwicklung und ihrer Funktion unterschiedlicher kaum sein können. Anschließend folgt als weiterer Schwerpunkt dieses empirischen Kapitels, vor dem Hintergrund des historischen, ökonomischen und politischen Erbes, die Identifikation und Analyse der inhärenten Entwicklungspotenziale von Pomurje und Podravje im neuen transnationalen Wirtschaftsgefüge, welche zur adäquaten Einordnung von einer klassisch geographischen Beschreibung des Bezugsraumes eingeleitet wird. Dabei spiegelt sich in allen Facetten der Untersuchung der Beispielregionen der kontroverse Spagat zwischen ver-

gessener slowenischer Peripherie und dem Herzen Europas wider, welcher fokussiert auf eine rahmenbildende Leitfrage den Titel des gesamten Kapitels bildet.

#### **4.1 Die Grenzen Sloweniens im Laufe sich verändernder politischer Rahmenbedingungen**

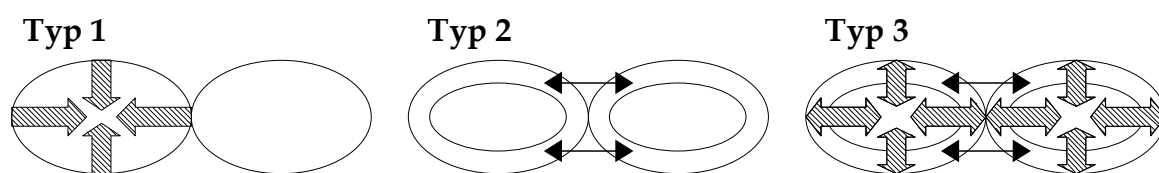
Innerhalb welchen Staatengefüges auch immer Pomurje und Podravje in den letzten Jahrhunderten eingebunden waren, so charakterisierte die beiden Regionen stets ihre periphere Randlage. Ein bis heute anhaltendes Entwicklungsgefälle ist Ausdruck dieses Phänomens. Mit der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien 1991 ist ein entscheidender Faktor hinzugekommen. War Slowenien bisher im Osten, Norden und Westen von souveränen Ländern umgeben, so entstand an seiner nunmehr längsten Grenze mit Kroatien ein neuer souveräner Staat. Eine Grenzlinie, die bis dato eine Verwaltungsgrenze war, veränderte über Nacht sowohl ihre Qualität als auch ihre Funktion. Der Grenzverlauf musste nun erstmals exakt definiert werden, was in weit über 90 % der Gesamtausdehnung relativ problemlos gelang. Doch letztlich beinhaltet alles Trennende auch Konfliktpotential. So entfachten sich über die letzten offenen Fragen hinsichtlich des exakten Grenzverlaufes z.T. hitzige Debatten bis hin zu politischen Drohgebärden. PRESCOTT (1999: 270) identifiziert grundsätzlich fünf Faktoren, die bei Grenzstreitigkeiten und bei ihrer Lösung zu berücksichtigen sind:

1. „deren raumpolitische Wertigkeit,
2. deren ökonomischer oder strategischer Nutzen,
3. die relative Stärke der beteiligten Staaten, wobei Stärkegleichheit meist grenzstabilisierend wirkt,
4. das politische Weltklima als Einflussgröße bei der Form der Beilegung von Grenzstreitigkeiten und
5. bei gerichtlicher Entscheidung spielt das Gewicht der Rechtsgründe die entscheidende Rolle.“

Doch obwohl Grenzregionen typischerweise als Peripherie ihres jeweiligen Staates gesehen werden, so sind Grenzlinien selber doch Fokus intensiver Kooperations- und Separationsprozesse. Die Bevölkerung von Grenzregionen kann verschiedene Formen von Beziehungen entwickeln, indem beispielsweise der Zugang zur Ökonomie jenseits der Grenze die Arbeitsmöglichkeiten und die Verbraucherauswahl steigert (MARTÍNEZ 1994: 25). Die Existenz und Intensität von Kooperationen hängen sehr stark von den formalen Beziehungen zwischen den betroffenen Staaten ab. Nichtsdestotrotz identifizieren die Bewohner von Grenzregionen, durch tägliche Erfahrungen und Vergleiche, relativ einfach die Vor- und Nachteile des Lebens auf beiden Seiten der Grenze. Dabei sind grenzüberschreitende Beziehungen, ökonomischer, kultureller, erholender oder zwischenmenschlicher Art, zu einem großen Maße von den Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten abhängig und geprägt. Vor diesem Hintergrund skizziert BARBIČ (2004: 218f) drei verschiedene Arten von grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen Nachbarstaaten und Grenzregionen (vgl. Abb. 7). Schon 1981 entwickelte HOUSE in diesem Zusammenhang einen ähnlichen Untersuchungsansatz, wonach sich der Kooperationsgrad der zwischenstaatlichen Beziehungen und die innerhalb der Grenzregion mögliche Form der Kooperation gegenseitig beeinflussen (HOUSE 1981, zit. nach MINGHI 1994): Je größer die Entfremdung zwischen zwei Staaten ausgeprägt sei, also kompetitive oder feindselige Haltungen der nationalstaatlichen Akteure die Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen, desto ausschließlicher werden binationale Kontakte von den Zentren aus gesteuert und wahrgenommen; entsprechend eingeschränkt sei der Aktionsradius und die Reichweite der dezentralen grenzüberschreitenden Kooperation und eine fast gänzlich zentrale Orientierung zu kontaktieren (vgl. Abb. 7, Typ 1). Der Eiserne Vorhang zwischen Slowenien (SFR Jugoslawien) und Ungarn ist ein Beispiel für diesen Typ. Im Umkehrschluss leitet HOUSE aus dieser These ab: Je freundschaftlicher die Beziehungen zwischen zwei Staaten gestaltet seien, also kooperativ-solidarische Zielsetzungen auf gesamtstaatlicher Ebene vorherrschen, desto eher sei es regionalen und lokalen Akteuren möglich, umfassend zwischenstaatlich zu agieren. Zudem führen freundschaftliche Beziehungen zu multiplen Formen zwischenstaatlicher Kontakte – zwi-

schen regionalen Akteuren, zwischen regionalen und lokalen, zwischen regionalen und nationalstaatlichen sowie auch zwischen nationalstaatlichen und lokalen Akteuren (vgl. Abb. 7, Typ 3). Eine Zwischenstufe stellt der Typ 2 dar, wo als Beispiel die slowenisch-italienische Grenze nach dem Zweiten Weltkrieg, also vor der partiellen Öffnung, dienen kann.

Abb. 7: Beziehungen zwischen Nachbarstaaten und Grenzregionen



Quelle: Eigene Darstellung nach BARBIČ 1999.

Im folgenden werden einleitend die Qualitäts- und Funktionswechsel sowie die Auswirkungen auf die Grenzregionen sowohl der Grenze zu Italien, zu Österreich als auch zu Ungarn beschrieben und analysiert. Im Zentrum dieses Kapitels steht jedoch die Darstellung und Untersuchung der jüngsten und längsten Grenze Sloweniens. Entsprechend den Veränderungen in Qualität und Funktion wird die slowenisch-kroatische Grenze in drei Phasen analysiert. Neben der reinen Beschreibung der Veränderungen werden u.a. mit Hilfe der Interviewergebnisse die Auswirkungen der Grenze in den jeweiligen Phasen dargestellt und bewertet. Dabei liegt der Fokus der Untersuchung auf Phase 2, in der die größten Veränderungen stattgefunden haben. Die allgemeine Betrachtung des gesamten Grenzverlaufes wird explizit im Kapitel 4.1 durch eine Falldarstellung auf lokaler Ebene in den Beispielregionen ergänzend illustriert. Mit einem zusammenfassenden Fazit und einem Ausblick auf den erneuten Qualitäts- und Funktionswechsel der slowenisch-kroatischen Grenze nach dem Beitritt von Kroatien zur EU, den man als Beginn einer vierten Phase titulieren könnte, wird dieses Teilkapitel beschlossen.

#### 4.1.1 Die slowenisch-italienische Grenze: Überwindung der systemischen Unterschiede

Die Nord-Süd verlaufende slowenisch-italienische Grenze ist insgesamt 280 km lang und reicht von den Alpen bis an die Adria. Von den 280 km sind 48 km Seegrenze. Entlang dieser Staatsgrenze lässt sich ebenfalls die Grenze zwischen romanischem und slawischem Kulturkreis ziehen. Diese Grenzlinie entstand Anfang des 16. Jh. mit dem internationalen Vertrag in Worms zwischen der Republik von Venedig und dem Habsburger Reich. Die Grenzziehung erfolgte, wie damals üblich, der naturräumlichen Situation entsprechend, so dass im nördlichen Teil orographische und im südlichen Teil hydrographische Gegebenheiten herangezogen wurden. In der Mitte des 18. Jh. nutzte Napoleon die gleichen natürlichen Gegebenheiten, um die beiden politischen Einheiten unter seiner Herrschaft, das Herrschaftsgebiet von Italien und die Illyrische Provinz<sup>98</sup>, voneinander zu trennen. Nach dem Rückzug Napoleons übernahm Österreich die Herrschaft über gesamt Norditalien und die ehemalige Grenze zur Republik von Venedig hatte bis 1866 den Status einer internen Grenze, als sie zur Grenzlinie zwischen dem Neuen unabhängigen Königreich Italien und dem Österreichischen Kaiserreich wurde (BUFON & MINGHI 2000: 119ff.). Nach dem Ersten Weltkrieg kam durch den Vertrag von Saint-Germain<sup>99</sup> 1919 ganz Istrien zu Italien. Dies wurde 1920 im Grenzvertrag von Rapallo auch bilateral zwischen Italien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, welches 1929 in Königreich Jugoslawien umbenannt wurde, bestätigt. Dieser Vertrag, der die Schwäche des noch jungen jugoslawischen Staates ausnutzte, sicherte Italien das Recht zu Istrien legal dem eigenen Territorium hinzuzufügen. Unter MUSSOLINI war die Zugehörigkeit zu Italien für die dort lebenden Slowenen, die die Mehrheit bildeten, mit enormen Einschränkungen verbunden. Die kulturelle und religiöse Ausübung der Slowenen, als auch die slowenische Sprache wurden verboten.

---

<sup>98</sup>Eine Erinnerung an diese Gebietsbezeichnung ist der slowenische Stadtname Illirska Bistrica.

<sup>99</sup>Des Staatsvertrages von Saint-Germain-en-Laye im Wortlaut: [www.versailer-vertrag.de/svs.htm](http://www.versailer-vertrag.de/svs.htm) 26.07.2006.

Nach der Befreiung der von Nazideutschland besetzten Gebiete im Zweiten Weltkrieg durch anglo-amerikanische Armeeeinheiten war es nach Ende des Krieges zu erneuten Verhandlungen über den Grenzverlauf gekommen. Neben der erneuten Festlegung der nördlichen Grenze nach naturräumlichen Gesichtspunkten, stellte die Definition des südlichen Abschnitts nach den Regeln einer ethnischen Balance ein Novum dar. Die von den anglo-amerikanischen Besatzern definierte „MORGAN Linie“ teilte von 1945 bis zum Ende der Friedenskonferenzen 1947 die anglo-amerikanisch besetzten Gebiete von dem Territorium der neugegründeten Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (ab 1963 SFR Jugoslawien), dem Nachfolgestaat des Königreich Jugoslawiens. Die Aufteilung erfolgte in die anglo-amerikanisch kontrollierte Zone A (mit der Stadt Triest) und die jugoslawisch kontrollierte Zone B (mit Istrien). Das Zurückfallen von Istrien an Jugoslawien ließ zahlreiche italienische Familien vor den Vergeltungsmaßnahmen auf die italienische Seite flüchten. Die Situation des sogenannten Freien Territoriums Triest (vgl. Karte 17) wurde 1954 gelöst, indem die Zone A, mit einer kleinen Grenzmodifikation zu Gunsten Jugoslawiens, an Italien und die Zone B an Jugoslawien fiel. Endgültig bestätigt wurde diese Grenzziehung im Rahmen des Vertrages von Osimo, der am 10. November 1975 unterzeichnet und auf Grund inneritalienischer Kritik erst zwei Jahre später ratifiziert und am 11. Oktober 1977 schließlich in Kraft trat (vgl. BUFON 1999b). Bis heute gibt es jedoch italienische Gruppierungen, die den Vertrag von Osimo als Verrat der damaligen Regierung in Rom ansehen und die Verschiebung der italienischen Grenze auf die Rapallo-Linie verlangen. Die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens 1991 führte in Istrien zu einer Veränderung der Grenzverläufe. Nach einer langen Periode der vertikalen, begann nun die Ära der horizontalen Grenzziehungen, was den größten Teil der Halbinsel unter kroatischer Einflussphäre stellte. Die Frage der entschädigungslosen Enteignung des Haus- und Grundbesitzes der früheren italienischen Bevölkerung in rund 1.000 istriatischen Dörfern und Städten des heutigen Slowenien und Kroatien durch das kommunistische TITO-Regime ist bis dato ungelöst und führt zu Polemiken populistischer und nationaler Kräfte in Italien.



Karte 17: Freies Territorium Triest



Die nähere Betrachtung der Grenzsituation der urbanen Zentren Triest und Gorizia lässt intensive lokale grenzüberschreitende Kooperationen und Verbindungen erkennen, die Sinnbild sind für den südlichen Abschnitt der slowenisch-italienischen Grenze. Gorizia, welches 1947 geteilt wurde, wobei nur etwa 8 % des Territoriums, aber 74 % der Bevölkerung, darunter ein beträchtlicher Teil der slowenischen Minderheit, an Italien fiel, erhielt schon 1949 im Abkommen von Udine einen Sonderstatus. Einwohner, die Eigentum beiderseits der Grenze hatten, konnten anschließend mit einem lokalen Grenzpass die Grenze unbehelligt überqueren. Auf der slowenischen Seite entwickelte sich Nova Gorica als eine Art Ersatz für das verlorene regionale Zentrum und seit einigen Jahren als monostrukturiertes Spielerparadies für Touristen aus dem Nordosten Italiens. Das Abkommen von 1949 trat unmittelbar nach der Angliederung von Triest an Italien, welches nunmehr an drei Seiten von Jugoslawien umschlossen war, auch für diese Provinz in Kraft und eine weitere Liberalisierung des Grenzregimes für die Grenzbewoh-

ner begann. 1970 stellte SAMBRI in seiner Untersuchung fest, dass diese Grenzlinie, mit etwa 40 % aller slowenischen Grenzübergänge, die durchlässigste slowenische Grenze darstellt. Während des Kalten Krieges bildete sie ein Gegenmodell zum Eisernen Vorhang und war bekannt als die „offenste europäische Grenze“. So stellen KLEMENČIČ und BUFON (1991) in diesem Zusammenhang ebenfalls fest, dass die slowenische Minderheit in Italien in den 1970er und 1980er Jahren eine Art Schnittstelle nach Europa repräsentierte, und das ein substantieller Teil der jugoslawischen Transaktionen mit Italien und Westeuropa über die, von dieser Minderheit in Triest geführten Bank abgewickelt wurden. Untersuchungen der Gründe für Grenzübertritte Ende der 1990er Jahre zeigen, dass neben dem Bestellen eigenen Landes, Einkäufe von Textilien und Lebensmittel sowie der Besuch von Verwandten und Freunden als auch Arbeit zu den Hauptmotivatoren zum Besuch Italiens gehören. Für die Bewohner der italienischen Grenzregion sind es insgesamt fünf Hauptgründe für den Besuch in Slowenien: der Besuch von Verwandten und Freunden, die Beschaffung von Treibstoff, Lebensmittel (insbesondere Fleisch), das Essen in Restaurants und Ausflüge (vgl. BUFON 2000). Dabei erlangt Triest seine ehemalige zentrale regionale Funktion langsam wieder zurück. Es muss jedoch in einigen Bereichen mit den neu entstandenen Zentren in dieser Region, wie Koper und Sežana, zusammenarbeiten. So ist in diesem Zusammenhang eine Entscheidung von Ende 2000 zu nennen, in der das Management des Container Terminals in Triest an den Hafen von Koper abgegeben wurde (vgl. BUFON 2001). Im nördlichen Teil der slowenisch-italienischen Grenze gibt es grundsätzlich auch große Erwartungen hinsichtlich grenzüberschreitender Beziehungen, die sich u.a. um die Jahrtausendwende in der gemeinsamen Kandidatur mit Österreich für die Austragung der olympischen Winterspiele äußerte. Diese Erwartungen stehen jedoch im Widerspruch zu der geringen tatsächlichen grenzüberschreitenden Kommunikation. Eine mögliche Erklärung für diesen Grenzabschnitt sieht BUFON (2000) in seinem alpinen Charakter, wo lokale Gemeinschaften ein gutes Niveau der Koexistenz auf Grundlage geringer Kommunikation entwickelt haben.

#### 4.1.2 Die slowenisch-ungarische Grenze: Vom Eisernen Vorhang zur EU-Binnengrenze

Diese Grenze, die heute beide EU-Mitglieder auf 102 km verbindet, stellt zwar die kürzeste Grenze zu allen Nachbarstaaten Sloweniens, hat jedoch einen bedeutenden Qualitäts- und Funktionswandel in den letzten Dekaden erfahren. Nachdem die österreichisch-ungarische Grenze innerhalb der k.u.k.-Monarchie weiter westlich an der Mura lag, und somit Prekmurje zum Königreich Ungarn gehörte, wurde im Vertrag von Trianon ihr heutiger Verlauf gegen den Willen Ungarns festgelegt. Ungarn verlor nach dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie am Ende des Ersten Weltkrieges fast ein Drittel des damaligen Territoriums – u.a. die heutige Slowakei und die Karpato-Ukraine an die Tschechoslowakei, das heutige Burgenland an Österreich, Kroatien, Slawonien, Prekmurje und Teile des Banats an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und Siebenbürgen mit dem Rest des Banats an Rumänien (vgl. Karte 18). Das ungarische Volk war nach dem Vertrag von Trianon<sup>100</sup>, der 3,3 Mio. Ungarn vom Mutterland trennte, entrüstet und schockiert. Das Gebiet „Großungarns“ gehörte schon seit dem 12. Jh. zu Ungarn, so die weitläufige Meinung nach der Vertragsunterzeichnung. Noch heute gibt es rechtsextreme Parteien, die, ähnlich den italienischen Gruppierungen, eine Grenzrevision in ihrem Parteiprogramm festgeschrieben haben.

---

<sup>100</sup>Treaty of peace between the allied and associated powers and Hungary: [www.lib.byu.edu/%7Erdh/wwi/versa/tri1.htm](http://www.lib.byu.edu/%7Erdh/wwi/versa/tri1.htm) 22.03.2004.

Karte 18: Der Vertrag von Trianon – Die Folgen



Nach dem Zweiten Weltkrieg verlief neben der Staatsgrenze noch die systemische Grenze zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten durch Jugoslawien. Zu Beginn noch im Westen Jugoslawiens an der Grenze zu Italien lokalisiert, verlagerte sich die Systemgrenze im Zuge der von Jugoslawien gewählten Option der Bündnisfreiheit ostwärts an die Grenze zu Ungarn. Parallel zur Verlagerung des Eisernen Vorhangs bzw. diese bedingend vollzog die SFR Jugoslawien einen relativen Wandel, beschritt politisch einen Sonderweg und avancierte zum Führer der Bewegung blockfreier Staaten. Die Grenze zu Ungarn war jedoch bis Mitte der 1980er Jahre hermetisch abgeriegelt. Ehemalige Verkehrsverbindungen, wie beispielsweise eine Eisenbahnlinie, wurden unterbrochen und endeten am Eisernen Vorhang. Mit dem Beitritt der ersten ungarischen Komitate 1986 zur 1978 gegründeten Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, deren Gründungs-

mitglieder u.a. die Sozialistischen Republiken Slowenien und Kroatien waren, veränderte sich das Grenzregime zwischen Slowenien und Ungarn. An der zuvor hermetisch abriegelten Grenze konnte eine allerdings noch sehr eingeschränkte Öffnung beobachtet werden. Erst mit dem Zusammenbruch der SFR Jugoslawien und des Ostblocks fiel der Eiserner Vorhang endgültig. Seit dem Beitritt Sloweniens und Ungarns zur EU 2004 hat die Grenze nunmehr nur noch den Status einer europäischen Binnengrenze. Die ehemals gekappte Eisenbahnverbindung wurde wieder eröffnet und der Ausbau des transeuropäischen Verkehrskorridor V von Lissabon bis Moskau, der durch Slowenien und Ungarn führt, soll 2008 komplett erfolgt sein. Derzeit gibt es noch einige Lücken innerhalb der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen, die zu schließen sind, aber schon heute ist die Annäherung in der deutlichen Verstärkung des Grenzverkehrs zu erkennen. Nach Aussage eines Universitätsdozenten kann von einer Verzehnfachung innerhalb der letzten 15 Jahre gesprochen werden. Auffällig ist das hohe Transitaufkommen aus ganz Osteuropa, welches mit Ziel Güterumschlagplatz Koper diese Grenze und Region passiert. Zusätzlich sind es insbesondere tschechische Staatsbürger, die die neuen Verkehrsverbindungen nutzen, um an der Adria ihren Urlaub zu verbringen.

#### **4.1.3 Die slowenisch-österreichische Grenze: Grenzüberschreitende Kooperation mit Vorbehalten**

Mit einer Gesamtlänge von 318 km stellt die slowenische Grenze zu Österreich die zweitlängste Verbindung zu einem Nachbarstaat dar. Die bilateralen Beziehungen zwischen Slowenien und Österreich sind vor dem Hintergrund einer sehr wechselhaften Geschichte zu betrachten. Seit Mitte des 18. Jh. gehörte der größte Teil des heutigen Sloweniens zum österreichischen Krongebiet. Mit dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns begannen nach dem Ersten Weltkrieg bilaterale Beziehungen zwischen neuen souveränen Staaten, der Republik Österreich und dem Königreich Jugoslawien. Diese standen vor dem Eindruck bewaffneter Auseinandersetzungen, vor allem während der letzten Kriegsmonate, die in dieser Region bis zum Sommer 1919 andauerten. Die von Slowenen besetzten Gebiete im südli-

chen Kärnten verblieben per Volksentscheid bei Österreich und die endgültige Besiegelung der Grenze erfolgte am 10. September 1919 im Friedensvertrag von Saint Germain, welche u.a. die Mura als Grenzfluss in der Steiermark festlegte. Dies bedingte ein Verbleiben von ca. 100.000 Slowenen in Kärnten und der Steiermark sowie von ca. 30.000 Deutscher in Slowenien und etwa 500-700.000 in ganz Jugoslawien (vgl. NEČAK 2001), welche nach den Albanern die zweitgrößte Minderheit stellten. Die Zwischenkriegszeit war geprägt durch eine allgemeine anti-österreichische Stimmung, die sich in der Angst vor der Wiederherstellung der Habsburger-Herrschaft als auch vor den Aktionen der kroatischen Ustaša-Bewegung gründete. Am 19. März 1938 erkannte das Königreich Jugoslawien den Anschluss Österreichs an Nazideutschland völkerrechtlich an, wurde jedoch durch den Angriff des Deutschen Reiches im April 1941 in seiner vorhandenen Besorgnis über das eigene Schicksal bestätigt. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges gewannen die kommunistischen Partisanenverbände in Slowenien die Oberhand gegen die sogenannten Domobranci, die Heimwehr. Etliche Mitglieder und viele Zivilisten zogen sich daraufhin nach Kärnten zurück, wurden jedoch von den britischen Besatzern bei Bleiburg umgehend nach Jugoslawien zurückgeschickt, wo Tausende ohne Gerichtsverfahren hingerichtet wurden oder auf den anschließenden Todesmärschen umkamen.<sup>101</sup>

Zu den weiteren Geschehnissen während des Zweiten Weltkrieges in Slowenien und in Jugoslawien wird im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter eingegangen, doch sind folgende Berechnungen jugoslawischer Gerichte im Anschluss des Krieges wichtig für das weitere bilaterale Verhältnis zu Österreich. Aus diesen Berechnungen geht hervor, dass 46 % der Kriegsverbrecher der Deutschen Wehrmacht auf jugoslawischem Gebiet Österreicher waren und zwischen 70 und 80 %

---

<sup>101</sup>Die Zahlen gehen von etwa 30-500.000 Opfern aus. Genaue und gesicherte Zahlen über die Opfer um Bleiburg und den anschließenden „Todesmärschen“ auf dem Weg zu ihren endgültigen Bestimmungsorten in verschiedene Teile Jugoslawiens gibt es jedoch bis heute nicht. Dieses Thema war im titoistischen Jugoslawien tabu und auch im Westen nahm man mit diesbezüglichem Schweigen Rücksicht auf das stalinkritische Jugoslawien. Selbst heute noch sind kritische Betrachtungen eines des wohl dunkelsten Kapitels der jugoslawischen Geschichte verpönt und steht ihre endgültige Aufarbeitung noch aus. Für weitere Informationen vgl. u.a. „Yalta and the Bleiburg Tragedy“ ([www.ess.uwe.ac.uk/genocide/yugoslav-hist1.htm](http://www.ess.uwe.ac.uk/genocide/yugoslav-hist1.htm) 27.07.2006); „The Bleiburg Massacres“ ([www.serendipity.li/hr/bleiburg\\_massacres.htm](http://www.serendipity.li/hr/bleiburg_massacres.htm) 27.07.2006); GRIESSER-PECAR 2003; GOLDSTEIN 2003; ŠARIĆ 2004.

der Funktionen des Besatzungsapparates in Slowenien von Österreichern wahrgenommen wurden (vgl. NEČAK 2001). Beschlagnahmungen, Festnahmen und Einweisungen in Lager sowie zahlreiche Hinrichtungen der verbliebenen „Deutschen“ waren unmittelbar nach Kriegsende die Folge. Ab 1948 begann sich die Situation der „Deutschen“ in Jugoslawien und Slowenien zu bessern. Die Frage der „Deutschen“ war für die jugoslawischen Behörden jedoch endgültig gelöst und auch die wissenschaftliche Erforschung dieser Problematik galt als Tabu. Dennoch ist diese Minderheit weiterhin vorhanden. So leben nach Schätzungen des Gottscheer Altsiedlervereins noch ca. 2.-2.500 „Deutsche“ – korrekterweise sind es Deutsche, Österreicher und Gottscheer Altsiedler – in Slowenien, die jedoch nicht als Volksgruppe mit gesetzlich verankerten Minderheitenrechten anerkannt sind. Gründe liegen zum einen im Vorwurf der Kollaboration mit Nazideutschland als auch im Umgang mit der slowenischen Minderheit auf österreichischer Seite. So fehlen in den zweisprachigen Gemeinden Österreichs weiterhin zweisprachige Beschilderungen<sup>102</sup>, Kindergärten oder die Abschaffung politischer Hürden für autonome slowenische Wahllisten. Dieser Situation auf österreichischer Seite zum Trotz sollte die slowenische Politik die deutsche Sprachgruppe in Slowenien als nationale Minderheit anerkennen. Dies würde dann mit der, im europäischen Vergleich, sehr umfassenden Minderheitenpolitik für die italienische und ungarische Minderheit korrespondieren.

Im Rahmen des Zerfalls der SFR Jugoslawien verhielt sich Österreich gegenüber den slowenischen Unabhängigkeitsbestrebungen Sloweniens zunächst vorsichtig. Es zählte sogar zu den Staaten, die sich angesichts der Ereignisse von 1991 militärisch bedroht fühlten. Spielten sich die Auseinandersetzungen zwischen der slowenischen Territorialarmee und der jugoslawischen Armee doch unmittelbar an seiner Grenze ab. Als jedoch Ende 1991 klar wurde, dass durch die Blockade Serbiens ein Abkommen nicht zustande kommen würde, begann sich Österreich –

---

<sup>102</sup>Am 13. Dezember 2001 hebt der österreichische Verfassungsgerichtshof die „Ortstafelregelung“ im Volksgruppengesetz auf. Künftig soll es bereits in Ortschaften ab 10 Prozent anderssprachiger BürgerInnen zweisprachige topographische Aufschriften geben, wobei dies in Zukunft nicht nur für Gemeinden, sondern auch für Ortsteile gelten soll. Die Umsetzung stieß jedoch auf Widerstand und lässt bis heute auf sich warten. Veröffentlichungen des ORF seit Juli 2005 zu diesem Thema unter <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/72083> 28.07.2006.

wie Deutschland – umgehend für eine Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Sloweniens einzusetzen. Mit der Anerkennung Sloweniens am 16. Januar 1992 beginnt die Geschichte der österreichisch-slowenischen Beziehungen.

Verlässt man nun die nationale Maßstabsebene und nimmt die Beispielregionen in den Blick, so zeigen u.a. die Interviewanalysen, dass im Nordosten Sloweniens die eigene regionale Blickrichtung auf die Steiermark fokussiert ist (näheres zum Entwicklungsmotor Graz in Kapitel 4.3.3). Dies liegt zum einen natürlich in der geographischen Nähe und direkten Nachbarschaft, aber auch in der zu anderen Grenzregionen Sloweniens vergleichsweise langen Kooperationserfahrung seit den 1970er Jahren, beispielsweise im Rahmen von Alpe-Adria, begründet. Während der EU-Beitrittsvorbereitungen kooperierten die Regionen innerhalb der CBC-Programme und seit dem Beitritt 2004 im INTERREG-Programm. Dabei werden jedoch gewisse innenpolitische Mängel, die sich z.B. auf deutschsprachige ethnische Minderheiten in Slowenien auswirken, gerne übersehen. Grundsätzlich herrscht im Nordosten Sloweniens die Angst vor einer erneuten österreichischen Dominanz. Dies wirkt sich beispielsweise auf die Etablierung der EUREGIO zwischen Steiermark und dem Nordosten Sloweniens oder die Einrichtung weiterer EUREGIOs aus. Vor diesem Hintergrund ist auch erklärbar, was INTERREG-Studien gezeigt haben. So stammen Investitionen in Slowenien eher aus den von der Grenze entfernteren Regionen Graz oder sogar aus Wien als aus dem Nahbereich. Und doch gibt es positive Beispiele der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wie der trilaterale Naturschutzpark Goričko oder der Aufbau der österreichisch-slowenischen Handelskammer in Graz, die beidseitig der Grenze Geschäftsanbahnungen fördert und Unternehmen unterstützt.<sup>103</sup>

---

<sup>103</sup>Eine ausführliche Analyse der nordslowenischen Grenzregion sowie der südsteirischen Grenzbezirke ist dem INTERREG-Endbericht des IFA-STEIERMARK (1999) zu entnehmen.



#### 4.1.4 Qualitäts- und Funktionswechsel der slowenisch-kroatischen Grenze

Von allen slowenischen hat sich die Grenze zu Kroatien in den letzten Dekaden am stärksten verändert. Innerhalb vergleichsweise weniger Jahrzehnte sind Qualitäts- und Funktionswandel zu identifizieren, die unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Grenzbevölkerung haben. Im folgenden werden die Veränderungen und deren Implikationen in drei Phasen dargestellt.

##### 4.1.4.1 Phase 1: Die slowenisch-kroatische Grenze im föderativen Jugoslawien (1945 – 1991)

Jahrhundertlang war die slowenisch-kroatische Grenze Provinzgrenzziehungen innerhalb Österreich-Ungarns und Italiens ausgesetzt. Sie folgte der Südgrenze der ehemaligen österreichischen Regionen Steiermark und Krain sowie der Grenze zwischen dem österreichischen und ungarischen Teil der Monarchie. Nach dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie und der Gründung des 1. Jugoslawiens<sup>104</sup> wechselte die Grenze ihren Status von einer internen Grenzlinie innerhalb der k.u.k.-Monarchie zu einer informellen Grenzlinie zwischen Slowenien und Kroatien innerhalb des 1. Jugoslawiens, die 1931 kleinere Modifikationen erfuhr. Die Gründung des 2. Jugoslawiens nach dem Zweiten Weltkrieg und die Etablierung Sloweniens und Kroatiens als sozialistische Teilrepubliken in diesem Gefüge änderte nichts am Status der Grenze. Deutlich erkennbar ist die lange Tradition dieser Grenze, vor allem in ihrem mittleren Abschnitt entlang der Flüsse Kolpa, Sotla und Drava. Dieser Abschnitt wurde als Südgrenze des Habsburger Reiches zwischen dem 10. und 12. Jh gebildet. Allein im 16. Jh. im Rahmen der Konstitution der „Vojna krajina“ erfuhr dieser Teil der Grenze kleinere Modifikationen. Der östlich davon gelegene Abschnitt in Međimurje tauchte als administrative

---

<sup>104</sup>Es wird von insgesamt drei Jugoslawien gesprochen: Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (1918-1941), welches 1929 in Königreich Jugoslawien umbenannt wurde, wird als 1. Jugoslawien bezeichnet. Das 2. Jugoslawien, die 1945 gegründete Föderative Volksrepublik Jugoslawien, die 1963 ihre Umbenennung in Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) erfuhr, brach 1992 auseinander. Mit der Bundesrepublik Jugoslawien folgte schließlich das 3. Jugoslawien, welches ebenfalls eine Umbenennung erfuhr. Von 2003 an hieß es Serbien und Montenegro (auch genannt Serbien-Montenegro) bis es im Sommer 2006 durch die Abspaltung Montenegros seine endgültige Auflösung erfuhr. Während es zwischen dem 1. und dem 2. Jugoslawien eine juristische Kontinuität gab, war das 1992 gegründete 3. Jugoslawien nach vorherrschender Rechtsauffassung der Badinter-Kommission nur einer von fünf Nachfolgestaaten des 2. Jugoslawiens.

Grenze erstmals 1929 auf und wurde 1945 einigen Veränderungen unterzogen. Der westliche, von den Bergen um Snežnik bis zur Adria, wurde deutlich später geformt. Die Grenzsektion zum Freien Territorium von Triest wurde 1945, ehemaligen lokalen Grenzen und der ethnischen Trennlinie zwischen Slowenen und Kroaten folgend, definiert. Der letzte Teil der Grenze Richtung Adria entlang des Flusses Dragonja wurde 1954 nach der Teilung des Freien Territoriums von Triest zwischen Italien und Jugoslawien definiert. Dieser Abschnitt folgt hauptsächlich der ethnischen Grenze und wurde 1956 nur geringfügig modifiziert (vgl. BUFON 2002: 454ff.). Heute stellt gerade dieser Teil der slowenisch-kroatischen Grenze den größten politischen Streitpunkt dar (vgl. Kap. 4.1.4.2.1).

Insgesamt mehr als 70 Jahre (1918-1991) lang stellte die Grenze zwischen Slowenien und Kroatien eine innerjugoslawische Verwaltungslinie dar, die zwar im Laufe der differenten Jugoslawien ihre Funktion, aber nicht ihre Qualität veränderte.<sup>105</sup> Kennzeichnend war ihre Offenheit, die sich darin ausdrückte, dass die Grenzbevölkerung keine Einschränkungen im täglichen Leben hatte. Somit ist das fehlende Forschungsinteresse slowenischer geographischer Wissenschaftler für diese Grenze vor 1991 nur wenig verwunderlich (vgl. Kap. 2.2.6). 1993 fand HORVAT in seiner Studie auf die slowenisch-kroatische Grenze im Nordosten Sloweniens fokussiert heraus, dass die demographische Entwicklung der Region das Ergebnis landschaftlicher Bedingungen (speziell des Landschaftsreliefs) sowie allgemeiner sozio-ökonomischer Entwicklungen darstellt. Seine Analysen haben ergeben, dass in den letzten drei Dekaden vor der Unabhängigkeit der Großteil der peripher gelegenen Grenzregionen in der allgemeinen Entwicklung zurückfielen. Gründe sind u.a. in der in Slowenien verwirklichten Regionalentwicklung zu finden, in der, als typisches Beispiel eines zentral-peripheren Modells, Grenzregionen zu marginalisierten Regionen wurden (vgl. KLEMENČIČ 1984; KLEMENČIČ 1993). Dennoch war es üblich, dass slowenische Firmen auf der slowenischen Seite der Grenze täglich pendelnde Arbeitnehmer aus Kroatien beschäftigten. Diese Bevölkerungsbewegungen untersuchte REPOLUSK 1999 und fand in seiner Analyse der

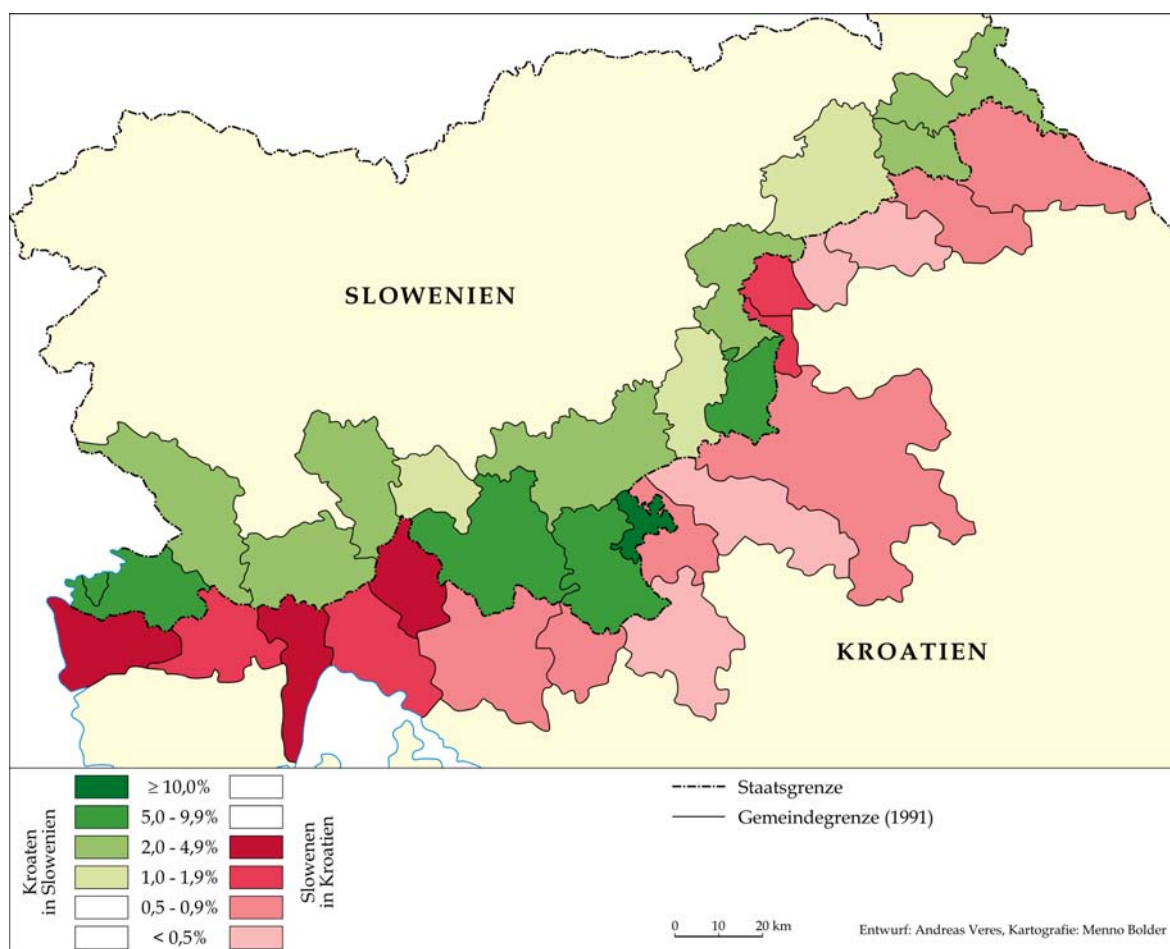
---

<sup>105</sup>Die Störung dieser Kontinuität durch das kriegsrische Intermezzo von 1941-45 wird in dieser Untersuchung nicht näher ausgeführt.

slowenisch-kroatischen Grenzregion heraus, dass vor der Unabhängigkeit in rund 30 % der Familien auf slowenischer Seite Pendler zu finden waren. Auf kroatischer Seite waren es sogar rund 70 %. Viele kroatische Pendler verlegten zuletzt ihren Wohnort auf die slowenische Seite in die Nähe ihrer Arbeitsstätten und beeinflussten somit die ethnische Zusammensetzung auf beiden Seiten der Grenze (vgl. Karte 19). Das Phänomen des Pendelns nahm nach der Unabhängigkeit jedoch dramatisch ab. Nach 1991 waren nunmehr nur noch 13 % der Familien in Slowenien und 30 % in Kroatien betroffen, was u.a. Folge des Zusammenbruchs etlicher slowenischer Unternehmen war. Die Studie zeigt ferner, dass von 1971-1991 nur der westliche Teil der Grenze (Istrien) ein demographisches Wachstum beiderseits der Grenze, der zentrale und östliche Teil hingegen eine geringfügige bis erhebliche Schrumpfung zu verzeichnen hatte (vgl. auch BUFON 2002; BARBIČ 1997, 2004). Karte 20 ist deutlich die ungleichmäßige Verteilung der Kroaten im slowenischen gegenüber den Slowenen im kroatischen Grenzgebiet zu entnehmen. Als Gründe für diese ungleichmäßige Verteilung sind hauptsächlich der allgemein höhere Lebensstandard sowie bessere Arbeitsmöglichkeiten auf der slowenischen Seite der Grenze aufzuführen. Diese sind jedoch in erster Linie nicht Ergebnisse eines unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus zwischen Slowenien und Kroatien als vielmehr Resultate der polyzentrischen Entwicklungspolitik in Slowenien, die regionalen Zentren ebenfalls eine Industrialisierung ermöglichte (vgl. BARBIČ 1993). „Durch den Einfluss des einheitlichen Konzeptes des gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklungssystems des Polyzentrismus, der eindeutig eine gleichmäßige Entwicklungspolitik für ganz Slowenien forderte, wurden in bestimmten Zeiträumen auch Grenzräume industrialisiert, so daß wir einen Prozeß der Urbanisierung und Deagrarisierung auch hier beobachten konnten“ (KLEMENČIČ 1984: 387). Diese differente slowenische Entwicklungspolitik im föderalen Kontext der SFR Jugoslawien erzeugte und förderte ein regionales wirtschaftliches Gefälle zu Kroatien. Die deutlich höheren Pendlerströme von Kroatien nach Slowenien als vice versa sind ein Beleg für dieses vorhandene und bis zur Unabhängigkeit zunehmende regionale Gefälle. Obwohl die slowenisch-kroatische Grenze de facto keine Einschränkungen generierte, hatte sie, aufgrund

der Trennung zweier unterschiedlicher Wirtschaftsräume, doch indirekte Auswirkungen.

Karte 19: Anteil der Slowenen und Kroaten in den jeweiligen benachbarten Grenzgemeinden (1991)



Quelle: Eigene Darstellung nach Repolusk 1999.

#### 4.1.4.2 Phase 2: Die slowenisch-kroatische Grenze im souveränen Slowenien (1991 – 2004)

In einer Phase, in der die Grenzen zwischen EU-Staaten immer mehr an Bedeutung verloren haben und keinerlei Einschränkung der Bewegungsfreiheit mehr bedeuteten, entstanden mit dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung neue Staatsgrenzen in Ost- und Südosteuropa bzw. eine Neubewertung der Grenzen. In dieser Periode des Abbau von Grenzen innerhalb Europas repräsentieren die Probleme, die im Zuge der Etablierung der slowenisch-kroatischen Grenze auftraten einen besonderen Spezialfall: Die intensiven wechselseitigen Be-

ziehungen in Wirtschaft, Kultur und Bildung werden seit der Etablierung der Grenze erschwert. Die Grenze bildet jedoch nicht nur eine administrative-territoriale Trennlinie, sondern in der subjektiven Wahrnehmung auch mehr und mehr eine kulturelle. Für das junge Slowenien bedeutete sie die explizit gewollte Abkehr vom Balkan und die Zuwendung hin zu Europa und trennte Slowenien vom Rest der ehemaligen jugoslawischen Republiken (vgl. u.a. KLEMENČIČ 1993; KUKAR 1995). Es war dies der Versuch der Betonung einer slowenischen Identität, und somit die symbolische Beladung und Instrumentalisierung der Grenze, oftmals jenseits tatsächlicher realer Sachverhalte und Situationen. In den ersten Jahren war die Grenze zusätzlich Einfallstor für Kriegsflüchtlinge, die versuchten von Bosnien-Herzegowina nach Westeuropa zu gelangen (vgl. PAVLAKOVIC-KOCHI 2004). Vor diesem Hintergrund wurde die Grenze zusätzlich verstärkt. Die Suche Sloweniens nach der eigenen inneren Identität gestaltete sich demnach in der Abgrenzung nach Außen. So ist auch das 1994 erschienene „Geografija Evrope“ (BRINTOVEC ET AL.) einzuordnen, in dem slowenische Geographen Kroatien sogar aus Mitteleuropa ausschließen. Ihrer Definition nach besteht Mitteleuropa aus Deutschland, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, der Schweiz, Österreich, Ungarn und Slowenien. Dieser bislang letzte „Wechsel“ der slowenischen Zugehörigkeit bekommt ein tieferes Verstehen, wenn es im historischen Kontext eingebunden betrachtet wird. So änderte sich die selbstdefinierte geographische, politische, aber auch kulturelle Zugehörigkeit Sloweniens im Laufe seiner Geschichte. Bis 1918 gehörte es zum römisch-germanischen Reich und zu den Habsburgern, war somit innerhalb der mitteleuropäischen Länder eingebunden und hatte starke ökonomische und kulturelle Verbindungen zu Wien und Budapest. In der Periode der ersten beiden Jugoslawien wandte es sich Belgrad und Zagreb zu. Mit der Unabhängigkeit Sloweniens wurde dieses Zugehörigkeitsgefühl jedoch wieder abgelöst durch Brüssel und Wien. Deutlich wird dieser Wandel einem Regierungsmitglied zufolge in der Selbstdarstellung Sloweniens sichtbar: Während seiner jugoslawischen Periode präsentierte sich Slowenien als Land „on the sunny side of the Alps“; dies bedeutete „im Süden“. Anschließend änderte man den Slogan in „the green heart of Europe“; damit wurde das Land in Mitteleuropa angesiedelt. Öster-

reich hat sich jedoch vor einigen Jahren die Bezeichnung „heart of Europe“ schützen lassen, so dass Slowenien seinen Slogan fortan nicht mehr nutzen darf. Dieses Versäumnis Sloweniens ist der Naivität eines jungen Staates geschuldet. Am 10.11.2006 wurde dann der neue Slogan vorgestellt: „I feel Slovenia“ („Slovenijo čutim“), wobei das Wort „love“ innerhalb Slovenia hervorgehoben ist. Zusätzlich zum Slogan gibt es ein neues Logo, welches den Triglav (höchster Berg Sloweniens), ein Lindenblatt (der Lindenbaum ist ein Symbol für die slowenische Kultur) und ein Herz kombiniert ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3918/3936/10.11.2006](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3918/3936/10.11.2006)).

Zehn Jahre nach der Etablierung der neuen Staatsgrenze haben Slowenien und Kroatien im Juli 2001 das sogenannte SOPS<sup>106</sup> ratifiziert. Dieses Grenzabkommen regelt u.a. die Anzahl der Grenzübergänge und hat zum Ziel, die entstandenen Barrieren in einem Grenzstreifen bis 10 km von der Grenzlinie zu relativieren. Insgesamt 52 Grenzübergänge unterschiedlicher Kategorie sollten demnach entstehen, darunter 16 internationale, neun nationale und 27 lokale Übergänge (vgl. Foto 2). Die 27 lokalen sollten den zugenommenen Druck von den internationalen Übergängen nehmen und die durch die Grenzziehung abgeschnittenen Beziehungen wieder revitalisieren (vgl. PODGORŠEK 1997). 2006 waren mit 60 (25, 11 und 24) offizielle Möglichkeiten die Grenze zu überqueren schon mehr als die in SOPS geplanten 52 implementiert (<http://carina.gov.si/slov/lokacije.htm> 03.08.2006). Zusätzlich existieren jedoch nach Aussage eines Mitglieds der slowenisch-kroatischen Grenzkommission noch 72 weitere Möglichkeiten für Bauern, Schüler, Pendler usw. die Grenze ohne Kontrollen zu queren und weitere 400 Punkte, an denen Bauern auf ihrem Land die Grenze überschreiten können. Dieser berichtete davon, dass die bestehenden Grenzregelungen die Verantwortlichen in Brüssel veranlasst von einer „löchrigen Grenze“, einem „Schweizer Käse“ ähnlich, zu sprechen. Eine offensichtliche Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der Grenze sowie den rechtlichen Grundlagen und dem alltäglichen Leben in der Grenzregion ist feststellbar. Dieser de facto Offenheit der Grenze stehen die notwendigen

---

<sup>106</sup>Zakon o ratifikaciji sporazuma med Republiko Slovenijo in Republiko Hrvaško o obmejnem prometu in sodelovanju SOPS / Act of ratifying the agreement between the Republic of Slovenia and the Republic of Croatia on traffic and cooperation, Uradni list RS, Ljubljana, 31.7.2001, No. 63.

und strengen Reglements zur Einführung und Etablierung der Schengengrenze diametral gegenüber.

Foto 2: Lokaler Grenzübergang Razkrižje an der Grenze zu Kroatien



Quelle: Eigene Erhebung 2005.

#### 4.1.4.2.1 Offene Fragen im Zuge der Entstehung einer neuen Staatsgrenze

Insgesamt 670 km umfasst heute die Grenze zwischen Slowenien und Kroatien. Davon verlaufen 290 km (43 %) entlang von Wasserläufen, unterliegen somit hydrografischen Gesetzmäßigkeiten (STATISTIČNI LETOPIS 2005). Da sich Wasserläufe in der Regel als veränderbar erweisen ist ein Bereich der offenen Grenzfragen im Zusammenhang mit diesen Grenzabschnitten und ihren hydrografischen Spezifitäten zu sehen. Karte 20 zeigt sechs offene Fragen, die im folgenden näher betrachtet werden sollen. So bestehen zwischen Slowenien und Kroatien unterschiedliche Ansichten hinsichtlich der Zugrundelegung von Katastergrenzen zur Definition der Grenzlinie beispielsweise entlang der Mura bei Hotiza in Pomurje (vgl. Karte 20, Nr. 5). 1823 legte Österreich auf slowenischer Seite in der Steiermark und in Krain erstmals Katastergrenzen fest. Eine Festlegung auf kroatischer Seite erfolgte mehr als vierzig Jahre später im Jahre 1869. Der heutige Disput gründet sich in Flussbettverschiebungen des Grenzflusses, die in diesen 46 Jahren stattgefunden haben. Dabei sind die natürlichen Flussbettverschiebungen der mäandrierenden

Mura von den künstlichen, im Zuge regulierter Wasserläufe zu unterscheiden. So rufen beispielsweise im Sommer 2006 kroatische Bautätigkeiten bei Hotiza immer wieder mediale Proteste hervor. Die mäandrierende Mura ist im Laufe der Zeit von den kroatischen Katastergrenzen abgewichen und heute befinden sich slowenische Parzellen auf der von Kroatien beanspruchten Seite des Flusses. Letzten Endes umfasst dieses Grenzproblem nur fünf Häusern in Murišče bei Brezovec (vgl. Karte 20, Nr. 5). Die differierenden Gebietsansprüche infolge der Flussbettverlagerung bei Hotiza sind, nach Aussage eines Mitgliedes der gemeinsamen Grenzkommission, hingegen lediglich Fragen bezüglich eines Gebietstausches. Und dennoch ist trotz des bis dato ungeklärtem Grenzverlauf, also auch entgegen aller Absprachen – so wurde im Zuge der Unabhängigkeit festgelegt, dass die Grenze zwischen Slowenien und Kroatien dem Grenzverlauf vom 25.06.1991, dem Tag der Unabhängigkeit, entspricht – von kroatischer Seite der lokale Grenzübergang „Hotiza-Sveti Martin na Muri“ und eine Brücke über die Mura gebaut sowie mit dem Ausbau der Straße jenseits der Mura begonnen worden (DNEVNIK u.a. 03.07., 04.07., 28.08.2006). Sehr aktuell, so das Mitglied der gemeinsamen Grenzkommission, ist derzeit die Frage der Instandhaltung der Deiche am linken Ufer der Mura, die sich z.T. im kroatischen Kataster befinden.<sup>107</sup> Weitere offene Grenzfragen bestehen in Gebietsansprüchen bei Drage am Gorjanci – dieser Gebirgszug auf der slowenisch-kroatischen Grenze lokalisiert, heißt in Kroatien Žumberak – sowie in der Region beim Berg Snežnik (vgl. Karte 20, Nr. 4 & 3).

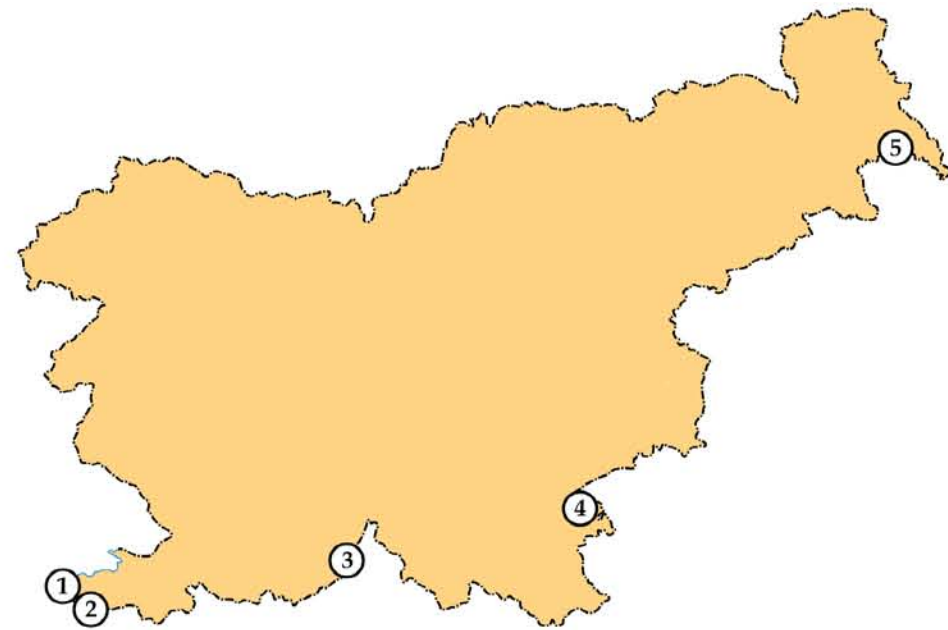
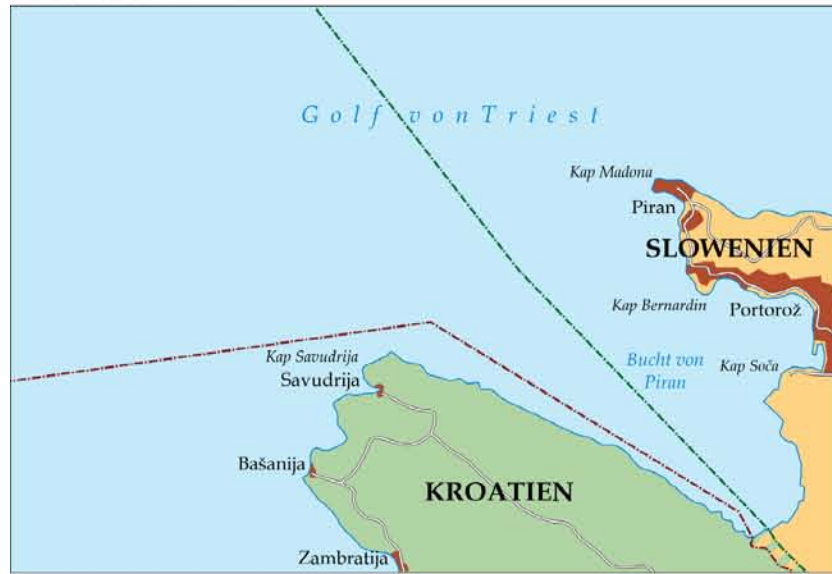
---

<sup>107</sup> „Bis jetzt galt die Vereinbarung, dass die Deiche seitens Sloweniens sowohl gebaut als auch gewartet wurden, jedoch hat Kroatien seinen diesbezüglichen Standpunkt jetzt geändert.“

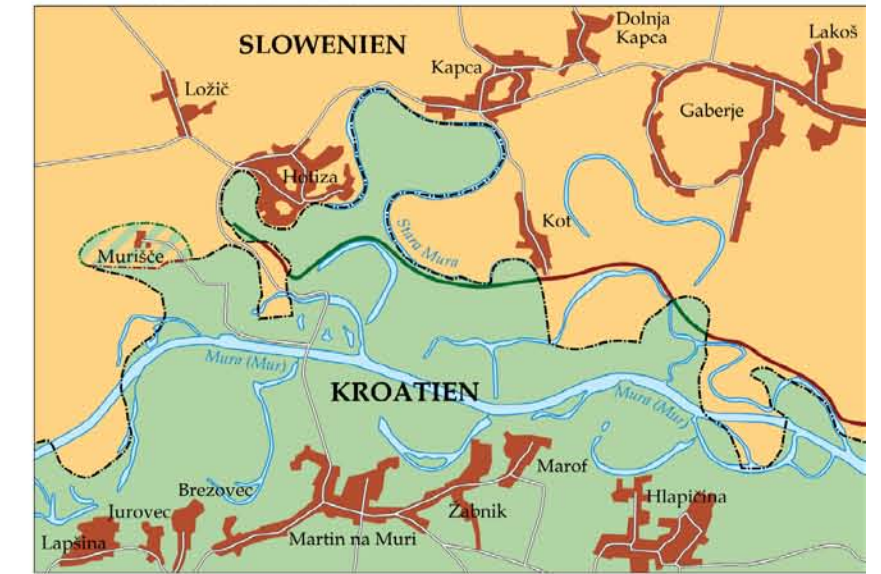


Karte 20: Offene Fragen an der slowenisch-kroatischen Grenze

1: Bucht von Piran



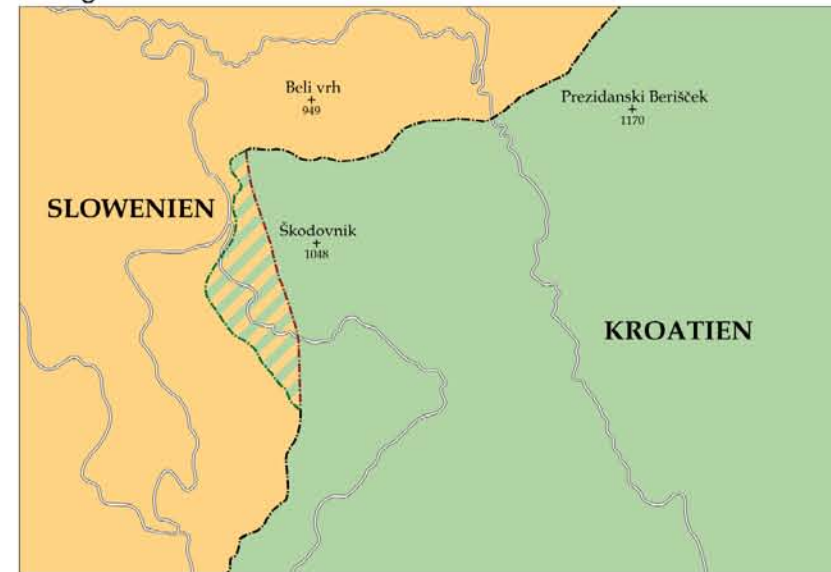
5: Mura bei Hotiza und Murišče



2: Dragonja ab Mlini na Dragonji



3: Region beim Snežnik



4: Drage bei Gorjanci (SLO) - Žumberak (HR)



Das Hauptproblem zwischen Slowenien und Kroatien stellt jedoch die Meeresgrenze dar. Dieser Disput von weitreichender Bedeutung bezieht sich auf die geopolitisch wichtige Frage über den Zugang Sloweniens zu internationalen Gewässern (vgl. Karte 20, Nr. 1 & 2; Karte 21). Unter dem Stichwort „die Grenze in der Bucht von Piran“ steht er seit der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens im Fokus der Medien und Politik beidseits der Grenze. Ausgehend von der unterschiedlichen Ansicht der Grenzlinie entlang des Flusses Dragonja, stellt sich dabei die vordergründige Frage um den exakten Grenzverlauf in der Bucht von Piran (vgl. Foto 3), die von Kroatien Bucht von Savudrija genannt wird, hintergründig als drei separate Themenkomplexe dar:

1. Die Frage nach dem Grenzverlauf in der Bucht von Piran,
2. die Frage nach dessen weiteren Verlauf in der Bucht von Tršašk und
3. die Frage nach der Verbindung zwischen slowenischen Territorial- und internationalen Gewässern.

Foto 3: Blick auf die Bucht von Piran



Quelle: Eigene Erhebung 2005.

Im Endeffekt handelt es sich bei diesem offenen Fragenkomplex um die letzten sechs Kilometer des Verlaufs der Dragonja von Mlini na Dragonji bis zur Adria (vgl. Karte 20, Nr. 2) die strittig sind. Bei der exakten Definition dieser Grenzlinie geht es lediglich um Differenzen zwischen 50 und 300 m, die jedoch enorme Auswirkungen haben. Kroatien vertritt eine Lösung bei der die Medianlinie als Grenze anzunehmen ist (vgl. Karte 21) und beruft sich auf Artikel 15<sup>108</sup> der 1982er „Sea Convention“-Staaten. Slowenien hingegen beruft sich auf den Artikel 12 der 1958er „Convention on Territorial Waters“, der besagt, dass ein Zugang zur offenen See (internationale Gewässer) essentiell für einen Staat ist. Die Medianlinie in der Bucht von Piran würde zum einen die slowenische Wirtschaft, wie Fischerei oder Tourismus behindern, und zum anderen die freie Zufahrt zum einzigen slowenischen Seehafen Koper unmöglich machen. Bis 1991 stand die Bucht von Piran vorwiegend unter slowenischer Verwaltung und die Mehrzahl der Hauseigentümer waren Slowenen. Vor diesem Hintergrund könnten zwei juristische Grundprinzipien zur Geltung kommen: ‚sui generis‘ und ‚uti possedetis‘, was frei übersetzt „der der es nutzt, der es besitzt“ bedeutet (BLAKE & TOPALOVIĆ 1996). Beide Parteien weichen jedoch nicht von ihrer Position ab. Wie Karte 21 zu entnehmen ist, entsteht für Slowenien im Rahmen seines Lösungsvorschlages ein schmaler Korridor zu den internationalen Gewässern zwischen Italien und Kroatien und würde seine Stellung als Meeresanrainer stützen. 2001 haben die Ministerpräsidenten Sloweniens und Kroatiens, DRNOVŠEK und RAČAN, die Seegrenze in einem Vertrag festgelegt, welcher Slowenien diesen Korridor und somit den Zugang zum offenen Meer garantierte und für Kroatien im Gegenzug einige slowenische Gebiete im Tausch vorsah. Dieser von beiden Seiten als guter Kompromiss bezeichnete Vertrag hätte einem Regierungsmitglied zufolge im slowenischen Parlament eine Mehrheit von 96 % bekommen, scheiterte jedoch zuvor im kroatischen Parlament. So blieb die Definition der Grenze ungeklärt und der Disput schwelte weiter, bis im Sommer 2002 der Seestreit eskalierte: so wurden beispielsweise slowenische Fischerboote von der kroatischen Wasserschutzpolizei in den nicht festgelegten Hoheitsgewässern Kroatiens aufgebracht und an der Ausübung ihrer Ar-

---

<sup>108</sup>Vgl. [www.globelaw.com/LawSea/l82\\_1.htm#article\\_15\\_delimitation\\_of\\_the\\_terr](http://www.globelaw.com/LawSea/l82_1.htm#article_15_delimitation_of_the_terr) 24.05.2004.

beit gehindert. Im Gegenzug, so berichtete ein ranghoher Diplomat, zog Slowenien seinen Botschafter aus Zagreb ab und drohte Kroatien ganz offen damit, dass man als baldiges EU-Mitglied Einfluss auf die Aufnahme Kroatiens in die EU hätte.<sup>109</sup> Beide Seiten warfen sich die Verletzung der Hoheitsgewässer vor. Allein im August 2002 wurden 69 Artikel in der slowenischen Tageszeitung DNEVNIK zu diesem Thema veröffentlicht. Es war das beherrschende Thema über viele Wochen (eigene Erfahrung) und belegt die starke Medialisierung beidseits der Grenze. Für Außenstehende mag dieser Konflikt bedeutungslos anmuten, denn der rund 6.000 km langen kroatischen Küstenlinie steht ein slowenischer Küstenstreifen von lediglich 46 km (0,8 %) gegenüber. Einem Vertreter des Außenministeriums zufolge stellt dieser kleine Küstenstreifen, neben den vitalen Interessen Sloweniens als Meeresanrainer, jedoch in Kroatien die Befürchtung dar, dass das Gewähren von Privilegien gegenüber Slowenien zu ähnlichen Verpflichtungen an den weitaus sensibleren See- und Landgrenzen zu seinen südlichen Nachbarn führen könnte.<sup>110</sup> Letzten Endes ist die Regierung RAČAN in Kroatien u.a. an dieser Frage und dem Druck der Nationalisten bei der letzten Wahl gescheitert.

Der starken Medialisierung und den politischen Drohgebärden zum Trotz besteht nach Aussage des Mitglieds der Grenzkommission derzeit ein inoffizielles Agreement zwischen Slowenien und Kroatien, welches, bis auf hin und wieder auftretende Zwischenfälle, den freien Zugang Sloweniens zum offenen Meer sichert. Dieser Zugang ist für Slowenien lebenswichtig, da es mit Koper einen Hafen besitzt, der für viele Handelsgüter die kürzeste Verbindung zum Mittelmeer bedeutet und somit in den letzten Jahren zu einem zentralen Umschlagplatz heranwuchs. Eine bilaterale Kommission für Grenzfragen beschäftigt sich seit einigen Jahren mit allen offenen Fragen hinsichtlich des Grenzverlaufs und versucht Lösungen zu erarbeiten. Deren Meinung nach, wäre es recht einfach zu einvernehmlichen Lösungen durch Tauschen von Gebietsteilen zu kommen. Die Politiken beidseits der Grenze hat jedoch in den letzten Jahren das Thema oftmals benutzt, um

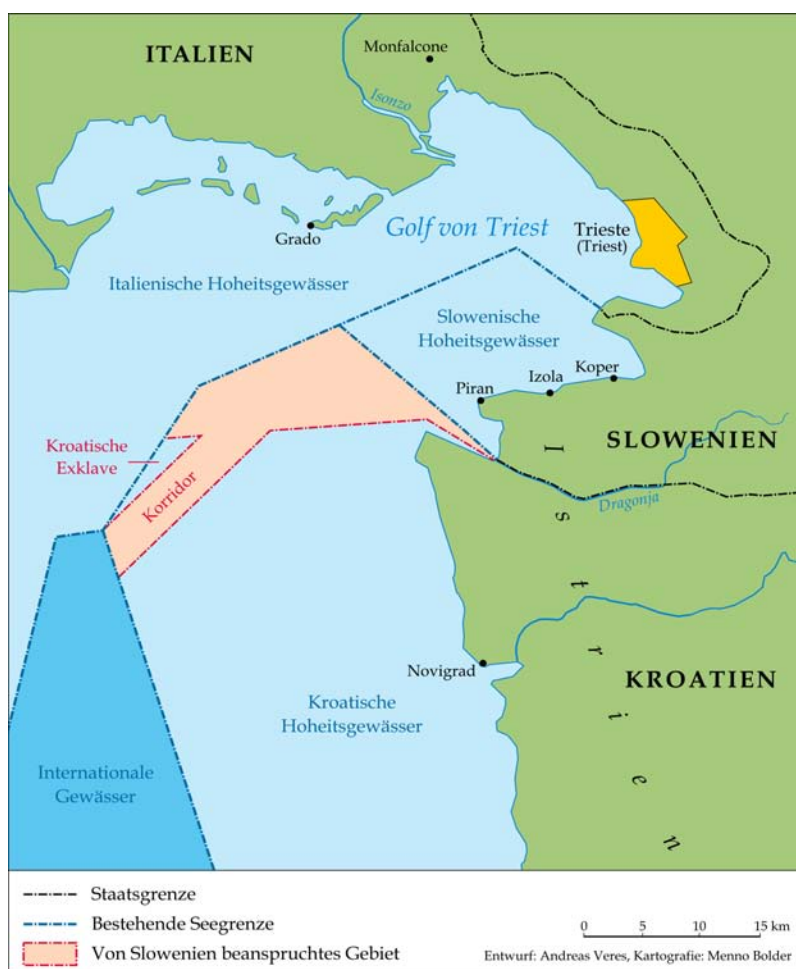
---

<sup>109</sup>Vgl. auch NZZ 14.08.2002: „Kroatisch-slowenischer Grenzzwischenfall“; NZZ 21.08.2002: „Die Seegrenze als slowenisch-kroatisches Dauerproblem. Härtere Töne in Ljubljana“

<sup>110</sup>Zu den offenen Grenzfragen der Halbinsel Prevlaka in der Bucht von Kotor und dem Neum-Problem vgl. u.a. WEBER (2002).

innenpolitisch zu punkten und von dringlicheren Problemen abzulenken. Die neue Mitte-Rechts-Regierung setzt derzeit auf eine bilaterale Lösung auf Verhandlungsbasis, wobei als ultima ratio auch eine Arbitrage als Möglichkeit gesehen wird. Des Weiteren wird auf den baldigen EU-Beitritt Kroatiens gehofft, um die Fragen dann im gleichen Rechtssystem klären zu können. Es zeigt sich bei dieser Grenzproblematik deutlich, dass 15 Jahre nicht ausreichen, um eine Grenze bis ins letzte zu definieren.

Karte 21: Grenzlinien in der nördlichen Adria



Mitunter bekommen an der slowenisch-kroatischen Grenze einige offene Fragen skurrile Züge, wie das Beispiel, um die militärpolitische Frage des Berges Sveta Gera, der höchsten Erhebung des Gebirgszuges Gorjanci, eindrucksvoll belegt. Dieser Berg im südslowenischen Bergland, von den Slowenen Trdinov vrh (1.178 m) genannt, ist de facto kroatisches Territorium. Seit Ende des Zweiten

Weltkrieges sind dort jedoch einige slowenische Soldaten stationiert. Obwohl dieser Berg, abgesehen von einigen Bergwanderern, von niemanden betreten wird, gibt es in Ljubljana keine Anzeichen dafür, die dort stationierten Soldaten abzu ziehen und den Berg an Kroatien zurückzugeben. Auf der anderen Seite lässt jedoch Zagreb ebenfalls keine Gelegenheit aus, öffentlich auf das „letzte, zu befreiende, Besatzungsgebiet Europas“ hinzuweisen (OSCHLIES 2004: 406). Ein weiteres Beispiel findet sich in Istrien: „Die seltsamste Grenze liegt im nördlichen Istrien, wo es bis 1918 keine Staatsgrenze gab, da Istrien weder slowenisch noch kroatisch war, sondern von mehreren Adelshäusern regiert wurde. Eine alte Habsburger Postverwaltungsgrenze wurde zur Grenzziehung verwendet und eine einst bedeutungslose Linie wird ab dem 1. Mai 2004 eine scharfe Trennlinie“ (vgl. WINTER 2003). Doch trotz aller Dispute stellt KLEMENČIĆ (2001: 28) fest: „On the positive side it must be stressed that the existence of border disputes did not influence permeability of the Croatian-Slovenia border, which is far the most open among all borders between successor states of the former Yugoslavia.“

#### **4.1.4.2.2 Die Grenzregion: „Plötzlich sind wir getrennt“**

Ungeachtet den diskutierten Grenzdisputen, sind es vielmehr die Veränderungen der alltäglichen Lebensbedingungen, wie eine allgemeine Erschwerung des Alltagslebens (vgl. u.a. KNEŽEVIĆ-HOČEVAR 1999; KRŽIŠNIK-BUKIĆ 1999), unmittelbar an der Grenze selber, in denen sich das trennende Moment einer neuentstandenen Grenzlinie manifestiert. Aber es wurden nicht nur zwei bis dahin föderativ verbundene Staaten getrennt, sondern in der Grenzregion ebenfalls viele traditionell gewachsene Verbindungen unterbrochen, sei es familiärer, freundschaftlicher, beruflicher oder anderer Art. Aufgrund fehlender historischer (national-)staatlicher Grenzverläufe stützte man sich bei der Grenzziehung auf differente Verwaltungsgrenzen. Damit wurden skurrile Situationen heraufbeschworen, die z.T. in Problemen mündeten. So stimmen zum einen die zur Grenzziehung herangezogenen Katastergrenzen teilweise nicht mit den heutigen Flussläufen überein, und zum anderen bestehen ebenfalls Differenzen zu Bistums- und Kirchengemeindengrenzen. Als Konsequenz müssen in einigen Grenzregionen Kirchgänger zum Be-

such ihrer angestammten Pfarrkirche ins Nachbarland. Ebenso diffus ist die Situation einiger Friedhöfe, die beispielsweise zu einer slowenischen Kirchengemeinde gehören, aber auf kroatischem Staatsgebiet liegen. Des weiteren war auch die schulische Bildung innerhalb der SFR Jugoslawien grenzüberschreitend organisiert. So haben sowohl slowenische als auch kroatische Schüler die nächstliegenden Schulen besucht, was heute in einigen Regionen mit einer Grenzüberschreitung verbunden ist.<sup>111</sup> Auch wurden private Besitztümer, wie z.B. landwirtschaftliche Flächen, durch die neue Grenzlinie getrennt, was u.a. zum allgemeinen Problem der Grundbesitzvermischungen geführt hat. So hat BELEC (1993: 76) in einer umfassenden Studie von Grenzgemeinden im Nordosten Sloweniens festgestellt, dass beispielsweise in Lendava fast 3.000 Kroaten Land besitzen. Insgesamt zeigt seine Studie, dass in den slowenischen Gemeinden Lendava, Ljutomer und Ormož fast 4.000 kroatische Eigentümer rund 1.000 ha besitzen, wobei auf den Flächen hauptsächlich Weinanbau (~300 ha) und Weidewirtschaft (~200 ha) betrieben wird. Eine weitere, aktuellere Studie (vgl. ŠPES 1999), in der 1.200 Haushalte in der statistischen Region Spodnje Posavje, westlich an Podravje angrenzend, befragt wurden, identifiziert die Grundbesitzverhältnisse ebenfalls als Problem. Zusätzlich haben die Befragungen ergeben, dass durch die Grenzziehung ehemalige Pendlerströme, grenzüberschreitende Bildungs-, Ausbildungs- und Versorgungsmöglichkeiten unterbrochen wurden (vgl. auch HORVAT 1993). Die starke Abnahme der täglichen Pendlerströme hatte vor allem auf kroatischer Seite enorme Auswirkungen. Viele kroatische Beschäftigte in slowenischen Unternehmen verloren ihren Arbeitsplatz und versuchten auf der kroatischen Seite eine neue Beschäftigung zu finden. Da die Arbeitsplatzsituation in Kroatien weitaus schwieriger war, entschied sich ein großer Teil der Betroffenen in Slowenien zu bleiben und die Staatsbürgerschaft anzunehmen (vgl. PAVLAKOVIC-KOCHI & STIPERSKI 2004). Doch nicht nur die Beschäftigten, sondern die gesamte lokale Wirtschaft war durch die neuen Umstände betroffen. Die Einführung unterschiedlicher nationaler Währungen,

---

<sup>111</sup>Ein Beispiel aus Istrien skizziert dieses konfuse Bild: Die Bevölkerung wurde in der Kommune Koper in Slowenien zur Wahl aufgerufen, zahlte jedoch in der Kommune Buje in Kroatien seine Steuern. Des weiteren kam der Strom aus Kroatien, das Wasser jedoch aus Slowenien. Auch die Ausweise und Nummernschilder wurden in Buje (Kroatien) ausgestellt, die Kinder besuchten jedoch die Grundschule in Slowenien (vgl. KLEMENČIČ & GOSAR 2001: 134f.).

neue Zoll- und Grenzbestimmungen, eine zunehmende Öffnung der Schere bei den Einkommen und der Gesundheitsversorgung, die anfängliche ökonomische Rezession sowie die Transformation zur Marktwirtschaft haben zu größeren Unterbrechungen in der lokalen Wirtschaft geführt.

Die Grenzregionen wurden zur neuen Peripherie sowohl in Slowenien als auch in Kroatien. Sie sind von den durchschnittlichen sozioökonomischen Strömen sowie den Entwicklungsströmen der jeweiligen Nationalstaaten entfernt (vgl. ŠPES 2000) und weniger entwickelt (vgl. u.a. RAVBAR 1999; KREVS 2001; KLEMENČIČ 1993; FELETAR & STIPERSKI 1996). Als Folge ist seit der Unabhängigkeit Sloweniens eine zunehmende Orientierung und Abwanderung der Grenzbevölkerung ins Landesinnere zu beobachten. So kämpfen heute viele Grenzgemeinden, dabei vor allem die Agrarbevölkerung, mit einer zunehmenden Überalterung. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Einwohner beidseits der Grenze wich einer Fokussierung auf oftmals subjektive Unterschiede zwischen Slowenien und Kroatien. So sieht man heute u.a. in der Sprache und in den traditionellen Tänzen und der Musik – der alpin geprägten slowenischen steht die vom Balkan geprägte kroatische Musik gegenüber – Trennendes. Auf der anderen Seite werden hingegen die Essgewohnheiten, die Art des Hausbaus, landwirtschaftliche Anbaupraktiken oder die Möblierung der Häuser als verbindende Elemente aufgeführt (vgl. BARBIČ 2004). Es lässt sich festhalten, dass sich mit der Unabhängigkeit beider Staaten das zuvor schon vorhandene Gefälle verstärkte und die Staatsgrenze dieses nun deutlicher sichtbar werden ließ. Eine zunehmende Entkoppelung hinsichtlich des allgemeinen Lebensstandards, des Demokratielevels, dem Wert der jeweiligen Währung – Slowenien führte zum 01.01.2007 den Euro ein – sowie dem generellen „way of live“ ist zu konstatieren (vgl. KNEŽEVIĆ-HOČEVAR 1999; BARBIČ 1998b). Die differente ökonomische Entwicklungsgeschwindigkeit beider Staaten lässt sich aber auch am jeweiligen BIP, an der Arbeitslosenrate oder den Löhnen in KMUs deutlich ablesen. Vergleicht man im Zusammenhang der ökonomischen Situation die durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen in den Grenzgemeinden beidseits der Grenzlinie, so fallen eklatante Unterschiede auf: auf der sloweni-



schen Seite lag das Bruttoeinkommen 2003 bei drei der zehn Gemeinden in Podravje und Pomurje unter 85 % (898 EUR<sup>112</sup>) des durchschnittlichen slowenischen Einkommens (1.057 EUR = 100 %).<sup>113</sup> Erwähnenswert ist die Tatsache, dass im Vergleich der beiden statistischen Regionen untereinander zwei der drei Gemeinden mit einem Einkommen unter 85 % in Pomurje liegen, was einem Anteil von 50 % der dort lokalisierten Grenzgemeinden ergibt. Mit 72 % (756 EUR) des durchschnittlichen slowenischen Bruttomonatseinkommens liegt Črenšovci (Pomurje) am unteren Rand der Verteilung. Auf der kroatischen Seite liegen nur drei Gemeinden entlang dieses Grenzabschnittes, in denen jedoch zu 100 % das monatliche Einkommen unter 85 % (661 EUR<sup>114</sup>) des durchschnittlichen kroatischen Monatseinkommen liegt (777 EUR = 100 %). Betrachtet man nun die Gemeinde mit dem höchsten Durchschnittseinkommen unter diesen dreien, so ist dies das nordöstliche Međimurje mit 44 % (562 EUR) des durchschnittlichen kroatischen Bruttomonatseinkommen. Somit verdiente ein Beschäftigter 2003 in Međimurje, der Gemeinde mit dem höchsten Monatseinkommen der drei betrachteten kroatischen Gemeinden, im Durchschnitt umgerechnet immer noch rund 200 EUR weniger als auf der slowenischen Seite in Črenšovci.

#### **4.1.5 Phase 3: Die slowenisch-kroatische Grenze im Slowenien als Mitglied der EU (seit 01. Mai 2004)**

Nach dem Erlangen der Unabhängigkeit war die oberste Priorität sowohl für Slowenien als auch für Kroatien die europäische Integration. Slowenien erreichte diese, im Gegensatz zu Kroatien, am 01. Mai 2004. Mit der EU-Mitgliedschaft veränderte sich auch erneut der Status der Grenze zu Kroatien. Nunmehr wurde sie zur Außengrenze der EU und erhöhte Schutzanforderungen bedingten eine Verstärkung derselben. Vom ersten Tag der EU-Mitgliedschaft an arbeitet Slowenien an der Umsetzung der Anforderungen für den Beitritt zum Schengenraum, was

---

<sup>112</sup>Die Umrechnung des slowenischen Tolars erfolgte zum Tageskurs vom 18.08.2006 (1 EUR = 239,64 SIT) und entspricht somit nicht dem tatsächlichen Kurs in 2003, illustriert jedoch die Verhältnisse.

<sup>113</sup>Eigene Berechnungen nach STATISTIČNI LETOPIS 2004 und STATISTIČKI LJETOPIS 2005.

<sup>114</sup>Die Umrechnung der kroatischen Kuna erfolgte zum Tageskurs vom 18.08.2006 (1 EUR = 7,28 HRK) und entspricht somit nicht dem tatsächlichen Kurs in 2003, illustriert jedoch die Verhältnisse.

die Grenze zu Kroatien de jure endgültig verschließt und nur über wenige definierte Grenzübergänge queren lässt. Das Ende von SOPS wäre offiziell gekommen. Die Veränderungen dieser Grenzlinie von einer Verwaltungs-, über eine Republikgrenze innerhalb einer Föderation zu einer Grenze zwischen zwei souveränen Nationalstaaten wurden oben genau analysiert. Nun liegt der Fokus auf den Veränderungen innerhalb der Phase von der Erlangung der staatlichen Souveränität bis zum EU-Beitritt.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang beispielhaft den Personenverkehr seit 1990 an den jeweiligen Grenzen Sloweniens zu seinen Nachbarn (vgl. Tab. 4), so fallen zwei Faktoren auf. Zum einen wuchs die absolute Zahl der Personen, die die Grenze zu Slowenien überquert haben, seit 1990 insgesamt um mehr als 30 Mio. von 62,1 auf 92,2 Mio. an. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung von rund 50 %. Zum anderen verlief dieses Wachstum jedoch nicht kontinuierlich. So war die größte Steigerungsrate (46 %) in den Jahren nach der Unabhängigkeit bis Mitte der 1990er Jahre zu verzeichnen. Der Grund lag vor allem im Hinzuzählen der Grenzüberschreitungen an der neuen Grenze zu Kroatien (1995 25,6 Mio.). Anschließend oszillierte der Wert um ca. 90 Mio., um 2004 den bisherigen Höhepunkt zu erreichen. Erklären lässt sich dieses Phänomen dahingehend, dass mit dem Beitritt zur EU, einhergehend beispielsweise mit dem zugenommenen Transitverkehr, die Anzahl der Grenzüberschreitungen insgesamt zugenommen haben. An der Grenze zu Kroatien ist jedoch der gegenteilige Effekt zu beobachten. Hier war der Höhepunkt im Jahr 2000, mit einer Steigerung von rund 8 Mio. Personen gegenüber 1995, erreicht und fiel bis 2004 leicht ab. In diesem Fall ist die These angebracht, dass der EU-Beitritt der entscheidende Faktor für den Rückgang ist. Die Grenze zu Kroatien wurde durch den Beitritt Sloweniens eher verstärkt als geöffnet. Endgültig belegen lässt sich diese These jedoch erst im Verlauf der nächsten Jahre, sollten die Grenzüberschreitungen an diesem Grenzabschnitt weiterhin und vielleicht sogar noch deutlicher als bisher abnehmen. Die slowenisch-österreichische Grenze hat seit 1990 einen kontinuierlichen Rückgang um 15 % zu verzeichnen. Einer der Hauptgründe für den Rückgang ist in den deutlich

geringeren Touristenströmen an die kroatische Adriaküste, aber auch der nach Ungarn verlagerte Transitverkehr Richtung Griechenland und Türkei, zu suchen. So hat Kroatien nach den kriegsbedingten Ausfalljahren Anfang der 1990er Jahre seine absolute Anzahl an Touristen<sup>115</sup> bis heute nicht mehr erreichen können. Des Weiteren erreicht eine zunehmende Anzahl an Touristen Kroatien mit Low-cost-Airlines. Beide Faktoren haben schließlich Einfluss auf die Touristenströme die durch Slowenien führen. Analysiert man auf der anderen Seite die Anzahl der Personen, die die slowenisch-ungarische Grenze überqueren, so zeigt sich ein positiver Trend. Mit 1,6 Mio. haben 2004 70 % mehr Personen die Grenze gequert als 1990. Auch wenn die absoluten Zahlen noch weit hinter denen anderer Grenzregionen zurückliegen, in dieser Region überquerten weniger als 2 % aller Personen die Grenze, so hat diese Grenze die höchste Steigerungsrate.

Tab. 4: Straßengebundene Grenzüberschreitungen von Passagieren

Grenze	Anzahl der Personen (in Mio.)				Anzahl der Personen (in %)			
	1990	1995	2000	2004	1990	1995	2000	2004
SLO/I	33,5	37,2	30,5	33,5	53,9	40,9	34,1	36,3
SLO/A	28,0	25,6	23,7	23,9	45,1	28,2	26,5	25,9
SLO/H	0,6	2,4	1,4	1,6	1,0	2,6	1,6	1,7
SLO/HR	---	25,6	33,8	33,3	---	28,2	37,8	36,1
Gesamt	62,1	90,8	89,5	92,2	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: STATISTIČNI LETOPIS 2005.

Auch wenn nach DUŠKA KNEŽEVIĆ-HOČEVAR das Schengen-Regime faktisch längst eingeführt sei (vgl. NZZ 27.12.2003), so treten die strikten Regularien zur Sicherung der EU-Außengrenze de facto erst mit dem offiziellen Beitritt Sloweniens zum Schengenraum in Kraft. Dies bedeutet dann das endgültige Aus für bilaterale Grenzvereinbarungen, wie SOPS, und die Einführung eines vorgeschriebenen

<sup>115</sup>Ein Balkanexperte berichtete, dass in Kroatien mit statistischen Feinessen die Anzahl der Touristen positiv dargestellt werden. So wechselte man z.B. von der Zählung der absoluten Anzahl der Touristen zur Zählung der Übernachtungen. Unter den gezählten Übernachtungen fielen jedoch auch die Hotelkontingente der in Kroatien stationierten ‚UN-Blauhelme‘.

Grenzregimes ohne Berücksichtigung der gewachsenen grenzüberschreitenden Verbindungen. Auf der kroatischer Seite wird befürchtet, „dass man durch das Schengen-Regime<sup>116</sup>, (...), die Auswirkungen der ‚Festung Europa‘ von der ‚falschen‘ Seite der Grenze zu spüren bekommt“ (BUFON ET AL. 2004: 31). Nach Jahrhunderten des freien und problemlosen grenzüberschreitenden Zusammenlebens wird somit eine Grenze geschaffen, die in Anlehnung an den „Eisernen Vorhang“, den „Iron Curtain“, „Schengen Curtain“ genannt werden könnte. Über den tatsächlich trennenden Status dieser Grenze ist man sich in Slowenien jedoch uneinig<sup>117</sup>. Die einzuhaltenden Richtlinien sind jedoch eindeutig, so dass heute in Slowenien von politischer Seite versucht wird, anhand dieser Grenze ein europäisches Exempel in Brüssel zu statuieren und Sonderregelungen auszuhandeln. Dabei ist es eindeutig, dass mit der Etablierung der Schengen-Grenze Probleme geschaffen werden, die nicht nötig sind. So wird einem Geographen zufolge beispielsweise mit viel Geld ein aufwendiges Grenzregime mit Grenzposten und Überwachungssystemen errichtet, welches mit dem EU- und Schengenbeitritt Kroatiens in naher Zukunft wieder an Bedeutung verlieren wird und dann an der

---

<sup>116</sup>1974 forderten einige europäische Mitgliedsstaaten interne Privilegien für den grenzüberschreitenden Personenverkehr. Viele Staaten waren jedoch auf Grund von Sicherheitsbedenken gegen den freien Personenverkehr und stimmten nur einem Abbau von Grenzkontrollen zu. Am 14. Juni 1985 wurde das erste Übereinkommen von den fünf Gründungsländern unterzeichnet. Daraufhin wurde ein umfassendes Übereinkommen ausgearbeitet und am 19. Juni 1990 unterzeichnet. Dank dieses Übereinkommens, das 1995 in Kraft trat, konnten die Binnengrenzen zwischen den Unterzeichnerstaaten aufgehoben und eine einzige Außengrenze geschaffen werden, an der Einreisekontrollen nach denselben Verfahren vorgenommen werden. Gemeinsame Vorschriften hinsichtlich der Erteilung von Visa, des Asylrechts und der Kontrolle an den Außengrenzen wurden erlassen, um den freien Personenverkehr zwischen den Unterzeichnerstaaten ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung zu ermöglichen. Um Freiheit und Sicherheit miteinander in Einklang zu bringen, wurden ergänzend zur Freizügigkeit sogenannte Ausgleichsmaßnahmen eingeführt. Ziel war es, die Koordinierung zwischen den Polizei-, Zoll- und Justizbehörden zu verbessern und die notwendigen Maßnahmen insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität zu ergreifen. Zu diesem Zweck wurde ein komplexes Informationssystem - das Schengener Informationssystem (SIS) - eingerichtet, um personenbezogene Daten sowie Daten über gesuchte Gegenstände auszutauschen. (<http://europa.eu.int/scadplus/printversion/de/lvb/l33020.htm> 23.04.2005; ACHERMANN ET AL. 1995: 22, 51; WASIL-WALTER & KOFLER 1999a/b)

<sup>117</sup>Auch auf kroatischer Seite ist man sich ob der möglichen Konsequenzen uneins: „It is still not clear what effect this will have on Croatian citizens, and particularly on Croatian businesses. The Croatian Chamber of Commerce and the Ministry of Economics say they still do not have information on what economic damage might result from the Schengen crossings. Economists estimate that certain losses will undoubtedly take place, primarily because of the increase in transportation costs.“ ([www.setimes.com](http://www.setimes.com) 13.05.2004)

Südgrenze von Kroatien erneut aufgebaut werden muss. Von Verschleudern etlicher Millionen Euro<sup>118</sup> ist die Rede.

Und doch mischen sich in den allgemeinen Chor aus Kritikern und Skeptikern Stimmen, die fest davon überzeugt sind, dass die slowenisch-kroatische Grenze in ihrer Einmaligkeit auch eine Sonderbehandlung im Rahmen von Schengen bekommen wird bzw. sollte. So wird darauf insistiert, dass die Schengen-Grenze keineswegs mit dem „Eisernen Vorhang“ zu vergleichen ist. Sie wird keine neue Mauer, kein „Schengen Curtain“ sein, da die existierenden kleinmaßstäbigen grenzüberschreitenden Kooperation in der Grenzregion nur schwer zu trennen sind, weil sie auf familiäre und freundschaftliche Bindungen basieren. Schon die slowenisch-italienische Grenze hat in einigen Teilen gezeigt, dass familiäre Bindungen und lokale Kooperationen nicht durch eine politische Grenzlinie unterbrochen werden können. Somit ist es unbedingt notwendig, dass gerade auf lokaler Ebene grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Menschen, Unternehmen und Institutionen zwischen Kroatien und Slowenien existieren. Denn allein damit lassen sich eventuell Sonderkonditionen hinsichtlich des Schengen-Regimes in Brüssel aushandeln. Dies könnte dann vorbildhaften Charakter für andere Regionen im Zuge der weiteren EU-Erweiterung auf dem Balkan haben. Die Situation ist Anfang 2007 bei weitem noch nicht entschieden und könnte ein Novum in der Geschichte von Schengen bringen.

#### **4.1.6 Zusammenfassung und Fazit**

In Kapitel 4.1.4 lassen sich deutlich zwei differente, jedoch miteinander korrespondierende Ebenen identifizieren. So muss im Rahmen der Implikationen der neuen slowenisch-kroatischen Grenze zwischen einer diskursiven und einer Real-

---

<sup>118</sup> „MARKO GASPERLIN, im slowenischen Innenministerium für die polizeiliche Grenzsicherung zuständig, kennt die Kosten genau. 414 Millionen Euro seien es, verteilt auf den Zeitraum zwischen 1999 und 2006. Der größere Teil des Geldes entfällt auf die personelle Verstärkung der Grenzpolizei, die übrigen Ausgaben entstehen durch den Ausbau der Grenzübergänge. Derzeit verfügt Slowenien über knapp 1500 Grenzpolizisten, in drei Jahren soll ein Bestand von 3100 erreicht werden“ (NZZ 27.12.2003). „In order to establish the Schengen, Slovenia will have to invest an additional EUR 202m by the end of 2006. While the largest share will go for police wages, EUR 107m will be contributed by the EU from the Schengen Facility. An additional EUR 23m will be available in the Phare programme“ ([www.gzs.si/eng/news/sbw/head.asp?idc=15762](http://www.gzs.si/eng/news/sbw/head.asp?idc=15762) 22.01.2003).

tätsebene unterschieden werden. Die offenen Grenzfragen werden auf der Diskursebene oftmals politisch und medial überspitzt dargestellt, finden jedoch auf der realen Ebene meist eine pragmatische Umsetzung. Nur so lassen sich vordergründige inhaltliche Diskrepanzen schlüssig erklären. Beispielsweise ist die Frage um die Grenze in der Bucht von Piran, und somit der slowenische Zugang zum offenen Meer auf politischer Ebene bis hin zum Abzug des Botschafters aus Zagreb bzw. einzelner kroatischer Polizeiaktionen gediehen, ohne jedoch Einschränkungen im tagtäglichen Warenumsatz im Hafen Koper oder in seiner Erreichbarkeit zu generieren. So lassen sich noch unzählige Beispiele dieser Art finden, denen schlussendlich ein möglicher Vorbildcharakter zu Grunde liegt: Zwischenstaatliche Probleme und offene Fragen können auf der Diskursebene instrumentalisiert und scharf verhandelt werden, jedoch geht man in der Praxis damit pragmatisch und relativ problemlos um.

Des weiteren ebenfalls sehr differenziert zeigen sich die Ergebnisse von Studien zur slowenisch-kroatischen Grenze und ihrer Auswirkungen auf den Grenzraum, die seit der Unabhängigkeit entstanden sind. Während für einige Einwohner die neue Grenze ein Abschneiden von Arbeitseinkommen oder Restriktionen in der Kommunikation mit Freunden und Verwandten bedeutet, merkt ŠPES (2001) an, dass diese Grenze für andere neue Jobmöglichkeiten hinsichtlich ihres Unterhalts und ihrer Sicherung als Grenzschutz oder Zolldienst eröffnet. BREČKO-GRUBAR (2001) hingegen argumentiert, dass in den Gemeinden, die am wenigsten entwickelt waren, die neue Grenze keine speziellen negativen Effekte hatte. Der Grund ist, dass negative Effekte, wie Entvölkerung, Auswanderung und Überalterung in landwirtschaftlichen Haushalten schon vorher begonnen haben. Daher, so schließt er, waren die sozialen Veränderungen in den späten 1980er Jahren entscheidender als die politischen, die aus der Neudefinition der Grenze resultierten. Die unmittelbaren Auswirkungen auf diese Gemeinden waren unbedeutend, weil sie von den sozioökonomischen Veränderungen überlagert wurden. Dennoch ist er davon überzeugt, dass die neue Grenze langfristig auch Auswirkungen haben wird. PAK (2001) widerspricht dieser Interpretation. Er argumentiert, dass die Kombination

von Grenzneudefinition mit ökonomischer Restrukturierung eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Grenzbewohner beiderseits der Grenze bedeutete. In der Vergangenheit waren die Bewohner in der Lage, ihre Lebensbedingungen durch grenzüberschreitende Beschäftigung, Einkauf, Bildung und andere Arten der Kooperation zu verbessern. Mit der drastischen Reduzierung dieser grenzüberschreitenden Interaktionen, verschlechterten sich auch die allgemeinen Lebensbedingungen. Ebenso schließt KREVS (2001), dass die Verschlechterung Weniger mit der Neudefinition der Grenze als vielmehr mit dem Faktum, dass die Grenzgemeinden im Bezug auf größere slowenische Zentren bereits am Rande gelegen waren. Zusätzlich erfuhren sie nur geringe oder gar keine Impulse von den ähnlich wenig entwickelten Regionen auf der kroatischen Seite (mit Ausnahme der Regionen Spodnje Posavje und Zagreb). KLEMENČIČ (2001) stellt demgegenüber fest, dass bisherige Modelle zur Lösung von Problemen auf der slowenisch-italienischen, slowenisch-österreichischen und slowenisch-ungarischen Grenze nicht auf die slowenisch-kroatische Grenze angewandt werden können, da sich die Rahmenbedingungen verändert haben. Mit der Etablierung der slowenisch-kroatischen Grenze ist ganz Slowenien nunmehr eine Grenzregion. Komplexere Fragestellungen hinsichtlich der Offenheit der Grenzen sind die Folge. Ebenso gilt es nun, größere Probleme vor dem Hintergrund von Sloweniens Lage und Funktion in Europa zu lösen. Die Untersuchungen zeigen deutlich, dass die Grenzziehung nicht alle vorhandenen grenzüberschreitenden Aktivitäten unterbrochen hat. Grundsätzlich gilt jedoch, dass Gemeinden, die vor der Grenzziehung stärkere grenzüberschreitende Verbindungen unterhielten, nunmehr unter den neuen Restriktionen mehr zu leiden haben. Zusätzlich lässt sich konstatieren, dass die Auswirkungen der Grenze sehr komplex sind, wie es durch die Uneinigkeit der Forschungsergebnisse belegt wird. Und doch lässt sich aus den Ergebnissen folgendes thesenartig formulieren: Die Etablierung der slowenisch-kroatischen Grenze ist nicht per se Auslöser für eine Verschlechterung der Lebensbedingungen im Grenzraum, sondern vielmehr Verstärker schon vorhandener Defizite, aber auch Impulsgeber für positive Entwicklungen.

Im Folgenden soll anhand einer Falldarstellung der Beispielregionen Pomurje und Podravje neben der Forschungshypothese diese These überprüft werden.

#### **4.2 Pomurje und Podravje als geographischer Bezugsraum**

Im Anschluss an die dezidierte Analyse des Qualitäts- und Funktionswandels vor allem der slowenisch-kroatischen Grenze wird der Fokus auf die Darstellung der Implikationen dieses Wandels auf den Nordosten Sloweniens, aber auch auf die Analyse der inter- sowie transregionalen Entwicklungshemmnisse und -potenziale gelenkt. Die explizite Auswahl der Falldarstellung anhand der statistischen Regionen Pomurje und Podravje ist dabei u.a. ihrer spezifischen geographischen, historischen und wirtschaftlichen Situation geschuldet. Zusätzlich teilt sich Pomurje als einzige slowenische Region gleichzeitig mit drei Nachbarstaaten eine gemeinsame Grenze: Im Norden mit Österreich, im Osten mit Ungarn und im Süden mit Kroatien (vgl. Karte 22). Dabei lassen sich völlig differente Entwicklungen der Grenzsituationen und -regime identifizieren, die somit auch unterschiedliche Auswirkungen sowohl auf die gesamte Grenzregion als auch auf den Grenzraum und die -bevölkerung haben.<sup>119</sup> Eine dezidiertere Betrachtung ergibt, dass Pomurje (1.337km<sup>2</sup>) und Podravje (2.170 km<sup>2</sup>) mit einer Fläche von zusammen 3.507 km<sup>2</sup>, 17,2 % der Landesfläche von Slowenien umfassen und mit 441.688 Einwohnern einen Anteil von 22,0 % an der Gesamtbevölkerung haben (vgl. ŠTATISTIČNI LETOPIS 2006). Die erste Annäherung mit Hilfe von Karten charakterisiert diese Regionen als territorialen Appendix am sonst kompakten Korpus Sloweniens (vgl. Karte 22, vgl. auch Karte a im Anhang). Sie bilden die Regionen 1 und 2 der 12 statistischen Regionen in Slowenien. Dabei umfassen Pomurje und Podravje insgesamt 60 Gemeinden, wobei 26 auf Pomurje und 34 auf Podravje entfallen.

---

<sup>119</sup>Zu den Qualitäts- und Funktionswandel und den jeweiligen Auswirkungen vgl. Kap. 4.1.2-4.1.4.



Karte 22: Die statistischen Regionen Pomurje und Podravje innerhalb der heutigen Grenzen Sloweniens



In naturräumlicher Hinsicht übernehmen die Beispielregionen die Rolle eines Zwischengliedes zwischen den Ostalpen und dem Pannonischen<sup>120</sup> Tiefland. Die zuvor fest gebündelten Ostalpen beginnen sich hier aufzufasern, treten mehr und mehr auseinander, verlieren an Höhe und lösen sich schließlich in einzelne isolierte Berg- und Hügelländer auf (vgl. Foto 4). Das in den 2.500-2.000 m hohen Julischen Alpen, Karawanken und Steiner Alpen (Kamniške Alpe) noch zur Geltung kommende alpine Gepräge, nimmt zunehmend voralpenländische Züge an, bis es

<sup>120</sup>Der Name kommt von Pannonia, einer römischen Provinz seit 9 n. Chr., und dem dort lebenden Volk der Pannonier ([www.calsky.com/lexikon/de/txt/p/pannonische\\_tiefebene.php](http://www.calsky.com/lexikon/de/txt/p/pannonische_tiefebene.php) 12.03.2004).

schrittweise von subpannonischen Charakteristiken abgelöst wird (BÜSCHENFELD 1981: 81f.). Im Nordosten (Pomurje) schließt das Pannonische Tiefland an, dessen Hauptausbreitungsgebiet sich östlich und südlich von Slowenien, entlang der Donau, erstreckt.<sup>121</sup> Klimatisch werden beide Regionen durch einen kontinentalen Klimatypus mit kalten Wintern, heißen Sommern und insgesamt weniger Niederschlag als an der Küste geprägt. Vor dem Hintergrund dieser guten klimatischen und naturräumlichen Situation lassen sich Pomurje und Podravje als agrarischen Gunstraum Sloweniens charakterisieren.

Foto 4: Maisfeld in Pomurje mit Blick auf die Ausläufer der Ostalpen in Podravje



Quelle: Eigene Erhebung 2005.

Historisch gesehen waren beide Regionen zum Ersten Weltkrieg Teil der k.u.k.-Monarchie, wobei die heutige Region Podravje und die westlich der Mura gelegenen Gebiete von Pomurje der österreichischen Steiermark und die östlich gelegenen Gebiete (Prekmurje) dem ungarischen Teil der Österreich-Ungarischen Monarchie angehörten. In dieser Zeit verlief die Grenze zu Ungarn noch durch Pomurje. Nach dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie verschob sich diese Grenze Richtung Osten. In der Phase der bipolaren Weltordnung zwischen West und Ost verlief die systemische Grenze durch die SFR Jugoslawien. CHURCHILLS

---

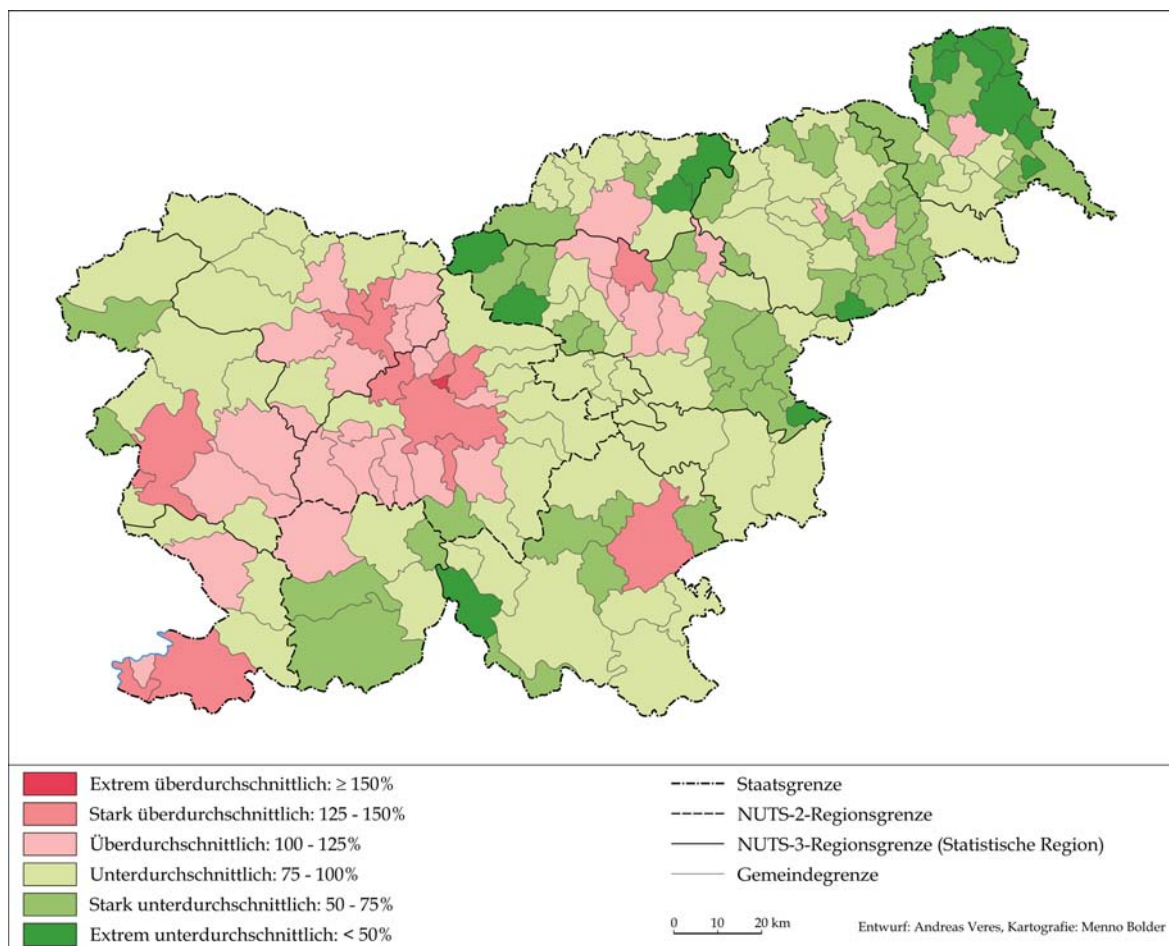
<sup>121</sup>Zur genauen Untersuchung der geotektonischen und geomorphologischen Gliederung des Alpen-Balkanraumes vergleiche u.a. die Arbeiten von SCHÖNENBERG & NEUGEBAUER 1997, BÜSCHENFELD 1981 und WEBER 2002.

Auffassung nach verlief der Eiserne Vorhang an der Westgrenze Sloweniens, oberhalb Triests. Auf Grund späterer politischer Korrekturen, d.h. dem Ausschließen der SFR Jugoslawien aus dem Einflussraum der Sowjetunion hin zu einem Sozialismus jugoslawischer Prägung, verlagerte sich die systemische Trennlinie in den Osten, an die slowenisch-ungarische Grenze und war dort mehr als vierzig Jahre unverrückbar (vgl. GOSAR 1996). Doch der ehemals ungarische Einfluss ist in Pomurje trotz der hermetischen Verriegelung noch deutlich sicht- und spürbar. Während im österreichischen Teil Sloweniens das Anerbenrecht galt, ließ in Prekmurje das von den Ungarn übernommene Erbrecht, welches die Aufteilung des Grundbesitzes unter allen Erben vorsieht, die gewöhnlich sehr zahlreich waren, den Besitz hier viel stärker aufteilen als in anderen Regionen Sloweniens. Ende der 1990er Jahre betrug die durchschnittliche Größe der Höfe in diesem Raum nur noch 2,5 ha. Dies führte zu einer Schrumpfung der landwirtschaftlichen Parzellen bis hin zur Unwirtschaftlichkeit und somit schließlich zur Abwanderung der jungen Bevölkerung (vgl. KLEMENČIČ 1996).

Auf Grund der peripheren Lage und der flächendeckenden agrarischen Ausrichtung der Wirtschaft, die durch ineffektive Flächenzuschnitte gekennzeichnet war, wurde der Osten Sloweniens, vor allem jedoch Pomurje, von dem zunehmend industrialisierten westlichen Slowenien wirtschaftlich abgehängt. Innerhalb des jugoslawischen Staatenbundes war das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle zwar stärker ausgeprägt, aber die Loslösung von der SFR Jugoslawien führte zu einem veränderten Bezugsrahmen und zur Betonung des (vorhandenen) West-Ost-Gefälles innerhalb Sloweniens (vgl. Karte 23). Die in den 1990er Jahren langsam begonnene Öffnung der Grenze zu Ungarn, die seit dem gemeinsamen Beitritt zur EU nunmehr keinerlei Einschränkungen der Bewegungsfreiheit bedeutet, stellt für den Osten Sloweniens ein bedeutendes Entwicklungspotenzial dar. Im Norden von Österreich und im Osten von Ungarn nun von EU-Mitgliedsstaaten umgeben, werden diese geopolitisch interessanten Vorgänge an der Nahtstelle zum ehemaligen Ostblock jedoch noch ergänzt durch die Entwicklungen an der slowenisch-kroatischen Grenze. Für diese ist in den letzten 15 Jahren parallel zur Bedeutungs-

abnahme der slowenisch-ungarischen Grenze eine Bedeutungszunahme zu verzeichnen.

Karte 23: Entwicklungsstand der Gemeinden, gemessen am slowenischen Durchschnitt<sup>122</sup>



Quelle: Eigene Darstellung nach NARED 2002.

#### 4.2.1 Die Bevölkerungs- und ethnische Struktur der Beispielregionen

In der Region Podravje lebten Ende 2005 mit 319.235 Einwohnern mehr als 2,5 Mal so viele Menschen, wie in Pomurje (122.453 Einwohner). Dies entspricht gegenüber der Bevölkerungsdichte auf nationaler Ebene von 98,7 Ew./100 km<sup>2</sup> einer Bevölkerungsdichte von 91,5 Ew./100 km<sup>2</sup> in Pomurje sowie 147,1 Ew./100 km<sup>2</sup> in Podravje. Die regionalen Zentren Maribor (Podravje) und Murska Sobota (Pomurje) sind mit Abstand die größten Städte in den jeweiligen Regionen. 2004 lebten 9,6 % der Bevölkerung von Pomurje in Murska Sobota gegenüber lediglich

<sup>122</sup>Zur Definition des Entwicklungsstandsgefälles, sowie zur Methodologie vgl. NARED 2002: 35ff.

2,7 % in der nächstgrößeren Stadt Ljutomer. Für Maribor liegt der Anteil sogar bei fast einem Drittel und die Differenz zur nächstgrößeren Stadt Ptuj (5,7 %) beträgt mehr als 23 %-Punkte. Es lässt sich deutlich feststellen, dass die zentrale Funktion von Maribor stärker ausgeprägt ist als von Murska Sobota. Charakteristisch für beide Regionen ist jedoch nicht nur die zentralräumliche Orientierung auf die jeweiligen Regionalzentren, sondern auch über die Region und auch über Slowenien hinaus. So war der Nordosten Sloweniens, vor allem Pomurje, vor dem Hintergrund u.a. der von den Ungarn übernommenen Erbschaftsstruktur, die ein ausreichendes Einkommen auf den zunehmend schrumpfenden Parzellen nicht mehr gewährleisten konnte, von jeher eher Quell- als Zielgebiet von Migrationen.

In diesem Zusammenhang zeigt die Entwicklung des Wanderungssaldos für Pomurje einen zunehmend negativen Trend, wohingegen Podravje ein positives Saldo aufzeigt (vgl. Tab. 5). Neben dem vergleichsweise moderaten Wanderungssaldo weisen beide Regionen stark vom Landesdurchschnitt abweichende negative Wachstumsraten auf. So liegen, gegenüber 0,3 % auf nationaler Ebene, die Anteile bei 2,9 % in Pomurje und bei 1,9 % in Podravje, wobei sich der Anteil in Pomurje gegenüber 1996 auf relativ hohem Niveau stabilisiert, in Podravje hingegen einen Anstieg von mehr als 1 %-Punkt erfahren hat. Insgesamt weist die Statistik in 2004 sowohl in Pomurje (-3,6 %) als auch in Podravje (-0,9 %) ein z.T. deutlich negatives Gesamtwachstum aus, was im diametralen Gegensatz zur positiven Bevölkerungsentwicklung auf nationaler Ebene steht. Die Gründe hierfür sind u.a. in der zunehmenden Veränderung der Bevölkerungsstruktur zu finden (vgl. Tab. 5). So wird in Slowenien zunehmend von einer „Vergreisung“ der Bevölkerung ähnlich wie in Deutschland gesprochen. Der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahren sowohl in den Regionen als auch auf nationaler Ebene liegt bei rund 15,4 %. Dem steht jedoch ein geringerer Anteil von etwa 0,7 %-Punkten an der Bevölkerung unter 14 Jahren in den Regionen gegenüber. Als sehr problematisch ist die starke Abnahme der jungen Bevölkerung in beiden Regionen anzusehen, da dies mittelfristig eine Senkung des Anteils der arbeitsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren zur Folge hat. Die beschriebenen Trends setzen sich 2005 fort und stützen

die aufgestellten Vermutungen von zunehmender Vergreisung und weiterer Migration (vgl. STATISTIČNI LETOPIS 2006).

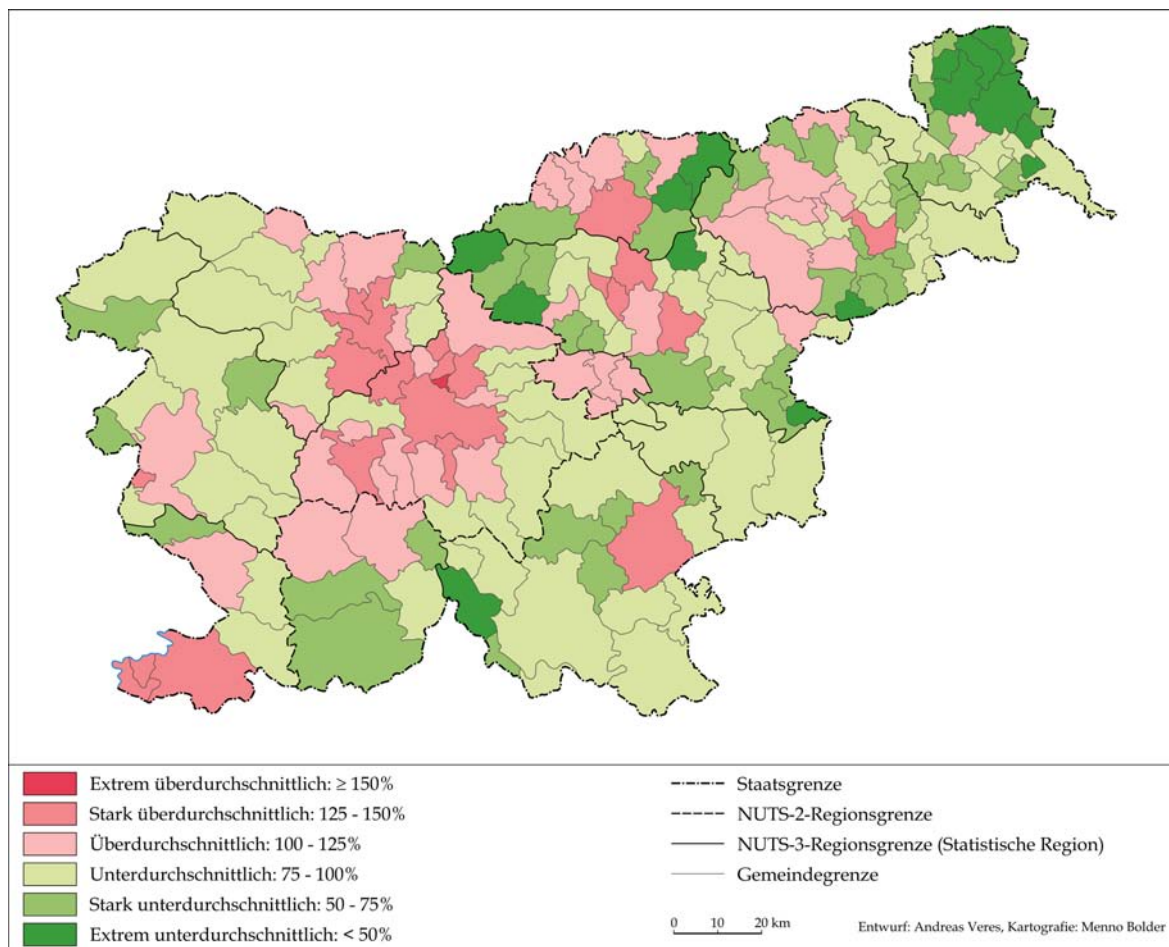
Tab. 5: Ausgewählte Indikatoren für Pomurje und Podravje 2004 (in %)

	Slowenien		Pomurje		Podravje	
	1996	2004	1996	2004	1996	2004
Bevölkerung (total)	1.986.989	1.997.590	126.224	122.717	320.361	319.114
Anteil < 14 Jahre	17,5	14,4	17,0	13,8	16,6	13,5
Anteil 15-64 Jahre	69,6	70,3	68,7	70,8	70,5	71,0
Anteil > 65 Jahre	12,9	15,3	14,2	15,4	12,9	15,5
Wachstumsrate	0,1	-0,3	-2,7	-2,9	-0,8	-1,9
Wanderungssaldo	0,4	1,0	0,0	-0,7	0,3	1,0
Gesamtwachstum	0,5	0,7	-2,7	-3,6	-0,5	-0,9

Quelle: Eigene Darstellung nach STATISTIČNI LETOPIS 1997 und 2005.

Spezifiziert man die Bevölkerungssituation der beiden Regionen, so lässt sich feststellen, dass zu den demographisch kritischen Gebieten vor allem die Grenzregionen an der slowenisch-ungarischen, aber in Teilen auch an der slowenisch-kroatischen Grenze gehören (vgl. Karte 24). Dort tritt das Problem der „Vergreisung“ in eklatanter Weise auf und für KLEMENČIČ (1996: 51) kann die Lösung für diese Gebiete nur „eine bewusste staatliche Intervention bieten, die nach westeuropäischen Vorbild in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg die Vergrößerung der Bauernhöfe durch Zukauf oder Pacht von landwirtschaftlich genutztem Land förderte, was zwar eine rare Ansiedlung gewährleisten würde, die jedoch auf einer gesunden wirtschaftlichen Grundlage und einer gesunden demographischen Struktur der dortigen Bevölkerung“. Primär gilt es an den folgenden übergeordneten Zielen festzuhalten: Erhalt der existierenden Siedlungsstruktur, Modernisierung der Infrastruktur, Erhalt der Kulturlandschaft, der besiedelten Regionen und des Bildungsniveaus (vgl. NARED 2002).

Karte 24: Siedlungs- und demographische Struktur auf Gemeindeebene



Quelle: Eigene Darstellung nach NARED 2002.

Einen weiteren zu berücksichtigenden Faktor in der demographischen Analyse der Beispielregionen bildet die ethnische Struktur, der vor allem in Pomurje große Bedeutung zukommt. Von den zwei in Slowenien anerkannten Volksgruppen findet sich die ungarische hauptsächlich in Pomurje, die 2002 auf 6.243 beziffert wurde.<sup>123</sup> Podravje hingegen kann als vergleichsweise homogen bezeichnet werden. Deutlich ist die Abnahme der ungarischen Volksgruppe in Pomurje anhand von Volkszählungsergebnissen zu verfolgen. Während bei der letzten Volkszählung in der k.u.k.-Monarchie noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung in der Region ungarischer Abstammung waren, so ging dieser Anteil bei der ersten

<sup>123</sup>Die in Pomurje zahlenmäßig ebenfalls erwähnenswerte Bevölkerungsgruppe der Roma – der Volkszählung 1991 zufolge liegt ihre Anzahl bei 2.282 (davon 683 in Pomurje), wobei inoffizielle Zahlen von 6.500-7.000 (vgl. WINKLER 1999, zit. nach JOSIPOVIČ & REPOLUSK 2003) oder sogar von 7.000-10.000 (vgl. HORVART 1999, zit. nach JOSIPOVIČ & REPOLUSK 2003) – wird vor dem Hintergrund ihrer fehlenden Anerkennung als Volksgruppe in dieser Arbeit nicht näher analysiert.

Volkszählung im unabhängigen Slowenien auf insgesamt knapp unter 10 %, zurück. Charakteristisch für diese Volksgruppe ist ihre agrarische Ausprägung und ihre relativ geringe Geburtenrate. Wanderungsbedingte Zugewinne dieser Volksgruppe waren nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grund der Etablierung des Eisernen Vorhanges ebenfalls nicht zu verzeichnen. Dennoch stellen die Ungarn auf der Mikroebene in einigen Gemeinden (z.B. Hodoš, Lendava) von Pomurje weiterhin mehr als die Hälfte der Bevölkerung (vgl. Karte 25). Das Madjarische<sup>124</sup> wird in dieser Region zum kulturprägenden Element ländlicher und (seltener) städtischer Siedlungen. Die Struktur der landwirtschaftlichen Höfe kann hauptsächlich diesem Einfluss zugeschrieben werden (vgl. GOSAR 1996). Die Zukunft der ungarischen Volksgruppe ist jedoch recht ungewiss, da heute ihre agrarische Peripheriekultur wegen der zunehmenden städtischen Lebensweise sehr stark gefährdet ist.

Karte 25: Der Anteil der ungarischen Volksgruppe entlang der slowenisch-ungarischen Grenze



<sup>124</sup>Nach der allgemein üblichen landessprachlichen Bezeichnung Ungarns: Magyarország.



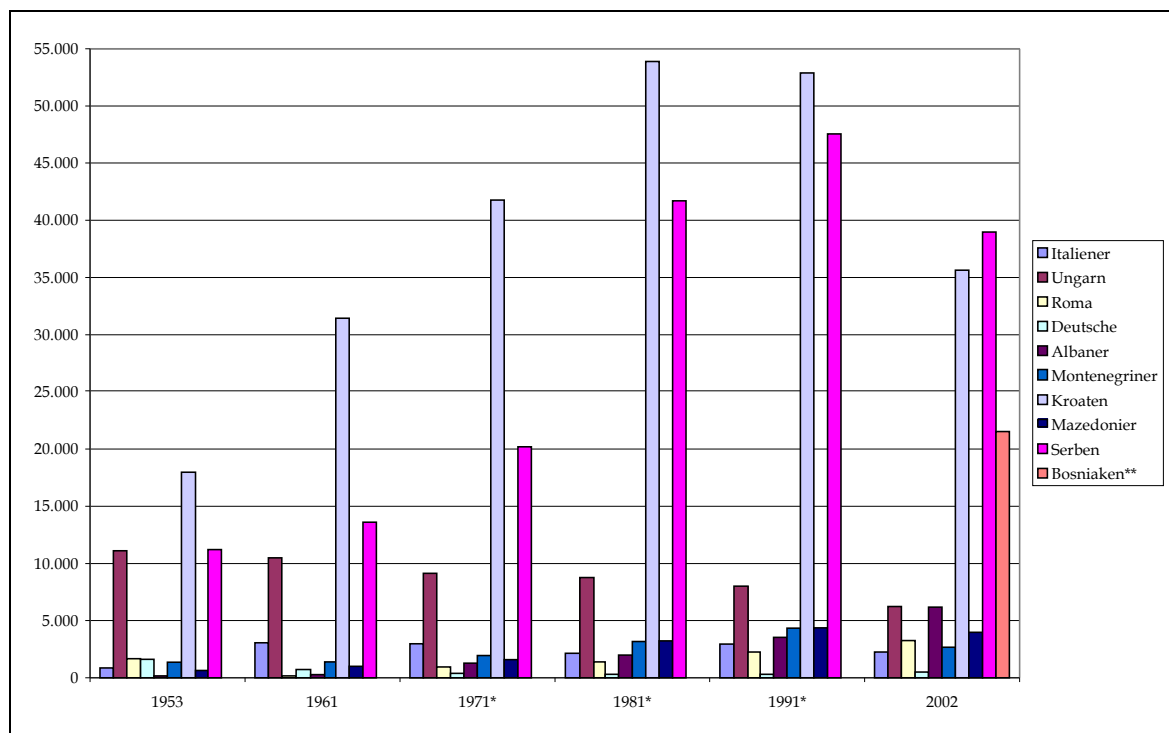
Abbildung 8 zeigt deutlich, dass sich über die letzten Dekaden die Nationalitäten der Bevölkerung in Slowenien stark verändert haben. Die homogenste Phase lässt sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg identifizieren. Bis 1961 galt Slowenien als Auswandererland. Im Jahre 1961 lag der Anteil der Slowenen bei 95,7 %. Mit der zunehmenden Entwicklung Sloweniens als wirtschaftlich stärkster Teil der SFR Jugoslawien, wuchs der Zustrom an Zuwanderern aus den ärmeren und weniger entwickelten Regionen. Deutliche Zuwanderungswellen lassen sich in den 1960er Jahren sowie in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre identifizieren. Zu den Gruppen, die sich im Rahmen dieser Arbeitsmigration ansiedelten, gehörten hauptsächlich Kroaten, Bosniaken und Serben. Eine weitere Welle der Zuwanderung setzte nach der Loslösung Sloweniens ein und hat ihre Ursache in den kriegerischen Auseinandersetzungen in der ehemaligen SFR Jugoslawien, und somit in Flüchtlingsströmen. Letztlich hat sich die Struktur der Nichtslowenen innerhalb des Landes auf eine fast ausschließlich südslawische Prägung manifestiert. Dabei hat sich der Anteil der Südslawen gegenüber den Slowenen von 1953 (2,1 % zu 96,5 %) bis 2002 mehr als verdoppelt (5,5 % zu 83,1 %<sup>125</sup>). Diese Verdoppelung erfährt zusätzlich an Gewicht, nimmt man die gleichzeitige relative Abnahme des Anteils der Slowenen um mehr als 13 %-Punkte mit ins Kalkül. Nach den quantitativen Kriterien von GEORG BRUNNER<sup>126</sup> hat Slowenien demnach die Grenze von einem homogenen National- zu einem heterogenen Nationalitätenstaat überschritten.

---

<sup>125</sup>Insgesamt konnten beim Zensus 2002 die Nationalitäten von 90 % der Bevölkerung eindeutig geklärt werden. Von den restlichen 10 % war die Herkunft entweder unbekannt, ungeklärt oder es wurden keine Angaben gemacht.

<sup>126</sup>Vgl. BRUNNER 1994: 18f.

Abb. 8: Entwicklung des Anteils ausgewählter Nichtslowenen 1953-2002 (in Tsd.)



\*Rekalkulation nach der 2002er Methodologie (inkl. Migrationsarbeiter).

\*\*Aufgeführt erst seit Gründung Bosnien-Herzegowinas 1994.

Quelle: Eigene Darstellung nach STATISTIČNE INFORMACIJE 16.04.2003.

#### 4.2.2 Die Wirtschaftsstruktur der Beispielregionen

Tabelle 6 führt ausgewählte Indikatoren zur Wirtschaftsstruktur der Beispielregionen im Vergleich zu Slowenien auf. Deutlich ist die allgemeine wirtschaftliche Schwäche bzw. unterdurchschnittliche Entwicklung der Regionen zu erkennen (vgl. Karte 26). So lag die Wirtschaftskraft, bezogen auf das Pro-Kopf-BIP, das im Jahr 2002 9.876 EUR (Podravje) bzw. 8.128 EUR (Pomurje) betrug, 16,1 % bzw. sogar 31,0 % unter dem Landesdurchschnitt. In den Regionen waren 2004 18,1 % der slowenischen Unternehmen angesiedelt, wobei eine deutliche Diskrepanz zwischen Pomurje mit lediglich 4,1 % und Podravje mit 14,0 % zu konstatieren ist. Allgemein ist die Wirtschaftstätigkeit in Pomurje im Vergleich zu anderen slowenischen Regionen hauptsächlich auf Tätigkeiten mit einer geringeren Wertschöpfung pro Beschäftigten ausgerichtet. So hat 2004 ein Beschäftigter in Pomurje durchschnittlich 13,1 Mio. SIT erwirtschaftet. Demgegenüber wurden in Podravje 17,6 und landesweit 22,7 Mio. SIT von jedem Beschäftigten erwirtschaftet. Charakteristisch für die Wirtschaft in Pomurje ist der große Anteil intensiver Landwirt-

schaft (vor allem Viehzucht) von 11 % gegenüber lediglich 5,3 % in Podravje (SLO=9,7 %), deren Entwicklung durch weitläufige Ebenen ermöglicht wird (vgl. Foto 5). Trotz des relativ hohen Anteils an Beschäftigten in der Landwirtschaft, überrascht mit 39 % der über dem Landesdurchschnitt liegende Anteil der Industriearbeiter. Dies führt zu dem Schluss, dass die großen landwirtschaftlichen Flächen zwar das Landschaftsbild von Pomurje prägen, die Region aber ebenfalls relativ stark industrialisiert ist. Dabei fällt jedoch die einseitige Ausrichtung auf beschäftigungsintensive Industriezweige auf, wie insbesondere das textilverarbeitende Gewerbe (MURA European Fashion Design) und die Nahrungsmittelindustrie (u.a. Pomurska mlekarina, Agromerker Murska Sobota etc.). Die Nahrungsmittelindustrie hat mit über 10 % den größten Anteil an der gesamten slowenischen Industrieproduktion. Weiterhin erwähnenswert ist die vorhandene Erdölindustrie mit der Raffinerie und Petrochemie des Unternehmens Nafta Lendava. Der Dienstleistungssektor ist mit einem Anteil von 50 % im Landesvergleich (53,9 %) schwächer entwickelt. Jahrzehntlang befand sich die Region an der damals dicht geschlossenen Grenze zu Ungarn und erst die politischen Veränderungen seit 1991 haben zu einer Entwicklung bestimmter Bereiche wie etwa Verkehr und Tourismus geführt. Und doch hält sich der Anteil der Arbeitslosen weiterhin auf sehr hohem Niveau (17,9 %). Demgegenüber steht ein sinkender Anteil von 13,3 % in Podravje (2002: 16,9 %) und von 10,2 % im Landesdurchschnitt (2002: 11,3 %).

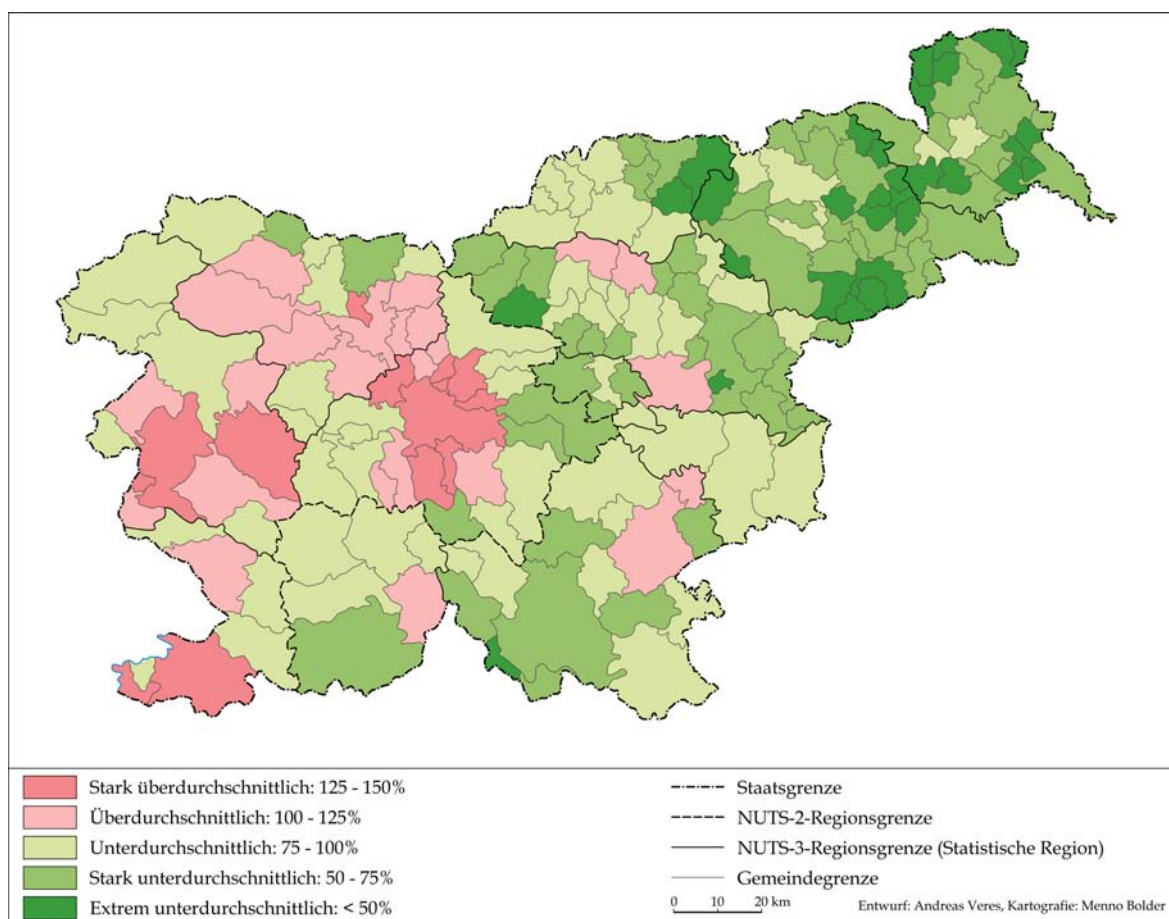
Tab. 6: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der Beispielregionen

	<b>Slowenien</b>	<b>Pomurje</b>	<b>Podravje</b>
Bevölkerungszahl (2004)	1.997.590	122.717	319.114
- gegenüber dem Landesdurchschnitt (%)	100	6,1	16,0
Anzahl der Beschäftigten (2004)	606.811	25.559	87.456
- gegenüber dem Landesdurchschnitt (%)	100	4,2	14,0
Beschäftigte im primären Sektor (2002)	9,7	11,0	5,3
Beschäftigte im sekundären Sektor (2002)	36,4	39,0	36,7
Beschäftigte im tertiären Sektor (2002)	53,9	50,0	52,3
Anzahl Unternehmen (2004)	93.697	3.883	13.115
- gegenüber dem Landesdurchschnitt (%)	100	4,1	14,0
Umsatz in Mio. SIT (2004)	13.763.310	334.722	1.540.881
- gegenüber dem Landesdurchschnitt (%)	100	2,4	11,2
Umsatz in Mio. SIT/Beschäftigter (2004)	22,7	13,1	17,6
Beschäftigungsintensität: Anzahl der Bschäftigten/Tsd. Ew. (2002)	303	208	274
Anzahl Neugründungen (2003)	6.019	256	954
- gegenüber dem Landesdurchschnitt (%)	100	4,3	16,0
Anzahl Insolvenzen (2002)	6.573	308	1.055
- gegenüber dem Landesdurchschnitt (%)	100	4,7	16,1
Registrierte Arbeitslosenrate (2002)	11,3	17,9	16,9
Registrierte Arbeitslosenrate (2005)	10,2	17,9	13,3
BIP/Kopf in EUR (2002)	11.775	8.128	9.876
- gegenüber dem Landesdurchschnitt (%)	100	69,0	83,9

Quelle: Eigene Darstellung nach STATISTIČNI LETOPIS 2002-2005, Slovenija v številkah 2003-2006, DESLO 2006.

Insgesamt zeigt sich, dass die Wirtschaftsstruktur sowohl in Pomurje als auch in Podravje unterdurchschnittlich ist. So liegt die Beschäftigungsintensität mit 208 bzw. 274 deutlich hinter dem Landesdurchschnitt von 303 Beschäftigten/Tsd. Ew. Ebenso ist der Anteil der Beschäftigten und der Unternehmen mit rund 4 bzw. 14 % deutlich geringer als der jeweilige Anteil der Bevölkerungszahl (6,1 bzw. 16,0 %). Dies lässt sich auf den hohen Rückgang der Beschäftigten vor allem im Industriesektor im Zuge der wirtschaftlichen Transformation zurückführen. Deutlich wird dieser Rückgang bei der Umsatzintensität, die in Pomurje mit 2,4 % zwar auf einem niedrigen Niveau liegen, in Podravje jedoch mit einer Differenz von 4,8 %-punkten zum Bevölkerungsanteil stärker ausgeprägt ist.

Karte 26: Wirtschaftliche Struktur auf Gemeindeebene



Quelle: Eigene Darstellung nach NARED 2002.

In Podravje begannen die Unternehmen Anfang der neunziger Jahre aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit der Durchführung von Umstrukturie-

rungsprogrammen, was vor allem zu der Erkenntnis führte, dass überschüssige Arbeitskräfte vorhanden waren. Bedingt durch das Wegbrechen des jugoslawischen Marktes kam es darüber hinaus zu Konkursen und Zwangsvergleichen, insbesondere in großen arbeitsintensiv ausgerichteten Branchen, von denen es in Maribor, verglichen mit dem restlichen Slowenien, die meisten gab (Automobilindustrie, Metall verarbeitende Industrie und Bekleidungsindustrie). Trotzdem existieren in dieser Region noch immer viele Betriebe des verarbeitenden Gewerbes (36,7 % gegenüber 36,4 % Landesdurchschnitt), die auf Lohnarbeit angewiesen sind und die infolgedessen von der Weltkonjunktur und Produktionsverlagerungen in Länder mit billigeren Arbeitskräften schneller betroffen sind. Nach dem Zusammenbruch großer Industriezweige befindet sich die Region heute noch immer in einer Krise. Einige Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes haben sich erfolgreich umstrukturiert, der Dienstleistungssektor expandiert und liegt mit einem Anteil von 52,3 % knapp unter dem Landesdurchschnitt. Standortvorteile der Region sind vor allem die geostrategische Lage, die Industrietradition, der Ausbau neuer Infrastrukturen und die Einbeziehung der Wissens- und Forschungsinfrastruktur der Universität Maribor und anderer Bildungseinrichtungen in den Unternehmensbereich.

Foto 5: Landwirtschaftliche Nutzfläche in Pomurje



Quelle: Eigene Erhebung 2005.

### **4.3 Pomurje und Podravje – Defizite und Entwicklungspotenziale im neuen transregionalen Wirtschaftsgefüge**

Der klassisch-geographischen Beschreibung und Untersuchung der beiden Regionen Pomurje und Podravje zu Beginn dieses Kapitels folgt nun eine detaillierte Analyse unterschiedlichster Gründe für das deutliche West-Ost-Entwicklungsgefälle innerhalb Sloweniens. Grundlage dieser Analyse ist die Auswertung der geführten Interviews, neben vorhandener Literatur und Statistiken. Im weiteren Verlauf stehen die Entwicklungspotenziale dieser beiden Regionen im Fokus. So wird der Glaube an den Tourismus als alleiniger „Heilsbringer“ für die beiden Regionen relativiert und zusätzliche Entwicklungsfelder aufgezeigt. In diesem Zusammenhang bekommt der Wirtschaftsstandort Graz als Entwicklungsmotor eine besondere Bedeutung und die Frage nach möglichen positiven Effekten für den Nordosten Sloweniens steht dabei im Vordergrund. Die u.a. dafür notwendige Verkehrsinfrastruktur wird anschließend thematisiert und mögliche Potenziale im Kontext der hervorragenden Lage der Regionen an paneuropäischen Verkehrsachsen analysiert. Doch auch die Regierung hat die Notwendigkeit der Unterstützung des Nordostens erkannt und versucht mit Hilfe einer Reform der Regionen zum einen europäische Strukturfördermittel nach Slowenien zu leiten und diese zum anderen auch in die Regionen zu kanalisieren. Gerade die EU-Strukturfördermittel haben in Podravje und vor allem in Pomurje in den letzten Jahren einige positive Impulse auslösen können, die jedoch auch kritisch gesehen werden. Mit der kritischen Betrachtung des Förderprogramms INTERREG IIIA und der EUREGIO „Steiermark-Nordostslowenien“ und einem anschließenden Fazit wird dieses Teilkapitel abgeschlossen.

#### **4.3.1 Gründe für das West-Ost-Entwicklungsgefälle innerhalb Sloweniens**

Ein deutliches Entwicklungsgefälle zeichnet die Beispielregionen gegenüber dem Rest Sloweniens aus. Vor diesem Hintergrund wurden mit Hilfe der Interviews praxisnahe und differenzierte Ausführungen hinsichtlich der Gründe für das West-Ost-Gefälle erhoben. Die dafür als verantwortlich geltenden Gründe sind jedoch vielfältig. Im folgenden sollen diese unter historischen, wirtschaftli-

chen geographischen, und politischen Gesichtspunkten analysiert werden, wobei diese Kategorien nur der strukturierenden Übersicht dienen und keinesfalls isoliert zu betrachten sind. Natürlich bedingen sich viele Gründe aus den einzelnen Kategorien gegenseitig, so dass ein dichtes Netz an Faktoren für das Entwicklungsgefälle mit lokaler Ausprägung nachgezeichnet werden kann.

### **Historische Gründe**

Unterschiedliche historische Zugehörigkeiten prägen den Osten Sloweniens. Innerhalb Österreich-Ungarns gehörte der größte Teil Sloweniens, einschließlich dem heutigen Podravje dem österreichischen Teil der Doppelmonarchie an. Die Grenze zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Teil bildete der Fluss Mura. Sie zog sich somit mitten durch die heutige statistische Region Pomurje und trennte innerhalb von Pomurje die geographischen Regionen Prekmurje von Prlekija. Das oben beschriebene differente Erbrecht und die damit zusammenhängende ineffektive Landwirtschaft ist als einer der zentralen Faktoren für das Entwicklungsgefälle heranzuziehen. Doch zusätzlich zur ineffektiven Landwirtschaft musste Prekmurje seiner peripheren Randlage innerhalb Ungarns Tribut zollen. Es war überwiegend landwirtschaftlich geprägt und jegliche industriellen oder infrastrukturellen Impulse blieben unter der ungarischen Herrschaft aus. Auf österreichischer Seite stand das heutige Podravje ebenfalls nicht im Fokus der wirtschaftlichen Entwicklungen Österreichs. Während Ljubljana und die nordwestlich der Hauptstadt gelegene Region Gorensko unter Habsburg industrialisiert wurden, war der Großteil von Podravje wie Pomurje ebenfalls von Landwirtschaft geprägt. Allein in und um Maribor konnten sich seit Mitte des 19. Jh., auf Grund der infrastrukturell günstigen Lage an der wichtigen Eisenbahnverbindung von Wien über Adelberg, dem heutigen Postojna, nach Triest, Industriebetriebe ansiedeln. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde 1919 Prekmurje dem slowenischen Teil des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen zugesprochen. Mit Slowenien vereinigt behielt Pomurje innerhalb Jugoslawiens seinen Status als periphere Region bei und avancierte jedoch mit Teilen Kroatiens, die ebenfalls zur fruchtbaren pannonischen bzw. subpannonischen Tiefebene zählten, zur Kornkammer Ju-



goslawiens. Der dominante Wirtschaftssektor in dieser Region blieb somit weiterhin die Landwirtschaft. Erst Jahrzehnte später wurde diese Politik von der sozialistischen Führung in Belgrad hauptsächlich aus ideologischen Gründen modifiziert. Eine politische Besonderheit in der SFR Jugoslawien verhinderte eine notwendige Flurbereinigung, die die kleinen Parzellen zur effektiven eigenen Versorgung wieder zusammengeführt hätten. Das diesbezügliche Stichwort hieß agrarisches Maximum, d.h. alle Parzellen, die kleiner als 10 ha waren wurden nicht verstaatlicht und konnten privat weitergeführt werden. Neben einigen großflächigen genossenschaftlichen Betrieben, die einen Großteil der jugoslawischen Bevölkerung versorgten, blieb in der Folge die kleinparzellige Struktur und somit auch die ineffektive Landwirtschaft erhalten. Sich gegenseitig bedingend blieb ebenfalls die Notwendigkeit der Abwanderung der jungen, arbeitssuchenden Bevölkerung aus dieser Region erhalten. Ein Wissenschaftler analysiert die Problemlage wie folgt: „Man hat es innerhalb Jugoslawiens versäumt, die strukturellen Probleme in Pomurje durch eine Landreform, ob nun durch Flurbereinigung oder Zwangsverstaatlichung, zu lösen“. Eine geringfügige Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten brachte die Ansiedelung der Bekleidungsindustrie mit sich. Anfang der 1980er Jahre geriet diese jedoch, wie die gesamte jugoslawische Wirtschaft in die Krise. Mit dem Einsetzen des Transformationsprozesses nach der Unabhängigkeit Sloweniens brachen die Bekleidungsindustrie und andere Industriezweige in Pomurje und Podravje größtenteils zusammen und es offenbarten sich erneut die historisch bedingten grundlegenden strukturellen Probleme dieser beiden Regionen.

### **Wirtschaftliche Gründe**

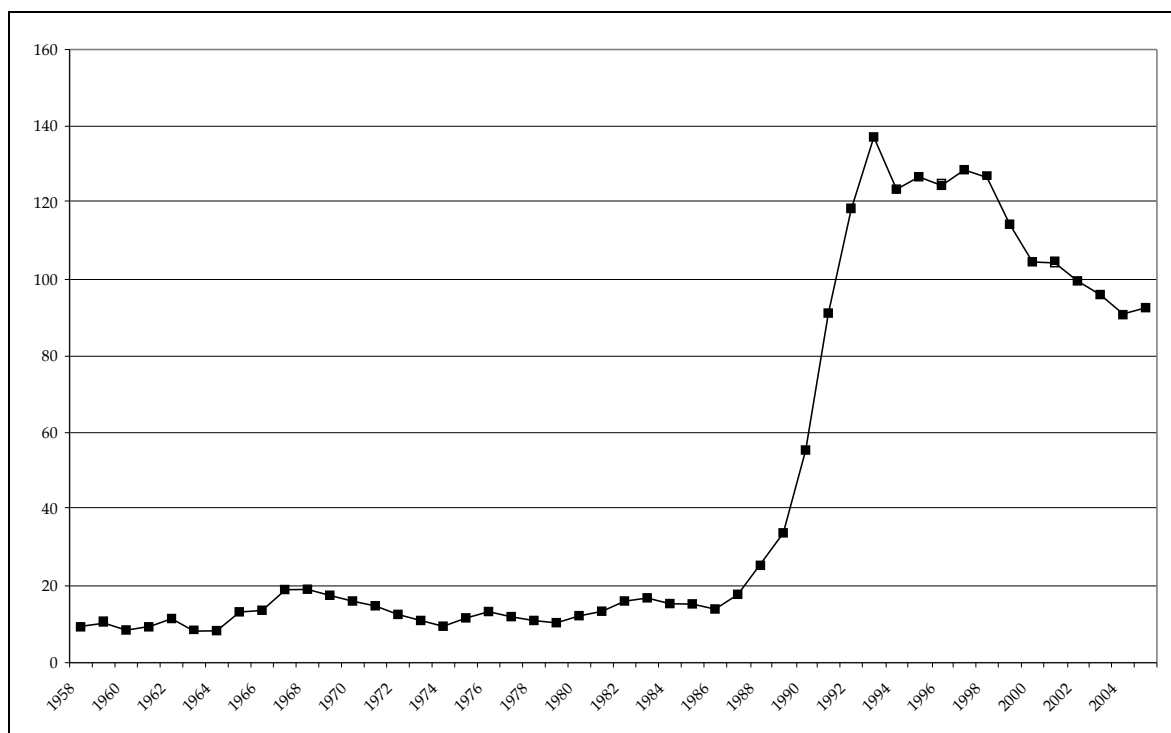
Wie schon oben angesprochen liegt Maribor geographisch günstig an der Eisenbahnverbindung zwischen Wien und Triest. Vor diesem Hintergrund wurde in und um Maribor die Eisenbahnindustrie, wie z.B. Ausbesserungswerke, angesiedelt. Nach dem Ersten Weltkrieg gehörten die Metall- und Bekleidungsindustrie zu den entscheidenden Faktoren zur ökonomischen Entwicklung in Maribor. Der Standort bot diesen Industrien entscheidende Vorteile. Neben der optimalen Verkehrsanbindung, sorgte auch die ausreichende Versorgung mit elektrischer Ener-

gie, die mit Hilfe von Wasserkraftwerken auf dem Fluss Drava gewonnen wurde, für einen entscheidenden Standortvorteil. Aber auch vergleichsweise günstige Arbeitskräfte sowie eine jugoslawische Wirtschaftspolitik, die ein Gefühl der Sicherheit vermittelte und somit ausländische Investoren anlockte, spielten eine entscheidende Rolle (vgl. SLAVEC 1991). Das Vorhandensein von metallverarbeitenden Unternehmen als Erbe Habsburgs führte innerhalb der SFR Jugoslawien zu einem weiteren Ausbau und zur Etablierung des Industriestandortes Maribor sowie zur Bildung eines schwerindustriellen Nukleus. Neben zwei Stahlwerken waren in Maribor beispielsweise bedeutende Fahrzeughersteller, wie die TAM, ansässig. Allgemein lässt sich festhalten, dass die Industrialisierungsprozesse in Slowenien städtezentrisch abgelaufen sind. So etablierte sich beispielsweise in Maribor die Schwer- und Textilindustrie, in Kranj die leichte und höherwertige Industrie und Ljubljana übernahm die administrativen Funktionen einer Hauptstadt. Pomurje konnte nach der k.u.k.-Zeit auf keinerlei industrielle Infrastruktur zurückgreifen. Und doch wurde in Belgrad entschieden, in Pomurje u.a. Bekleidungsindustrie anzusiedeln. Diese Entscheidung entsprach einer in den 1950er und 60er Jahren auch im Westen weit verbreiteten grundsätzlichen Raumordnungsvorstellung, in deren Rahmen die Politik weniger entwickelte Räume durch Industrieansiedlung zu fördern gedachte. In der SFR Jugoslawien führten jedoch zusätzlich auch wirtschafts-ideologische Gründe zu dieser Entscheidung. Denn man versprach sich, einem Sozialwissenschaftler zufolge, mit Hilfe einer geplanten Industrialisierung ruraler Gebiete, im Rahmen der polyzentrischen Entwicklung in Slowenien, ein von der eigenen Scholle entwurzelt und somit ideologisch manipulierbares Proletariat zu schaffen. Die Produktionsstätten waren ihren Kapazitäten nach auf eine Produktion für den gesamten jugoslawischen Markt ausgelegt und doch verbesserten sie die wirtschaftliche Situation des Großteils der Bevölkerung kaum. Dies machte sich seit den 1970er Jahren immer stärker bemerkbar, nachdem sich im Westen Sloweniens die ökonomische Situation verbesserte und die Schere zum Nordosten hin sich immer weiter öffnete. Die jugoslawische Regierung versuchte den zunehmenden Druck steigender Arbeitslosenzahlen, in Slowenien gerade im Nordosten, durch Öffnen der Grenzen zu kompensieren. Der Westen, vor allem Deutschland

konnte sein enormes Wachstum nicht mit einheimischen Arbeitskräften befriedigen und benötigte ausländische Gastarbeiter. Diese kamen dann u.a. aus den peripheren und wenig entwickelten Regionen der SFR Jugoslawien. So wurde beispielsweise eine Vereinbarung zwischen der Regionalverwaltung in Prekmurje und der Autounion (heute Audi) in Ingolstadt – im Rahmen des Anwerbeabkommens zwischen der BRD und der SFR Jugoslawien von 1968 – über definierte Kontingente von zu entsendenden Arbeitskräften geschlossen. Diese Arbeitskräfte waren einem interviewten Sozialwissenschaftler nach, „fleißig, pünktlich und diszipliniert“ und daher gern gesehen. Der Vater des Autors gehörte auch zu dieser Generation ‚Prekmurci‘, die in Ingolstadt Arbeit fanden. Somit konnte die SFR Jugoslawien ihre Arbeitslosen ins Ausland entsenden und erhielt dafür zusätzliche Kredite in bedeutender Höhe. Das eigene Beschäftigungsproblem schien gelöst. Doch spätestens in den 1980er Jahren machten sich die Unzulänglichkeiten der großen Unternehmen mit ihren enormen Kapazitäten und dem System der Selbstverwaltung, die den Arbeitsprozess immer mehr zu lähmen schien, bemerkbar. Die Unabhängigkeitsbestrebungen Sloweniens und die abschließende Loslösung von der SFR Jugoslawien ließen den gesamten jugoslawischen Markt für die slowenischen Intensivindustrien zusammenbrechen und stürzten sie endgültig in eine wirtschaftliche Krise. Allein in Pomurje gab es mehr als 15 Betriebe, ähnlich dem Textilbetrieb MURA, mit zusammen über 4.000 Mitarbeitern (QUELLE: Geograph). Von diesen Großbetrieben hing zusätzlich ein Netzwerk an KMUs ab, die mit der Krise nun ebenfalls am Rande der Existenz standen. Die Schließung vor allem vieler metallverarbeitenden Unternehmen rund um Maribor war eine Folge. Wie in Podravje, so wurden auch in Pomurje defizitäre und überdimensionierte Betriebe geschlossen und die Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit entlassen. Die schon hohen Arbeitslosenzahlen der beiden Regionen wurden somit noch weiter in die Höhe getrieben (vgl. Abb. 9). SLAVEC (1991: 64) beschreibt die alle Lebensbereiche umfassende Krise treffend, indem er sagt: „Besides, the numerous companies going bankrupt, workers being dismissed from work, the ever growing of the unemployed, the standard of living growing worse and a general economic regression have brought a general feeling of depression, hopelessness and prospect-

less situation.“ In Pomurje konnte sich die Bekleidungsindustrie bis heute weitgehend als industrielles Standbein halten, gerät seit einigen Jahren jedoch zunehmend unter den Druck billiger produzierender Länder wie China. Einem Regierungsmitglied zufolge gibt es Stimmen, die behaupten, dass die Wirtschaft in Pomurje komplett zusammenbrechen sollte, um der Region die Chance auf einen wirklichen Neubeginn zu geben.

Abb. 9: Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Slowenien 1958-2005 (in Tsd.)



Quelle: Eigene Darstellung nach STATISTIČNI LETOPIS 1996-2005.

Zusätzlich zum internationalen Preisdruck lassen sich weitere wirtschaftliche Gründe identifizieren.

- ◆ **Differente Verdienstmöglichkeiten:** Nach Aussage eines Regierungsbüromitarbeiters herrscht ein ausgeprägtes Gehaltsgefälle zwischen Maribor, der wirtschaftlich stärksten Stadt im Nordosten, und Ljubljana.<sup>127</sup> Vor dem Hintergrund besserer Verdienst-, aber auch fehlender adäquater Arbeitsmöglichkeiten sucht der gut ausgebildete Nachwuchs seine Beschäftigung somit eher in Ljubljana oder im angrenzenden Ausland, wie beispielsweise

<sup>127</sup>Das monatliche Bruttogehalt liegt 2004 in Pomurje bei 83,9 % und in Podravje bei 92,6 % im Vergleich zum Landesdurchschnitt (STATISTIČNI LETOPIS 2004).

in der Wachstumsregion Graz. Vordergründige Schaffungen von neuen Arbeitsplätzen entpuppen sich oftmals als Zahlenspiele. So wurde beispielsweise die Regionalentwicklungsagentur (ARR) in Maribor um 20 Mitarbeiter erweitert, die jedoch von anderen Ministerien abgestellt worden sind, und somit keine wirklich neuen Arbeitsplätze entstanden sind, so eine Vertreterin der ARR.

- ◆ Unterausstattung mit Arbeitsplätzen und selektives Pendeln: Der Mangel an Arbeitsplätzen im von jeher kinderreichen Nordosten, korrespondiert mit einer dort eher fehlenden Kultur des Pendelns bzw. fehlenden Flexibilität. „Die Menschen sind im allgemeinen recht unflexibel und möchten an ihrem Wohnort arbeiten“ (QUELLE: ARR-Vertreterin). So zählen, einer Untersuchung der EU-Kommission nach, slowenische Beschäftigte zu den am wenigsten geographisch mobilen in Europa (DNEVNIK 06.11.2006). Auf der anderen Seite gibt es, laut einem Wissenschaftler, wiederum gerade bei der jungen, gut ausgebildeten Bevölkerung den Trend, seinen Beruf in der Hauptstadt zu suchen und zu pendeln.
- ◆ Verlust von jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften: Es besteht eine starke Sogwirkung der Hauptstadt Ljubljana, die das selektive Pendeln, vor allem der Hoffnungsträger für einen wirtschaftlichen Aufschwung im Nordosten fördert bzw. diese abzieht. Somit lässt sich in einem gewissen Maß von interregionalem „brain drain“ sprechen. Das Bewusstsein, ob einer gewissen Verantwortung für seine Region bzw. ein ausgeprägter Regionalstolz, ist bei dem gut ausgebildeten Nachwuchs zwar vorhanden, doch jeder stellt sich auch die berechtigte Frage, warum gerade er sich seiner Region verpflichten soll und auf mehr Gehalt für vielleicht den gleichen Job verzichten soll.

Eine Vertreterin der Wirtschaftskammer Pomurje beschreibt die Situation in Pomurje und Podravje folgendermaßen: „Das Entwicklungsgefälle ist reine Physik. Starten zwei Räder an unterschiedlichen Ausgangspunkten bzw. Niveaus, so

bewegen sie sich bei gleicher Geschwindigkeit auseinander. Bei unterschiedlichen Entwicklungsständen geht die Schere somit, auch wenn beide Räder gleich schnell laufen, weiter auseinander. Vor diesem Hintergrund muss der weniger entwickelte Teil schneller laufen, um zumindest mit dem anderen Schritt halten zu können.“

### **Politische Gründe**

Mit dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs und der Loslösung von der SFR Jugoslawien änderte sich für den Nordosten Sloweniens finanziell wenig. Weiterhin fehlten, wie oben beschrieben, Investitionen und – einem Wissenschaftler zufolge – wurde die Region schon vor der Wende politisch gewollt finanziell klein gehalten und noch heute mutmaßen politische Verantwortliche, dass das anhaltende mangelnde bzw. unzureichende Interesse an den beiden Regionen z.T. auch wahltaktischen Überlegungen geschuldet ist. „Man stelle sich doch nur die Erfolgchancen bei Wahlen vor, wenn Politiker der weitgehend industrialisierten und tertiärisierten Bevölkerung im Westen Sloweniens, darunter die Hauptstadt Ljubljana, ernsthaft klarmachen wollen, dass die begrenzten Finanzmittel in den agrarisch geprägten Osten, der mit gerade einmal knapp über 200 km Entfernung schon am anderen Ende Sloweniens gelegen ist, umgeleitet werden“ (QUELLE: Wissenschaftler). Das Ergebnis wäre vorhersehbar und vor diesem Hintergrund sind euphorische Aktionspläne zur Beseitigung des Entwicklungsgefälles kaum zu erwarten. Und doch gibt es da eine Kehrseite der Medaille, denn der unzureichenden Bereitschaft zur Bekämpfung der Probleme auf nationaler Ebene steht auf regionaler Ebene eine Introvertiertheit und Passivität der Bevölkerung gegenüber. Die offensichtlichen regionalen Probleme werden nach Meinung einer Vertreterin der Wirtschaftskammer Pomurje der Nationalregierung angelastet, von welcher man in „heilsbringerischer Manier deren Beseitigung verlangt, und lehnt sich ansonsten zurück, um mit seinem Schicksal zu hadern“.

### 4.3.2 Potenziale und Zukunftsvorstellungen: Mehr als nur Tourismus

Zahlreiche unterschiedliche Faktoren sind Ursache für die beschriebenen Entwicklungsdefizite der beiden Regionen im Nordosten Sloweniens. Doch wie kann man den Defiziten begegnen und vor allem, welche endogenen Potenziale wohnen Pomurje und Podravje inne? Im Rahmen der Interviews fällt auf, dass für alle Gesprächspartner der Tourismus ganz oben auf der Liste der möglichen Potenziale steht. Dabei wird unter Tourismus vor allem eine Konzentration auf den Thermalismus – alleine in Pomurje gibt es vier Thermalquellen – verstanden. Diese Thermalstandorte setzen vor allem auf Medical Wellness, wobei seit Jahren mit finanzintensiven Um- und Neubauten versucht wird sich ein jüngeres Publikum zu erschließen und neben dem Tourismus mit gesundheitlichem Aspekt auch den Spaßfaktor zu promoten. Unter „Panonske Toplice“ sind die Thermalbäder im Nordosten Sloweniens zusammengeschlossen und ein Partner der „European Spa World“, die nach eigenen Angaben die größte Wellnessregion der Welt repräsentiert und neben dem Nordosten Sloweniens, Österreich das Burgenland und die Steiermark sowie das ungarische Pannonia umfasst. Dem Slogan der European Spa World, „Grenzenlos Wohlfühlen“, entsprechend, versucht Slowenien mit dem Neubau eines exklusiven Wellness- und Golf-Hotels der höchsten Kategorie (5\*) auf dem Standort Terme 3000-Moravske Toplice grenzüberschreitend Gäste zu gewinnen. Am 27. September 2006 wurde das von der EU kofinanzierte ehrgeizige Projekt eröffnet, welches für sich in Anspruch nimmt, das einzige Hotel weltweit mit echtem schwarzen Thermalmineralwasser auf jedem Zimmer zu sein ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3703/3711](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3703/3711) 27.09.2006). Mit dem 122-Zimmer umfassenden neuen Hotelkomplex wurde in der Terme 3000 die Zielzahl von insgesamt 5.000 Betten erreicht. Grundsätzlich stehen sich in Slowenien diesbezüglich zwei Vorstellungen diametral gegenüber, so ein ARR-Vertreter. Die eine sieht die Zukunft des slowenischen Tourismus im Ausbau vorhandener Kapazitäten, somit im Massentourismus, wohingegen Fürsprecher der anderen Vorstellung gerade darin jedoch den gänzlich falschen Weg für die Region,

aber auch für Slowenien, sehen. Ihrer Meinung nach gibt es einen allgemeinen Trend, der nach kleinteiligeren Strukturen und Unterkünften verlangt.

Foto 6: Störche – Symbol für den Nordosten Sloweniens



Quelle: Eigene Erhebung 2005.

Zusätzlich zum starken Wellness- und Thermaltourismus werden auch in anderen touristischen Bereichen ausbaufähige Potenziale identifiziert. So sind Podravje und das westliche Pomurje als ertragreiche Weinanbauregion mit qualitativ hochwertigen Weinen bekannt (vgl. Foto 7). Die Lage Jeruzalem, zwischen Ormož (Früher Friedau) und Ljutomer (Luttenberg) gelegen (vgl. Karte a im Anhang), hatte in der k.u.k.-Monarchie den Ruf die allerbeste der ganzen Monarchie zu sein. Vor allem der Weiße Burgunder (Beli Pinot) und der Šipon (Furmint) dieser Region waren weltberühmt. Bis 1918 war der steirische Weinbau vorwiegend auf die Gebiete des heutigen Sloweniens konzentriert ([www.slowenien-weine.de/weinland/steiermark](http://www.slowenien-weine.de/weinland/steiermark) 18.09.2005). Weinstraßen und die Einrichtung des „Sončeva pot“, der Sonnenstraße, sollen heute an diese erfolgreiche Zeit anknüpfen und genussfreudige Touristen in die Region locken. So findet über die touristische Er-



schließung letztlich eine Tertiärisierung der Weinregion statt. Ein Werbeslogan eines Thermalbades in Pomurje fasst die touristischen Potenziale treffend zusammen: „Seien Sie herzlich in die Welt der Heilquellen mit Mineral- und Thermalwasser, inmitten der grünen, an fruchttragenden Feldern und Weinreben reichen Pomurje-Landschaft, im Nordosten Sloweniens eingeladen.“ ([www. radenska-zdravilisce.si/ger\\_radin.htm](http://www.radenska-zdravilisce.si/ger_radin.htm) 15.11.2005). Ohne Frage stellt der Tourismus ein wichtiges Potenzial in der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Regionen dar. Dabei war bei den Gesprächen ständig das Gefühl vorhanden, dass der Tourismus als Heilsbringer für den Nordosten Sloweniens angesehen wird. Mit Hilfe des Tourismus ließen sich die Entwicklungsdefizite kompensieren und Wachstum generieren. Doch die Frage nach dem Wie blieb weitgehend unbeantwortet. Vielmehr wurde auf Nachfragen dem Tourismus zwar eine zentrale Bedeutung in der wirtschaftlichen Entwicklung beigemessen und als starker Wirtschaftsfaktor gesehen, aber er könne natürlich nicht die Lösung für jedes Dorf sein.

Foto 7: Weinberg bei Jeruzalem



Quelle: Eigene Erhebung 2005.

Weitere Möglichkeiten sahen einige Gesprächspartner in einer zunehmenden Verknüpfung zwischen Wellness-Tourismus und der in dieser Region traditionell sehr starken Agrarwirtschaft. Die fruchtbaren Böden der subpannonischen Tiefebene haben die Region u.a. zur Kornkammer der SFR Jugoslawien gemacht und

bieten die Chance für spezialisierte Produkte aus biologischem Anbau, die den Anforderungen im Wellnessbereich entsprechen. Der Anbau von Bioprodukten erfordert jedoch speziell ausgebildete Landwirte und Arbeitskräfte, was wissenschaftliche Einrichtungen in der Region voraussetzt. Die Forderung nach diesbezüglichen Fakultäten und Institute der Universität Ljubljana in der Region mündeten in der Gründung der Umwelthochschule in Murska Sobota. Eine Verknüpfung von Wissen- und Landwirtschaft würde den gewandelten Erfordernissen der heutigen Zeit entsprechen und einen Faktor für die zukünftige Entwicklung der Region bilden. Das entscheidende Stichwort für die wirtschaftliche Zukunft der beiden Regionen sieht ein Regierungsmitglied in der Nutzung endogener Potenziale. Neben dem Tourismus und einer z.T. spezialisierten Agrarwirtschaft sind es auch bestimmte Industriezweige, deren Bestand, Ausbau und Weiterentwicklung einen weiteres Potenzial für die Zukunft der Region bilden könnten. Eng verknüpft mit der Agrarwirtschaft sind Industrien, wie beispielsweise Unternehmen zur Produktion von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, aber auch die Nahrungsmittelindustrie, die neben dem textilverarbeitenden Gewerbe in Pomurje stark entwickelt ist. Den Bedürfnissen der Marktwirtschaft gehorchend hat sich die Nahrungsmittelindustrie in den letzten Jahren konsolidiert. So fand, einer Vertreterin der Wirtschaftskammer Pomurje zufolge, eine vertikale Restrukturierung statt, die eine Wertschöpfungskette von der Produktion, über die Verarbeitung und das Marketing bis hin zum Vertrieb etablierte. Der vertikalen Restrukturierung steht jedoch die bislang noch fehlende horizontale Konsolidierung gegenüber. Noch immer teilen sich zwei Unternehmen in der Region den begrenzten Markt, was mehr Redundanzen als Synergien schafft. Ein Vertreter der ARR sieht in Pomurje allein für die Nahrungsmittelindustrie eine Zukunft. Das textilverarbeitende Unternehmen MURA, mit derzeit ca. 4.500 Mitarbeitern ist spätestens seit der chinesischen Offensive mit Billigprodukten in der Textilbranche 2005 in der Krise und muss restrukturiert werden. Um im „worst-case“-Szenario den Wegfall eines der größten Arbeitgeber in der Region weitgehend kompensieren zu können, muss eine Strukturwandelstrategie entwickelt und müssen z.T. ganz neue Wege beschritten wer-

den. Einem ARR-Vertreter zufolge muss die Strategie folgende Elemente beinhalten:

1. Sanfter Strukturwandel auf Zukunftsbetriebe: Es muss versucht werden, durch eine Art Zweigleisigkeit, einen sanften Übergang zu schaffen, d.h. die alten beschäftigungsintensiven Industrien ohne Zukunft, wie beispielsweise MURA, sind langsam abzubauen und parallel durch zeitgemäße Industrien zu ersetzen.
2. Umschulungsmaßnahmen: Das Gros der freiwerdenden Mitarbeiter der beschäftigungsintensiven Industrien ist durch Umschulungsmaßnahmen in die neuen Unternehmen zu integrieren.
3. Planung neuer Industrieparks: Große Hoffnungen werden einer klassischen Strategie folgend in die Planung neuer Industrieparks und Business- sowie Netzwerkinkubatoren (z.B. in Murska Sobota, Odranci, Ljutomer; vgl. Karte a im Anhang) gesetzt, die von der EU kofinanziert werden. Dabei wird versucht gezielt KMUs anzusprechen, in denen eine wirtschaftliche Zukunft gesehen wird. Oft sind es jedoch große Einzelhandelsketten anstatt kleinere produzierende Unternehmen, die sich in den Industrieparks ansiedeln.
4. Etablierung im Hightechsektor: Einen ganz neuen Weg geht die von der ARR und der Wirtschaftskammer unterstützte Idee, dass generelle slowenische Defizit, im Vergleich zu anderen Staaten zu wenig im Hightechsegment vertreten zu sein, durch eine staatlich betreute Bildungs- und Ausbildungsoffensive sowie die gezielte Ansiedlung derartiger Unternehmen im Nordosten Sloweniens zu kompensieren. Die dort vorhandenen Telekommunikationsnetze sind hochgeschwindigkeits- und breitbandfähig und man geht davon aus, dass diese mit dem Ausbau des paneuropäischen Verkehrskorridors V die Attraktivität der Region als Unternehmensstandort steigern. Es gibt schon Unternehmen, so eine Vertreterin der Wirtschaftskammer Pomurje, die, neben den wirtschaftlichen Faktoren, auch die schöne Landschaft sowie die offenen und freundlichen Menschen als Standort-

vorteil schätzen. Doch gerade der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur birgt Hoffnung, aber auch Gefahren für den Nordosten Sloweniens. 2008 soll der Lückenschluss im slowenischen Teil des Verkehrskorridors erfolgen. Die Autobahn könnte den sogenannten „brain drain“, also die Migration von gut ausgebildeten Arbeitskräften in stärkere Wirtschaftsregionen stoppen und die Schlagader für eine ökonomische Entwicklung bilden. Grundvoraussetzung ist jedoch, dass der zugenommene und weiter zunehmende Transitverkehr von der Autobahn in die Region umgeleitet und dort gehalten werden kann. Dafür bedarf es aber neben ausreichender ausgewiesener Industrie- und Businessparks auch schlüssige Konzepte.

5. Schlüsselposition von Maribor: Innerhalb der ARR wird im Rahmen der Entwicklung schlüssiger Konzepte Maribor eine Schlüsselposition zugesprochen. An der Kreuzung wichtiger transnationaler Verkehrskorridore gelegen, verfügt es zusätzlich über ausgebaute Schienenverbindungen und einen ausbaufähigen Flughafen, was einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Standorten bedeutet. Vor diesem Hintergrund werden innerhalb der ARR in Maribor beste Chancen für eine wirtschaftliche Entwicklung gesehen. Stichworte, wie Logistikpark oder Etablierung von Branchenclustern, in Anlehnung an das Autocluster in Graz, könnten die vorhandenen endogenen Potenziale nutzen. Podravje hat eine starke Tradition in der Auto- bzw. Maschinenbauindustrie. Große Unternehmen, wie der Fahrzeughersteller TAM, waren dort angesiedelt. Durch das Vorhandensein der Universität in Maribor, wäre eine Verknüpfung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft durchaus möglich. Allgemein besaß und besitzt Podravje noch heute, gegenüber Pomurje, eine tragfähigere industrielle Basis und versucht an seine industrielle Tradition anzuknüpfen. Zwar konnten die enormen Arbeitsplatzverluste im Zuge der transformationsbedingten Schließungen der großen Unternehmen bei weitem nicht kompensiert werden, aber im Gegensatz zu Pomurje sehen die Entwicklungschancen auf der industriellen Basis realistischer aus, so ein Vertreter der ARR.

Allgemein lässt sich jedoch kritisch anmerken, dass wirtschaftliche Entwicklungen von Innovationen, politischen Rahmenbedingungen, finanziellen Hilfen und von Menschen, die Verantwortung übernehmen wollen und können, abhängen. Die West-Ost-Autobahn kann nach ihrer Fertigstellung, wie oben aufgeführt, zur Schlagader der beiden Regionen werden. Eine zweite Möglichkeit führt demgegenüber zu einer zunehmenden Abwanderung, wenn die Rahmenbedingungen in der Region unzureichend sind. Als eine dritte Möglichkeit bzw. Auswirkung der Verkehrsachse kann ein Verbleiben im Status quo identifiziert werden, sollte diese Achse nur als Transitstrecke genutzt werden. So wird von einer Vertreterin der Wirtschaftskammer Pomurje die Frage aufgeworfen, was eine Steigerung der Verantwortung auf nationalstaatlicher Ebene im Rahmen der erklärten polyzentrischen Entwicklung oder der Bau von Industrieparks, von Bürgermeistern initiiert, nutzt, wenn niemand vor Ort seine Verantwortung darin sieht für diese Parks auch Unternehmen anzuwerben. Da spielt, einer ARR-Vertreterin nach, gerade in Pomurje wieder die vorhandene Passivität und der fehlende Mut zum Risiko der Menschen eine zentrale Rolle. Sie spricht sogar von einer regelrechten „Apathie, in der die Region liegen würde“. Oft genug sind die Verantwortlichen in den Unternehmen strukturkonservativ und ihnen fehlen Visionen sowie regionales Verantwortungsgefühl, so wurde von den Gesprächspartnern in Pomurje und Podravje geklagt. Dass es auch anders gehen kann, zeigt beispielsweise die Region um die Stadt Tolmin in Westslowenien an der slowenisch-italienischen Grenze gelegen, in der sich einige Unternehmen für die Region verantwortlich fühlen und finanziell einsetzen. Eine interessante Entwicklung ist seit einigen Jahren im Norden von Podravje zu beobachten, die auf das lokale Umfeld durchaus positive Effekte haben kann. Es werden dort zunehmend Ferien- und Wochenendhäuser von Engländern gekauft, die natürlich eine entsprechende Infrastruktur und entsprechenden Service bedürfen und generieren. Dies schafft letzten Endes einen lokalen Anreiz und Arbeitsplätze.

Als nicht zu unterschätzendes Moment ist des weiteren die Kleingliedrigkeit der beiden Regionen anzusehen. So ist die statistische Region Pomurje aus einem

Zusammenschluss der geographischen Regionen Prlekija, westlich der Mura gelegen, und der geographischen Region Prekmurje, östlich des Flusses gelegenen, entstanden<sup>128</sup>. Neben der über Jahrhunderte differenten Zugehörigkeit bildet noch heute die Mura zusätzlich eine Barriere. Sie trennt Prekmurje und Prlekija auf einer Länge von ca. 20 km (eigene Berechnungen). Derzeit queren insgesamt 10 Verkehrslinien den Fluss, was statistisch gesehen eine Überquerungsmöglichkeit alle 2 km bedeutet (vgl. Karte a im Anhang). Darunter befinden sich eine Eisenbahnlinie, eine Fernverkehrsstraße, vier Hauptstraßen sowie drei Nebenstraßen. Zusätzlich stellt der Ausbau des Verkehrskorridors bis 2008 die zehnte Verbindung über die Mura dar. In der subjektiven Wahrnehmung der Gesprächspartner sind die vorhandenen Verbindungen jedoch nicht ausreichend und bewirken eine infrastrukturelle Abgrenzung von Prekmurje. Neben der physischen Barriere, die der Fluss in geringem Maß durchaus darstellt, ist somit das trennende Moment in den Köpfen der Bewohner beidseits des Flusses noch stärker verankert. Somit kann die allgemeine Wahrnehmung der Mura nur bedingt als physisches Hindernis und die These einer vielmehr psychologischen Barriere als Hauptgrund angesehen werden. Spricht man die Menschen in Ljubljana und Umgebung auf die östlichste Region Sloweniens, auf Prekmurje an, so liegt diese für die meisten am weitgehend unbekanntem anderen Ende Sloweniens. Dabei ist der slowenisch-ungarische Grenzübergang Hodoš, im äußersten Nordosten Sloweniens gelegen, nur rund 150 km Luftlinie von Ljubljana entfernt. Diese Nähe relativiert sich für Slowenen jedoch, wenn bedacht wird, dass im Vergleich zur längsten Südwest-Nordost-Er Streckung in Slowenien von 206 km (eigene Berechnungen) bis Hodoš somit fast drei Viertel des Staatsgebietes durchquert werden müssen. Grundsätzlich werden Entfernungen von einem Großteil der Bevölkerung subjektiv als weiter wahrgenommen als sie objektiv sind. Doch neben der subjektiv großen Entfernung stellt sich Prekmurje auch in anderen Bereichen völlig anders als das restliche Slowenien dar. Die Menschen sind, auch nach eigener Aussage, introvertiert und sprechen einen, auch für Slowenen, schwer verständlichen Dialekt, in dem viele ungarische Lehnwörter vorhanden sind. Doch selbst innerhalb von Prekmurje ist man

---

<sup>128</sup>Mögliche weitere Unterteilungen, wie sie beispielsweise KERT 1991 vornimmt, sollen hier nicht weiter thematisiert werden.

geteilt und auf die Wachstumspole Murska Sobota und Lendava fixiert. Ein ähnliches Problem herrscht im westlich der Mura gelegenen Teil von Pomurje, in Prlekija, wo die Bevölkerung nach den Wachstumspolen Ljutomer, in der Nähe der kroatischen Grenze, und Gornja Radgona, Grenzstadt an der österreichischen Grenze, ausgerichtet ist.

Vor diesem Hintergrund differenter geographischer und politischer Regionalzuschnitte, verbunden mit der Spezifität der Menschen, wird es deutlich, wo grundsätzliche Probleme in der slowenischen Regionalentwicklung zu finden sind. Einer Initiative der Wirtschaftskammer in Murska Sobota nach, sollte eine stärkere Vernetzung zwischen den Kammern der regionalen Zentren Murska Sobota und Maribor aufgebaut werden, die auch politische Auswirkungen auf die regionalen Abgesandten im slowenischen Parlament haben sollte. Das Ziel war eine gemeinsame regionale Lobbyarbeit auf nationaler Ebene mit dann zusammen 15 Abgeordneten, anstatt in Pomurje allein nur mit fünf, zu leisten. Die Hoffnung war, dem Nordosten Sloweniens durch diese Zusammenarbeit mehr Gewicht im Parlament zu geben, was jedoch laut einer Vertreterin der Wirtschaftskammer daran scheiterte, dass sich die regionalen Vertreter eher der eigenen Partei als der Region verpflichtet fühlten. Nichtsdestotrotz wird derzeit in Pomurje versucht eine Art Gemeindeverband zu etablieren, der nach einer noch zu verabschiedenden Gesetzesvorlage über 6 % der staatlichen Zuwendungen für die Gemeinden verfügen und somit größere und finanziell aufwendigere Regionalprojekte durchführen könnte. Dies würde dem bekannten Bild vom „Ziehen-an-einem-Strang“ durchaus näher kommen, so eine Vertreterin der Wirtschaftskammer. Im Endeffekt ist es nur die Mischung von unterschiedlichsten Potenzialen und die Übernahme von politischer, finanzieller, aber auch individueller Verantwortung auf den unterschiedlichen Ebenen, die zum Erfolg führen können. Nur ein grundsätzliches Umdenken kann die entscheidende Wende bringen. Einen kleinen Teil zu diesem Umdenkprozess leistet beispielsweise das regionale von der EU geförderte Ausbildungszentrum in Rakižan, wo Workshops zum kreativen Denken, Projektmanagement und Business support abgehalten werden.

### 4.3.3 Der Entwicklungsmotor Graz

Die Entwicklung der beiden Regionen wird jedoch auch von externen Faktoren beeinflusst. Dabei spielt die Landeshauptstadt der Steiermark eine große Rolle. Graz zeichnet sich in den letzten Jahren durch ein enormes Wirtschaftswachstum in Höhe von durchschnittlich 4,2 % aus und stellt den Entwicklungsmotor im Südosten Österreichs dar. Den Verantwortlichen in Graz ist es gelungen, namhafte Unternehmen aus der Automobilbranche in Graz und Umgebung anzusiedeln und ein Autocluster zu etablieren, welches heute den größten Wirtschaftszweig in der Region darstellt. So gehören, dem Vertreter der österreichisch-slowenischen Handelskammer nach, zu diesen Unternehmen aus der Automobilbranche beispielsweise DaimlerChrysler, die ihren Geländewagen in Graz fertigen, und der Automobilzulieferer Magna Steyr. Insgesamt sind rund 30.000 Arbeitnehmer in der Automobilbranche beschäftigt und dies hat eine Strahlkraft über die Landesgrenzen hinaus. Vor allem aus dem infrastrukturell sehr gut angebundenen Maribor pendeln täglich mehr als 2.000 Beschäftigte nach Graz und Umgebung. In Slowenien spricht man vor dem Hintergrund der starken wirtschaftlichen Entwicklung in Graz von einer erfolgreichen Strategie des Strukturwandels. Neben der erfolgreichen Wirtschaftspolitik hat sich Graz aber auch in der wissenschaftlichen Ausbildung etabliert. So reicht das Einzugsgebiet der Universität Graz in Richtung Süden über Slowenien hinaus bis nach Bosnien-Herzegowina. Überraschend ist jedoch auch der derzeit relativ hohe Anteil an Studenten aus Deutschland, die von den fehlenden Zugangsbeschränkungen, beispielsweise in der Medizin und den Wirtschaftswissenschaften, angelockt werden. Mit dem dort erlangten Abschluss können sie dann EU-weit, somit auch in Deutschland, arbeiten.

Die entscheidenden Fragen sind jedoch, ob der Wachstumsmotor Graz Wachstumspotenziale auch in die angrenzenden slowenischen Regionen aussenden kann, d.h. ob diese von der relativen Wirtschaftsstärke profitieren können. Kann sich um Graz ein sogenannter Speckgürtel bilden, der auch die Regionen im Nordosten Sloweniens umfasst? Die Vertreter der ARR und der Wirtschaftskammer sehen Potenziale für Pomurje und Podravje in ihrer Nähe zu Graz. Schon heute herr-



schen über die gute Verkehrsanbindung hinaus enge Verbindungen zwischen den beiden regionalen Zentren. So steuert beispielsweise die Technologieachse Maribor-Graz intraregionale Entwicklungen und vor allem in der Automobilbranche wird eine enormes Kooperationspotential gesehen. So nahmen auf einer 2005 ausgerichteten Veranstaltung über mögliche grenzüberschreitende Kooperation in der Automobilbranche über 200 Unternehmen teil. Einen weiteren Standortvorteil für Maribor wurde in dessen Regionalflughafen identifiziert. Das slowenische Unternehmen Prevent ist derzeit Haupteigner des Flughafens und besitzt ebenso Anteile an der steirischen Fluglinie Styria Spirit. Nach der im Sommer 2004 aufgebauten Route nach Korfu, hat sich im Januar 2005 Styria Spirit mit der Flugroute Maribor-Paris weiter in den slowenischen Markt eingeführt ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/1605/1617](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/1605/1617) 08.12.2005) und nutzt die deutlichen Kostenvorteile am Flughafen Maribor bei gleichzeitiger Nähe zu Graz. Im Fluggastzahlenbereich sieht man Slowenien als Markt mit enormen Wachstumspotenzialen. Die Flugrouten ab Maribor erfolgen unter dem Branding „Slovenian Spirit“, was in Anlehnung an „Styrian Spirit“, „Salzburg Spirit“ (seit Januar 2005) und „Carithian Spirit“ (seit September 2005) die regionale Verankerung verdeutlichen soll ([www.styrianspirit.com](http://www.styrianspirit.com), 08.12.2005). Der Flughafen in Maribor wird sowohl auf slowenischer als auch auf österreichischer Seite mehrheitlich eher als Komplementär zum Flughafen Graz als als Substitut gesehen. Die aufgeführten Punkte zeigen einige Chancen, die zumindest die Region Maribor auf Grund der Nähe zu Graz hat. Ein wenig differenzierter wird die Situation in Pomurje gesehen, denn Pomurje verfügt über keine ausgebaute, weder straßen- noch schienengebunden, Direktverbindung nach Graz. Daher ist der unmittelbare Nutzen beispielsweise für Pendler eingeschränkt. Einer Vertreterin der Wirtschaftskammer nach würde allein schon der Bau einer Eisenbahnverbindung zwischen dem regionalen Zentrum Murska Sobota und der österreichischen Grenzstadt Bad Radkersburg lokale Entwicklungspotenziale generieren. Die würde dann auch eine durchgehende Verbindung nach Ungarn ermöglichen. Dennoch gibt es, trotz der gegenüber Maribor deutlich benachteiligten infrastrukturellen Situation, Pendlerströme aus Pomurje nach Graz. Zusätzlich zeigt der Bau immer neuer Einkaufszentren,

sowohl in Podravje als auch in Pomurje, dass „in beiden Regionen Geld vorhanden ist, was ausgegeben werden will“ (QUELLE: Vertreterin Wirtschaftskammer). So liegt in Pomurje beispielsweise der Indikator Kaufkraft bei ca. 75 % des slowenischen Durchschnitts und somit deutlich höher als andere gemessene Indikatoren, die bei ca. 60 % und niedriger liegen (STATISTIČNI LETOPIS 2005). Diese Zahlen stimmen mit den Aussagen der Gesprächspartner darin überein, dass die Menschen in den Beispielregionen in der Nähe zur Wachstumsinsel Graz Potenziale haben. In den Interviews wurde jedoch gleichzeitig die Befürchtung geäußert, dass Graz nur qualifizierte Arbeitskräfte benötigt und die aufnehmenden Unternehmen den Nordosten Sloweniens nicht als Speckgürtel bzw. als günstigen Standort für sich ansehen, sondern vielmehr als Region mit nutzbaren Humanressourcen. Das sogenannte „IKEA-Prinzip“ wäre eine mögliche Folge. Einem Vertreter der ARR zufolge besteht das Prinzip darin, nicht in jedem Land mit einer Filiale präsent zu sein, sondern vielmehr sein Einzugsgebiet zu vergrößern. So deckt IKEA mit seinem Standort in Graz sowohl ganz Slowenien als auch Norditalien ab. Dies zeigt sich nicht nur in den Kundenströmen, sondern auch darin, dass große Teile Sloweniens kostenlos mit den zuvor gekauften Artikeln beliefert werden. Letzten Endes liegt es wiederum an den Verantwortlichen in den Regionen, inwiefern die wirtschaftliche Potenz von Graz ein Vorteil für die jeweilige Region sein kann.

Neben dem Blick aus Slowenien über die Grenze nach Österreich konnte aus den geführten Interviews auch der umgekehrte extrahiert werden. Grundsätzlich wird aus österreichischer Sicht der Nordosten Sloweniens als zunehmend wachsender Absatzmarkt identifiziert. Auf Grund der Übergangsregelung hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen des slowenischen EU-Beitritts arbeiten derzeit immer noch mehr Österreicher in Slowenien als umgekehrt. Natürlich kann sich dies mit der völligen Öffnung des Arbeitsmarktes ändern, aber Österreich ist zum einen in Slowenien vor allem mit Banken und großen Einkaufsketten gut positioniert und zum anderen erkennen sie ein gewisses Desinteresse, vor allem slowenischer KMUs, komplett oder auch nur mit Dependancen ins benachbarte Österreich gehen zu wollen. Vielmehr arbeiten sie lieber zentral von Slowe-

nien aus. Dabei liegen die Gründe keinesfalls an mangelnden Sprachkenntnissen der Slowenen, denn nach den Zahlen des Eurobarometers vom September 2005 sprechen 89 % der Slowenen mindestens eine Fremdsprache. Damit liegt Slowenien auf dem 6. Platz und somit deutlich vor Deutschland mit 62 % und dem EU-25-Durchschnitt mit 50 % ([http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_237.en.pdf](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/ebs/ebs_237.en.pdf) 17.11.2005). Für slowenische Großkonzerne, vor allem in der Elektrobranche, haben sich die „Mega-Märkte“ mit ihren „Billig“- und „Geiz ist Geil“-Offensiven in Österreich als zu harte Konkurrenz erwiesen und viele zur Aufgabe ihrer österreichischen Standorte gezwungen. Zwar suchten die Kunden fachmännischen Rat und kompetente Beratung bei den slowenischen Unternehmen, kauften die Artikel, so ein Vertreter der österreichisch-slowenischen Handelskammer, zu guter Letzt jedoch deutlich günstiger bei den Großhandelsketten.

Hinsichtlich des Ausbaus des Verkehrskorridors sieht man die Situation der Regionen im Nordosten Sloweniens eher pessimistisch. Die verbreitete Meinung geht dahin, dass mit dem Lückenschluss der Autobahnen bei Maribor österreichische Touristen aus der Steiermark die Autobahn eher nutzen, um bis ans Meer zu fahren als in Pomurje oder Podravje zu verbleiben.

#### **4.3.4 Lagebedingte Verkehrspotenziale**

In europäischer Hinsicht sind die Regionen Pomurje und Podravje infrastrukturell optimal aufgestellt. Der transeuropäische Verkehrskorridor V von Lissabon bis nach Moskau<sup>129</sup> quert Slowenien von Südwest nach Nordost und führt neben Ljubljana auch über Maribor, wo er auf den Nordwest-Südost verlaufenden Korridor Xb trifft (vgl. Karte 27). Diese europäische Hauptverkehrsachse (Korridor V) südlich der Alpen bedeutet erstmals eine moderne Verkehrsverbindung zwischen dem mediterranen und dem danubischen Raum. Sie führt zu einer Attraktivitätssteigerung der Häfen an der adriatischen Küste, wie beispielsweise dem slowenischen Hafen Koper (Capodistria), die das Tor zum Mittelmeer bilden. Gerade der slowenische Hafen Koper (vgl. Foto 8) ist mit seinen modernen Container- und Öl-Verladeanlagen auf dem bestem Weg, alteingesessenen Häfen an der Nordsee

---

<sup>129</sup>Über Barcelona, Lyon, Turin, Triest, Ljubljana, Budapest und Kiew.

Konkurrenz zu machen. Denn bei Lieferungen aus oder nach Asien können Reedereien beim Anlaufen des Adria-Hafens den teuren Weg um Europa über den Atlantik nach Rotterdam, Bremen oder Hamburg einsparen. Nicht allein vor diesem Hintergrund ist die Lösung des Grenzfrage in der Bucht von Piran, wie oben analysiert, für Slowenien eine Frage von vitaler Bedeutung.

Foto 8: Der Hafen von Koper

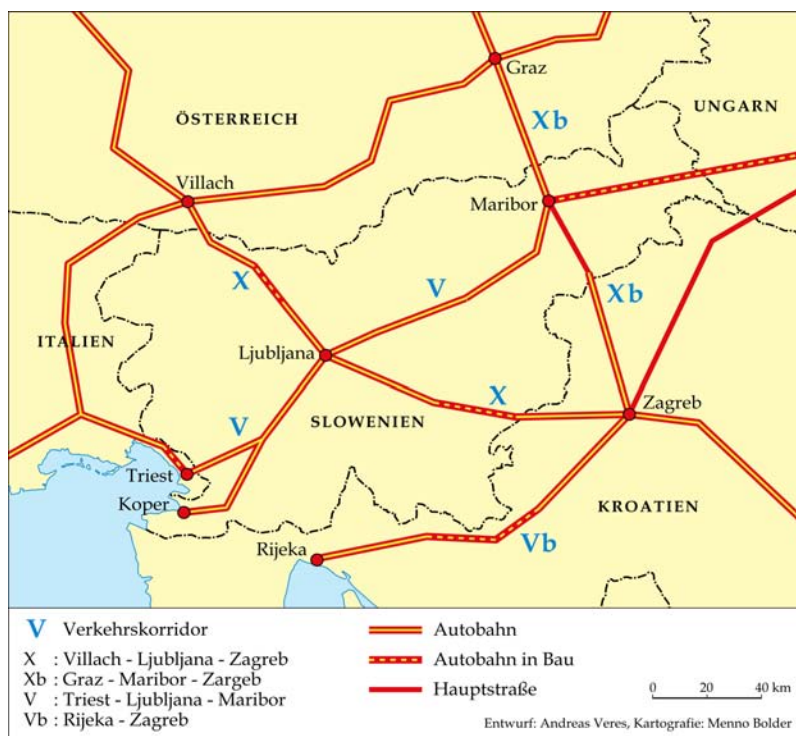


Quelle: Eigene Erhebung 2005.

Parallel zum Ausbau der Autobahnen wurde 2001 eine 19 km lange Verbindung zwischen dem slowenischen und ungarischen Eisenbahnnetz geschaffen. Interessanterweise verläuft diese neue Trasse z.T. auf derselben, die von 1947-1989 durch den Eisernen Vorhang getrennt war. Dabei verursacht das oben beschriebene ungarische Erbschaftssystem auch im Ausbau des Verkehrsnetzes in Pomurje bedeutende Probleme: Viele Erben sind in den letzten Dekaden ausgewandert und neben der per se kleinstteiligen Grundeigentumsstruktur kommt es noch zu Erbschaften auf der Grundlage von Miteigentum. Die Folgen dieser Prozesse bereiten heute große Schwierigkeiten beim Ankauf der Grundstücke für den Autobahnausbau. So verzögern u.a. diese Probleme den Ausbau der Autobahn in dieser Region. Die endgültige Fertigstellung des 82,3 km langen Teilstücks von Maribor nach Lendava an die ungarische Grenze soll bis Ende 2008 erfolgen. Insgesamt umfasst

das slowenische Schnellstraßen- und Autobahnnetz im August 2006 ein Länge von 467 km (www.dars.si 21.06.2005; vgl. auch Karte 22).

Karte 27: Hauptverkehrsruuten in Slowenien und ausgewählten Nachbarländern



Quelle: Eigene Darstellung nach EIGENMANN & KOFLER 2004.

Den nationalen Ausbauplänen für das slowenische Verkehrsnetz ist deutlich die Priorität der West-Ost-Verbindungen gegenüber der Nordwest-Südost-Achse zu entnehmen. So wurde erst 2006 mit dem Ausbau einiger Teilstücke dieser Verbindung begonnen. Dieses Teilstück, welches in Slowenien die Autobahn 4 bildet, gehört zum paneuropäischen Verkehrskorridor X von Hamburg<sup>130</sup> bis nach Istanbul. Diese Strecke, genauer das Teilstück Xb ist für Kroatien von vitaler Bedeutung, stellt sie doch die Verbindung durch Slowenien (Maribor) mit Österreich (Wien) dar (vgl. Karte 27). Slowenien hat vor dem Hintergrund seiner anfänglichen Distanzierungspolitik zum Balkan nach der Unabhängigkeit den Ausbau der West-Ost-Route vorangetrieben. Damit konnte es eine alternative Route zum traditionellen Korridor Vb von Zentraleuropa (Ungarn) über Zagreb zur nördlichen Adria (Rijeka) anbieten (vgl. Karte 27). Dies bedeutet eine allgemeine Schwächung der Position Zagrebs, aber auch ganz Kroatiens. Der sukzessive Ausbau des Korri-

<sup>130</sup>Über Villach, Ljubljana, Zagreb, Belgrad und Athen.

dor V, sowie die Verzögerung der Fertigstellung der Verbindung von Zagreb nach Maribor, sowie der Bau einer direkten Eisenbahnverbindung mit Ungarn an Kroatien vorbei, hat bedeutende Auswirkungen auf Kroatien. PELC spricht 1996 von einer Verlangsamung der europäischen Integration Kroatiens. Slowenien liegt im Wettbewerb um die attraktivste Verbindung Mitteleuropas mit der Adria vor Kroatien. Vor dem Hintergrund der politisch gewollten Priorisierung der Verkehrsverbindungen an Kroatien vorbei und ihren Folgen für das kroatische vitale Interesse muss konstatiert werden, dass sich die Bereitschaft Kroatiens beispielsweise in den oben beschriebenen Grenzfragen Konzessionen einzugehen, nicht zwingend erhöht.

Die Zunahme des slowenisch-ungarischen Grenzverkehrs muss jedoch differenziert gesehen werden. Zwar sind die absoluten Zahlen seit 1990 (vgl. Kap. 4.1.5, Tab. 4) gestiegen, dies hat jedoch kaum Auswirkungen auf die Beispielregionen. Pomurje und Podravje ist es bis dato noch nicht gelungen, einen Teil des zugenommenen Transitaufkommens in die Region umzuleiten bzw. in der Region zu halten, um wirtschaftlichen Nutzen aus dem erhöhten Verkehrsaufkommen zu erzielen. So ist es erklärbar, dass wirtschaftliche Effekte an der Grenze zu Ungarn bislang kaum sichtbar sind. Zusätzlich erschweren weitere Faktoren die Generierung von wirtschaftlichen Effekten in dieser Region. Der Eiserner Vorhang stellte über Dekaden eine unüberwindbare Barriere im Leben der Grenzbevölkerung dar und galt als unumstößlich. Mit seinem Wegfall änderte sich zunächst kaum etwas in der Wahrnehmung dieser Grenze und am Verhalten der Bewohner im Grenzraum. Erst mehr als zehn Jahre nach dem Fall dieser Barriere werden den Menschen die Chancen von Kooperationen mit Ungarn bewusst. Heute gibt es im Rahmen von CBC- und INTERREG-Programmen Kooperationen, die Business-Areas und People-to-People-Aktivitäten umfassen und die nach Aussage von Beteiligten relativ fruchtbar sind. Trotz allem lässt sich feststellen, dass in dieser Grenzregion noch ein Vielfaches des bislang genutzten Kooperationspotenzials verborgen liegt.

### 4.3.5 Einführung der regionalen Dimension

Im Rahmen der Untersuchung ist deutlich geworden, dass die administrative Aufteilung Sloweniens in statistische Regionen ein höchst fragiles Konstrukt darstellt, welches seit der Unabhängigkeit Sloweniens ein Politikum symbolisiert. So wurde es in Slowenien im Zuge der Unabhängigkeit versäumt, vorhandene Diskussionen zum regionalen Zuschnitt des Landes zu Ende zu führen sowie gesetzlich festzuschreiben und somit zu verankern. Zwei parallel geführte Projekte standen sich sowohl inhaltlich als auch von ihren Zuständigkeiten diametral gegenüber und verhinderten einen mehrheitsfähigen Konsens. So umfasste das eine Projekt die Regionalentwicklung, welche beim Wirtschaftsministerium angesiedelt war. Das zweite Projekt beschäftigte sich mit der Einführung politischer Regionen und unterstand der Verantwortung des Innenministeriums. Eine tragfähige Entscheidung, so das für lokale Selbstverwaltung und Regionalentwicklung zuständige Regierungsmitglied, schien zu dieser Zeit nur schwer vorstellbar und so wurde sich gegen das Führen dieser konflikträchtigen Debatte entschieden und ein Kompromiss zwischen den Protagonisten ausgehandelt, der 1994 die Schaffung von 12 statistischen Regionen vorsah und somit nur ein Behelfskonstrukt darstellte. Neben der Einrichtung der statistischen Regionen wurden zwischen 1994 und 1996 gemäß dem „Local Government Act“<sup>131</sup> und dem „Referendum for the Establishment of Municipalities and the Municipal Boundaries Act“<sup>132</sup> aus den bestehenden 62 Kommunen 147 neue Gemeinden geformt<sup>133</sup>. Die Reform bzw. die Einführung dieser neuen Gemeinden war ein Signal zur Auflösung des bisherigen kommunalen Systems, in welchem die Kommune, als „sozio-politische Gemeinschaft“, primär im Namen des Staates operierte (ČOKERT 2005: 216). Aufgrund der sukzessiven Anpassung bzw. Einführung der jeweiligen Gesetzesvorlagen stieg die Zahl der Gemeinden bis 2006 auf derzeit 210 an. Aktuell sind diese 210 slowe-

---

<sup>131</sup>Zakon o lokalni samoupravi (Uradni list RS, št.60/94, 69/94).

<sup>132</sup>Zakon o postopku za ustanovitev občin ter za določitev njihovih območij (Uradni list RS, št. 44/96).

<sup>133</sup>Zur Diskussion standen weitere Modelle, die z.T. die benötigten Mindestgröße der Gemeinden auf 3.000 senken oder ein Referendum entscheiden lassen wollten, die Bildung von bis zu 340 Gemeinden zur Folge hätte (ČOKERT 2005: 213).

nischen Gemeinden untergliedert in 46 Gemeinden mit 5.000-10.000 Einwohnern, 51 mit einer Bevölkerungszahl zwischen 10.000-50.000, einer mit 50.000-100.000 und nur zwei Gemeinden haben mehr als 100.000 Einwohner ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3494/3501](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3494/3501) 03.08.2006). Somit lässt sich festhalten, dass derzeit mehr als 50 % der Gemeinden somit weniger als 5.000 Einwohner haben, was in Ausnahmeregelungen im „Local Government Act“ begründet liegt, welche die Etablierung von Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern aus geographischen, nationalen, historischen oder ökonomischen Gründen erlaubt (vgl. ČOKERT 2005). Diese deutliche Tendenz zur Fraktionierung steht im Gegensatz zur europäischen Ebene, wo der Trend zu regionalen Zusammenschlüssen verläuft.

Dieses gesamte Konstrukt, vor allem die statistischen Regionen, entwickelte sich jedoch im Laufe der Jahre zu einem Politikum, welches Defizite u.a. in der adäquaten Bekämpfung der regionalen Disparitäten und der Generierung von EU-Strukturfördermitteln aufwies. Die beiden parallel und gegensätzlich geführten Projekte wurden mittlerweile im Regierungsbüro für lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik (Služba Vlade Republike Slovenije za lokalno samoupravo in regionalno politiko) unter Minister ŽAGAR zusammengeführt, der die statistischen Regionen politisch etablieren möchte. Doch es zeigt sich, dass die diesbezüglich notwendige Diskussion Anfang der 1990er Jahre mit dem vorhandenen Kompromiss vermieden wurde, nun umso heftiger geführt wird. Es gibt die unterschiedlichsten regionalen Modelle, von jeweils einer eigenen Lobby unterstützt. Doch allen Modellen liegen grundsätzliche Probleme innerhalb der regionalen Aufteilung Sloweniens zu Grunde. Derzeit besteht Slowenien aus 210 gleichberechtigten Gemeinden, wobei das Verhältnis zwischen der kleinsten, mit 332 Einwohnern, und der größten Gemeinde, Ljubljana, mit 265.881 Einwohnern (ZENSUS 2002) ungefähr 1:800 ist. Diese 210 Gemeinden sind auf derzeit 12 statistische Regionen aufgeteilt, welche jedoch nicht der offiziellen, idealtypischen europäischen NUTS-2-Klassifikation entsprechen. Dies bedeutet, dass Slowenien mit seinen runden 2 Mio. Einwohnern innerhalb dieser Klassifikation als Ganzes der NUTS 2-Klasse



zugeordnet wird (vgl. Tab. 7). Diese Klassifizierung bedeutet jedoch die Generierung möglicher EU-Strukturfördermittel nach Ziel 1. Förderfähig sind demnach nur NUTS-2-Regionen mit einem BIP unter 75 % des EU-Durchschnitts. Diese Grenze hat Slowenien nach seiner Unabhängigkeit erstmals 2002 mit 75,3 % überschritten ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/321](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/321) 18.05.2006). Vor dem Hintergrund des weiterhin steigenden BIPs – 2006 wird Slowenien voraussichtlich die 80 %-Grenze überschreiten (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu> 28.08.2006) – ist die Schaffung von zwei Kohäsionsregionen auf NUTS-2-Ebene geplant. Diese sehen eine grobe West-Ost-Trennung Sloweniens vor (vgl. Karte 28). Mit der Schaffung einer Kohäsionsregion Ost, die u.a. die Regionen Podravje und Pomurje umfassen würde, würde das BIP innerhalb dieser Region unter die Grenze von 75 % fallen, was die Möglichkeit die Zuweisung von EU-Strukturfördermittel bedeuten würde. Ende 2005 hat Slowenien diesbezüglich eine Anfrage an die EU-Kommission gerichtet und hofft auf eine positive Entscheidung bis zur Verabschiedung des Förderplans 2007-2013 ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/2569/2570](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/2569/2570) 08.11.2005.). Innerhalb dieser beiden neuen NUTS 2-Regionen sollen auf NUTS 3-Ebene die statistischen Regionen etabliert werden. Die Verantwortlichen im zuständigen Regierungsbüro sind sich jedoch zum einen uneins über die genaue Zahl der zu etablierenden Regionen – diese schwankt zwischen 8 und 14 – sowie zum anderen über deren Kompetenzen und Verwaltungsstrukturen. So ist die Schaffung von starken Regionen, ähnlich den deutschen Bundesländern, noch umstritten. Und doch führt kein Weg an der gerade für die weniger entwickelten statistischen Regionen im Nordosten Sloweniens wichtigen Dezentralisierung und Regionalisierung<sup>134</sup> des Landes vorbei. Das Regierungsbüro unter Minister ŽAGAR favorisiert derzeit die Schaffung von 14 Regionen nach dem Vorbild der deutschen Bundesländer. Denn innerhalb von Podravje zeichnet sich eine Spaltung in eine nördliche, Maribor zugewandte, und eine südliche, nach Ptuj ausgerichtete Region ab. Ähnlich sieht es in Savinjska aus, wo sich die Region um Velenje neu etablieren möchte. Letzten Endes entscheidend zur Etablierung der 12

---

<sup>134</sup>Zentrale Ziele des Regierungsbüros, formuliert im Programm für 2006 (Predlog programa dela Službe za lokalno samoupravo in regionalno politiko na področju lokalne samouprave za leto 2006).

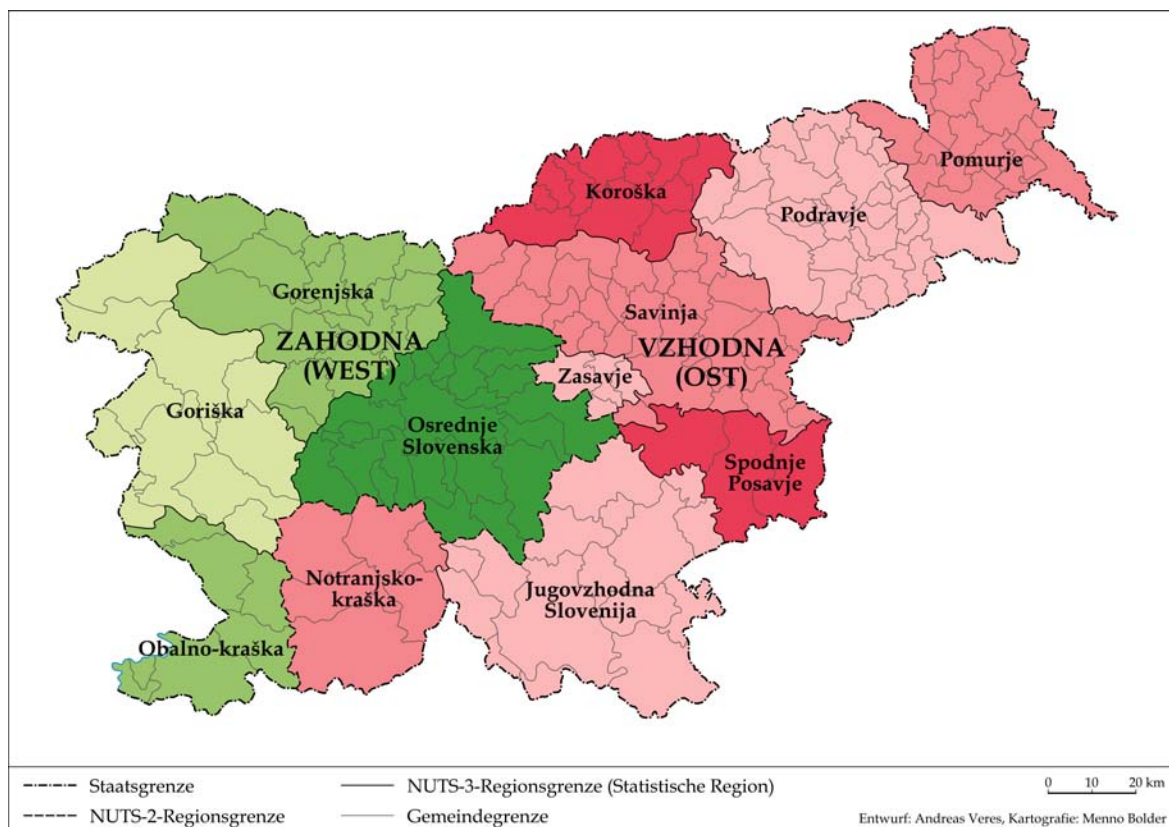
oder 14 Regionen wird die ausreichende Vorbereitung der Regionen auf ihre neuen Kompetenzen und Verwaltungsstrukturen sein.

Tab. 7: Die NUTS-Ebenen

Ebene	Untergrenze	Obergrenze
NUTS 1	3 Mio.	7 Mio.
NUTS 2	800 000	3 Mio.
NUTS 3	150 000	800 000

Quelle: Eigene Darstellung 2006.

Karte 28: Die neuen Kohäsionsregionen auf NUTS 2-Ebene



#### 4.3.6 INTERREG IIIA und die EUREGIO „Steiermark-Nordostslowenien“

Obwohl Slowenien seit Jahren die Einführung der regionalen Dimension verhandelt und die abschließende Etablierung der statistischen Regionen noch aussteht, konnten sich auf transnationaler Ebene sowohl die EUREGIO „Steiermark-

Nordostslowenien“ als auch die ebenfalls grenzüberschreitenden Programmregionen innerhalb INTERREG IIIA etablieren. Im folgenden wird auf Grundlage der in Kapitel 3 vorgestellten und diskutierten Inhalte und Budgets von INTERREG IIIA der Fokus auf die Bewertung der Auswirkungen dieser Programme, vor allem auf den Nordosten Sloweniens gelegt. Wichtiger Baustein für diese Analyse bilden die geführten Interviews, allen voran die, die in den Beispielregionen entstanden sind. So fällt grundsätzlich auf, dass die Gesprächspartner auf die Frage nach ihrer subjektiven Bewertung der Nachbarschaftsprogramme zwischen Slowenien, Ungarn und Kroatien relativ uneins sind bzw. eine differenzierte Sichtweise erkennbar wird. Offensichtlich spielt bei der Bewertung die Entfernung zur betroffenen bzw. am Programm partizipierenden Region eine beachtliche Rolle. In Ljubljana nach den grenzüberschreitenden Programmen gefragt, herrscht eine durchweg positive Einschätzung. Anders sehen die Antworten in der jeweils betreffenden Region aus, die eher Skepsis widerspiegeln. Grundsätzlich positiv wird der verstärkte Fokus und Einsatz gewertet, den die neue Regierung auf die grenzüberschreitenden Programme legt. Diese Programme sind unterschiedlichster Natur, so beispielsweise Infrastrukturprojekte im Rahmen der Wasserversorgung und Kanalisation zwischen Slowenien und Ungarn, die Gründung der österreichisch-slowenischen Handelskammer in Graz, bei der die slowenische Wirtschafts- und Gewerbekammer als Partner und nicht als Gegner fungiert, Kooperationen zwischen Schulen, Aufbau von Industrieparks und Businessinkubatoren etc. Im Tourismus wurde sogar ein Dachverband in Pomurje gegründet, die „Pomurje Turistična Zveza“, die die touristischen Belange der Region nicht nur bündeln, sondern diese auch gebündelt nach außen vertreten soll. Die Kooperation explizit mit Kroatien innerhalb von Programmen steht zwar erst am Anfang, aber der deutliche Überhang an Projektanträgen gegenüber dem zu vergebenden Budget zeigt das Interesse an einer solchen Kooperation. Dieses Interesse lässt sich wohl vor allem mit den schon bestehenden grenzüberschreitenden Verbindungen und der bislang fehlenden Förderung erklären. Dabei wird die Nähe zum bürokratischen Zagreb als schwierig eingestuft. Aber auch innerhalb der anderen grenzüberschreitenden Programme liegt, hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Nachfrage und Gesamtbudget, der

Anteil zugunsten der Nachfrage. An diesem Punkt sehen die Gesprächspartner auch grundsätzliche Kritik an den Nachbarschaftsprogrammen angebracht. Den Programmen wird ein nachhaltiger ökonomischer Effekt abgesprochen, da die Mittelausstattung diesbezüglich als zu gering eingeschätzt wird. Ihr Fazit: Für eine deutliche und nachhaltige Entwicklung der Region sind Projekte mit einer relativ hohen Anschubfinanzierung notwendig, wofür sich die Programme im Rahmen von INTERREG nicht eignen. Die Frage nach der Nachhaltigkeit der Projekte geht mit dieser Kritik einher. Es fehlen augenscheinlich die großen verbindenden Zusammenhänge innerhalb der INTERREG-Programme. Folgende Aussage einer Vertreterin des ARR illustriert dieses Defizit sehr deutlich: „The local people just realise that there is a chance, there are European sources on the open market. Let’s come together, let’s catch the money, let’s make a program, let’s finish and that’s it“. Deutlich wird darauf hingewiesen, dass damit nicht ausgesagt werden soll, dass Programm Gelder unrechtmäßig verwendet wurden, sondern vielmehr stellt man heute nüchtern fest, dass viele Projekte, die in den 1990er Jahren beispielsweise zwischen Österreich und Slowenien erfolgreich absolviert wurden, keine nachhaltigen Auswirkungen über die Programmlaufzeit hinaus zu verzeichnen haben bzw. es an einer strategischen Bündelung der Projekte fehlte. So sind die Gelder zwar sinnvoll eingesetzt worden, generierten jedoch keine weiteren positiven Impulse für die Region bzw. wurden die möglichen Programmpotenziale nur ungenügend genutzt. Im vertrauten Gespräch erzählt ein Interviewpartner, dass die Projekte den Menschen in der Region nur singen und tanzen gelehrt hätten, was grundsätzlich als nicht schlecht eingestuft wurde, aber keinerlei Auswirkungen auf die Region gehabt habe. Richtig ist, dass vor allem Projekte unter dem Anspruch des kulturellen Austausches stattgefunden haben und stattfinden. Hinsichtlich ökonomisch orientierter Projekte wird ein Defizit identifiziert. So sieht man die Grenzen zu Österreich und Ungarn in wirtschaftlichen Belangen noch nicht offen, wobei die Verbindungen zu Ungarn, auf Grund der kulturellen Gemeinsamkeiten und des ähnlichen Entwicklungsniveaus, allgemein als stärker eingestuft werden. Effektive Kooperation wird jedoch an beiden Grenzen oftmals durch unbegründete Vorbehalte oder einfach nur aus Angst, Teile der eben erst

gewonnenen Selbständigkeit wieder aufgeben zu müssen, ausgebremst. Ein Gesprächspartner sah darin erneut einen Beleg für die grundsätzliche Passivität der Menschen im Nordosten Sloweniens, vor allem in Prekmurje. Doch ähnlich der Regionalreform, so können auch die EU-Programme nur den Rahmen bilden. Die Verantwortung über die Ausgestaltung dieses Rahmens liegt bei den Menschen in der Region, bei den handelnden Akteuren. Die oben angesprochenen stärkeren und besseren Verbindungen zu Ungarn, die in den Sprachkenntnissen und der ähnlichen Tradition, Geschichte und den Lebensstilen begründet liegen, schlagen sich bislang jedoch kaum in grenzüberschreitenden Kooperationen nieder. Deutlich abzulesen ist dieser Umstand beispielsweise am mangelnden Interesse von Unternehmern der Region an Veranstaltungen der Wirtschaftskammer teilzunehmen, die Basis-Know-how für Geschäftsanbahnungen in und Kooperationen mit Ungarn vermitteln.

Eine theoretische Möglichkeit der Kooperation mit Ungarn stellt das trilaterale Nachbarschaftsprogramm zwischen Slowenien, Ungarn und Kroatien dar. Doch obwohl es sich noch am Anfang der Programmperiode befindet, wird es noch vor den ersten Ergebnissen durch seine ‚Zwangsgeburt‘ überschattet. Die EU-Kommission in Brüssel hat die Gründung dieses trilateralen Programmes gefö(o)rdert, um ein weiteres Ausufern der Anzahl der bilateralen Programme zu verhindern, so ein Regierungsmitglied. Dabei finden sich neben zahlreicher bilateraler Projekte zwischen den drei Programmteilnehmern nur zwei trilaterale Projekte. Kritiker sehen darin den Beweis, dass vielmehr zwei bilaterale Programme notwendig seien als ein trilaterales. Grundsätzlich bestehen jedoch auch enorme Unterschiede in den differenten Prozederen zwischen Kroatien, welches innerhalb der Vor-Beitrittsprogrammatur PHARE CBC (Teilprogramm von PHARE), und Slowenien und Ungarn, die als EU-Mitglieder innerhalb der INTERREG-Programmatur am trilateralen Programm teilnehmen. So hat HORVAT (136ff.) in seinem INTERREG-Endbericht zur Kooperation zwischen Österreich und Slowenien schon 2000 folgendes angemerkt: „PHARE-Programme mit an Slowenien grenzenden österreichischen Regionen wurden gleich mit dem Jahr des Beitritts Österreichs zur Euro-

päischen Union eingeführt. So bekamen Österreich und Slowenien das Recht, an den jeweiligen Programmen INTERREG und PHARE CBC zu partizipieren. Von der ursprünglichen Idee einer Zusammenarbeit auch an gemeinsamen Projekten ist nicht viel übriggeblieben. Heute kann man feststellen, daß die INTERREG- und PHARE CBC-Regelungen<sup>135</sup> so unterschiedlich sind, daß eine Zusammenarbeit in der Realität kaum möglich ist.“ „Das Hauptproblem“, so HORVAT „liegt vor allem in zu langen Programmierungszeiten der PHARE CBC-Programme, der projekt- und nicht programmbezogenen Finanzierung der PHARE-Programme und zentralisierter (über Brüssel) Entscheidungen. Es wurde allen beteiligten Parteien relativ schnell klar, daß sich grenzüberschreitende Zusammenarbeit nur auf gelegentliche gemeinsame Treffen der bilateralen Ausschüsse beschränken wird müssen.“ Dieses Fazit von offizieller Seite bestätigt die Aussagen der Gesprächspartner. Dabei erkennt HORVAT (140f.) „trotz aller technischen Unannehmlichkeiten, die dieses Programm noch immer begleiten, (...) seine bahnbrechende Rolle beim Schließen von Kontakten und dem regelmäßigen Informationsaustausch an (...). Die Programme INTERREG und PHARE CBC haben sehr viel für das Bewußtsein über das Grenzland und die Wichtigkeit der grenzüberschreitenden Kontakte getan.“

In diesem Programmzusammenhang spielt die EUREGIO „Steiermark-Nordostslowenien“ eine gesonderte Rolle. 2001 ins Leben gerufen, ist sie mit dem Fördergebiet INTERREG IIIA identisch. Auf österreichischer Seite umfasst die EUREGIO die Steiermark mit 10 Bezirken und auf slowenischer Seite, neben den statistischen Regionen Pomurje und Podravje, auch Teile der Regionen Koroška und Savinjska (vgl. Karte 29). Das vorrangige Ziel dieser EUREGIO ist es, „die Entwicklungshemmnisse beiderseits der Grenzen abzubauen und grenzüberschreitende Netzwerke zwischen den Gemeinden, der Wirtschaft, den Bürgern, Vereinen und Verbänden aufzubauen. Durch das Zusammenwachsen in der Region, durch gegenseitige Information, Erfahrungsaustausch, grenzüberschreitende Projekte und Initiativen und durch Förderung des Regionsbewusstseins soll ein Mehrwert für

---

<sup>135</sup>Schwierigkeiten einer Vorschriftenangleichung stellen sich vor allem für die Programmierung von INTERREG und PHARE nach 2000. Hauptprobleme liegen in der Kompetenzverteilung bzw. -überschneidung von Generaldirektion I, das für PHARE zuständig ist und der Generaldirektion XVI, das für Regionalpolitik und die Koordination von Strukturpolitik zuständig ist.

alle geschaffen werden“ (www.euregio-steiermark.at 28.06.2005). In erster Linie steht die Vernetzung bestehender Einrichtungen und Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Vordergrund, woraus bis heute schon weit über 80 bewilligte Projekte<sup>136</sup> entstanden sind.

Karte 29: Das Gebiet der EUREGIO „Steiermark-Nordostslowenien“



Dabei besteht vor allem auf slowenischer Seite eine grundsätzliche Skepsis gegenüber EUREGIOs. In den geführten Interviews äußerten die Gesprächspartner viel Kritik an der Gründung von EUREGIOs. Der Nutzen der EUREGIO „Steiermark-Nordostslowenien“ ist den Gesprächspartnern relativ unklar. Man fühlt sich in diese EUREGIO, fast schon gegen seinen Willen, hineingezogen. Für die Steiermark bedeutet ihre Etablierung zusätzliche Fördergelder, in Slowenien hingegen sieht man keinen direkten Nutzen und es überwiegt eine gewisse Angst vor einer

<sup>136</sup>Nähere Informationen zu den bewilligten Projekten u.a. in INTERREG Geschäftsstelle (2003): Übersicht und Beschreibung der 83 INTERREG IIIA-Projekte.

Ausweitung der österreichischen Einflussphäre. Diese Angst korrespondiert mit der diffusen Befürchtung vieler Slowenen, ihre eben erst gewonnene Selbständigkeit in Teilen wieder abgeben zu müssen. Dies ist auch einer der Gründe für die schleppende Privatisierung strategischer Unternehmen, wie Banken, Versicherungen oder der Telekommunikation (vgl. Kap. 3.3). Grundsätzlich wird in Slowenien alles sehr skeptisch betrachtet was aus Österreich kommt. Historische Erfahrungen generieren offensichtlich Vorbehalte. Das System EUREGIO wird zwar als ein modernes Instrument mit langer Tradition angesehen, welches aber nur bedingt außerhalb kleinmaßstäblicher Projekte funktioniert. „EUREGIOs seien nur eine technische Stelle oder ein Sekretariat, die keinerlei Entscheidungskompetenzen besitzen“, so ein Mitarbeiter des Außenministeriums. Dabei setzt die Kritik einiger Gesprächspartner viel grundlegender an, wenn sie hinterfragen: „Wie kann eine Region, wie der Nordosten Sloweniens, innerhalb einer EUREGIO grenzüberschreitend zusammenarbeiten, wenn sie in sich schon geteilt ist und kaum miteinander kooperiert?“ Frei nach MASLOVS (1954) „Hierarchie der Bedürfnisse“ wird der Zusammenschluss zu einer EUREGIO erst dann attraktiv, wenn sich die Region konsolidiert hat, so eine Vertreterin der Wirtschaftskammer Pomurje über die derzeitige Situation. Dabei gibt es Pläne, die eine Ausweitung der bisherigen EUREGIO auf die gesamte „EU-Zukunftsregion“ vorsehen (vgl. Kapitel 6) – und die italienischen Regionen Venezien und Friaul, die ungarischen Regionen Vas und Žala und u.a. die kroatische Region Međimurje miteinbeziehen soll. Diese Pläne werden vor allem von österreichischer Seite sehr stark gefördert, stoßen jedoch auf slowenischer Seite auf Ablehnung. Die slowenische Regierung hat sich klar gegen die weitere Aufteilung Sloweniens in EUREGIOs ausgesprochen und sieht in den Plänen um eine Erweiterung der bestehenden EUREGIO ein nicht einzuschätzendes Gefahrenpotential, denn sowohl auf italienischer, als auch auf ungarischer Seite gibt es reaktionäre Kräfte, die im Rahmen der EUREGIO bislang ungeklärte Grenzfragen und alte Interessen wieder aufwerfen könnten (QUELLE: Mitarbeiter des Außenministeriums; vgl. auch Kap. 4.1.1 & 4.1.2). Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass in Slowenien viele die Meinung vertreten, dass man die Thematik EUREGIO lieber nicht aufgreifen sollte, um diese alten Fragen



nicht aufbrechen zu lassen. An der slowenisch-kroatischen Grenze hingegen besteht die Problematik in einem anderen Bereich, denn mit der Schaffung einer EUREGIO würde über Jahre hinweg eine skurrile Situation entstehen: eine Kooperation und Annäherung der slowenischen und kroatischen Grenzregionen innerhalb der EUREGIO bei gleichzeitig maximaler Abschottung im Rahmen der Einrichtung der Schengengrenze.

Und doch gibt es einzelne Meinungen, die in den EUREGIOs auch einen Nutzen sehen. So wird verlangt, dass projektbezogene Verbindungen in einem solchen Rahmen gefördert werden sollten. Das könnte z.B. die grenzüberschreitende Vernetzung von Universitäten bedeuten. Allgemein sehen diese Stimmen Slowenien auch in einer vorteilhaften, weil zentralen Lage zwischen Italien, Österreich, Ungarn und Kroatien. Vor allem sehen sie für Slowenien als kleines Land im Endeffekt nur zwei Möglichkeiten: 1. Grenzüberschreitende Kooperation oder 2. eine Spezialisierung, wie es z.B. Luxemburg im Finanzsektor vorgemacht hat. Von einer Spezialisierung ist Slowenien weit entfernt. Was bleibt somit noch übrig?

#### **4.3.7 Regionales Entwicklungsprogramm (RRP) 2007-2013**

Grundsätzlich scheint Slowenien sowohl auf regionaler, wie auf nationaler als auch auf transnationaler Ebene Schwierigkeiten mit der Erarbeitung von Strategien zu haben. Dabei wurde ein „Nationales Entwicklungsprogramm (DRP)“ für 2007-2013 entwickelt. In diesem Rahmen hatten die statistischen Regionen ebenfalls ein „Regionales Entwicklungsprogramm (RRP)“ aufzulegen. In Pomurje wurde diesbezüglich eine Vorbereitungskommission eingerichtet, für deren Leiter, *DANILO KRAPEC*, das wichtigste Ziel des RRP in der Platzierung Pomurjes vom Ende in die obere Hälfte der Regionalstatistiken besteht ([www.ljnovice.com](http://www.ljnovice.com) 26.07.2006.). Vier Wochen zuvor sieht der Staatssekretär des Regierungsbüros für Entwicklung, *ANDREJ HORVAT*, die Entwicklung von Pomurje als zentral für die Wirtschaft von Slowenien an. Allein im Rahmen der neuen Kohäsionsregion Ost soll Pomurje zwischen 2007-2013 63 Mio. EUR an Fördergelder zugesprochen bekommen (vgl. *DNEVNIK* 30.06.2006 und Tab. 8). Innerhalb

der im RRP Pomurje<sup>137</sup> vorgestellten Programme sind die angestrebten Ziele für den Programmzeitraum bis 2013 u.a.:

- ◆ Integration und Ausgleich der Entwicklungsdynamik des Wirtschafts-, Human-, Sozial- und Naturkapitals zur langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung der Region
- ◆ Schaffung und Anpassung einer Umweltunterstützung im Interesse der langfristigen Wirtschaftsentwicklung
- ◆ Aktivierung unternehmerischen Potenzials und Ideen

Demgegenüber sieht der vorbereitende Entwurf des RRP Podravje<sup>138</sup> folgende Ziele als prioritär für die Region bis 2013 an:

- ◆ Herstellung und Stärkung der Verbindungen zwischen den Akteuren der Entwicklung und den Regionen
- ◆ Steigerung des Unternehmertums, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sowie Wissen und Innovationsfähigkeit zur schnelleren Entwicklung urbaner Zentren und ländlicher Regionen
- ◆ Verbesserung der Lebensqualität unter Berücksichtigung des Grundsatzes nachhaltiger Entwicklung

Es fällt auf, dass in Pomurje deutlich forciert an der Aufstellung und Verabschiedung des RRP gearbeitet wurde und wird. Ein möglicher Grund könnte in dem größeren Koordinierungsaufwand für das RRP Podravje liegen. Es sind de facto Interessen von mehr Akteuren zu vereinen. Auf der anderen Seite könnte in Pomurje auch der Druck zur Entwicklung einer Strategie aufgrund seiner nationalen Schlusslichtposition höher sein und daher die differenten Geschwindigkeiten verursachen.

---

<sup>137</sup>Osnutek strateškega dela Regionalnega razvojnega programa Pomurje 2007-2013 z dne 24.8.2006.

<sup>138</sup>Priprava regionalnega razvojnega programa za razvojno regijo Podravje za obdobje 2007-2013: Prioritete, programi in ukrepi, avgust 2006.

Tab. 8: Vorgesehene Mittelverteilung für die Kohäsionsregionen Ost und West

Region	Anzahl Einwohner	Anteil in %	Regionalförderung pro Kopf 2007-2013 (EUR)	Regionalförderung 2007-2013 (in Mio. EUR)
<b>Ostslowenien</b>	<b>1.079.169</b>	<b>54</b>	<b>363</b>	<b>392</b>
Pomurska	122.483	6	512	63
Notranjsko-kraška	51.132		407	21
Podravska	319.282	16	375	120
Spodnjeposavska	69.940	3	375	26
Zasavska	45.468	2	365	17
Koroška	73.905	4	333	25
Jugovzhodna Slovenija	139.434	7	326	45
Savinjska	257.525	13	296	76
<b>Westslowenien</b>	<b>921.945</b>	<b>46</b>	<b>142</b>	<b>131</b>
Goriška	119.541	6	301	36
Gorenjska	198.541	10	166	53
Obalno-kraška	105.313	5	264	28
Osrednjeslovenska	498.378	25	28	14
<b>Slowenien</b>	<b>2.001.114</b>	<b>100</b>	<b>261</b>	<b>523</b>

Quelle: Übersetzt nach Državni razvojni program 2007-2013; osnutek; Ljubljana 31.5.2006, S. 76.

#### 4.3.8 Zusammenfassung und Fazit

Podravje und Pomurje haben bis heute mit den Auswirkungen historischer, geographischer und politischer Spezifitäten zu kämpfen. Die nachstehende Tabelle 9 stellt die in Kapitel 4.2 und 4.3 dargestellten und untersuchten Stärken und Schwächen analysierend gegenüber. Der Übersichtlichkeit halber werden die einzelnen Ausführungen nach Punkten, die beide Regionen (**fett**), die nur Pomurje (*normal*) und die nur Podravje (*kursiv*) betreffen, grafisch unterschieden.

Tab. 9: Stärken- und Schwächenanalyse der Beispielregionen

<b>Stärken</b>	<b>Schwächen</b>
<b>Agrarischer Gunstraum*</b>	<b>Nationale geographische Randlage</b>
Ungarische Minderheit: - allgemeine Sprachkenntnisse - gemeinsame Tradition	Historische Zugehörigkeit zu Ungarn: - Erbrecht - keine industrielle und Verkehrsinfrastruktur
Industrieansiedlung während SRFJ	<b>EU-Außen- und Schengenraumgrenze</b>
Thermal- bzw. Wellnesstourismus	<b>Wegzug der Arbeitskräfte</b>
Wirtschaft: - Biolandwirtschaft für Wellnesstourismus - Ausbildung spezieller Arbeitskräfte - Etablierte Nahrungsmittelindustrie - Etablierung im Hightechsektor - Planung neuer Industrieparks	<b>Wirtschaft:</b> - <b>allgemein unterdurchschnittlich</b> - <b>transformationsbedingter Arbeitsplatzabbau</b> - <b>unterdurchschnittliche Gehälter</b> - <b>Unterausstattung mit Arbeitsplätzen</b> - <b>brain drain</b>
Im Vergleich zu anderen Indikatoren relativ hohe Kaufkraft	<b>Vergreisungstendenz der Bevölkerung</b>
Institutionalisierte Kooperationsmöglichkeiten mit Österreich, Ungarn und Kroatien	<b>Bewusste finanzielle Vernachlässigung durch Ljubljana</b>
<b>Etablierung Köhasionsregion Ost</b>	Passivität der Menschen
Ausbau Verkehrsinfrastruktur	Kleingliedrigkeit
<i>Historische Zugehörigkeit zu Österreich:</i> - <i>Industrieansiedlung bei Maribor</i> - <i>Bau von Verkehrsinfrastruktur</i>	<b>Zentralräumliche Orientierung auf das Regionalzentrum</b>
<i>Wein- bzw. Genusstourismus</i>	
<i>Schlüsselposition von Maribor:</i> - <i>Nähe zu Graz</i> - <i>Lage an Kreuzung Hauptverkehrsrouen</i> - <i>Flughafen</i>	
<i>Institutionalisierte Kooperationsmöglichkeiten mit Österreich und Kroatien</i>	
<b>Transregional das Herz Europas</b>	

\*fett = beide Regionen, normal = Pomurje, kursiv = Podravje

Deutlich ist der Stärken- und Schwächenanalyse der Überhang an Vorteilen beider Regionen zu entnehmen. Beide Regionen liegen in einem naturräumlichen Gunstraum, was unmittelbar im Tourismussektor, der zentralen Wirtschaftsbranche, zum Ausdruck kommt. So sind in Podravje die guten Weinlagen Kern eines Wein- und Genusstourismus. In Pomurje verlangt der starke Thermal- bzw. Wellness-tourismus nach Bio-Nahrungsmitteln, die zunehmend auf den weiten Agrarflächen angebaut werden. Dies kann allgemein als Zeichen einer Überwindung überkommener (Industrie-)strukturen und der Transfer in zukunftsorientierte Zweige angesehen werden. Des weiteren zeigen sich Stärken in der Lage beider Regionen an transnationalen Verkehrsnetzen, wobei Maribor diesbezüglich eine Schlüsselposition zukommt, da es auf der Kreuzung mehrerer Hauptverkehrsrouten liegt und über einen ausbaufähigen Flughafen verfügt. Diese Schlüsselposition ist der differentiellen Zugehörigkeit beider Regionen innerhalb der k.u.k.-Monarchie geschuldet. So konnte Podravje, und vor allem Maribor, im Gegensatz zu Pomurje nach dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie auf eine industrielle und Verkehrsinfrastruktur aufbauen. In Pomurje setzte erst innerhalb der SFR Jugoslawien eine punktuelle und auf beschäftigungsintensive Industriezweige ausgerichtete Industrialisierung ein. Vor diesem Hintergrund waren die Auswirkungen des transformationsbedingten Arbeitsplatzabbaus nach der Erlangung der Unabhängigkeit Sloweniens in dieser Region am ausgeprägtesten. Somit besticht die wirtschaftliche Situation vor allem von Pomurje, aber auch von Podravje, u.a. durch eine Unterausstattung mit Arbeitsplätzen sowie unterdurchschnittliche Gehälter, was zum Abzug vor allem von jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften führt. Dieser allgemeinen Entwicklungsschwäche wird versucht u.a. mit Hilfe von Strukturfördermitteln entgegenzuwirken. In der institutionalisierten Kooperation mit Österreich, Ungarn und Kroatien innerhalb von INTERREG IIIA und PHARE CBC liegen mögliche Entwicklungspotenziale. Vor allem an der ungarischen Grenze werden die sprachliche Kompetenz eines Gros der Bevölkerung und die ansässige ungarische Minderheit noch zu wenig für Kooperationen genutzt. Grundsätzlich sind jedoch Unterschiede innerhalb der grenzüberschreitenden Kooperationen zu identifizieren. So können alle drei angrenzenden Regionen unter-

schiedlich lange und intensive Kooperationstraditionen vorweisen, die z.T. in historischer Zugehörigkeit, aber auch in der unterschiedlichen Offenheit der jeweiligen Grenze innerhalb der SFR Jugoslawien begründet sind. Dabei zeigt gerade die heutige Situation in Kooperationen mit Kroatien die Schwierigkeiten auf, die die unterschiedlichen Reglements der beiden Strukturförderprogrammatiken, aber auch die Etablierung der EU-Außen- und Schengenraumgrenze mit sich bringen.

#### **4.4 Fazit und Thesen**

Es wird deutlich, dass die von jeher eher benachteiligten Beispielsregionen im Rahmen der Qualitäts- und Funktionswandel der sie umgebenden Grenzen ihren geographischen peripheren Status zunehmend verlieren. Die über viele Dekaden aufgebauten Entwicklungsdefizite lassen sich zwar nicht in wenigen Jahren beseitigen bzw. kompensieren, aber die Rahmenbedingungen sind gelegt. So grenzt der Nordosten Sloweniens nicht mehr an den Eisernen Vorhang und somit an die Grenze zweier unterschiedlicher Systeme, sondern im Norden und Osten heute an weitere EU-Mitgliedsstaaten. Das mittlere Teilstück des paneuropäischen Verkehrskorridors umgebend, stehen die Beispielregionen im Zentrum nationaler und europäischer Regional- und Strukturpolitik. Der oben angeführte territoriale Appendix bildet nun das Herz grenzüberschreitender Kooperationen mit Österreich, Ungarn und Kroatien innerhalb der INTERREG IIIA- und PHARE CBC-Programmatik. Allein die vergleichsweise strenge Reglementierung der slowenisch-kroatischen Grenze als EU-Außen- und bald Schengenraumgrenze bildet derzeit noch ein gewisses Hindernis und Quell medial zugespitzter politischer Äußerungen. Dabei lässt sich jedoch feststellen, dass Fragen hinsichtlich der gemeinsamen Grenze zwar sehr stark instrumentalisiert, diese in der Praxis jedoch recht pragmatisch und problemlos gelöst werden. Somit lässt sich für die Zukunft davon ausgehen, dass mit Sicherheit eine weitere Medialisierung stattfinden wird, aber gleichzeitig auch weiterhin pragmatische Lösungsansätze im problemlosen Miteinander gefunden werden, was für eine Geopolitik der Konfliktvermeidung bzw. -minimierung von höchstem Interesse ist. Letztlich wird diese Phase mit dem Beitritt Kroatiens zur EU und dem Schengenraum in absehbarer Zeit enden. Vor die-

sem gesamten Hintergrund und die obige Stärken- und Schwächenanalyse mit einbeziehend, lassen sich folgende Punkte thesenartig zusammenfassen:

- ◆ Die starke agrarische Prägung, vor allem von Pomurje, ist dahingehend zu modifizieren, dass sie zwar einen prägenden Eindruck im Landschaftsbild aufweist, die Region jedoch auf die Beschäftigungszahl bezogen stark industrialisiert ist – aber nur einseitig und auf wenige beschäftigungsintensive Unternehmen bezogen. Daher ist es unabdingbar, diese großen Unternehmen zu erhalten, um das weitere Abfallen des Entwicklungsgefälles zu verhindern.
- ◆ Vorbehalte gegenüber transnationalen Kooperationen sind der fehlenden traditionellen Kooperationskultur geschuldet und unterstützen die offensichtliche Diskrepanz zwischen zunehmender kommunaler Fraktionierung und pluridimensionaler Kooperation innerhalb transregionalen sowie transnationalen Regionen.
- ◆ Den Beispielregionen wohnen eine Reihe ausbaufähiger Potenziale inne, die jedoch innerhalb von Einzelmaßnahmen einer fehlenden Gesamtstrategie zur Entwicklung des Nordosten Sloweniens gegenüberstehen. Die Zukunft hängt aber von einem harmonischen Dreiklang zwischen übergeordneter Entwicklungsstrategie, zusammenhängenden Gesamtmaßnahmen und aktiven Akteuren ab.

Ob jedoch Pomurje und Podravje sich einst als Herz Europas etablieren werden, lässt sich schwer vorhersagen, aber sicher ist, dass sie schon heute das geographische Zentrum einer europäischen Kontaktzone zwischen der EU und dem Westlichen Balkan bilden, welche beispielsweise in der EUREGIO „Steiermark-Nordostslowenien“ und der „EU-Zukunftsregion Adria-Alpen-Pannonia“ Ausdruck findet (vgl. Kap. 4.3.6 & 6.1). Somit lässt sich abschließend festhalten, dass die untersuchten Beispielregionen, unter Nutzung ihrer inhärenten Potenziale und trotz aller noch zu überwindender Entwicklungsdefizite, sich auf ihrem Weg von einer nationalen Peripherieregion zum Herzen Europas befinden.

## **5 Die europäische Integration des Westlichen Balkans: Sloweniens Rolle als Entwicklungs- und Impulsgeber**

Nachdem in Kapitel 4 der Weg der Beispielregionen Pomurje und Podravje weg vom Status einer nationalen Peripherie hin zum transnationalen Herzstück einer europäischen Kontaktzone zwischen der EU und dem Westlichen Balkan deutlich wurde, greift Kapitel 5 diese Thematik erneut auf und transferiert diese auf die nationalstaatliche Ebene. Im Folgenden wird Slowenien in einem erweiterten Ansatz im politischen und wirtschaftlichen Geflecht des Westlichen Balkans und Südosteuropas in den Fokus genommen. Dabei umfasst der Westliche Balkan in diesem Zusammenhang die Nachfolgestaaten der SFR Jugoslawien sowie Albanien (vgl. Kap. 2.3.2), jedoch ohne Slowenien, und Südosteuropa erweitert sich um die EU-Mitglieder Griechenland, Rumänien und Bulgarien, sowie Teile der Türkei (vgl. Kap. 2.3.2). Obwohl Moldawien nicht direkt zu Südosteuropa gezählt werden kann, liegt es doch in seinem direkten Einflussbereich (vgl. Karte 4) und wird daher in dieser Untersuchung hinzu gezählt. Die Erweiterung über den Westlichen Balkan hinaus ist aus zweierlei Gründen notwendig: Zum einen weisen diese Staaten aufgrund ihrer Historie z.T. Gemeinsamkeiten und sehr enge Verbindungen auf und zum anderen umfassen die im Folgenden diskutierten Programme und Initiativen meist ganz Südosteuropa. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass bedeutende Unterschiede zwischen den südosteuropäischen und den westeuropäischen Staaten hinsichtlich ihres Nationsbildungsprozesses bestehen. So fehlt in den westeuropäischen Staaten gänzlich die Unterdrückungserfahrung, die in Südosteuropa durch die Osmanen oder die Habsburger gemacht wurde und dort den nationsbildenden Prozess verzögerten. Zusätzlich ist auch darauf hinzuweisen, dass die Siedlungsgebiete der verschiedenen südosteuropäischen Nationen nur selten mit den politischen Grenzen übereinstimmten und die jeweiligen Gebiete auch meist durch zahlenmäßig starke Minderheiten anderer Nationen besiedelt waren. Ein Nationsbildungsprozess nach westlichen Muster war somit lange Zeit nicht möglich. Diese Verzögerung, die zuletzt jedoch in einer ausufernden Nations- und Staatsbildung mündete – die für den Westlichen Balkan noch nicht abgeschlossen ist – wird in Tabelle 10 deutlich. So wurde Südosteuropa bis 1878 von



lediglich drei Staaten beherrscht. In den folgenden rund 100 Jahren verdoppelte sich die Anzahl der Staaten, um mit dem Zusammenbruch der SFR Jugoslawien eine Phase exorbitanter Nations- und Staatsbildungsprozesse einzuläuten. Diese Phase führte bis Ende 2006 zu einer erneuten Verdoppelung auf nunmehr zwölf rechtlich anerkannte Nationen. Nimmt man zusätzlich zu den „de iure-Staaten“ die de facto existierenden staatsähnlichen Gebilde mit in das Kalkül, so erweitert sich die Anzahl auf 17 Staaten und staatsähnliche Gebilde in Südosteuropa.

Tab. 10: Staaten und staatsähnliche Gebilde in Südosteuropa, 1878-2007

bis 1878	1878-1913	1918-1941	1941-1944	1945-1990	2007 de iure	2007 de facto
Österr.- Ung.	Bulgarien	Albanien	Albanien	Albanien	Albanien	Albanien
Osm. Reich	Griechenland	Bulgarien	Bulgarien	Bulgarien	Bos.-Herzeg.	Bos.-kroa. F. <sup>1</sup>
Griechenland	Montenegro	Griechenland	Deutschland	Griechenland	Bulgarien	Bos. Teil d. F. <sup>2</sup>
	Österr.-Ung.	Jugoslawien	Griechenland	Jugoslawien	Griechenland	Bos.-H <sup>3</sup>
	Osm. Reich	Rumänien	Italien	Rumänien	Kroatien	Bulgarien
	Rumänien	Ungarn	Kroatien	Ungarn	FYROM	Distrikt Brčko <sup>4</sup>
	Serbien		Montenegro		Montenegro	Griechenland
			Serbien		Moldawien	Kosovo
			Ungarn		Rumänien	Kroatien
					Serbien	Kr. G. H. B. <sup>5</sup>
					Slowenien	FYROM
					Ungarn	Montenegro
						Moldawien
						Rep. Srpska <sup>6</sup>
						Rumänien
						Serbien
						Slowenien <sup>7</sup>
						Ungarn <sup>7</sup>

<sup>1</sup>Bosniakisch-koatische Föderation, nach der im Daytoner Abkommen vereinbarten Verfassung eine von zwei föderalen Entitäten des Gesamtstaates Republik Bosnien-Herzegowina.

<sup>2</sup>Der von bosniakischer Seite kontrollierte (in der Verfassung nicht vorgesehene) Teil der Bosniakisch-kroatischen Föderation.

<sup>3</sup>Republik Bosnien-Herzegowina, nach der Verfassung der gesamtstaatliche Dachverband.

<sup>4</sup>Als Sonderverwaltungsgebiet wird es offiziell in einem Kondominium von den beiden Entitäten<sup>5, 6</sup> des Landes verwaltet. Tatsächlich untersteht es – weitgehend in lokaler Selbstverwaltung – direkt dem Gesamtstaat.

<sup>5</sup>Kroatische Gemeinschaft Herceg-Bosna, der von kroatischer Seite kontrollierte (in der Verfassung nicht vorgesehene Teil der Bosniakisch-kroatischen Föderation).

<sup>6</sup>Republika Srpska, die andere Entität.

<sup>7</sup>Slowenien und Ungarn gehören de facto zu Mitteleuropa, werden jedoch aufgrund ihrer Historie aufgelistet. Quelle: Eigene Ergänzungen nach HATSCHIKJAN 2001.

Vor diesem Hintergrund untersucht der Autor in Kapitel 5 die europäischen Integrationsbestrebungen der Staaten des Westlichen Balkans. Dabei steht dies unter dem expliziten Fokus der Rolle Sloweniens als Entwicklungs- und Impulsgeber. Neben der Analyse der programmatischen – aber auch der wirtschaftlichen – Aktivitäten Sloweniens in dieser Region, bekommt die einführende Darstellung Kroatiens an der Schwelle zur EU einen besonderen Stellenwert zugewiesen. Zur Exemplifizierung diesbezüglicher Schwierigkeiten wird der Fall des kroatischen Kriegshelden und mutmaßlichen Kriegsverbrechers ANTE GOTOVINA aufgeführt. Dabei ist jedoch von zentraler Bedeutung, dass Kroatien bislang der einzige Staat des Westlichen Balkans ist, mit dem konkrete EU-Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden, der somit dem allgemeinen Ziel aller Staaten dieser Region, der europäischen Integration, am nächsten ist.

### **5.1 Kroatien –Die ehemalige Bruderrepublik auf der Schwelle zur EU**

Der südliche Nachbar Sloweniens hat trotz gleicher Startzeit einen völlig differenten Weg in Richtung europäischer Integration genommen. In den folgenden Teilkapiteln wird dieser andere Weg analysierend beschrieben. Begonnen wird mit der Darstellung der Grundzüge der Entwicklung Kroatiens nach seiner Unabhängigkeit 1991, wobei insbesondere die Unterschiede zum slowenischen Weg extrahiert werden. Es folgt die Identifikation expliziter und impliziter Gründe der Verschiebung der EU-Beitrittsverhandlungen, deren vordergründige Argumentationslinie hinterfragt wird. Den Abschluss dieses Kapitels bildet die Beantwortung der Frage, worin für Slowenien der Nutzen einer schnellstmöglichen EU-Integration Kroatiens besteht. Die Erweiterung der Frage auf die anderen Staaten des Westlichen Balkans stellt eine Ausweitung der Maßstabsebene dar und leitet somit auf die Untersuchung der gesamten Region in den darauf folgenden Teilkapiteln über.

### 5.1.1 Grundzüge der Entwicklung Kroatiens nach 1991

Der Ablöseprozess Kroatiens von der SFR Jugoslawien ist parallel zu dem Sloweniens verlaufen und doch ist 15 Jahre später nur Slowenien Mitglied in der EU. Es drängt sich die Frage auf, was bei Kroatien anders gelaufen ist und warum es auf seinem Weg zur europäischen Integration den Anschluss an Slowenien verloren hat. Beiden ehemaligen Teilrepubliken gemeinsam ist zur Dekadenwende 1989/90 der Wunsch nach Loslösung von der SFRJ und nach staatlicher Unabhängigkeit. Am selben Tag wie Slowenien, dem 25. Juni 1991, erklärt Kroatien seine Unabhängigkeit. Die beiden ehemaligen Teilrepubliken der SFR Jugoslawien streben mit aller Macht aus dem Staatenverbund und proklamieren ihre Souveränität. Dieser Übereinstimmung zum Trotz gibt es entscheidende Unterschiede, die kumulativ zur heutigen unterschiedlichen Situation Sloweniens und Kroatiens führen. Dabei beschränkt sich diese Arbeit auf die Nennung einiger zentraler Faktoren und überlässt die genaue Analyse, wie beispielsweise die Auswirkungen der Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Herrschaftssystemen innerhalb der k.u.k.-Monarchie oder die wirtschaftlichen, geografischen u.a. Unterschiede innerhalb der SFR Jugoslawien, anderen Autoren. Einer der entscheidenden Faktoren für den differenten kroatischen Weg ist zweifelsohne der Krieg im Zuge der Separation, der in Kroatien weitaus dramatischere Ausmaße angenommen hat, als die zehntägige bewaffnete Auseinandersetzung in Slowenien. Mit der Wahl der „Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft“ (HDZ) zur Regierungspartei und ihres Vorsitzenden FRANJO TUĐMAN zum ersten Präsidenten im Jahr 1990 wurden die Weichen für diesen schließlich eskalierten Konflikt gestellt. TUĐMAN verfolgte von Beginn an drei Ziele: Kroatiens staatliche Unabhängigkeit, seine eigene führende Rolle in Kroatien und die Teilung Bosniens. So degradierte die am 22. Dezember 1990 verabschiedete Verfassung die in Kroatien lebenden Serben zu einer Minderheit und erklärte sie de facto zu „Ausländer“ im eigenen Land, indem die kroatische Bevölkerung zum „Staatsvolk“ erklärt wurde. Das zunehmende Wiederaufleben des kroatischen Nationalismus<sup>139</sup> verstärkte den Wunsch der knapp 600.000 in

---

<sup>139</sup>Ebenso ist die erneute Verwendung von Symbolen des von Nazideutschland geduldeten faschistischen Ustaša-Staates – des „Unabhängigen Staates Kroatien“ (Nezavisna Država Hrvatska – NDH) –, wie z.B. das weiß-rote Schachbrettmuster als kroatisches Staatswappen, zu deuten.

Kroatien lebenden Serben<sup>140</sup> (~12 %<sup>141</sup> der Gesamtbevölkerung Kroatiens) nach Sezession noch zusätzlich. 1991 kam es nach der sogenannten ‚Balkanrevolution‘ zur Unabhängigkeitserklärung der „Autonomen Region Krajina“ (ab 19.12.1991 „Serbische Republik Krajina“), was die ersten Kriegstoten mit sich brachte. Der eigentliche jugoslawische Bürgerkrieg begann jedoch im Juli 1991. Serbische Freischärler und die sie unterstützende jugoslawische Bundesarmee kamen als Reaktion auf die kroatische Unabhängigkeitserklärung den Krajina-Serben zu Hilfe. Bis Ende 1991 eroberten sie fast ein Drittel des kroatischen Staatsgebietes (RATHFELDER 1999: 345f.). Die sich erst langsam von einer Bürgerwehr in eine kroatische Armee wandelnden bewaffneten Kräfte hatten der gut ausgerüsteten jugoslawischen Armee nichts entgegenzusetzen. Erst im August 1995, nach dem blutigen Intermezzo in Bosnien-Herzegowina, welches u.a. zur Ausrufung der Westherzegowina durch TUDMAN als „Herceg-Bosna“<sup>142</sup> führte, eroberten kroatische Regierungstruppen in der „Operation Sturm“ (Operacija Oljua) große Teile des serbisch kontrollierten Gebietes zurück (vgl. Karte 30) und vertrieben fast die gesamte, etwa 200.000 Menschen, serbische Bevölkerung der Krajina. Die Frage nach der plötzlichen und unerwarteten militärischen Potenz Kroatiens, also der sehr guten Bewaffnung und Ausbildung der kroatischen Armee, die diese nur ungefähr 82 Stunden dauernde Rückeroberung möglich machte, ist bis heute nicht endgültig geklärt. Sie gibt jedoch Anlass zu Spekulation (vgl. u.a. LARMANN 2006). Die im Anschluss an die Rückeroberung durch kroatische Milizen getöteten ca. 150 Zivilisten lastet das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag dem für die Operation Sturm verantwortlichen General ANTE GOTOVINA an.

---

<sup>140</sup>Die überwiegende Mehrheit der Serben lebte in Ostslawonien und in der an Bosnien-Herzegowina grenzenden Krajina. Diese Gebiete waren Teile der ehemaligen österreichisch-ungarischen Grenze gegen die Osmanen.

<sup>141</sup>2001 waren es lediglich noch 4,5 % (RICHTER 2005: 101).

<sup>142</sup>Für TUDMAN gehörten die bosnisch-herzegowinischen Gebiete mit überwiegend kroatischer Bevölkerung „naturrechtlich zu Kroatien“ und für ihn waren die bosnischen Moslems „historisch, sprachlich und geopolitisch überwiegend Kroaten“ (CULIC 1999: 63ff.).

---

Karte 30: Von Serben besetzte Gebiete Kroatiens vor der Militäroperation „Sturm“



Schon in der sogenannten Weihnachtsverfassung von 1990 entschied sich Kroatien für den semi-präsidentialen Verfassungstyp nach französischem Muster und für ein kombiniertes Wahlsystem (vgl. KASAPOVIC 1999: 457). Hinsichtlich der Vollmachten des direkt gewählten Präsidenten wird das Regierungssystem in Kroatien als „Prototyp“ eines präsidentialen Parlamentarismus betrachtet. Unter dem Eindruck der ständigen Gefahr eines Krieges konnte TUĐMAN seine Macht immer weiter ausbauen. Kroatien erlebte eine Rückwärtsentwicklung, die sich durch Willkür, despotische Machtausübung von Präsident TUĐMAN, Vetternwirtschaft, Unterdrückung der Medien und der politischen Gegner und Beeinflussung der Justiz auszeichnete (vgl. BRKIĆ 2001). Neben dem jahrelangen Krieg war der de facto Ausverkauf der kroatischen Wirtschaft im Rahmen von Verkäufen völlig unterbewerteter Unternehmen an Parteigetreue zu symbolischen Preisen ein weiterer Grund für den Kollaps der kroatischen Wirtschaft. So sind beispielsweise die einstigen wirtschaftlichen Goldgruben und Devisenbringer, der Tourismus und der Schiffs-

bau, in den 1990er Jahren fast gänzlich zusammengebrochen und haben bis heute ihr damaliges Niveau nicht erreichen können. Die in den 1990er Jahren durchgeführte Privatisierung ist, einem Balkanexperten zufolge, im Sinne „eines Verramschen von Filetstücken geschehen, was fast den gesamten Mittelstand und ca. 500.000 Arbeitsplätze gekostet hat. Heute arbeiten von den 4,4 Mio. Kroaten etwa 3,3 Mio. nicht [Anm. d. Autors: Verband unabhängiger Gewerkschaften Kroatiens, Februar 2005], d.h. auf jeden Arbeiter kommen vier, die nicht arbeiten. In diesem Zusammenhang wird der Regierung vorgeworfen, dass diese die offiziellen Arbeitslosenzahlen manipulativ unter die politisch und psychologisch so wichtige Marke von 400.000 drückt“. Tatsächlich scheint diese Marke in den letzten 13 Jahren jedoch nie unterschritten worden zu sein. Die desolante wirtschaftliche Situation – die Auslandsverschuldung stieg bis Ende Dezember 2005 auf 25,5 Mrd. EUR (ca. 82,4 % des BIP mit steigender Tendenz) und hat sich damit trotz der Interventionen der Nationalbank seit 2001 mehr als verdoppelt.<sup>143</sup> – zwang Kroatien sein „Tafelsilber“ zu verkaufen. Beispielhafte Kennzahlen eines Balkanexperten verdeutlichen die Misere: „Im Vergleich zu Slowenien erwirtschaftet Kroatien mit einer mehr als doppelt so großen Bevölkerung [Anm. d. Autors: 4,4 Mio. Einwohner] genauso viel BIP, wobei das Pro-Kopf-Einkommen jedoch nur etwa die Hälfte des slowenischen ausmacht. So konnten Ende 2004 von einem kroatischen Durchschnittseinkommen die minimalen Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie von umgerechnet ca. 730 € nur zu 72 % gedeckt werden“.

Zum Ende der 1990er Jahre spitzte sich die Krise in Kroatien zu. Wirtschaftlich am Ende, international aufgrund der Kriege isoliert sowie nach unzähligen Skandalen, in die ranghohe Parteimitglieder verwickelt waren, und die ersten zuverlässigen Berichte unabhängiger Medien über die gegen Serben in den Jahren 1991-95 begangenen Kriegsverbrechen, erhöhten den Druck auf die Regierungspartei und den Präsidenten. Bevor TUĐMAN abgewählt werden konnte, starb er am 10. Dezember 1999 infolge eines Krebsleidens. Das Machtgefüge der HDZ brach, nun führerlos, schnell zusammen und der Versuch, mit Hilfe vorgezogener Neuwahlen noch

---

<sup>143</sup>[www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Kroatien/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Kroatien/Wirtschaft.html)  
29.09.2006.

durch den Tod TUĐMANS zu profitieren, misslang gänzlich. Bei den Parlamentswahlen im Januar 2000 gewann die Oppositionskoalition beinahe zwei Drittel der Mandate (vgl. EICHER & HEILBORN 2000: 32) und im Februar wurde STJEPAN „STIPE“ MESIĆ, der ehemalige Weggefährte und spätere Gegner TUĐMANS, in einer Stichwahl zum Staatspräsidenten gewählt. MESIĆ leitete sofort umfangreiche Verfassungsänderungen ein, die zwar seine eigenen Kompetenzen beschnitten, aber Kroatien den Weg zurück in die Demokratie und aus der Isolation ermöglichten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Kroatien nicht nur durch die starke serbische Minderheit bei seiner Unabhängigkeit völlig andere Gegebenheiten vorfand als Slowenien, auch war der slowenische Staatshaushalt wesentlich besser ausgestattet. Zusätzlich hat Kroatien mit seiner charakteristischen Hufeisenform eine deutlich längere Grenze, die zudem im Fall bewaffneter Auseinandersetzungen auch bei guter Vorbereitung schwer zu verteidigen ist. Diese Vorbereitung gab es in Kroatien zudem auch nicht. Kroatien hatte sich nicht wie Slowenien MILOŠEVIĆ'S Befehl widersetzt und die Waffen der Territorialverteidigung an die serbisch dominierte JVA ausgehändigt. Somit stand Kroatien den Angreifern ohne Waffen gegenüber. Slowenien hatte zudem seine eigene Staatsbildung durch zahlreiche organisatorische Maßnahmen vorbereitet. So wurden beispielsweise schon vor der Unabhängigkeit slowenische Ausweise gedruckt, eine eigene Polizei und Armee aufgebaut und eine Presseagentur eingerichtet. Letztere konnte beispielsweise im Zehntage-Krieg internationale Journalisten zu den Kampfschauplätzen führen, wo serbische Panzer fotografiert werden konnten. Kroatien hatte dies alles versäumt. Insbesondere die kroatische Medienlandschaft war mit der Situation überfordert, so dass die Weltöffentlichkeit nur gefilterte Informationen aus Belgrad oder Ljubljana erhielt (vgl. MELČIĆ 1999), was einen eklatanten Nachteil im parallel geführten medialen Krieg bedeutete.<sup>144</sup>

---

<sup>144</sup>Zur allgemeinen Bedeutung der Medien und der Berichterstattung während eines Krieges vgl. Kapitel 2.1.2.

### 5.1.2 Die Verschiebung der Beitrittsverhandlungen – Der Fall Ante Gotovina als Anlass oder Ausflucht

Nachdem die Ära TUDJMAN nach zehn Jahren ein Ende gefunden hatte, konnte sich Kroatien seinem vordringlichsten Ziel, dem EU-Beitritt, widmen<sup>145</sup>. Und doch strahlte diese Ära noch nach und verhinderte beispielsweise am 17. März 2005 die geplante Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen<sup>146</sup>, nachdem im Juni 2004 Kroatien der Status eines EU-Kandidaten zuerkannt wurde. Die Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag CARLA DEL PONTE bescheinigte Kroatien im Vorfeld eine mangelnde Kooperationsbereitschaft hinsichtlich der Suche und Auslieferung des mutmaßlichen kroatischen Kriegsverbrechers ANTE GOTOVINA und empfahl die Beitrittsverhandlungen zu verschieben. Dieser Empfehlung sind die Staats- und Regierungschefs zum Schluss gefolgt. ANTE GOTOVINA<sup>147</sup> war während der Befreiung der Krajina im Rahmen der „Aktion Sturm“ im August 1995 Befehlshaber des Militärbezirkes Split (vgl. FAZ 09.12.2005). Nach der raschen Rückeroberung der Krajina kam es in den Folgemonaten zu zahlreichen Massakern unter der dortigen Zivilbevölkerung, denen laut Anklageschrift<sup>148</sup> u.a. mindestens 150 Serben zum Opfer fielen. Schon im Falle des früheren kroatischen Generalstabschefs und mutmaßlichen Kriegsverbrechers JANKO BOBETKO hatte die kroatische Regierung zögerlich gehandelt. Nach dessen Tod im Jahr 2003 rückte GOTOVINA an die dritte Stelle der Fahndungsliste des Tribunals - nach den Serben

---

<sup>145</sup> „Seit dem Tod des nationalistischen Präsidenten FRANJO TUDJMAN und dem klaren Sieg der Opposition bei den Parlamentswahlen ist Kroatien zum Hoffnungsträger in der unruhigen Balkanregion geworden. Plötzlich sieht sich das kleine südosteuropäische Land (...) als neuer „Liebling Europas“. (...) Kroatien ist heute Partner bei der Lösungssuche, statt weiter selbst Teil des Problems zu sein“ (www.wienerzeitung.at 12.05.2000).

<sup>146</sup> „Hinter vorgehaltener Hand gibt man in Slowenien auch zu, dass man sich inoffiziell die Hände gerieben hat, als der Beginn der Beitrittsverhandlungen gescheitert ist. Es hat den Slowenen gut getan, dass die Kroaten einen auf den Deckel bekommen haben“. (QUELLE: Balkanexperte)

<sup>147</sup> Der Homepage kann man Den Haag als derzeitige Adresse GOTOVINAS entnehmen: www.antegotovina.com 19.09.2006.

<sup>148</sup> Nach der Anklageschrift des UN-Tribunals lauten die Anklagepunkte u.a.: Tötung von mindestens 150 Krajina-Serben; zusätzlich seien mehrere hundert verschwunden; Plünderung privaten und öffentlichen Eigentums, Brandschatzung und Zerstörung von Dörfern und Städten, Vertreibung von Zehntausenden Krajina-Serben. (www.un.org/icty/indictment/english/got-ii010608e.htm 20.09.2006.).



RADOVAN KARADŽIĆ und RATKO MLADIĆ (vgl. FAZ 09.12.2005)<sup>149</sup>. Auch in diesem Fall ließ die kroatische Kooperationsbereitschaft zu wünschen übrig, obschon die Regierung, die Opposition und die Medien seit Jahren einhellig den Standpunkt vertraten, GOTOVINA halte sich mit hoher Wahrscheinlichkeit außerhalb des Landes versteckt<sup>150</sup>. Diese fühlten sich nun im Recht, als am 09. Dezember 2005 die Festnahme von GOTOVINA auf der Kanareninsel Teneriffa verkündet wurde.

Wie ist nun der Fall GOTOVINA abschließend zu bewerten? Bemerkenswert ist er vor allem vor dem Hintergrund, dass CARLA DEL PONTE im Spätherbst 2005, also vor der Verhaftung des ehemaligen Generals, ihre Vorbehalte aufgab und ein positives Votum aussprach, welches den EU-Außenministerrat am 3. Oktober 2005 schließlich zu seiner Entscheidung veranlasste, Beitrittsverhandlungen mit Kroatien aufzunehmen. Zwei Themenkomplexe lassen sich als mögliche Erklärungsansätze heranziehen:

1. Der erste Erklärungsansatz sieht die GOTOVINA-Thematik als tatsächliche Begründung für die Verschiebung der Beitrittsverhandlungen. So waren die Beteuerungen der kroatischen Regierung hinsichtlich des möglichen Aufenthaltsortes vor dem Hintergrund diverser anderer Ereignisse als nicht glaubwürdig eingestuft worden. Schon 1998 versuchten die Den Haager Vermittler GOTOVINA zu vernehmen. „Doch das Regime unter FRANJO TUĐMAN legte noch eine schützende Hand über ihren ‚Helden‘“ (DIE WELT 17.03.2005). Zwar wurden er und weitere führende Militärs anschließend unter der neuen Regierung 2000 in den Zwangsruhestand geschickt, was seiner allgemeinen Heldenverehrung, vor allem unter der Landbevölkerung, jedoch keinen Abbruch tat. So wurde ihm im Jahr 2001, nachdem bekannt wurde, dass eine Klage in Den Haag in Vorbereitung sei, sogar die

---

<sup>149</sup>Am 27. September 2006 hat das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag den früheren bosnischen Serbenführer MOMCILO KRAJISNIK zu 27 Jahren Haft verurteilt. „Das Gericht befand den 61-jährigen Ex-Parlamentspräsidenten der bosnischen Serben der Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig. Er sei verantwortlich für die Ermordung und Vertreibung tausender bosnischer Muslime und Kroaten“ (WAZ 28.09.2006).

<sup>150</sup>„Wir können ANTE GOTOVINA nicht festnehmen. Er ist nicht in Kroatien, beteuert der kroatische Premier IVO SANADER“ (DIE WELT 17.03.2005).

Ehrenbürgerwürde der Stadt Zadar verliehen, die ihn als ihren Befreier feiert. GOTOVINAS Name ist dort eng mit der Rückeroberung der Krajina verbunden. Von den Verbrechen, die damals an den serbischen Zivilisten begangen wurden, für die er mutmaßlich die Verantwortung trägt, will man in Zadar und Umgebung nichts wissen. Diese Einstellung liegt zum einen im starken kroatischen Nationalstolz, welcher schnell zum Nationalismus gereichen kann, und zum anderen in der mangelnden Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit begründet. So war beispielsweise in Kroatien der Nationalismus die eigentliche Triebfeder für die Loslösung von Jugoslawien, im Gegensatz zu Slowenien, wo es mehr ein kultureller Drang nach einem neuen Staatsgebilde war. Vor diesem Hintergrund zeigte sich Kroatien somit auch zutiefst geschockt und beleidigt über die Verschiebung der Beitrittsverhandlungen. Es sieht sich, einem Balkanexperten zufolge, von jeher als das „älteste Volk Südosteuropas, den strategischen Partner der USA, den Schutzwall des Christentums, das Schlüsselland Europas und das Opfer serbischer Aggressionen. Dies allein schon ließ Kroatien daran glauben, die EU-Mitgliedschaft wäre ein Automatismus, ja, eine verdiente Belohnung<sup>151</sup>. Jetzt fühlt man sich in seiner kroatischen Ehre gekränkt, was sich in einer weiteren Abkehr von Europa manifestiert“ (nur noch 47 % sind Ende März 2005 für einen EU-Beitritt). Eine Karikatur im Zagreber ‚Večernji list‘ vom 14.02.2005 verdeutlicht die Denkweise Kroatiens, die durch eine „Ideologie des nationalen Selbstmitleids“ (OSCHLIES 2005b) geprägt ist: Die dicke EU hält das kleine Kroatien im Würgegriff und sagt ihm: „Erst wirst du mir den kleinen GOTOVINA geben, dann die Wäldchen, die Wiesen, die Inselchen und die Küste...“ ..

2. Der zweite Erklärungsansatz sieht die GOTOVINA-Thematik nur als vordergründige Aussage für die Verschiebung. Nach OSCHLIES (2005) ist es im „Grunde (...) eine Grotteske, die ‚Europareife‘ eines Balkanlandes daran zu messen, ob dieses einen mutmaßlichen Kriegsverbrecher fängt und an das

---

<sup>151</sup>Premier IVO SANADER: „Sein Land habe sich in den letzten zehn Jahren reformiert, und verdiene den Anschluß an Europa“ (DIE WELT 17.03.2006).

Haager Tribunal ausliefert – auch wenn es so explizit nicht gesagt wurde, da man stets nur von der ‚unzureichenden Zusammenarbeit Kroatiens mit Den Haag‘ redete“. So sieht er die wahren Gründe ganz woanders und schreibt in seiner Analyse über die Hintergründe zu den gescheiterten EU-Beitrittsverhandlungen: „Die Wirtschaftsruine Kroatien gehört nicht in die EU. (...) Wäre die Wirtschaft der Hauptindikator für neue Mitglieder, dann wäre Kroatien nie auch nur in die Nähe eines EU-Beitritts gelangt. (...) Sie [Anm. d. Autors: die EU] sollte sich entsinnen, welches ihr Erfolgsgeheimnis war und ist, welche Kriterien sie für neue Mitglieder aufgestellt hat und was auch in Zukunft ihr Wesen vorrangig ausmachen sollte: ein europäisches Wirtschaftsbündnis zu sein!“ Abschließend zieht OSCHLIES in seiner Analyse ein vernichtendes Urteil: „Ein faktisch bankrotttes Balkanland, das sich mit selbtherrlicher Arroganz und aggressivem Nationalismus über seinen politischen und ökonomischen Niedergang hinweg täuscht. Die entsprechenden Daten sind in der Presse nachzulesen: 3,3 Mio. Kroaten leben von staatlicher Unterstützung (uzdržavano stanovništvo), das Wirtschaftswachstum fiel von 5,2 (2002) auf 3,6 % (3. Quartal 2004) [Anm. d. Autors: 2005: 4,3 %] und erstmals seit vier Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit wieder sprunghaft erhöht (nach offizieller Statistik von 316.000 Arbeitslosen im November 2003 auf 326.938 im Januar 2005). Außerdem fallen die Löhne, die Lebenshaltungskosten steigen, Außenhandelsdefizit und Auslandsverschuldung weisen Höchststraten auf, die technologische Rückständigkeit der gesamten Wirtschaft ist bedrohlich, zumal wegen des anschwellenden ‚brain drains‘ immer mehr Fachleute das Land verlassen. Wirtschaftlich wäre dieses Kroatien eine Dauerbelastung für die EU-Kassen und eine Sperre für andere Beitrittskandidaten, die wirtschaftlich vielleicht nicht viel besser dastehen, dafür aber keine großen Illusionen von der eigenen Großartigkeit, Vorbildhaftigkeit, Unverzichtbarkeit und Unüberbietbarkeit hegen“. U.a. diese schonungslose Analyse des nunmehr EU-Beitrittskandidaten Kroatien hat WOLF OSCHLIES nach eigener Aussage in Kroatien den Beinamen „Kroatenhasser“ eingebracht, was jedoch nicht über die belegbaren wirt-

schaftlichen Probleme in diesem Land hinwegtäuschen darf. So bringen es einige Interviewpartner auf den Punkt, wenn sie die hauptsächliche Gefahr eines Beitritts Kroatiens darin sehen, sich mit Kroatien auch die Probleme des Balkans mitten in die EU zu holen und deren politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität zu gefährden. In diesem Zusammenhang darf eine – nach der großen Erweiterungswelle 2004 – eingesetzte und deutlich spürbare Erweiterungsmüdigkeit als unausgesprochener Beweggrund nicht außen vor gelassen werden. So sind die in Frankreich und den Niederlanden, beides Kernländer der EU, fehlgeschlagenen Volksabstimmungen zur sogenannten EU-Verfassung vor diesem Hintergrund zu bewerten.

Letzten Endes wurden trotz aller offiziellen und inoffiziellen Vorbehalte für die Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen, diese am 03. Oktober 2005 mit Kroatien aufgenommen und OSCHLIES' Hoffnung<sup>152</sup> hat sich als trügerisch und falsch erwiesen.

### **5.1.3 Der EU-Beitritt Kroatiens und die weitere europäische Integration des Westlichen Balkans – Ein erklärtes politisches Ziel Sloweniens**

Slowenien verbindet mit Kroatien eine lange gemeinsame Geschichte. Südlich dieser beiden Länder zog sich über Jahrhunderte die Grenze zwischen u.a. römisch-katholischem und orthodoxem als auch islamischem Glauben, sowie zwischen lateinischer und kyrillischer Schrift. Beide gehörten der Habsburger Doppelmonarchie an. Innerhalb der SFR Jugoslawien waren beide Republiken auch auf Grund ihrer Nähe wirtschaftlich sehr stark miteinander verbunden und verwoben. So trennt Slowenien und Kroatien schon seit mehr als 800 Jahren eine Grenze offiziell voneinander, die jedoch erst im Zuge der Unabhängigkeit beider Staaten an Bedeutung gewonnen hat. Mit der Errichtung der Schengengrenze in den kommenden Jahren wird diese Situation noch verschärft und wirkt sich negativ auf die traditionell starken ökonomischen und kulturellen Beziehungen aus. Vor diesem Hintergrund gehört Slowenien zu den Unterstützern eines raschen EU-Beitritts

---

<sup>152</sup> „Kroatien wird sich vorerst nicht wandeln und die EU kann ihre Reformauflagen nicht zurücknehmen – also wird in Kroatien die EU-Feindschaft so anwachsen, daß eines baldigen Tages weder in Zagreb noch in Brüssel jemand vom kroatischen EU-Beitritt reden mag“ (2005b).

Kroatiens. Dies würde auf absehbare Zeit die Verschiebung der Schengengrenze und die Erleichterung der grenzüberschreitenden Kontakte und Beziehungen innerhalb des EU-Binnenmarktes bedeuten. Zu Beginn des ersten vollen Kalenderjahres ihrer EU-Mitgliedschaft, Anfang Februar 2005, formulierte die slowenische Regierung ihre politischen Ziele diesbezüglich wie folgt: Es liegt im Interesse Sloweniens, dass sich Kroatien schnellstmöglich den europäischen Standards anpasst, weswegen die Regierung die Bemühungen seines südlichen Nachbarn hinsichtlich seiner Mitgliedschaft in der EU unterstützen wird (vgl. DNEVNIK 03.02.2005). Schon fünf Jahre zuvor analysierte GEMMA PÖRZGEN in der WIENER ZEITUNG (12.05.2000) die politischen Ambitionen Sloweniens treffend, indem sie schreibt: „Slowenien hat großes Interesse an der Demokratisierung im Nachbarland. Die Regierung in Ljubljana will nicht mehr Grenzland zum Balkan bleiben. Der slowenische Botschafter in Zagreb, BOŠTJAN KOVAČIČ, spricht sogar von einer ‚strategischen Partnerschaft‘ beider Länder.“

Doch worin liegt für Slowenien nun der explizite Nutzen des Beitritts Kroatiens zur EU? Diese Frage wurde den Gesprächspartnern gestellt und in der Analyse der Antworten lassen sich mehrere Dimensionen extrahieren, in denen die Gesprächspartner einen besonderen Nutzen für Slowenien identifizieren: Sie identifizierten die Wirtschaft als zentralen Bereich. Für Slowenien ist der derzeitige Status mehr als unbefriedigend, vor allem da Kroatien der wichtigste Handelspartner<sup>153</sup> im Westlichen Balkan ist. Auf Grund von EU-Richtlinien steht Slowenien als EU-Land, welches ins EU-Ausland exportiert vergleichsweise schlechter da als Kroatien, welches als Nichtmitglied in die EU exportiert. Ein rascher Beitritt Kroatiens würde diese für Slowenien nachteilige Situation positiv verändern und die beiden Staaten könnten problemlos ihre wirtschaftlichen Beziehungen ausüben. Innerhalb des EU-Binnenmarktes wäre die ehemalige Handelsfreiheit bzw. der „grenzfreie“ Status aus der gemeinsamen Zeit innerhalb der SFR Jugoslawien wieder hergestellt. Einem weiteren Ausbau, der schon bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen würde dann nichts mehr im Wege stehen, denn allgemein ist der kroatische

---

<sup>153</sup>2004 hat Slowenien Waren im Wert von rund 1,2 Mrd. EUR nach Kroatien exportiert und im Wert von rund 0,5 Mrd. EUR importiert. Dies entspricht einem Anteil von ca. 9 % am Gesamtexport und ca. 4 % am Gesamtimport Sloweniens. Für eine detailliertere Auflistung vgl. Abb. 14ff.

Markt für slowenische Firmen sehr attraktiv und beinhaltet ein enormes Wachstumspotential. Die geographische Nähe, die Bekanntheit der eigenen Marken vor Ort, die sprachliche Kompetenz, traditionell gute Kontakte und z.T. familiäre Beziehungen sind nur einige zentrale Stichworte, die für Kroatien als Handelspartner sprechen. Die wirtschaftlichen und rechtlichen Freiheiten würden sich auch im Tourismussektor, einem für Slowenien als auch für Kroatien traditionell sehr starkem Sektor, positiv bemerkbar machen. Innerhalb der SFR Jugoslawien gab es in der Tourismusbranche etliche slowenisch-kroatische Unternehmen, wie beispielsweise den Reiseveranstalter „Kompas“, die im Zuge der Unabhängigkeit beider Staaten auseinandergebrochen sind. Der Beitritt Kroatiens könnte erneut zu gemeinsamen Unternehmen, beispielsweise Fluggesellschaften, Reiseveranstalter etc. führen und somit Potenziale und Kräfte der Region bündeln sowie Know-how gemeinsam effektiver einsetzen lassen. Erste grenzüberschreitende Tourismusprojekte finden sich z.B. in der Tourismuszone am slowenisch-kroatischen Grenzfluss Sotla östlich von Krško.<sup>154</sup> Doch nicht nur für Unternehmer in der Tourismusbranche nützt der Beitritt, sondern auch vielen Slowenen, die ein Wochenendhaus in Kroatien besitzen und ihren Urlaub im Nachbarland verbringen. Das Reiseziel Nr. 1 für Slowenen ist von jeher Kroatien und bleibt es weiterhin. Sie stehen beim Gästepotenzial nach Deutschland (~1,6 Mio.) und Italien (~1,2 Mio.) mit insgesamt 884.000 Gästen im Jahr 2004 an dritter Stelle (STATISTIČKI LJETOPIS 2005), so dass eine Vereinfachung der Rahmenbedingungen durch den Beitritt für beide Seiten gewinnbringend wäre. In diesem Zusammenhang sei auch auf die bestehenden Schwierigkeiten für Ausländer beim Kauf von Eigentum in Kroatien – derzeit ist es nur über kroatische Staatsbürger möglich Eigentum zu erwerben – hingewiesen, die dann ebenfalls der Vergangenheit angehören würden.

Über Kroatien hinaus hat sich Slowenien explizit dafür ausgesprochen, auch den anderen Staaten des Westlichen Balkans, die die vorgeschriebenen Kriterien und Standards erfüllen, eine europäische Perspektive zu geben, da die Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung in der Region sowie deren europäische Integra-

---

<sup>154</sup>2002 vereinbarten die Gemeinden Podčetrtek auf slowenischer und Zagorska Sela auf kroatischer Seite die Errichtung einer Tourismuszone. Die Zone erleichtert den Touristen, Wanderern und Ausflüglern auf Wander-, Rad- und Wasserwegen die Überquerung der Grenze.

tion im vitalen Interesse von Slowenien liegen. Nach Meinung des slowenischen Außenministers RUPELS muss Sloweniens politisches Ziel darin bestehen, dass alle Staaten des Westlichen Balkans bis 2015 der EU beitreten (DNEVNIK 03.02.2005). Diese Aussage hatte Anfang 2005 fast noch utopische Züge, rückte jedoch keine zehn Monate später durch z.T. überraschende Entwicklungen in ein zumindest mittelfristig realistisches Zeitfenster. So traf der EU-Außenministerrat am 3. Oktober 2005 die Entscheidung, Beitrittsverhandlungen mit Kroatien aufzunehmen. Noch in derselben Nacht wurde ebenfalls beschlossen, mit dem Staatenbund Serbien-Montenegro Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) zu beginnen - eine wichtige Etappe auf dem Weg zur vollständigen Integration der westlichen Balkanländer in die EU. Sogar der unvollendete Staat Bosnien-Herzegowina erhielt von der EU-Kommission Ende Oktober grünes Licht für die Aufnahme der Gespräche über ein SAA. Wenig später hat auch die südlichste ex-jugoslawische Republik FYROM, die sich noch vor vier Jahren am Rande eines Bürgerkriegs befunden hatte, einen entscheidenden Schritt in Richtung EU geschafft: Die EU-Kommission empfahl am 9. November 2005, diesem Staat den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen. Damit werden bald alle Nachfolgestaaten der ehemaligen SFRJ über ein umfassendes Abkommen mit der EU verfügen. In einer Phase allgemeiner Erweiterungsmüdigkeit - so sind die entsprechenden Referenden gegen den Verfassungsentwurf in Frankreich und den Niederlanden weniger als innerpolitische Abstrafung als vielmehr als Ablehnung weiterer Erweiterungsschritte zu verstehen - hat die EU mit dieser qualitativen Aufwertung des vertraglichen Status für den gesamten Westlichen Balkan ein deutliches Signal gesetzt, dass der Erweiterungsprozess entsprechend den Zusagen von Thessaloniki<sup>155</sup> fortgesetzt wird. Dieses Signal ist umso bedeutender, als es für die Aufrechterhaltung der Reformanstrengungen in den jeweiligen Staaten dringend erforderlich ist. Ohne die EU-Perspektive können die Politiker in der Region keine Reformopfer glaubhaft rechtfertigen.

---

<sup>155</sup>Vgl. die Erklärung zum EU-Westlicher-Balkan-Gipfel, Thessaloniki, 21.06.003: [www.weltpolitik.net/texte/policy/concordia/eu\\_gipfel.pdf#search=%22thessaloniki%20agenda%22](http://www.weltpolitik.net/texte/policy/concordia/eu_gipfel.pdf#search=%22thessaloniki%20agenda%22) 10.10.2006.

## 5.2 Die programmatischen Aktivitäten Sloweniens im Westlichen Balkan und Südosteuropa - Unbedeutender Teilnehmer oder (akzeptierte) Sonderrolle?

Stets wird Südosteuropa als eine Region behandelt. Dabei ist es traditionell außerordentlich desintegriert und somit auf Kooperationen in Politik und Wirtschaft nicht vorbereitet. Stabile politische Einheiten bzw. Herrschaftsgebilde, von denen Kooperationsimpulse hätten ausgehen können, konnten sich in diesem Umfeld nicht bilden. Mit dem Auseinanderbrechen der SFR Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre endete die einzige „subregionale Kooperation auf politischer und wirtschaftlicher Ebene“ (ALTMANN 2003: 27). Die dem Auseinanderbrechen begleitenden kriegerischen Auseinandersetzungen haben zudem Gräben gezogen, die frühere Gemeinsamkeiten fast gänzlich in Vergessenheit geraten ließen. Die Etablierung neuer Grenzen und die Einführung von Handelsrestriktionen verschärften die gegenseitige Abgrenzung noch zusätzlich und stellen, wie oben beschrieben, einen diametralen Gegensatz zur Liberalisierung und Entgrenzung im übrigen Europa dar. Vor diesem Hintergrund sind die im folgenden aufgeführten Programme und Initiativen im Lichte einer vorsichtigen und z.T. sehr zaghaften, d.h. oftmals wenig verbindlichen, Annäherung über bestehende tiefe Gräben hinweg zu sehen. Dabei werden jedoch explizit nur Programme und Initiativen, an denen Slowenien partizipiert(e), aufgeführt.<sup>156</sup> Als erstes EU-Mitglied der ehemaligen SFR Jugoslawien umgibt Slowenien eine Aura des Speziellen. Ist sich Slowenien seiner speziellen Situation bewusst? Und wie ist die programmatische Aktivität Sloweniens in diesem Zusammenhang einzuordnen? Der expliziten Frage, inwiefern Slowenien innerhalb der Programme und Initiativen eher ein unbedeutender Teilnehmer oder vielmehr eine Sonderrolle inne hat, wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels analysierend nachgegangen.

---

<sup>156</sup>Vor diesem Hintergrund wird auf folgende Programme und Initiativen im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen: Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, BSEC (vgl. [www.bsec-organization.org](http://www.bsec-organization.org) 26.09.2006); Südosteuropäischer Kooperationsprozess, SEECP (vgl. [www.cdep.ro](http://www.cdep.ro) 26.09.2006); Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation, CARDS (vgl. [http://ec.europa.eu/enlargement/financial\\_assistance/cards/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/financial_assistance/cards/index_en.htm) 26.09.2006).



### 5.2.1 Programme und Initiativen in Südosteuropa

Kennzeichnend für Südosteuropa ist wie oben beschrieben, die mangelnde Integrität dieser Region. Diese äußert sich im Fehlen institutionell verankerter Kooperationen, welche alle Staaten der Region umfassen und von diesen aus eigenem Antrieb gebildet wurden. Einzig der Südosteuropäische Kooperationsprozess (SEECP) stellt eine Ausnahme dar, wobei dieser jedoch bislang lediglich ein reines Diskussionsforum auf höchster politischer Ebene bildet. Vor diesem Hintergrund setzt die Internationale Gemeinschaft seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zusätzlich auf eigene Impulse von außen. In diesem Zusammenhang sei beispielhaft auf den 1995 eingeleiteten sogenannten Royaumont-Prozess (Prozess für Stabilität und Gutnachbarschaftliche Beziehungen) hingewiesen. Somit zeigt die folgende Aufstellung, dass die Länder Südosteuropas in wechselnden Konstellationen an überregionalen Zusammenschlüssen beteiligt sind, die eines deutlich hervorheben: „Die Staaten Südosteuropas können aus verstärkter Regionalkooperation praktischen Nutzen ziehen, nämlich

- ◆ Stabilitätsgewinn (durch Förderung der Verständigung, Ausgleich von Interessen und Aufbau einer demokratischen politischen Kultur);
- ◆ Förderung von wirtschaftlicher Integration, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum sowie Reduktion von Transaktionskosten und Steigerung ausländischer Privatinvestitionen durch Schaffung größerer Märkte;
- ◆ Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der südosteuropäischen Volkswirtschaften an die globalisierte Wirtschaft durch effizientere Koordination von Wirtschaftspolitiken;
- ◆ Verhütung gewaltsamer Konflikte durch Aufbau kooperativer Sicherheitsstrukturen;
- ◆ Lösung von grenzüberschreitenden Problemen, die die Kompetenz der Nationalstaaten übersteigt (z.B. in den Bereichen Energie, Transport);

- ◆ Beschleunigte Annäherung an die EU insofern, als die Union und ihre Mitgliedsstaaten regionale Zusammenarbeit als europäische Kernkompetenz ansehen.“ (CALIC 2003: 22)

### **Zentraleuropäisches Freihandelsabkommen, CEFTA<sup>157</sup>**

Das Zentraleuropäische Freihandelsabkommen (Central European Free Trade Agreement, CEFTA) wurde im Dezember 1992 von Polen, der früheren Tschechoslowakei und Ungarn gegründet und trat im März 1993 in Kraft. Der Freihandelsvertrag stellt neben der seit 1960 existierenden Europäischen Freihandelszone (EFTA) und dem 1994 gegründeten Europäischen Wirtschaftsraum eines der wichtigsten Wirtschaftsabkommen innerhalb Europas dar. Ziel des Abkommens ist der Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen. Dabei gilt eine Mitgliedschaft in der CEFTA aufgrund der damit verbundenen Kriterien und Abkommen als Vorbereitung für einen möglichen Beitritt zur EU. Nachdem am 01. Januar 2007 Rumänien und Bulgarien mit ihrem EU-Beitritt automatisch aus der CEFTA ausgetreten sind, kam es im Rahmen der Erweiterung der CEFTA um die Staaten des Westlichen Balkans und Moldawien zur Lockerung einiger Aufnahmekriterien. So galten als Beitrittskriterien für die neuen Staaten nicht mehr eine Mitgliedschaft in der WTO oder institutionalisierte Beziehungen zur EU, was den Beitritt etwa von Bosnien-Herzegowina und von Serbien erst ermöglichte. Aus dem ehemals nur zentral- bzw. mitteleuropäische Staaten umfassenden und somit namensgebenden Abkommen sind nunmehr mit dem EU-Bei- und somit dem CEFTA-Austritt von Polen, Ungarn, Slowenien, Tschechien und der Slowakei 2004 sowie von Rumänien und Bulgarien 2007 nur noch der Westliche Balkan sowie Moldawien Mitglied.

---

<sup>157</sup>Für weitere Informationen vgl. [www.cefta.org](http://www.cefta.org) 26.09.2006.

### **Zentraleuropäische Initiative, CEI<sup>158</sup>**

Die Zentraleuropäische Initiative (Central European Initiative, CEI) wurde 1989 als ein zwischenstaatliches Forum für politische, ökonomische und kulturelle Kooperation zwischen den Mitgliedsländern gegründet und besteht aus 18 Mitgliedsstaaten<sup>159</sup>. Eines der Hauptziele der CEI ist die Annäherung der Staaten untereinander als auch deren Unterstützung beim Vorbereitungsprozess für ihre EU-Mitgliedschaft. Der Beitritt 2004 von fünf Mitgliedsstaaten zur EU – zum 01. Januar 2007 sind auch Rumänien und Bulgarien der EU beigetreten – hat den Fokus der CEI-Interessen auf die außerhalb der EU verblieben Mitglieder gelenkt und findet seinen Ausdruck im CEI-Aktionsplan 2004-2006<sup>160</sup>. Dieser identifiziert innerhalb vier übergeordneten Feldern zur wirtschaftlichen, human- und institutionellen Entwicklung sowie horizontaler Belange, insgesamt 17 Aktivitätenfelder mit jeweils zwei Kernzielen. Während seines einjährigen Vorsitzes 2004, hat Slowenien unterschiedliche Aktivitäten in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen zur Verstärkung der Kooperation zwischen den CEI-Mitgliedsstaaten initiiert. Davon sind auf Ministerebene beispielsweise

- ◆ ein Treffen der Landwirtschaftsminister der CEI-Staaten während der Landwirtschafts- und Lebensmittelmesse in Gornja Radgona, kombiniert mit unterschiedlichen Workshops sowie
- ◆ ein Treffen der für die Informationsgesellschaft verantwortlichen Minister in Maribor (09./10. September 2004), welches u.a. begleitet wurde durch eine Wirtschaftskonferenz von Telekommunikationsunternehmen, zu nennen ([www.mzz.gov.si/index.php?id=57&L=2](http://www.mzz.gov.si/index.php?id=57&L=2) 26.09.2006).

---

<sup>158</sup>Für weitere Informationen vgl. [www.ceinet.org](http://www.ceinet.org) 26.09.2006.

<sup>159</sup>Albanien, Österreich, Weißrussland, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, die Tschechische Republik, Ungarn, Italien, FYROM, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Serbien, die Slowakei, Slowenien und die Ukraine

<sup>160</sup>CEI Plan of Action 2004-2006. Meeting of the Heads of Government of the Member States of the Central European Initiative, Warsaw, 21.11.2003 ([www.ceinet.org](http://www.ceinet.org) 26.09.2006).

### **Südosteuropäische Kooperationsinitiative, SECI<sup>161</sup>**

Im Dezember 1996 durch die USA initiiert, sieht die Südosteuropäische Kooperationsinitiative (Southeast European Cooperation Initiative, SECI) ihren Zweck in der „Förderung der regionalen Stabilität durch die Entwicklung von ökonomischen und ökologischen Kooperationen in der ganzen Region, im Besonderen durch das Einbeziehen des privaten Sektors in diese Aktivitäten“ (www.secinet.org 27.09.2006). Diesem Zweck unterstehen die vom Agenda Komitee organisierten gemeinsamen Projekte, Treffen, Konferenzen und Projektgruppen. Das Agenda Komitee besteht aus den SECI-Nationalkoordinatoren, d.h. hohen Regierungsgesandten eines jeden Mitgliedsstaates. Die teilnehmenden Mitgliedsstaaten<sup>162</sup> haben sich verpflichtet, die Integration der neuen südosteuropäischen Länder in die Strukturen der EU zu fördern und die teilnehmenden Länder zu einer verstärkten Zusammenarbeit zu ermutigen. Dabei ist SECI vor allem bestrebt, neue Kommunikationswege zwischen den einzelnen Regionen und den restlichen EU-Ländern zu schaffen und damit den Prozess des Zusammenwachsens zu fördern. Konkret bedeutet dies die Harmonisierung von Handelsgesetzen, um private Investitionen und Engagement in Südosteuropa langfristig zu fördern.

Zwei bereits etablierte Projekte, die wichtige Teilbereiche repräsentieren, sollen im folgenden kurz dargestellt werden:

- a) SECIPRO: Unterstützt durch SECI wurde 1998 das SECIPRO-Netzwerk mit seinen PRO-Komitees gegründet. Diese Komitees tragen die charakteristische Wortkomponente PRO im Namen, die für PROzeduren zur Vereinfachung bzw. Modernisierung von transnationalem Geschäftsverkehr steht. Derzeit sind zehn Staaten im SECIPRO organisiert: ALBAPRO (Albanien), BULPRO (Bulgarien), CROATIAPRO (Kroatien), BiHPRO (Bosnien-Herzegowina), SCGPRO (Serbien-Montenegro), HELLASPRO (Griechenland),

---

<sup>161</sup>Für weitere Informationen vgl. www.secicenter.org 27.09.2006.

<sup>162</sup>Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Griechenland, Ungarn, Moldawien, Rumänien, Slowenien, FYROM und die Türkei

TURKPRO (Türkei), MOLDPRO (Moldawien), MAKPRO (FYROM), ROMPRO (Rumänien). Das Kosovo (KOSPRO) nimmt als Beobachter teil.

- b) SECI-Regionalzentrum zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität: Im November 1999 erhält die SECI-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität ein Regionalzentrum in Bukarest. Hauptziel dieses Regionalzentrums ist die Erleichterung der polizeilichen Zusammenarbeit unter den SECI-Mitgliedsstaaten. So ratifiziert auch Slowenien am 06. September 2000 ein Abkommen über die Kooperation zur Vorsorge und Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität. Zwei Jahre später, im November 2002, entsendet Slowenien einen Repräsentanten (Verbindungsoffizier) für die Dauer von vier Jahren ans Regionalzentrum in Bukarest. Die Besonderheit dieses Zentrums, die überaus fruchtbare institutionenübergreifende Zusammenarbeit von Polizei- und Zollbeamten hat zur Folge, dass auf Initiative von DR. ERHARD BUSEK, der in einer Doppelfunktion sowohl Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes als auch europäischer SECI-Koordinator ist, das Zentrum 2004 eine Ausweitung seines rechtlichen und operationellen Rahmens erfährt. Dies bedeutet seine Aufwertung zur Stabilitätspakt-Initiative gegen organisierte Kriminalität (Stability Pact Initiative Against Organised Crime, SPOC/SECI Regionalzentrum Bukarest). Als ein Resultat wird sichergestellt, dass das SECI-Zentrum volle Unterstützung durch die EU und Europol erhält, um zum Schwerpunktzentrum der Strafverfolgung für Osteuropas zu werden.<sup>163</sup>

---

<sup>163</sup>Für weitere Informationen vgl. u.a. Upgrading SECI Regional Center Bucharest - Activity Report 2004-2005, [www.secinet.info](http://www.secinet.info) 27.09.2006; Stability Pact Initiative Against Organised Crime (SPOC)/SECI Regional Centre Bucharest: Strengthen regional capacities to combat organised crime 2005-2006, [www.secinet.info](http://www.secinet.info) 27.09.2006.

## Stabilitätspakt für Südosteuropa<sup>164</sup>

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa (Stability Pact for South Eastern Europe, SP SEE) wurde auf Initiative Deutschlands im Juli 1999 gegründet und soll die Kooperation zwischen den Staaten Südosteuropas fördern. Das ursprüngliche Ziel ist der Aufbau politischer und ziviler Strukturen sowie die Sanierung der Volkswirtschaften in den teilnehmenden Staaten, wobei die Sicherheit in einer breiten Definition die zentrale Basis bildet. Da der Stabilitätspakt ein wichtiger Mechanismus der transatlantischen Kooperation darstellt, erhält die USA eine signifikante Rolle, indem sie den stellvertretenden Sonderkoordinator stellt. Der Stabilitätspakt ist als Regionaltisch aufgebaut, der drei Arbeitstische<sup>165</sup> (Working Table, WT) umfasst:

- ◆ WT I: Demokratisierung und Menschenrechte
- ◆ WT II: Ökonomischer Wiederaufbau und Entwicklung
- ◆ WT III: Sicherheitsfragen

Slowenien ist aktiv in verschiedene Initiativen und Prozesse innerhalb der drei Arbeitstische involviert, wie der „Social Cohesion Initiative“, dem „Business Advisory Council“, der „SEE Education Reform Initiative“, der „Disaster Preparedness and Prevention Initiative“, dem „Ohrid Process for Border Management and Security“, dem „Regional Energy Market“ und der „Sava Basin Initiative“, eingebunden. Dabei kommt dem WT III, bestehend aus den Untertischen Justiz und Innenpolitik sowie Verteidigung und Sicherheitsfragen, eine besondere Bedeutung zu, da diesem der slowenische Botschafter JANEZ PREMOŽE vorsitzt. Die derzeitige Priorität des WT III liegt im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Korruption sowie Migration.

---

<sup>164</sup>Für weitere Informationen vgl. [www.stabilitypact.org](http://www.stabilitypact.org) 26.09.2006.

<sup>165</sup>Zu Struktur und Aufgaben der drei Arbeitstische vgl. u.a. DEIMEL 2001; [www.stabilitypact.org/wt1](http://www.stabilitypact.org/wt1), [www.stabilitypact.org/wt2](http://www.stabilitypact.org/wt2), [www.stabilitypact.org/wt3](http://www.stabilitypact.org/wt3) 27.09.2006.

## **QUADRILATERALE<sup>166</sup>**

Die 1996 als trilaterale Kooperation zwischen Slowenien, Ungarn und Italien begonnene Initiative wurde mit der Aufnahme Kroatiens im September 2000 zur QUADRILATERALE erweitert. Dem Ziel der Kooperation in den Bereichen Innenpolitik, Verteidigung, Kultur, Umwelt, regionale Entwicklung und Beschäftigung sah sich Slowenien während seines Vorsitzes 2003 verpflichtet. Den nach eigenen Angaben größten Erfolg während seines Vorsitzes sieht Slowenien in der engen militärischen und Verteidigungskooperation, die auf den Weg gebracht wurde. Weitere Durchbrüche werden in Kooperationen im Bereich der Informationsgesellschaft identifiziert. Auf dem Treffen Anfang Oktober 2006 in Rom bekräftigten die Staatssekretäre den Willen ihrer Regierungen, die bestehende Kooperation weiter zu entwickeln und auszubauen. Slowenien sieht im Rahmen dieser Kooperation eine verstärkte Partnerschaft vor allem in den Bereichen Energie, Infrastruktur, Transport und Umwelt. Allerdings sollte zusätzlich auch ein Meinungsaustausch zur politischen Situation in der Region unter den Partnern stattfinden (vgl. DNEVNIK 02.10.2006).

## **Adriatisch-Ionische Initiative, AII<sup>167</sup>**

Slowenien gehört 2000 im italienischen Ancona zu den Mitbegründern der Adriatisch-Ionischen Initiative (Adriatic Ionian Initiative, AII). Die AII<sup>168</sup> setzt sich für eine Kooperation für die Entwicklung und die Sicherheit der betroffenen Region ein. Vor diesem Hintergrund findet die Kooperation in sechs Runden Tischen u.a. zu folgenden Themen statt:

- ◆ Bekämpfung organisierter Kriminalität
- ◆ Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung
- ◆ Kooperation in den Feldern Ökonomie, Tourismus, KMUs, Meerestransport

---

<sup>166</sup>Für weitere Informationen vgl. [www.sigov.si/mzz/eng](http://www.sigov.si/mzz/eng) 29.09.2006.

<sup>167</sup>Für weitere Informationen vgl. [www.sigov.si/mop/podrocja/uradzaevropskezadeve\\_smo/jjp/en\\_jjp/jjp\\_en.htm](http://www.sigov.si/mop/podrocja/uradzaevropskezadeve_smo/jjp/en_jjp/jjp_en.htm) 26.09.2006.

<sup>168</sup>Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Griechenland, Italien, Serbien und Montenegro.

◆ Interuniversitäre Zusammenarbeit

Während der einjährigen Präsidentschaft bis Mai 2004 hat Slowenien den Fokus seiner Aktivitäten u.a. auf die beschleunigte Implementierung internationaler Verträge zum Schutz der Adria, auf ein integriertes Küstenmanagement und auf die Probleme mit Ballastwasser gelegt. Zusätzlich widmete sich Slowenien der gemeinsamen Bekämpfung von organisierter Kriminalität, im Speziellen den Problemen illegaler Einwanderung, gestohlener Fahrzeuge und dem Handel mit illegalen Drogen.

**Donau-Kooperationsprozess, DCP<sup>169</sup>**

Am 27. Mai 2002 wurde in Wien der Donau-Kooperationsprozess (Danube Cooperation Process, DCP) eröffnet. Insgesamt 13 Staaten<sup>170</sup> verfolgen seitdem das Ziel, die derzeitige Kooperation zu erweitern und zu vertiefen sowie ihr eine klare politische und ökonomische Dimensionen zu geben. Dies soll erreicht werden ohne neue Institutionen zu gründen, sondern vielmehr die vorhandenen Strukturen zu nutzen. Wo es notwendig und möglich ist, sollen die Ziele und Anstrengungen vorhandener programmatischer Strukturen im Sinne einer Fokussierung auf die Donauregion harmonisiert werden.

**5.2.1.1 Bewertende Analyse der programmatischen Aktivitäten Sloweniens**

Die nachstehende Tabelle 11 zeigt oben thematisierte Auswahl multilateraler Initiativen regionaler Kooperation. Es ist anzumerken, dass eigentliche Arbeitsinhalte zumeist nur als Absichtserklärungen auf dem Papier zu finden sind, wobei diese in den meisten Fällen dieselben möglichen Kooperationsfelder identifizieren. Grundsätzlich stößt die Realisierung, mit Ausnahme weniger Ansätze bei SECI, bislang offensichtlich auf Hindernisse. Auf der anderen Seite lässt sich jedoch festhalten, dass es in der Region zunehmend zu bilateralen Vereinbarungen in den unterschiedlichsten Bereichen kommt, insbesondere im zwischenstaatlichen Wirt-

---

<sup>169</sup>Für weitere Informationen vgl. [www.danubecooperation.org](http://www.danubecooperation.org) 26.09.2006.

<sup>170</sup>Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, FYROM, Kroatien, Österreich, Rumänien, Serbien, Montenegro, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ukraine und Ungarn.



schaftsverkehr. Somit kann die folgende Aussage von ALTMANN (2002: 20) unterstützt werden: „Es hat den Anschein, als ob dieser bilaterale Ansatz, man nennt ihn auch ‚flache Integration‘, den Ländern in der Region leichter fällt, weil die Aktionsfelder überschaubarer und vor allem die Partner direkter ansprechbar und verhandlungsbereiter sind. Diese Art der bilateralen Zusammenarbeit sollte durchaus von seiten der EU gefördert und unterstützt werden, sammeln doch die Länder der Region wichtige Erfahrungen für weiterreichende multilaterale Vorhaben.“

Tab. 11: Südosteuropäische Staaten und Slowenien im Rahmen ausgewählter multilateraler Initiativen regionaler Kooperation

Staat	CEI	CEFTA	RyP	SEEC	SECI	QL	St. Pakt	AII	DCP
	1989	1992	1996	1996	1996	1996	1999	2000	2002
Albanien	X	X	X	X	X		X	X	
Bosnien-Herzeg.	X	X	X	X	X		X	X	X
Bulgarien	X		X	X	X		X		X
BR Jugoslawien*	X	X	X	X			X	X	X
FYROM	X	X	X	X	X		X		X
Kroatien	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Moldawien	X	X		X	X		X		
Rumänien	X		X	X	X		X		
Slowenien	X				X	X	X	X	

\*Seit 2003 Serbien-Montenegro und seit 2006 getrennt

X = Mitglied

CEI: Central European Initiative, CEFTA: Central European Free Trade Area, RyP: Royaumont Process, SEEC: Southeast European Cooperation Process, SECI: Southeast Europe Cooperation Initiative, QL: QUADRILATERALE, St. Pakt: Stabilitätspakt für Südosteuropa, AII: Adriatic & Ionian Initiative, DCP: Danube Cooperation Process.

Quelle: Eigene Ergänzungen nach ALTMANN 2002.

Vor dem Hintergrund der Frage nach der subjektiven Bewertung der programmatischen Aktivität Sloweniens in Südosteuropa zeigt sich unter den Gesprächspartnern kein einheitliches Bild. Grundsätzlich kann folgende Problematik identifiziert werden: Ist die Teilnahme an vergleichsweise vielen Programmen und Initiativen als eine starke Aktivität zu bewerten oder bedeuten relativ geringe Budgetaufwendungen eine eher schwache Aktivität? So vielschichtig diese Probleme

matik, so differenziert waren die Antworten der Gesprächspartner. Grundsätzlich wurde Slowenien eine gewisse programmatische Aktivität zugesprochen, deren zeitlicher Verlauf und deren Umfang jedoch dispers eingeschätzt wurde. Im zeitlichen Verlauf lässt sich Sloweniens Aktivität im Westlichen Balkan am besten in Phasen beschreiben. Angelehnt an das Phasenmodell (vgl. Kap. 3.4) wird Slowenien von einigen Gesprächspartnern erst in der dritten Phase, der Phase seiner EU-Beitrittsvorbereitung, eine politisch gewollte Aktivität im Westlichen Balkan zugesprochen. Dabei wird auf der einen Seite der slowenischen Politik vorgeworfen, dass sie keinerlei Vorstellungen entwickelt hat, welche Aktivitäten, welchen Einfluss auf Slowenien haben. Es werden mangelnde Zielvorstellungen und ein mangelndes Eigeninteresse unterstellt. Auf der anderen Seite werden jedoch klare Motive für Sloweniens Aktivität identifiziert: So merkt ein hoher Diplomat des Außenministeriums an, dass „Slowenien (...) ein vergleichsweise kleines und in der EU eher unbedeutendes Land [ist]. Um sich politisch zu positionieren, muss Slowenien offen und aktiv sein und vor allem seine kompetitiven Vorteile gezielt nutzen. Es ist geopolitisch in einer sehr interessanten Lage und verfügt über die notwendigen Sprach- und historischen Kenntnisse, als auch über Erfahrungen und Kontakte, ist kurzum Experte des Westlichen Balkans, was die eigene Position innerhalb der Initiativen enorm stärkt. Welchen Anteil in diesem Zusammenhang der bei den Slowenen traditionell sehr stark ausgeprägte Minderwertigkeitskomplex einnimmt, lässt sich schwer in Zahlen fassen“. Zusätzlich führt er auf, dass sich Slowenien vor dem Hintergrund seiner Balkanexpertise stark im Westlichen Balkan engagiert, „um diese Länder in ihrem weiteren Stabilisierungs- und Reformprozess für eine euro-atlantische Integration zu unterstützen. Letzten Endes hat Slowenien eine entscheidende Rolle im Demokratisierungsfortschritt, in der Einhaltung der Menschenrechte, aber auch in der Entwicklung der Infrastruktur und der Wirtschaft zu spielen, vor allem jedoch Sicherheit in die Region zu bringen“.

### 5.2.2 Gemeinsamkeiten als Grund für einen Sonderstatus Sloweniens?

Die Frage nach der programmatischen Aktivität Sloweniens im Westlichen Balkan bzw. in Südosteuropa wird z.T. kontrovers beantwortet. Nach einem möglicherweise vorhandenen Sonderstatus Sloweniens innerhalb der Initiativen und Programme gefragt, zeigt sich, dass Slowenien Vorteile anderen Staaten gegenüber zuerkannt werden. Wie schon oftmals zuvor stellt auch hier die gemeinsame Vergangenheit Sloweniens mit den Staaten des Westlichen Balkans innerhalb der SFR Jugoslawien den entscheidenden Wettbewerbsvorteil dar.<sup>171</sup> Slowenien wird ein Gefühl für und Kenntnisse über den Balkan zugesprochen, die auf eigene Erfahrungen und den über drei Generationen gewachsenen Verbindungen zurückzuführen sind. Neben den schon angesprochenen wirtschaftlichen und familiären Kontakten sind zusätzlich Kontakte, entstanden während des Militärdienstes und im kulturellen Bereich, aufzulisten. Gerade der Militärdienst war gekennzeichnet durch die Tatsache, dass die Rekruten diesen in anderen Teilrepubliken ableisten bzw. ableisten mussten. So absolvierten slowenische Rekruten ihren Dienst in der Regel in Serbien oder Bosnien. Vor diesem Hintergrund konnten Kontakte und Freundschaften über die eigenen Republikgrenzen hinweg entstehen. Diese Verbindungen und Kontakte sind heute ein z.T. bedeutender Schlüssel, gerade im Umgang mit bzw. in den Beziehungen zu Serbien, wo persönliche Bindungen in der kulturellen Tradition eine sehr große Rolle spielen. Eine weitere Dimension, neben den Kontakten, die jedoch eng damit zusammenhängt und auch der gemeinsamen Vergangenheit geschuldet ist, ist die Tatsache, dass Slowenien, einem Wissenschaftler zufolge, grundsätzlich den Balkan nicht als „wilde Region“ ansieht, sondern als Teil eines geschichtlichen Prozesses, an dem Slowenien ebenfalls teilgenommen hat. Allen politischen Distanzierungen und Ressentiments zum Trotz sieht die Generation, die die SFR Jugoslawien noch bewusst erlebt hat, den Balkan ein wenig differenzierter.<sup>172</sup> Doch „während, gerade in den 1990er Jahren viele mögliche Investoren aus Europa Südosteuropa als Ganzes betrachteten und

---

<sup>171</sup>Sloweniens EU-Minister CVIKL am 18.09.2004 während einer Ministerkonferenz für EU-Finanzierungshilfen: „Slovenia knows and understands the situation in Western Balkans. We share a common past with this region, had the same legal system (...) and we face smaller cultural and language barriers.“

irgendwo Dinge identifiziert wurden, die nicht stimmten – und da war es gleich, ob das irgendwo nun Kroatien, Bosnien, Kosovo oder sonst wo hieß – kam auf Grund deren totalen Sicht Südosteuropas die Vorstellung auf, dass ab dem Südhang der Alpen Krisenzone ist und wirtschaftliches und rechtliches Chaos herrscht. Also Finger weg! So besaß Slowenien natürlicherweise einen differenzierteren Blick auf diese Region“ (QUELLE: hoher Diplomat aus dem Außenministerium). Doch mit diesen aufgelisteten kompetitiven Vorteilen Sloweniens im Westlichen Balkan sehen die Gesprächspartner aber auch die Übernahme von Verantwortung und Verpflichtung verknüpft. In den Gesprächen kristallisieren sich einige Punkte heraus, in denen Slowenien seiner Verantwortung und Verpflichtung gerecht wird. So ist es beispielsweise als seriöser Partner in transnationalen und interregionalen Kooperationen hoch angesehen, auch wenn es auf Grund seiner begrenzten finanziellen Ressourcen und Humanressourcen meist nur Beobachter ist. Für die Staaten des Westlichen Balkans kann Slowenien als „best practice“-Beispiel dienen, aber auch als Beispiel für Fehler, die es auf seinem Weg zur EU-Mitgliedschaft ebenfalls begangen hat. Ein ehemaliger Vertreter der Direktion der OSZE in Bosnien-Herzegowina versuchte, die derzeitige Situation metaphorisch einzuschätzen und zusammenzufassen, indem er äußerte, dass Slowenien vor dem Hintergrund der aufgeführten Vorteile zwar den „Anlasser für eine aktive Rolle der gesamten Region innerhalb der EU bilden könnte, das Potenzial zur Übernahme der Rolle des Motors jedoch eher Serbien unterstellt werden muss“.

---

<sup>172</sup>Aus einem Gespräch mit dem Schriftsteller DRAGO JANAR (NZZ 03.05.2004): „Wir lebten alle in demselben riesigen und sonderbaren, kulturell dynamischen Raum. Den vermisse ich. Ich bin gewiss kein Jugo-Nostalgiker, aber ich habe Sehnsucht nach dieser Kultur. Mein Leben hat sich in der Zwischenzeit grundlegend gewandelt. Ich wandte mich Richtung Westen. Aber dieses Andere gehörte zum vielleicht aufregendsten Abschnitt meines Lebens. (...) Von meiner Natur her bin ich ein Mann des Südens, des Balkans. Aber mit meiner Kultur und meinen sozialen und politischen Erfahrungen fühle ich mich zu Mitteleuropa gehörig. Sie haben mich zu dem gemacht, was ich bin: jene Ideen, die eher in diesem Teil der Welt zirkulierten als dort unten.“

### 5.2.3 Sloweniens Rolle im Blickwinkel der Staaten des Westlichen Balkans

Auf Grund der Erfahrungen mit den Staaten des Westlichen Balkans, mit der Transformation zur Demokratie und Marktwirtschaft als auch mit der EU, könnte Slowenien, wie oben aufgeführt, durchaus ein Modell für die Länder dieser Region darstellen. Laut der Gesprächspartner sieht die Realität jedoch anders aus. Nicht nur, dass jedes Land seine spezifischen Problemlagen aufweist und somit das einfache Kopieren des Modells Slowenien per se unmöglich ist, sondern man möchte Slowenien aus vielen Gründen nicht als Modell ansehen bzw. anerkennen. So haben sich beispielsweise auf Grund der wirtschaftlichen Potenz Sloweniens innerhalb der SFR Jugoslawien Ressentiments gebildet, die sich mit Sloweniens relativ problemloser Loslösung von der SFR Jugoslawien und seinem anschließenden weiteren wirtschaftlichen und politischen Erfolg noch verstärkten. Die Slowenen waren schon immer die „Reichen im Norden“ und fühlten sich als etwas Besonderes und Besseres, so die verbreitete Meinung. Und gerade das Verhältnis zwischen Kroatien und Slowenien ist in dieser Frage recht differenziert zu betrachten. „Das ausgeprägte Nationalbewusstsein Kroatiens, welches oftmals in Nationalismus ausartet, stützt sich auf seine besondere historische Stellung. Die Kroaten sehen sich als Bekämpfer der Ottomanen und somit als Bewahrer des christlichen Europas vor dem Islam. Sie sind stolz auf ihre militärische Tradition und möchten erneut eine leitende Rolle in der Region einnehmen“ (QUELLE: Balkanexperte). Vor diesem Hintergrund sind dann auch die Probleme Kroatiens zu verstehen, den kleineren und schwächeren Nachbarn erfolgreicher zu sehen. Kroatien hinkt in der Entwicklung Sloweniens um Jahre hinterher. Natürlich liegt ein entscheidender Grund in den jegliche Entwicklung zerstörenden Kriegsjahren. „Es spielt aber auch eine große Portion Neid in das Verhältnis zu Slowenien hinein“, so ein Balkanexperte, „flankiert von einer verschämten Bewunderung, was in dieser Form jedoch niemals öffentlich geäußert würde. Da sind die Kroaten viel zu stolz.“ So wird zwar auf niedrigem Level miteinander kooperiert und kroatische Vertreter nach Slowenien entsandt, die dort den Umgang der Slowenen mit Regionalentwicklung lernen, jedoch ohne Slowenien einen Modellcharakter zuzu-

billigen, denn gleichzeitig werden auch andere Staaten, wie beispielsweise Finnland beobachtet. Grundsätzlich herrscht eine starke Rivalität zwischen den beiden direkten Nachbarn vor. Im wirtschaftlichen Bereich sei hier nochmals beispielhaft die Konkurrenz der Häfen von Rijeka und Koper angeführt. Vor diesem komplexen Verhältnis zwischen Slowenien und Kroatien bilden die in Kapitel 4 ausführlich dargestellten bilateralen Unstimmigkeiten und ungeklärten Fragen nur die pressewirksame Spitze des Eisberges grundsätzlicher gegenseitiger Ressentiments. So steht man auch in Slowenien dem südlichen Nachbarn nicht vorbehaltlos gegenüber. Vielmehr ist es eine verbreitete Meinung, dass die Kroaten von jeher mit einer gewissen Reserve spielen und man beispielsweise die Serben, mit ihrem offeneren und direkteren Charakter, als umgänglicher ansieht. Natürlich wurde in Slowenien auch nicht vergessen, dass nach der Niederlage der JVA in Slowenien einzig der Kroat Stipe Mesić (letzter Vorsitzender des jugoslawischen Präsidiums und seit 2000 Staatspräsident Kroatiens) im, zu dem Zeitpunkt noch bestehenden jugoslawischen Staatspräsidium, gegen den Abzug der JVA aus Slowenien gestimmt hat<sup>173</sup>.

#### 5.2.4 Wirtschaftliche Verbindungen im Westlichen Balkan<sup>174</sup>

Mit der Loslösung Sloweniens von Jugoslawien brach für Slowenien der gesamte jugoslawische Markt zusammen. Ein Absatzmarkt von 22 Mio. Kunden ging quasi über Nacht verloren. Und doch war Slowenien in einer vorteilhaften Position, indem es sich komplett auf den westlichen Markt orientierte und seine vorhandenen wirtschaftlichen Beziehungen nutzen konnte, die es schon vor der Loslösung aufgebaut hat. So war Slowenien das einzige Land der ehemaligen SFR Jugoslawien, das nach deren Zusammenbruch weiterhin Waren exportieren konn-

---

<sup>173</sup>Kroatien hatte im Gegensatz zu Slowenien der Anordnung der JVA im Vorfeld der bewaffneten Konflikte Folge geleistet und die Waffen der eigenen Territorialverteidigung an die JVA ausgehändigt. Somit stand Kroatien anschließend den Angreifern ohne Waffen gegenüber. Der SPIEGEL schreibt am 08. Juli 1991 dazu folgendes: „Dies mag auch einer der Gründe gewesen sein, weshalb Kroatien den Slowenen nicht zur Hilfe eilte, als die jugoslawischen Panzer auf Slowenien zurollten. Die Slowenen interpretierten dies als mangelnde Solidarität.“

<sup>174</sup>Soweit nicht anders angegeben sind die Daten zu Serbien-Montenegro exklusive des Kosovos zu verstehen, das entsprechend der UN Sicherheitsratsresolution 1244 seit 1999 unter dem Mandat der UN-Mission im Kosovo (UNMIK) steht.

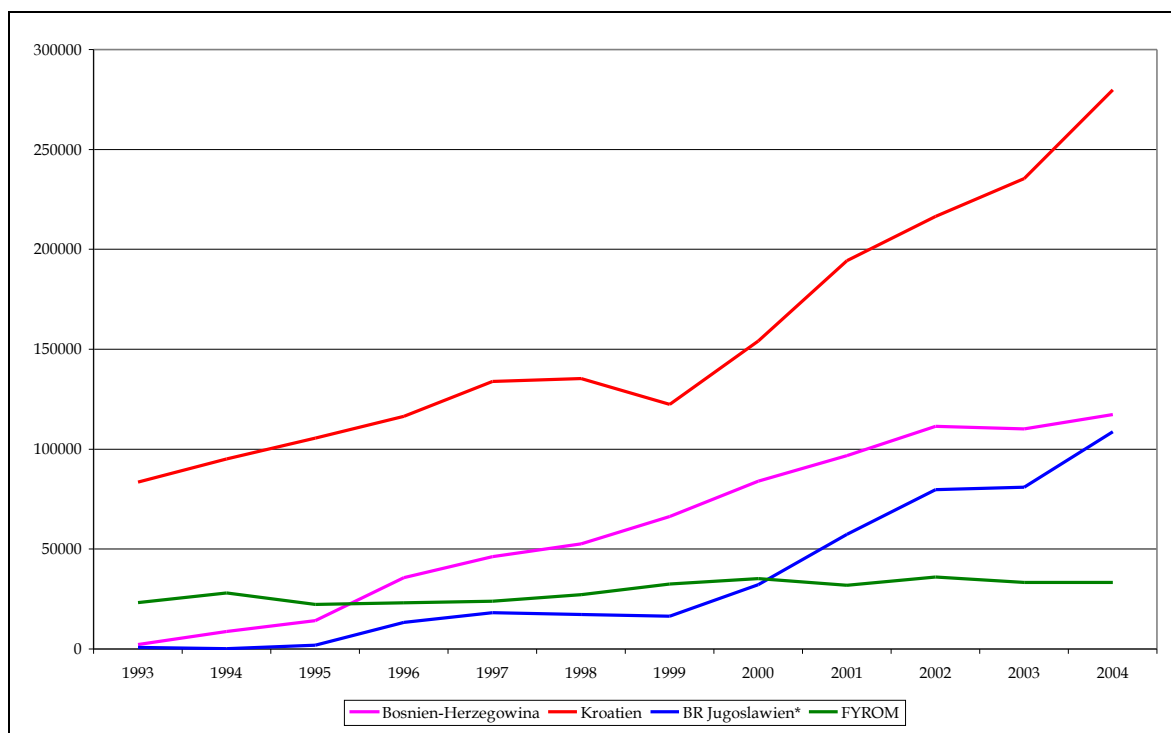
te. Trotz der nunmehr erschwerten Bedingungen im internationalen, hauptsächlich europäischen Handel gab es in der slowenischen Wirtschaft keine größeren Einbrüche. Dies bescherte Slowenien innerhalb der EU das Image eines vertrauensvollen und glaubwürdigen Partners.

Die einseitige politische Orientierung Sloweniens innerhalb der 2. Phase, der Phase der Identitätsfindung (zur Phaseneinteilung vgl. Kap. 3.4), zum Westen hin erschwerte den wirtschaftlichen Handel slowenischer Unternehmen mit dem Westlichen Balkan. Ohne jegliche politische Unterstützung<sup>175</sup> versuchten slowenische Unternehmen ihre alten Handelsbeziehungen wieder aufzubauen und nutzten ihre guten Reputationen aus der Zeit des gemeinsamen Marktes. Erst mit der Umorientierung der slowenischen Politik hin zum Westlichen Balkan gibt es auch ein Umdenken hinsichtlich slowenischer Wirtschaftsbeziehungen. Dennoch ist es weiterhin noch kein politisch definiertes und festgeschriebenes Ziel im ehemaligen jugoslawischen Markt wirtschaftlich wieder stärker aktiv zu werden. Das erklärte Ziel, so eine Wirtschaftsexpertin, ist der westliche Markt, was auch in den Außenhandelsbilanzen abzulesen ist. So lassen sich zwar seit 1993 z.T. deutliche Steigerungsraten bei den Exporten in die Länder des Westlichen Balkans feststellen (vgl. Abb. 10), wohingegen die Betrachtung der gesamten Außenhandelsbilanz noch immer eine deutliche Schere zwischen dem Westlichen Balkan und der EU-25 aufweist. Liegt der Anteil an Exporten in die EU-25 2004 fast viermal so hoch (vgl. Abb. 11) wie in den Westlichen Balkan, so klafft die Schere beim Anteil der Importe – fast vierzehnmal so hoch – noch dramatischer auseinander (vgl. Abb. 12).

---

<sup>175</sup> „Doch trotzdem führt kein Weg an den ehemaligen Mitbürgern und neuen Nachbarn im Südosten vorbei. Die wichtigsten Handelspartner mancher slowenischer Firmen befinden sich nun einmal in den jugoslawischen Nachfolgestaaten. Sloweniens nationale Fluggesellschaft Adria Airways ist flugs in die von der Swiss Air hinterlassene Lücke gesprungen und bietet beste Verbindungen in die meisten Metropolen des Balkans an. Und derzeit verhandelt der größte slowenische Warenhauskonzern mit einem kroatischen und einem serbischen Partner über die Bildung einer gemeinsamen Handelskette zur Erschließung neuer Märkte in Osteuropa. Man kennt sich ja schließlich aus alten Tagen“ (NZZ 29.03.2004).

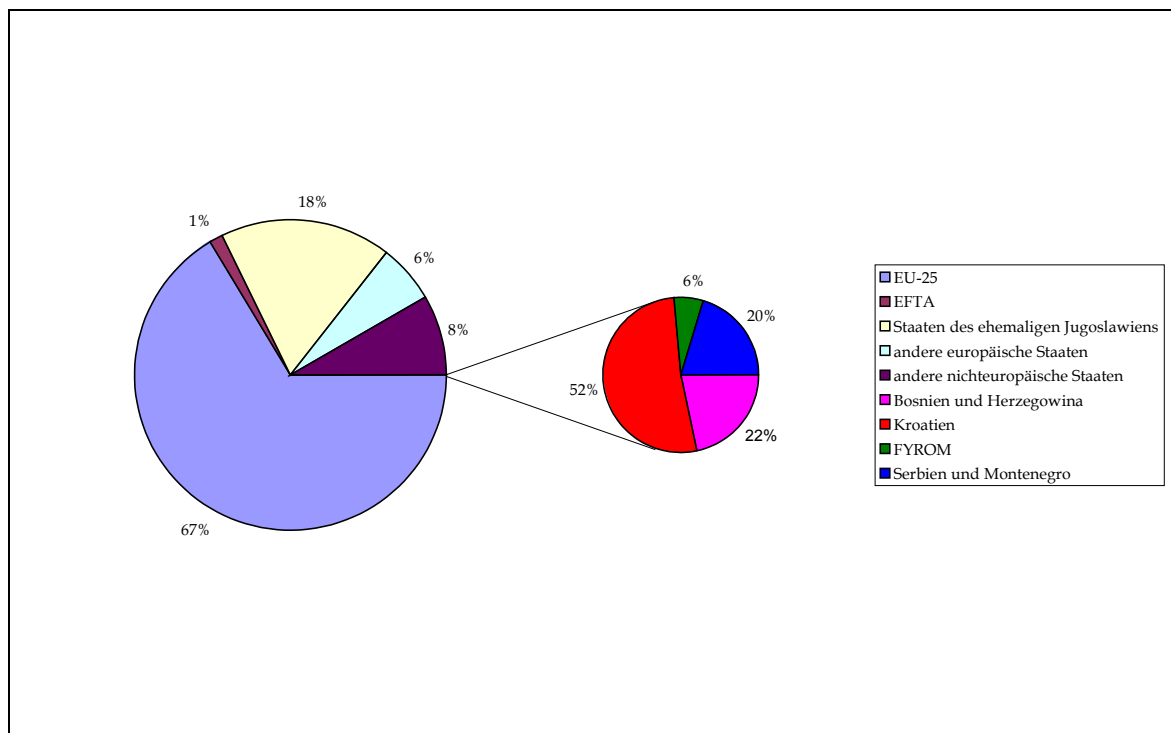
Abb. 10: Außenhandel Sloweniens mit dem Westlichen Balkan (ohne Albanien) – Exporte 1993-2004 (in Tsd. SIT)



\*Seit 2003 Serbien-Montenegro

Quelle: Eigene Darstellung nach STATISTIČNI LETOPIS 1993-2005.

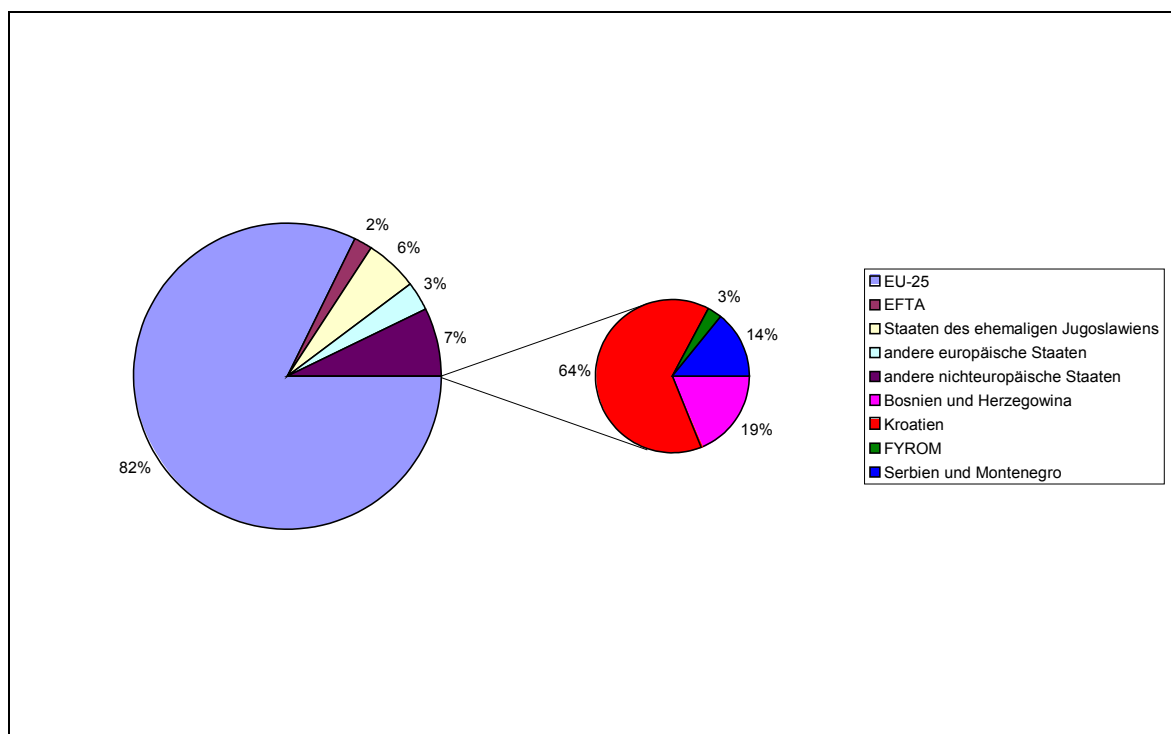
Abb. 11: Außenhandel Sloweniens – Exporte 2004 (in %)



Quelle: Eigene Darstellung nach STATISTIČNI LETOPIS 2005.

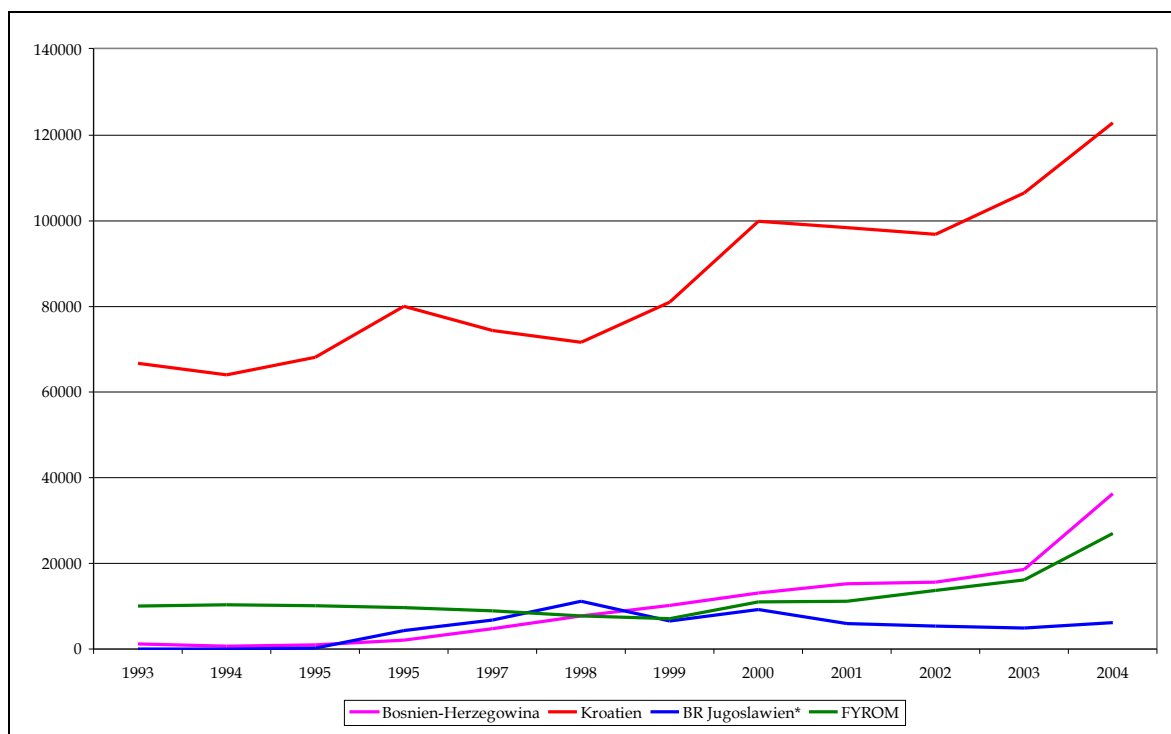


Abb. 12: Außenhandel Sloweniens – Importe 2004 (in %)



Quelle: Eigene Darstellung nach STATISTIČNI LETOPIS 2005.

Abb. 13: Außenhandel Sloweniens mit dem Westlichen Balkan (ohne Albanien) – Importe 1993-2004 (in Tsd. SIT)



\*Seit 2003 Serbien-Montenegro

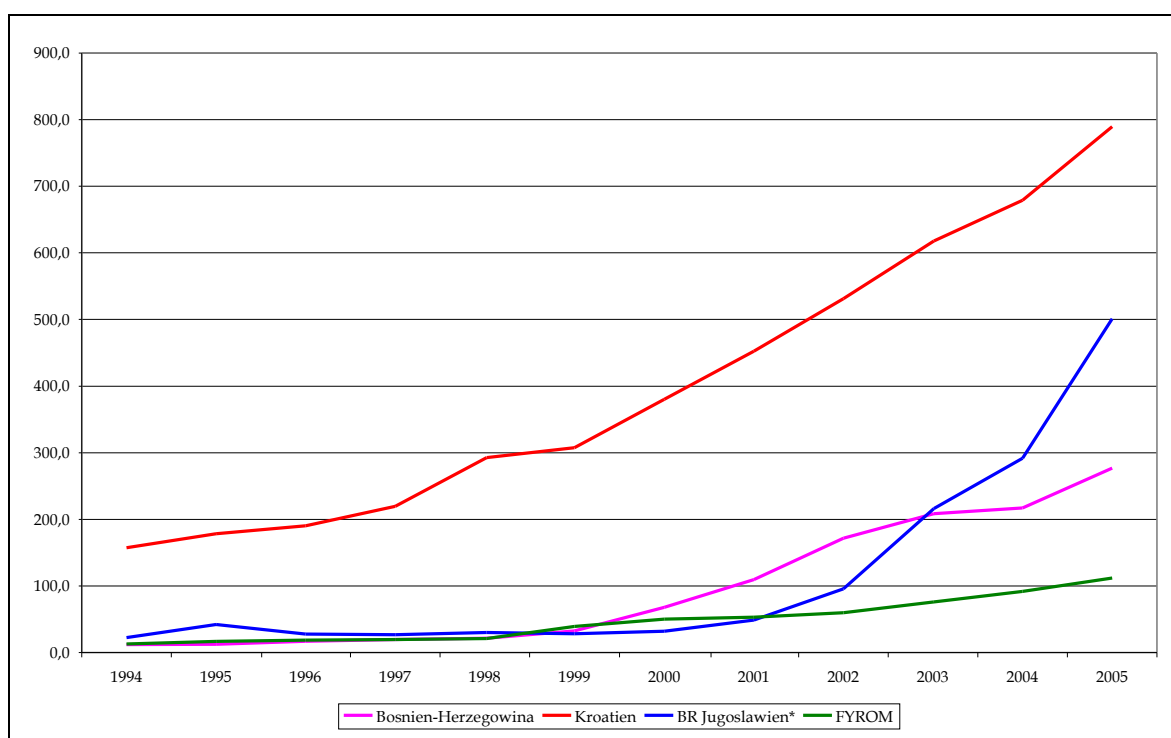
Quelle: Eigene Darstellung, nach STATISTIČNI LETOPIS 1993-2005.

Langsam jedoch bekommt auch bei den politisch Verantwortlichen das Bewusstsein die Oberhand, dass der europäische Markt größtenteils gesättigt ist und allein in Nischen noch Gewinne möglich sind. Anders sieht jedoch die Situation in den slawischen Staaten in Ost- und Südosteuropa, allen voran den ehemaligen Bruderrepubliken, aus. Dort werden noch enorme Wachstumspotentiale gesehen und Slowenien glaubt (zu Recht), mit dem eigenen slawischen Moment einen Wettbewerbsvorteil zu besitzen. Zusätzliche Vorteile sieht man, gerade im Bezug zum Westlichen Balkan, natürlich auch in der angesprochenen gemeinsamen Geschichte und Kenntnis der Region, der Sprache und der Kultur. Die geführten Interviews bestätigen vor allem auf der Ebene der KMUs diese Vorteile. Neben den alten etablierten Kontakten sind es gerade die familiären und freundschaftlichen Verbindungen, beispielsweise von Immigranten aus dem Westlichen Balkan, von denen KMUs profitieren. Auf dieser Ebene existieren vor allem zu Kroatien, auf Grund der Nähe und zahlreicher persönlicher Kontakte, starke wirtschaftliche Verbindungen. So waren laut Aussage eines Gesprächspartners 2004 insgesamt rund 150 Unternehmen in Kroatien aktiv und die slowenische Handelsbilanz (Exporte) mit Kroatien stützt dies. Mit rund 1,2 Mrd. EUR war sie sogar höher als mit dem restlichen Westlichen Balkan zusammengenommen (vgl. Abb. 13). Zunehmend ist festzustellen, dass den großen Unternehmen, die in den 1990er Jahren oftmals im Charakter von Pionieren versuchten auf dem ehemaligen jugoslawischen Markt wieder Fuß zu fassen, gerade in Kroatien Zuliefer- und kleine Betriebe nachfolgen. Zusätzlich gibt es ein deutliches Wachstum ausländischer Unternehmen, die den Wettbewerbsvorteil Sloweniens im Westlichen Balkan über Joint-Ventures mit slowenischen Unternehmen nutzen (vgl. DNEVNIK 06.10.2006). Mit dem Anstieg der Zahl slowenischer Unternehmen im Westlichen Balkan steigt natürlich auch der Anteil an slowenischen FDI's (vgl. Abb. 14). Mittlerweile fließen rund 60 % aller Investitionen – im Jahr 2005 ~1,7 Mrd. von ~3 Mrd. EUR (www.bsi.si 22.09.2006) – in diese Region. Dies ist natürlich auch ein weiterer Grund für Sloweniens politisches Interesse an dieser Region. Eine kleine Einschränkung wird jedoch von einigen Gesprächspartnern angemerkt: Es herrscht eine Diskrepanz zwischen der Anzahl der im Westlichen Balkan getätigten Investitionen und dem

absoluten Kapitaleinsatz. Zur Illustration dieser Diskrepanz soll folgendes Beispiel eines Balkanexperten dienen: 2005 wurde eine bosnische Fabrik von einer indischen Firma aufgekauft, die allein in diesen Kauf mehr Kapital investierte als Slowenien in den letzten fünf Jahren im gesamten Westlichen Balkan.

In den Gesprächen wurden jedoch auch Probleme und Schwierigkeiten identifiziert, die den Handel mit dem Westlichen Balkan beeinflussen. Mit dem Beitritt Sloweniens zur EU wurden alle bis dahin geltenden bilateralen Freihandelsverträge ungültig und durch das europäische Zoll- und Handelsregime ersetzt. Dies erzeugt jedoch eine Asymmetrie in den gegenseitigen Handelsbeziehungen von EU-Mitgliedsländern und Nichtmitgliedern, da die geltenden Bestimmungen den Export ins EU-Ausland gegenüber dem Import deutlich erschweren. Einen weiteren Punkt bilden die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit im Westlichen Balkan, die 2004 z.T. bei 40 % lag (vgl. Abb. 15), und die oftmals vorherrschende Zahlungsfähigkeit, die stabile Wirtschaftbeziehungen in vielen Fällen unmöglich machen.

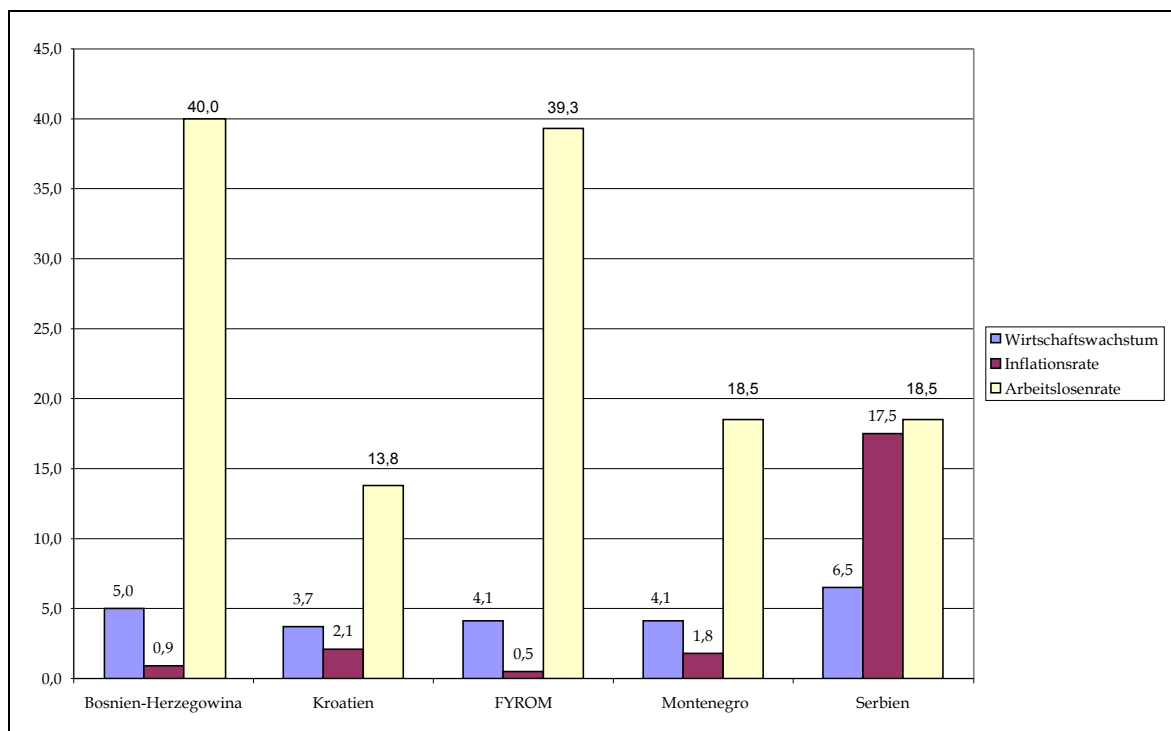
Abb. 14: Slowenische Direktinvestitionen in den Westlichen Balkan (ohne Albanien) – 1994-2005 (in Mio. EUR)



\*Seit 2003 Serbien-Montenegro

Quelle: Eigene Darstellung, nach [www.bsi.si](http://www.bsi.si) 22.09.2006.

Abb. 15: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren des Westlichen Balkans 2004 (in %)

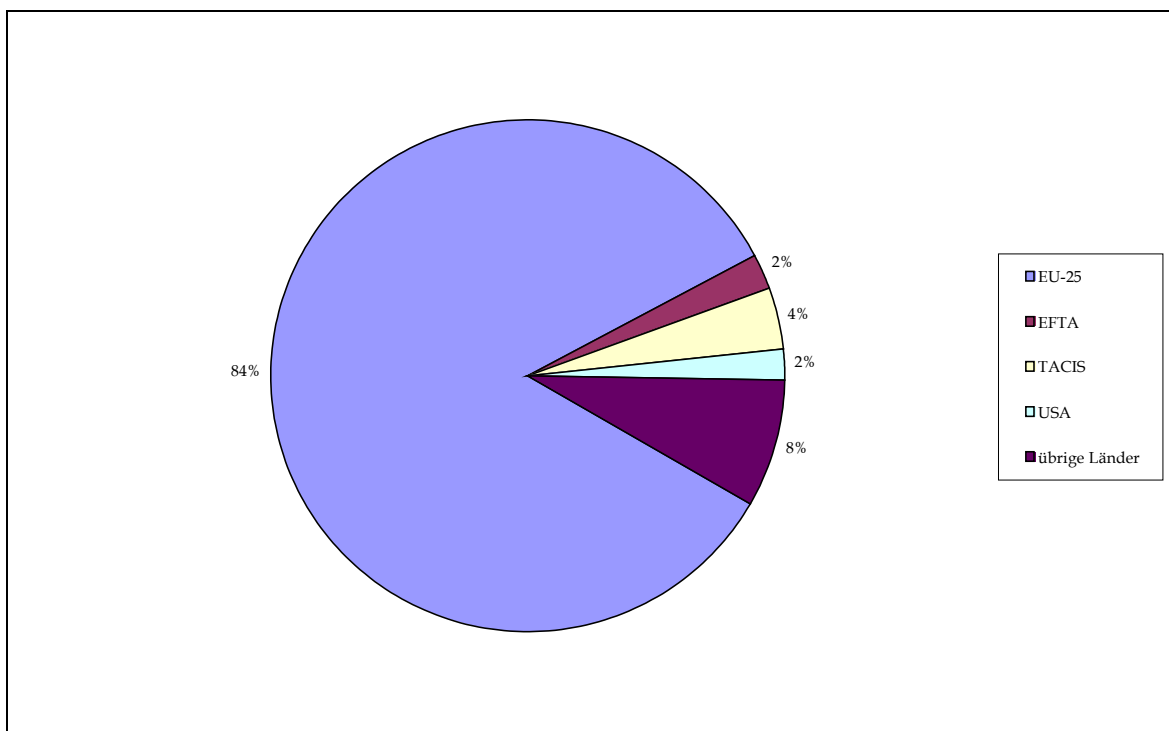


Quelle: Eigene Darstellung nach [http://ec.europa.eu/enlargement/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm) 29.09.2006.

Betrachtet man die Außenhandelsbilanz des Westlichen Balkans, so lässt sich in den Jahren zwischen 1999 und 2003 eine relativ stagnierende Exportkurve bei gleichzeitig deutlich ansteigender Importkurve konstatieren. Die Annäherung an die EU scheint die Erfahrungen der EG-Süderweiterung zu wiederholen: So findet auf der einen Seite eine Handelsumlenkung auf den europäischen Markt statt und auf der anderen Seite können trotz der Öffnung des eigenen Marktes gerade die EU-Anbieter ihre Exporte in die wenig entwickelten Länder ausweiten.<sup>176</sup> Daher ist es wenig überraschend, dass den weitaus größten Anteil am Außenhandel mit dem Westlichen Balkan die EU mit 84 % hat (vgl. Abb. 16) und somit mit Abstand der wichtigste Handelspartner dieser Ländergruppe ist. Innerhalb der Länder des Westlichen Balkans ist Kroatien – auf das Land entfallen 50 % des Handels – der wichtigste Handelspartner der EU (vgl. Abb. 17). Darunter finden fast 75 % des gesamten Handels zwischen den Ländern des Westlichen Balkans, zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina sowie zwischen Serbien-Montenegro und FYROM statt (STATISTIK KURZ GEFASST. Außenhandel, 1/2005).

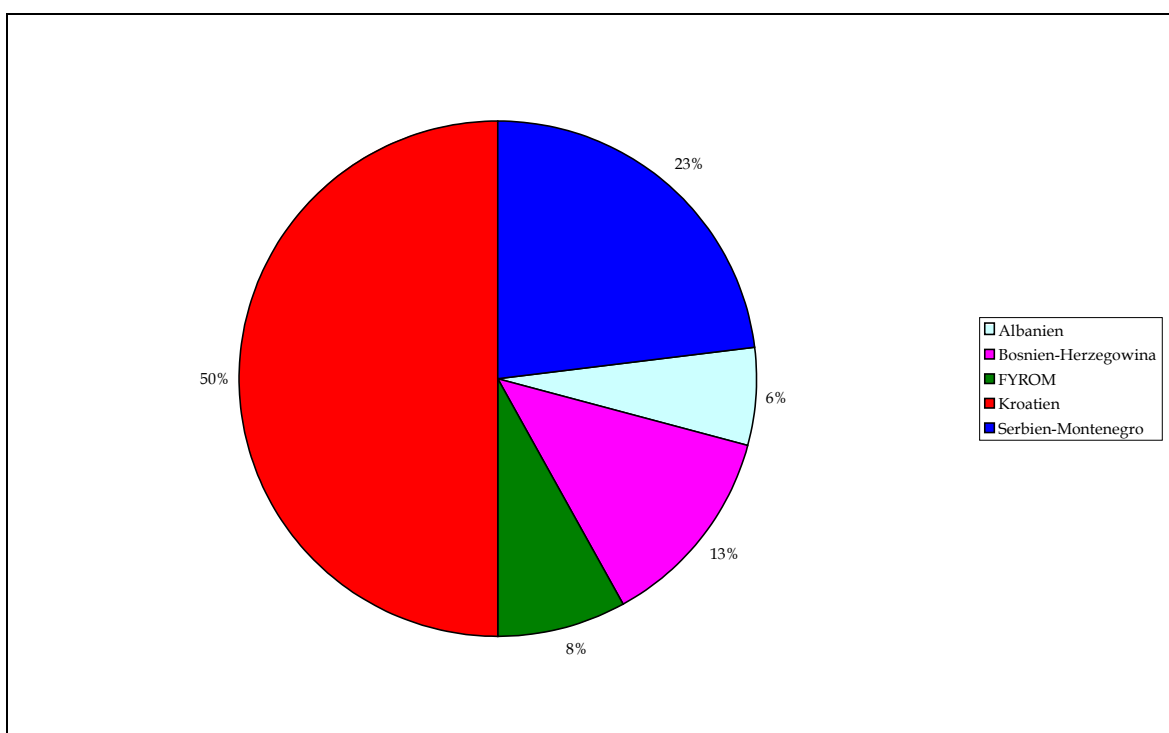
<sup>176</sup>Vgl. AXT 1993.

Abb. 16: Außenhandel des Westlichen Balkans nach Regionen 2003 (in %)



Quelle: Eigene Darstellung, nach STATISTIK KURZ GEFASST. Außenhandel, 1/2005, 2006.

Abb. 17: Handel der EU-25 mit dem Westlichen Balkan 2003 (in %)



Quelle: Eigene Darstellung, nach STATISTIK KURZ GEFASST. Außenhandel, 1/2005, 2006.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der homogene Wirtschaftsraum der ehemaligen SFR Jugoslawien nach der Desintegration noch weit hinter seiner vorherigen Geschlossenheit zurückliegt. Auffällig ist vor allem die außerordentlich starke wirtschaftliche Ausrichtung der Nachfolgestaaten auf die EU. So entfallen beispielsweise 84 % des Außenhandels der Staaten des Westlichen Balkans auf die Union. In Slowenien liegt der Anteil immerhin noch bei 74 %, gegenüber einem 11 %igen Anteil im Außenhandel mit dem Westlichen Balkan. Diese Zahlen sind ein deutlicher Beleg für die weiterhin vorherrschende Schwäche des intraregionalen Handels zwischen den Staaten der ehemaligen SFR Jugoslawien.

### **5.3 Fazit und Thesen**

Die EU als eine ökonomische Integration westeuropäischer Staaten ist ein hehres Ziel, gerade für Staaten des Westlichen Balkans bzw. Südosteuropas. Die Mitgliedschaft dieser Staaten umfasst einen schrittweisen Prozess, der große Unterstützung von der EU benötigt. Dabei bilden die Überwindung und Lösung regionaler Widersprüche sowie das Gegensteuern desintegrativer Prozesse im Westlichen Balkan zum einen die Voraussetzung für den Beitritt der Region zur EU und zum anderen zum Fortschritt für einen liberalen und modernen Gesellschaftstyp. In diesem Zusammenhang betont die EU, dass regionale Formen der Kooperation in Brüssel als Schritt in die richtige Richtung und als konstruktives Signal der Entschlossenheit der jeweiligen Regierungen, sich in die EU-Strukturen zu integrieren, angesehen werden. Noch sind die Staaten des Westlichen Balkan von diesem Ziel z.T. weit entfernt und benötigen Unterstützung auf diesem Weg. Neben der finanziellen und strukturellen Hilfe der EU kommt Slowenien – als ehemaliger Bruderrepublik – eine besondere Unterstützerrolle zu. Die ehemalige Teilrepublik der SFR Jugoslawien kann auf kompetitive Vorteile, wie die gemeinsame Vergangenheit, die Kenntnis der Sprache und Mentalität, die traditionellen Verbindungen etc., zählen, die diese Annahme stützen. Diese schaffen letztlich eine Vertrauensbasis und eine Grundlage für gemeinsames Handeln. Somit kommt Slowenien eindeutig die Aufgabe als Entwicklungs- und Impulsgeber im Westlichen Balkan zu, was ebenfalls von der westlichen Staatengemeinschaft gesehen wird. So sprachen

sich beispielsweise sowohl 2004 JAVIER SOLANA als auch bereits 2001 US-Präsident BUSH dafür aus, dass Slowenien sowohl den Ländern des Balkans den Weg nach Europa zeigen muss, als auch als gutes Beispiel für andere ehemalige jugoslawische Teilrepubliken dienen kann (vgl. Kap. 1.3.3). Wie explizit Slowenien diese Rolle ausfüllen und wie offen diese angenommen wird, ist, wie die Untersuchungen zeigen, einzelfallabhängig. Nationale Animositäten spielen dabei ebenso eine Rolle, wie begrenzte Ressourcen auf Seiten Sloweniens. Grundsätzlich hat Slowenien erkannt, dass es als Vermittler zwischen der EU und dem Westlichen Balkan eine Schlüsselposition inne hat und füllt diese zunehmend aus. In der am 01.01.2007 begonnenen ersten EU-Ratspräsidentschaftstroika mit Portugal und Deutschland kann Slowenien zukunftsweisende Signale für die weitere Stabilisierung und europäische Integration des Westlichen Balkans setzen. Dazu formulierte CHRISTOPHER PATTEN, EU-Kommissar für Außenbeziehungen, 2002 auf dem „Western Balkans Democracy Forum“: „The choice in this case is very clear: either we export stability to the Balkans or the Balkans export instability to us. I know which I would prefer. There is one more lesson I take from the Balkans today: never, never, never give up. Because what is happening in this region today shows how it is possible to turn failed states into successful states, how it is possible to fashion hope out of despair, how it is possible to make a difference. We have a long way to go in the Balkans, but we are getting there.“

## 6 Fazit

Im folgenden Fazit werden die beiden differenten Maßstabsebenen, die dieser Arbeit zugrunde liegen, zusammengeführt. So beschäftigte sich der Autor in Kapitel 4 mit der lokalen Ebene, wohingegen Kapitel 5 diesen Ansatz um die transnationale Ebene erweiterte. Beiden Untersuchungsebenen gemeinsam ist ihre Lage auf der geopolitisch bedeutenden Nahtstelle zwischen der EU und dem Westlichen Balkan. Deutlich muss festgehalten werden, dass dies nicht die Auflösung nationalstaatlicher Abgrenzungen bedeutet. Diese scheinbaren Auflösungstendenzen innerhalb der EU konnten im Laufe dieser Arbeit demaskiert werden. Allein die Defunktionalisierung der nationalstaatlichen Abgrenzungen durch die Abschaffung von Zoll- und Passkontrollen und die damit einhergehende „Bewegungsfreiheit“ für EU-Bürger als auch für Waren ist zu konstatieren. Auch wenn somit nicht von Auflösung der Nationalstaatsgrenzen gesprochen werden kann, so lässt sich dennoch eine Öffnung von Grenzen im nationalen Kontext hin zur Erweiterung der territorialen Einheiten identifizieren. Im Rahmen eines Paradigmenwechsels hinsichtlich der Bedeutung von Grenzen von einer abgrenzenden zur verbindenden Brückenfunktion, entstehen immer mehr transnationale Regionen unterschiedlichster Maßstabsebenen. Angefangen bei Grenzregionen mit lokaler, grenzüberschreitender Kooperation, über institutionalisierte – meist innerhalb europäischer Programme – Kooperationen bis hin zu Kooperationen innerhalb von Großregionen, in denen z.T. das gesamte Staatsgebiet integriert ist, lässt sich diese Entwicklung beobachten. Gemeinsam ist den Regionen unterschiedlichen Maßstabs vor allem die Freiwilligkeit ihres Zusammenschlusses. In diesem Kontext muss die „EU-Zukunftsregion Adria-Alpen-Pannonia“ gesehen werden. Die Besonderheit dieser Region zeigt sich in ihrer offensichtlichen Kontinuität historischer Grenzen. Diese Zukunftsregion ist in großem Maße mit den Grenzen der Ordnungsmächte vor dem Ersten Weltkrieg, dem Königreich Italien und Österreich-Ungarn, deckungsgleich. Der Frage nach Gesetzmäßigkeiten, die einem stabilen und ausgeglichenen Zielpunkt ansteuern, wird im Rahmen der Identifikation und Analyse von Inklusionskriterien nachgegangen. Dem gegenüber steht



einleitend die antizipierende Analyse möglicher Entwicklungsszenarien für den Westlichen Balkan. Der Westliche Balkan als eine weitere Großregion unterscheidet sich jedoch in einem entscheidenden Punkt von den freiwilligen Zusammenschlüssen: es ist keine Großregion im klassischen Sinne, sondern vielmehr eine willkürlich und von außen vorgenommene Klassifizierung, deren Name je nach Perspektive (geographisch, historisch oder politisch) Inhalt und Konnotation verändert. Der Diskussion der zentralen Frage nach Großregionen als ein mögliches Modell für die Zukunft folgt die abschließende Schlussbetrachtung, die von einer Zusammenfassung der vorliegenden Arbeit abgerundet wird.

## **6.1 Großregionen – Ein Modell für die Zukunft?**

### **Analyse möglicher Entwicklungsszenarien für den Westlichen Balkan**

Im Jahr 2001 hat das Zentrum für Europäische Integrationsforschung im Rahmen seiner ZEI Discussion Paper (BUGAJSKI 2001) eine Untersuchung mit dem Titel „Facing the Future: the Balkans to the year 2010“ veröffentlicht. Auf Basis der jüngsten Geschichte sowie der aktuellen Situation in den Ländern Südosteuropas werden drei alternative Szenarien für die Entwicklung dieser Großregion bis 2010 entworfen, wobei die Analyse im folgenden auf den Westlichen Balkan beschränkt wird :

- ◆ Das erste Szenario sieht einen größeren Zusammenbruch in der regionalen Entwicklung voraus, gekennzeichnet durch zunehmende interne Dezentralisierung, sich zuspitzende regionale Rivalitäten und wachsende internationale Isolation. Dieses „worst-case“ Szenario beinhaltet für die Region eine Reihe interner Krisen, begleitet von politischen und ökonomischen Zusammenbrüchen.
- ◆ Das zweite Szenario schildert eine minimal-konstruktive Entwicklung, charakterisiert von interner Stabilisierung, regionaler Kooperation und wachsender internationaler Einbindung.

- ◆ Das dritte Szenario postuliert schließlich eine maximal-konstruktive Entwicklung für den Westlichen Balkan, größere interne Transformationen, regionale Synchronisation und internationale Integration mit einbeziehend.

Im Rahmen des dritten Szenarios sieht BUGAJSKI (2001: 56ff.) die Effekte für die Staaten des Westlichen Balkans u.a. in der Sicherung der politischen Stabilität, der Konsolidierung legitimer und effizienter Institutionen in einer dynamischen Zivilgesellschaft und einer voll funktionierenden Marktwirtschaft mit wachsenden Verbindungen zum Weltmarkt im allgemeinen, sowie zur EU im besonderen. Auf der regionalen Ebene würde die postulierte „progressive Integration“ ein gut entwickeltes Netzwerk an bilateralen Beziehungen, die Existenz von multilateralen Gruppierungen sowie eine sichere und vor allem stabile Region mit sich bringen. Schlussendlich würde dies ebenfalls die Integration in alle größeren paneuropäischen und transatlantischen Institutionen und Organisationen bedeuten.

Zu Beginn des letzten Drittels der in der ZEI-Untersuchung umspannenden Dekade lässt sich ein erster Trend hinsichtlich des zu erreichenden Szenarios erkennen. Betrachtet man beispielsweise den aktuellen Stand der institutionellen Beziehungen zwischen der EU und den Staaten der Region (vgl. Tab. 12), so sind wichtige Schritte hin zur vollständigen europäischen Integration vollzogen worden. So sind Bulgarien und Rumänien am 01. Januar 2007 der EU beigetreten, mit Kroatien hat die EU die Beitrittsverhandlungen aufgenommen und FYROM den Status eines Beitrittskandidaten verliehen. Zusätzlich sind mit den anderen Staaten des Westlichen Balkans SAA-Verhandlungen zumindest begonnen worden. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls die friedliche Trennung Montenegros von Serbien aufzuführen, die einen deutlichen Fortschritt gegenüber den kriegerischen Auseinandersetzungen im Rahmen der Ablösungsprozesse der 1990er Jahre darstellt. Das beschriebene „worst-case“ Szenario ist bis dato nicht eingetreten und die Wahrscheinlichkeit seines Eintretens ist bis 2010 verschwindend gering.

Tab. 12: Zum Stand der institutionellen Beziehungen zwischen der EU und den Ländern des Westlichen Balkans<sup>177</sup> im Herbst 2006

Land	Status	Datum
Albanien	Verhandlungen begonnen	31.01.2003
	SAA unterzeichnet	12.06.2006
Bosnien-Herzegowina	Machbarkeitsstudie angenommen	18.11.2003
	Beginn der SAA-Verhandlungen	25.11.2005
Kroatien	SAA unterzeichnet	07.09.2001
	SAA ratifiziert	10.12.2004
	SAA in Kraft seit	01.02.2005
	EU-Mitgliedschaftsantrag eingereicht	21.03.2003
	Positive Stellungnahme der EU-Kommission	20.04.2004
	Kandidatenstatus	18.06.2004
	Verschiebung der Beitrittsverhandlungen	17.03.2005
FYROM	Beginn der Beitrittsverhandlungen	03.10.2005
	SAA ratifiziert	12.01.2004
	SAA in Kraft seit	21.04.2004
	EU-Mitgliedschaftsantrag eingereicht	22.03.2004
Serbien-Montenegro*	Kandidatenstatus	16.12.2005
	Machbarkeitsstudie angenommen	12.04.2005
	Beginn der SAA-Verhandlungen	10.10.2005
	Unterbrechung der SAA-Verhandlungen aufgrund fehlender Erfüllung ICTY <sup>178</sup> bezogener Konditionen	03.05.2006

\*Seit Juni 2006 voneinander getrennt.

Quelle: Eigene Ergänzungen nach Altmann 2005: 9; [www.seerecon.org/gen/eu-see.htm](http://www.seerecon.org/gen/eu-see.htm) 28.09.2006.

<sup>177</sup> „Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) umfasst folgende Länder: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, und Serbien-Montenegro, einschließlich des Kosovo im Sinne der Resolution 1244/99 des UN-Sicherheitsrats“ (KOM(2006) 27 endgültig).

<sup>178</sup> Statut des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, ICTY), [www.un.org/icty](http://www.un.org/icty); [www.icls.de/dokumente/icty\\_statut\\_dt.pdf#search=%22ICTY%22](http://www.icls.de/dokumente/icty_statut_dt.pdf#search=%22ICTY%22) 8.09.2006.

Die EU-Kommission konstatiert sogar im SAP-Jahresbericht vom 30. März 2004 zusammenfassend, dass die Länder des Westlichen Balkans Fortschritte gemacht haben und sich die Sicherheitslage stabilisiert hat. Ebenfalls sind Reformen in der öffentlichen Verwaltung und im Verteidigungsbereich begonnen worden. Auch hinsichtlich der regionalen Kooperation verzeichnet die Kommission eine Zunahme. Demgegenüber stehen jedoch nur geringe Fortschritte im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption. Ähnlich langsam kommen die Reformen in Verwaltung und Justiz voran, was sich u.a. in der stark verbesserungswürdigen Anwendung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften niederschlägt. Ein Jahr später stellt die Kommission im Bericht über „Fortschritte im Erweiterungsprozess: Türkei, Kroatien und westliche Balkanstaaten“ u.a. fest, dass im „Großen und Ganzen (...) die demokratischen Institutionen besser funktionieren, die Länder indessen ihre Reformanstrengungen intensivieren und vor allem einen wirklich unabhängigen öffentlichen Dienst schaffen müssen, der den Prozess der europäischen Integration tragen kann“ (<http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r18007.htm> 09.10.2006; vgl. auch KOM(2006) 27). Ebenso sind die Reformen im Justizsystem sowie der Polizei weiterhin unzureichend. Die gesamtwirtschaftliche Stabilität der Region sieht die Kommission zwar gestärkt, gleichwohl sind die Leistungsbilanzdefizite (im Waren- und Dienstleistungsverkehr und bei den Flüssen der Zinserträge zwischen diesen Ländern und Drittländern) weiterhin zu hoch. Um funktionierende Marktwirtschaften zu schaffen, müssen die Staaten des Westlichen Balkans „die Liberalisierung und die Privatisierung fortsetzen und die dafür erforderlichen rechtlichen Rahmen und Strukturen der Unternehmensführung schaffen“. Im Rahmen der regionalen Kooperation zeigen die zunehmende Anzahl der bilateralen Abkommen zwischen den Ländern des Westlichen Balkans, dass in dieser Hinsicht große Fortschritte erzielt wurden.

Die Berichte der EU-Kommission zeigen, dass der Westliche Balkan noch deutlich von dem erwünschten oben aufgeführten dritten Szenario entfernt ist. Und doch sind Fortschritte in den unterschiedlichsten Bereichen zu konstatieren, auch wenn diese von Staat zu Staat different ausgeprägt sind. Zusammenfassend

lässt sich festhalten, dass der Westliche Balkan auf einem guten Weg ist, das dritte Szenario zu erreichen. Der vorgegebene Zeitrahmen bis 2010 ist jedoch als völlig unrealistisch zu erachten und unbedingt auszuweiten.

### **Die „EU-Zukunftsregion Adria-Alpen-Pannonia“**

Auf Vorschlag der steirischen Industrie zur Bildung einer „EU-Zukunftsregion Südost“ wurde am 26. April 2002 in Graz die Absichtserklärung<sup>179</sup> über die Zusammenarbeit an der Initiative „EU-Zukunftsregion Adria-Alpen-Pannonia“ unterzeichnet. Diese Initiative war schon bei der Unterzeichnung ein europaweites Unikat, da sie ein Gebiet in fünf Staaten (vgl. Karte 31), mit fünf verschiedenen Sprachen und rund 17 Mio. Einwohnern umfasste. Durch das Einbinden der Autonomen Serbischen Provinz Vojvodina, die als „Lokomotive Serbiens nach Europa“ gilt ([www.landespressediens.steiermark.at/cms/beitrag/10156224/374565/print](http://www.landespressediens.steiermark.at/cms/beitrag/10156224/374565/print) 16.11.2006.), im Rahmen des EU-Projektes „MATRIOSCA-AAP“<sup>180</sup> sind es nun sogar sechs Nationen mit etwa 20 Mio. Einwohnern.

Die Partnerregionen arbeiten bis Ende 2007 im EU-Projekt „MATRIOSCA-AAP“ Strategien und Vorschläge für eine standardisierte Zusammenarbeit aus, um

- ◆ für alle Akteure in grenzüberschreitenden und transnationalen Kooperationen gegenseitige Vorteile zu gewinnen,
- ◆ eine integrierte und koordinierte Entwicklung zu sichern und
- ◆ eine enge Zusammenarbeit auf administrativer und politischer Ebene zwischen den Regionen zu erzielen sowie
- ◆ die Kooperation von Regionen, die an der Nahtstelle zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten lokalisiert sind, zu stärken.

---

<sup>179</sup>Absichtserklärung im Wortlaut unter [www.europa.steiermark.at/cms/dokumente/10030047\\_2951057/25cd8c0d/absichtserkl%C3%A4rung\\_deutsch.rtf](http://www.europa.steiermark.at/cms/dokumente/10030047_2951057/25cd8c0d/absichtserkl%C3%A4rung_deutsch.rtf) 21.11.2006.

<sup>180</sup>**MAN**agement Tools, effective **R**elations for new **I**nterregional **O**rganisation aimed at **S**trengthening the **C**ooperation among regions in the **A**dria-**A**lpe-**P**annonia space

Darüber hinaus sollen Strategien entwickelt werden, um das anschließende neue EU-Ziel „Territoriale Zusammenarbeit“ optimal zu nutzen. Insgesamt stehen MATRIOSCA-AAP bis Ende 2007 rund 850.000 EUR zur Verfügung (ELSSER-EIBEL 2006).

Karte 31: MATRIOSCA-AAP-Partnerregionen



### Kontinuität von historischen Grenzen

Die Analyse in Kapitel 4 zeigt deutlich die Überwindung abgrenzender Phasen in der Vergangenheit und die heutige Förderung verbindender Funktionen der Grenzregionen und grenzüberschreitender Kooperationen. Grenzen werden nunmehr als Brücken und Nahtstellen verstanden und dienen als Zentrum grenzüberschreitender Kooperationsräume. Eine zunehmende Öffnung nationalstaatlicher Zusammenhänge und die Integration in nationalstaatsgrenzenübergreifende regionale Einheiten, wie z.B. die AG Alpen-Adria, die EUREGIO Steiermark-Nordostslowenien oder die „EU-Zukunftsregion Adria-Alpen-Pannonia“, sind eine Folge dieses Paradigmenwechsels. Die Einrichtung und Etablierung von Großregionen gilt als ein Schlüssel beispielsweise einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik im globalisierten Markt: „Der Wettbewerb heißt ja nicht Steiermark gegen Slowe-

nien, sondern Europa gegen den Rest der Welt“, so der steirische Wirtschaftskammerpräsident PETER MÜHLBACHER (STEIRISCHE WIRTSCHAFT 02.04.2004).

Dabei bedeutet der Zusammenschluss einzelner Regionen innerhalb der Großregion „Adria-Alpen-Pannonia“ geopolitisch die de facto Re-Etablierung historischer Grenzen. So zeigt Karte 32 deutlich die territoriale Übereinstimmung der „EU-Zukunftsregion“ mit den ehemaligen Ordnungsmächten Königreich Italien und Österreich-Ungarn. Im Endeffekt kann von einer Kontinuität historischer Grenzen gesprochen werden, die die Etablierung stabiler transnationaler bzw. großregionaler Einheiten zum Ergebnis hat. Dabei liegen die Unterschiede zur historischen Großregion ganz klar in der Freiwilligkeit der Aufgabe von nationaler Teilsouveränität bzw. der Integration in transnationale Gebilde. Diese Aufgabe und Integration basiert im Gegensatz zu vergangenen Großregionen auf friedlichen und demokratischen Prozessen. Und doch zeigen sich auch hier eindeutige Exklusionsmuster, die mit impliziten Inklusionskriterien korrespondieren. Diese Kriterien umfassen u.a. die aufgeführte Freiwilligkeit, friedliche und demokratische Prozesse und sind bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterworfen. So basiert die Region auf stabilisierend wirkenden, verbindenden Grundmustern. Dazu gehören u.a. die historische Verbundenheit, ein vergleichbares Wirtschaftsniveau, der Rückgriff auf gleiche politische, gesellschaftliche und kulturelle Formen und die EU-Zugehörigkeit. Dieser Auflistung von notwendigen Gemeinsamkeiten zufolge zeigt sich ein diskrepantes Verhältnis zwischen Italien, Österreich, Ungarn, Slowenien auf der einen und Kroatien auf der anderen Seite. Und doch gibt es trotz einigen Nachholbedarfs, beispielsweise in wirtschaftlicher Hinsicht, eine grundsätzliche historische und kulturelle Verbundenheit, die Kroatiens Zugehörigkeit zur „EU-Zukunftsregion“ keineswegs konterkarieren, sondern rechtfertigen. Vor diesem Hintergrund ist auch die explizite Exklusion der restlichen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens zu begründen. Es ist die eindeutige Unvereinbarkeit mit den verbindenden Inklusionskriterien, die diese Abgrenzung zur Folge hat. Dessen ungeachtet gehört die Autonome Serbische Provinz Vojvodina seit 2005 zur „EU-Zukunftsregion“, was vordergründig wie die Aufgabe der stabilisie-

rend wirkenden Gemeinsamkeiten bedeutet. Hintergründig zeigt sich jedoch, dass die Vojvodina, wie Kroatien, ebenfalls dem ungarischen Teil der k.u.k.-Monarchie angehörte und somit zumindest das Inklusionskriterium historische Verbundenheit gegeben ist. Zusätzlich gilt sie als „Lokomotive Serbiens nach Europa“, die des weiteren aufgrund ihrer Sprachenvielfalt in den Parlamentssitzungen beeindruckt, wo die Reden in allen sechs Amtssprachen der Provinz gehalten und simultan übersetzt werden. Der österreichische Landtagspräsident PURR kommentierte dies wie folgt: „Weltweit wird das wohl nur vom Europaparlament übertroffen, wo jeder seine Muttersprache verwenden darf“ ([www.landespressedienst.steiermark.at/cms/beitrag/10156224/374565](http://www.landespressedienst.steiermark.at/cms/beitrag/10156224/374565) 21.11.2006.).

Karte 32: Die „EU-Zukunftsregion“ vor dem Hintergrund historischer Grenzen





## 6.2 Fazit und Thesen

Zwei gegensätzliche Konzeptionen großregionaler Zusammenschlüsse werden hier beschrieben. So stehen dem freiwilligen Zusammenschluss der „EU-Zukunftsregion“ die von der EU vorgenommene Klassifizierung des Westlichen Balkans gegenüber. Dabei ist letztere explizit im Zusammenhang mit der europäischen Integration der gesamten Region zu sehen. Diese Integration Schritt für Schritt hat langfristig die Mitgliedschaft in der EU zum Ziel. Dem gegenüber nutzt die EU-Zukunftsregion das Instrument der Exklusion, der Abgrenzung. So werden die Staaten des Westlichen Balkans – in diesem Fall aus oben aufgeführten Gründen ohne Kroatien und der Vojvodina – explizit außen vorgelassen. Sie entsprechen nicht den impliziten Inklusionskriterien und generieren die Sorge um eine Destabilisierung der gesamten Großregion.

Dabei ist der freiwillige Zusammenschluss von Regionen und Staaten zu Großregionen eindeutig ein Modell für die Zukunft. So formulierte WILLI BRANDT, zwar in einem anderen Zusammenhang folgenden Satz, der jedoch ebenfalls für die Großregionen Geltung hat: „Endlich wächst zusammen, was zusammen gehört.“ Nicht die völlige Aufgabe nationalstaatlicher Souveränität impliziert diese Aussage, sondern vielmehr die Bündelung von Kräften auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten. So zeigt diese Arbeit, dass viele Grenzen, künstlich gezogen, Regionen und Menschen voneinander trennen, die z.T. über Jahrhunderte zusammengehörten. Ähnliche, oftmals vom Zentrum differierende Lebensstandards, Arbeitsbedingungen, kulturelle, sprachliche u.a. Eigenheiten sowie z.T. enge familiäre, freundschaftliche oder wirtschaftliche Verbindungen lassen vielerorts die Grenzbevölkerung sich den Menschen jenseits der Grenze näher fühlen als der eigenen Bevölkerung im Landesinneren. Somit liegt in der Öffnung der nationalen Abgrenzungen und in der Kooperation innerhalb transnationaler Einheiten letztlich der Schlüssel für eine nachhaltige Zukunft. So können Defizite gemeinsam bekämpft und Stärken zusammen ausgespielt werden, um in der globalisierten Welt u.a. wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben bzw. zu werden.

### 6.3 Schlussbetrachtung

Im folgenden werden die dieser Arbeit zugrunde liegenden forschungsleitenden Thesen ausführlich diskutiert und modifiziert sowie erweitert. Daran anschließend bildet die Darstellung von Schlussfolgerungen den Rückgriff bzw. das Aufgreifen auf die theoretischen Ansätze dieses Vorhabens. Vor diesem Hintergrund werden zukünftige Forschungsfragen identifiziert und entwickelt. Den Abschluss bildet eine Zusammenfassung der vorliegenden Arbeit.

#### 6.3.1 Erörterung der Thesen

##### These 1

- Sloweniens spezifische Rolle innerhalb der SFR Jugoslawien, die geographische Nähe zu Westeuropa und die damit verbundene teilweise Permeabilität der Staatsgrenze legen den Grundstein für die relativ problemlose Trennung von der Föderation, die umfassende politische, ökonomische und gesellschaftliche Transformation innerhalb weniger Jahre, sowie für die rasche Aufnahme in die internationale Staatengemeinschaft und abschließend in die EU. Darin begründet liegt Sloweniens Rolle als Mittler zwischen der EU und dem Westlichen Balkan.

Vor dem Hintergrund der Untersuchung ist diese eingangs aufgestellte These in Teilen nunmehr deutlich zu modifizieren und zu ergänzen. Die spezifische Rolle Sloweniens innerhalb der SFR Jugoslawien ist sehr vielschichtig und gründet sich auf folgende zentrale Faktoren: Erstens konnte sich Slowenien aus seiner Zugehörigkeit zur k.u.k.-Monarchie auf eine, im gesamtjugoslawischen Vergleich, gut entwickelte Verwaltungs-, Verkehrs- und Industrieinfrastruktur stützen. Zweitens gepaart mit seiner geographischen Nähe zum westeuropäischen Absatzmarkt und der spezifischen föderalen Politik der SFR Jugoslawien, die den einzelnen Teilrepubliken eine relative Autonomie bescherte und die slowenische wirtschaftliche Entwicklung stützte, konnte sich Slowenien zur wirtschaftlich erfolgreichsten Teilrepublik entwickeln. Drittens fußte diese Entwicklung jedoch in großen Teilen auf den politischen Sonderweg, den die SFR Jugoslawien unter ihrem

Staatschef TITO eingeschlagen hat. Losgelöst vom sowjetischen Kommunismus konnte sich die SFR Jugoslawien – mit ihrem Sozialismus eigener Prägung – ihre politische Neutralität erarbeiten und avancierte zum Anführer der blockfreien Staaten sowie zu einem wichtigen Partner des Westens. Die hermetisch abgeriegelte systemische Grenze der bipolaren Weltordnung etablierte sich somit letzten Endes an der Ostseite der SFR Jugoslawien und ermöglichte definierte grenzüberschreitende Beziehungen zu den Staaten Westeuropas.

Diese spezifische jugoslawische Gesamtsituation bildete den Grundstein für Sloweniens relativ problemlose Trennung von der Föderation. Und doch spielen noch zwei entscheidende Bereiche in diese Gleichung mit hinein. So zeigt die Arbeit die realistische Einschätzung der politischen Rahmensituation zur Dekadenwende 1989/1990 durch Slowenien, aber auch seine umfassende militärische und organisatorische Vorbereitung im Vorfeld der Loslösung auf. Vor allem der für die J(V)A unerwartete Widerstand der slowenischen Territorialarmee führte zu einer schnellen Beendigung des bewaffneten Konflikts. Demgegenüber steht jedoch der zweite entscheidende Bereich. In diesem lässt sich klar feststellen, dass das serbisch dominierte jugoslawische Staatspräsidium, und somit MILOŠEVIĆ, am homogenen Slowenien für die Verwirklichung der großserbischen Idee de facto nicht interessiert war, und somit seine Loslösung nicht mit allen vorhandenen militärischen Mitteln und aller Vehemenz zu verhindern versuchte. Doch nicht nur die homogene Bevölkerungsstruktur, sondern auch die Nähe zu Italien und Österreich und somit die potenzielle Gefahr einer Ausweitung des Konflikts auf NATO-Staaten sind ebenfalls als eine entscheidende Größe aufzuführen.

Die ausführlich diskutierten Modifikationen bzw. Ergänzungen bilden jedoch nur einen Teil des Rahmens, auf den die slowenische Rolle aufbaut. Die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit waren geprägt durch eine politische Distanzierung vom Balkan mit seinem negativen Image und der eigenen Positionierung in Mitteleuropa. Erst mit der Sicherheit des bevorstehenden EU-Beitritts erinnerte sich Slowenien seines eigenen Kapitals, was schließlich den zweiten Teil des Rahmens bildet. Es sind dies vor allem die gemeinsame Vergangenheit und die Kenntnisse

der Sprache und Kultur. Somit lässt sich abschließend festhalten, dass Slowenien vor dem Hintergrund der nunmehr thematisierten Gründe in der einzigartigen Position ist, Mittler zwischen der EU und dem Westlichen Balkan zu sein.

Die rasche Anerkennung der staatlichen Souveränität Sloweniens und auch Kroatiens nach der Trennung war, wie politische Beobachter festgestellt haben, in großen Teilen dem historisch glücklichen Umstand geschuldet, dass Deutschland noch unter dem positiven Einfluss der Wiedervereinigung stand und das Recht einzelner Völker höher bewertete als die Erhaltung eines Staatsgebildes. Von dieser Meinung konnten die zentralen politischen deutschen Akteure ihre europäischen Partner „überzeugen“, und somit den Weg für die staatliche Anerkennung ebnen. Die Anerkennung der Souveränität erweiterte die eingeleiteten Transformationsprozesse um den Aufbau und die Etablierung nationalstaatlicher Organisationen und Institutionen. Dabei hatte Slowenien sowohl gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken als auch gegenüber den Ostblockstaaten den entscheidenden Vorteil, dass es bei der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Transformation nicht „bei Null“ beginnen musste, sondern vielmehr auf teilweise vorhandene Strukturen, eingeleitet in der SFR Jugoslawien, zurückgreifen und darauf aufbauen konnte. Der, vor allem bei der wirtschaftlichen Transformation, eingeschlagene Sonderweg Sloweniens stellte sich in der Rückschau als sehr erfolgreich heraus und doch sind Bereiche zu identifizieren, die von zahlreichen Experten als defizitär bzw. zumindest als Schwächen der slowenischen Transformation bezeichnet werden. So zeigen sich diese bei der Privatisierung sogenannter strategischer Unternehmen, aber vor allem in der z.T. noch engen Vernetzung zwischen Politik und Wirtschaft, wobei vielmehr die Art der Vernetzung als problematisch angesehen wird. Diesen alten Seilschaften, auf der sozialistischen Tradition fußend, soll mit Hilfe der inneren Transformation, die erst mit dem Regierungswechsel Ende 2004 eingeleitet wurde, entgegengewirkt werden. Dabei lässt sich durchaus eine Diskrepanz zwischen den von Experten geforderten Entwicklungsprozessen und dem tatsächlich beschrittenen slowenischen Weg erkennen. Wider aller Erwartungen von Experten ist Sloweniens Weg ohne große

Brüche verlaufen und als erfolgreich anzusehen, ist es doch nach nur 14 Jahren Mitglied der EU und der Europäischen Währungsunion. Des Weiteren ist ebenfalls eine notwendige Differenzierung hinsichtlich alter Eliten vorzunehmen. Zwar ist ihnen ihre Sozialisation im Sozialismus gemeinsam, aber dennoch lassen sie sich in konservatorische und modernisierende Kräfte trennen.

## **These 2**

- Die Qualitäts- und Funktionswechsel der Grenzen Sloweniens im Laufe sich verändernder politischer Rahmenbedingungen generieren positive Entwicklungspotenziale für die bis dato geographisch und ökonomisch von der gesamtstaatlichen Entwicklung abgekoppelten Regionen Pomurje und Podravje, wobei die offiziell trennende Wirkung der slowenisch-kroatischen Grenze in vielen Bereichen pragmatisch umgangen wird.

Es gibt nur wenige Regionen in Europa, deren Grenzen so z.T. umfassende Qualitäts- und Funktionswechselprozesse durchlaufen haben, wie es bei den Beispielregionen Pomurje und Podravje im Nordosten Sloweniens vorzufinden ist. Dabei haben auf geographisch engstem Raum und in vergleichsweise direkter Nachbarschaft völlig differente Prozesse stattgefunden. So ist die slowenisch-österreichische Grenze im Norden durch ihre relativ lange grenzüberschreitende Kooperationstradition charakterisiert. Die institutionalisierten Kooperationen nach der Unabhängigkeit Sloweniens innerhalb der INTERREG III- und PHARE-Programme fußten auf der Zusammenarbeit in der 1978 gegründeten AG Alpe-Adria. Dabei zeigten sich jedoch in den INTERREG- und PHARE-Kooperationen auch die Unzulänglichkeiten der unterschiedlichen Programmatiken. Zusätzlich spielen weitere Faktoren mit hinein. So herrschte über Jahre ein deutliches wirtschaftliches Entwicklungsgefälle an dieser Grenze, welches erst in den letzten Jahren ausgeglichen werden konnte. Die Zusammenarbeit fand somit über lange Zeit nicht auf Augenhöhe statt, was den grundsätzlichen Vorbehalten in Slowenien gegenüber einer Ausweitung österreichischer Interessenssphären und damit zusammen-

hängend auch die Einschränkung gerade erst erlangter Souveränität Nahrung gab. Ohne diese Vorbehalte aufzugeben – sie tauchen in den Diskussionen um die Zuschnitte neuer EUREGIOs oder die „EU-Zukunftsregion“ weiterhin auf – hat sich nunmehr eine Kooperation auf Augenhöhe etabliert, die zunehmend losgelöst von europäischen Strukturprogrammen realisiert wird. Als größtes Potenzial kann in diesem Zusammenhang, wie thematisiert, der Entwicklungsmotor Graz und die in Teilbereichen enge Verbindung zu Maribor angesehen werden.

Demgegenüber fehlt an der slowenisch-ungarischen Grenze diese Kooperationserfahrung. Die Grenze war über Dekaden hermetisch abgeriegelt. Innerhalb von nur vierzehn Jahren wandelte sich diese Grenze jedoch hin zur EU-Binnen-grenze. Damit einhergehend erfolgte der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, was sich u.a. in zunehmenden Grenzüberschreitungen manifestierte. Es zeigt sich aber, dass den ungarischen Grenzkomitaten der impulsgebende Charakter, den Graz für die nördliche Grenzregion innehat, fehlt. So weist die ungarische Grenzregion ein ähnlich niedriges Entwicklungsniveau auf wie die slowenische, was de facto eine zusätzlich Erschwerung der Ausgangssituation für mögliche Kooperationen bedeutet. Zusätzlich führen Experten vor Ort an, dass die Menschen an der Grenze dem raschen Qualitäts- und Funktionswechsel nicht ebenso rasch folgen konnten. Ihrer Meinung lässt sich festhalten, dass die Offenheit dieser Grenze noch nicht vollständig in den Köpfen der Menschen angekommen ist. Denn auch hier gibt es Vorbehalte, die in der Historie begründet liegen. Dabei zeigen sich gerade in der gemeinsamen Vergangenheit bzw. Zugehörigkeit zum ungarischen Reichsteil, und somit in der Kenntnis der Sprache und Kultur, aber auch in ähnlichen Traditionen, vor allem für Pomurje entscheidende Potenziale für seine Entwicklung. Diese offensichtlichen Vorteile spiegeln sich jedoch noch nicht in grenzüberschreitenden Kooperationen wider. Vielmehr etabliert sich die Zusammenarbeit nur langsam.

Die slowenisch-kroatische Grenze schließlich hat einen besonderen Stellenwert in dieser Arbeit, was ihrem speziellen Charakter Rechnung trägt. Deren Wandel von einer administrativen Grenze hin zur EU-Außen- und bald Schengen-

raumgrenze wird ausführlich thematisiert. Zentral in diesem Zusammenhang ist jedoch die offensichtliche Diskrepanz zwischen offizieller Reglementierung dieser Grenze und der praktischen als auch pragmatischen Umsetzung der entsprechenden Regeln. Diese Grenzregion ist, ähnlich wie die ungarische Grenze, durch fehlende Impulsmöglichkeiten auf kroatischer Seite charakterisiert. Deutlich hat diese Arbeit aufgezeigt, dass selbst zwischen der am geringsten wirtschaftlich entwickelten slowenischen und der am höchsten entwickelten kroatischen Grenzgemeinde ein Entwicklungsgefälle besteht. Neben dieser lokal-regionalen Problemlage zeigt sich auf nationaler Ebene, beispielsweise in der politisch gewollten Priorisierung der Verkehrswegeplanung, ein zusätzliches Problemfeld. So wird die Nord-Süd verlaufende Verkehrsrouten weiterhin als nachrangig eingestuft. Dabei könnte die Nähe zur kroatischen Hauptstadt Zagreb mit einer verbesserten Verkehrsanbindung für den Nordosten Sloweniens Potenziale beinhalten.

Abschließend kann somit festgestellt werden, dass der Qualitäts- und Funktionswandel der Grenzen – die slowenisch-kroatische Grenze muss diesbezüglich z.T. differenziert gesehen werden – für die Regionen im Nordosten Sloweniens die Chance auf Verlust ihres geographischen Peripheriestatus bedeutet. Die Teilnahme und Integration innerhalb großregionaler Zusammenhänge verstärkt diesen Trend und die Beispielregionen haben das Potenzial nicht nur geographisch zum Herzen Europas zu avancieren. Allem liegt jedoch die Prämisse zugrunde, dass man wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen ändern kann. Vorhandene Potenziale können aber erst dann nachhaltig genutzt werden, wenn auch die Menschen selbst bereit sind, sich ändern zu wollen.

### These 3

- Für Slowenien ergibt sich aus seiner doppelten Identität als ehemalige Teilrepublik der SFR Jugoslawien und Mitglied der EU die Möglichkeit, im Rahmen von Programmen und Initiativen sowie mit wiedererstarrenden Handelsbeziehungen auf der lokal-regionalen Mikroebene, der regional-nationalen Meso- als auch auf der transnationalen Makroebene, eine vermittelnde und stabilisierende Rolle im Westlichen Balkans zu übernehmen.

Vor dem Hintergrund der nachgewiesenen Möglichkeit der Übernahme einer spezifischen Mittlerrolle Sloweniens ist hier nunmehr zu überprüfen, inwiefern diese Rolle von Slowenien wahrgenommen und vor allem von den Staaten des Westlichen Balkans akzeptiert wird. Doch auch diese forschungsleitende These ist nach Abschluss der Untersuchung zu modifizieren. So ist Sloweniens doppelte Identität als ehemalige Teilrepublik der SFR Jugoslawien und seit 2004 Mitglied der EU zwar unzweifelhaft, aber innerhalb der dreischichtigen Programm- und Initiativmatrix ergeben sich differenzierte Sichtweisen. Auf der lokal-regionalen Mikroebene weist die Arbeit starke traditionelle grenzüberschreitende Bindungen und nichtinstitutionalisierte Kooperationen an der slowenisch-kroatischen Grenze nach. Gleichzeitig werden diese Verbindungen durch die Reglementierung, aufgrund der Etablierung der EU-Außen- und Schengenraumgrenze, z.T. erschwert bzw. behindert. Auch wenn die Reglementierung im alltäglichen Leben an der Grenze meist pragmatisch gelöst wird, zeigt sich eher eine trennende als eine verbindende Tendenz. Unklar ist, ob der mittelfristige EU-Beitritt Kroatiens diesen eingesetzten Trend wieder umkehren kann oder ob sich dieser längerfristig manifestiert.

Auf der regional-nationalen Mesoebene existieren mit den Strukturförderprogrammen der EU institutionalisierte Kooperationen. Für Slowenien als EU-Mitglied gilt die Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA und Kroatien ist in das Vorbeitrittsinstrumentarium PHARE bzw. PHARE CBC eingebunden. Die unter-



schiedliche inhärente Programmatik, aber auch die verschiedenen zuständigen Generaldirektionen dieser beiden Programme erschweren generell Kooperationsbemühungen zwischen EU-Mitglieds- und Nicht-Mitgliedsstaaten. Bei den Vorhaben, die dennoch realisiert werden, besteht zusätzlich die Gefahr, dass sie auf der zweifelsohne wichtigen, aber wenig nachhaltige Impulse generierenden kulturellen Kooperationsebene verharren. So hat schon 2003 BARBARA ZECHMEISTER in ihrer Dissertation zu INTERREG III und PHARE die Einrichtung eines mehrjährigen Programms namens „BORDERREG“ gefordert, welches eine Mischform aus INTERREG und PHARE darstellen sollte. Auch vor dem Hintergrund dieser Arbeit kann eine Zusammenführung bzw. Neudefinition der bestehenden grenzüberschreitenden Programme postuliert werden. Letzten Endes würde dies eine Effizienzsteigerung zur Folge haben und dem hehren Ziel der Verminderung von interregionalen Disparitäten gerechter werden.

Die transnationale Makroebene lässt sich noch in zwei unterschiedliche Bereiche differenzieren. Den ersten Bereich stellen die den Westlichen Balkan und Südosteuropa umfassenden Programme und Initiativen dar. Sie sind zentrale Instrumente für eine transnationale Zusammenarbeit in dieser Region, die durch ihre Zersplitterung geprägt ist. Auch Slowenien unterstützt diese Instrumente und nimmt an den diese Region umfassenden Programmen und Initiativen teil. Den meisten Programmen und Initiativen haftet jedoch der „Makel“ an, dass sie nicht von den involvierten Staaten, sondern von Außen initiiert eingerichtet wurden. Sie sind somit nicht aus eigenem Kooperationswillen der entsprechenden Staaten entstanden. So ist der Nutzen für die Region bzw. ihre Bereitschaft zur aktiven Teilnahme auch immer kritisch zu hinterfragen. Des Weiteren kommen die meisten Programme und Initiativen nicht über ein zwischenstaatliches Diskussionsforum hinaus, was ihre Effektivität ebenfalls stark in Frage stellt. Es sind somit eher die kleinen zwischenstaatlichen vertrauensbildenden Maßnahmen, die im Rahmen der Programmzusammenarbeit entstehen, zu erwarten, als die Erreichung großer programmatischer Ziele. Der zweite Bereich in dieser transnationalen Makroebene scheint jedoch eine höhere Effizienz zu haben: Die aufgeführte „EU-Zukunftsre-

gion Adria-Alpen-Pannonia“. An ihr zeigt sich deutlich der Wandel von administrativ eindeutig abgegrenzten Einheiten hin zu spezifischen Zusammenhängen. Die Integration von Teilen Kroatiens und vor allem der Autonomen Serbischen Provinz Vojvodina zeigt den inhärenten Pragmatismus, der an EU-Grenzen nicht halt macht. Als entscheidendes verbindendes Kriterium wird die Wirtschaft angesehen. Dabei geht es um die Etablierung eines Wirtschaftsraumes, der einerseits zur Stabilisierung des regionalen Gefüges beiträgt, aber andererseits vor allem weltweit wettbewerbsfähig ist. Es wird erwartet, dass über diese wirtschaftliche auch eine allgemeine Annäherung entsteht, die helfen kann, vorhandene Gräben und gegenseitiges Misstrauen zu überwinden. Die tatsächlichen wirtschaftlichen Zahlen spiegeln diese wirtschaftliche Annäherung jedoch noch nicht in Gänze wider. So steigen die Wirtschaftsbeziehungen beispielsweise zwischen Slowenien und dem Westlichen Balkan, da vor allem mit Kroatien, seit Jahren zwar an und doch sind weiterhin die anderen EU-Staaten wichtigster Handelspartner. Dies gilt ebenfalls für die Staaten des Westlichen Balkans, deren zwischenstaatlichen wirtschaftlichen Beziehungen noch stark unterentwickelt sind. Der ehemalige gemeinsame jugoslawische Wirtschaftsraum ist heute noch immer geprägt durch seine starke Zersplitterung, die ihre Gründe in den kriegerischen Ereignissen der 1990er Jahre und ihre Manifestation in unterschiedliche Zölle, Währungen, Handelsrestriktionen etc. hat.

Zusammenfassend zeigt sich, dass Slowenien nicht nur auf der Nahtstelle zwischen der EU und dem Westlichen Balkan lokalisiert ist, sondern im Rahmen der EU-Zukunftsregion sogar das geographische Zentrum einer, diese Nahtstelle übergreifenden, regionalen Einheit bildet. Dabei liegen Sloweniens Potenziale zur Heranführung und Eingliederung der Länder des Westlichen Balkans in die EU primär nicht unmittelbar in seinem erfolgreichen Weg zur europäischen Integration begründet. Zu differenziert stellen sich der slowenische Weg, aber auch die Voraussetzungen dar, als dass dieser von den Staaten des Westlichen Balkans übernommen oder gar kopiert werden könnte. Vielmehr zeigt sich in Sloweniens Teilnahme an den Programmen und Initiativen der Mehrwert für die Staaten der

Region. So übernimmt Slowenien eine mäßigende Rolle bzw. hat einen mäßigenden Einfluss innerhalb der Programme. Zusammen mit der vorgelebten kooperativen Beziehung zur EU im Rahmen seines EU-Beitritts können diese zwei Bereiche für die weitere europäische Integration der Staaten des Westlichen Balkans als zentral angesehen werden und einen Vorbildcharakter haben.

### **6.3.2 Schlussfolgerungen**

#### **(Geographische) Transformationsforschung und Integrationsforschung**

Die vorliegende Arbeit basiert auf dem Ansatz der geographischen Transformationsforschung, deren selbstgestellte Aufgabe in der Erfassung, Analyse und ggf. Prognose der „Komplexität des politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und institutionellen Wandels nach dem Zusammenbruch eines politischen Systems in einer raumbezogenen Betrachtungsweise“ (MIGGELBRINK 1997: 104) besteht. So steht Slowenien 1990/91 im Rahmen seiner Unabhängigkeitsbestrebungen vor der Aufgabe der erstmaligen Organisation und Etablierung seiner nationalstaatlichen Souveränität. Die Grundlagen seines politischen und gesellschaftlichen Wandels sind jedoch schon während der 1980er Jahre gelegt worden, was ein entscheidender Grund für die Beschleunigung der Veränderungsprozesse darstellt. Dabei lässt sich am Beispiel Sloweniens, gerade vor dem Hintergrund seiner beschleunigten Prozesse, der Weg von der Transformation zur Integration, sowie deren zugrundeliegenden Forschungsansätze, nur schwer trennen. Denn so wenig die Transformation in Slowenien mit der Unabhängigkeit ihren Anfang nimmt, so sehr steht diese von Beginn an unter dem Postulat der europäischen Integration. Somit lässt sich festhalten, dass Sloweniens Weg von der Unabhängigkeit bis zum EU-Beitritt sowohl von Transformations- als auch von Integrationsprozessen beeinflusst wird, die sich gegenseitig bedingen, z.T. verstärken und aufeinander aufbauen. Dabei ist zweifelsohne eine phasenhafte Dominanz der jeweiligen Prozesse zu identifizieren, die jedoch nur schwerlich festen Zeitmustern folgt. So ist innerhalb der drei zu identifizierenden Phasen von der ersten bis zur letzten Phase ein Wandel in der Dominanz von den Transformations- hin zu Integrationsprozessen

festzustellen. Die mittlere Phase ist hingegen durch eine relative Gleichzeitigkeit der beiden Prozesse und der Balance ihrer Dominanz geprägt.

Der Darstellung der Veränderungsprozesse auf nationaler Ebene folgt eine auf Mesoebene stattfindende Analyse der Beispielregionen, was ein Betreten relativen Forschungsneulandes bedeutet. Das Ziel dieser Regionalanalyse war die Ausarbeitung von Gründen für Transformations- und Entwicklungsdefizite, sowie darauf aufbauend die Identifizierung inhärenter regionaler Potenziale. Deutlich zeigt sich, dass selbst in den vergleichsweise kleinen Beispielregionen unterschiedliche Implikationen als „Ergebnis differenzierter Einflussgrößen und verschiedener Akteure“ (STADELBAUER 2000) zu beobachten sind. So ist die in Kapitel 4 beschriebene Kleinstteiligkeit der Grundeigentumsstruktur sowie ihre diversifizierte Erbschaftsstruktur, mit den Auswirkungen auf den Ankauf der Grundstücke für den Ausbau transnational bedeutender Verkehrswege, vor diesem Hintergrund zu verstehen. Dieses Beispiel zeigt deutlich die Beeinflussung aktueller Transformations- bzw. Veränderungsprozesse durch historische Komponenten.

Zusätzliches zeigt sich in dem Faktum, dass Transformation und Integration nicht nur mit dem schematischen Ablaufen, sondern auch immer mit dem Erlernen von Prozessen zu tun hat. Ausführlich sind in dieser Arbeit die Schwierigkeiten und Vorbehalte innerhalb transnationaler Kooperationen diskutiert worden. Diese sind jedoch vor dem Hintergrund des Erlernens von Prozessen zu verstehen. Innerhalb Sloweniens besteht keine allgemeine traditionelle Kooperationskultur. Dies äußert sich u.a. in Schwierigkeiten bei der Erarbeitung ganzheitlicher (Entwicklungs-)Strategien und tragfähiger Konzepte. Es herrscht ein „klein-klein“ bzw. eine Tendenz zur Kleingliedrigkeit vor, die sich auch in der vorherrschenden Diskrepanz zwischen zunehmender Fraktionierung auf der kommunalen Ebene gegenüber pluridimensionalen Kooperationen wiederfindet. Diese Tendenz bedeutet eine Abkehr vom allgemeinen europäischen Trend zu regionalen Zusammenschlüssen. Vielmehr werden mehr und mehr Zusammenschlüsse zu größeren Einheiten angestrebt.

## Geopolitik und geographische Grenzraumforschung

Die Arbeit stellt ein Novum innerhalb der deutschsprachigen wissenschaftlichen Abhandlungen über Sloweniens Lage auf der Nahtstelle zwischen der EU und dem Westlichen Balkan dar. Bis zur systemischen Wende innerhalb der SFR Jugoslawien lokalisiert, waren die Themenschwerpunkte anders gelagert und nach der Unabhängigkeit schien sich im deutschsprachigen Raum niemand für diese spezielle Thematik zu interessieren. Seit Sloweniens erfolgreichem Weg in die EU und spätestens seit seinem Beitritt zur Europäischen Währungsunion nimmt das Interesse zu und wird die Bedeutung Sloweniens geopolitisch zentraler Lage zweifelsohne anerkannt. Vor diesem Hintergrund fußt diese Arbeit auch auf einem geopolitischen Ansatz, der nach STADELBAUER definiert ist als „angewandte Politische Geographie, die das Ziel der Politikberatung zum Zwecke der Konfliktvermeidung globalen wie regionalen Ausmaßes verfolgt“ (KOST 2000: 172). Das Hinzuziehen der geographischen Grenzraumforschung, eingebettet in die Politische Geographie, komplettiert den hier eingesetzten Forschungsansatz. Dabei verharret die vorliegende Untersuchung nicht im klassischen Ansatz der Politischen Geographie, welcher sich hauptsächlich mit Fragen hinsichtlich Grenzen als politische Trennlinien, Grenzziehungsproblemen und dem Entstehen von Konflikten entlang dieser Linie beschäftigte. Vielmehr nimmt sie diesen als notwendige Basis, um in einer erweiterten Sichtweise die Untersuchung von Prozessen und den Einfluss auf den Grenzraum bzw. die Grenzregion in den Vordergrund zu stellen. So haben Qualitäts- und Funktionswechsel von Grenzen immer Auswirkungen auf die Grenzregionen. Hier bedeuten die zunehmende Öffnung ehemals trennender Barrieren Chancen und Entwicklungspotenziale für den jahrzehntelang vernachlässigten Nordosten Sloweniens. Es zeigt sich, dass das Forschungsobjekt Slowenien für die hier angewandten Disziplinen einen Mehrwert bedeutet. So ist der Einfluss dreier grundsätzlich differenter Grenzregime auf einen vergleichsweise kleinen geographischen Raum wohl als Unikum zu betrachten, welches den Forscher zu einer sehr differenzierten Untersuchungsstrategie verpflichtet. Des Weiteren belegt die Arbeit sehr plastisch, dass der Umgang mit den offenen Grenzfra-

gen zwischen Slowenien und Kroatien einen modellhaften und wegweisenden Charakter haben kann. Diese offenen Fragen werden in zyklischer Regelmäßigkeit stark medial überspitzt und instrumentalisiert. Dabei zeigt sich im Schatten politischen Kalküls der relativ problemlose und pragmatische Umgang mit diesen Fragen im alltäglichen Leben der Betroffenen. Ohne exakt definierter rechtlicher Grundlagen funktioniert das Zusammenleben an der Grenze. Die Vermeidung von Eskalationen bedeutet einen neuen bzw. zumindest anderen Ansatz auf dem Territorium der ehemaligen SFR Jugoslawien. Komplexe zwischenstaatliche Fragen werden zwar, z.T. lautstark und unter Aufbau von Drohkulissen sowie medial inszeniert, diskutiert, verlassen jedoch nicht die diskursive politische Ebene. Somit lässt sich davon ausgehen, dass in den folgenden Jahren zwar eine weitere Instrumentalisierung und Medialisierung innerhalb dieses Themenkomplexes stattfinden wird, aber parallel auch weiterhin pragmatische Lösungen und Wege des alltäglichen Umgangs gefunden werden. Diese Zweischichtigkeit der zwischenstaatlichen Beziehungen hinsichtlich diffiziler Fragen kann letzten Endes ein Modell für den Westlichen Balkan darstellen und als Beispiel für eine funktionierende Strategie zur Konfliktvermeidung regionalen Ausmaßes, im Sinne der dieser Arbeit zugrunde liegenden Definition von Geopolitik, herangezogen werden.

Der Hauch des Besonderen umweht Slowenien auch in einer weiteren Hinsicht. So fußt diese Arbeit auf einen dualistischen Ansatz, der neben der Untersuchung und Analyse der Qualitäts- und Funktionswechsel der slowenisch-kroatischen Grenze und ihre Auswirkungen auf die Grenzregionen, Slowenien per se als nationale Grenzregion definiert. Diese zweite, erweiterte Sichtweise bildet die Basis zur Erarbeitung Sloweniens potenzieller Rollenfunktion als Brücke zwischen der EU und dem Westlichen Balkan. Somit steht diese erweiterte Sichtweise unter dem aktuellen europäischen Ansatz, Grenzregionen eine brücken- und verbindende Funktion zuzusprechen. Im vorliegenden Beispiel ist sie zentraler Bestandteil einer Befriedungs- und Stabilisations-, sowie letztlich einer europäischen Heranführungsstrategie für die Länder des Westlichen Balkans. Dies geschieht mit Hilfe von Programmen, Initiativen, gezielter Strukturförderung, aber vor allem mit ei-

ner aktiven Rolle Sloweniens als verbindender Mittler. Somit zeigt sich auch auf dieser nationalen-transnationalen, losgelöst von der lokal-regionalen, Maßstabsebene, dass die politischen Akteure und Entscheidungsträger ihren Strategien die Konfliktvermeidung als zielführendes Element zugrunde legen.

### **6.3.3 Weiterführende Forschungen**

Anhand der Analysen und Ergebnisse des Promotionsvorhabens lassen sich weiterführende Forschungsthemen bzw. -felder identifizieren, die von anderen Forschern besetzt werden könnten. So zeigt sich der Vorschlag nach Einrichtung und Etablierung eines „BORDERREG“-Programms, also eine Mischform der bisherigen INTERREG III- und PHARE-Programmatik, als ausbaufähige Idee zur Effizienzsteigerung der europäischen Strukturförderprogramme. Dies würde jedoch eine grundlegende Neu- bzw. Umdefinition der Strukturen und Finanzen voraussetzen. Die Zusammenlegung der bisher auf zwei Generaldirektionen aufgeteilte Programmverantwortung in eine Abteilung wäre ein entscheidender Schritt. Ein solch zukunftsweisender Schritt wurde für die gerade begonnene Programmphase nicht gewagt, könnte jedoch vor dem Hintergrund umfassender Forschungsergebnisse, die diesen Schritt aller Voraussicht nach als effizient und notwendig bestätigen würden, für die Phase ab 2014 von Interesse sein. Letzten Endes stehen im Westlichen Balkan noch weitere Staaten an der Schwelle zur EU und werden somit in den Genuss europäischer Strukturförderung kommen. Derzeit kommen diese leider auch in den Genuss der Schwierigkeiten, die die unterschiedlichen Programmatiken zur Förderung von EU-Mitgliedern und EU-Nichtmitgliedern mit sich bringen.

Mit dem Hinweis auf die Staaten an der Schwelle zur EU eröffnet sich ein weiteres Forschungsfeld, welches das slowenisch-kroatische Grenzregime zum einen nach der endgültigen Etablierung der EU-Außen- und Schengenraumgrenze und zum anderen nach dem erfolgten Beitritt Kroatiens zur EU in den Fokus nimmt. Viele diesbezüglich in dieser Arbeit aufgeführten Punkte sind bislang noch Vermutungen oder sogar Hoffnungen. Höchst interessant wäre eine Untersuchung

der tatsächlichen Auswirkungen der zwangsläufig folgenden Qualitäts- und Funktionswechsel dieser speziellen Grenze.

Ein zusätzliches Feld weiterführender Forschungen ließe sich des weiteren auch in einer umfassenden Untersuchung, der in dieser Arbeit entwickelten These zur Kontinuität historischer Grenzen in diesem geopolitisch sensiblen Raum identifizieren. Welche, über die Wirtschaft hinaus, verbindende Merkmale existieren noch? Lässt sich eine Erweiterung der „EU-Zukunftsregion“ innerhalb der historischen Grenzen anhand zu definierender Faktoren antizipieren? Welche Rahmenbedingungen müssten gegeben sein, dass diese Grenzen überschritten werden? Welche Auswirkungen hat die zunehmende Etablierung auf die Stabilität des gesamten Westlichen Balkans? Gibt es korrespondierende Momente zwischen dieser regional-nationalen Initiative und dem europäischen Integrationsprozess? Dies sind nur einige mögliche Fragenkomplexe, denen weitere Forschungsvorhaben nachgehen könnten.

Abschließend lässt sich ein weiteres Forschungsfeld im slowenischen Transformationsprozess bzw. in den -prozessen identifizieren. So zeigt die Rückschau, dass sich die politischen Entscheidungsträger in Slowenien für einen eigenen Weg entschieden haben. So wurden beispielsweise bei der Transformation der Wirtschaft, der Art der Privatisierung oder der Einführung des Slowenischen Tolars sowohl internationale aber auch teilweise nationale Expertenmeinungen negiert und nicht umgesetzt. Die vorhergesehene Katastrophe blieb jedoch aus. Vielmehr strafte die positive Entwicklung Sloweniens die vorgeschlagenen Konzepte Lügen. 16 Jahre nach der Unabhängigkeit ist Slowenien nunmehr Mitglied der EU und der Europäischen Währungsunion. Wie konnten sich so viele namhafte Experten scheinbar täuschen? Was ist das besondere an Sloweniens Weg und warum funktionierte dieser so ausgesprochen gut? Ist dieser Weg auch für andere Staaten möglich? Dies sind nur einige der interessanten Fragestellungen in diesem Bereich.



## 6.4 Zusammenfassung

Die vorliegende Untersuchung „Slowenien – Ein Grenzland mit Vorbildfunktion“ ist eingebettet in einen geopolitischen Ansatz, der das Ziel einer Politikberatung, zum Zwecke der Konfliktvermeidung globalen wie regionalen Ausmaßes verfolgt. Darauf aufbauend zeigt die Darstellung der Leitlinien der Geopolitik und der Grenzraumforschung, dass sowohl die deutsche Geopolitik als auch die geographische Grenzraumforschung schwer an der Hypothek ihrer Verstrickungen mit der Nazi-Ideologie im Dritten Reich tragen. Im Gegensatz zur Geopolitik konnte sich die Grenzraumforschung jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichsweise rasch innerhalb der Raumwissenschaften wieder etablieren. Für beide Disziplinen stellt der Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung einen zentralen Wendepunkt dar. Neue Aufgaben und Forschungsfelder sind im Zuge der Neuordnung der Welt entstanden. Dabei zeigen sich in zeitlicher Verzögerung vor allem bei der Geopolitik ihre zentralen Kompetenzen hinsichtlich ihrer krisen- und konfliktminimierenden Handlungsansätze, die in zunehmend entpolarisierten und terroristisch motivierten Konflikten ein nutzbares Instrumentarium bilden. Es zeigt sich, dass der zunehmenden Entgrenzung von Konflikten, auf die die Geopolitik adäquate Antworten geben kann, und der zunehmenden Grenzenlosigkeit von Personen- und Warenverkehr innerhalb der EU eine Intensivierung der Grenzraumforschung gegenübersteht. Dabei hat sich jedoch der Blickwinkel fundamental verändert, denn Grenzen werden nunmehr als Kontakt- und Berührungspunkte identifiziert und die daran angrenzenden Regionen sind als eigenständige Akteure auf europäischer Ebene etabliert. Es wird deutlich, dass ein über Dekaden erfolgter Bedeutungswandel bzw. -zuwachs der europäischen Regionen stattgefunden hat. Dieser liegt dem heutigen Konzept vom „Europa der Regionen“ zugrunde, in welchem die Regionen in den EU-Mitgliedsstaaten gefördert und in ihrer regionalen Eigenständigkeit unterstützt werden. Dabei ruht der Fokus, zumindest von Seiten der EU, auf den Grenzregionen, als Regionen mit speziellen Problemen. Diese sollen mit Hilfe von europäischen Strukturförderprogrammen (z.B. INTERREG III und das Vorbeitrittsinstrumentarium PHARE sowie

PHARE CBC zur eigentlichen Förderung von Grenzregionen) bei der grenzüberschreitenden Kooperation unterstützt werden. Innerhalb dieser Programme bildet INTERREG III das finanzstärkste strukturpolitische Instrument, mit dessen Hilfe sich die EU dem erklärten Ziel der Verminderung von innereuropäischen Disparitäten verschreibt. Mit der Erweiterung der EU 2004 um zehn neue Mitglieder haben sich diese Disparitäten noch verstärkt. Die strukturpolitischen Instrumente haben vor diesem Hintergrund einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren. Gleichzeitig sind die Finanzmittel innerhalb der Programme erhöht worden und werden für die Programmperiode 2007-2013 weiter erhöht. Es gilt die peripheren Grenzregionen als Kooperationsräume verstehend zu unterstützen, die innereuropäischen Disparitäten zu verringern, um letztlich die EU zu stabilisieren.

Slowenien gehört zu den Kandidatenländern, die 2004, nach Jahren der Vorbereitung, der EU beigetreten sind. Der Zusammenbruch der SFR Jugoslawien bzw. die Loslösung der sozialistischen Teilrepublik Slowenien von diesem föderalen staatlichen Gebilde im Jahre 1991 bildet den Startpunkt für einen umfassenden Systemwechsel. Dabei weist dieser Systemwechsel in Slowenien, der neben der politischen und wirtschaftlichen Transformation auch den Aufbau eines eigenen Nationalstaates erforderte, einige wesentliche Merkmale auf:

1. Slowenien hat im Transformationsprozess einen relativ komfortablen Weg beschritten.
2. Die slowenische Gesellschaft musste für diesen Prozess nur einen vergleichsweise niedrigen Preis aufbringen.

Die Gründe dafür liegen vor allem in der ethnisch homogenen Bevölkerung, im hohen ökonomischen Entwicklungsstand, der z.T. auf die historische Zugehörigkeit zu Österreich innerhalb der k.u.k.-Monarchie, aber größtenteils auf die Nähe zu den westeuropäischen Absatzmärkten, zurückzuführen ist, und in der langen zivilgesellschaftlichen Tradition. Ein ganz zentrales Element sind zusätzlich auch der Zeitfaktor und die Tatsache, dass in Slowenien der gesellschaftliche und politische Wandel bereits in den 1980er Jahren seinen Anfang nahm. Dabei wur-

den die Transformationsprozesse dem prioritären politischen Ziel Sloweniens, der EU beizutreten, untergeordnet und bekamen somit einen zunehmend integrativen Charakter. Seit der Jahrtausendwende kann man in Slowenien somit de facto nicht mehr von Transformationsprozessen sprechen, sondern muss die Veränderungen vielmehr als Integrationsprozesse definieren. Im direkten Vergleich zu westeuropäischen Staaten haben manche ökonomische Prozesse zudem ebenfalls den Charakter von Veränderungen im Rahmen eines Strukturwandels, ohne in diesem Zusammenhang jedoch die Dimension des politischen und systemischen Umbaus schmälern zu wollen. Dieser Erfolg der Veränderungsprozesse ist sogar quantifizierbar. Beim Ranking des Bertelsmann Transformation Indexes (BTI) zum Stand der Transformation zur marktwirtschaftlichen Demokratie erreichte Slowenien 2003 den zweiten Platz. Dennoch zeigen sich innerhalb dieser Erfolgsgeschichte auch differenzierte Sichtweisen und punktuelle Defizite, die u.a. mit mangelnder bzw. unzureichender Privatisierung von Unternehmen oder dem Vorhandensein alter Seilschaften tituliert werden können. Im Endeffekt stellen diese Punkte jedoch nur die Symptome eines tiefgreifenderen Phänomens dar: Die Mentalität und Denkweise von Generationen eines Volkes, die von einem sozialistischen System geprägt wurde, kann sich in einer entstehenden Demokratie nicht gleichermaßen schnell öffnen und anpassen, wie die politische und wirtschaftliche Entwicklung im Land voranschreitet.

Innerstaatlich weist Slowenien ein West-Ost-Entwicklungsgefälle aus. Vor diesem Hintergrund ist die Auswahl der statistischen (Grenz-)Regionen Pomurje und Podravje im Nordosten Sloweniens u.a. ihrer peripheren geographischen Lage als auch ihrer Entwicklungsdefizite geschuldet. Zusätzlich ist die Lokalisation von Pomurje an der österreichischen, der ungarischen und der kroatischen Grenze von großem Interesse, da sich dort auf relativ kleinem Raum die Auswirkungen der Qualitäts- und Funktionswechsel der unterschiedlichen Grenzregime manifestieren. Es wird deutlich, dass die von jeher eher benachteiligten Regionen Pomurje und Podravje im Rahmen der Qualitäts- und Funktionswandel der sie umgebenden Grenzen ihren geographischen peripheren Status zunehmend verlieren. Na-

türlich lassen sich über viele Dekaden aufgebaute Entwicklungsdefizite nicht in wenigen Jahren beseitigen bzw. kompensieren, aber die Rahmenbedingungen sind gelegt. So grenzt der Osten Sloweniens nicht mehr an den Eisernen Vorhang und somit an die Grenze zweier unterschiedlicher Systeme, sondern im Norden und Osten heute an weitere EU-Mitgliedsstaaten. Das mittlere Teilstück des transeuropäischen Verkehrskorridors umgebend stehen die Beispielregionen im Zentrum nationaler und europäischer Regional- und Strukturpolitik. Der territoriale Appendix innerhalb Sloweniens bildet nunmehr das Herz grenzüberschreitender Kooperationen mit Österreich, Ungarn und Kroatien innerhalb der INTERREG IIIA- und PHARE CBC-Programmatik. Allein die vergleichsweise strenge Reglementierung der ehemaligen administrativen slowenisch-kroatischen Grenze als EU-Außen- und bald Schengenraumgrenze bildet derzeit noch ein gewisses Hindernis und Quell medial zugespitzter (außen-)politischer Äußerungen. Dabei lässt sich jedoch feststellen, dass Fragen hinsichtlich der gemeinsamen Grenze sowohl in Slowenien als auch in Kroatien zwar sehr stark instrumentalisiert, diese in der Praxis jedoch recht pragmatisch und problemlos gelöst werden.

Was Slowenien rasch vollzogen hat, stellt auch für die Staaten des Westlichen Balkans ein hehres Ziel dar: die europäische Integration bzw. der Beitritt in die EU. Die Mitgliedschaft dieser Staaten umfasst einen schrittweisen Prozess, der große Unterstützung von der EU benötigt. Dabei bilden nach den kriegerischen Auseinandersetzungen nach dem Zusammenbruch der SFR Jugoslawien gerade die Überwindung und Lösung regionaler Widersprüche sowie das Gegensteuern desintegrativer Prozesse im Westlichen Balkan zum einen die Voraussetzung für den Beitritt der Region zur EU und zum anderen zum Fortschritt für einen liberalen und modernen Gesellschaftstyp. In diesem Zusammenhang betont die EU, dass regionale Formen der Kooperation in Brüssel als Schritt in die richtige Richtung und als konstruktives Signal der Entschlossenheit der jeweiligen Regierungen, sich in die EU-Strukturen zu integrieren, angesehen werden. Noch sind die Staaten des Westlichen Balkan von diesem Ziel z.T. weit entfernt und benötigen Unterstützung auf diesem Weg. Neben der finanziellen und strukturellen Hilfe im

Rahmen von Programmen und Initiativen, wie beispielsweise dem Stabilitätspakt für Südosteuropa oder der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative (SECI), kommt vor allem Slowenien, als ehemalige Bruderrepublik, eine besondere Unterstützerrolle zu. Die ehemalige Teilrepublik der SFR Jugoslawien kann auf unzählige kompetitive Vorteile, wie die gemeinsame Vergangenheit, die Kenntnis der Sprache und Mentalität, die traditionellen Verbindungen etc., zählen, die diese Annahme stützen. Diese schaffen letztlich eine Vertrauensbasis und eine Grundlage für gemeinsames Handeln. Somit kommt Slowenien eindeutig die Aufgabe als Entwicklungs- und Impulsgeber im Westlichen Balkan zu, was ebenfalls von der westlichen Staatengemeinschaft gesehen wird. Dabei zeigen sich aber auch Differenzierungen im Ausfüllen der Rolle auf Seiten Sloweniens und in der teilweise begrenzten Annahme dieser Rolle bei den Staaten des Westlichen Balkans. Grundsätzlich hat Slowenien erkannt, dass es als Vermittler zwischen der EU und dem Westlichen Balkan eine Schlüsselposition inne hat und füllt diese zunehmend aus.

Auf der lokal-regionalen Ebene zeigen beispielsweise die statistischen (Grenz) Regionen Pomurje und Podravje die Integration in grenzüberschreitenden Kooperationen im Rahmen von europäischen Strukturförderprogrammen, aber auch innerhalb der EUREGIO. Dieser Trend zeigt sich ebenfalls auf nationalstaatlicher Ebene. Dabei kann Slowenien als Ganzes ebenfalls als Grenzregion angesehen werden. Ein Beispiel für eine Integration Sloweniens bildet der großregionale Zusammenschluss innerhalb der „EU-Zukunftsregion Adria-Alpen-Pannonia“. Diesem freiwilligen Zusammenschluss der „EU-Zukunftsregion“ steht die von der EU vorgenommene Klassifizierung des Westlichen Balkans als Großregion gegenüber. Dabei ist letztere explizit im Zusammenhang mit der europäischen Integration der gesamten Region zu sehen. Diese Integration Schritt für Schritt hat langfristig die Mitgliedschaft in der EU zum Ziel. Dem gegenüber nutzt die „EU-Zukunftsregion“ das Instrument der Exklusion, der Abgrenzung. So werden die Staaten des Westlichen Balkans explizit außen vorgelassen, wobei Kroatien und die Vojvodina aus Gründen historischer Zusammengehörigkeit davon ausgenommen sind. Die übrigen Staaten des Westlichen Balkans entsprechen aber nicht den impliziten In-

klusionskriterien der „EU-Zukunftsregion“ und generieren die Sorge um eine Destabilisierung der gesamten Großregion. Dabei ist der freiwillige Zusammenschluss von Regionen und Staaten zu Großregionen eindeutig ein Modell für die Zukunft. Damit ist nicht die völlige Aufgabe nationalstaatlicher Souveränität impliziert, sondern vielmehr die Bündelung von Kräften auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten. So zeigt sich, dass viele Grenzen, künstlich gezogen, Regionen und Menschen voneinander trennen, die z.T. über Jahrhunderte zusammengehörten. Ähnliche, oftmals vom Zentrum differierende, Lebensstandards, Arbeitsbedingungen, kulturelle, sprachliche u.a. Eigenheiten, sowie z.T. enge familiäre, freundschaftliche oder wirtschaftliche Verbindungen lassen vielerorts die Grenzbevölkerung sich den Menschen jenseits der Grenze näher fühlen als der eigenen Bevölkerung im Landesinneren. Somit liegt in der Öffnung der nationalen Abgrenzungen und in der Kooperation innerhalb transnationaler Einheiten letzten Endes der Schlüssel für eine nachhaltige Zukunft. So können Defizite gemeinsam bekämpft und Stärken zusammen ausgespielt werden, um in der globalisierten Welt u.a. wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben bzw. zu werden.

## Literaturverzeichnis

- ACHERMANN ET AL. (1995): Schengen und die Folgen. Der Abbau der Grenzkontrollen in Europa, Bern.
- AGNEW, J. A. & CORBRIDGE, S. (1995): *Mastering Space: Hegemony, Territory and International Political Economy*, London.
- ALTMANN, F.-L. (2002): *Regionale Kooperation in Südosteuropa. Organisationen, Pläne, Erfahrungen*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- ALTMANN, F.-L. (2003): *Der Westliche Balkan als künftiger Wirtschaftspartner*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- ALTMANN, F.-L. (2005): *Diskussionspapier Regionale Kooperation in Südosteuropa - Organisationen, Pläne, Erfahrungen - BALKAN FORUM - Regionale Kooperation und europäische Integration des Westbalkans*.
- ANALYSE UND KRITIK (1992): Jugoslawien: Selbstverwaltungssozialismus versus Weltmarktintegration, Nr. 340 (11.03.1992).
- ANCEL, J. (1936): *Géopolitique*, Delagrave.
- ANCEL, J. (1938): *Géographie des frontières*, Paris.
- ANDERSON, B. (1983): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London.
- ANTE, U. (1981): *Politische Geographie, Das geographische Seminar*, Braunschweig.
- ASCHAUER, W. (1996): *Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in Osteuropa auf den ungarisch-österreichischen und den ungarisch-rumänischen Grenzraum*, Potsdamer geographische Forschungen, 10, Potsdam.
- ASIWAJU, A. I. (1990): *National Boundaries Commissions as Problem-Solving Institutions: Preliminary Research Notes on Nigeria, Niger, and Mali* In: GRUNDY-WARR, C. (ed.): *International Boundaries and Boundary Conflict Resolution*. International Boundaries Research Unit (IBRU). Proceedings of the IBRU Conference held at the University of Durham September 14-17, 1989, Durham: City Printing Works, 19-28.
- BARBIČ, A. (1993): *Rural Development in the Time of Deconstructing One-Party Political Systems and Centrally Planned Economies* In: *Agriculture and Human Values*, Winter, 1, 40-51.
- BARBIČ, A. (1995): *The socio-economic effects of the new Slovenian-Croatian border* In: *Zbornik Biotehniške fakultete, Univerze v Ljubljani*, 65, Ljubljana, 11-128.
- BARBIČ, A. (1997): *Coping with new realities: The Slovenian-Croatian border*, paper presented at the International Conference: *Challenged Borderlands*. Trans-

- ending Political and Cultural Boundaries, September 23-28, 1997, Klagenfurt, Austria.
- BARBIČ, A. (1998): Meja kot dejavnik sodelovanja in ločevanja obmejnih prebivalcev. Primer občine Brežice' (Border as a factor of cooperation and separation of borderland residents. The case of Brežice municipality), Univerza v Ljubljani, Biotehniška fakulteta (Poročilo o raziskavi/research report).
- BARBIČ, A. (2004): Perceptions of New Realities along the Slovenian-Croatian Border In: PAVLAKOVIC-KOCHI, V., MOREHOUSE, B. J. & WASTL-WALTER, D. (eds.): Challenged Borderlands. Transcending political and cultural boundaries, Aldershot, 216-238.
- BECK, U. (1997): Was ist Globalisierung? Frankfurt a. M.
- BECK-GERNSHEIM, G. (1999): Juden, Deutsche und andere Erinnerungslandschaften. Im Dschungel der ethnischen Kategorien, Frankfurt a. M.
- BELEC, B. (1993): Prekomejna zemljiškoposestna pomešanost in zaposlovanje - primer obmejnih občin SV Slovenije s Hrvaško (Grenzüberschreitende Grundbesitzvermischung und Beschäftigung - Beispiel der Gemeinden Nordostsloweniens an der slowenisch-kroatischen Grenze) In: Dela - Geografski aspekti obmejnosti in regionalnega razvoja (The geographic aspects of the border regions and regional development), Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 10, 73-82.
- BERGER, J. (1996): Was bedeutet die Modernisierungstheorie wirklich - und was wird ihr bloß unterstellt? Leviathan, 24, 45-62.
- BESNAULT, R. (1992): Géostratégie de l'arctique. Economica/Fondation pour les études de Défense nationale, Paris.
- BEYME, K. VON (1995): Theorie der Politik im Zeitalter der Transformation In: BEYME, K. VON & OFFE, C. (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, PVS, Sonderheft, 9-29.
- BLAKE, G. & TOPALOVIĆ, D. (1996): The Maritime Boundaries of the Adriatic Sea In: Maritime Briefings, 1/8, 67 p.
- BLAKE, G. (2000): Borderlands under stress: some global perspectives In: PRATT, M. & BROWN, J. (eds.): Borderlands Under Stress, London, 1-16.
- BLATTER, J. (1997): Explaining Crossborder Cooperation: A Border-Focused and Border-External Approach In: Journal of Borderlands Studies, Vol. XII, 1 & 2, Spring and Fall 1997, 151-174.
- BODE, V. K. F (1995): Die Raumbedeutsamkeit einer Staatsgrenze: die Auswirkungen der ehemaligen innerdeutschen Grenze auf den grenznahen Raum Sachsen-Anhalts In: GRIMM, F.-D. (Hrsg.): Regionen an deutschen Grenzen. Strukturwandel an der ehemaligen innerdeutschen Grenze und an der deutschen



- Ostgrenze, Beiträge zur Regionalen Geographie, Institut für Länderkunde Leipzig, 17-31.
- BOESLER, K.-A. (1983): Politische Geographie, Stuttgart.
- BOGNER, A. & MENZ, W. (2002): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensform, Interaktion In: BOGNER, A., LITTIG, B. & MENZ, W. (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Opladen, 33-70.
- BOGNER, A. & MENZ, W. (2002): Expertenwissen und Forschungspraxis: die modernisierungstheoretische und die methodische Debatte um die Experten. Zur Einführung in ein unübersichtliches Problemfeld In: BOGNER, A., LITTIG, B. & MENZ, W. (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Opladen, 7-29.
- BOJKOV, V. D. (2004): Neither here, not there: Bulgaria and Romania in current European politics In: Communist and Post-Communist Studies, 37/4, December 2004, 509-522.
- BÖRZEL, T. A. & RISSE, T. (2000): When Europe hits Home: Europeanization and Domestic Change, EIoP, 15.
- BOS, E. (1994): Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transformationsprozessen In: MERKEL, W. (Hrsg.): Systemwechsel, 1, Opladen, 81-109.
- BOXBERGER, G. (1997): Sozialpolitik und Transformationsprozesse: Kosten der polnischen Transformation und ihre Minderung über staatliche Sozialpolitik und Selbsthilfeinitiativen, Frankfurt am Main.
- BREČKO-GRUBAR, V. (2001): Geografska problematika naselja Dvori pri Movražu (Geography of border settlement Dvori near Movraž) In: Dela – Socialnogeografska problematika obmejnih območij ob slovensko-hrvaški meji (Sociogeographical problems of border regions along Slovenian-Croatian border), Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 16, 193-202.
- BREY, T. (1991): Jugoslawien: Der Vielvölkerstaat zerfällt. Zentrifugale Kräfte und ihre Wirkung In: Osteuropa, 1991, 709-724.
- BRILL, H. (1994): Geopolitik. Deutschlands Chance, Berlin.
- BRINAR, I. (2002): Die Erweiterung der Europäischen Union. Slowenien In: Jahrbuch der Europäischen Integration, 2002/2003, 433-436.
- BRINER, H. J. (1986): Regional Planning and Transfrontier Cooperation: The Regio Brasiliensis In: MARTÍNEZ, O. J. (ed.): Across Boundaries – Transborder Interaction in Comparative Perspective, El Paso, 45-53.
- BRINTOVEC, S. ET AL. (1994): Geografija Evrope, Ljubljana.
- BRIX, E. (1990): Mitteleuropa und die deutsche Einheit In: TRUGER, A. & MACHO, T. (Hrsg.): Mitteleuropäische Perspektiven, Wien, 77-81.

- BRKIČ, Ž. (2001): Ökonomische Ursachen des Zerfalls Jugoslawiens und der Transformationsprozess in Kroatien 1990-2000, (Schriftenreihe des Zentrums für europäische Studien, 50), Trier 2001 ([www.uni-trier.de/zes/schriftenreihe/050.pdf](http://www.uni-trier.de/zes/schriftenreihe/050.pdf), 23.02.2003.)
- BROWN, S. (1992): *International Relations in a Changing Global System - Towards a Theory of the World Polity*, Boulder.
- BRUNNER, G. (1994): Einleitung In: *Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa*, 52, Baden-Baden.
- BUČAR, F. (1998): *Between integration and expansion* In: GLASS, K. ET AL. (Hrsg.): *Grenzlandidentitäten im Zeitalter der Eurointegration. Zentraleuropa, Mitteleuropa: Gemeinsamkeiten und Trennlinien*, 9, Wien, 135-144.
- BUFON, M. & MINGHI, J. (2000): *The Upper Adriatic borderland: From conflict to harmony* In: *GeoJournal*, 52/2, 119-127.
- BUFON, M. (1993): *Elementi obmejnosti in faktorji oblikovanja prekomejnih območij na primeru Slovenije (Elements of borderness and factors of evolution of transborder regions: The case of Slovenia* In: *Dela 10 - Geografski aspekti obmejnosti in regionalnega razvoja (The geographical aspects of the border regions and regional development)*, Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 10, 99-110.
- BUFON, M. (1994): *Local aspects of transborder cooperation: a case study on the Italo-Slovene border landscape* In: GALLUSSER W. (ed.): *Political Boundaries and Coexistence*, Bern, 19-29.
- BUFON, M. (1995): *Prostor, meje, ljudje - razvoj prekomejnih odnosov, struktura obmejnega območja in vrednotenje obmejnosti na Goriškem*, Slovenski raziskovalni inštitut in Znanstveni inštitut Filozofske fakultete Univerze v Ljubljani, Trst.
- BUFON, M. (1996): *Caratteri e funzioni delle regioni transfrontaliere nel processo di unificazione europea*. In: DEMATTEIS, G. & DANSERO, E. (eds.): *Regioni e Reti nello Spazio Unificato Europeo (in course of publication)*, Firenze.
- BUFON, M. (1998a): *Borders and border landscapes: a theoretical assessment* In: KOTER, M. & HEFFNER, K. (eds.): *Borderlands of Transborder Regions - Geographical, Social and Political Problems*, Silesian Institute in Opole-University, Opole-Lodz, 7-14.
- BUFON, M. (1998b): *Nationalism and globalization: a Central European perspective* In: *Annales*, 12, 7-14.
- BUFON, M. (1999a): *Problematika teritorialnosti v politični in kulturni geografiji* In: *Geografski vestnik*, 71/3, 91-103.
- BUFON, M. (1999b): *Slovene Istria and its neighbourhood: problems of shaping of social and cultural spaces* In: ŠMITEK, Z. & MARUŠIČ, R. (eds.): *MESS - Medi-*

- terranean Ethnological Summer School, Vol. 3, Oddelek za etnologijo in kulturno antropologijo, Ljubljana, 159-175.
- BUFON, M. (2000a): Aktualne teme v politični geografiji Evrope: Ilešičevi dnevi 1999, *Geogr. šoli*, 9/2, 20-26.
- BUFON, M. (2000b): Političnogeografske podlage čezmejne komunikacije na območju tromeje med Slovenijo, Italijo in Avstrijo In: *Geografski vestnik*, 72/2, 11-21.
- BUFON, M. (2001): Experiences of cross-border co-operation in the upper Adriatic, *Regional and Federal Studies*.
- BUFON, M. (2001a): From geopolitics to political geography: the new European challenge In: ANTONSICH, M. ET AL. (eds.): *Europe between Political Geography and Geopolitics - On the Centenary of Ratzel's Politische Geographie*, *Società Geografica Italiana*, Roma, 63/I-II, 335-346.
- BUFON, M. (2001b): Geografija obmejnosti, čezmejne regije in oblike čezmejne povezanosti In: *Geografski vestnik*, 73/2, 9-24.
- BUFON, M. (2001c): Oblikovanje čezmejnih vezi na tromeji med Slovenijo, Hrvaško in Italijo (Development of cross-border relations in the Istrian three-border area between Slovenia, Croatia and Italy) In: *Dela - Socialnogeografska problematika obmejnih območij ob slovensko-hrvaški meji (Sociogeographical problems of border regions along Slovenian-Croatian border)*, Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, *Dela*, 16, 39-60.
- BUFON, M. (2002a): Cross-border cooperation in the Upper Adriatic In: *Regional and Federal Studies*, 12/4, 177-196.
- BUFON, M. (2002b): Slovenia - A European Contact and Border Area In: *Annales*, 12/2, 445-472.
- BUFON, M. (2003): The geopolitical location of Slovenia in the perspective of European integration processes In: *Dela 19 - Priložnosti in možnosti regionalnih struktur na poti k Združeni Evropi (Possibilities and opportunities of regional structures on the way to the European Union)*, Mednarodni medinštitutski geografski seminar, Ljubljana, 12.-13. april 2002, *Dela*, 19, Oddelek za geografijo, Filozofska fakulteta, Ljubljana, 123-139.
- BUGAJSKI, J. (2001): Facing The Future. The Balkans To The Year 2010 In: *Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*.
- BÜRKNER, H.-J. (1996): *Dynamik des sozioökonomischen Umbruchs in Ostmitteleuropa: das Beispiel Nordwestböhmen*, Kassel.
- BÜSCHENFELD, H. (1981): *Jugoslawien*, Stuttgart.
- CALIC, M.-J. (2003): *Welche Zukunft für den Balkan-Stabilitätspakt? Stiftung Wissenschaft und Politik*, S 11. März 2003, Berlin.

- CATLEY, R. & KELIAT, M. (1997): Spratlys: the Dispute in the South China Sea, Aldershot.
- ČERNE, A. & PELC, S. (1993): Prometno geografski vidiki nove državne meje (Transport-geographic aspects of the new state border) In: Dela 10 - Geografski aspekti obmejnosti in regionalnega razvoja (The geographical aspects of the border regions and regional development), Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 10, 145-156.
- CHALLIAND, G. (1990): Anthologie mondiale de la stratégie: des origines au nucléaire, Paris.
- CHÉRADAME, A. (1902): L'Allemagne, la France et la question d'Autriche.
- ČOKERT, A. (2005): Teritorialni del reforme lokalne samouprave v Sloveniji (Territorial part of the reform of local self-government in Slovenia) In: Dela 24 - Regionalno planiranje in regionalni razvoj med teorijo in prakso (Regional planning and regional development in the theory and practice), Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 24, 207-217.
- CONERT, H. (1982): Bedingungen und Konsequenzen der Weltmarktorientierung nachkapitalistischer Volkswirtschaften – Dargestellt am Beispiel der Auslandsverschuldung Jugoslawiens nach der Wirtschaftsreform von 1965 In: Prokla – Probleme des Klassenkampfes, Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, 12/3, 91-118.
- CORDONNIER, I. (1995): La France dans le Pacifique Sud: Approche géostratégique, Paris.
- COUTAU-BÉGARIE, H. (1985a): La puissance maritime, Paris.
- COUTAU-BÉGARIE, H. (1985b): Géostratégie de l'Atlantique Sud, Paris.
- COUTAU-BÉGARIE, H. (1987): Géostratégie du Pacifique, Paris.
- COUTAU-BÉGARIE, H. (1993): Géostratégie de l'océan indien, Paris.
- COUTAU-BÉGARIE, H. (1995): La lutte maritime pour l'empire de la mer: histoire et géostratégie, Paris.
- CULIC, M. (1999): Tadjman. Anatomija neprosvijecenog apsolutizma (Tudjman. Anatomie des unaufgeklärten Absolutismus), Split.
- CVIJANOVIC, V. (2002): Beitrag zur Modellierung des Transformationsprozesses In: Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse, Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 7-10.
- DAMAN, T. (2000, Hrsg): Inforegio Panorama, 1, Brüssel.
- DAMMEYER, M. (1997): Das Europa der Regionen In: Internationale Politik: Europa – Fortschritt oder Stillstand? November 1997, 74-78 ([www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1997/november1997](http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1997/november1997) 21.12.2006).

- DANGSCHAT, J. (1996): Raum als Dimension sozialer Ungleichheit und Ort als Bühne der Lebensstilisierung? – Zum Raumbezug sozialer Ungleichheiten und von Lebensstilen In: SCHWENK, O. G. (Hrsg.): *Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwissenschaft. Sozialstrukturanalyse*, 7, Opladen, 99-135.
- DAUDERSTÄDT, M. (2004): Transformation und Integration der Wirtschaft der postkommunistischen Beitrittsländer In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 5-6/2004, 15-24.
- DEIMEL, J. (2001): Der Stabilitätspakt für Südosteuropa: Ansatz und aktueller Stand beim Regionaltisch und den drei Arbeitstischen In: *Südosteuropa Mitteilungen*, 2, 175-198.
- DELA 7 (1990): *Tromeja - Obmejna regija Jugoslavije, Avstrije in Italije - mednarodni meduniverzitetni geografski raziskovalni projekt (The three border area of Austria, Italy and Yugoslavia - An international research project of geographers from the universities of Ljubljana, Klagenfurt, Udine and Trieste)*, Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 7.
- DELAVAUD, C. C. (1993): *Géopolitique de l'Asie, un continent écartelé*, Paris.
- DESLO (2005): EU-Beitritt wirkt sich positiv auf die Geschäftsaktivitäten deutscher Unternehmen in Slowenien aus. Delegiertenbüro der deutschen Wirtschaft in Slowenien - DESLO.
- DESLO (2006): *Wirtschaftsdaten 2005/2006*. Delegiertenbüro der deutschen Wirtschaft in Slowenien - DESLO.
- DIERINGER, J. (2003): Die Europäisierung substaatlicher Strukturen in Ungarn. Jahrbuch für Europa und Nordamerikastudien In: *Nordamerikastudien*, 6/2002: EU-Beitritt: Verheißung oder Bedrohung? Die Perspektiven der mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer, Opladen.
- DJEKOVIC, L. (1988, Hrsg.): *Das Außenhandelssystem Jugoslawiens. Eine problemorientierte Analyse* In: *Südosteuropa-Studien*, 37, München.
- DJURIĆ, R. & BENGSCHE, B. (1992): *Der Zerfall Jugoslawiens*, Berlin.
- DODDS, K.-J. & SIDAWAY, J. D. (1994): Locating critical geopolitics. *Environment and Planning In: Society and Space*, 12, 525-546.
- DOMASCHKE, C. & SCHLIEWITZ, B. (1994): *Spaltet der Balkan Europa?* Berlin.
- DRAKULIĆ, S. (1997): *Café Paradies oder die Sehnsucht nach Europa*, Berlin.
- EHLERS, E. (2005): Deutsche Geographie – Geographie in Deutschland: wohin des Weges? In: *Geographische Rundschau* 57/9, 51-56.
- EICHER, J. & HEILBORN, A. (2000): Kroatiens Wende in die Zukunft In: *Südosteuropa Mitteilungen*, 40/1, 22-42.

- EISING, R. (2003): Europäisierung und Integration. Konzepte in der EU-Forschung  
In: JACHTENFUCHS, M. & KOHLER-KOCH, B. (Hrsg.): Europäische Integration, Op-  
laden, 387-416.
- ELSSER-EIBEL, M. (2006): MATRIOSCA-AAP. Strengthening Co-operation among  
Adria-Alpe-Pannonia space, Alps-Adriatic-Conference Velden, October 4th,  
2006.
- ENGEL, R. (1999): Der harte Weg nach Europa. Osteuropa nach dem Fall des Eisernen  
Vorhangs: Reportagen und Analysen aus Polen, Tschechien, der Slowa-  
kei, Slowenien und Ungarn, München.
- ERCMANN, S. (1987, ed.): Cross-Border Relations - European and North American  
Perspectives, Zürich.
- FASSMANN, H. (1997): Regionale Transformationsforschung - Theoretische Begrün-  
dung und empirische Beispiele. In: MAYR, A. (Hrsg.): Regionale Transforma-  
tionsprozesse in Europa - Festveranstaltung und Tagung anlässlich der 100-  
Jahr-Feier des Instituts für Länderkunde und Jahrestagung der Deutschen  
Akademie für Landeskunde. Beiträge zur Regionalen Geographie. Institut  
für Länderkunde, Leipzig, 30-47.
- FASSMANN, H. (2002): Wo endet Europa? Anmerkungen zur Territorialität Europas  
und der EU, Fachwissenschaftlicher Eröffnungsvortrag auf dem 28. Deut-  
schen Schulgeographentag in Wien.
- FELETAR, D. & STIPERSKI, Z. (1996): The development and structure of the Croatian  
economy, *GeoJournal*, 38/4, 437-444.
- FINK-HAFNER, D. (2000): The Case of Slovenia In: RIEGLER, H. (ed.) Transformation  
Processes in the Yugoslav Successor States between Marginalization and Eu-  
ropean Integration, Baden-Baden.
- FLICK, U. 1995: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psycho-  
logie und Sozialwissenschaften, Reinbek.
- HIPPLER, B. (1996): Hitlers Lehrmeister: Karl Haushofer als Vater der NS-Ideologie,  
St. Ottilien.
- FOUCHER, M. (1988): Fronts et frontières: un tour du monde géopolitique, Paris.
- FOUÉRE, E. (2004): PHARE CBC Slovenia / Italy, INTERREG IIIA Slovenia / Italy.  
Speech by Head of European Commission Delegation in Slovenia, Ambassa-  
dor Erwan Fouéré ([www.evropska-unija.si/pages/delegacija\\_ek/2004/  
erwan\\_fouere.htm](http://www.evropska-unija.si/pages/delegacija_ek/2004/erwan_fouere.htm) 25.08.2004.).
- FRANTZ, C. (2000): EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische  
Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union, Opladen.
- FREUDENSTEIN, R. (1997): Nachdenken über den Europa-Begriff In: Internationale Po-  
litik: Europa – Fortschritt oder Stillstand? November 1997, 55-63 ([www.  
internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1997/november1997](http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1997/november1997) 21.12.2006).

- FREYTAG & BERNDT (1998, Hrsg.): Slowenien. Karte & Führer, Wien.
- FRIEDLEIN, G. & GRIMM, F. (1995): Deutschland und seine Nachbarn: Spuren räumlicher Beziehungen, Leipzig.
- FRIEDMAN, J. (1996): Borders, Margins, And Frontiers: Myth and Metamorphor In: GRADUS, Y. & LITHWICK, H. (eds.): *Frontiers in Regional Development*, Boston.
- FRIEDRICH, J. (1985): *Methoden empirischer Sozialforschung*, Opladen.
- FRIEDRICH, J. (1990): *Methoden empirischer Sozialforschung*, Opladen.
- GALLOIS, P. (1990): *Géopolitique, les voies de la puissance*, Paris.
- GALLUSSER, W. A. (1981): Grenze und Kulturlandschaft, *Regio Basiliensis 22/23*, Basel.
- GAUSS, K.-M. (2000): *Das Europäische Alphabet*, München.
- GEBHARDT, H., REUBER, P. & WOLKERSDORFER, G. (2003): *Kulturgeographie – Leitlinien und Perspektiven* In: GEBHARDT, H., REUBER, P. & WOLKERSDORFER, G. (Hrsg.): *Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen*, Berlin.
- GIDDENS, A. (1981): *A Contemporary Critique of Historical Materialism* In: *Power, Property and the State*, 1, London.
- GIRARDET, K. M. (2001): Bundesstaaten im antiken Griechenland und das römische Imperium als supranationale Ordnung – Modelle für ein vereintes Europa von morgen? In: HOLTSMANN, D. & RIEMER, P. (Hrsg.): *Europa: Einheit und Vielfalt*, Münster, 103-128.
- GIRARDET R. (1989): *Problèmes stratégiques et militaires contemporains*, Paris.
- GLAS, M. (2000): *PHARE CBC Slovenia – Italy. Cross-Border SME Strategy*, University of Ljubljana, Faculty of Economics, Centre for Entrepreneurship Development, Ljubljana.
- GNEUSS, C. & GROTHUSEN, K.-D. (1979, Hrsg.): *Jugoslawien. Aspekte der Gegenwart - Probleme der Zukunft*, Stuttgart.
- GÖBEL, R. (1997): *Die Rolle der BRD bei der Zerschlagung Jugoslawiens*, Institut fachübergreifenden Studierens und Forschens (IfSF), Schriftenreihe interdisziplinäre Studien, 7, Trier.
- GOLDSTEIN, I. (2003): *Hrvatska povijest*, Zagreb.
- GOSAR, A. & KLEMENČIČ, V. (1994): Current problems of border regions along the Slovene-Croatian border. In: GALLUSSER W. A. (ed.): *Political Boundaries and Coexistence*, Bern, 30-42.
- GOSAR, A. (1993): *Sodobni pogledi na prekomejno sodelovanje na območju italijsko-avstrijsko-slovenske tromeje* (Contemporary studies on the three-border area of Slovenia, Italy and Austria) In: *Dela 10 - Geografski aspekti obmejnosti in regionalnega razvoja* (The geographical aspects of the border

- regions and regional development), Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 10, 85-98.
- GOSAR, A. (1996): Postsozialistische Staaten. Die zeit- und raumspezifischen Merkmale der Volksgruppen in Slowenien In: Österreichische Geographische Gesellschaft (1996, Hrsg.): Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, 138, Wien, 183-206.
- GOSAR, A. (2001): The Shatter Belt and the European Core - A Geopolitical Discussion on the Untypical Case of Slovenia In: GeoJournal, 52/2, 107-117.
- GRAY, C. S. (1988): The Geopolitics of Superpower, Lexington, New York.
- GRIESSER-PECAR, T. (2003): Das zerrissene Volk. Slowenien 1941-1946, Wien.
- GRIMM, F. (1995): Der Wandel des ländlichen Raums in Südosteuropa In: Ergebnisse der Fachtagung der Südosteuropa-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Institut für Länderkunde Leipzig vom 27. bis 29. Juni in Leipzig.
- GROSS, B. & SCHMITT-EGNER, P. (1994): Europas kooperierende Regionen: Rahmenbedingungen und Praxis transnationaler Zusammenarbeit deutscher Grenzregionen, Baden-Baden.
- HAFEZANIA, M. R. (1994): Geopolitical analysis of the Kashmir crisis In: South Asian Studies, 11, 125-130.
- HALECKI, O. (1952): Grenzraum des Abendlandes. Eine Geschichte Ostmitteleuropas, Darmstadt.
- HALECKI, O. (1957): Europa, Grenzen und Gliederung seiner Geschichte, Darmstadt.
- HASLINGER, P. (1999, Hrsg.): Grenze im Kopf. Beiträge zur Geschichte der Grenze in Ostmitteleuropa, Wiener Osteuropa-Studien, 11, Frankfurt am Main.
- HASSINGER, H. (1917): Das geographische Wesen Mitteleuropas In: Mitteilungen der k. k. Geographischen Gesellschaft in Wien, 60, 437-493.
- HASSINGER, H. (1925): Die Tschechoslowakei, Stuttgart.
- HASSINGER, H. (1937): Österreich im mitteleuropäischen Raum In: Schriften des pädagogischen Institutes der Stadt Wien, Wien.
- HATSCHIKJAN, M. (2001): Die „großen Fragen“ in Südosteuropa. Ein Balkan-Locarno für stabile Strukturen In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13-14/2001, 17-26.
- HAUSHOFERS, K. (1935): Geopolitische Grundlagen.
- HILLMANN, K.-H. (1994): Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart.
- HOFBAUER, H. (1999a): Neue Staaten, neue Kriege. Die Zerstörung Jugoslawiens (1991-1999) In: HOFBAUER, H. (Hrsg.): Balkankrieg: die Zerstörung Jugoslawiens, Wien, 47-196.
- HOFBAUER, H. (1999b): Balkankrieg: die Zerstörung Jugoslawiens, Wien.



- HÖHMANN, H.-H. (1997): *Der Osten Europas im Prozess der Differenzierung: Fortschritte und Misserfolge der Transformation*, München.
- HOLDICH, T. H. (1916): *Political Frontiers and Boundary Making*, London.
- HORVAT, A. (2000): *INTERREG - Endbericht*, IFA-Steiermark.
- HORVAT, U. (1993): *Demografska analiza obmejnega območja slovensko-hrvaške meje v severouzhodni Sloveniji (Demographic analysis of the Slovene-Croatian border areas in the north-eastern Slovenia)* In: *Dela 10 - Geografski aspekti obmejnosti in regionalnega razvoja (The geographical aspects of the border regions and regional development)*, Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, *Dela*, 10, 157-169.
- MINGHI, J. V. & RUMLEY, D. (1991): *The Geography of Border Landscapes*, London.
- HUGHES, J. ET AL. (2004): *Conditionality and Compliance in the EU's Eastward Enlargement: Regional Policy and the Reform of Subnational Government* In: *JCMS*, 3, 523-551.
- HÜGLI, A. & LÜBCKE, P. (1995): *Philosophie Lexikon - Personen und Begriffe der abendländischen Philosophie von der Antike bis zur Gegenwart*, Hamburg.
- HUMMEL, H. (2003): *Die Grenzen Europas*, Überarbeitetes Manuskript der Antrittsvorlesung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 18.11.2003.
- HUNTINGTON, S. P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman/L.
- HUNTINGTON, S. P. (1993): *The Clash of Civilizations?* In: *Foreign Affairs*, 72, 22-49.
- HUSZÁK, L. (2005): *EU-induzierter politischer Wandel in den neuen Mitgliedstaaten - Von der Transformationsforschung zu den neoinstitutionellen Ansätzen* ([www.weltpolitik.net/attachment/0644a930ba1074b5cca2acd4809cbcd5/75d78f2f49defd2b74b948729ad21685/051\\_Huszak\\_Budapest\\_2005.pdf](http://www.weltpolitik.net/attachment/0644a930ba1074b5cca2acd4809cbcd5/75d78f2f49defd2b74b948729ad21685/051_Huszak_Budapest_2005.pdf) 28.06.2005.)
- IMIG, D. & TARROW, S. (2003): *Politischer Protest im europäischen Mehrebenensystem* In: JACHTENFUCHS, M. & KOHLER-KOCH, B. (Hrsg.): *Europäische Integration*, Opladen.
- ISMAYR, W. (2004): *Die politischen Systeme der EU-Beitrittsländer im Vergleich* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 5-6/2004, 5-14.
- JACKSON, R. H. & JAMES, A. (1993, eds.): *States in a Changing World*, Oxford.
- JANŠA, J. (1994): *Premiki - Die Entstehung des slowenischen Staates 1988-1992. Der Zerfall Jugoslawiens*, Klagenfurt, Ljubljana, Wien.
- JELEN, I. (1970): *Stanje zagrebačke industrije 1967 godine i neka gledanja na dalji razvoj njene strukture i prostorni razmještaj* In: *Geografski glasnik*, 32, 123-135.

- JOENNIEMI, P. (1996): Interregional Cooperation and a New Regional Paradigm In: SCOTT, J. ET AL. (eds.): *Border Regions in Functional Transition: European and North American Perspectives*, Institute for Regional Development and Structural Planning, Erkner, 53-62.
- JORDAN, L. (1995): Welche Grenzen? Reflexionen zu einem konstitutiven Element komparatistischer Forschung In: JORDAN, L. & KORTLÄNDER, B. (Hrsg.): *Nationale Grenzen und internationaler Austausch. Studien zum Kultur- und Wissen-schaftstransfer in Europa*, Tübingen, 34-49.
- JOSIPOVIČ, D. & REPOLUSK, P. (2003): Demographic Characteristics of the Romany in Prekmurje (Demografske Znacilnosti Romov v Prekmurju) In: *Acta geographica Slovenica*, 43/1, 127-147.
- JURIČ, I. (1996): Koper - Maritime gateway to Central Europe In: GOSAR, A. (ed.): *Slovenia, a gateway to Central Europe* (Publ. Assoc. of the Geogr. Societies of Slovenia / 28th IGC The Hague 1996), 33-41.
- KAISER, M. (1998): Russkije kak menschestvo w Zentralnoi Asii (Russians as Minority in Central Asia) In: *Journal of Sociology and Social Anthropology*, 1/3, 55-73.
- KASAPOVIC, M. (1999): Die politische Entwicklung Kroatiens von 1990-1997 In: MEL-ČIĆ, D. (Hrsg.): *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Opladen, Wiesbaden, 455-462.
- KASPERSON, R. E. & MINGHI, J. V. (eds.) (1969): *The Structure of Political Geography*, Chicago.
- KASSNER, K. & WASSERMANN, P. (2002): Nicht überall, wo Methode draufsteht, ist auch Methode drin. Zur Problematik der Fundierung von ExpertInneninter-views In: BOGNER, A., LITTIG, B. & MENZ, W. (Hrsg.): *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, Opladen, 95-111.
- KAUFMANN, G. (1967): Probleme des Strukturwandels in ländlichen Gemeinden Schleswig-Holsteins dargestellt an ausgewählten Beispielen aus Ostholstein und dem Programm-Nord-Gebiet In: *Schriften des geographischen Instituts der Universität Kiel*, XXVI/2.
- KEATING, M. & O'LOUGHLIN, J. (1997): *The political economy of regionalism*, London.
- KERT, B. (1991): Regionalizacija subpanonske severovzhodne Slovenije (The regionalization of the Sub-panonian North-eastern Slovenia) In: *Dela 8 - Geografska problematika severovzhodne Slovenije* (Geographical problems of north-eastern Slovenia), Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 8, 25-30.
- KIRCHHOFF, A. (1894): Wie Nationen entstehen In: *Zeitschrift für Schul-Geographie*, 15, 4-13.

- KLEMENČIČ, M. & GOSAR, A. (2000): The problems of the Italo-Croate-Slovene border delimitation in the Northern Adriatic In: *GeoJournal*, 52/2, 129-137.
- KLEMENČIČ, M. & SCHOFIELD, C. H. (1995): Croatia and Slovenia: The Four Hamlets Case In: *Boundary and Security Bulletin, International Boundaries Research Unit, Durham*, 2/4, 65-77.
- KLEMENČIČ, M. (1993): Družbenogospodarski razvoj obmejnih območij v Sloveniji (Socio-economic development of the border areas in Slovenia) In: *Dela 10 – Geopolitični položaj Slovenije in teoretično metodološko osnovne za opredelitev tipov obmejnih območij (The geographical aspects of the border regions and regional development)*, Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, *Dela*, 10, 127-134.
- KLEMENČIČ, M. (2001): Političkogeografski aspekti hrvaško-slovenskih odnosov u razdoblju 1991-2000 (Politico-geographical aspects of Croatia-Slovenia relations in the 1991-2000 period) In: *Dela 16 – Socialnogeografska problematika obmejnih območij ob slovensko-hrvaški meji (Sociogeographical problems of border regions along Slovenian-Croatian border)*, Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, *Dela*, 16, 17-28.
- KLEMENČIČ, V. & BUFON, M. (1991): Geographic problems of frontier regions: the case of the Italo-Yugoslav border landscape In: RUMLEY D. & MINGHI, J. V. (eds.): *The Geography of Border Landscapes*, London, 86-104.
- KLEMENČIČ, V. & JERŠIČ, M. (1972): Problemi socio-geografici della frontiera aperta In: *Prospettive di efficienza numeri unici di sociologia*, Trento, 12/4, 63-71.
- KLEMENČIČ, V. (1984): Geographische Probleme der Grenzräume Sloweniens In: *Österreich in Geschichte und Literatur mit Geographie*, 28/6, 387-400.
- KLEMENČIČ, V. (1991): Prekmurje kot nerazvito obmejno območje v Sloveniji (Prekmurje as Less Developed Frontier Region in Slovenia) In: *Dela 8 - Geografska problematika severovzhodne Slovenije (Geographical problems of north-eastern Slovenia)*, Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, *Dela*, 8, 108-121.
- KLEMENČIČ, V. (1991): Spreminjanje nacionalne strukture prebivalstva Jugoslavije v novem razdobju (The Changing of the Ethnic Structure of Yugoslavia during the last period) In: *Geografija v soli*, 1, 7-22.
- KLEMENČIČ, V. (1993): Geopolitični položaj ter teoretski in metodološki poizkus opredelitve tipov obmejnih območij na primeru Slovenije (Die geopolitische Lage Sloweniens samt theoretischer und methodologischer Bewertung der Typen von Grenzregionen) In: *Dela 10 – Geopolitični položaj Slovenije in teoretično metodološko osnovne za opredelitev tipov obmejnih območij (The geographical aspects of the border regions and regional development)*, Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, *Dela*, 10, 9-19.

- KLEMENČIČ, V. (1996): Slowenien. Entwicklung der Raumstrukturen In: SCHAFFER, F. (Hrsg.): Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina. Neue Staaten am Rande Mitteleuropas, Augsburg: Angewandte Sozialgeographie, 44-64.
- KNEŽEVIĆ HOČEVAR, D. (1999): Studying international borders in geography and anthropology: paradigmatic and conceptual relations In: Geografski zbornik, XXXX, 81-98.
- KOLLMORGEN, R. (1994): Auf der Suche nach Theorien der Transformation In: Überlegungen zu Begriff und Theoretisierung der postsozialistischen Transformation, Berliner Journal für Soziologie, 4, 381-399.
- KOLLMORGEN, R. (1996): Schöne Aussichten? Eine Kritik integrativer Transformationstheorien In: KOLLMORGEN, R. ET AL. (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, KSPW: Transformationsprozesse, 8, Opladen, 281-331.
- KOLOSsov, V. & O'LOUGHLIN, J. (1998): New borders for new world orders: territorialities at the fin-de-siècle In: GeoJournal, 44/3, 259-273.
- KÖNIG, M. (2002): Möglichkeiten einer umfassenden Transformationstheorie In: Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse, Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 16-20.
- KOST K. (1988): Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945; ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der politischen Geographie und ihre Terminologie unter Berücksichtigung von Militär- und Kolonialgeographie, Bonn.
- KOST, K. (1997): Geopolitik und kein Ende. Thesen zur Gegenwart der Politischen Geographie in Deutschland In: GRAAFEN, R. & TIETZE, W. (1997): Raumwirksame Staatstätigkeit. Festschrift für Klaus-Achim Boesler zum 65. Geburtstag, Kollegium Geographicum, 23, Bonn, 133-152.
- KOST, K., (2000): Großstadtfeindlichkeit im Rahmen deutscher Geopolitik bis 1945. In: DIEKMANN, I. ET AL. (Hrsg.): Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist, Band 1.1 1890 bis 1945, 169-188.
- KOWALKE, H. (1996): Geographische Grenzraumforschung im Wandel, Praxis Kultur- und Sozialgeographie, 15, Potsdam.
- KREMER, M. (2003): The EU and the Challenge of Defining its External Identity. Berlin 2003 ([www.auswaertiges-amt.de/www/en/infoservice/download/pdf/eu/eu\\_identity.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/en/infoservice/download/pdf/eu/eu_identity.pdf) 11.11.2003.).
- KREUTZMANN, H. (1997): Kulturelle Plattentektonik im globalen Dickicht. Internationale Schulbuchforschung, 19, 413-423.
- KREUTZMANN, H. & REUBER, P. (2002): „Kulturerdteile“ im Wandel? – Politische Konflikte und der „Clash of Civilizations“ In: EHLERS, E. & LESER, H. (Hrsg.): Geographie – Mensch-Umwelt-Forschung für die Zukunft, Gotha.

- KREVS, M. (2001): Življenjska raven prebivalstva slovenskega obmejnega območja ob meji s Hrvaško (Leel of living of the population on the Slovenian side of the border with Croatia) In: Dela 16 – Socialnogeografska problematika obmejnih območij ob slovensko-hrvaški meji (Sociogeographical problems of border regions along Slovenian-Croatian border), Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 16, 105-118.
- KRŽIŠNIK-BUKIČ, V. (1999, ed.): Slovensko-hrvaški obmejni prostor: življenje ob meji, Ljubljana, Inštitut za mednarodna vprašanja, (Raziskovalno poročilo/research report).
- KUKAR, S. (1995): Siva ekonomija v Sloveniji - razlogi za njen razvoj' (The gray economy in Slovenia – some reasons for its development) In: IB revija, Ljubljana, Zavod za makroekonomske analize in razvoj, 1-2-3, 16-25.
- KUNDERA, M. (1986): Die Tragödie Mitteleuropas In: BUSEK, E. (Hrsg.): Aufbruch nach Europa, Wien, 133-143.
- KUŠIČ, V. (2002): Gewinner und Verlierer der Transformation: System- und länder-spezifische Ausgangsbedingungen, alternative Transformationspfade und EU-Integration In: Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse, Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten. Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 11-15.
- KUTTER, A. (2003): Transformation unter den Bedingungen der Konditionalisierung: Zugänge zur Analyse EU-induzierten Wandels In: Neues Europa? Osteuropa 15 Jahre danach, Beiträge für die 12. Tagung junger Osteuropa-Experten, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 15-21.
- LACOSTE, Y. (1976): La Géographie ça sert d'abord à faire la guerre, Paris.
- LACOSTE, Y. (1993, Hrsg.): Dictionnaire de Géopolitique, Paris.
- LACOSTE, Y. (2006, Hrsg.): Géopolitique. La longue histoire d'aujourd'hui, Paris.
- LAMNEK, S. (1995): Qualitative Sozialforschung, Methoden und Techniken, 2, 3. korrigierte Auflage., Weinheim.
- LAMNEK, S. (1995): Qualitative Sozialforschung, Methodologie, 1, 3. korrigierte Auflage., Weinheim.
- LARMANN, V. (2006): Staatsbildung und Demokratisierung des Beitrittskandidaten Kroatien, Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.
- LAUERMANN, M. (1996): Transformation ohne Transformationstheorie. In: KOLLMORGEN, R. ET AL. (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, KSPW: Transformationsprozesse, 8, Opladen, 263-280.
- LE RIDER, J. (1994): Mitteleuropa. Auf den Spuren eines Begriffs, Wien.
- LEIMGRUBER, W. (1980): Die Grenze als Forschungsobjekt der Geographie, Regio Basiliensis, XXI., 1-2, 67-78.

- LEMBERG, H. (1997, Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918 - 1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten, Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 3, Marburg.
- LEMBERG, H. (2000, Hrsg.): Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Aktuelle Forschungsprobleme, Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 10, Marburg.
- LENDVAL, P. (2005): Auf dem Balkan jagt die EU Phantombegriffen hinterher In: Die Welt, 10. Juni 2005.
- LEONARD, M. (2006): The geopolitics of 2026 In: The Economist, from the World in 2006.
- LESER, H. (1998, Hrsg.): Diercke - Wörterbuch Allgemeine Geographie, München, Braunschweig.
- LIBERDA, E. (1996): Regionalentwicklung in Grenzregionen: Eine Euregio als Regionalentwicklungsstrategie? Das Beispiel der Inn-Salzach-Euregio an der bayerisch-österreichischen Grenze In: Münchener Geographische Hefte, 74, Passau.
- LOHOFF, E. (1996): Der dritte Weg in den Bürgerkrieg, Bad Honef.
- LOSSAU, J. (2000): Anders denken. Postkolonialismus, Geopolitik und Politische Geographie. In: Erdkunde, 54, 157-168.
- LOSSAU, J. (2001): Anderes Denken in der Politischen Geographie: der Ansatz der Critical Geopolitics In: REUBER, P. & WOLKERSDORFER, G. (Hrsg.): Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics, Heidelberg, 57-76.
- LUTTER, H. (1980): Raumwirksamkeit von Fernstraßen. Eine Einschätzung des Fernstraßenbaues als Instrument zur Raumentwicklung unter heutigen Bedingungen In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Forschungen zur Raumentwicklung, 8, Bonn.
- LYDE, L. W. (1915): Some Frontiers of To-morrow, London.
- MACKINDER, H. J. (1951): The Scope and Methods of Geography and The Geographical Pivot of History. Reader in Human Geography in the University of Oxford.
- MARESCH, R. (2005): Politik des Großraums - Die „härtere“ Seite der Virtualität, ZBIG BRZEZINSKI erläuterte in München die macht- und geopolitischen Ziele der Pax Americana für die nächsten zwanzig Jahre.
- MARTEL, A. (1991): La Libye 1835-1990, essai de géopolitique historique, Paris.
- MARTÍNEZ, O. J. (1992): Border People and Transnational Interaction In: GANSTER, P. & VALENCIANO, E. O. (eds.): The Mexican-U.S. Border Region and the Free Trade Agreement, Institute for Regional Studies of the Californias, San Diego, 97-104.

- MARTÍNEZ, O. J. (1994): *Border People*, Tucson, Arizona.
- MASLOW, A. H. (1943): A Theory of Human Motivation In: *Psychological Review*, 50, 370-396.
- MATTHES-NAGEL, U. (1986): Modelle und Methoden rekonstruktiver Theoriebildung In: EBERT, G. ET AL. (Hrsg.): *Subjektorientiertes Lernen und Arbeiten – Ausdeutung einer Gruppeninteraktion*, Bonn, 29-55.
- MELČIĆ, D. (1999, Hrsg.): *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*. Wiesbaden.
- MENCINGER, J. (2004): Transition to a National and a Market Economy: A Gradualistic Approach In: MRAK, M. ET AL. (eds.): *From Yugoslavia to the European Union*, Washington, D.C.
- MENNEL, R. (1999): *Der Balkan. Einfluß- und Interessensphären: Eine Studie zur Geostrategie und Politischen Geographie eines alten Konfliktraumes*, Osnabrück.
- MERKEL, W. (1999): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Opladen.
- MERKEL, W. (2005): *Systemtransformation. Einführung in Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Opladen.
- MEUSER, M. & NAGEL, U. (2002): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig beachtet. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion In: BOGNER, A., LITIG, B. & MENZ, W. (Hrsg.): *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, Opladen, 71-93.
- MEYERS GROSSES TASCHENLEXIKON (1990), Mannheim.
- MIGGELBRINK, J. (1997): Europäische Transformationsprozesse als geographische Forschungsaufgabe - Ergebnisse und Anregungen aus der Podiumsdiskussion In: MAYR, A. (Hrsg.), *Regionale Transformationsprozesse in Europa - Festveranstaltung und Tagung anlässlich der 100-Jahr-Feier des Instituts für Länderkunde und Jahrestagung der Deutschen Akademie für Landeskunde, Beiträge zur Regionalen Geographie*. Institut für Länderkunde Leipzig, Leipzig, 104-107.
- MINGHI, J. V. (1963): Boundary studies in political geography, *Annals, Association of American Geographers*, 53, 407-428.
- MINGHI, J. V. (1991): From Conflict to Harmony in Border Landscapes In: MINGHI, J. V. & RUMLEY, D. (eds.): *The Geography of Border Landscapes*, 15-30.
- MINISTRSTVO ZA GOSPODARSTVO RS (2004): *Evropska Unija in Države Zahodnega Balkana 2004*.
- MINISTRSTVO ZA ZUNANJE ZADEVE RS (2000): *Deset let slovenske zunanje politike 2000*.
- MINISTRSTVO ZA ZUNANJE ZADEVE RS (2003): *Slovenija in Jugovzhodna Evropa 2003*.

- MODELSKI, G. & THOMPSON, W. R. (1998): *Seapower in Global Politics, 1494–1993*, Basingstoke, Hampshire.
- MOMMSEN, W. J. (1995): Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des ersten Weltkriegs In: PLASCHKA, R.-G. ET AL.: *Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Wien, XIX-XXVII.
- MRAK, M. ET AL. (2001, eds.): *Slovenia in the New Decade: Sustainability, Competitiveness, Membership in the EU - The Strategy for the Economic Development of Slovenia 2001-2006*, Ljubljana.
- MÜLLER, H. (1998): Der Mythos vom Kampf der Kulturen. Eine Kritik an Huntingtons kulturalistischer Globaltheorie In: *E+Z – ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT*, 10, Oktober 1998, 262-264.
- MÜLLER, K. (2001): Countries in Transition. Entwicklungspfade der osteuropäischen Transformation In: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens*, 51/10.
- MÜLLER, W. (1995): Der osteuropäische Wandel und die deutsch-deutsche Transformation. Zum Revisionsbedarf modernisierungstheoretischer Erklärungen In: SCHMIDT, R. & LUTZ, B. (Hrsg.): *Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland*, Berlin, 1-42.
- MUR/B7 (1991): *Mensch und Raum*, 7, Berlin.
- MUSCHG, A. (2005): *Was ist europäisch? Reden für einen gastlichen Erdteil*, München.
- NARED, J. (2002): Razvitost slovenskih občin in nadaljnje razvojne perspektive In: *Geografski vestnik*, 74/2, 33-46.
- NAUMANN, F. (1915): *Mitteleuropa*, Berlin.
- NEČAK, D. (2001): Die österreichisch-jugoslawischen Beziehungen im 20. Jahrhundert ([www.demokratiezentrum.org/network.php?Nav=main/network/topics/ring/zeitgeschichte/slovenia](http://www.demokratiezentrum.org/network.php?Nav=main/network/topics/ring/zeitgeschichte/slovenia), 15.06.2005.).
- NEWMAN, D. & PAASI, A. (1998): Fences and neighbours in the post-modern world: boundary narratives in political geography In: *Progress in Human Geography*, 22/2, 186-207.
- NEWMAN, D. (1999): Into the millennium: the study of international boundaries in an era of global and technological change In: *Boundary and Security Bulletin*, 7/4, 63-71.
- NEWMAN, D. (2003): Boundaries In: AGNEW, J. ET AL. (eds.): *A Companion to Political Geography*, Oxford, 123-137.
- Ó TUATHAIL, G. & DALBY, S. (1988, eds.): *Rethinking Geopolitics*, London.



- Ó TUATHAIL, G. (1996): *Critical Geopolitics: the Politics of Writing Global Space*, London.
- Ó TUATHAIL, G. (2000): *The Postmodern Geopolitical Condition: States, Statecraft, and Security into the Twenty First Century* In: *Annals of the Association of American Geographers*. Special "Millennium Number" Issue.
- Ó TUATHAIL, G. (2001): *Rahmenbedingungen der Geopolitik in der Postmoderne: Globalisierung, Informationalisierung und die globale Risikogesellschaft* In: *Geopolitik: zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte, Kritische Geographie*, 14, Wien, 120-142.
- OFFE, C. (1994): *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt am Main, New York.
- OLAS, L. & KERT, B. (1993): *Vpliv državnih meja na družbenogeografski razvoj Prekmurja (Einfluss der Staatsgrenzen auf die gesellschaftliche und geographische Entwicklung von Prekmurje)* In: *Dela 10 - Geografski aspekti obmejnosti in regionalnega razvoja (The geographical aspects of the border regions and regional development)*, Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 10, 135-143.
- OSCHLIES, W. (2004): *Erweiterte EU mit slowenischen Altlasten* In: BIRNBAUM, N. ET AL. (Hrsg.): *Blätter für deutsche und internationale Politik*, April 2004, Bonn, 404-407.
- OSCHLIES, W. (2005a): *Balkanische Wirtschaft* In: BIRNBAUM, N. ET AL. (Hrsg.): *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Februar 2005, Bonn, 153-157.
- OSCHLIES, W. (2005b): *Die EU hat Kroatien die Tür gewiesen. Zu Recht? Hintergründe zu den gescheiterten EU-Beitrittsverhandlungen* In: *Eurasisches Magazin* (<http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20050305> 31.03.2005).
- OSMANOVIČ, A. (1999): *Die Transformation in Südafrika und die räumlichen Lebenschancen am Beispiel der Provinz Western Cape* In: *Die Erde, Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin*, 3-4, 225-240.
- PAASI, A. (1996): *Territories, Boundaries and Consciousness: The Changing Geographies of the Finnish-Russian Border*, New York.
- PAASI, A. (2001): *"A Borderless World" - Is it only rhetoric or will boundaries disappear in the globalizing world?* In: REUBER, P. & WOLKERSDORFER, G. (Hrsg.): *Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*, Heidelberg, 133-146.
- PAK, M. (2001): *Regionalno razvojna problematika območja ob slovensko-hrvaški meji (Regional-development problematic of area near Slovene-Croatian border)* In: *Dela 16 - Socialnogeografska problematika obmejnih območij ob slovensko-hrvaški meji (Sociogeographical problems of border regions along*

- Slovenian-Croatian border), Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 16, 29-38.
- PARSONS, T. (1979): The social system, London.
- PARISCH, J. (1904): Mitteleuropa. Die Länder und Völker von den Westalpen und dem Balkan bis an den Kanal und dem Kurischen Haff, Gotha.
- PATTEN, C. (2002): Western Balkans Democracy Forum, Thessaloniki, 11. April 2002.
- PAVLAKOVIC-KOCHI, V. & STIPERSKI, Z. (2004): The Croatian-Slovenian Border: The Local Experience In: PAVLAKOVIC-KOCHI, V., MOREHOUSE, B. J. & WASTL-WALTER, D. (eds.): Challenged Borderlands. Transcending political and cultural boundaries, Aldershot, Ch. 12, 239-253.
- PELC, S. (1996): European Significance of the Slovene Traffic Network in Slovenia: A Gateway to Europe, Association of Geographical Societies of Slovenia, Ljubljana, 25-31.
- PELINKA, A. (1990): Zur österreichischen Identität. Zwischen deutscher Vereinigung und Mitteleuropa, Wien.
- PETER, C. & FLECK, D. (1996): Der Mitteleuropabegriff. Entwicklung und Wandel unter dem Einfluss zeitspezifischer Geisteshaltungen In: Arbeiten aus dem Institut für Geographie der Karl-Franzens-Universität Graz, 34, Oktober 1996.
- PFADENHAUER, M. (2002): Auf gleicher Augenhöhe reden. Das Experteninterview - ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte In: BOGNER, A., LITTIG, B. & MENZ, W. (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Opladen, 113-130.
- PFAFFENBACH, C. (2002): Die Transformation des Handelns - Erwerbsbiographien in Westpendlergemeinden Südthüringens In: Erdkundliches Wissen, Schriftenreihe für Forschung und Praxis, 134, Wiesbaden.
- PLUT, D. (1970, ed.): Tromeja - obmejna območja Jugoslavije, Avstrije in Italije, Ljubljana.
- PODGORŠEK, V. (1997): Mejo s Hrvaško bo oživilo 27 maloobmejnih prehodov (The border with Croatia will be revitalized by 27 local border-crossings) In: Delo, Ljubljana, June 3, 4-32.
- POTOČNIK, J. & LOMBADERO, J. G. (2004): Slovenia's Road to Membership in the European Union In: MRÁK, M. ET AL. (eds.): From Yugoslavia to the European Union, Washington, D.C.
- POTOČNIK, J. ET AL. (1995): Slovenija. Strategija gospodarskega razvoja. Približevanje Evropi - rast, konkurenčnost in integriranje, Zavod Republike Slovenije za makroekonomske analize in razvoj, Ljubljana.
- PRESCOTT, J. R. V. (1975): Einführung in die Politische Geographie, München: Beck, (Beck'sche Elementarbücher).

- PRESCOTT, J. R. V. (1978): *Boundaries and Frontiers*, London: Croom Helm.
- PRESCOTT, J. R. V. (1999): *Borders in a borderless world: Review essay* In: *Geopolitics*, 4/2, 262-273.
- PRITWITZ, V. VON (1994): *Politikanalyse*, Opladen.
- RATHFELDER, E. (1999): *Der Krieg an seinen Schauplätzen* In: MELČIĆ, D. (Hrsg.): *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Opladen, 346-363.
- RATZEL, F. (1897): *Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges*, München, Oldenburg.
- RAVBAR, M. (1999): *Posavje. Border Areas in Slovenia Along the Slovenian-Croatian Border* In: *Geographica Slovenica*, 31, 71-87.
- REDEPENNING, M. (2002): *Was und Wie ist der Balkan?* In: *Geographische Rundschau*, 54/7-8, 10-15.
- REISSIG, R. (1994): *Transformation - Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche*, *Berliner Journal für Soziologie*, 4, 323-344.
- REISSIG, R. (1997): *Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH, Berlin.
- REPOLUSK, P. (1999): *Opredelitev obmejnega območja med Slovenijo in Hrvaško ter nekatere njegove geografske značilnosti* In: KRŽIŠNIK-BUKIĆ, V. (ed.): *Slovensko-hrvaški obmejni prostor: življenje ob meji (The Slovenian-Croatian Border Territory: life along the border)*, Ljubljana, Institut za mednarodna vprašanja, (Raziskovalno poročilo/research report), 17-45.
- REUBER, P. (1999): *Raumbezogene politische Konflikte*, *Erdkundliches Wissen*, 131, Stuttgart.
- REUBER, P. (2001): *Möglichkeiten und Grenzen einer handlungsorientierten Politischen Geographie* In: REUBER, P. & WOLKERSDORFER, G. (Hrsg.): *Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*, Heidelberg, 77-92.
- REUBER, P. (2002): *Die Politische Geographie nach dem Ende des Kalten Krieges* In: *Geographische Rundschau*, 54/7-8, 4-9.
- REUBER, P. (2005): *Geopolitik* In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): *Handwörterbuch der Raumordnung*, Hannover.
- REUBER, P. (2006): *Die Grenzen Europas als soziale und politische Ordnungen* In: KULKE, E., MONHEIM, H. & WITTMANN, P. (Hrsg.): *Grenzwerte. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen*, 55. Deutscher Geographentag Trier 2005, 1. bis 8. Oktober 2005, Berlin, Leipzig, Trier.
- REUBER, P. & WOLKERSDORFER, G. (2002): *Der Clash of Civilizations aus der Sicht der kritischen Geopolitik* In: *Geographische Rundschau* 54/7-8, 24-29.

- REUBER, P. & WOLKERSDORFER, G. (2003): Geopolitische Leitbilder und die Neuordnung der globalen Machtverhältnisse In: GEBHARDT, H., REUBER, P. & WOLKERSDORFER, G. (Hrsg.): Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen, Berlin.
- RICHTER, S. (2005): Frieden schaffen mit den Waffen der Demokratie? Theorie und Praxis von Demokratisierung als Friedensstrategie, Zeitschrift für Internationale Beziehungen 12/1, 77-116.
- ROGIĆ, V. & ŽULJIĆ, S. (1972): Geografija Jugoslavije za IV razred gimnazije, Školska knjiga, Zagreb.
- RÖSSLER, M. (1990): „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie, Berlin.
- RUPPERT, K. (1996): Mitteleuropa. Annäherung an einen geographischen Begriff In: SCHAFFER, F. (Hrsg.): Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina. Neue Staaten am Rande Mitteleuropas, Angewandte Sozialgeographie, Augsburg, 9-26.
- SACK, R. D. (1986): Human territoriality. Its theory and history, Cambridge.
- SANDSCHNEIDER, E. (1995): Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, Opladen.
- ŠARIĆ, T. (2004): Bleiburške žrtve na stranicama „Hrvatske revije“ In: Časopis za suvremenu povijest 2, 505-521.
- SCARTEZZINI, R. (1998): Social representations of northeast Italian border regions In: GLASS, K. ET AL. (Hrsg.): Grenzlandidentitäten im Zeitalter der Eurointegration, Wien, Poznan, 257-272.
- SCHAFFER, F. (1969): Sozialgeographische Probleme des Strukturwandels einer Bergbaustadt: Beispiel Penzberg/Obb., Deutscher Geographentag 1969, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, 313-325.
- SCHEUCH, L. (1967): Das Interview in der Sozialforschung In: KÖNIG, R. (Hrsg.): Handbuch der Empirischen Sozialforschung, 1, Stuttgart, 136-196.
- SCHLÖGEL, K. (2003): Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik, München.
- SCHMITT-EGNER, P. (2000): Handbuch der Europäischen Regionalorganisationen: Akteure und Netzwerke des Transnationalen Regionalismus von A bis Z, Baden-Baden.
- SCHNELL, R., HILL, P. & ESSER, E. (1995): Methoden der empirischen Sozialforschung, München, Wien, Oldenburg.
- SCHÖLLER, P. (1957): Wege und Irrwege der politischen Geographie und Geopolitik In: Erdkunde, 11, 1-20.

- SCHÖNENBERG, R. & NEUGEBAUER, J. (1997): Einführung in die Geologie Europas, Freiburg.
- SCHULTZ, H. D. (2004): Welches Europa soll es denn sein? Anregungen für den Geographieunterricht ([http://www.geographie.uni-marburg.de/parser/parser.php?file=/deuframat/deutsch/1/1\\_2/schultz/start.htm](http://www.geographie.uni-marburg.de/parser/parser.php?file=/deuframat/deutsch/1/1_2/schultz/start.htm) 31.01.2007).
- SCHULZ, M. (1993): Regionalismus und die Gestaltung Europas: Die konstitutionelle Bedeutung der Regionen im europäischen Drama zwischen Integration und Desintegration, Hamburg.
- SCHWIND, M. (1972): Allgemeine Staatsgeographie, Berlin.
- SEBESTYEN, G. (1990): Notizen eines Mitteleuropäers, Wien.
- SEIDT, H.-U. (2006): Wozu noch Geopolitik In: STANDORT- Zeitschrift für Angewandte Geographie, 2, 104-106.
- ŠIĆ, M. (1984): Razvoj mreže gradskog autobusnog prometa kao pokazatelja urbanizacije Zagreba In: Radovi Geografskog odjela, 19, 51-58.
- SIMPSON-ANDERSON, R. C. (1997): South Africa's maritime power in the Indian Ocean Rim In: South African Journal of International Affairs, 35, 367-385.
- SLAVEC, A. (1991): Razvoj industrije v Mariboru s posebnim ozirom na zazvojne dejavnike (The development of industry in Maribor with a special stress on development factors) In: Dela 8 - Geografska problematika severovzhodne Slovenije (Geographical problems of north-eastern Slovenia), Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 8, 53-63.
- SLOVENIJA V ŠTEVILKAH (2003-2006): 2003, 2004, 2005 & 2006 (Slovenia in Figures), Ljubljana, Statistični urad Republike Slovenije.
- ŠPES, M. (2001): Odnos prebivalcev obmejnih območij Slovenije do slovensko-hrvaške državne meje (Attitudes of inhabitants of Border Areas of Slovenia towards the Slovene-Croatian State Border) In: Dela 16 - Socialnogeografska problematika obmejnih območij ob slovensko-hrvaški meji (Sociogeographical problems of border regions along Slovenian-Croatian border), Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 16, 89-104.
- ŠPES, M. 1999: Spodnje Podravje. Border Areas in Slovenia Along the Slovenian-Croatian Border In: Geographica Slovenica, 31, Ljubljana, 71-87.
- STADELBAUER, J. (1993): Der Zerfall der Sowjetunion als Gegenstand politisch-geographischer Analyse: Territorien, Grenzen, Konflikte In: 49. Deutscher Geographentag Bochum 1993, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, 4: Europa im Umbruch, Stuttgart, 93-103.
- STADELBAUER, J. (1994): Nach dem Zerfall der Sowjetunion: Fünfzehn neue unabhängige Staaten im Transformationsprozeß In: Praxis Geographie 24, 9, 4-11.
- STADELBAUER, J. (1995a): Die Krisenregion Kaukasien: Geographische, ethnische und wirtschaftliche Grundlagen In: HALBACH, U. & KAPPELER, A. (Hrsg.): Krisen-

- herd Kaukasien, Nationen und Nationalitäten in Osteuropa, Baden-Baden, 2, 13-51.
- STADELBAUER, J. (1995b): Usbekistan - Geographische Aspekte eines sowjetischen Nachfolgestaates in Mittelasien In: KALTER, J. & PAVALOI, M. (Hrsg.): Usbekistan: Erben der Seidenstraße, Stuttgart, London, 347-356. Engl. Übersetzung: Uzbekistan: Geographical Aspects of a Post-Soviet Successor State in Central Asia In: KALTER, J. & PAVALOI, M. (1997, eds.): Heirs to the Silk Road. Uzbekistan. London, 347-354.
- STADELBAUER, J. (2000): Ein schwieriger Leitbegriff – „Transformation“ als Paradigma geographischer Forschung im östlichen Europa und die „Transformationsstaaten“ ([www.geographie.uni-freiburg.de/ikg/popup\\_index.php?id=10&index=1&thema=transform&level=bereich](http://www.geographie.uni-freiburg.de/ikg/popup_index.php?id=10&index=1&thema=transform&level=bereich) 11.01.2005).
- STATISTIČKI LJETOPIS (2005): 2005 (Statistical Yearbook), Zagreb, Državni zavod za statistiku.
- STATISTIČNE INFORMACIJE (2003): Prebivalstvo (Rapid Reports), Ljubljana, Statistični urad Republike Slovenije, 92/2003.
- STATISTIČNI LETOPIS (1993-2005): 1993-2005 (Statistical Yearbook), Ljubljana, Statistični urad Republike Slovenije.
- STATISTIK KURZ GEFASST (2005): Außenhandel, 1/2005, Eurostat.
- STOJANOV, C. (2001): Zur Situation der Transformationsforschung, Universität Magdeburg, Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Institut für Soziologie (Arbeitsbericht Nr. 8).
- STREIT, M. E. (1997): Transformation von Wirtschaftsordnungen, Gabler Wirtschaftslexikon, 9, 3812-3814.
- STRÜVER, A. (2005): Stories of the „Boring Border“: The Dutch-German Borderscape in People's minds In: Forum Politische Geographie, Münster, 73-100.
- TAYLOR, P. J. (1993): Geopolitical world orders In: TAYLOR, P. J. (ed.): Political Geography of the Twentieth Century: a Global Analysis, London, 31-61.
- TAYLOR, P. J. (1994): The State as Container: Territoriality in the Modern World-System In: Progress in Human Geography, 18/2, 151-162.
- TERRA (1991): Erdkunde Europa. Stuttgart.
- THEISE, H. (2006): Die Grenzen Europas. Die Europäische Union zwischen Erweiterung und Überdehnung, Opladen.
- THOMAS, B. (1999): International boundaries: lines in the sand (and the sea) In: DEMKO, G. & WOODS, W. (eds.): Reordering the World: geopolitical Perspectives on the Twenty First Century, CO, 69-93.

- THÖRNER, K. 1999(): Jugoslawien: Geschichte eines antikolonialen und antifaschistischen Staates In: KHELLA, K. (Hrsg.), 1999: Der Fall Jugoslawien, Hamburg, 55-180.
- TIMMERMANN, H. (1998): Die Regionen Europas und der Vertrag von Maastricht In: Subsidiarität und Föderalismus in der Europäischen Union, Berlin 1998.
- TODOROVA, M. (1999): Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil, Darmstadt.
- TOTH, J. & ZOLTAN, W. (2004): Hungarian regional development with the "Europe of Regions" In: Dela 21 - Cities in transition, Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 21, 295-308.
- TRINCZEK, R. (2002): Wie befrage ich Manager? Methodische und methodologische Aspekte des Experteninterviews als qualitativer Methode empirischer Sozialforschung In: BOGNER, A., LITTIG, B. & MENZ, W. (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Opladen, 209-222.
- VERES, A. & KOST, K. (2005): Verständnis von Geopolitik in der Gegenwart. Ein Ende des Schweigens? In: STANDORT - Zeitschrift für Angewandte Geographie, 1, Heidelberg, 26-30.
- VERES, A. (2002): Die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) - Das Beispiel Slowenien: Die Anforderungen der EU und Sloweniens Stand der Umsetzung, Ljubljana.
- VIGARIÉ, A. (1995): La mer et la géostratégie des nations, Paris: Economica.
- VRESK, M. (1984a): Dnevni urbani sistem Zagreba In: Geografski glasnik, 46, 109-118.
- VRESK, M. (1984b): Metropolitanska regija Zagreba 1981. Godine In: Radovi Geografskog odjela, 19, 59-66.
- WAGNER, H. (1883): H. Guthers Lehrbuch der Geographie, 2, Hannover.
- WASTIL-WALTER, D. & KOFLER, A. (1999a): Dynamics of Local Cross-Border Activities between Carinthia (Austria) and Slovenia In: ESKELINEN, H. ET AL. (eds.), Curtains of Iron and Gold. Reconstructing Borders and Scales of Interaction, Aldershot, 213-229.
- WASTIL-WALTER, D. & KOFLER, A. (1999b): The Dynamics of Economic Transborder Cooperation between Austria/Carinthia and Slovenia In: Journal of Borderlands Studies, XIV/2, San Diego, 23-47.
- WATERMAN, S. (1994): Boundaries and the changing world political order In: SCHOFFIELD, C. (ed.), World Boundaries, 1: Global Boundaries, London, 23-35.
- WEBER, J. (2002): Kroatien. Regionalentwicklung und Transformationsprozesse, In: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft Hamburg, 92, Stuttgart.

- WEBER, J. F. (1996): Große Ziele im Sinn. Vor 50 Jahren schied Karl Haushofer – Schöpfer der Geopolitik – aus dem Leben ([www.konservativ.de/swg/swg\\_grif.htm](http://www.konservativ.de/swg/swg_grif.htm) 23.06.1996.).
- WEIDENFELD, W. (2002): Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn.
- WESSELS, W. (2000): Die Europäische Union als Ordnungsfaktor In: KAISER, K. & SCHWARZ, H.-P. (Hrsg.): Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Baden-Baden.
- WINTER, B. (2003): Das EU-Beitrittsland blickt auf eine bewegte Geschichte und Kultur In: Das Parlament, Nr. 12, 17. März 2003, Berlin, 2.
- WITTENBROCK, R. (1993): Die Auswirkungen von Grenzverschiebungen auf Stadtentwicklung und Kommunalverfassung In: HAUBRICH, W. & SCHNEIDER, R. (Hrsg.): Grenzen und Grenzregionen, Veröffentlichung der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, Saarbrücken, 239-266.
- WOLKERSDORFER, G. (2001): Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne, Heidelberg.
- WOLLMANN, H. & HELLMANN, G.-M. (1978): Sanierungsmaßnahmen. Städtebauliche und stadtstrukturelle Wirkungen (Methodische Vorstudie), Schriftenreihe Stadtentwicklung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 02.012, Bonn.
- WOYCICKY, K. (1990): Bedürfnis nach Politik In: TRUGER, A. & MACHO, T. (Hrsg.): Mitteleuropäische Perspektiven, Wien, 31-35.
- ZAPF, W. (1991): Modernisierung moderner Gesellschaften In: ZAPF, W. (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften, Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt am Main, 23-39.
- ZAPF, W. (1994): Transformation and Modernisation, Manuskript, Berlin.
- ZAPF, W. (1995): Entwicklung und Sozialstruktur moderner Gesellschaften In: KORTE, H. & SCHÄPFERS, B. (Hrsg.): Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie, Opladen, 181-193.
- ZAPF, W. (1996): Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung In: Leviathan, 1/1996, 63-77.
- ZECHMEISTER, B. (2003): INTERREG III und PHARE. Grenzüberschreitende, transnationale und interregionale EU-Förderprogramme benötigen ihre Harmonisierung an der EU-Außengrenze. Aufgezeigt am Beispiel der österreichischen INTERREG III-Programme in der Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, Dissertation, Universität Linz.
- ZENKER, H. (2004): Slowenien an der Schwelle zur EU – die letzten Schritte, Vortrag HEIKE ZENKER, Botschafterin a.D., 15. April 2004, Europäische Akademie Berlin.
- ZEUNE, G. (1808): Gea. Versuch einer wissenschaftlichen Erdbeschreibung, Berlin.



- ZISEL, S. (1997): Politische und institutionelle Transformation Ost-Mitteleuropas im Zuge der Integration in die Europäische Union. Prozesse und Konsequenzen am Beispiel Sloweniens, Konstanz.
- ŽULJIĆ, S. (1965): Zagreb i okolica. Utjecaj gradskog organizma na regiju In: Geografski glasnik, 25, 65-82.
- ZUPANČIČ, J. & REPOLUSK, P. (1993): Narodnostno mešano območje Lendava in nova državna meja (Ethnisch gemischtes Gebiet der Gemeinde Lendava und die neue Staatsgrenze) In: Dela 10 - Geografski aspekti obmejnosti in regionalnega razvoja (The geographical aspects of the border regions and regional development), Ljubljana, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Dela, 10, 171-176.
- ZÜRRER, W. (1989): Jugoslawien 1980 bis 1989 In: Weltgeschehen April-Juni 1989. Analysen und Berichte zur Weltpolitik für Unterricht und Studium, Sankt Augustin.

### **Internetreferenzen**

- Association of European Border Regions ([www.aebr.net](http://www.aebr.net) 28.06.2005).
- Auswärtiges Amt ([www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Kroatien/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Kroatien/Wirtschaft.html) 29.09.2006).
- Banka Slovenija ([www.bsi.si](http://www.bsi.si) 22.09.2006).
- Bertelsmann Stiftung ([www.bertelsmann-transformation-index.de](http://www.bertelsmann-transformation-index.de) 30.11.2006).
- Bundesregierung ([www.bundesregierung.de/Politikthemen/Europaeische-Union,9011/Europa-Lexikon.htm?link.hit=531889&link.upperCase=E](http://www.bundesregierung.de/Politikthemen/Europaeische-Union,9011/Europa-Lexikon.htm?link.hit=531889&link.upperCase=E) 27.06.2005).
- Central European free Trade Agreement ([www.cefta.org](http://www.cefta.org) 26.09.2006).
- Central European Initiative ([www.ceinet.org](http://www.ceinet.org) 26.09.2006).
- Committee of the Regions ([www.cor.eu.int/de/presentation/role.htm](http://www.cor.eu.int/de/presentation/role.htm) 27.06.2005).
- Council of Europe ([www.coe.int](http://www.coe.int) 26.10.2006).
- Council of the European Union ([http://ue.eu.int/cms3\\_fo/showPage.ASP?lang=en](http://ue.eu.int/cms3_fo/showPage.ASP?lang=en) 28.06.2005).
- Danube Cooperation ([www.danubecooperation.org](http://www.danubecooperation.org) 26.09.2006).
- Deutsch-Slowenische Industrie- und handelskammer (DESLO) ([www.dihk.si/downloads/Wirtschaftsstruktur\\_2006\\_RA\\_0506.pdf](http://www.dihk.si/downloads/Wirtschaftsstruktur_2006_RA_0506.pdf) 10.11.2006).
- Deutsche Enzyklopädie ([www.calsky.com/lexikon/de/txt/p/pa/pannonische\\_tiefebene.php](http://www.calsky.com/lexikon/de/txt/p/pa/pannonische_tiefebene.php) 12.03.2004).
- Dgfg-AK Geopolitische Analysen ([www.geographie.de/geopolitischeanalysen](http://www.geographie.de/geopolitischeanalysen) 13.10.2004).

- Družba za avtoceste v Republike Sloveniji ([www.dars.si](http://www.dars.si) 21.06.2005 & 25.08.2006).
- Economic Reconstruction and Development in Aouth East Europe ([www.seerecon.org/gen/eu-see.htm](http://www.seerecon.org/gen/eu-see.htm) 28.09.2006).
- EU-Gipfeltreffen ([www.weltpolitik.net/texte/policy/concordia/eu\\_gipfel.pdf#search=%22thessaloniki%20agenda%22](http://www.weltpolitik.net/texte/policy/concordia/eu_gipfel.pdf#search=%22thessaloniki%20agenda%22) 10.10.2006).
- EU-Zukunftsregion ([www.europa.steiermark.at/cms/dokumente/10030047\\_2951057/25cd8c0d/absichtserkl%C3%A4rung\\_deutsch.rtf](http://www.europa.steiermark.at/cms/dokumente/10030047_2951057/25cd8c0d/absichtserkl%C3%A4rung_deutsch.rtf) 21.11.2006).
- EUREGIO-Steiermark ([www.euregio-steiermark.at](http://www.euregio-steiermark.at) 28.06.2005).
- EUREGION ([www.euregio.de](http://www.euregio.de) 28.06.2005).
- Eurobarometer ([http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_237.en.pdf](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/ebs/ebs_237.en.pdf) 17.11.2005).
- Europa-digital.de ([www.europa-digital.de/text/laender/slo/eu\\_pol/wegzureu.shtml](http://www.europa-digital.de/text/laender/slo/eu_pol/wegzureu.shtml) 09.05.2006).
- Europa-digital.de ([www.europa-digital.de/text/laender/slo/nat\\_pol/petan.shtml](http://www.europa-digital.de/text/laender/slo/nat_pol/petan.shtml) 02.11.2004).
- Europäische Union ([http://europa.eu.int/constitution/de/ptoc4\\_de.htm#a15](http://europa.eu.int/constitution/de/ptoc4_de.htm#a15) 27.06.2005).
- Europäische Union (<http://europa.eu.int/scadplus/printversion/de/lvb/l33020.htm> 23.04.2005).
- Europäische Union (<http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r18007.htm> 09.10.2006).
- European Broadcasting union ([www.ebu.ch](http://www.ebu.ch) 26.10.2006).
- European Commission – DG Enlargment (<http://ec.europa.eu/comm/enlargement/pas/phare/programmes/index.htm> 18.05.2006).
- European Commission – DG Enlargment ([http://ec.europa.eu/enlargement/financial\\_assistance/cards/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/financial_assistance/cards/index_en.htm) 26.09.2006).
- European Commission – DG Enlargment ([http://ec.europa.eu/enlargement/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm) 29.09.2006).
- European Commission – DG Enlargment (<http://europa.eu.int/comm/dg1a/phare/programmetyes/crossborder/crossborder.htm> 10.11.1999).
- European Commission – DG Regional Policy ([http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2003SI161DO001&LAN=5](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2003SI161DO001&LAN=5) 17.05.2006).
- European Commission – DG Regional Policy ([http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/funds/prord/sf\\_de.htm](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/funds/prord/sf_de.htm) 06.04.2005).
- European Commission – DG Regional Policy ([http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/interreg3/abc/abc\\_de.htm](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/interreg3/abc/abc_de.htm) 18.5.2006).

- European Commission – DG Regional Policy ([http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/funds/prord/obj3\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/funds/prord/obj3_de.htm) 27.06.2005).
- European Commission – DG Regional Policy ([http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/interreg3/abc/abc\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/interreg3/abc/abc_de.htm) 30.06.2005).
- European Commission – DG Regional Policy ([http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/interreg3/inte2/inte2.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/interreg3/inte2/inte2.htm) 30.06.2005).
- European Commission – DG Regional Policy ([http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/objective1/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/objective1/index_de.htm) 27.06.2005).
- European Commission – DG Regional Policy ([http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/objective2/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/objective2/index_de.htm) 27.06.2005).
- European Commission (<http://europa.eu.int/abc/obj/treaties/de/detoc01.htm> 27.06.2005).
- European trade Union Confederation ([www.etuc.org](http://www.etuc.org) 26.10.2006).
- Eurostat ([http://ec.europa.eu/comm/eurostat/ramon/nuts/home\\_regions\\_de.html](http://ec.europa.eu/comm/eurostat/ramon/nuts/home_regions_de.html) 23.11.2006).
- Eurostat (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu> 28.08.2006).
- Globelaw ([www.globelaw.com/LawSea/ls82\\_1.htm#article\\_15\\_delimitation\\_of\\_the\\_terr](http://www.globelaw.com/LawSea/ls82_1.htm#article_15_delimitation_of_the_terr) 24.05.2004).
- Gospodarska zbornica Slovenije ([www.gzs.si/eng/news/sbw/head.asp?idc=15762](http://www.gzs.si/eng/news/sbw/head.asp?idc=15762) 22.01.2003).
- Homepage ([www.antegotovina.com](http://www.antegotovina.com) 19.09.2006).
- INST ([www.inst.at/berge/perspektiven](http://www.inst.at/berge/perspektiven) 14.07.2003).
- International Criminal Law Society ([www.icls.de/dokumente/icty\\_statut\\_dt.pdf#search=%22ICTY%22](http://www.icls.de/dokumente/icty_statut_dt.pdf#search=%22ICTY%22) 08.09.2006).
- International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia ([www.un.org/icty](http://www.un.org/icty) 08.09.2006).
- International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia ([www.un.org/icty/indictment/english/got-ii010608e.htm](http://www.un.org/icty/indictment/english/got-ii010608e.htm) 20.09.2006).
- Landespressediensnt Steiermark ([www.landespressediensnt.steiermark.at/cms/beitrag/10156224/374565](http://www.landespressediensnt.steiermark.at/cms/beitrag/10156224/374565) 21.11.2006).
- Landespressediensnt Steiermark ([www.landespressediensnt.steiermark.at/cms/beitrag/10156224/374565/?print=J](http://www.landespressediensnt.steiermark.at/cms/beitrag/10156224/374565/?print=J) 16.11.2006).
- Landeszentrale für politische bildung Baden-Württemberg ([www.lpb.bwue.de/aktuell/puu/3\\_97/puu973e.htm](http://www.lpb.bwue.de/aktuell/puu/3_97/puu973e.htm) 13.05.2006).
- Ljubljanske novice ([www.ljnovice.com](http://www.ljnovice.com) 26.07.2006).

- Ministarstvo vanjskih poslova i europskih integracija ([www.mvp.hr/MVP.asp?pcpid=1186](http://www.mvp.hr/MVP.asp?pcpid=1186) 12.05.2006).
- Ministrstvo za zunanje zadeve ([www.mzz.gov.si](http://www.mzz.gov.si) 06.05.2006).
- Ministrstvo za zunanje zadeve ([www.mzz.gov.si/index.php?id=57&L=2](http://www.mzz.gov.si/index.php?id=57&L=2) 26.09.2006).
- Ministrstvo za zunanje zadeve ([www.sigov.si/mzz/eng](http://www.sigov.si/mzz/eng) 29.09.2006).
- Ministrstvo za finance (<http://carina.gov.si/slov/lokacije.htm> 03.08.2006).
- Ministrstvo za okolje in prostor ([www.sigov.si/mop/podrocja/uradzaevropskezadeve\\_smo/jjp/en\\_jjp/jjp\\_en.htm](http://www.sigov.si/mop/podrocja/uradzaevropskezadeve_smo/jjp/en_jjp/jjp_en.htm) 26.09.2006).
- ORF (<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/72083> 28.07.2006).
- Organisation of the Black Sea Economic Cooperation ([www.bsec-organization.org](http://www.bsec-organization.org) 26.09.2006).
- OSCE ([www.osce.org](http://www.osce.org) 26.10.2006).
- Österreichische Raumordnungskonferenz (<http://oerok.gv.at> 28.06.2005).
- Parliament of Romania – Chamber of Deputies ([www.cdep.ro](http://www.cdep.ro) 26.09.2006).
- Predsednik Republike Slovenije ([www.up-rs.si/eng/vsebina.php?vsebina=ustava\\_in\\_zakoni\\_o\\_pr\\_01](http://www.up-rs.si/eng/vsebina.php?vsebina=ustava_in_zakoni_o_pr_01) 05.10.2004).
- Radenska zdravilišče ([www.radenska-zdravilisce.si/ger\\_radin.htm](http://www.radenska-zdravilisce.si/ger_radin.htm) 15.11.2005).
- Reporter ohne Grenzen ([www.reporter-ohne-grenzen.de/publikationen/internetbericht.html](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/publikationen/internetbericht.html) 13.11.2006).
- Serendipity ([www.serendipity.li/hr/bleiburg\\_massacres.htm](http://www.serendipity.li/hr/bleiburg_massacres.htm) 27.07.2006).
- Slowenien Weine ([www.slowenien-weine.de/weinland/steiermark](http://www.slowenien-weine.de/weinland/steiermark) 18.09.2005).
- Služba Vlade Republike Slovenije za evropske zadeve ([www.svez.gov.si/index.php?id=1105&L=1](http://www.svez.gov.si/index.php?id=1105&L=1) 03.06.2006).
- Služba Vlade Republike Slovenije za lokalno samoupravo in regionalno politoko ([www.svlr.gov.si/si/delovna\\_podrocja/drzavni\\_razvojni\\_program](http://www.svlr.gov.si/si/delovna_podrocja/drzavni_razvojni_program) 29.11.2006).
- Služba Vlade Republike Slovenije za lokalno samoupravo in regionalno politoko ([www3.gov.si/loksam/htm](http://www3.gov.si/loksam/htm) 28.08.2006).
- Southeast European Cooperative Initiative ([www.secinet.org](http://www.secinet.org) 27.09.2006).
- Southeast European Times ([www.setimes.com](http://www.setimes.com) 13.05.2004).
- Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye ([www.versailer-vertrag.de/svsg.htm](http://www.versailer-vertrag.de/svsg.htm) 26.07.2006).
- Stability Pact for South Eastern Europe ([www.stabilitypact.org](http://www.stabilitypact.org) 26.09.2006).

- Stability Pact for South Eastern Europe ([www.stabilitypact.org/wt1](http://www.stabilitypact.org/wt1),  
[www.stabilitypact.org/wt2](http://www.stabilitypact.org/wt2), [www.stabilitypact.org/wt3](http://www.stabilitypact.org/wt3) 27.09.2006).
- Styrian Spirit ([www.styrianspirit.com](http://www.styrianspirit.com) 08.12.2005).
- Telepolis ([www.telepolis.de/deutsch/inhalte/te/14747/1.html](http://www.telepolis.de/deutsch/inhalte/te/14747/1.html) 14.02.2003).
- Treaty of Trianon ([www.lib.byu.edu/%7Erdh/wwi/versa/tri1.htm](http://www.lib.byu.edu/%7Erdh/wwi/versa/tri1.htm) 22.03.2004).
- UEFA ([www.uefa.com](http://www.uefa.com) 26.10.2006).
- Unabhängige Antifa an der FU (<http://ua.x-berg.de/pdf/UA72.pdf> 30.01.2007).
- University of the West of England ([www.ess.uwe.ac.uk/genocide/yugoslav-hist1.htm](http://www.ess.uwe.ac.uk/genocide/yugoslav-hist1.htm) 27.07.2006).
- Urad vlade za komuniciranje ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/1605/1617](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/1605/1617) 08.12.2005).
- Urad vlade za komuniciranje ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/2569/2570](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/2569/2570) 08.11.2005).
- Urad vlade za komuniciranje ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3217/3229](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3217/3229) 18.05.2006).
- Urad vlade za komuniciranje ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3458/3468](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3458/3468) 25.07.2006).
- Urad vlade za komuniciranje ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3494/3501](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3494/3501) 03.08.2006).
- Urad vlade za komuniciranje ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3703/3711](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3703/3711) 27.09.2006).
- Urad vlade za komuniciranje ([www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3918/3936/](http://www.uvi.si/eng/slovenia/publications/slovenia-news/3918/3936/) 10.11.2006).
- Versammlung der Regionen Europas ([www.a-e-r.org/de/home](http://www.a-e-r.org/de/home) 27.06.2005).
- WDR ([www.wdr.de/themen/computer/internet/webwird10/index.jhtml](http://www.wdr.de/themen/computer/internet/webwird10/index.jhtml)  
03.01.2003).
- Wiener Zeitung ([www.wienerzeitung.at](http://www.wienerzeitung.at) 12.05.2000).
- Wikipedia - Die freie Enzyklopädie (<http://de.wikipedia.org/wiki/Veto>  
05.10.2004).
- World Socialist Web Site ([www.wsws.org/de/2004/okt2004/slow-o16.shtml](http://www.wsws.org/de/2004/okt2004/slow-o16.shtml)  
08.05.2006).

### **Abkommen, Verträge, offizielle Dokumente**

AUSTRIA-SLOVENIA. INTERREG IIIA-PHARE CBC – Joint Programming Document  
2000-2006, Preliminary Final Draft, June 2000.

- CBC CROATIA - Project Preparation Facility for cross-border area at Slovenia - Croatia border (grant scheme), SI0305.02 - Version 8 May 2003.
- COM(2001) 437 final: Communications from the Commission on the impact of enlargement on regions bordering candidate countries. Community action for border regions.
- COMMUNITY INITIATIVE INTERREG IIIA – Slovenia/Hungary/Croatia. Neighbourhood Programme 2004-2006, October 2004.
- COMMUNITY INITIATIVE INTERREG IIIA – Slovenia/Hungary/Croatia. Neighbourhood Programme 2004-2006, Programme Complement, October 2004.
- DRŽAVNI RAZVOJNI PROGRAM (DRP) 2007-2013, osnutek, Ljubljana 31.5.2006.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2000): Glossar - Institutionen, Politiken und Erweiterung der Europäischen Union.
- INTERREG GESCHÄFTSSTELLE (2003): Übersicht und Beschreibung der 83 INTERREG IIIA-Projekte.
- INTERREG III A - Community Initiative Program Slovenia/Hungary/Croatia. Programme Complement, Working Document, November 25<sup>th</sup>, 2003
- INTERREG III B - Alpine Space Programme. Community Initiative, Final Version, November 2001
- INTERREG III B - Alpine Space Programme. Community Initiative, Programm Complement, November 2002.
- INTERREG IIIC East Programme Complement, Version as of 24<sup>th</sup> September 2002
- INTERREG IIIC Zone East. Community Initiative Programme, December 2001.
- INTERREG-Endbericht des IFA-Steiermark (1999).
- ITALY-SLOVENIA. Community Initiative Programme - INTERREG IIIA, 2000-2006, Programming Complement, April 2004.
- KOM (2004): Regionen - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS).
- KOM(2004) 492 endgültig: Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds (von der Kommission vorgelegt).
- KOM(2004) 493 endgültig: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Sozialfonds (von der Kommission vorgelegt).
- KOM(2004) 494 endgültig: Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Errichtung des Kohäsionsfonds (von der Kommission vorgelegt).

- KOM(2004) 495 endgültig: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (von der Kommission vorgelegt).
- KOM(2004) 496 endgültig: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Schaffung eines Europäischen Verbunds für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (von der Kommission vorgelegt).
- KOM(2006) 27 endgültig: Mitteilung der Kommission. Der westliche Balkan auf dem Weg in die EU: Konsolidierung der Stabilität und Steigerung des Wohlstands.
- KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (1991): Europa 2000.
- ÖROK ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ (Hrsg.) (1999): Zwischenevaluierung der INTERREG IIA-Außengrenzprogramme 1995-1999 in Österreich, 149, Wien.
- ÖSTERREICH-SLOWENIEN. INTERREG IIIA-PHARE CBC – Gemeinsames Programmplanungsdocument 2000-2006, Basierend auf der Entscheidung der Kommission C(2001) 2043 vom 6. August 2001, geändert durch die Entscheidung der Kommission C(2002) 1703 vom 26. Juli 2002.
- OSNUTEK strateškega dela Regionalnega razvojnega programa Pomurje 2007-2013 z dne 24.8.2006.
- POBUDA SKUPNOSTI INTERREG III A - Sosedski program Slovenija-Madžarska-Hrvaška, Marec 2004
- POBUDA SKUPNOSTI INTERREG III A - Sosedski program Slovenija-Madžarska-Hrvaška, Oktober 2004
- PREDLOG PROGRAMA dela Službe za lokalno samoupravo in regionalno politiko na področju lokalne samouprave za leto 2006
- SLOVENIJA-AVSTRIJA. INTERREG IIIA - Program pobude Skupnosti 2000-2006, Končni osnutek, Marec 2004
- STABILITY PACT INITIATIVE AGAINST ORGANISED CRIME (SPOC)/SECI Regional Centre Bucharest: Strengthen regional capacities to combat organised crime 2005-2006 ([www.secinet.info](http://www.secinet.info) 27.09.2006).
- UPGRADING SECI REGIONAL CENTER BUCHAREST - Activity Report 2004-2005 ([www.secinet.info](http://www.secinet.info) 27.09.2006).
- VERORDNUNG (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19.12.1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in Bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ABl L 347/15 vom 31.12.1988.
- ZAKON o ratifikaciji sporazuma med Republiko Slovenijo in Republiko Hrvaško o obmejnem prometu in sodelovanju **SOPS** / Act of ratifying the agreement

between the Republic of Slovenia and the Republic of Croatia on traffic and cooperation, Uradni list R Slovenije. Ljubljana, 31.7.2001, No. 63.

ZAKON o lokalni samoupravi (Uradni list RS, št.60/94, 69/94).

ZAKON o postopku za ustanovitev občin ter za določitev njihovih območij (Uradni list RS, št. 44/96).

### **Zeitungen und Nachrichtenmagazine**

AMTSBLATT RS, Nr. 33/91.

BUNDESARBEITSBLATT 9/2002: Brücke nach Südosteuropa.

DER SPIEGEL 08.07.1991: „Köpfe können später rollen“. Spiegel-Interview mit Staatspräsident Stjepan Mesić über den jugoslawischen Konflikt.

DIE TAGESZEITUNG (TAZ) 24.01.1990: Slowenen verlassen Belgrader Parteikongreß. Die Orthodoxe serbische Parteiführung verhindert Liberalisierungsbestrebungen / Auf dem Sonderparteitag der Kommunistischen Partei Jugoslawiens waren sämtliche Forderungen der Slowenen abgeschmettert worden / Es wurde kein Beschluß über Monopol gefaßt.

DIE TAGESZEITUNG (TAZ) 21.06.1993: Deutsche Balkanpolitik unter Beschuß. Deutschland und Vatikan als Kriegsauslöser? Dumas und Gorbatschow kritisieren Anerkennung der jugoslawischen Republiken.

DIE TAGESZEITUNG (TAZ) 28.03.2002: Schnell in die Nato. Zehn osteuropäische Staaten fordern einen baldigen Beitritt. Vielfach fehlen noch die Voraussetzungen.

DIE WELT 29.03.2004: Langsame Öffnung. Slowenien tut sich noch schwer mit Investoren - Brückenkopf zum Balkan - Serie: Neu in der EU.

DIE WELT 17.03.2005: „Wir haben voll kooperiert“ - Große Enttäuschung der Kroaten über Brüssel - Zagreb sieht sich reif für Verhandlungen.

DIE WELT 10.03.2006: Huntington liegt falsch - Essay.

DIE ZEIT 09.02.2006: Eine sehr gefährliche Falle.

DNEVNIK 15.09.2002: Okrogla miza "Meje zdravega razuma" med Slovenijo in Hrvaško.

DNEVNIK 18.09.2004: Zalivska vojna po balkansko.

DNEVNIK 28.09.2004: Solana: Slovenija mora balkanskim državam kazati pot.

DNEVNIK 03.02.2005: Hrvaška vlada za oblikovanje slovensko-hrvaške zgodovinske komisije.

DNEVNIK 16.11.2005: Slovenia to Seek Renewed Arbitration on LB Debt.

DNEVNIK 09.03.2006: Resolution of LB Debt to Be Set as Precondition for Croatia's EU Accession.



- DNEVNIK 16.03.2006: Minister Damijan Says State Should Scale Down Stake in NLB.
- DNEVNIK 30.06.2006: Horvat: Razvoj Pomurja pomemben za blaginjo v Slovenij.
- DNEVNIK 03.07.2006: Slovenija protestirala pri Hrvaški zaradi mostu na Muri.
- DNEVNIK 04.07.2006: Hrvaška preložila odprtje mostu čez Muro.
- DNEVNIK 28.08.2006: „Hrvati so si privoščili še eno provokacijo“.
- DNEVNIK 02.10.2006: Slovenia, Italy, Croatia, Hungary Mull Future Cooperation.
- DNEVNIK 06.10.2006: Official Praises Slovenian Companies' Knowledge of Western Balkans.
- DNEVNIK 06.11.2006: European Commission Says Slovenian Workers Among the Least Mobile.
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (FAZ) 09.12.2005: Ante Gotovina. Als Kriegsheld gefeiert, als Kriegsverbrecher gesucht.
- FRANKFURTER RUNDSCHAU (FR) 25.10.2004: Ganz neu – und irgendwie bekannt. In der Außenpolitik vertreten Schröder und Fischer selbstbewusst die Interessen der „Mittelmacht“ Deutschland.
- FR-ONLINE 26.03.2004: Altlasten vor der Brücke zwischen EU und Südosteuropa.
- FR-ONLINE 30.09.2003: Die „Schweiz des Ostens“ schlägt die Brücke zum Balkan.
- HANDELSBLATT 09.03.1990: JUGOSLAWIEN / Ministerpräsident Ante Markovic wird auf die Verliererstrasse gedrängt. Slowenien legt die geplante Reform der Verfassung bis nach den Wahlen auf Eis.
- JUNGE WELT 12.06.2004: „Wir sind der EU nicht nackt beigetreten“. Gespräch mit Rado Genorio über den slowenischen Sonderweg in die Europäische Union und über das „alte“ und „neue“ Europa.
- NEDJELJNA DALMACIJA 27.05.1992.
- NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (NZZ) 03.05.2004: Eine unerhörte Erfahrung. Europas neuer Osten - ein Gespräch mit dem Schriftsteller Drago Janar.
- NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (NZZ) 14.08.2002: Kroatisch-slowenischer Grenzzwischenfall.
- NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (NZZ) 21.08.2002: Die Seegrenze als slowenisch-kroatisches Dauerproblem. Härtere Töne in Ljubljana.
- NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (NZZ) 25.07.2003: Aufrüstung der Peripherie. Der Balkan an der Schwelle zu Europa.
- NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (NZZ) 27.12.2003: Schengen reicht bis zur Kolpa. Wachsende Bedeutung der slowenisch-kroatischen Grenze.
- NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (NZZ) 29.03.2004: Suche nach eigener Identität in Slowenien. Ambivalentes Verhältnis zum Balkan.

STEIRISCHE WIRTSCHAFT 02.04.2004: In WK: Zweiter Startschuss für die „EU-Zukunftsregion“.

## Liste der durchgeführten Interviews

1. 28. Februar 2005, I. E. DRAGOLJUBA BENČINA, außerordentliche und bevollmächtigte Botschafterin der Republik Slowenien, slowenische Botschaft, Berlin.
2. 01. März 2005, HANS WILLY ODENTHAL, stv. Kommandeur und Chef des Stabes, Akademie der Bundeswehr für Kommunikation und Information, Strausberg.
3. 01. März 2005, DIPL.-GEOGR. ŠPELA PISKAR-LAMBRECHT, Reisebüro Kompass, Berlin.
4. 06. April 2005, PROF. DR. WOLF OSCHLIES, ehem. Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik - Balkanexperte, Universität Gießen, Kerpen.
5. 25. April 2005, MIRA DOBOVIŠEK, Direktorin, Center of Excellence in Finance, Ljubljana.
6. 25. April 2005, BOJAN SUVOROV, Direktor, National Agency of Regional Development, Ljubljana.
7. 26. April 2005, JANEZ PREMOŽE, Botschafter, National Coordinator of the Stability Pact for South Eastern Europe and SECI, Ministry of Foreign Affairs, Ljubljana.
8. 26. April 2005, DUŠAN FATUR, Član mešane diplomatske komisije za ugotovitev in označitev slovensko hrvaške meje (Mitglied der gemischten diplomatischen Kommission zur Feststellung und Kennzeichnung der slowenisch-kroatischen Grenze), Ministry for Foreign Affairs, Ljubljana.
9. 26. April 2005, ANŽEJ FRANGEŠ, Division for South Eastern Europe, Ministry of Foreign Affairs, Ljubljana.
10. 26. April 2005, SONJA SLOVŠA, Desk officer for Croatia, Ministry of Foreign Affairs, Ljubljana.
11. 28. April 2005, BOŠTJAN ROGELJ, University of Ljubljana, Department of Geography, Ljubljana.
12. 28. April 2005, PROF. DR. NIKO TOŠ, University of Ljubljana, Faculty of Social Sciences, Ljubljana.

13. 02. Mai 2005, SIMON KUŠAR, University of Ljubljana, Department of Geography, Ljubljana.
14. 12. Juli 2005, GERTRUD RANTZEN, Delegierte, Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in Slowenien – DESLO, Ljubljana.
15. 12. Juli 2005, DR. ANDREJ HORVAT, Head of National Development Plan (2007-2013) Project Group, Government Office for Local Self-Government and Regional Policy, since 2006: State Secretary, Government Office for Growth, Ljubljana.
16. 13. Juli 2005, IGOR STRMŠNIK, Deputy Minister, Government Office for Local Self-Government and Regional Policy, Ljubljana.
17. 14. Juli 2005, DR. JERNEJ ZUPANČIČ, Assistant Professor, University of Ljubljana, Department of Geography, Ljubljana.
18. 15. Juli 2005, DR. IVAN ŽAGAR, Minister, Government Office for Local Self-Government and Regional Policy, Ljubljana.
19. 18. Juli 2005, MATEJA HAUSER PODLUNŠEK, Director, Pomurje Chamber of Commerce and Industry, Murska Sobota.
20. 18. Juli 2005, DANILO KRAPEC, Director, Regional Development Agency Mura Ltd., Murska Sobota.
21. 19. Juli 2005, AMNA POTOČNIK, Head of Regional Office Maribor, National Agency for Regional Development, Maribor.
22. 19. Juli 2005, FRANZ MALLY, Geschäftsführer, Österreichisch-Slowenische Handelskammer, Graz.
23. 20. Dezember 2005, DR. FRANZ-LOTHAR ALTMANN, Leiter Forschungsschwerpunkt Balkan, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

## Anhang

Aufschlüsselung der Finanzmittel (2004-2006) nach Schwerpunkten im Rahmen der Ziel 1-Förderung und INTERREG IIIA für die slowenischen Grenzgebiete.

Tab. a: Ziel 1-Förderung

Schwerpunkte	Gesamtkosten	EU-Beteiligung	Öffentliche Beihilfen (EU & andere)
1. Förderung des produzierenden Sektors und der Wettbewerbsfähigkeit	52 %	54 %	52 %
2. Entwicklung von Wissen, Humanressourcen und Arbeit	29 %	31 %	29 %
3. Restrukturierung der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei	15 %	11 %	15 %
4. Technische Hilfen	4 %	4 %	4 %
Gesamtausgaben (100 %)	336.552.163	237.509.597	334.516.689

Quelle: Eigene Berechnungen, nach [http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2003SI161DO001&LAN=5](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2003SI161DO001&LAN=5), 17.05.2006.

Tab. b: INTERREG IIIA zwischen Slowenien-Österreich

Schwerpunkte	Gesamtkosten	EU-Beteiligung	Öffentliche Beihilfen (EU + andere)
1. Wirtschaftliche Koop	40 %	41 %	36 %
2. Humanressourcen und regionale Kooperation	24 %	23 %	23 %
3. Nachhaltige räumliche Entwicklung	29 %	29 %	33 %
4. Spezielle Förderung für Grenzregionen	3 %	3 %	3 %
5. Technische Hilfen	4 %	4 %	5 %
Gesamtausgaben (100 %)	63.740.521	33.446.827	54.504.714

Quelle: Eigene Berechnungen, nach [http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2000CB160PC002&LAN=3](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2000CB160PC002&LAN=3), 17.5.2006.

Tab. c: INTERREG IIIA zwischen Slowenien-Italien

Schwerpunkte	Gesamtkosten	EU-Beteiligung	Öffentliche Beihilfen (EU & andere)
1. Nachhaltige Entwicklung der grenzüberschreitenden Regionen	45 %	45 %	45 %
2. Wirtschaftliche Koop	30 %	30 %	30 %
3. Humanressourcen, Kooperation und Systemharmonisierung	16 %	16 %	16 %
4. Technische Hilfe	6 %	6 %	6 %
5. Spezielle Förderung für Grenzregionen	3 %	3 %	3 %
Gesamtausgaben (100 %)	101.010.372	48.684.681	101.010.372

Quelle: Eigene Berechnungen, nach [http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2000CB160PC012&LAN=5](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2000CB160PC012&LAN=5), 17.05.2006.

Tab. d: INTERREG IIIA-Nachbarschaftsprogramm zwischen Slowenien-Ungarn-Kroatien

Schwerpunkte	Gesamtkosten	EU-Beihilfen	Öffentliche Beihilfen (EU & andere)
1. Sozioökonomische Kohäsion und Humanressourcenentwicklung	55 %	55 %	55 %
2. Nachhaltige Entwicklung der Grenzregion	38 %	38 %	38 %
3. Technische Hilfe	7 %	7 %	7 %
Gesamtausgaben (100 %)	27.399.047	20.549.297	27.399.047

Quelle: Eigene Berechnungen, nach [http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2003CB160PC001&LAN=5](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2003CB160PC001&LAN=5), 17.05.2006.

Tab. e: INTERREG IIIB-Alpenraum

Schwerpunkte	Gesamtkosten	EU-Beteiligung	Öffentliche Beihilfen (EU & andere)
1. Förderung des Alpenraums als wettbewerbsfähiger und attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum im Hinblick auf eine polyzentrische räumliche Entwicklung in der EU	38 %	38 %	38 %
2. Entwicklung nachhaltiger Verkehrssysteme mit besonderem Augenmerk auf Effizienz, Intermodalität und besserer Erreichbarkeit	22 %	22 %	22 %
3. Verständiges Management von Natur, Landschaften und Kulturerbe, Förderung der Umwelt und Verhütung von Naturkatastrophen	34 %	34 %	34 %
4. Technische Hilfe	6 %	6 %	6 %
Gesamtausgaben (100 %)	113.768.878	57.204.518	113.744.783

Quelle: Eigene Berechnungen, nach [http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2000RG160PC020&LAN=3](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2000RG160PC020&LAN=3), 17.05.2006.

Tab. f: INTERREG IIIC

Schwerpunkte	Gesamtkosten	EU-Beteiligung	Öffentliche Beihilfen (EU & andere)
1. Maßnahmen	79 %	79 %	78 %
2. Technische Hilfe für Schwerpunkt 1	5 %	4 %	5 %
3. Teilbereich C Kooperationsmaßnahmen	1 %	1 %	1 %
4. Maßnahmen in Grenzregionen mit Beitrittsländern	14 %	15 %	15 %
5. Technische Hilfe für Schwerpunkt 4	1 %	1 %	1 %
Gesamtausgaben (100 %)	117.454.593	78.736.092	114.837.625

Quelle: Eigene Berechnungen, nach [http://ec.europa.eu/comm/regional\\_policy/country/prordn/details.cfm?gv\\_PAY=SI&gv\\_reg=ALL&gv\\_PGM=2001RG160PC017&LAN=3](http://ec.europa.eu/comm/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=SI&gv_reg=ALL&gv_PGM=2001RG160PC017&LAN=3), 17.05.2006.

## Interviewleitfaden

### I. Ursprung von Sloweniens Rolle als Mittler zwischen der EU und dem westlichen Balkan

- (1) Jahrzehntlang gehörte Slowenien zu Jugoslawien, somit zum Balkan. Nach der Unabhängigkeit ging der Blick nach Mitteleuropa. Wohin gehört Slowenien nun? Wo fühlen Sie sich persönlich zugehörig? Warum?
- (2) Hatte Slowenien innerhalb der SRFJ eine politische, wirtschaftliche, geographische o.a. Sonderstellung? Welche?
- (3) Wie bewerten Sie den nach der Unabhängigkeit eingesetzten Transformationsprozess? Ist er Ihrer Meinung nach umfassend abgelaufen oder sehen Sie noch „alte Seilschaften“ aus der sozialistischen Ära? In welchen Bereichen (politisch, gesellschaftlich, ökonomisch etc.) gibt es noch Defizite bei der Transformation und warum?
- (4) Slowenien ist nach der Unabhängigkeit schnell in die internationale Staatengemeinschaft aufgenommen worden. Diese und Slowenien selbst spricht Slowenien die Rolle als Mittler zwischen der EU und den Ländern des westlichen Balkans zu. Worin sehen Sie diese Rolle begründet? Vor welchem, evtl. historischen Hintergrund, ist diese Rolle zu verstehen?

### II. Sloweniens aktive Rolle bei der Integration der Länder des westlichen Balkans

- (1) Sloweniens Prioritäten in 2005 sind u.a. die Unterstützung des EU-Beitrittes von Kroatien und die weitere europäische Integration der anderen Länder des westlichen Balkans, mit dem erklärten politischen Ziel eines Beitrittes aller Länder bis 2015. Wie stehen Sie zum EU-Beitritt von Kroatien?
- (2) Wie sehen Sie die bisher ungeklärten Fragen bzgl. des Grenzverlaufs in der Bucht von Piran, der Rückgabe der Geldeinlagen kroatischer Staatsbürger in der Ljubljanska banka oder der gemeinsamen Verwaltung des Kernkraftwerks Krško?
- (3) Worin liegt für Slowenien der Nutzen einer Aufnahme Kroatiens bzw. auch der anderen Länder des westlichen Balkans in die EU?
- (4) Slowenien ist in diversen Initiativen (Stabilitätspakt für Südosteuropa, Central European Initiative (CEI), Central European Free Trade Area (CEFTA), Adriatic and Ionian Initiative (AII), QUADRILATERALE, Danube Cooperation Process (DCP)) aktiv. Wie bewerten Sie diese starke Aktivität? Warum ist Slowenien so aktiv?
- (5) Hat Slowenien innerhalb der Initiativen einen Sonderstatus? Welchen und warum?
- (6) Sehen die Länder des westlichen Balkans, allen voran Kroatien, diesen Sonderstatus, diese Rolle Sloweniens ebenso oder eher kritischer? Wie steht Kroatien zu der Slowenien zugeordneten Rolle als Vorbild, es in die EU zu integrieren?



- (7) Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Slowenien und den Ländern des westlichen Balkans haben in den letzten Jahren stetig zugenommen. Profitieren davon nur einzelne Unternehmen oder gibt es auch positive gesamtstaatliche Effekte?

### III. Auswirkungen des Qualitäts- und Funktionswandels der slowenisch-kroatischen Grenze am Beispiel Pomurje und Podravje und Potenziale für die Regionen

- (1) Slowenien ist ein Land der Grenzen. Während der jugoslawischen Ära verlief an der Ostgrenze der „Eiserne Vorhang“. In den letzten 15 Jahren öffnete sie sich zunehmend, wohingegen die Grenze zu Kroatien neu entstand. Vor diesem Hintergrund sind u.a. die Entwicklungsdefizite von Pomurje und Podravje zu sehen. Worin liegen Ihrer Meinung nach die Gründe für das deutliche West-Ost-Entwicklungsgefälle innerhalb Sloweniens?
- (2) Welche Auswirkungen hatten die Veränderungen der Funktion und Qualität der slowenisch-ungarischen und slowenisch-kroatischen Grenze auf diese Regionen?
- (3) Was hat sich explizit in der Grenzregion zu Kroatien seit der gemeinsamen Zeit in der SRFJ verändert? Und was wird sich mit dem Beitritt Kroatiens zur EU noch verändern?
- (4) Welche Entwicklungspotenziale haben Ihrer Meinung nach Podravje und Pomurje? Wie bewerten Sie diese Potenziale? (paneuropäischer Verkehrskorridor; EU-Binnengrenze zu Ungarn, Ausbau des Kommunikationsdatennetzes)
- (5) Hat eine positive Entwicklung der Regionen Pomurje und Podravje auch positive Auswirkungen auf den Rest Sloweniens? Welche?
- (6) Wie bewerten Sie das grenzüberschreitende Nachbarschaftsprogramm INTERREG IIIA zwischen Slowenien, Ungarn und Kroatien, an welchem auch Pomurje und Podravje partizipieren?
- (7) Welche positiven Impulse sehen Sie im Rahmen dieses Programmes für die Regionen als auch für Slowenien und einer weiteren Kooperation mit Ungarn und Kroatien?
- (8) Sehen Sie im Rahmen der INTERREG-Kooperation Chancen für die Einrichtung einer EUREGIO? Wie könnte solch eine EUREGIO aussehen und welchen Nutzen hätte diese Ihrer Meinung nach?

### IV. Soziodemographische Daten

- Geschlecht
- Position
- Verantwortungsbereich
- Weitere Gesprächspartner

**LEBENS LAUF**



Andreas Veres  
 Arendahls Wiese 136  
 D-45141 Essen  
 Tel.: 0177 / 68 69 481  
 geb. am 17.06.1976 in Essen  
 verheiratet

**STUDIUM**

- 2002 – 02/2007** Dissertation mit dem Titel „Slowenien – Ein Grenzland mit Vorbildfunktion“ an der Fakultät für Geo- wissenschaften der Ruhr-Universität Bochum; seit 12/2003 Stipendiat der HBS
- 1996 – 2002** Ruhr-Universität Bochum, Geographisches Institut  
 Abschluss des Studiums der Geographie – mit den Nebenfächern Spanisch, Kartographie/Fernerkundung, Geschichte und Geologie – als Diplom-Geograph mit der Note „gut“

**BERUFLICHE TÄTIGKEITEN**

- Seit 19.02.2007** „Policy advisor“ beim Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB) in Brüssel
- 05/06 – 01/07** Promotionsbegleitend Mitarbeiter bei der PCG (PCG – PROJECT CONSULT GmbH)
- 02/06 – 04/06** Promotionsbegleitendes Berufspraktikum bei der PCG, Einsatzort Groupe Alpha in Paris
- 01/03 – 12/03** Freier Mitarbeiter bei der PCG im Rahmen zweier EU-Projekte unter der Leitung des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB)
- 08/02 – 09/02** Praktikum beim „Verband freier Gewerkschaften Sloweniens“ (ZSSS) in Ljubljana, Slowenien
- 08/99 – 07/02** Studentischer Mitarbeiter bei der PCG
- 04/99 – 08/99** Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Kultur- und Siedlungsgeographie an der Ruhr-Universität-Bochum
- 02/99 – 03/99** Praktikum bei der PCG
- 09/97 – 04/99** Tätigkeit bei der Karstadt AG, Branchenzentrum West
- 09/95 – 09/96** Zivildienst bei der Johanniter-Unfall-Hilfe, Kreisverband Essen

Karte a: Kartenausschnitt Pomurje und Podravje

